

KULTURREPORT

FORTSCHRITT EUROPA 2020

Reset Europa

**Wann,
wenn nicht
jetzt,
kann Kultur
dem Kontinent
neuen
Schwung
verleihen?**

KULTURREPORT
FORTSCHRITT
EUROPA 2020

KULTURREPORT FORTSCHRITT EUROPA 2020



Das Bild, das Europa derzeit abgibt, könnte kaum widersprüchlicher sein. Zwischen Abschottung, nationalen Egoismen und Skepsis gegenüber den EU-Institutionen mischt sich eine neu erblühte Euphorie für die europäische Idee. Braucht Europa einen Neustart? Was es im Moment vor allem braucht, ist Orientierung. Demokratiekrise, Klima- und Strukturwandel oder gesellschaftlicher Hass: Die Menschen in Europa benötigen neue Perspektiven für die Lösung drängender Probleme. Kultur kann dabei helfen, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen und eine europäische Öffentlichkeit herzustellen. Kann sie für mehr Einigung sorgen und Europas existenzielle Werte verteidigen – das Eintreten für Menschenrechte, Multilateralismus sowie Meinungs- und Pressefreiheit? Antworten liefern die Autoren des Kulturreports.

Vorwort

Gegen Nationalismus und für eine europäische Öffentlichkeit *Von Sebastian Körber* 4

Kapitel 1: DEMOKRATIE IN DER DEFENSIVE – DER VERTRAUENSVERLUST DER ETABLIERTEN POLITISCHEN KULTUR

Kampf um die liberale Demokratie <i>Von Francis Fukuyama</i>	10
Die Identitäten Europas <i>Von Alfred Grosser</i>	38
Unser globales Durcheinander <i>Von Ladislau Dowbor</i>	64
Polarisierung, Identität und wie alles schiefging <i>Von Bernd Reiter</i>	70
Die Maximierung des Misstrauens <i>Von Branko Milanović</i>	79
Die vielen Ideen Europas <i>Von Pankaj Mishra</i>	82
Der Wandel der Witzfigur zum Autokraten <i>Von Ece Temelkuran</i>	87
Zentrum und Peripherie <i>Von Adam Balcer</i>	111
Heimweh nach Zukunft <i>Von Herta Müller</i>	117

Kapitel 2: RESET EUROPA – DIE KRISE ALS CHANCE

Vier Gebote zum Handeln <i>Von Emmanuel Macron</i>	124
Lebensrettende Medizin für die Welt <i>Von Federica Mogherini</i>	134
Was uns verbindet <i>Von Heinrich August Winkler</i>	137
Von der Nutzgemeinschaft zur Schutzgemeinschaft <i>Von Heribert Prantl</i>	142
Mehr Politik wagen <i>Von Ulrike Guérot</i>	156
Europa endlich verstehbar machen <i>Von Martin Schulz</i>	174
Es riecht nach Revolte <i>Von Bogdan Góralczyk</i>	178
Aufstoßen von Denkräumen <i>Von Jagoda Marinić</i>	184

Kapitel 3: DIE FRAGMENTIERUNG DER ÖFFENTLICHKEIT –
DER KAMPF UM DEUTUNGSHOHEIT

Eine kurze Geschichte über Kontrolle <i>Von Anatol Itten</i>	194
Behauptung der Wahrheit <i>Von Aleida und Jan Assmann</i>	202
Der Verlust der Öffentlichkeit <i>Von Eva Menasse</i>	210
Schreiben in Zeiten von Katastrophen <i>Von Åsne Seierstad</i>	216
Verteidigung des Gutmenschen <i>Von Ilija Trojanow</i>	220
Die digitale Illusion <i>Von Jaron Lanier</i>	226
Die zukünftigen Herrscher? <i>Von Thorsten Jelinek</i>	244
Eine Plattform für Europa <i>Von Johannes Hillje</i>	253
Den Stimmlosen eine Stimme <i>Von Margaret Atwood</i>	268
Die Macht der Verschwörung <i>Von Michael Butter</i>	274
Pressefreiheit unter Druck <i>Von Frank Vogl</i>	279



Ist Krieg in Europa wieder denkbar? Die aktuelle Bildstrecke des Berliner Fotografen Edgar Zippel aus dem Grenzgebiet zwischen Kroatien und Bosnien Herzegowina zeigt die Spuren des jugoslawischen Bürgerkriegs. Die Szenerien selbst wirken so, als wären die Gefechte gerade erst zum Ende gekommen, die Schrecken und Traumatisierungen noch nicht vergangen. „Meine Bilder dokumentieren diese Zerstörungen der Region und der Menschen und erinnern an einen Krieg, der hier vor 20 Jahren mitten im Herzen Europas tobte, doch in der Welt längst nicht zu Ende ist“, so Zippel.

Gegen Nationalismus und für eine europäische Öffentlichkeit

Von Sebastianian Körber

Was bestimmt die europäische Identität? Der Euro, Schengen oder die Champions League? Diejenige Institution der EU, die das größte identitätsstiftende Potenzial besitzt, sollte das Europäische Parlament sein, meint der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser in diesem Band. Er spannt den Bogen von den Anfängen der Montanunion bis heute und wehrt sich vehement gegen ein altes Grundübel, das aktueller sei denn je, nämlich mit dem Finger auf andere zu zeigen und Schuldzuweisungen zu betreiben, sei es gegen „die“ Muslime, „die“ Frauen, „die“ Juden, „die“ Deutschen, „die“ Flüchtlinge. Das Anschwärzen, Verbreiten von Falschinformationen in den sozialen Medien unter Umgehung der etablierten Medien mit ihren Faktencheckern, Redakteuren und journalistischen Prinzipien, einhergehend mit einem anhaltenden Vertrauensverlust in die etablierten Parteien und rechtsstaatlichen Institutionen halten auch andere Autoren in diesem Band für ein Grundproblem der liberalen Gesellschaften, nicht nur in Europa, sondern weltweit, aber besonders bedrohlich für die Europäische Union, deren Zusammenhalt zerbrechlich ist, wie die zahlreichen Krisen zuletzt immer wieder gezeigt haben, zunächst die Finanz- und Schuldenkrise, dann die Flüchtlingskrise und jetzt, mit besonderer Wucht, die Corona-Krise.

Fortschritte und Defizite

Dies ist die zehnte Ausgabe des Kulturreports Fortschritt Europa, den das ifa 2007 zusammen mit einer Reihe von europäischen Stiftungen ins Leben gerufen hat, um die Fortschritte und Defizite im Bereich der Kulturbeziehungen zu erkunden. Viele prominente Autorinnen und Autoren haben sich beteiligt, von Wim Wenders bis Umberto Eco, von Inge



Feltrinelli bis Reinhold Messner, von Timothy Garton Ash bis Slavoj Žižek, insgesamt wurden bisher 252 Beiträge aus 53 Ländern veröffentlicht, in bis zu fünf Sprachen gleichzeitig. Acht Jahre lang erschien der Kulturreport als Jahrbuch von EUNIC, dem Dachverband der nationalen Kulturinstitute Europas, und inzwischen in Kooperation mit dem Steidl-Verlag auf Deutsch und Englisch. Viele Fortschritte wurden erzielt in Europa, Feinde wurde zu Freunden, Diktaturen zu Demokratien, Grenzen geöffnet, der reichste Binnenmarkt der Welt geschaffen, so die Aufzählung von Martin Schulz, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments. Genau wie Federica Mogherini, die ehemalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die in ihrer Amtszeit gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine Strategie für internationale Kulturbeziehungen vorgelegt hat, pocht er in diesem Band darauf, das Erreichte nicht in Frage zu stellen und Europa nicht schlechter zu reden, als es ist.

Ein großes Manko, das die Autorinnen und Autoren des Kulturreports von der ersten Ausgabe an immer wieder unterstrichen haben, ist jedoch die fehlende europäische Öffentlichkeit. War man vor einigen Jahren noch optimistisch, dass sich dieses Problem durch die Generation Erasmus und EasyJet quasi von selbst lösen würde, oder hatte man sich dann daran gewöhnt, dass Europa die Fragen der Gurkenkrümmung den Experten bzw. Technokraten in Brüssel überlässt, so macht sich jetzt die Erkenntnis breit, dass die fehlende Bürgernähe eben kein bloßes PR-Problem ist, sondern an die Substanz des Zusammenhalts geht.

Erhalt der liberalen Demokratie

Es geht um nichts weniger als den Erhalt der liberalen Demokratie, betont der Politik-

wissenschaftler Francis Fukuyama in diesem Band. Die Europäische Gemeinschaft sei 1951 als Gegenmittel gegen die exklusiv nationale Identitätsdefinition gegründet worden. Ob Europa eine Identität habe, die stärker sei als die nationalen Varianten, bleibe unklar. „Europa ist eine Zuflucht, aber nicht unbedingt ein begehrtes Ziel.“ In den Mittelpunkt seiner Analyse stellt er das Verlangen nach Identität und Anerkennung. Liberale Demokratien verstanden sich lange sehr gut darauf, für Frieden und Wohlstand zu sorgen. So habe sich zwischen 1970 und 2008 der weltweite Ertrag an Gütern und Dienstleistungen vervierfacht. Gleichzeitig schloss die Globalisierung aber erhebliche Bevölkerungsanteile vom Wachstum aus und sorgte für Ungleichheiten. Politische Führer begannen mit dem Ruf nach Würde, die missachtet werde. Wirtschaftliche Ärgernisse würden viel intensiver empfunden, wenn sie mit dem Gefühl der Erniedrigung verbunden würden, so Fukuyama. Die Menschen wurden empfänglich für die Versprechungen und Parolen populistischer Bewegungen.

Plattform der Massenkommunikation

In seinen Anfangszeiten glaubte man, dass das Internet als Plattform der Massenkommunikation zu einer wichtigen Kraft der Förderung demokratischer Werte werden würde. Information ist Macht und das Internet sollte den Zugang erleichtern. Doch inzwischen haben es die sozialen Medien geschafft, die Zersplitterung liberaler Gesellschaften zu beschleunigen. Abgeschottet in Filterblasen, jeder in seinem Tunnel: „Die alte Öffentlichkeit ist vorbei. Sie wird nicht irgendwann vorbei sein, sie ist es schon“ resümiert Eva Menasse. „zehn Jahre Internet für alle, mobil auf die Hand“, so die österreichische Schriftstellerin, hätten genügt, um wichtige zivilisatorische



Sebastian Körber ist Stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Abteilung Medien des Instituts für Auslandsbeziehungen.

Errungenschaften zu verlieren. Andere Meinungen dienten nicht mehr dazu, eigene Ansichten zu hinterfragen, sondern den Gegner zu markieren. Auch die Kulturwissenschaftler Jan und Aleida Assmann konstatieren in diesem Band den Verlust der Öffentlichkeit. Die technischen Möglichkeiten zur Manipulation von Bildern, Filmen oder Tonaufnahmen würden immer raffinierter. Was ist Wahrheit, was ist Manipulation? Eine Antwort hierauf werde schwieriger. Was passiert mit dem kulturellen Gedächtnis? Was mit dem gedruckten Buch? Menschen seien für ihr friedliches Zusammenleben auf Prinzipien wie Wahrheit, Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit angewiesen, betonen die beiden Autoren. Dazu gesellt sich eine gefährliche Sehnsucht nach Kontrolle, wie er sich im Brexit-Schlachtruf „Take Back Control“ widerspiegelt, so Anatol Itten vom *Disrupted Societies Institute* in Amsterdam. Die türkische Publizistin Ece Temelkuran kritisiert, dass die „dubiose Sehnsucht“ in „einem Wir zu verschmelzen“, diese „Retrolust nach Totalität“, verharmlosend als Populismus bezeichnet werde, der die rechten ideologischen Inhalte verschleierte.

Bogdan Góralczyk, Direktor des Europa-Zentrums der Universität Warschau, diagnostiziert in seinem Beitrag einen epidemischen Nationalismus, eine neue Wagenburgmentalität. An die Stelle der Diplomatie und der alten Ideale sei reine Machtpolitik getreten, eine Rückkehr der Geschichte mit all ihren Dämonen.

Pandemie-Vokabular

Was tun, um den Nationalismus einzudämmen? Das Pandemie-Vokabular kommt einem inzwischen vertraut vor. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot sieht im gegenwärtigen Populismus den Vorboten einer europäischen Revolution: Nichts sei so brüchig,

wie die europäische Erzählung dieser Tage. „50 Jahre EU-Integration erscheinen einem wie ein dünner Vorhang, der gerade weggerissen wird, um den Blick auf einen historischen Abgrund freizugeben.“ Wenn morsche Systeme zusammenbrechen, gehe das meistens schneller, als man denkt. „Und immer wird unterschätzt, wie mitleidlos diejenigen, die vom System nie profitieren konnten, es zum Einsturz bringen.“ Als Lösung plädiert Guérot für den radikalen Schritt nach vorn: Abschied nehmen vom Nationalstaat, Ausgestaltung Europas als Republik. Die Utopie sei greifbar. Niemand werde die Brüsseler Technokratie vermissen. Willkommen in der Europäischen Republik.

Ruck-Zuck-Europa

Ein Ruck-Zuck-Europa erscheint dem Journalisten Heribert Prantl eher fragwürdig. Schon vor Ausbruch der Corona-Epidemie erkannte er eine Institutionenkrise, wenn das Gefühl vorherrsche, es müsse einfach durchregiert werden: „Entschlossenheit ist Trumpf. Das erste Gebot der EU-Krisenpolitik heißt daher: Keine Zeit, keine Zeit. Das zweite: Noch schneller noch mehr Milliarden ausgeben, das dritte: Keine Rücksicht nehmen auf die Parlamente. Das vierte: Erst kommt der Markt, dann kommt der Mensch. Das fünfte: Die alten demokratischen Regeln sind untauglich für das neue Europa“, fasst er, wohl gemerkt vor der Corona-Krise, die gestählte „Alexander-Politik“ kritisch zusammen. Dabei lässt er den Vorwurf, dass die Demokratie zu langsam arbeite, „ein alter Topos aus dem Arsenal des antidemokratischen Denkens“, nicht gelten. Es gehe um Vertrauen in den demokratischen Prozess. Die Sehnsucht nach Regierungshelden, die den Gordischen Knoten mit einem Schlag zerhauen, sei zutiefst undemokratisch. Woher Europa neue Kraft

schöpfen sollte? Aus sozialer Politik, die aus der Nutzgemeinschaft für einige eine Schutzgemeinschaft für alle mache, so Prantl.

Emmanuel Macrons Vision vom Europa der Cafés, der Debatten, der Universitäten, des Übersetzungswesens und der Verbreitung von Kunstwerken, das auf die Wahrheit und den demokratischen Wettstreit der Ideen setzt, zeigt auch die Zerbrechlichkeit dieser Idee, wenn genau dieser Austausch in Zeiten der Pandemie physisch nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Es sind die Literaten, die in dieser Ausgabe den größten Optimismus bewahren. Ein Buch zu lesen, sei die denkbar intimste Weise, in die Gedankenwelt eines anderen Menschen einzutauchen, so die kanadische Erzählerin Margaret Atwood. Wie schreibt man in Zeiten von Kriegen und Katastrophen, fragt sich die norwegische Autorin Åsne Seierstad. Wenn alle Fragen gestellt seien und die befragte Person nichts mehr zu sagen habe, gehe der Reporter und schreibe seine Geschichte. „Der Schriftsteller bleibt. Denn die wahre Geschichte beginnt erst, wenn die Person aufsteht und ihr Leben fortsetzt.“ Ilija Trojanow, „Welten-sammler“, hält ein Loblied auf den Gutmenschen, in dem nur Zyniker ein Synonym für Trottel erkennen.

Keine überbordenden Wirkungen

Und Herta Müller erinnert einfühlsam an das Schicksal der Flüchtlinge und deren „Heimweh nach Zukunft“. Zukunft sei abstrakt, Zuflucht konkret. Für die Flüchtigen sei Flucht die Voraussetzung für Zukunft. In den Beiträgen der Schriftsteller, die keine überbordenden Wirkungen der Kultur versprechen, klingt auch die nötige Demut mit, die der indische Publizist Pankaj Mishra den Europäern abverlangt. Das Selbstbild Europas als Hort der Vernunft und Garant der Freiheit

gehört für ihn in die Vergangenheit. Solche schmeichelhaften Selbstbilder seien blutgetränkt und jegliche Ansprüche auf moralische und politische Überlegenheit der Europäer seien, so Mishra, bestenfalls provinziell.

Es ist ausgerechnet Francis Fukuyama, der an George Orwells „1984“, Symbol einer mächtigen totalitären Zukunft, erinnert. Bei allen düsteren Aussichten zur Lage der Demokratie und angesichts von Überwachungssystemen, die die Phantasie von Orwell bei Weitem übersteige, habe das Buch auch dazu beigetragen, uns gegen Autoritarismen zu immunisieren, meint er hoffnungsvoll. Das Internet ermögliche, trotz aller Desillusion und dort verbreiteten Verschwörungstheorien, die Entstehung von Zusammenleben, das nicht durch physische Barrieren, sondern durch den Glauben an eine Gemeinschaft gekennzeichnet sei. Vielleicht sollten wir den Titel dieses Bandes „Reset Europa“ nicht zerstörerisch zurück auf Anfang setzend, sondern zusammenfügend verstehen. Die Kulturschaffenden zeigen sich bereit, ihren Beitrag zu leisten. Oder um es mit Johannes Hillje zu sagen, dessen Beitrag zur „Plattform Europa“ einen dritten Weg zwischen Datenkapitalismus und Datenautoritarismus aufzeigt: „Wenn Desinformation ein Mittel der Politik ist, sollte es Information umso mehr sein.“ In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine gute Lektüre.





MINE!
LARBANAN TOLAKI

Kapitel 1

Demokratie in der Defensive - Der Vertrauensverlust der etablierten politischen Kultur

Zunehmender Nationalismus und populistische Desinformation sind globale Phänomene, sie bedrohen aber den Zusammenhalt Europas besonders. Sie sind ein Angriff auf tragende Werte der Union: Rechtsstaatlichkeit, Medien- und Meinungsfreiheit sowie die Freiheit der Wissenschaft.

Welche Antworten hat der Kontinent auf diese Gefahren?

Was tun gegen EU-Skepsis, Fake News und verstärkte Polarisierung?

Muss die EU demokratischer werden?

Und schließlich: Was ist aus der europäischen Idee geworden?

Was verbindet Europa tatsächlich?

Kampf um die liberale Demokratie Mit dem Brexit hat der Populismus im Ursprungsland des Kapitalismus gesiegt. Wie konnte es dazu kommen? Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama macht einen Parforceritt durch 50 Jahre Globalisierung. Für ihn ist das Verlangen nach Anerkennung der eigenen Identität maßgeblich: Gerade abgehängte Bevölkerungsgruppen fühlen sich durch die politischen Vertreter nicht wertgeschätzt und sind empfänglich für die Versprechungen und Parolen der populistischen Bewegungen. *Von Francis Fukuyama*



Der amerikanische Präsident Donald Trump repräsentiert einen breiteren Trend der internationalen Politik in Richtung des populistischen Nationalismus. Populistische Führer sind bemüht, ihre Macht durch die Legitimität zu konsolidieren, die sie aus demokratischen Wahlen beziehen. Sie wollen eine direkte charismatische Verbindung zum „Volk“ herstellen, das oftmals nach sehr eingegrenzten, ethnischen Begriffen definiert wird, die große Teile der Bevölkerung ausschließen. Institutionen behagen ihnen nicht, und so sind sie stets versucht, die Gewaltenteilung zu untergraben, welche dafür sorgt, die persönliche Macht des Staatsoberhauptes in modernen liberalen Demokratien einzuschränken: die Gerichte, die Legislative, unabhängige Medien und eine unparteiische Bürokratie. Andere zeitgenös-

sische Regierungschefs, die man dieser Kategorie zuordnen kann, sind Wladimir Putin in Russland, Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei, Viktor Orbán in Ungarn, Jarosław Kaczyński in Polen und Rodrigo Duterte auf den Philippinen.

Der globale Drang zur Demokratie, der Mitte der 1970er Jahre begann, ist, wie mein Kollege Larry Diamond schreibt, in eine globale Rezession übergegangen. Im Jahr 1970 gab es nur rund 35 repräsentative Demokratien – eine Zahl, die in den folgenden drei Jahrzehnten stetig anstieg, bis sie Anfang des 21. Jahrhunderts fast 120 erreichte. Die stärkste Beschleunigung fand zwischen 1989 und 1991 statt, als der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und der UdSSR eine demokratische Welle in der gesamten Region auslöste. Seit Mitte der Nullerjahre hat sich der Trend jedoch umgekehrt, und die Anzahl der demokratischen Staaten ist wieder gesunken. Gleichzeitig sind autoritäre Länder wie China selbstbewusster geworden. Es ist kein Wunder, dass es potenziellen neuen Demokratien wie Tunesien, der Ukraine und Myanmar schwerfällt, tragfähige Institutionen aufzubauen, und dass es der liberalen Demokratie nicht gelang, in Afghanistan oder im Irak nach den dortigen US-Interventionen Fuß zu fassen. Es ist enttäuschend, wenn auch nicht allzu erstaunlich, dass Russland zu seinen autoritären Traditionen zurückgefunden hat. Viel unerwarteter war indes, dass sogar in

Ländern mit etablierten freiheitlichen Systemen Bedrohungen der Demokratie auftrauchten. Ungarn gehörte zu den ersten Staaten Osteuropas, die ihr kommunistisches Regime stürzten. Als es sich sowohl der NATO als auch der Europäischen Union anschloss, schien es, wie die Politologen meinten, als „konsolidierte“ liberale Demokratie nach Europa zurückgekehrt zu sein. Doch unter Orbán und seiner Fidesz-Partei ist es inzwischen zu einem Paradebeispiel der (von Orbán so genannten) „illiberalen Demokratie“ geworden. Eine noch viel größere Überraschung waren jedoch die Wahlergebnisse in Großbritannien und den Vereinigten Staaten für den Brexit und für Trump. Dies betraf die beiden führenden Demokratien, welche die moderne liberale, internationale Ordnung errichtet hatten – Länder, die während der 1980er Jahre unter Reagan und Thatcher die Wegbereiter der „neoliberalen“ Revolution gewesen waren. Doch auch sie schienen sich nun einem engeren Nationalismus zuzuwenden.

Was sind die Vorteile der liberalen Demokratien? Sie verstehen sich ziemlich gut darauf, für Frieden und Wohlstand zu sorgen (wenn auch mit Einschränkungen in den letzten Jahren). Diese vermögenden, ungefährdeten Gesellschaften sind die Domäne von

„Die liberale Weltordnung kam jedoch nicht allen zugute. In vielen Ländern, besonders in den wohlhabenden Demokratien, nahm die Ungleichheit erheblich zu, was bedeutete, dass etliche Vorteile des Aufschwungs in erster Linie einer durch ihre Ausbildung definierten Elite zufielen.“

Nietzsches letztem Menschen oder von C. S. Lewis' „Menschen ohne Brust“, die ihr Leben mit der endlosen Suche nach Konsumbefriedigung verbringen, jedoch nichts in ihrem Innern aufweisen, keine höheren Ziele oder Ideale, die sie anstreben und für die sie Opfer bringen können. Ein solches Leben wird nicht jedem genügen. Megalothymia gedeiht durch Besonderheit: durch hohe Risiken, imposante Kämpfe und große Effekte, denn all das bewirkt, dass jemand im Vergleich mit anderen als überlegen anerkannt wird. In manchen Fällen kann sie heroische Führer wie Lincoln, Churchill oder Nelson Mandela hervorbringen, doch in anderen mag sie Tyrannen wie Cäsar, Hitler oder Mao schaffen, die ihre Gesellschaft in Diktatur und Katastrophen stürzen.

Verlangen nach Anerkennung

Da Megalothymia, historisch gesehen, in allen Gesellschaften existiert hat, kann sie nicht ausgeschaltet, sondern nur umgelenkt oder gemäßigt werden. Dieser Umstand wurde von den Gründervätern der Vereinigten Staaten vollauf zur Kenntnis genommen. Bei ihrem Bemühen, in Nordamerika eine republikanische Regierungsform aufzubauen, waren sie sich der Geschichte des Falls der Römischen Republik bewusst und machten sich Sorgen um das Problem des Cäsarismus. Ihre Lösung war das Verfassungssystem der „Checks and Balances“, das die Macht verteilt und ihre Konzentration auf einen einzigen Führer verhindert.

Das Verlangen nach Anerkennung der eigenen Identität vereint als Leitmotiv vieles von dem, was sich heutzutage in der Weltpolitik abspielt. Es beschränkt sich nicht auf die Identitätspolitik, wie sie an Universitäten praktiziert wird, oder auf den weißen Nati-

onalismus, den es erzeugt hat, sondern es erstreckt sich auch auf breitere Phänomene wie den Aufschwung des altmodischen Nationalismus und des politisierten Islam. Ein großer Teil dessen, was als wirtschaftliche Motivation gilt, ist in Wirklichkeit in dem Verlangen nach Anerkennung verwurzelt und kann deshalb nicht einfach mit wirtschaftlichen Mitteln befriedigt werden. Dies hat direkte Konsequenzen dafür, wie wir gegenwärtig mit dem Populismus umgehen sollten. Laut Hegel wurde die Menschheitsgeschichte durch das Ringen um Anerkennung vorangetrieben. Er führte aus, dass die einzig rationale Lösung für das Verlangen nach Anerkennung universaler Art sei, was nichts anderes heißt, als dass die Würde jedes Menschen akzeptiert werden müsse. Seitdem wird die universale Anerkennung immer wieder in Frage gestellt durch partielle Varianten der Anerkennung, die auf Nation, Religion, Sektenzugehörigkeit, Rasse, Ethnizität oder Gender beruhen, oder durch Individuen, die als überlegen anerkannt werden wollen. Die Zunahme der Identitätspolitik in modernen liberalen Demokratien ist eine ihrer Hauptbedrohungen. Wenn es uns nicht gelingt, zu einem universalen Verständnis der menschlichen Würde zurückzukehren, werden wir zu ständigen Konflikten verurteilt sein.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein dramatischer Wandel in der Weltpolitik vollzogen. Zwischen den frühen 1970er Jahren und der Mitte der ersten Dekade dieses Jahrhunderts fand das statt, was Samuel Huntington die „dritte Demokratisierungswelle“ nannte: Die Anzahl der repräsentativen Demokratien erhöhte sich weltweit von rund 35 auf über 110. In diesem Zeitraum wurde die liberale Demokratie zum Regierungsstandard für erhebliche Teile der Welt, jedenfalls dem Bestreben nach, wenn auch nicht unbedingt in der Realität. Parallel zu diesem

Wandel politischer Institutionen wuchs die wirtschaftliche Interdependenz zwischen den Staaten, also das, was wir als Globalisierung bezeichnen. Letztere wurde von liberalen Wirtschaftsstrukturen wie dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und der sich daran anschließenden Welthandelsorganisation untermauert. Als Ergänzungen dienten regionale Handelsvereinbarungen in Form der Europäischen Union und des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens. Während dieser Periode übertraf die Wachstumsrate des internationalen Handels und der internationalen Investitionen jene des globalen Bruttosozialprodukts. Sie galt allgemein als Hauptantriebskraft des Wohlstands.

Zwischen 1970 und 2008 vervierfachte sich der weltweite Ertrag an Gütern und Dienstleistungen. Das Wachstum erstreckte sich auf praktisch alle Regionen, während sich der Anteil der unter extremer Armut leidenden Menschen in den Entwicklungsländern von 42 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 1993 auf 17 Prozent im Jahr 2011 verringerte. Der Anteil der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag starben, ging von 22 Prozent im Jahr 1960 auf weniger als 5 Prozent im Jahr 2016 zurück. Die liberale Weltordnung kam jedoch nicht allen zugute. In vielen Ländern, besonders in den wohlhabenden Demokratien, nahm die Ungleichheit erheblich zu, was bedeutete, dass etliche Vorteile des Aufschwungs in erster Linie einer durch ihre Ausbildung definierten Elite zufielen.

Mit dem wirtschaftlichen Wachstum wurden viele Güter leichter verfügbar, es war mehr Geld im Umlauf, und die Mobilität der Bevölkerung erhöhte sich – all das stiftete auch Unruhe. In Entwicklungsländern fanden sich Dorfbewohner, die zuvor nicht einmal einen Stromanschluss gehabt hatten, plötzlich in großen Städten wieder, wo sie fernsehen konnten und durch die allge-

genwärtigen Mobiltelefone mit dem Internet verbunden waren. Die Arbeitsmärkte passten sich den neuen Gegebenheiten an und zwangen Abermillionen Menschen, auf der Suche nach besseren Chancen für sich selbst und ihre Angehörigen oder auf der Flucht vor unerträglichen Verhältnissen in der Heimat internationale Grenzen zu überqueren.

In Ländern wie China und Indien entstanden riesige neue Mittelschichten, doch deren Tätigkeit ersetzte die Arbeit, die zuvor die etablierten Mittelschichten in der entwickelten Welt verrichtet hatten. Die Fertigungsindustrie verlagerte sich kontinuierlich aus Europa und den Vereinigten Staaten nach Ostasien und in andere Niedriglohnregionen. Mitte des letzten Jahrzehnts begann der Trend in Richtung einer immer offeneren und liberaleren Weltordnung zu stocken und kehrte sich schließlich um. Dieser Wechsel fiel mit zwei Finanzkrisen zusammen: Die erste, 2008 verursacht vom US-amerikanischen Subprime-Markt, führte zu der sich anschließenden Großen Rezession. Die zweite war die Eurokrise nach der drohenden Staatspleite Griechenlands. In beiden Fällen verursachten elitäre politische Maßnahmen weltweit

„Eine Reihe autoritärer Länder, angeführt von China und Russland, ist seitdem viel selbstbewusster und energischer geworden: Das Erstere propagierte sein „China-Modell“ als eindeutig undemokratischen Pfad zu Entwicklung und Reichtum, während Russland die liberale Dekadenz der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten attackierte.“

heftige Konjunkturrückgänge, hohe Arbeitslosenquoten und Einkommensverluste für Millionen gewöhnlicher Beschäftigter. Da es sich bei den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union um führende Vertreter des Systems handelte, schadeten die Krisen dem Ruf der liberalen Demokratie als Ganzem. Der Soziologe Larry Diamond charakterisiert die Jahre nach den Krisen als Periode einer „demokratischen Rezession“, in der die Gesamtzahl demokratischer Staaten in praktisch allen Gebieten der Welt zurückging.

Eine Reihe autoritärer Länder, angeführt von China und Russland, ist seitdem viel selbstbewusster und energischer geworden: China propagierte sein „China-Modell“ als eindeutig undemokratischen Pfad zu Entwicklung und Reichtum, während Russland die liberale Dekadenz der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten attackierte.

Etliche Länder, die in den 1990er Jahren den Eindruck erfolgreicher liberaler Demokratien gemacht hatten, glitten ab in autoritärere Regierungsformen, darunter Ungarn, die Türkei, Thailand und Polen. Der Arabische Frühling von 2011 zerrüttete Diktaturen überall im Nahen Osten, nur um dann die Hoffnungen auf mehr Demokratie in der Region zu enttäuschen, als Libyen, der Jemen, der Irak und Syrien in Bürgerkriegen versanken. Die terroristische Aufwallung, welche die Attentate vom 11. September entfesselte, wurde durch den US-Einmarsch in Afghanistan und den Irak nicht niedergeschlagen, im Gegenteil: Sie mutierte zum Islamischen Staat, der überall auf der Welt als Fanal für illiberale und gewalttätige Islamisten diente. So bemerkenswert wie die Widerstandskraft des IS war die Tatsache, dass so viele junge Muslime ein relativ sicheres Leben anderswo im Nahen Osten oder in Europa hinter sich ließen, um nach Syrien zu reisen und dort für die Terrororganisation zu kämpfen. Vielleicht

noch bedeutsamer waren die beiden großen Wahlüberraschungen von 2016: die Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, und die Wahl von Donald J. Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. In beiden Fällen waren die Wähler an der Lösung wirtschaftlicher Fragen interessiert, insbesondere jene Lohnempfänger, die Arbeitsplatzverluste und die Deindustrialisierung ihrer Region hatten hinnehmen müssen.

Doch genauso wichtig war die Ablehnung einer fortgesetzten Masseneinwanderung, von der angenommen wurde, dass sie einheimische Arbeitsplätze kostete und seit Langem etablierte kulturelle Identitäten untergrub. Parteien, die sich gegen Einwanderung und die EU aussprachen, wurden auch in vielen anderen Ländern stärker, vornehmlich der Front National in Frankreich, die Partei für die Freiheit in den Niederlanden, die Alternative für Deutschland und die Freiheitliche Partei Österreichs. Überall auf dem Kontinent empfand man einerseits Ängste vor islamistischem Terrorismus und führte andererseits Debatten über Verbote muslimischer Identitätsbekundungen, etwa das Tragen von Burka, Niqab und Burkini.

Im 20. Jahrhundert hatte sich die Politik an einem Links-rechts-Spektrum orientiert, das durch Wirtschaftsthemen definiert wurde, wobei die Linke mehr Gleichheit und die Rechte größere Freiheit verlangte. Die linke Politik konzentrierte sich auf Arbeiter, Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien, die sich um bessere gesellschaftliche Schutzmechanismen und wirtschaftliche Umverteilung bemühten. Die Rechte dagegen interessierte sich hauptsächlich dafür, die Verwaltung zu reduzieren und den Privatsektor auszubauen. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts scheint dieses Spektrum in vielen Ländern von einem durch Identität definierten Angebot verdrängt zu werden.

Die Linke richtet ihr Augenmerk nicht mehr primär darauf, weitestmögliche ökonomische Gleichheit herzustellen. Stattdessen geht es ihr darum, die Interessen einer Vielfalt von benachteiligten Gruppen zu unterstützen, wie etwa von Schwarzen, Einwanderern, Frauen, Hispanics, der LGBT-Community und Flüchtlingen. Unterdessen liegt der Rechten vor allem der Patriotismus am Herzen, der Schutz der traditionellen nationalen Identität, die häufig explizit mit Rasse, Ethnizität oder Religion verknüpft wird. Einer langen Tradition gemäß, die mindestens bis zu Karl Marx zurückreicht, werden politische Kämpfe als Reflexion wirtschaftlicher Konflikte betrachtet, im Wesentlichen als Ringen um die Stücke des Wohlstandskuchens. Tatsächlich erklärt dies einen Teil des Geschehens nach 2010, denn die Globalisierung schloss erhebliche Bevölkerungsanteile vom weltweiten Wachstum aus. Zwischen 2000 und 2016 erlebte die Hälfte der US-Amerikaner keine Erhöhung ihres Realeinkommens.

Politik des Unmuts

Der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der auf das obere Bevölkerungsprozent entfiel, stieg hingegen zwischen 1974 und 2008 von neun auf 24 Prozent. Aber so maßgeblich das materielle Eigeninteresse auch sein mag, Menschen werden zudem von anderen Dingen motiviert, durch welche sich die disparaten Ereignisse der Gegenwart vielleicht besser erklären lassen. Diese Entwicklungen könnten als Politik des Unmuts bezeichnet werden. In zahlreichen Fällen gelingt es politischen Führern, ihre Anhänger mit Hilfe der Vorstellung zu mobilisieren, dass die Würde der Gruppe beleidigt, herabgesetzt oder sonst wie missachtet worden sei. So erklingen Rufe danach, die Würde der betref-

fenden Gemeinschaft öffentlich anzuerkennen. Eine erniedrigte Gruppe, die ihre Würde wiederherstellen will, verfügt über weit mehr emotionales Gewicht als eine, die nur ihren wirtschaftlichen Vorteil verfolgt. Das ist der Grund, warum der russische Präsident Wladimir Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion eine Tragödie nennt und warum er Europa und den Vereinigten Staaten vorwirft, die Verwundbarkeit Russlands in den 1990er Jahren ausgenutzt zu haben, um die NATO an die Grenzen seines Landes vorzuschieben. Er verabscheut die zur Schau getragene Überlegenheit westlicher Politiker und verlangt, dass Russland nicht, wie Präsident Obama es einmal formulierte, als schwacher regionaler Akteur, sondern als Großmacht behandelt wird.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte 2017, seine Rückkehr an die Macht im Jahr 2010 markiere den Zeitpunkt, an dem „wir Ungarn überdies beschlossen, dass wir unser Land, unsere Selbstachtung und unsere Zukunft zurückgewinnen wollen“. Die chinesische Regierung unter Xi Jinping geht ausführlich auf Chinas „Jahrhundert der Demütigung“ ein und behauptet, die Vereinigten Staaten, Japan und andere Länder bemühten sich, Chinas Rückkehr zu dem Großmachtstatus, den es in den vergangenen Jahrtausenden genossen habe, zu verhindern. Als der Al-Qaida-Gründer Osa-

„Die Praktiker der Politik des Unmuts erkennen einander. Die Sympathie zwischen Wladimir Putin und Donald Trump ist nicht bloß persönlicher Art, sondern auch in ihrem gemeinsamen Nationalismus verwurzelt.“

ma bin Laden 14 Jahre alt war, stellte seine Mutter fest, wie sehr ihn das Schicksal Palästinas fesselte: „Tränen strömten ihm über die Wangen, während er in ihrem Heim in Saudi-Arabien fernsah.“ Sein Zorn über die Kränkung von Muslimen wurde später von seinen jungen Glaubensgenossen nachvollzogen, was dazu führte, dass sie freiwillig in Syrien für eine Religion kämpften, die ihrer Meinung nach überall auf der Welt angegriffen und unterdrückt worden war. Sie hofften, im Islamischen Staat die Herrlichkeit einer früheren muslimischen Zivilisation neu erstehen lassen zu können.

Die Wut über Erniedrigungen war auch in demokratischen Ländern ein mächtiger Faktor. Die Black-Lives-Matter-Bewegung entsprang einer Reihe gut dokumentierter Erschießungen von Afroamerikanern durch Polizisten in Ferguson, Baltimore, New York und anderen Städten. Sie wollte die Außenwelt zwingen, den Erfahrungen von Opfern beiläufig wirkender Polizeigewalt Beachtung zu schenken. An Universitäten und in Büros im ganzen Land galten sexuelle Gewalt und sexuelle Belästigungen als Beweis dafür, dass Männer Studentinnen oder weibliche Arbeitskräfte nicht als gleichberechtigt ansahen. Plötzliche Aufmerksamkeit wurde Transgendern zuteil, die man früher nicht als eindeutige Diskriminierungsziele identifiziert hatte. Viele derjenigen, die für Donald Trump stimmten, erinnerten sich an bessere Zeiten, als ihr Platz in der eigenen Gesellschaft vermeintlich sicherer gewesen war. Ihre Sorgen hat Trump zielsicher in einen seiner Slogans einfließen lassen: „Make America Great Again!“

Obwohl Putins Anhänger zeitlich und geographisch weit von ihnen entfernt waren, ähnelten ihre Empfindungen in Bezug auf die Arroganz und Verachtung westlicher Eliten denen der ländlichen Wähler in den Vereini-





gen Staaten, die das Gefühl hatten, dass die städtischen Oberschichten beider Küsten und die mit ihnen verbündeten Medien sie und ihre Probleme ignorierten. Die Praktiker der Politik des Unmuts erkennen einander. Die Sympathie zwischen Wladimir Putin und Donald Trump ist nicht bloß persönlicher Art, sondern auch in ihrem gemeinsamen Nationalismus verwurzelt.

Viktor Orbán erklärte: „Gewisse Theorien beschreiben die Umwälzungen, die sich nun in der westlichen Welt abspielen, sowie das Erscheinen eines neuen amerikanischen Präsidenten auf der Bühne als weltpolitisches Ringen zwischen der transnationalen Auslese – die als ‚global‘ bezeichnet wird – und patriotischen nationalen Eliten“, zu deren frühen Vertretern Orbán sich selbst zählte.

Sei es in Gestalt von Großmächten wie Russland und China oder der Wähler in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, überall glauben Gruppen, dass ihrer Identität unzureichende Anerkennung gezollt wird – entweder, im Fall einer Nation, durch die Außenwelt oder andernfalls durch andere Mitglieder derselben Gesellschaft. Solche Identitäten können unglaublich vielfältig sein. Sie mögen geprägt sein durch Nation, Religion, Ethnizität, sexuelle Orientierung oder Gender. Doch in allen manifestiert sich ein gemeinsames Phänomen: das der Identitätspolitik.

Die Begriffe Identität und Identitätspolitik sind recht jungen Ursprungs. Der eine wurde in den 1950er Jahren von dem Psychologen Erik Eriksson populär gemacht, der andere trat erst in der Kulturpolitik der 1980er und 1990er Jahre in den Vordergrund. Identität hat heute eine große Zahl von Bedeutungen und bezieht sich in manchen Fällen nur auf gesellschaftliche Kategorien oder Rollen, während sie in anderen grundlegende Informationen über jemanden liefert (wie in

dem Satz „Meine Identität wurde gestohlen“). So gesehen haben Identitäten schon immer existiert. Identität erwächst vor allem aus einer Unterscheidung zwischen dem wahren inneren Selbst und einer Außenwelt mit gesellschaftlichen Regeln und Normen, die den Wert oder die Würde des inneren Selbst nicht adäquat anerkennt.

Während die wirtschaftlichen Ungleichheiten, die aus rund 50 Jahren der Globalisierung herrühren, wesentlich zur Erklärung der aktuellen Politik beitragen, werden ökonomische Ärgernisse noch weitaus intensiver empfunden, wenn sie mit Gefühlen der Erniedrigung und Missachtung verbunden sind. In den beiden vergangenen Generationen hat die Welt eine Vielzahl spontaner Aufstände gegen autoritäre Regierungen erlebt: von den Protesten, die zum Sturz der kommunistischen Regime 1989 führten, bis hin zur südafrikanischen Abwendung von der Apartheid sowie zu anderen Bürgermobilisierungen im subsaharischen Afrika in den 1990er Jahren und den „Farbrevolutionen“ in Georgien und der Ukraine zu Beginn des neuen Jahrhunderts, bei denen die Anerkennung der elementaren Menschenwürde eine zentrale Rolle gespielt hat. Einer dieser Auf-

„Während die wirtschaftlichen Ungleichheiten, die aus rund 50 Jahren der Globalisierung herrühren, wesentlich zur Erklärung der aktuellen Politik beitragen, werden ökonomische Ärgernisse noch weitaus intensiver empfunden, wenn sie mit Gefühlen der Erniedrigung und Missachtung verbunden sind.“

stände wurde sogar als Revolution der Würde bekannt. Im November 2013 verkündete der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, er wolle ein Assoziierungsabkommen seines Landes mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen und stattdessen eine engere Zusammenarbeit mit Russland und Wladimir Putins Eurasischer Wirtschaftsunion anstreben.

Der Kampf um Würde

Die Alternative einer Annäherung an die EU oder an Putins Russland wurde empfunden als Wahl zwischen dem Leben unter einer modernen Regierung, welche die Menschen als gleichwertige Bürger behandelte, und dem Leben in einem Regime, in dem eigennützige Kleptokraten die Demokratie hinter einem freiheitlichen Schleier manipulierten. Putins Russland stand für den Inbegriff eines solchen Mafiastaates, und die Assoziierung mit ihm statt mit Europa entsprach einem Schritt in eine Welt, in der die reale Macht in den Händen einer nicht rechenschaftspflichtigen Elite lag. Der Euromaidan-Aufstand hatte folglich das Ziel, die elementare Würde gewöhnlicher Bürger zu sichern.

Die effektive Anerkennung der Bürger, die als gleichwertige Erwachsene befähigt sind, politische Entscheidungen zu treffen, ist die Mindestvoraussetzung für eine liberale Demokratie. Autoritäre Regime dagegen erkennen die gleichwertige Würde ihrer Bürger nicht an. Sie mögen in blumigen Verfassungen wie denen Chinas oder Irans üppige Bürgerrechte auflisten, doch die Realität sieht anders aus. In relativ wohlwollenden Diktaturen wie unter Lee Kuan Yew in Singapur oder unter Deng Xiaoping in China nahm der Staat eine paternalistische Haltung gegenüber seinen Bürgern ein. Gewöhnliche Menschen wurden

wie Kinder behandelt, die von einem klugen Elternteil, dem Staat, geschützt werden mussten. Man traute ihnen nicht zu, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern.

Der bedeutende Nationalismustheoretiker Ernest Gellner schlug vor, dass der heutige Islamismus aus einem ähnlichen Blickwinkel der Modernisierung und Identität betrachtet werden müsse. Sowohl Nationalismus als auch Islamismus wurzeln in der Modernisierung. Die Verschiebung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft findet derzeit im Nahen Osten statt, wo Bauern oder Beduinen aus den Landregionen in Städte wie Kairo, Amman und Algier ziehen. Zudem gerieten Millionen Muslime mit der Modernisierung in Kontakt, da sie auf der Suche nach einem besseren Leben in europäische oder andere westliche Länder auswanderten.

Wenn sie sich beispielsweise in Marseille, Rotterdam oder Bradford niederließen, würden sie dort mit einer fremden Kultur konfrontiert. Auch kam die Moderne per Satellitenfernsehen in Form von Sendern wie Al Jazeera oder CNN International in die ländlichen Gebiete. Menschen in traditionellen Dörfern mit begrenzten Auswahlmöglichkeiten sehen sich plötzlich einer pluralistischen Welt mit unbekanntem Lebensstilen gegenüber, in der ihre althergebrachten Normen nicht respektiert werden.

Eine der auffälligen Eigenarten der Weltpolitik in diesem Jahrzehnt besteht darin, dass die neuen dynamischen Kräfte, die sie gestalten, nationalistische oder religiöse Parteien und Politiker sind – also die beiden Seiten der Identitätspolitik. Die Linksparteien, die mit ihrem Klassendenken die Politik im 20. Jahrhundert so sehr prägten, sind verschwunden. Der Nationalismus mag durch Industrialisierung und Modernisierung abgelöst worden sein, aber er ist keineswegs aus der Welt verschwunden, auch nicht aus jenen

Ländern, die sich seit Generationen industriell entwickelt haben. Etliche neue populistische und nationalistische Machthaber, die durch Wahlen demokratische Legitimität beanspruchen, pochen im Interesse „des Volkes“ auf nationale Souveränität und nationale Traditionen. Zu ihnen gehören Putin in Russland, Erdoğan in der Türkei, Orbán in Ungarn, Kaczyński in Polen und schließlich Donald J. Trump in den Vereinigten Staaten. Die Brexit-Bewegung im Vereinigten Königreich hat keinen eindeutigen Anführer, doch war auch hier der Hauptimpuls eine Rückbesinnung auf die nationale Souveränität.

Populistische Parteien warten in Frankreich, den Niederlanden und überall in Skandinavien auf ihre Stunde. Allerdings beschränkt sich die nationalistische Rhetorik nicht auf die genannten Politiker: Die Ministerpräsidenten Narendra Modi in Indien und Shinzo Abe in Japan setzen sich beide für nationalistische Anliegen ein, ebenso wie Präsident Xi Jinping in China, der nachdrücklich auf einen Sozialismus mit unverkennbar chinesischen Merkmalen setzt. Es breiten sich islamistische Bewegungen weiterhin in Ländern wie Bangladesch, Thailand und den Philippinen aus. In Indonesien wurde der populäre christliche Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, wegen angeblicher Gotteslästerung von zunehmend selbstbewussten islamistischen Gruppen attackiert und, nachdem seine Wiederwahl knapp gescheitert war, im Mai 2017 in einem Blasphemie-Prozess zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Freilich ist der Islam nicht die einzige Erscheinungsform der politisierten Religion. Ministerpräsident Modis Partei BJP basiert ausdrücklich auf einem hinduistischen Verständnis der indischen nationalen Identität. Eine militante Version des politischen Buddhismus hat in süd- und südasiatischen Ländern wie Sri Lanka und Myanmar Fuß

gefasst, wo es zu Zusammenstößen mit muslimischen und hinduistischen Gruppen kam. Religiöse Vereinigungen gehören zudem konservativen Koalitionen in Demokratien wie Japan, Polen und den USA an. In Israel, dessen politische Ordnung nach der Unabhängigkeit mehr als eine Generation lang von zwei Parteien mit Ideologien europäischen Stils, der Arbeiterpartei Awoda und dem konservativem Likudblock, dominiert wurde, fällt ein immer größerer Stimmenanteil religiösen Parteien wie Schas und Agudat Jisra'el zu. Die alte klassenorientierte Linke dagegen macht weltweit einen langfristigen Verfall durch. Der Kommunismus brach zwischen 1989 und 1991 zusammen, wiewohl sich Versionen davon noch in Nordkorea und Kuba an der Macht halten. Die Sozialdemokratie, eine der beherrschenden Kräfte, die die westeuropäische Politik in den beiden Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg gestalteten, befindet sich auf dem Rückzug. Die deutschen Sozialdemokraten, die 1998 noch mehr als 40 Prozent der Stimmen erhielten, mussten sich 2017 mit knapp über 20 Prozent zufriedengeben, während die französische Parti socialiste 2017 praktisch aufhörte zu existieren. Insgesamt schrumpften die Stimmen für Mitte-links-Parteien zwischen 1993 und 2017 in Nordeuropa von 30 auf 24 Prozent, in Südeuropa von 36 auf 21 sowie in Mitteleuropa von 25 auf 18 Prozent.

Sie spielen immer noch eine wichtige Rolle, doch der Trend ist unverkennbar. Linksparteien überall in Europa verlagerten ihren Schwerpunkt in den 1990er Jahren ins Zentrum und akzeptierten somit die Logik der Marktwirtschaft. Viele konnten fortan kaum noch von ihren Mitte-rechts-Koalitionspartnern unterschieden werden. Während des Kalten Krieges gab es im Nahen Osten stets kommunistische und andere linke Gruppen – im Südjemen gelangte sogar ein selbsternann-

„Die Verschiebung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft findet derzeit im Nahen Osten statt, wo Bauern oder Beduinen aus den Landregionen in Städte wie Kairo, Amman und Algier ziehen. Zudem gerieten Millionen Muslime mit der Modernisierung in Kontakt, da sie auf der Suche nach einem besseren Leben in europäische oder andere westliche Länder auswanderten.“

tes kommunistisches Regime an die Macht. Seitdem sind solche Bewegungen jedoch von islamistischen Parteien ganz und gar marginalisiert und abgehängt worden.

In anderen Weltregionen verlief die Entwicklung langsamer: Der Linkspopulismus tat sich in den 1990er Jahren und Anfang des 21. Jahrhunderts hauptsächlich in Teilen Lateinamerikas durch den Aufstieg von Hugo Chávez in Venezuela, Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien und den Kirchners in Argentinien hervor. Aber diese Welle ist mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Venezuelas unter Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro bereits zurückgewichen. Die zwischenzeitlich starken Ergebnisse von Jeremy Corbyn im Vereinigten Königreich und Bernie Sanders in den Vereinigten Staaten mögen auf eine Erholung hindeuten, doch Linksparteien sind nirgendwo mehr so dominierend wie im späten 20. Jahrhundert. Die globale Schwäche der Linken ist in vielerlei Hinsicht überraschend, wenn man die Zunahme der weltweiten Ungleichheit in den vergangenen drei Jahrzehnten bedenkt. Damit meine ich das Anwachsen der Ungleich-

heit innerhalb individueller Länder, nicht zwischen den Staaten. Die Kluft zwischen reichen und armen Ländern hat sich geschlossen; nicht nur in Ostasien, auch in Lateinamerika und im subsaharischen Afrika ist ein hohes Wachstum zu verzeichnen. Der Ökonom Thomas Piketty hat jedoch aufgezeigt, dass die weltweite Ungleichheit innerhalb von Staaten seit 1980 erheblich zugenommen hat. Abweichend von der lange akzeptierten Theorie des Wirtschaftswissenschaftlers Simon Kuznets klaffen die Einkommen in reichen Ländern auseinander, statt sich anzugleichen. Kaum eine Region der Welt hat den Aufstieg einer neuen Schicht von Oligarchen versäumt, das heißt von Milliardären, die ihr Vermögen zum Schutz ihrer Familieninteressen politisch einsetzen.

Der Ökonom Branko Milanović hat eine oft zitierte „Elefanten-Kurve“ entworfen, die den relativen Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens für verschiedene Segmente der globalen Einkommensverteilung anzeigt. Das Realeinkommen ist weltweit in allen Einkommensschichten zwischen 1988 und 2008 gewachsen, hauptsächlich aufgrund von Produktivitätsgewinnen und der Globalisierung. Mit anderen Worten: Die Welt ist in diesem Zeitraum immer reicher geworden. Doch die zusätzlichen Erträge verteilen sich nicht gleichmäßig.

Vor allem in den Vereinigten Staaten und Großbritannien wirkte sich die Deindustrialisierung verheerend auf die alte Arbeiterschaft aus. In den USA brachte die Finanzkrise die linke Occupy-Wall-Street-Bewegung und die rechte Tea Party hervor. Erstere marschierte und demonstrierte und verpuffte dann, während Letztere sowohl große Teile der Republikanischen Partei als auch des Kongresses unter ihre Kontrolle bringen konnte. Die Ergebnisse waren eindeutig: Im Jahr 2016 wandten die Wähler

den extrem linkspopulistischen Kandidaten den Rücken und stimmten stattdessen für nationalistische Politiker.

Auf dem Spiel steht nicht weniger als die Erhaltung der liberalen Demokratie selbst. Der gegenwärtige europäische Kampf um die nationale Identität begann mit den Initiatoren der Europäischen Union Robert Schuman und Jean Monnet, die eingesehen hatten, dass den beiden Weltkriegen, die der Kontinent durchgemacht hatte, exklusive ethnische Definitionen nationaler Identität zugrunde lagen. Als Gegenmittel schufen sie 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Mitglieder Frankreich, Belgien, Westdeutschland, Italien, die Niederlande und Luxemburg waren, mit dem Ziel, die deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern und zugleich Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer ehemals integrierten, doch vom Krieg auseinandergerissenen Region zu erleichtern. Die Möglichkeit, dass Deutschland und Frankreich, die beiden Hauptwidersacher der Weltkriege, einander jemals wieder bekämpfen, ist heutzutage verschwindend gering. Viele junge, zumeist gut ausgebildete Europäer werden inzwischen in einem der Mitgliedstaaten geboren, haben in einem anderen studiert, jemanden aus einem dritten Land geheiratet und arbeiten an verschiedenen Orten innerhalb und außerhalb der Union. Sie bleiben sich ihrer durch Geburt erworbenen Staatsbürgerschaft bewusst, doch ihr Leben ist mit der EU als Ganzem verbunden.

Ob „Europa“ jedoch eine Identität hat, die stärker ist als die alten nationalen Varianten, die sie ablösen sollte, bleibt unklar. In den ersten Jahrzehnten der EU war es politisch nicht akzeptabel, die nationale Identität individueller Mitgliedstaaten lärmend zu feiern. Das galt in erster Linie für Staaten wie Deutschland und Spanien, die eine rechtstotalitäre

Vergangenheit hatten: Bürger schwenkten keine Fahnen, sangen keine Nationalhymnen und jubelten nicht zu laut für ihre Nationalmannschaften. Für sie war Europa eine Zuflucht, nicht unbedingt ein begehrtes Ziel. Die EU war nicht in der Lage, energisch auf eine neue Identität hinzuarbeiten. Sie schuf keine einheitliche europäische Staatsangehörigkeit; Einbürgerungsvorschriften blieben den einzelnen Mitgliedsländern überlassen. Nationale Symbole wie Flagge und Hymne wurden recht spät eingeführt, und in den EU-Staaten gab es keine einheitliche politische Bildung. Das wichtigste Versäumnis betrifft jedoch die demokratische Verantwortlichkeit der EU selbst. Ihr mächtigstes Organ ist die Europäische Kommission, ein nicht gewähltes technokratisches Gremium, das sich auf die Förderung eines Binnenmarktes unter den Mitgliedern konzentriert. Die Kommission ist den Bürgern nur indirekt rechenschaftspflichtig, nämlich über den Ministerrat, der die EU-Staaten repräsentiert. Das direkt gewählte Europäische Parlament hat sehr beschränkte Befugnisse und bringt deshalb keine nennenswerte Wahlbeteiligung oder Begeisterung hervor. Die EU-Bürger wissen, dass die entscheidenden Stimmen weiterhin auf Staatsebene abgegeben werden, und dorthin richten sich die meisten ihrer Energien und emotionalen Bindungen. Infolgedessen empfinden sie kaum ein Gefühl der Teilhabe oder Kontrolle über die Institutionen, die Europa als Ganzes lenken. Während die Eliten von einer „immer engeren Union“ sprachen, lungerten die Gespenster der einstigen

„Die Welt ist in diesem Zeitraum immer reicher geworden. Doch die zusätzlichen Erträge verteilten sich nicht gleichmäßig.“

nationalen Identitäten in Wirklichkeit weiterhin herum wie unerwünschte Gäste auf einer Dinnerparty.

Das galt vor allem für ältere, weniger gebildete Wähler, die sich die Freizügigkeit des neuen Europa nicht zunutze machen konnten oder wollten. Solche Gespenster erscheinen zu kritischen Zeitpunkten und sind eine existenzielle Bedrohung für die gesamte EU. Dies wurde besonders deutlich während der Eurokrise, die durch die immensen Kredite ausgelöst wurde, welche die griechische Regierung während der Boomjahre nach der Jahrtausendwende aufgenommen hatte. Die Deutschen, die durchaus bereit waren, ihre weniger wohlhabenden Mitbürger mit Hilfe eines ausgedehnten Sozialstaats zu unterstützen, zeigten sich weniger großzügig den Griechen gegenüber, als diese drohten, ihre Schulden nicht zu bezahlen.

Tatsächlich hatte man in Griechenland eine ganz andere Einstellung zu Ersparnissen, Darlehen und Vetternwirtschaft im öffentlichen Sektor als in Deutschland. Berlin, der Hauptgläubiger der Griechen, konnte, unterstützt von Institutionen wie der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds, Athen eine vernichtende Austerität auferlegen – eine Situation, die bis in die Gegenwart andauert. Die Eurokrise enthüllte eine tiefe Kluft zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedern der Eurozone, die sich ihrer nationalen Unterschiede heutzutage viel bewusster sind als vor dem Ausbruch der Krise. Ein noch bedeutsamerer Konflikt trat infolge der miteinander zusammenhängenden Fragen von Immigration und Flüchtlingen hervor. Die Anzahl der im Ausland geborenen Bürger erhöhte sich aus einer Reihe von Gründen in vielen EU-Staaten in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts drastisch. Erstens kehrten die Gastarbeiter aus der Türkei, Pakistan und Marokko nicht

wie erwartet in ihre Geburtsländer zurück, sondern holten ihre Angehörigen zu sich nach Europa, zeugten Kinder und ließen sich dauerhaft in der Wahlheimat nieder.

Die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten waren noch weniger geneigt, kulturell andersartige Neuankömmlinge zu akzeptieren. Die sowjetische Besetzung der Region und die Diktatur des Kommunismus hatten ihre soziale und politische Entwicklung erstarren lassen. Im Unterschied zu Westdeutschland oder Spanien brauchten diese Länder sich nicht mit ihrer nationalistischen Vergangenheit abzumühen, auch verzichteten sie darauf, ihren Bürgern liberale Werte zu vermitteln. Sie hatten praktisch keine Immigrationerfahrung und gehörten zu den am wenigsten vielfältigen Gesellschaften der entwickelten Welt. Nach 1989 entledigten sie sich freudig des Kommunismus und schlossen sich hastig der EU an, doch viele ihrer Bürger machten sich die liberalen Werte des neuen Europa nicht zu eigen. Infolgedessen konnte Viktor Orbán verkünden, dass die ungarische nationale Identität auf ungarischer Ethnizität basiere, ähnlich wie Hitler die deutsche Identität vom deutschen Blut abhängig gemacht hatte. Brüssel wurde nun von etlichen osteuropäischen Regierungschefs für eine Bedrohung gehalten, hauptsächlich weil es der unbegrenzten Migration aus dem Nahen Osten und Afrika Tür und Tor öffnen würde.

Ein anderes EU-Mitgliedsland, das eine europäische Identität nie vollauf akzeptiert hatte, war Großbritannien. Jahrelang besaß es als einziger wichtiger EU-Staat eine lautstarke euroskeptische Randbewegung, repräsentiert durch erhebliche Teile der Konservativen Partei und neuere Gruppen wie die UK Independence Party (UKIP) unter Nigel Farage. Die unerwartete Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, wird laut Voraussagen katastrophale

wirtschaftliche Konsequenzen haben, doch viele Brexit-Wähler interessieren sich weniger für ökonomische Fragen als für solche der Identität.

Die nationalen Identitäten sind nach wie vor stark und weisen erhebliche Unterschiede auf: von einer relativ offenen wie der Frankreichs, bis hin zu anderen, die absichtlich Barrieren für die Assimilation von Einwanderern errichten, wie der Ungarns. Europa wird heute weniger von Migranten bedroht als von der politischen Reaktion, die Zuwanderung und kulturelle Vielfalt ausgelöst haben. Die einwanderer- und EU-feindlichen Dämonen, die heraufbeschworen wurden, sind häufig zutiefst illiberal und könnten die offene politische Ordnung schwächen, die den Wohlstand der Region ermöglicht. Die Überwindung dieses Rückschlags wird nicht davon abhängen, dass man Identität als Konzept verwirft. Vielmehr muss man die nationalen Identitäten bewusst so gestalten, dass das Gefühl einer demokratischen und offenen Gemeinschaft gestärkt wird. Verglichen mit den meisten europäischen Ländern haben die Vereinigten Staaten eine längere Immigrationerfahrung und verfügen über eine nationale Identität, die sich besser dazu eignet, Neuankömmlinge einzugliedern. Doch die US-amerikanische Identität ist das Ergebnis langwieriger politischer Auseinandersetzungen und noch immer nicht gefestigt. Seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten im Jahr 2016 wird sie von manchen heftig angefochten. Trump baute seinen Wahlkampf auf dem Widerstand gegen Einwanderer auf, besonders aus Mexiko und der muslimischen Welt. Wie ihre immigrationsfeindlichen Gesinnungsgenossen in Europa behaupten viele Trump-Anhänger, sie wollten „ihr Land zurückholen“, was impliziert, dass ihnen ihr Land auf irgendeine Art gestohlen worden ist. Im Unterschied zu

ihren Eltern haben junge Menschen, die heute in Osteuropa aufwachsen, nie im Kommunismus gelebt und können ihre Freiheiten als selbstverständlich ansehen. Das gestattet ihnen, sich auf andere Dinge zu konzentrieren: etwa auf die verborgenen Möglichkeiten, die sich nicht entfalten können, und auf die Art und Weise, wie ihnen durch die gesellschaftlichen Normen und Institutionen ihrer Umgebung Steine in den Weg gelegt werden. Zudem bedeutet das Leben in einer liberalen Demokratie nicht, dass man tatsächlich in gleichem Maße von der Regierung oder anderen Bürgern respektiert wird wie seine Mitbürger. Menschen werden nach ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität, ihrem Aussehen, ihrer Ethnizität oder ihrer sexuellen Orientierung beurteilt. Jede Person und jede Gruppe erlebt Missachtung auf unterschiedliche Art, und jede strebt nach ihrer eigenen Würde. Somit bringt die Identitätspolitik eine Dynamik hervor, durch die sich Gesellschaften in immer kleinere Gruppen mit speziellen „Erlebnissen“ der Schikanie- rung teilen.

Verwirrung hinsichtlich der Identität

„Viele junge, zumeist gut ausgebildete Europäer werden inzwischen in einem der Mitgliedstaaten geboren, haben in einem anderen studiert, jemanden aus einem dritten Land geheiratet und arbeiten an verschiedenen Orten innerhalb und außerhalb der Union. Sie bleiben sich ihrer durch Geburt erworbenen Staatsbürgerschaft bewusst, doch ihr Leben ist mit der EU als Ganzem verbunden.“

ist eine Begleiterscheinung des Lebens in der heutigen Welt. Modernisierung bedeutet unablässige Veränderungen und Zerrütungen sowie ein stetiges Angebot an neuen Möglichkeiten. Sie ist beweglich, wechselhaft und komplex. Das ist normalerweise ein Vorteil: Seit Generationen verlassen Millionen Menschen traditionelle Gemeinschaften, in denen sie keine Optionen besitzen, um nach Orten zu suchen, die ihnen Alternativen bieten. Doch das hohe Maß an Freiheit und Entscheidungsmöglichkeiten in einer neuzeitlichen liberalen Gesellschaft kann auch zur Folge haben, dass Menschen unglücklich sind und sich von ihren Mitbürgern isoliert fühlen. Sie sehnen sich nach einer Gemeinschaft und einem strukturierten Leben, so wie es ihre Vorfahren angeblich besaßen.

Die neue populistische Rechte dagegen schaut nostalgisch auf eine verblassende Nationalkultur zurück, die auf Ethnizität oder Religion basierte – eine Kultur, in der Einwanderung und Vielfalt kaum existierten. In den Vereinigten Staaten hat die Identitätspolitik die Linke in eine Reihe von Gruppen zersplittert, der ihre tatkräftigsten politischen Aktivisten angehören. Sie hat in mancher Hinsicht den Kontakt zu der Schicht verloren, die früher ihren größten Wählerkreis stellte: der weißen Arbeiterschaft. So kam es zum Aufschwung einer populistischen Rechte, die ihre eigene Identität bedroht sieht und die von einem Präsidenten begünstigt wird, dessen persönliche Eitelkeit sich danach bemisst, wie viel Wut und Polarisierung erschüren kann. Europa muss alles daran setzen, die nationale Identität, der in den Staatsbürgerschaftsgesetzen Ausdruck verliehen wird, neu zu definieren.

Im Idealfall sollte die EU eine einzige Staatsbürgerschaft erschaffen, die sich auf liberale demokratische Grundprinzipien stützt und die an die Stelle der nationalen Gesetz-

gebungen tritt. Dies war in der Vergangenheit politisch nicht praktikabel und ist nach dem Aufstieg populistischer Parteien überall auf dem Kontinent noch weniger denkbar. Es wäre sicher hilfreich, wenn die EU demokratischer werden und Befugnisse von der Kommission auf das Parlament verlagern würde. Auch sollte sie Versäumtes nachholen und die europäische Identität stärken, indem sie geeignete Symbole und Narrative ausgestaltet und durch ein gemeinsames Erziehungssystem vermittelt. Solch ein Programm übersteigt jedoch die Fähigkeiten der Europäischen Union, deren 28 Mitgliedstaaten ihre nationalen Vorrechte eifersüchtig verteidigen und nur darauf warten, Reformen niederzustimmen. Jegliche Aktion wird sich deshalb wohl oder übel auf nationalstaatlicher Ebene abspielen müssen. Um die Privilegien abzuschaffen, die bestimmte ethnische Gruppen gegenüber anderen genießen, sollten sich die EU-Staaten, die ihre Staatsbürgerschaft auf Basis des *Ius sanguinis* vergeben, künftig am *Ius soli* ausrichten.

Es ist völlig legitim, strenge Einbürgerungsvorschriften zu erlassen, wie es in den Vereinigten Staaten seit vielen Jahren der Fall ist. Dort erwartet man von Bewerbern neben fünfjähriger fortlaufender Ansässigkeit, dass sie fähig sind, einfaches Englisch zu lesen, zu schreiben und zu sprechen; dass sie Kenntnisse der Geschichte und der Regierung des Landes aufweisen; dass sie kein Vorstrafenregister besitzen; und dass sie ihre Verbundenheit mit den Prinzipien und Idealen der US-Verfassung durch Ablegung eines Treueeids auf die Vereinigten Staaten demonstrieren. Es gibt immer mehr Menschen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen. Wenn man oft in verschiedene Länder reist oder dort Angehörige hat, ist es sehr bequem, über mehrere Pässe zu verfügen. Nimmt man die nationale Identität jedoch ernst, handelt es sich um eine

recht fragwürdige Praxis. Nationen haben unterschiedliche Identitäten und Interessen, die potenziell unvereinbar sind. Das offensichtlichste Dilemma hat mit dem Wehrdienst zu tun: Wenn die beiden Länder, deren Pässe man besitzt, einander bekriegen, kommt es automatisch zu Zweifeln an der Loyalität. Dies mag irrelevant klingen, da die Wahrscheinlichkeit eines Krieges in den meisten Teilen der Welt zurückgegangen ist, doch leider können wir nicht voraussetzen, dass es in Zukunft so bleiben wird. Selbst ungeachtet solcher Eventualitäten wirft die doppelte Staatsbürgerschaft ernste politische Probleme auf. Zum Beispiel ermutigte der autoritäre Präsident Recep Tayyip Erdoğan deutsche Bürger türkischer Herkunft während der Wahl des Jahres 2017 für Politiker zu stimmen, denen nicht deutsche, sondern türkische Interessen am Herzen lagen. Bürgern mit zwei Pässen dürfte die Entscheidung schwerer gefallen sein als denen, die sich von der Türkei gelöst hatten.

Abgesehen davon, dass europäische Länder die formellen Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft ändern sollten, müssen sie von der Auffassung nationaler Identität auf der Grundlage der Volkszugehörigkeit abrücken. Vor rund 20 Jahren schlug der deutsche Professor syrischer Herkunft Bassam Tibi vor, eine Leitkultur zur Basis für die deutsche nationale Identität zu machen. Er definierte Leitkultur als Glauben an Gleichheit und demokratische Werte, womit er sich auf die liberalen Ideen der Aufklärung stützte. Allerdings wurde Tibis Vorschlag von der Linken angegriffen, weil er diese Werte als überlegen gegenüber anderen kulturellen Konzepten darstellen würde. Dadurch kam die deutsche Linke unabsichtlich Islamisten und Rechten entgegen, die an der ethnischen Identität festhielten.

Dabei benötigt Deutschland genau so

etwas wie Tibis Leitkultur: einen Normenwandel, der es Deutschen türkischer Abstammung gestatten würde, sich als Deutsche zu bezeichnen. Dieser Prozess bahnt sich an, wenn auch nur schleppend. Irgendwann mag sich eine paneuropäische Identität herausbilden, doch vielleicht muss das außerhalb der mühseligen bürokratischen Entscheidungsstrukturen geschehen, welche die heutige EU kennzeichnen. Die Europäer haben eine bemerkenswerte Zivilisation geschaffen, auf die sie stolz sein sollten und die Menschen aus anderen Kulturen aufnehmen kann, während sie sich ihrer eigenen Besonderheit bewusst bleibt. Verglichen mit Europa, sind die Vereinigten Staaten viel aufgeschlossener gegenüber Einwanderern, zum Teil deshalb, weil sie sehr früh in ihrer langen Immigrationsgeschichte eine nationale Bekenntnisidentität entwickelt haben. Anders als manche Europäer sind die US-Amerikaner stolz auf ihre neuen Landsleute und machen – mit Fahnenabordnungen und emotionalen Reden von Ortspolitikern – viel Aufhebens um die Einbürgerungszeremonie. Wie der Politologe Seymour Martin Lipset hervorzuheben pflegte, kann ein Bürger der USA auf ganz andere Art bezichtigt werden, „unamerikanisch“ zu sein als ein dänischer Bürger, „undänisch“ oder ein japanischer Bürger, „unjapanisch“ zu sein. US-Amerikaner zu sein gründet sich auf eine Reihe von Überzeugungen und einen Way of Life, nicht auf Ethnizität. Von dem Ersteren kann man abweichen, nicht jedoch von der Letzteren. Die nationale Bekenntnisidentität, die nach dem Bürgerkrieg hervortrat, muss heutzutage wieder stark betont und gegen Angriffe sowohl von links als auch von rechts verteidigt werden.

Auf Seiten der Linken versuchen die Befürworter der Identitätspolitik, die US-amerikanische Nationalgeschichte dadurch

zu untergraben, dass sie sich auf Fälle von Schikanierung konzentrieren und mitunter die Meinung vertreten, Rassismus, Genderdiskriminierung und andere Formen der systematischen Ausschließung seien in der DNA der USA enthalten. Solche Mängel waren und sind Merkmale der Gesellschaft der Vereinigten Staaten und müssen behoben werden. Aber man könnte auch eine progressive Version der Geschichte darüber erzählen, wie Schranken überwunden wurden und wie das Land im Einklang mit seinen Gründungsprinzipien die Würde einer stetig wachsenden Zahl von Menschen anerkannt hat. Diese Version war Teil der „Neugeburt der Freiheit“, die Abraham Lincoln vorschwebte, und ihrer gedenken die US-Amerikaner an Thanksgiving, dem von ihm geschaffenen Feiertag. Obwohl die Vereinigten Staaten von der Vielfalt profitiert haben, können sie ihre nationale Identität nicht darauf aufbauen. Eine solche Identität muss substantielle Ideen wie Konstitutionalismus, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit anbieten. US-Amerikaner respektieren diese Ideen, und zu Recht verweigert das Land die Staatsbürgerschaft denjenigen, die sie ablehnen. Sobald ein Land eine geeignete nationale Bekenntnisidentität gefunden hat, die offen ist für die Vielfalt heutiger Gesellschaften, wird sich das Wesen der Einwanderungsdebatte zwangsläufig än-

„Die nationale Identität in Europa ist heutzutage verworren, um es freundlich auszudrücken. Den EU-Anhängern ist es nicht gelungen, eine überzeugende paneuropäische Identität entstehen zu lassen, welche die Pendanten in den Mitgliedsstaaten ersetzt.“

dern. In den Vereinigten Staaten und in Europa ist die Auseinandersetzung zurzeit polarisiert. Die Rechte strebt danach, jegliche Einwanderung zu unterbinden und sämtliche Migranten in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Die Linke hingegen meint, liberale Demokratien seien verpflichtet, praktisch jeden aufzunehmen.

Stattdessen sollte sich die Debatte jedoch um die besten Strategien drehen, mit denen Einwanderer in die nationale Bekenntnisidentität eines Landes einbezogen werden können. Sind sie gut integriert, bringen sie eine gesunde Vielfalt in ihre neue Gesellschaft ein, und die Vorteile der Immigration können vollumfänglich genutzt werden. Schlecht angepasste Einwanderer dagegen sind eine Belastung für den Staat und in manchen Fällen eine Gefahr für die Sicherheit. Die europäischen Regierungen legen Lippenbekenntnisse ab, wenn sie behaupten, für eine bessere Integration sorgen zu wollen, dann jedoch keine weiteren Schritte unternehmen. Die Maßnahmen auf diesem Gebiet sind sehr uneinheitlich, da es stark voneinander abweichende Ansätze gibt.

Für eine nationale Bekenntnisidentität

In etlichen Ländern behindern sie die Integration sogar aktiv, wie etwa das niederländische System der Versäulung. Großbritannien und eine Reihe anderer europäischer Staaten finanzieren muslimische Schulen, ebenso wie ihre christlichen und jüdischen Pendanten. Dies geschieht im Namen der Gleichberechtigung und spiegelt in gewissem Maße lediglich die geographische Konzentration von Einwanderergemeinschaften wider. Wenn jedoch Assimilation das Ziel ist, sollte dieses Gefüge durch ein System von Gemeinschaftsschulen mit einem einheitlichen Lehrplan ersetzt werden. In den Niederlan-

den wäre der Plan kaum politisch machbar, doch genau solche Schritte wären nötig, wenn Regierungen die Integration ernst nehmen würden.

In Frankreich ist die Situation eine andere. Das dortige Modell der republikanischen Staatsangehörigkeit ist, wie in den Vereinigten Staaten, bekennnisthaft und gründet sich auf die revolutionären Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Durch das 1905 verabschiedete Gesetz der *laïcité* werden Kirche und Staat voneinander getrennt, was öffentlich finanzierte Konfessionsschulen wie die in Großbritannien und den Niederlanden unmöglich macht. Freilich hat Frankreich drei andere Probleme. Erstens werden Einwanderer, unabhängig vom Wortlaut der Gesetze, durch verbreitete Diskriminierung benachteiligt. Zweitens kränkelt die französische Wirtschaft seit Jahren, und die Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch wie etwa in Deutschland. Unter jungen Migranten erreicht die Arbeitslosigkeit 35 Prozent, verglichen mit 25 Prozent für die französische Jugend als Ganzes.

Wichtig ist, dass Frankreich seinen Einwanderern die Integration erleichtert, indem es ihre Beschäftigungschancen und ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft erhöht, etwa durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, um die sich Emmanuel Macron bemüht. Drittens wird die Vorstellung einer französischen nationalen Identität und Kultur als islamfeindlich angegriffen. Im heutigen Frankreich ist schon der Gedanke an eine Assimilation für viele Linke politisch nicht zu verkraften. Aber die Verteidigung des republikanischen Ideals der universalen Bürgerschaft sollte nicht Parteien wie dem Front National überlassen bleiben.

In den Vereinigten Staaten beginnt jegliche Integrationsplanung mit dem öffentlichen Schulwesen. Der Unterricht der Grund-

prinzipien des Staates ist seit Langem im Rückgang begriffen, nicht nur für Einwanderer, sondern auch für alle Schüler des Landes – ein Trend, der umgekehrt werden muss. Wie in Europa wird die Integration auch in den USA durch politische Maßnahmen gebremst, etwa dadurch, dass man im Schulwesen von New York City ungefähr 13 Sprachen verwendet. Bi- und multilinguale Programme werden als Mittel für den rascheren Englischwerb von Nichtmuttersprachlern vermarktet. Sie haben jedoch eine eigene Lobby entwickelt, nämlich die Bürokratie des Erziehungswesens, die ihre Vorrechte unabhängig vom tatsächlichen Spracherwerb verteidigt. Die Assimilation von Einwanderern wird wahrscheinlich noch energischere Schritte erfordern. In den vergangenen Jahrzehnten haben Gerichtshöfe in den Vereinigten Staaten und anderen entwickelten Demokratien nach und nach den Unterschied zwischen Bürgern und Nichtbürgern verringert. Nichtbürger genießen viele juristische Rechte, etwa das auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, das der freien Rede, der Vereinigung, der freien Religionsausübung, dazu das der Nutzung öffentlicher Dienste wie des Erziehungswesens.

Daneben haben Nichtbürger und Bürger gemeinsame Pflichten: Von beiden wird erwartet, dass sie den Gesetzen gehorchen und Steuern zahlen, wiewohl in den Vereinigten Staaten nur Bürger als Geschworene herangezogen werden dürfen. Eine schärfere

„Die demokratischen Rechte werden hoch geschätzt, wenn man in einer Diktatur lebt, doch sobald sich die Demokratie etabliert hat, werden sie für selbstverständlich gehalten.“

Trennung liegt bei Nichtbürgern ohne legale Aufenthaltsberechtigung vor, da diese abgeschoben werden können. Doch auch sie haben Anspruch auf ein ordentliches Verfahren. Die einzige bedeutende Befugnis, die allein durch die Staatsbürgerschaft vermittelt wird, ist das Wahlrecht. Außerdem können Bürger die Grenze ungehindert überschreiten und im Ausland gegebenenfalls auf die Hilfe ihrer Regierung zurückgreifen. So geringfügig diese Unterschiede sind, ist es doch wichtig, an ihnen festzuhalten. Die menschlichen Grundrechte sind universal, aber die volle Nutzung der aktiv von der Staatsmacht durchgesetzten Rechte ist als Bonus dafür zu verstehen, dass man einer nationalen Gemeinschaft angehört und deren Vorschriften akzeptiert. Das Wahlrecht ist besonders relevant, denn es gewährt Individuen einen Anteil an der Staatsmacht.

Als Mensch mag ich ein abstraktes Recht auf Bürgerschaft und politische Repräsentation haben, doch als Bürger der Vereinigten Staaten kann ich nicht erwarten, in Italien oder Ghana wählen zu können, selbst wenn ich dort ansässig bin. Zeitgenössische liberale Demokratien verlangen nicht viel für den staatlichen Schutz der Rechte ihrer Bürger, insbesondere des Wahlrechts. Das nationale Gemeinschaftsgefühl könnte durch einen allgemeinen Pflichtdienst gestärkt werden, der deutlich machen würde, dass die Staatsbürgerschaft Engagement und Opfer erfordert. Solch ein Pflichtdienst ist entweder beim Militär oder im zivilen Bereich denkbar. Im oben erwähnten Staatsbürgerschaftseid kommt dieser Gedanke zum Ausdruck: Er sieht den bewaffneten oder unbewaffneten Dienst für das Land vor, „wenn dies vom Gesetz verlangt wird“. Wenn der Dienst gut strukturiert ist, könnte er junge Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, Regionen, Hautfarben und Ethnien zusammenbringen. Wie alle Ar-

ten gemeinsam dargebrachter Opfer würde er Neuankömmlinge in die Landeskultur einbeziehen. Der Pflichtdienst könnte die Rolle einer heutigen Version des klassischen Republikanismus spielen, einer Form der Demokratie, die Tugend und Gemeinsinn fördert, statt die Bürger einfach ihrem Privatleben zu überlassen. Sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten würde ein Assimilationsprogramm die wesentlichen Fragen der Zuwanderungsraten und der Geschwindigkeit des Wandels angehen müssen.

Autarke Einwanderergemeinschaften

Die Einbeziehung in eine dominante Kultur wird umso schwieriger, je höher die Anzahl der Immigranten im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung steigt. Sobald Einwanderergemeinschaften ein gewisses Ausmaß erreichen, werden sie größtenteils autark und können auf Verbindungen zu externen Gruppen verzichten. Es ist auch möglich, dass sie die öffentlichen Dienste und die Aufnahmefähigkeit von Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen überstrapazieren. Langfristig werden Immigranten wahrscheinlich einen positiven Nettoeffekt auf die Staatsfinanzen ausüben, doch nur wenn sie Arbeit finden und rechtmäßig ansässige Steuerzahler werden. Hohe Zahlen von Neuankömmlingen können auch bewirken, dass sich einheimische Bürger halbherziger für großzügige Sozialleistungen aussprechen. Dies ist ein wichtiger Faktor der europäischen und amerikanischen Einwanderungsdebatten. Liberale Demokratien profitieren in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erheblich von Einwanderern. Aber sie haben unzweifelhaft auch das Recht, ihre eigenen Grenzen zu kontrollieren. Ein demokratisches politisches System stützt sich auf einen Vertrag zwischen





Regierung und Bürgern, der beiden Pflichten auferlegt. Dieser Vertrag ist sinnlos ohne eine Eingrenzung der Staatsbürgerschaft und der Wahlrechtsausübung. Alle Menschen verfügen über ein Grundrecht auf Staatsbürgerschaft, das ihnen gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht willkürlich genommen werden kann. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie dieses Recht in jedem beliebigen Land für sich beanspruchen können. Zudem stellt das Völkerrecht nicht die Befugnis von Ländern in Frage, ihre Grenzen zu sichern und Kriterien für die Staatsangehörigkeit festzulegen.

Was Flüchtlingen geschuldet wird, sind Verständnis, Mitgefühl und Unterstützung. Wie alle moralischen Verpflichtungen müssen sie freilich durch praktische Gedanken über knappe Ressourcen, miteinander konkurrierende Prioritäten und die Tragfähigkeit eines Hilfsprogramms gemäßigt werden. Dies bedeutet für die EU, dass sie ihre Außengrenzen besser schützen muss. In der Praxis sollten Staaten wie Griechenland und Italien mehr finanzielle Mittel und juristische Kompetenzen zur Regulierung des Einwandererstroms erhalten. Die dafür zuständige Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex ist unterbesetzt und unterfinanziert und wird gerade von den Mitgliedsstaaten, die am stärksten daran interessiert sind, Migranten zurückzuweisen, politisch nicht hinreichend unterstützt. Das Schengen-System der Freizügigkeit innerhalb der EU wird sich politisch nicht aufrechterhalten lassen, falls das Problem der europäischen Außengrenzen nicht gelöst wird. In den Vereinigten Staaten herrscht eine andere Situation, denn die Einwanderungsgesetze sind im Lauf der Jahre uneinheitlich angewandt worden. Ihre Vollstreckung ist nicht unmöglich, sondern eine Frage des politischen Willens. Auch wenn die Ausweisungen unter der Re-

gierung Obama zunahm, kann man angesichts des häufig willkürlichen Charakters jener Maßnahmen nicht von einer dauerhaften und langfristigen Strategie sprechen. Die Anwendung der Gesetze erfordert keine Grenzmauer, denn ein hoher Prozentsatz undokumentierter Ausländer reist rechtmäßig ein und bleibt einfach nach Ablauf des Visums in den Vereinigten Staaten. Viel besser könnten die Vorschriften durch Sanktionen gegen Arbeitgeber durchgesetzt werden, die Illegale beschäftigen. Dazu benötigt man jedoch ein nationales Identifikationssystem, das Firmen dabei hilft, zu ermitteln, wer legal im Land ist. Solch ein System ist bisher nicht aufgebaut worden, weil zu viele Unternehmen von billigen Arbeitskräften in Gestalt illegaler Migranten profitieren und sich nicht als Überwacher betätigen wollen. Ein weiterer Grund für das Fehlen einer Reglementierung ist der beispiellose Widerstand der Bevölkerung gegen ein Identifikationssystem, da Linke wie Rechte dem Staat sehr misstrauisch begegnen. Infolgedessen beherbergen die Vereinigten Staaten gegenwärtig 11 bis 12 Millionen undokumentierte Einwanderer. Die allermeisten sind seit Jahren im Land, verrichten nützliche Arbeit, ziehen Kinder auf und sind gesetzestreu Bürger.

Die neuen Gruppen, die lautstark gegen jegliche Einwanderung protestieren, sind Bündnisse von Menschen mit unterschiedlichen Anliegen. Ein harter Kern wird von Rassismus und Borniertheit motiviert, kaum etwas könnte die Meinung dieser Personen ändern. Rassisten darf man nicht entgegenkommen, man muss ihnen allein schon aus moralischen Gründen Widerstand leisten. Andere dagegen machen sich Sorgen darüber, ob sich Immigranten letztlich anpassen werden. Sie sind weniger beunruhigt über die Tatsache der Einwanderung als über ihre Dimensionen, das Tempo des Wandels und die

„Der Rückzug beider Seiten in immer enger gefasste Identitäten bedroht die Möglichkeit gesamtgesellschaftlicher Erwägungen und des kollektiven Handelns.“

Kapazität bestehender Einrichtungen, den Umschwung zu verarbeiten. Eine Assimilationsstrategie könnte ihre Sorgen lindern und ihnen helfen, sich von den Fanatikern zu distanzieren. In jedem Fall wäre eine solche Strategie nützlich für den nationalen Zusammenhalt. Maßnahmen, die Einwanderer, Flüchtlinge und Staatsbürgerschaft betreffen, stehen im Mittelpunkt der aktuellen Identitätsdebatten, doch das Problem ist viel umfassender. Die Identitätspolitik ist in einer Welt verwurzelt, in der die Armen und Ausgrenzten unsichtbar für ihre Mitbürger sind. Der Zorn über Statusverluste beginnt mit realer wirtschaftlicher Not, und er ließe sich eindämmen, wenn es gelänge, die Ängste um Arbeitsplätze, Einkommen und Sicherheit abzuschwächen. Vor allem in den Vereinigten Staaten haben große Teile der Linken bereits vor Jahrzehnten aufgehört, über ehrgeizige Sozialmaßnahmen nachzudenken, welche die Lebensbedingungen der Armen verbessern könnten. Es war leichter, sich über Respekt und Würde auszulassen, als potenziell kostspielige Pläne zu entwerfen, welche die Ungleichheit tatsächlich verringern hätten.

Im 20. Jahrhundert drehte sich die Politik in liberalen Demokratien vorwiegend um übergreifende Wirtschaftsfragen. Die progressive Linke wollte gewöhnliche Bürger vor den Fährnissen des Marktes bewahren und die Ressourcen mit Hilfe des Staates gerechter verteilen. Die Rechte dagegen zielte darauf ab, die freie Marktwirtschaft zu schüt-

zen, ebenso wie die Möglichkeit aller, daran teilzuhaben. Kommunistische, sozialistische, sozialdemokratische, liberale und konservative Parteien ordneten sich von links nach rechts auf einem Spektrum an, das sich einerseits am erwünschten Maß staatlicher Intervention und andererseits am Engagement für Gleichheit oder individuelle Freiheit orientierte. Auch damals gab es bedeutende Identitätsgruppen, darunter Parteien mit nationalistisch, religiös oder regional ausgerichteten Programmen. Doch die Stabilität der repräsentativen Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart beruhte auf dominierenden Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien, die sich weitgehend über die Zweckmäßigkeit eines demokratischen Sozialstaats einig waren. Dieser Konsens steht nun für eine alte Ordnung, die von neuen, in der Identitätspolitik verankerten Parteien heftig angefochten wird. Hier haben wir es mit einer großen Herausforderung für die Zukunft der demokratischen Politik zu tun. Obwohl Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik im frühen 20. Jahrhundert zu einer scharfen Polarisierung führten, konnten sich die Vertreter gegensätzlicher ökonomischer Vorstellungen häufig auf halbem Weg treffen. Bei Identitätsfragen ist es ungleich mühsamer, Kompromisse zu schließen: Entweder du erkennst mich an oder nicht. Der Zorn über den Verlust der Würde oder über die eigene Unsichtbarkeit hat oftmals wirtschaftliche Ursachen, doch Kämpfe um die Identität lenken uns davon ab, solche Probleme zu beheben. In Ländern wie den Vereinigten Staaten, Südafrika oder Indien, die stark nach Hautfarbe, Ethnizität und Religion gegliedert sind, ist es schwieriger, breite Arbeiterbündnisse herzustellen und eine Umverteilung ins Auge zu fassen, da Identitätsgruppen mit höherem Status nicht gemeinsame Sache mit gesellschaftlich unter

ihnen stehenden machen wollen, und umgekehrt. Der Aufstieg der Identitätspolitik ist vom technischen Wandel begünstigt worden. Als das Internet in den 1990er Jahren zu einer Plattform der Massenkommunikation wurde, glaubten viele Beobachter (darunter auch ich), dass es sich als wichtige Kraft zur Förderung demokratischer Werte erweisen werde. Information ist eine Form der Macht, und wenn das Internet den allgemeinen Zugang zu Informationen vergrößerte, sollte es auch die Macht breiter verteilen können. Sein Peer-to-Peer-Charakter würde die Tyrannei hierarchischer Wächter beseitigen, welche die generell verfügbaren Informationen im Griff hatten. Und so geschah es: Etliche antiautoritäre Erhebungen, von der Rosen- und der Orangen Revolution in Georgien und der Ukraine bis zu der gescheiterten Grünen Revolution im Iran, der tunesischen Revolte und dem Aufstand auf dem Tahrir-Platz in Kairo, wurden von sozialen Medien und dem Internet angetrieben.

Es ist viel schwerer geworden, Regierungsaktionen geheim zu halten, seit Normalbürger die technischen Mittel zur Publikation von Missbräuchen besitzen. Die Black-Lives-Matter-Bewegung wäre wahrscheinlich ohne allgegenwärtige Mobiltelefone und Videoaufnahmen nicht in Schwung gekommen. Allerdings fanden autoritäre Regierungen wie in China mit der Zeit heraus, wie sie den Gebrauch des Internets durch ihre eigene Bevölkerung kontrollieren und politisch entschärfen konnten, und der Kreml lernte, die sozialen Medien als Waffe gegen seine demokratischen Rivalen einzusetzen.

Doch auch ohne diese äußeren Akteure haben die sozialen Medien es geschafft, die Zersplitterung liberaler Gesellschaften zu beschleunigen, indem sie allerlei Identitätsgruppen in die Hände spielen. Sie verbinden gleichgesinnte Menschen miteinander, die

nun nicht mehr dem Zwang der Geographie unterliegen und sich von Personen und Meinungen, die ihnen nicht gefallen, in „Filterblasen“ abschotten können. In den meisten durch persönlichen Kontakt geprägten Gemeinschaften wäre die Anzahl von Individuen, die einer absurden Verschwörungstheorie Glauben schenken, sehr begrenzt, doch online lassen sich Tausende von Geistesverwandten entdecken. Dadurch, dass die sozialen Medien die Redakteure, Faktenchecker und Berufsstandards der traditionellen Medien umgehen, erleichtern sie die Verbreitung von Falschinformationen sowie Versuche, politische Gegner anzuschwärzen und ihren Ruf zu untergraben.

Daneben werden die üblichen Höflichkeitsregeln durch die Anonymität beseitigt. Die sozialen Medien unterstützen nicht nur die allgemeine Bereitschaft der Menschen, sich nach Identitätskategorien einzuordnen, sondern sie fördern auch die Entstehung neuer Identitäten durch den Online-Austausch, etwa durch zahllose Subreddits. Ängste um die Zukunft lassen sich häufig am besten durch die Literatur ausdrücken, vor allem mit Hilfe der Science-Fiction, da sie Welten ausmalte, die auf neuen Technologien beruhen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts richtete

„Allerdings wurde Bassam Tibis Vorschlag von der Linken angegriffen, weil er diese Werte als überlegen gegenüber anderen kulturellen Konzepten darstellen würde. Dadurch kam die deutsche Linke unabsichtlich Islamisten und Rechten entgegen, die an der ethnischen Identität festhielten.“

ten sich viele dieser Zukunftsängste auf große, zentralisierte, bürokratische Tyrannen, die Individualität und Privatsphäre ersticken. In George Orwells „1984“ kontrolliert Big Brother die Bürger mit Hilfe von Fernsehschirmen, und in Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ bedient sich der Staat biotechnologischer Mittel, um die Gesellschaft zu gliedern und zu überwachen.

Aber das Wesen fiktionaler Dystopien änderte sich in den späteren Jahrzehnten des Jahrhunderts, als Umweltkollaps und unkontrollierbare Viren ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten. Eine spezifische Kategorie widmete sich jedoch den von der Identitätspolitik ausgelösten Befürchtungen. Cyberpunk-Autoren wie William Gibson, Neal Stephenson und Bruce Sterling dachten sich eine Zukunft aus, die nicht von zentralisierten Diktaturen, sondern von einer ungebremsten, durch das Internet ermöglichten Fragmentierung beherrscht wird. Unsere heutige Welt bewegt sich gleichzeitig auf die gegensätzlichen Dystopien der Hyperzentralisierung und der endlosen Fragmentierung zu. China etwa baut eine gewaltige Diktatur auf, in der die Regierung hochspezifische persönliche Daten über die täglichen Transaktionen sämtlicher Bürger sammelt und ihre Bevölkerung unter Einsatz von Big-Data-Techniken und einem Sozialkreditsystem unter Kontrolle hält. In anderen Teilen der Welt hingegen kann man den Zusammenbruch zentralisierter Institutionen, scheiternde Staaten, zunehmende Polarisierung und einen wachsenden Mangel an Konsens über gesellschaftliche Ziele beobachten. Die sozialen Medien und das Internet ermöglichen die Entstehung eigenständiger Gemeinschaften, die nicht durch physische Barrieren, sondern durch den Glauben an eine gemeinsame Identität abgeschottet sind. Dystopische Literatur wird zum Glück fast nie wahr. Die Darstellung aktueller, doch zuneh-

mend extremer Trends taugt jedoch als nützliche Warnung: „1984“ wurde zum mächtigen Symbol einer totalitären Zukunft, welche die Menschen vermeiden wollten, und das Buch trug so dazu bei, uns gegen den Autoritarismus zu immunisieren. Gleichermaßen können wir uns bessere Lebensbedingungen ausmalen, in denen man größere Vielfalt fördert und zudem akzeptiert, dass Diversität gemeinsamen Zielen dienen und die liberale Demokratie stärken kann, statt sie zu untergraben. Identität ist das Thema, das vielen politischen Phänomenen zugrunde liegt: den neuen populistischen und nationalistischen Bewegungen, dem islamistischen Fanatismus und den Auseinandersetzungen, die sich an Universitäten abspielen. Wir werden nie aufhören, Identitätsmaßstäbe an uns selbst und unsere Gesellschaften anzulegen. Dennoch müssen wir im Gedächtnis behalten, dass die Identitäten tief in unserem Innern weder fixiert sind noch uns zwangsläufig durch den Zufall der Geburt beschert werden. Identität kann zur Spaltung, aber auch zur Einigung benutzt werden. Letztendlich wird diese Erkenntnis das Heilmittel für die populistische Politik der Gegenwart sein.

Francis Fukuyama, 1952 in Chicago geboren, lehrt Politische Ökonomie an der Johns Hopkins Universität in Baltimore. Er promovierte an der Harvard University in Politikwissenschaften und war u. a. als Osteuropa-Experte Mitglied des politischen Planungsstabes im US-Außenministerium. 1989 verkündete er seine berühmte These vom „Ende der Geschichte“, um sie dann Jahre später zu widerrufen. Fukuyama hat zu den wichtigsten Themen der neueren Weltpolitik Stellung genommen, immer wieder hat er sich mit der Frage beschäftigt, wie viel Kultur brauche der Mensch – und wie viel Staat? Dieser Text geht auf sein Buch „Identität – Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet“ zurück, das 2019 auf Deutsch bei Hoffmann & Campe erschienen ist.





Die Identitäten Europas Was bestimmt die europäische Identität? Der Euro, Schengen oder die Champions League? Diejenige Institution der EU, die das größte identitätsstiftende Potenzial besitzt, sollte das Europäische Parlament sein, meint der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser. Er spannt den Bogen von den Anfängen der EU bis heute und wehrt sich vehement gegen ein altes Grundübel, das aktueller ist denn je – den Finger, der auf andere zeigt, das schlimme „Die“: Die Muslime, die Frauen, die Juden, die Deutschen, die Flüchtlinge. *Von Alfred Grosser*



Wenn das Wort „Europa“ fällt – was meint man? Nehmen wir Pegida, die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“. Wahrscheinlich sind für deren Anhänger Europa und Abendland identisch. Das ist jenes Europa, das 1914/1918 und 1939/1945 nach innen Abermillionen Tote verursacht hat, Massenmord an Juden und anderen Gruppen verübte, das außerhalb die Sklaverei förderte, im 16. Jahrhundert den Völkermord in Mittelamerika zuließ und später die beinahe vollständige Vernichtung der Indianer Nordamerikas durch europäische Immigranten. Erzählt man das Pegida-Leuten, so sind sie erstaunt und empört. Also soll hier mit etwas anderem begonnen werden!

Grenzen, sagt man, gibt es dort, wo Polizei- und Zollbeamte stehen. So einfach ist

das aber nicht. Grenzen können auch etwas sein, das durch einen Glauben markiert wird. Google maps versucht neutral zu sein, indem es die Grenzziehungen der UNO für seine Karten verwendet. Aber die Schulkinder in Indien und China bekommen ganz andere Landkarten vorgelegt, auf denen dasselbe Gebiet einmal als indisch und einmal als chinesisch dargestellt wird. Sobald sie erwachsen sind, werden sie bereit sein, „ihr“ Gebiet mit Waffengewalt zu verteidigen. Wie sieht es nun mit Europa aus? Nach außen und nach innen?

Die Europäer haben anderen Weltregionen oft Grenzen auferlegt. Das gilt nicht nur für Afrika. Der IS beruft sich ständig auf ein Abkommen, das am 16. Mai 1916 heimlich zwischen Frankreich und Großbritannien unterschrieben wurde – die Accords Sykes-Picot – worin sich beide den Nahen Osten teilen. Auch lässt sich ein Land wie Frankreich nicht als rein europäisch definieren. Guadeloupe, Martinique, Guyane, La Réunion: Die départements d’outre-mer gehören zur Französischen Republik. Geht man von der Geographie aus, gehört nur ein winziger Teil der Türkei zu Europa, dafür aber ein riesiger Teil Russlands. Doch bis wohin?

De Gaulles Formulierung lautete: „L’Europe de l’Atlantique à l’Oural“ – vom Atlantik bis zum Ural. Jedoch als er das nicht sehr hohe Ural-Gebirge einmal selbst überflog, musste er feststellen, dass auf der anderen Seite zwar Sibirien, aber immer noch Russland

war. Innerhalb des Kontinents liegen Staaten. Innerhalb mancher Staaten liegen Einheiten, die sich nicht als echter Teil des Staatsvolks betrachten. Ein Staat sollte hier besonders betrachtet werden: Polen. Nicht nur, weil es im Laufe der Geschichte mehrmals von der Landkarte verschwand und das polnische Volk in der Unterdrückung weiter existierte, ist die Zugehörigkeit zur Nation dort heute stärker als anderswo. Auch weil zwischen 1939 und 1945 enorme Grenzveränderungen stattgefunden haben, mit Verlusten im Osten und Gebietsgewinnen im Westen, und beides verbunden mit Vertreibungen.

In der Präambel des deutsch-polnischen Grenzvertrags vom 14. November 1990 heißt es, dass die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutender Beitrag zu der Friedensordnung in Europa sei, „eingedenk dessen, dass seit Ende des Zweiten Weltkriegs 45 Jahre vergangen sind, und im Bewusstsein, dass das schwere Leid, das dieser Krieg mit sich gebracht hat, insbesondere auch der von zahlreichen Deutschen und Polen erlittene Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung oder Aussiedlung, eine Mahnung und Herausforderung zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten darstellt...“

Wer weiß heute in Deutschland, dass die Polen, die sich in Schlesien niedergelassen haben, meist selbst Vertriebene aus dem ukrai-

„Wer weiß in Polen, dass die Siegermächte sich nicht genau darüber im Klaren waren, dass es eine östliche und eine westliche Neiße gibt? Zwischen beiden lag Schlesien mit Breslau, dem heutigen Wrocław.“

nisch oder russisch gewordenen Teil des Vorkriegspolen waren? Wer weiß in Polen, dass die Siegermächte sich nicht genau darüber im Klaren waren, dass es eine östliche und eine westliche Neiße gibt? Zwischen beiden lag Schlesien mit Breslau, dem heutigen Wrocław.

Die Identifikation von Volk und Nation mit dem neuen Gebiet ist nicht allzu schwierig verlaufen. Doch Polen besaß noch drei andere Identitäten. Die erste ist kaum ins Bewusstsein der Menschen gedrungen, weder in Polen selbst noch in den Nachbarstaaten. In Polen sind drei Millionen Juden vernichtet worden, polnische und solche, die aus anderen Ländern nach Treblinka, Sobibór, Majdanek, Chełmno und Auschwitz-Birkenau gebracht worden sind. Um 1980 verwandelte sich die polnische Identität in die eines Landes, das im Bereich der Sowjetunion als Erstes den Sieg einer Freiheitsbewegung erlebte. Der Pole Lech Wałęsa verkörperte damals die Nation. Heute ist das nicht mehr so.

Die Macht, die in Polen die Freiheit unterdrückt und somit die Grundwerte der Europäischen Union verletzt, trägt jetzt das Gesicht von Jarosław Kaczyński. Dieser wird nicht mehr zusammen mit Lech Wałęsa genannt, sondern mit Viktor Orbán, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan. Das Gewicht der Geschichte prägt noch immer die Geister von heute. In Belgien lag das gesellschaftliche und wirtschaftliche Übergewicht lange bei den Wallonen. Der Wille, inzwischen die Überlegenheit Flanderns herauszustellen, ist auch einem gewissen Rachegefühl geschuldet. In Irland zählt die große, Londons Verantwortung zugeschriebene Hungersnot im 19. Jahrhundert – mit zahllosen Toten und Emigranten, die nach Amerika gingen – zu den Wesenselementen der irischen Selbstidentifikation.

Ob es überhaupt noch ein Belgien gibt, mag bezweifelt werden. Zwei politische Gemeinschaften mit zwei verschiedenen Spra-

chen leben nebeneinander. Brüssel ist noch ein drittes Gebiet, wo eine ziemlich machtlose Regierung angesiedelt ist, die versuchen soll, die nationale Devise „Einigkeit macht stark“ irgendwie zu rechtfertigen. Spanien ist ein föderaler Staat. Inwiefern zählt Katalonien noch dazu? Die Reformen von 1979 und 2016 haben die regionale Autonomie einer Unabhängigkeit immer näher gebracht. Noch wird Letztere im Namen der Verfassung Spaniens von Madrid strikt abgelehnt. Was kann aber getan werden, wenn in Barcelona der Beschluss fällt, ohne Rücksicht auf die Verfassung weitere Schritte zur Unabhängigkeit zu unternehmen?

Katalanisch wird auch auf der anderen Seite der Grenze mit Frankreich gesprochen. Nicht diese Grenze spielt eine Rolle in Frankreich. Die spanisch-französische Grenze, die eine Region spaltet, liegt im Baskenland. Die dortige oft gewaltsame Autonomiebewegung findet so manchen Unterstützer im französischen Teil. Ein echtes Problem für die Einheitsnation Frankreich ist dies nicht, ebenso wenig wie der Drang vieler Bretonen, mehr Anerkennung für die Besonderheiten der Bretagne zu erreichen. Eine dieser Besonderheiten ist die transnationale keltische Zusammengehörigkeit. Jedes Jahr strömen Hunderttausende nach Lorient zum Festival interceltique.

Die echten Fragen heißen Korsika und Elsass. Bei den Regionalwahlen 2015 haben auf der Insel, die 1768, ein Jahr vor der Geburt Napoleons, ein Teil Frankreichs geworden war, die korsischen Nationalisten gesiegt. In seiner auf Korsisch gehaltenen Rede hat der Präsident des Regionalrates Frankreich als „befreundete Nation“ bezeichnet. Natürlich sollen alle unzähligen Privilegien Korsikas erhalten bleiben (keine Erbschaftssteuer, fiskalische Geschenke, Zuschüsse, kaum Bestrafung von Gewalttaten gegen Hausbesitzer und andere Menschen aus dem „kontinentalen

Frankreich“ und anderes mehr). Der korsisch-französische Widerspruch ist etwa vergleichbar mit einem Polen, das immer weniger EU mit denselben Zuschüssen aus Brüssel haben will.

Seit der jüngsten Regionalreform ist das Elsass ein Teil der Région Grand Est, zusammen mit der Champagne. Straßburg ist zwar die Hauptstadt der Region, aber niemand hat eine Antwort auf die Frage: „Was wird von den elsässischen Besonderheiten erhalten bleiben?“ Da die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich 1905 vollzogen wurde, zu einer Zeit, als das Elsass dem deutschen Reich angehörte, gilt bis jetzt das Konkordat, das Bonaparte 1801 unterschrieben hatte: Priester, Pastoren, Rabbiner werden vom Staat bezahlt, und die Universitäten Straßburg und Metz sind die einzigen in Frankreich, wo man einen staatlich anerkannten Dokortitel in Theologie erwerben kann. Auch das System der Sozialversicherung ist hier ein anderes als die Sécurité nationale („la Sécurité“) im Rest des Landes. Es blieb sogar eine Reihe von Gesetzen gültig, die noch von Bismarck eingeführt worden sind. Wie sind solche Sonderrechte innerhalb des französischen Einheitsstaats zu rechtfertigen? Der Verfassungsrat hat ein ziemlich merkwürdiges Argument in dieser Richtung gefunden: Die Lage darf so bleiben, weil sie nie beanstandet wurde! Aber soll nun auch die Champagne an den elsässischen Besonderheiten teilhaben? Oder sollen innerhalb derselben Region zwei verschiedene Regime herrschen? Zugleich vertiefen sich die

„Der korsisch-französische Widerspruch ist etwa vergleichbar mit einem Polen, das immer weniger EU mit denselben Zuschüssen aus Brüssel haben will.“

transnationalen Beziehungen. Die Gegend um Straßburg und der deutsche Ortenaukreis wachsen immer mehr zusammen. Lothringen ist gewissermaßen zweigeteilt. Metz geht zusammen mit Luxemburg und dem Saarland, Nancy mit Freiburg und Basel.

Ein jährliches Rugby-Turnier heißt Le Tournoi des Six Nations – das Turnier der sechs Nationen. Die Sechs sind England, Schottland, Wales, Nordirland, Frankreich und Italien. The United Kingdom of Great Britain and Northern Island ist nicht in jeder Hinsicht united. Das gilt vor allem für den Sport: Wales hätte beinahe England in der Fußball-Europameisterschaft geschlagen. Das gilt auch beim Brexit: Die Mehrheit der Schotten wollte in der EU bleiben. Die Drohung, man würde eine neue Abstimmung organisieren, um die Unabhängigkeit Schottlands zu erreichen, steht im Raum. In den 51,3 Prozent, die für den Austritt stimmten, sind auch die relativ wenigen schottischen Wähler enthalten. Das Vereinigte Königreich besitzt 65 Millionen Einwohner, Schottland nur 5,3 Millionen und das „keltische“ Wales knapp 3 Millionen. Eine Grenze zwischen England und Schottland wäre denkbar, mit Blick auf die Geschichte und in Anbetracht der Ölressourcen in der Nordsee – die allerdings immer weniger werden und immer weniger echten Reichtum bedeuten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat keine solchen Probleme. Der Begriff „Freistaat“ ist für Sachsen und Bayern bedeutungslos. Die bayerische Vergangenheit spielt keine große Rolle mehr, sonst würde man stets Napoleon dafür danken müssen, dass er das Königreich Bayern geschaffen, und sich nie auf das Grundgesetz berufen hat, das Bayern ja abgelehnt hatte. Niemand will mehr die Pfalz annektieren, und leicht wird vergessen, dass auch das protestantische Franken ein Teil von Bayern ist. Nur ein bayerisches Gesetz ist un-

vergessen und in ganz Deutschland gegenwärtig: Am 17. September 2016 wurde das Münchner Oktoberfest im Zeichen des Reinheitsgebots eröffnet, das vor 500 Jahren, am 23. April 1516, erlassen wurde. Die bayerische Identität bleibt in dieser Weise gesichert. Nur die CSU scheint zu glauben, dass Bayern heute ein Sonderweg beschieden sei, jenseits der Gemeinschaft der anderen Bundesländer.

Gegenteil von Hitlers Europa

Es besteht kein Zweifel: Die Identität Europas wäre eine andere, hätte es nicht Jean Monnet gegeben – mit drei weiteren Männern vor ihm, drei Männern neben ihm, einer historischen Gegebenheit und einer menschlichen Einflussnahme. 1947 entstand die Union der Europäischen Föderalisten. Die drei Mitbegründer hatten alle gegen Hitler und Mussolini gekämpft. Zwei waren deswegen hart bestraft worden. Der Franzose Henri Frenay, geboren 1905, war der Chef der großen Widerstandsbewegung Combat gewesen. Der Italiener Altero Spinelli, geboren 1907, war 1927 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hat bis zu seinem Tod 1986 eine große Rolle in Europa gespielt, insbesondere im Straßburger Europa-Parlament. Der Deutsche Eugen Kogon, geboren 1903, war von September 1939 bis zur Befreiung des Lagers 1945 Häftling im KZ Buchenwald gewesen.

Diese drei waren der lebendige Beweis dafür, dass das Nachkriegseuropa das Gegenteil von Hitlers Europa sein würde, mit einer radikal anderen Identität. Drei ältere Männer aus denselben Ländern haben Monnet so etwas wie Beihilfe geleistet. Es heißt immer noch, ihre Identität als Katholiken hätte sie vereint. Doch das war weniger wichtig als ihre Identität des An-der-Grenze-geboren-Seins, weshalb sie entschlossen waren, Grenzen zu

überwinden. Der Deutsche Konrad Adenauer wurde 1876 in Köln geboren, hat vieles erlebt und überlebt, ohne je das Rheinland zu verlassen. Der Italiener Altiero de Gasperi kam 1881 in Pieve Tesino, damals k.u.k.-Österreich, heute autonome Provinz Bolzano des Alto Adige – Südtirol! –, zur Welt. Der Franzose Robert Schuman wurde 1886 in Luxemburg als Sohn eines Vaters geboren, der durch Annexion Deutscher geworden war. Sein Studium hat ihn nach Bonn, Berlin, München und Straßburg geführt. 1919 wurde er Franzose. Auf dem Katholikentag 1913 in Metz hatte er bereits eine politische Rolle gespielt und war Sprecher der frankophonen Teilnehmer. Dass diese drei die ersten Staatsmänner wurden, die ein transnationales Europa förderten, war also kein Wunder.

Jean Monnet war wie kein anderer berufen, transnational zu wirken. Während des Ersten Weltkriegs und nachdem er in Ausrüstungsfragen mit den Briten zusammengearbeitet hatte, wurde er 1916, als hoher interalliiertes Beamter, Koordinator des alliierten Nachschubs. Von 1920 bis 1923 war er stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes. Im Juni 1940 verfasste er den Text eines Vorschlags, den der Brigadegeneral Charles de Gaulle nach London brachte. Es sollte eine französisch-britische Nation geschaffen werden, mit einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Armee. Diesen Vorschlag hat de Gaulle später nur spärlich erwähnt.

Jean Monnet hat 1955 den Vorsitz der Hohen Behörde der Montanunion niedergelegt, um Europa auf eine originelle Weise als Gemeinschaft vorwärts zu bringen. Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa war keine Organisation mit Statuten. Jean Monnet brachte verantwortliche Partei- und Gewerkschaftsführer der sechs Gründer-Länder zusammen, bis 1968 auch die drei großen britischen Parteien, mit George Brown, Denis

Jealy, Roy Jenkins und Edward Heath, die Einladung des Komitees annahm. Der bedeutendste Erfolg des Einflusses von Jean Monnet war die Bekehrung der SPD zu Adenauers Europa-Politik. Der DGB brauchte nicht mehr bekehrt zu werden. Walter Freitag, Hans Oskar Vetter, Otto Brenner waren im Komitee, dem auch Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner angehörten, zusammen mit Kurt-Georg Kiesinger, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und Walter Scheel.

Die römischen Verträge von 1957 sind in diesem inoffiziellen Gremium diskutiert und vorbereitet worden. Das Europa von Jean Monnet wurde zwar nicht verwirklicht, aber sein Einfluss hat auch die neue, begrenzte Identität Europas mitgeprägt.

Wie viele Europäer wissen, dass sie Unionsbürger sind? Die Verträge sagen es: „Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzt.“ (Auf Wunsch Frankreichs ist hinzugefügt worden: „Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.“) Wer hat sich schon je selbst als Bürger Europas bezeichnet und gefühlt? Ein Teil der sich immer weiter ausbreitenden ablehnenden Haltung der EU gegenüber stammt vom Unwissen über die europäischen Institutionen. Der Begriff Brüssel ist negativ belastet. Dort leben unwissende und schädliche Funktionäre. Es sind in der Tat 33.000, von denen 22.000 in Brüssel wirken. Doch sei ein gewagter Vergleich erlaubt: Die Stadt Hamburg beschäftigt und bezahlt 70.000 Menschen. Welche Befugnisse haben Rat, Kommission, Parlament, Gerichtshof? Wie üben sie diese aus?

„Brüssel“ ist übrigens nicht immer böse. Es ist gut, wenn es die Regeln zur Milchproduktion abschafft. Wenn das dann aber schiefgeht, ist Brüssel nur gut, wenn es wieder Regelungen einführt! Natürlich darf man vom Normal-

verbraucher nicht erwarten, dass er die 358 Artikel des Vertrags von Lissabon liest und versteht, aber er könnte von vereinfachten Informationen Kenntnis nehmen, vor allem, wenn er löblicherweise an der Wahl zum Europa-Parlament teilnimmt. Würde das jedoch genügen, um der Europäischen Union eine klare Identität zu verleihen – und sei es nur in den Augen der Wähler? Gewiss sieht er sie als ein Ganzes, an das die Bundesrepublik nicht angeschlossen ist, sondern von dem sie eingeschlossen ist. In den Schulbüchern sollte man deshalb Artikel 10 des dicken Vertrags zur deutschen Einheit wiedergeben, mit seinen zwei grundlegenden Feststellungen: 1. Das gesamte Europarecht gilt für das erweiterte Deutschland. 2. Das Recht der Europäischen Gemeinschaft, seine Umsetzung oder Ausführung fällt in die Zuständigkeit der Länder, es ist von diesen durch landesrechtliche Vorschriften umzusetzen oder auszuführen.

Das organisierte Europa hat Institutionen. Aber welche davon verschaffen ihm eine Identität? Sicher nicht der schwer verständliche Unterschied zwischen dem Europäischen Rat und dem Rat! Ersterer „ist nicht gesetzgeberisch tätig“. Der andere ist „gemeinsam mit dem Europäischen Parlament als Gesetzgeber tätig“. Der Europäische Rat „gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür fest“. Zu den Aufgaben des Rats hingegen

„Es sollte eine französisch-britische Nation geschaffen werden, mit einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Armee. Diesen Vorschlag hat de Gaulle später nur spärlich erwähnt.“

„gehört die Festlegung der Politik“. Der es setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Er entscheidet „im Konsens“. Sein Präsident – der machtlos ist – wird für zweieinhalb Jahren gewählt und darf einmal wiedergewählt werden. Herman Van Rompuy, belgischer Ministerpräsident, wurde es 2010, der polnische Ministerpräsident Donald Tusk ist es seit 2015.

Der an sich mächtige Vorsitzende des Rates ist gesichtslos, denn der Ratsvorsitz wird jedes halbe Jahr von einem anderen Staat geführt. Deutschland kommt im zweiten Halbjahr 2020 wieder dran. Die echte Macht in der Union liegt beim Rat in seinen verschiedenen Ministerratszusammensetzungen. Er entscheidet mit qualifizierter Mehrheit – das heißt mit 55 Prozent der Mitglieder, mindestens aber 15 Ländern, wenn sie zusammen 65 Prozent der Bevölkerung der Union ausmachen. In Wirklichkeit entscheidet der Rat auf Vorschlag der vielleicht wichtigsten Einrichtung der gesamten Union, des COREPER (Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, AstV). Dennoch haben in der EU die Regierungen das Sagen. Ein Sagen, das auf wichtigen Gebieten merkwürdig aussieht und die gemeinsame Identität tatsächlich schwächt. Das gilt vor allem für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Mit der Sicherheit ist es jedoch nicht weit her. Bereits in der Präambel des Lissabon-Vertrags heißt es: Man sei entschlossen, „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte...“

Also, der Vertrag entscheidet auf diesem Gebiet nichts und weist in eine doppelte Zukunft. Mit der Außenpolitik ist es anders, aber nicht viel besser. Sicher, das Amt des Hohen Vertreters der EU für die Außen- und Sicher-

heitspolitik wurde geschaffen, mit einem Sitz als Vize-Präsident der Kommission und einem großen Verwaltungsapparat. Von 2009 bis 2014 war dies Lady Catherine Ashton, eine Engländerin ohne Sinn für das Transnationale, ohne jede vorherige internationale Erfahrung und ohne Sprachkenntnisse. Am 30. August 2014 ernannte der Rat für fünf Jahre die Italienerin Federica Mogherini, die seit Februar Außenministerin der Regierung Matteo Renzi war. Sie hat sich schnell eingearbeitet und ist „sichtbarer“ als ihre Vorgängerin, aber wer glaubt, dass man sich in Berlin oder Paris oder auch in Rom irgendwie vorschreiben ließe, wie die eigene nationale Außenpolitik auszusehen hat – etwa die Beziehungen zu Russland oder den USA –, täuscht sich gewaltig.

Die Institution der EU, die das größte identitätsstiftende Potenzial besitzt, sollte eigentlich das Parlament sein. Es ist auf der Welt das Einzige, das wirklich transnational genannt werden darf. Zwar werden die Abgeordneten in den verschiedenen Staaten gewählt, aber sie sitzen und wirken nicht in nationalen Fraktionen, sondern in internationalen politischen Gruppierungen. Die Tatsache, dass Sozialdemokraten und bürgerliche Volksparteien mit je 191 beziehungsweise 221 Sitzen zusammen 55 Prozent der 751 Abgeordneten stellen, wirkt sich auf die ganze Arbeit des Parlaments aus. Die Bevölkerungszahlen bestimmen dabei weitgehend die Zahl der Abgeordneten der verschiedenen Länder (96 für Deutschland, 74 für Frankreich, 70 für Italien und für Großbritannien, 54 für Spanien, 51 für Polen bis zu je sechs für Estland, Zypern, Luxemburg und Malta). Die Befugnisse des Parlaments sind von Vertrag zu Vertrag erweitert worden. Mit seiner achten Wahlperiode (2014/2019) ist es zu einem der Eckpfeiler des „Institutionellen Dreiecks“ geworden, der bei der Gesetzgebung mitwirkt. Es hört die designierten Kommissare der Brüsseler Kommission und kann mit

einem Veto gegen einen Einzigen von ihnen die ganze Kommission stürzen. Das Parlament wählt den Kommissionspräsidenten. Sein sozialdemokratischer Präsident, der Deutsche Martin Schulz, von 2012 bis 2018 im Amt, hat viel dazu beigetragen, das Parlament und seine Rechte bekannt zu machen und ihm Geltung zu verschaffen. Nachdem Schulz nun in der deutschen Politik gelandet ist, steht es schlecht um das Parlament.

Seine Nachfolge ist nach einer unwürdigen Kulissenschieberei so entschieden worden, dass der neue Präsident kein Prestige hat und gar keine Macht mehr ausüben will. Es handelt sich um den Italiener Antonio Tajani, mit Silvio Berlusconi Begründer der nicht gerade gemäßigten Partei Forza Italia, dann Sprecher von Berlusconi, bevor er Mitglied der Brüsseler Kommission, später Vize-Präsident des Parlaments wurde. Es bleibt indessen bei der stärkeren Rolle der Kommission, weil sie allein die Macht hat, neue Regelungen vorzuschlagen und weil diese Regelungen, auch wenn sie von Rat und Parlament gebilligt werden, das tägliche Leben von Bürgern, Organisationen und Staaten in vielfältiger Weise bestimmen.

Der zweite „Vater Europas“ nach Jean Monnet war Jacques Delors. Von 1985 bis 1995 hat er Großes in Brüssel geleistet. Von der Charta der Sozialrechte bis zur Einheitlichen Europäischen Akte und dem Bericht, der den Maastricht-Vertrag und die gemeinsame Währung vorbereitet hat, Delors konnte handeln, weil er von Mitterrand und Kohl ständig unterstützt wurde. Auch setzte er sich von Brüssel aus sehr stark für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Deshalb war er auch der einzige Ausländer, der unter den deutschen Politikern im Reichstagsgebäude saß und bei den Einheitsfeierlichkeiten den öffentlichen Dank von Bundespräsident Richard von Weizsäcker entgegennehmen durfte.

Die Kommission ist sichtbar. Der Europä-

ische Gerichtshof ist es weniger, obwohl kaum eine andere europäische Institution mehr für die Einigung geleistet hat – manchmal durch Übertretung ihrer Befugnisse. Die Vereinigung auf dem Gebiet des Rechts hat dem deutschen Bundesverfassungsgericht viele Fragen gestellt, vor allem die der Vorrangstellung Luxemburgs gegenüber Karlsruhe – so wie die Bundesbank der Europäischen Zentralbank untergeordnet ist. Jedenfalls ist die Herstellung der juristischen Identität Europas weitgehend vom EuGH erreicht worden.

Wie steht es um die wirtschaftliche Identität? Jetzt schon darf Mario Draghi, verehrt oder bekämpft, als eine Art Verkörperung des wirtschaftlichen Europas gelten, gestützt auf den Euro. Die These von Wolfgang Schäuble ist seit Jahrzehnten, man solle ein Europa mit mehreren Geschwindigkeiten schaffen. Diejenigen, die nach vorwärts wollen, sollen ruhig Initiativen ergreifen, vorausgesetzt, die so geschaffenen Institutionen stehen für alle anderen offen. Heute besitzen 19 der 27 Mitgliedstaaten den Euro als Währung. Zuletzt beigetreten sind Malta (2008), die Slowakei (2009), Estland (2011) und Lettland (2014). Keines der Euro-Länder ist zu seiner nationalen Währung zurückgekehrt. Die Anziehungskraft einer EU im Werden ist also größer als allgemein wahrgenommen.

Großbritannien hat nie das Pfund dem Euro „geopfert“. Aber das Referendum für den Brexit, am 23. Juni 2016, hat auch deut-

lich gemacht, dass die Zahl der Mitglieder der EU ständig gestiegen ist, wobei der Austritt des Vereinigten Königreichs der erste seiner Art gewesen ist. Als die 27 Übrigen am 16. September 2016 zu einem „informellen Treffen“ in Bratislava zusammenkamen, haben sie festgestellt, dass sie, trotz aller Differenzen, eine europäische Einheit bilden. Das Wort „Euro“ ist in aller Munde. Das Wort „Schengen“ noch mehr. Warum? Weil die Frage der Vereinheitlichung Europas nach innen durch das Flüchtlingsproblem immer mehr der Sorge um den Schutz nach außen gewichen ist. Die Verträge von Amsterdam und Lissabon haben den Inhalt (Verpflichtungen und Rechte) des Schengener Abkommens verändert. Außer den meisten Mitgliedern der EU sind auch die Schweiz, Norwegen und Island im Schengenraum dabei. 2004 ist der Beitritt der Schweiz sogar mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen der Bevölkerung begrüßt worden. Großbritannien und Irland haben da nie mitgemacht. Zu den Grenzen gehören die Flughäfen im Landesinneren, und zu der Zusammenarbeit gehört die der Polizeibehörden. Ein Artikel des Abkommens, der nach und nach immer mehr Bedeutung erlangt, erlaubt die „vorübergehende“ Kontrolle von Personen an einer Grenze. Schengen sollte zum Inbegriff der schönen Einigung Europas werden. Heute ist das Wort eine Kampfvokabel gegen ein allzu laxes, die Nationen verachtendes Europa.

Gehören Deutschland und Frankreich als Paar selbst zu den europäischen Institutionen? Die Antwort sollte ein klares Jein sein! Natürlich nicht, aber doch. Grassroot-Partnerschaften haben sich seit den 1950er Jahren ständig vermehrt, ebenso die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 hat manches institutionalisiert oder spätere Institutionalisierungen erlaubt, so auch die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken, die keinen Unterricht erteilt,

„Die Institution der EU, die das größte identitätsstiftende Potenzial besitzt, sollte eigentlich das Parlament sein. Es ist auf der Welt das einzige, das wirklich transnational genannt werden darf.“

sondern gemeinsame Studiengänge verwaltet oder schafft. Am 15. Juni 1963 verabschiedete der Bundestag, der den Text des Vertrags nicht verändern konnte, eine Präambel zum Gesetz, das die Ratifizierung erlaubte. Sie enthielt so ziemlich alles, was gegen de Gaulles Politik gerichtet war: die Hoffnung auf den Beitritt Großbritanniens, eine enge Bindung zu Amerika, die Verteidigung im Rahmen der NATO.

Durch den deutsch-französischen Elysée-Vertrag wird die intime Zusammenarbeit der beiden Heere auf Generalstabsebene und darunter organisiert, wie überhaupt die Zusammenarbeit sämtlicher Ministerien. Die Minister müssen sich häufig treffen, die höheren Beamten auch, was die direkte Zusammenarbeit während (und nach) den persönlichen Begegnungen sehr gefördert hat. Die deutsch-französischen Gipfeltreffen sind seit 2003 durch den Deutsch-Französischen Ministerrat ersetzt worden, zu dem zweimal im Jahr alle Regierungsmitglieder beider Staaten erscheinen. Er ist leider immer mehr zu einer Pflichtübung geworden. Keine Pflichtübung geworden ist die wohl beste Schöpfung des Elysée-Vertrags, nämlich die Institution des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). Die geleistete Arbeit war und ist erstaunlich und weitet sich auf andere junge Europäer aus – auf viel mehr Arbeiter- und Angestelltenkinder als noch vor wenigen Jahren, und dies obwohl sich seine Struktur traurigerweise verändert hat.

Die „deutsch-französische Freundschaft“ wird ständig beschworen, am meisten durch Erinnerungsfeiern. Aber die Kanzlerin hat es ernst gemeint, als sie am 16. Dezember 2015 im Bundestag mit Blick auf die Attentate von Paris sagte: „Die deutsch-französische Freundschaft ist ein Teil unserer historischen Verantwortung. Sie ist unverrückbarer Teil unserer Außenpolitik und sie ist elementar für den europäischen Einigungsprozess.“ Wie sehen,

„Schengen sollte zum Inbegriff der schönen Einigung Europas werden. Heute ist das Wort eine Kampfvokabel gegen ein allzu laxes, die Nationen verachtendes Europa.“

wie empfinden das die Anderen in Europa? Der Gedanke einer deutsch-französischen Herrschaft in Europa, eines deutsch-französischen Steuerrads ist zu Recht verworfen worden, aber die Rolle des deutsch-französischen Motors wird auch oft unterschätzt. Wenig hätte sich in der Gemeinschaft entwickelt ohne deutsch-französische Initiativen. Wenn dem Motor der Treibstoff neuer Vorschläge fehlt, bleibt er stehen. Die schöpferischsten Zeiten waren die der Paare Helmut Schmidt / Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Kohl / François Mitterrand. Wie sieht es zur Zeit von Angela Merkel aus? Nicolas Sarkozy verkündete als seinen Vorschlag, was die Kanzlerin ihm gerade mitgeteilt hatte. Mit François Hollande und Emmanuel Macron gab es den Versuch gemeinsamer Vorschläge für Europa. Aber auf mindestens drei wichtigen Gebieten waren die Unterschiede noch zu groß:

1. Die Aufnahme von Flüchtlingen. Beide behaupten, zusammen gebe es eine Gemeinsamkeit, was schlicht unwahr ist.
2. Brexit. Die deutsche Seite zeigt eher Nachsicht – so groß sind die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Vereinigten Königreich. Die französische Seite zeigt sich eher unnachgiebig, um Marine Le Pen und anderen Europa-Gegnern zu beweisen, dass ein Frexit große Nachteile nach sich ziehen würde.
3. TTIP/CETA. Die Verhandlungen für die transatlantische Freihandelszone haben Konflikte gezeitigt, die nun überholt sind, da Donald Trump zu einem harten Protektionismus zurückgekehrt ist.

Verhandelt wird von der EU-Kommission. Amerika hat keineswegs den Buy American Act von 1933 abgeschafft, und als die französische Firma Alstom TGV-Züge an Kalifornien verkaufte, unterwarf man sich der Bedingung, dass die Wagen in Amerika fabriziert werden müssen. Amerikanische Firmen dürfen jedoch ihre in den USA gefertigten Fabrikate weiter nach Europa liefern! Und auch amerikanische Filme kommen schon amortisiert nach Europa, was Schutzmaßnahmen für französische Filme durchaus rechtfertigt.

Die hervorragende dänische Kommissarin Margrethe Vestager will im Namen Europas Apple zwingen, mehr Steuern zu zahlen. Ist dadurch so etwas wie eine wirtschaftliche europäische Identität gesichert? Wohl kaum.

Das Gegenteil kann ziemlich leicht behauptet werden. Nicht nur, weil immer mehr europäische Betriebe von China aufgekauft werden, sodass China zu einem wichtigen Teil der europäischen Wirtschaft aufgestiegen ist, sondern auch durch die negative und die positive Rolle der USA. Lange wurde Alan Greenspan, Präsident der amerikanischen Zentralbank Fed, in Europa wie in den USA hoch verehrt. Allerdings ist er es, der die Finanzkrise von 2008, an der Europa noch heute leidet, verschuldete. Er hat zugelassen, dass unzählige Familien Kredite erhielten, um Häuser zu kaufen, die dann an Wert verloren, sodass die Kredite platzten.

Auf einem Gebiet gibt es allerdings ein wirtschaftliches Europa: in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP – PAC auf Französisch und in der Brüsseler Sprache). Sie ist von der EU nicht wegzudenken seit ihrer Einführung 1958. Sie wurde oft reformiert, jedes Mal unter dem Protest der landwirtschaftlichen Verbände, die jeden Agrar-Kommissar des Verrats bezichtigten, angefangen mit dem Niederländer Sicco Mansholt. Bis 1992 galt es, die Preise zu stützen, dann wurden die Einkommen der

Landwirte subventioniert. Anfangs ging es ihnen noch um die Modernisierung ihrer Produktion, oft zum Preis hoher Verschuldung. 1945 gab es in Frankreich 28.000 Traktoren, ein Vierteljahrhundert später 1,2 Millionen. Heute beträgt das Budget der GAP 50 Milliarden Euro pro Jahr, das sind 38 Prozent des gesamten EU-Haushalts. 40 Milliarden sind für direkte Hilfen und Maßnahmen zum Schutz der Marktbedingungen, zehn Milliarden für die „landwirtschaftliche Entwicklung“ (den Schutz des ländlichen Raums und den Erhalt der biologischen Vielfalt). Die Großen und Reichen bekommen mehr als die Kleinen und Armen. 80 Prozent der Hilfen gehen an 20 Prozent der Produzenten, darunter Geflügel- und Zuckergroßunternehmen.

Die Landwirte sind natürlich für die freie Marktwirtschaft, aber jeder Betrieb muss mit Subventionen am Leben gehalten werden, wenn er bankrott ist. Nicht nur in der Landwirtschaft gilt das Prinzip: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren. Dabei bleibt die GAP weiterhin der größte wirtschaftliche Identifikationspunkt des organisierten Europas. Aber Moment mal: Ist das nicht der Euro? Oder die Europäische Zentralbank?

Einfach ist die Antwort nicht. Die EZB hat im Juli 2016 einen großen Sieg davon getragen. Das Bundesverfassungsgericht hat die umstrittene Rettungspolitik der EZB gebilligt und vor allem dem Europäischen Gerichtshof zugestanden, das beinahe alleinige Entscheidungsrecht über europäische Fragen zu beanspruchen. In die Enttäuschung vieler Antragsteller in Karlsruhe mischte sich Bitterkeit. Ist „Super-Mario“ der Retter der Währungseinheit und der europäischen Landwirtschaft schlechthin? Oft wurde Mario Draghi als Totengräber dargestellt, insbesondere von der Bundesbank und ihrem ehemaligen Chef Jens Weidmann sowie mit fast denselben Worten von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.





Unbestritten ist, dass er durch seine Entscheidung, den Euro um jeden Preis zu retten, diesen in der Tat gerettet hat. Ist der massive Ankauf von Staatsanleihen nicht gefährlich für das europäische Bankensystem? Dieses Geld ermöglicht, die Wirtschaft durch Darlehen anzukurbeln. Dabei könnte die Bundesrepublik besonders froh sein. In Milliarden Euro gerechnet, beliefen sich die Ankäufe von Staatsanleihen bis Mitte 2016 in Deutschland auf 238, in Frankreich auf 189, in Italien auf 164 und in Spanien auf 118.

Was aber, wenn sich die Wirtschaft nicht erholt? Passt das überhaupt zusammen mit dem Druck, der auf alle Länder ausgeübt wird, um ihre Finanzen zu sanieren? Ist die EZB dabei nicht zu nachsichtig mit Portugal und Spanien und vor allem Frankreich? Die Bank hält an ihrer Niedrigzinspolitik fest. Das erlaubt billige Finanzierungen beim Häuserkauf, aber schadet den Rentnern und Investoren. Was bleibt, ist, dass der Euro weiterhin europäische Identität stiftet – solange seine Existenz nicht infrage gestellt wird. Jedoch gibt es einige Experten, die genau das fordern, wenn auch mit der Voraussage, dass dann die neuen nationalen Währungen gleich um 20 Prozent abgewertet werden müssten. Noch größere Unsicherheit besteht im Streit um den Atomausstieg. Wo und wie die Endlagerung von Atommüll gesichert sein soll, ist nirgends je ganz geklärt worden, und Jahrzehnte nach Tschernobyl besteht in Europa keine Einheit in dieser Frage. Auch nach der Abstimmung zum Brexit lässt sich England von Frankreich einen besonders teuren Großreaktor mit neuer Technik bauen. Die deutschen Reaktoren sollen nach und nach vom Netz gehen. Die Verteilung der Atommeiler in der Welt zeigt, dass die Frage gewiss keine nur europäische ist. Aktuell sind in 31 Ländern weltweit 402 Reaktoren in Betrieb. In der EU stehen 127 in 15 Ländern, die meisten in Frankreich.

In Deutschland sollen alle 18 bis zum Jahr 2022 abgestellt werden. Das Atomwerk Fessenheim an der französisch-deutschen Grenze sollte gestoppt werden, und sei es nur, weil deutsche Experten Sicherheitsmängel festgestellt haben. Doch Hollandes Versprechen wurde nicht gehalten, und die Bevölkerung lief Sturm gegen die Schließung, wegen der drastischen Stellenkürzungen in Fessenheim und Umgebung.

Die Wirtschaft kann nur dann identifikationsstiftend sein für das organisierte Europa, wenn das Gesellschaftliche dazukommt. Die vielleicht reichste Gegend der Welt erlebt eine dramatische Jugendarbeitslosigkeit. Im Juli 2016 waren in Deutschland nur 7,2 Prozent der unter 25-Jährigen arbeitslos, in Frankreich sind es schon 24,4 Prozent, in Portugal 26,3 Prozent, in Italien 39,2 Prozent, in Spanien 43,9 Prozent und in Griechenland 50,3 Prozent. Nur Island steht besser da als Deutschland. Ist das ein Beweis dafür, dass Deutschland letzten Endes die Personifizierung Europas ist? Die Wirtschaftsdaten, eine Mischung aus Bewunderung und Neid bei den anderen scheinen darauf hinzuweisen – und nicht zuletzt ein heimliches Heer: Immer mehr deutsche Beamten besetzen wichtige Posten im EU-Parlament und in der Kommission. Frankreich hat allmählich auf den alten überheblichen Führungsanspruch in Europa verzichtet. Premierminister Georges Pompidou hatte noch 1964 in einer Pressekonferenz gesagt: „Frankreich soll die Rolle Europas spielen“ (nicht: „eine Rolle in Europa“).

Auch auf deutsch-französischem Gebiet sind Veränderungen spürbar. Ist es Zufall, dass das gemeinsame, erstaunlich erfolgreiche Großunternehmen Airbus lange in den Händen eines deutschen Präsidenten, Thomas Enders, lag? Was aber dieses Europa in Wirklichkeit sein sollte, das hat Angela Merkel in ihrer Bundestagsrede vom 29. September 2015

beeindruckend definiert: „Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und als solche eine Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft.“ Es wäre schön, wenn diese Definition für sie und für Europa auch in der aktuellen Flüchtlingstragödie Bedeutung hätte.

Bevor die aktuelle Problematik in den Blick genommen wird, müssen wir uns einmal die Vergangenheit von Flucht und Vertreibung in Erinnerung rufen. Warum ist die Bevölkerung von Straßburg noch vor Kriegsbeginn 1939 zwangsweise evakuiert worden? Weil sie als Menschen die Maginot-Linie störten, mit der Frankreich nach Osten verteidigt werden sollte? Weil Elsässer vielleicht die Wehrmacht bei einem deutschen Vormarsch freudig begrüßen würden? Jedenfalls wurden sie mit wenig Gepäck in Pferdewagons nach Mittelfrankreich transportiert, wo man sie nicht nur freundlich empfing – die einen als Landsleute, die anderen als Fremde. Seit 1947 wird in Palästina/Israel darüber gestritten, was Flucht und was Vertreibung aus den palästinensischen Dörfern gewesen ist.

1945 waren Abermillionen Deutsche vertrieben worden oder auf der Flucht. Flucht vor der Roten Armee, Vertreibung aus Schlesien, aus dem Sudetenland, aus Ungarn. Erika Steinbach hat gewiss nicht immer nur löbliche Dinge gesagt, aber der Grundanspruch für ihr Zentrum gegen Vertreibungen war berechtigt. Über den genauen Inhalt der Beneš-Dekrete wird weiterhin gestritten. Die Gewalttaten und Morde, die die Ausweisungen begleiteten, sind Tatsachen.

Und heute, wo die meisten Opfer isla-

mischer Gewalt Moslems sind, darf verschleiert werden, dass der IS dabei ist, einen Genozid an den Christen ihres Machtbereichs durchzuführen. 2015 gab es in der Welt 60 Millionen Flüchtlinge oder Vertriebene. Ein Teil von ihnen versuchte, nach Europa zu kommen, und ein Teil von diesen erreichte Deutschland. Bevor wir auf die deutsche Problematik kommen, sind ein paar Vorbemerkungen nützlich.

Landtagspräsidentin mit türkischen Wurzeln

Die Türken in Deutschland sind weder Vertriebene noch Flüchtlinge. Das Abkommen vom 30. Oktober 1961 zwischen der Bundesrepublik und der Türkei sah vor, dass 900.000 türkische Gastarbeiter (und Arbeiterinnen – sie stellten etwa ein Fünftel der in provisorischen, unbequemen Unterkünften untergebrachten Menschen) nach Deutschland kommen würden. Die Ölkrise 1973 beendete das Abkommen. Plötzlich waren die Türken Immigranten. Heute leben 2,9 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland, darunter 1,5 Millionen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Dass die Nationalität eine Bedeutung hat, ist von Recep Tayyip Erdoğan in seiner Rede in Köln am 10. Februar 2008 aggressiv angezweifelt worden. Für ihn waren alle Türken Türken, auch wenn sie deutsche Staatsbürger geworden waren: „Ich verstehe die Empfindlichkeit, die Sie gegenüber der Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie sollten sich dessen bewusst sein.“

Die Kinder, die zum ersten Mal in der Schule mit der deutschen Sprache konfrontiert

„Was bleibt, ist, dass der Euro weiterhin europäische Identität stiftet – solange seine Existenz nicht in Frage gestellt wird.“

würden, sollten gut Deutsch lernen, um beruflich vorwärts zu kommen. Türken würden sie dennoch bleiben. Eine erstaunliche Umfrage vom Juli 2016 zeitigte folgende Antworten: „Fühlen Sie sich eng/sehr eng mit der Türkei verbunden?“ Ja: 85 Prozent. „Fühlen Sie sich eng/sehr eng mit Deutschland verbunden?“ Ja: 87 Prozent. Eine gespaltene Identität ist das nicht. Man könnte auch den Vergleich mit jüdischen Deutschen und Israel bemühen, nur dass ein theoretisch nicht erstaunliches Ereignis in Deutschland als erstaunlich behandelt wird. Muhterem Aras ist „die erste Landtagspräsidentin mit türkischen Wurzeln“. Als sie die Tagung des baden-württembergischen Parlaments im Mai 2016 eröffnete, sagte sie: „Eine Frau mit Migrationshintergrund als Repräsentantin dieses Hohen Hauses. Damit haben Sie ein deutliches Zeichen gesetzt. Ein Zeichen für Weltoffenheit, für Toleranz und für das Gelingen von Integration.“

Sie hätte hinzufügen können, dass sie auch die erste Muslimin war in einem solchen Amt. Dass sie 1978 mit ihren Eltern in Stuttgart gelandet war und mit zwölf kein Wort deutsch sprach, entspricht eher französischen Verhältnissen. Leider hat Erdoğan 2016 eine neue Identitätsfrage entstehen lassen. Ein Teil der Türken in Deutschland – die Anhänger Erdoğan's – soll sich als Feind anderer Türken betrachten, insbesondere der Kurden, die vom türkischen Herrscher als Feinde gebrandmarkt werden. Seine Stellungnahme könnte als Aufruf zur Gewalt gedeutet werden.

Fremdenfeindlichkeit ist mit anderen, noch niedrigeren Gefühlen verbunden als Nationalismus. In Ungarn ist das Volk dazu aufgehetzt worden, durch ein Referendum die Ankunft von Flüchtlingen abzulehnen, flankiert von schrecklichen pauschalen Lügen über Flüchtlinge, die regelmäßig durch die von der Fidesz-Partei beherrschten Medien verbreitet werden. Obwohl die Wahlbe-

teiligung nicht die verfassungsmäßig vorgeschriebene 50 Prozent erreicht hat, verkündete Viktor Orbán, er würde dem fremdenfeindlichen Inhalt des Referendums durch ein Gesetz Geltung verschaffen. Schlimmer noch: Der Erziehungsminister kann einem Journalisten einen nationalen Orden verleihen, der die „Roms“ (Sinti und Roma) vernichtet sehen möchte und moniert, dass „die Juden ihren Nasendreck in unsere ungarischen Schwimmbäder rotzen dürfen“.

Diskriminierung betrifft nicht nur Neuankömmlinge. 2017, dem Jahr von Trumps Amtsantritt, wurden in den USA bis August bereits 160 Afroamerikaner von der Polizei getötet. Vor der Wahl sagte die afroamerikanische Autorin Valerie Wilson Wesley: „Trump's Sprache ist gewalttätig und hasserfüllt. In den USA leben verschiedene Menschen. Wenn die Leute nicht mehr die unterschiedlichen Identitäten respektieren, bleibt nichts übrig als Trump.“ Jedoch „wer die Sklaverei überlebt hat und die Polizei überlebt, der überlebt auch Trump!“

Doch nun zu Angela Merkel: Wenn es doch um die Flüchtlingsfrage in Europa gehen soll, warum dann mit ihr und mit Deutschland beginnen? Zunächst, weil 2015 rund 890.000 und in den ersten neun Monaten 2016 rund 210.000 Flüchtlinge in Deutschland eingetroffen sind, was in anderen Ländern Bewunderung und Neid, aber noch mehr Zorn ausgelöst hat. Dann, weil diese Zahlen von der Entscheidung der Kanzlerin verursacht worden sind. Aus welchen Gründen sie sich am 4./5. September 2015 dazu entschieden hat, das bleibt ein weit verbreitetes Spiel mit Hypothesen, wobei die Zyniker nie an eine moralische Begründung glauben wollen.

Aber bleibt nicht jene Aussage von ihr vor dem Bundestag am 24. September 2016 von fundamentaler Bedeutung, auch in der Flüchtlingsfrage?: „Die Europäische Union

ist eine Wertegemeinschaft und als solche eine Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft.“ Es stimmt, dass sie von „temporären Grenzkontrollen“ gesprochen hat, von „deutlich schnelleren Asylverfahren“, von „Rückführung derjenigen, die keine Bleibeperspektive haben“ (21.000 Abschiebungen 2015). Aber grundsätzlich ist das alles keine Selbstverleugnung. Sie hat auch all denen gedankt, die geholfen haben und noch helfen – den Ehrenamtlichen wie den Beamten.

Nicht alle deutschen Bürger hießen die Flüchtlinge willkommen. Rechtsextremisten und Rassisten werden immer häufiger gewalttätig. Von Januar bis Mitte September 2016 registrierte die Polizei 507 Fälle fremdenfeindlicher Gewalt, doppelt so viele als im Vorjahr. Es wurde 78 Mal Feuer gelegt, und sieben Menschen wurden getötet. Bei immer mehr Deutschen zeigen sich immer mehr Ängste und immer mehr Ablehnung – Angst davor, dass Terroristen unter den Asylsuchenden sind. Angst vor der Überfremdung. Angst vor „Islamisierung“. Allerdings gab es auch schon kämpferische Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten, bei denen sich christliche Asylsuchende unwohl fühlen. Das Positive und das Negative dürfen nicht die grundlegenden Fragen überdecken. Wer sind die Flüchtlinge? Aus Syrien und auch aus

„In Ungarn ist das Volk dazu aufgehetzt worden, durch ein Referendum die Ankunft von Flüchtlingen abzulehnen, flankiert von schrecklichen pauschalen Lügen über Flüchtlinge, die regelmäßig durch die von der Fidesz-Partei beherrschten Medien verbreitet werden.“

Afghanistan entkommen heißt, der Lebensgefahr entronnen zu sein. Die Kinder, die an den Küsten von Griechenland und Italien ertrinken, haben einen Anspruch darauf, von Europa aufgenommen zu werden. Aber nun kommt aus Nord- und Schwarzafrika eine „Welle“ von „Wirtschaftsmigranten“ auf Europa zu, von denen die meisten nach Deutschland wollen. Was soll man tun? Was kann getan werden? Von denen, die angekommenen sind, geraten viele mit solchen, die aus anderen Ländern stammen, in Streit, auch in den Flüchtlingseinrichtungen – wo nicht wenige Frauen männlichen Übergriffen ausgesetzt sind. Ein Asylbewerber hat nicht nur diese eine Identität. Was sucht er?

Eine neue Heimat, im Sinne des lateinischen Wortes *ubi bene, ibi patria* (Meine Heimat ist da, wo es mir gut geht)? Ohne irgendeine „Eindeutschung“? Was bedeutet die Formel der Kanzlerin „Deutschland bleibt Deutschland“? Der Neuankömmling soll nach den Grundrechten und Grundpflichten der Bundesrepublik leben. Wie viele angestammte Deutsche tun das in untadeliger Weise? Er soll die deutsche Erinnerungskultur, also die Last des Auschwitz-Erbes, mittragen. Einen solchen Grad von Assimilation zu fordern, ist nicht wenig. (...) Der Neuankömmling soll ferner teilnehmen an der deutschen „Leitkultur“. Was diese ist oder sein sollte, wird noch erörtert werden.

Nun zu Frankreich. Warum? Es ist wirklich kein Modell des Aufnahmewillens. Die Zahlen zeigen es. Vielleicht, weil die beiden größten Parteien, der Front national von Marine Le Pen und Les Républicains, denen bis vor Kurzem Nicolas Sarkozy vorstand, ihre Ablehnung gegenüber Flüchtlingen besonders hart formuliert hatten? Oder weil ich Franzose und in dieser meiner Identität getroffen bin – und ein schlechtes Gewissen habe. Ich kämpfe für mehr Menschlichkeit, so gut ich

kann – in Schrift und Wort. Aber wir haben keinen Flüchtling bei uns zu Hause, ich bewundere die Menschen und die Verbände, die das tatsächlich tun, ohne mich selbst zu bemühen. Wir geben lediglich Geld, um den Helfern zu helfen. Frankreich nimmt vor allem Syrer, Afghanen und Sudanesen auf. Diejenigen, die die Rechtsstellung eines Flüchtlings (statut de réfugié) erhalten, unterschreiben einen contrat d'accueil et d'intégration (Einwanderungs- und Integrationsvertrag), der ihnen mindestens 120 Stunden Französischunterricht sichert, eine Berufsausbildung, kostenlose medizinische Versorgung, Familienzuschuss und Wohnungshilfe. Einer der heftigsten Angriffe gegen die Aufnahmen von Flüchtlingen betrifft das regroupement familial, den Familiennachzug. Die falschen Zahlen, die zu diesem Thema im Umlauf sind, umfassen auch die Frauen und Kinder von Franzosen, die im Ausland lebten, nach Frankreich zurückgekehrt sind und ihre Familien wieder bei sich haben wollen. Nur sechs Prozent dieser Fälle betreffen Flüchtlinge. Immer mehr Leute behaupten, die Nation sei in Gefahr durch Flüchtlinge.

Nur, dass eben die jüngst Dazugekommenen, wie der ehemalige Premierminister, die Ministerinnen für Erziehung und Arbeit oder die Oberbürgermeisterin von Paris, völlig normale Mitglieder der Nation sind. Letztere, Anne Hidalgo, hat harte Proteste hinnehmen müssen, weil sie Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge bauen wollte. Die vornehmen Viertel von Paris und Umgebung weigerten sich, Flüchtlinge, und seien es auch nur wenige, aufzunehmen. Dass die Gefahr besteht, Terroristen ins Land zu lassen, ist unbestreitbar, aber die Anschlaggefahr kommt nicht nur von draußen. Französische Mädchen zwischen 15 und 20 sind jüngst bei der konkreten Vorbereitung von Attentaten entdeckt worden, ferngesteuert vom IS. „Nicht

„Wer ist wirklich unten? In Spanien die Hotelputzfrauen, die gestreikt haben, weil sie immer mehr ausgebeutet wurden. Alle jemals errungenen Vorteile waren weg (bezahlte Ferien, ein paar freie Wochenenden usw.), weil die Hotels sie nicht mehr als Angestellte betrachten, sondern als selbständige Unternehmer, externe Dienstleister.“

bei uns“ ist zum Lösungswort vieler Kommunen geworden.

In Marseille treffen wöchentlich zahlreiche unbegleitete Minderjährige ein. Alle vorgesehen Aufnahmeeinrichtungen sind überfüllt. Die Verwaltungsrichter befahlen vergeblich, ihre Aufnahme zu organisieren. Nehmen Flüchtlinge den Franzosen die Arbeitsplätze weg in Zeiten großer Arbeitslosigkeit? Wenige nur erhalten überhaupt eine Arbeitserlaubnis. Wie in Deutschland gibt es viel Schwarzarbeit. Die Arbeiten, die ihnen offenstehen, sind Berufe, die die Einheimischen nicht ausüben wollen. Trotzdem muss ständig bewiesen werden, wie in Deutschland, dass die Hilfe nicht auf Kosten der autochtonen Armen geht.

Wie lautet schließlich die Kernfrage an das organisierte Europa? „Wann ist das Boot voll?“ Die Visegrád-Staaten (Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowakei) haben ihre Antwort bereits gegeben: Unser Boot ist schon voll, von vornherein, und die Europäische Kommission hat sowieso kein Recht, Aufnahmequoten zu bestimmen, so klein sie bei uns auch sein mögen. Die anderen sollten sich weiterhin mit Frontex befassen – das ist

die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen. Sie wurde 2004 gegründet, hat ihren Sitz in Warschau, und ihr Direktor ist der Franzose Fabrice Leggeri. „Frontex“, heißt es, „unterstützt die EU-Länder und die assoziierten Schengen-Staaten bei der Verwaltung ihrer Außengrenzen“.

Im Dezember 2015 hat die Kommission Frontex dann in eine Europäische Agentur zum Grenz- und Küstenschutz umgewandelt, mit mehr Zuständigkeiten und größeren Mitteln. Rat und Parlament haben dem zugestimmt. Es hat viele Reaktionen gegeben, die meinten, dass Frontex die Menschenrechte verletzt, so wie sie in den Rechtstexten der EU definiert werden. Eines ist jedenfalls klar: Es geht um die Abschottung der EU und der Schengen-Zone gegen Menschen, deren zentrale Identität darin besteht, Migranten zu sein. Auf diese Weise kann ein durchschnittlich reiches Gebiet geschützt werden. Aber wie lange? Wird man auch künftig und dauerhaft jeden neuen Andrang abwehren können? Eine Diskussion über die absehbare Zukunft sollte für alle Institutionen der EU zentral sein, denn gerade diese Zukunft wird wahrscheinlich die Identität des organisierten Europas ins Wanken bringen.

Unbegleitete Minderjährige

Die EU muss sich auch mit Fragen von Wirtschaft und Ethik beschäftigen. Jeden Tag gibt es Nachrichten von chinesischen Übernahmen oder Teilankäufen in Unternehmen. Ein völlig undemokratisches Land, in dem Millionen Menschen ausgebeutet werden, um den neuen Reichtum zu erarbeiten. Die großen europäischen Textil- und Leder-gesellschaften beuten weiterhin die miserabel bezahlten Arbeiterinnen in Bangladesch aus,

damit ihre hiesige Kundschaft billige Waren kaufen kann. Hundert Millionen Dollar für Bernie Ecclestone, den Formel 1-Chef. 3,2 Millionen für Josef Ackermann als Auflage im Mannesmann Prozess. Glücklicherweise brauchen auch Superreiche keinen Prozess zu fürchten, weil sie persönlich ja einen Sinn für die gemeinschaftliche Gesellschaft haben. Zwei schöne Beispiele seien erwähnt: Warren Buffett, heute 86, hat 95 Prozent seines enormen Vermögens wohltätigen Verbänden zur Verfügung gestellt. Er sagte, seine Kinder würden noch genügend erben, um ein privilegiertes Leben zu führen. Am meisten hat er an die Bill & Linda Gates Foundation gegeben. Gates verdiente mit Microsoft Milliarden. 1965 verdiente man „oben“ 20 Mal mehr als „unten“. Heute ist das Verhältnis 1:276!

Die französische Vermögensteuer darf das Jahreseinkommen nicht übersteigen. Es ist ein Leichtes, hohe Lebensversicherungen zu nehmen oder Geld in Scheinfirmen unterzubringen. So hat die reichste Frau Frankreichs, Liliane Bettencourt, statt 81 Millionen Euro Vermögensteuer null Euro bezahlt. Bernard Arnault, Chef der Luxusfirma LVLH, hätte fünf Millionen zahlen müssen, überwies dem Staat am Ende aber nur 179.000. In Deutschland will die Debatte über die Erbschaftssteuer kein Ende nehmen. Wie gering sie im Namen der Betriebserhaltung sein sollte oder wie hoch in Betracht eines unverdienten Erbvermögens, ist auch nach einem neuen Gesetz unklar. Der Deutschen Bank geht es schlecht, aber Josef Ackermann hat zwischen 2006 und 2016 ganze 64,5 Millionen Euro erhalten. Die beiden Vorstandsmitglieder von 2009, die dann Direktoren wurden, haben 50 und 29 Millionen verdient („verdient“?). Die Deutsche Bank hat echte Verbrechen begangen und wird in den USA mit vielen Milliarden bestraft. Es gilt aber das Prinzip „too big to jail“ (zu groß, um ins Gefängnis zu kommen), wäh-

rend ein Ladendieb oder kleiner Dealer gleich eine Haftstrafe zu gewärtigen hat. Wird die Lage der Bank hingegen allzu dramatisch, gilt ein anderes Prinzip, nämlich „too big to fail“. Seitdem die Federal Reserve und die amerikanische Regierung am 15. September 2008 Lehman Brothers haben fallen lassen, was eine weltweite Finanzkrise zur Folge hatte, muss der Staat, das heißt der Steuerzahler, einspringen, um das Loch zu stopfen. „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ – diese Formel haben wir schon gehört.

Was ist ein Kind? In Europa lässt sich das ziemlich leicht definieren. Aber UNICEF zählt weltweit 191 Millionen Kinder zwischen fünf und 14 Jahren, die zum Arbeiten gezwungen oder als Sklaven gehalten werden. Kindersoldaten übrigens nicht mitgerechnet. Die Internationale Arbeitsorganisation hatte 2002 352 Millionen Arbeitende zwischen fünf und 17 festgestellt. Der 12. Juni 2002 wurde zum Welttag gegen die Kinderarbeit ausgerufen. In Europa sollte man sich daran erinnern, wie es bei uns war. In England hat 1833 der Factory Act verboten, Kinder unter neun Jahren in der Textilindustrie einzusetzen. In Frankreich lag bis 1880 die untere Altersgrenze für den Bergbau bei sechs Jahren. Die Kinder konnten in die Kohleflöze hineinkriechen, dort wo es für Erwachsene zu eng war. Dass sie dabei oft tödlich verunglückten oder verkrüppelt wurden, störte nur die Wenigsten.

Einsatz für Kinderrechte

Als ich nach der Befreiung von Marseille 1944 kurz Angestellter einer Hafengesellschaft war, konnte ich feststellen, wie hart das Be- und Entladen der Schiffe durch die Dockarbeiter war. Dann kamen die Hebemaschinen, und heute braucht es für das Verladen von Containern keine große Muskelkraft mehr.

Das soll gewiss nicht heißen, dass in unserer Gesellschaft niemand mehr unten steht. In den Großstädten gibt es viele Obdachlose. In Paris helfen öffentliche und private Organisationen mit, ihr Schicksal etwas zu verbessern – besonders im Winter.

Wer ist wirklich unten? In Spanien die Hotelputzfrauen, die gestreikt haben, weil sie immer mehr ausgebeutet wurden. Alle jemals errungenen Vorteile waren weg (bezahlte Ferien, ein paar freie Wochenenden usw.), weil die Hotels sie nicht mehr als Angestellte betrachten, sondern als selbständige Unternehmer, externe Dienstleister. Unternehmen, die an keine Regeln gebunden sind, lassen sie zu ganz geringem Lohn stundenlang arbeiten. Die Frauen mussten sich dem unterwerfen, weil sie bei mehr als 20 Prozent Arbeitslosigkeit im Land nichts anderes gefunden hätten.

Bis zu besagter Revolte, die teilweise erfolgreich war. In der Bundesrepublik hat es den Fall einer Kassiererin gegeben, die gefeuert wurde, weil sie einen kleinen Pfandbon nicht abgegeben hatte. Sie habe das Vertrauen ihres Arbeitgebers verloren. Ich schrieb einen veröffentlichten Leserbrief. Ich sagte, ich hätte das Vertrauen in die Banken verloren. Wen könne ich rauswerfen? (...) Unten sind auch die vielen Obdachlosen. Besonders schlimm ist da die Lage in den USA, vor allem in San Francisco. Unten, jedenfalls in Frankreich, sind die Insassen von überfüllten Gefängnissen, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. So sagt es fast jedes Jahr der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Im September 2016 wurde festgestellt, dass in Fresnes, dem größten Gefängnis der Pariser Umgebung mit 2.700 Häftlingen (und einer Belegungsquote von 191 Prozent der Kapazität!), Ratten herumlaufen und mit ihrem Kot alles verseuchen. Gewiss werden hier echte Kriminelle bestraft, aber die Misere erschafft auch neue Kriminelle. Für all diese

da „ganz unten“ ist die Debatte zum Thema „Werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer?“ bedeutungslos. Unten sein, kann der Wirklichkeit entsprechen oder einer falschen Selbstidentifikation.

In Deutschland wie in Frankreich heißt es ständig: „Ich erhalte zwar Sozialhilfe, aber die aufgenommenen Flüchtlinge bekommen mehr als ich.“ Die Zahlen beweisen zwar das Gegenteil. Die Überzeugung, benachteiligt zu sein, bleibt. Werden nun in Wirklichkeit die Reichen immer reicher und die Arme immer ärmer? Vieles weist darauf hin, dass die Antwort „ja“ heißt, aber nicht alle Gegenargumente sind bedeutungslos. Es ist wahr, dass wenn „oben“ mehr verdient wird, der Durchschnitt steigt und die vom Durchschnitt aus gemessene Armut wächst. Arm sollte jedoch jeder Lohnempfänger genannt werden, der arbeitslos wird, sobald sein Betrieb sich für Massenentlassungen entscheidet – oft nur, um den Börsenkurs zu erhöhen.

Jung sein in Europa

Jung sein heißt in Deutschland etwas anderes als in Frankreich. In der Jungen Union oder bei den Jusos darf man bis 35 bleiben. Erstaunlich! Die Grundfragen bleiben jedoch dieselben in beiden Ländern. Nur zwei seien genannt. Die Zukunft von Gymnasiasten ist gesicherter als die von Schülern, die weniger

„Wie Meinungen künstlich durch Lügen und eine frei erfundene Identität der Europäischen Union fabriziert werden können, das ließ sich in England vor der Brexit-Abstimmung beobachten.“

gute Schulen besucht haben. Doch nicht nur das. Später, als Studenten, haben sie große kulturelle Vorteile, beim Museumsbesuch etwa oder auch beim Konzertbesuch. Das Vorzeigen des Studentenausweises genügt, um einen Rabatt zu bekommen.

Einen Jungarbeitsausweis gibt es nicht. Soll man das Verbot von Cannabis aufheben? Dann wären die Dealer entwaffnet. Aber wird den Jugendlichen auch eindringlich genug gesagt, dass es klare Beweise dafür gibt, wie schwer Cannabis-Genuss das Gehirn von Jugendlichen bis zum Erwachsenenalter von 18 Jahren dauerhaft schädigt? Und wie viele sind schon im Schüleralter gewohnheitsmäßige Kiffer? Bei uns gibt es eine starke „Lobby der Alten“, die insbesondere in der Politik die meisten Stellen und Stellungen besetzt und gewissermaßen besitzt. Das Thema Generationengerechtigkeit als solches wird in Deutschland mehr und besser diskutiert als in Frankreich. Unter anderem, weil dort das dramatische Schuldenproblem von rechts und links beiseite geschoben wird. Jedes Jahr verschuldet sich der Staat mehr. Die Zinsen allein sind die Nummer zwei im nationalen Haushalt – nach Bildung und Erziehung und vor der Verteidigung. Die Last der Rückzahlungen wird auf die nachfolgenden Generationen verschoben. Die Rentenbeiträge müssen steigen, während die zukünftigen Rentner weniger bekommen werden. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sprechen die Zahlen für sich. Sei es bei den Niedriglohnjobs, bei den befristeten Jobs oder bei der Leih- oder Zeitarbeit – der Prozentsatz der 15- bis 34-Jährigen ist ungefähr dreimal höher als bei den Älteren.

Kinder gehören in der Regel zur ersten Lebenshälfte. Deswegen muss gefragt werden, wie die Generation der Eltern behandelt wird. In Frankreich besser als in Deutschland. Höhere Steuererleichterungen. Auch bessere Renten, vor allem für die Beamten (deren Rente

nach dem Gehalt der letzten sechs Monate berechnet wird, bei allen anderen jedoch auf dem Durchschnitt der letzten 25 Jahre). Ich wage es, mein persönliches Beispiel zu geben. Mit vier Kindern erhalte ich als Rente nicht 75 Prozent meines letzten Gehalts, sondern 86 Prozent. Mit sieben Kindern bekommt man 100 Prozent. Das achte Kind bringt nichts mehr. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht 2001 festgestellt, dass kinderreiche Familien „wegen der Erziehung zu ihrem Nachteil auf Konsum und Vermögensbildung verzichten haben“, obwohl diese Kinder später die Renten der Kinderlosen bezahlen werden. Eine Generationenungerechtigkeit? Der Kinderlose hat immerhin ständig mehr Steuern bezahlt.

Welche Rolle spielen die Medien? 2016 ist ein wertvolles Buch erschienen. Es heißt „Pegida – Warnsignale aus Dresden“ und wurde von Werner Patzelt und Joachim Klose herausgegeben. In den Beiträgen, die gut 500 Seiten füllen, werden Grundfragen der Medienwelt angesprochen. Was sagen die Pegida-Leute? Entspricht das Gesagte der Realität? Inwieweit beeinflusst das bewusst Falsche andere Menschen? Damit wären wir bei den Meinungsforschern. Interessante Fragen bringen interessante Antwortzahlen. Nur dass die demoskopischen Institute die Entscheidungsträger beeinflussen. Staatspräsident Nicolas Sarkozy ließ täglich geheime Umfragen durchführen, um zu erfahren, was er sagen sollte und was nicht. Seit Kurzem weiß man besser, wie viele nichtveröffentlichte Umfragen der Kanzlerin vorgelegt worden sind und vielleicht die Inhalte, sicher aber die Formulierungen ihrer Politik beeinflusst haben. Glücklicherweise widersprechen große Entscheidungen manchmal der Demoskopie. Hätte Angela Merkel Allensbach beauftragt, um herauszufinden, ob Deutschland Flüchtlinge aufnehmen sollte oder nicht, so wäre die

Antwort negativ ausgefallen. Das Gleiche gilt für die Ostverträge, die Willy Brandt 1970 in Warschau und Moskau unterzeichnet hat.

Wie Meinungen künstlich durch Lügen und eine frei erfundene Identität der Europäischen Union fabriziert werden können, das ließ sich in England vor der Brexit-Abstimmung beobachten.

Boris Johnson hat behauptet, die EU koste Großbritannien 350 Millionen Pfund (404 Millionen Euro) pro Woche, und der Beitritt der Türkei stünde kurz bevor. Die drei großen People-Zeitungen, „Daily Mail“, „Daily Express“ und „The Sun“, zusammen sechs Millionen Exemplare täglich, haben sich in Lügen übertroffen, vor allem zum Thema „Flüchtlingswelle“ – mit der Behauptung – ernsthaft! – dass ein EU-Beitritt Syriens und Iraks zu erwarten sei. Die EU wolle angeblich einen Superstaat schaffen, der es unmöglich machen würde, Terroristen vor englische Gerichte zu bringen. Und die Royal Navy würde innerhalb einer europäischen Streitkraft nicht mehr bestehen. Ohne all diese Unwahrheiten hätte es kein „Ja“ zum Brexit gegeben.

In Moskau herrscht Putin noch vollkommener über die Medien als der Beauftragte in Budapest. Nach innen und nach außen darf er seinen Bürgern völlig falsche Fakten auftischen. Die EU und die NATO werden natürlich aller Sünden dieser Welt bezichtigt. Systematisch wird auch Deutschland eine erfundene Identität auferlegt. Donald Trump

„Die bekannte Arie in Rossinis ‚Barbier von Sevilla‘ über die Verleumdung verblasst völlig vor der heutigen Zeit – in der die meisten Nutzer von Facebook über Rossini und seine Oper nichts wissen.“

hat so etwas wie einen Weltrekord der Lüge aufgestellt. Dabei ging es ihm gar nicht um die Wahrheit der verkündeten Fakten. Er wollte nur mit irgendwelchen Behauptungen aufstacheln. Die Lüge wurde zum Hinter- und Vordergrund des Wahlkampfes – ganz nach dem französischen Sprichwort: „Plus c'est gros, plus ça passe“ („Je dicker, desto besser kommt es an“). In Frankreich bekommen wir auch grobe Entstellungen zu hören, zum Beispiel von Marine Le Pen und Nicolas Sarkozy. Die Tageszeitung „Libération“, in diesem Punkt leider viel zu wenig gelesen, hat eine Rubrik „Désintox“ („entgiften“), in der sie wirkliche Zahlen und Fakten den behaupteten nüchtern gegenüberstellt. So verkündete Laurent Wauquiez, ultrarechter Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes, dass Frankreich ständig deutsche Lokomotiven kauft und die Deutschen nur deutsche. Désintox zeigt, dass fast alle französischen Maschinen in Frankreich hergestellt wurden, die deutschen jedoch den französischen „Wirtschaftspatriotismus“ nicht praktizieren und deutsche Lokomotiven auch in Polen und in der Tschechischen Republik herstellen lassen.

Auch subtilere, weniger aggressive Methoden finden Anwendung. 1974, zu der Zeit, als ich regelmäßig für „Le Monde“ Kolumnen schrieb, fragte mich der Direktor des Blattes, Jacques Fauvet, warum ich unsere Zeitung so oft kritisiere. Ich antwortete, ich würde sie einen Monat lang genau lesen und ihm dann einen Bericht schicken, der am Ende 30 Seiten lang wurde. Größere Sachen wurden darin behandelt: der stets abfällige Stil in den Berichten über Deutschland und die USA, die Abwesenheit jeglicher Kritik an China. Und kleinere: Eine Kundgebung im Justizpalast von 300 Anwälten gefiel der Zeitung nicht, daher setzte man eine Klammer hinter die Zahl 300 („unter 2.500 Pariser Anwälten“). Ich fragte, wieso für Studenten- oder Arbei-

terkundgebung nie ähnliche Bezugszahlen genannt wurden. Im April 2016 wollte die Zeitung beweisen, dass das Institut d'études politiques von Rechtsaußen unterwandert war. Daher titelte man: „Alain de Benoist mit offenen Armen in Sciences po empfangen.“ Untertitel: „Studenten haben die Gallionsfigur der Neuen Rechten eingeladen.“ In dem Artikel erfuhr man, dass der Hörsaal nur 50 Plätze hatte und die Direktion daran erinnerte, dass im Institut jede Gruppe von mindestens 30 Studenten die Freiheit habe, jeden beliebigen Redner einzuladen.

Spotten, was das Zeug hält

Eine Zeitung hat nicht für jeden Leser unbedingt dieselbe Identität. Seit 1992 besteht in Sciences po ein Alfred-Grosser-Lehrstuhl, der jedes Jahr von einem anderen deutschen Professor zu besetzen ist. Das Institut gibt in der „Zeit“ eine Anzeige auf, woraufhin sich ein gutes Dutzend Bewerber meldete. „Die ‚Zeit‘ ist das Anzeigeblatt der deutschen Universitäten! Oft heißt es, was für nicht wenige französische Provinzzeitungen gilt: viele Werbeseiten, die durch ein paar von Journalisten geschriebenen Artikeln unterbrochen werden. Das gilt jedoch nicht für die vielleicht wichtigste französische Wochenzeitung, „Le Canard enchaîné“. Keine Werbung, seit 1991 derselbe Verkaufspreis und doch ständig Gewinn. 2015 lag der Vertrieb bei 392.000 Exemplaren und der Netto-Gewinn bei 2,3 Millionen Euro – die nicht verteilt, sondern zur Reserve werden, um die Unabhängigkeit auch weiterhin zu wahren, selbst wenn es einmal schlechter gehen sollte. Trotzdem gehören die Redakteure zu den bestbezahlten in ganz Frankreich. „Le Canard“ ist seit dem Ersten Weltkrieg der politischen Satire gewidmet, aber deckte auch gesellschaftliche und wirt-

schaftliche Skandale auf, die nur durch ihn bekannt wurden – und manchmal erst nach Jahren als solche öffentlich anerkannt werden.

Das Blatt klärt über viele Hintergründe der Regierung und der Opposition auf, spottet, was das Zeug hält, erklärt noch mehr und wird gelesen vom gesamten politischen Spektrum sowie vielen politisch Interessierten. Unter Vichy und der deutschen Besatzung verboten, war für uns in Marseille seine Rückkehr auf die Pressebühne nach der Befreiung der Beweis dafür, dass wirklich die Freiheit zurück war. Da es nur wenig Papier gab und die Exemplare knapp waren, mieteten einige von uns ein Exemplar für eine Stunde und brachten es gelesen brav dem Zeitungverkäufer zurück. In den jüngsten Jahren ist „Le Canard“ so gut wie nie eines Irrtums überführt oder einer Entstellung wegen verklagt worden – und gewinnt regelmäßig alle gegen ihn geführten Prozesse.

Inwieweit ist „Le Canard“ dem deutschen „Spiegel“ ähnlich? Der Vergleich liegt nahe, aber beim Canard hat nie ein Redakteur – wie Conrad Ahlers 1962 – im Gefängnis sitzen müssen wegen Hochverrats. Da ich Ahlers seit 1947 als guten Redakteur der Jugendzeitung „Benjamin“ kannte und Franz Josef Strauß sowieso nicht mochte, fühlte ich mich besonders angesprochen. 1966 wurde ich zusammen mit meinem Kollegen und ehemaligen Studenten Jürgen Seifert Mitherausgeber von „Die Spiegelaffäre – Die Staatsmacht und ihre Kontrolle“. Später kamen Auseinandersetzungen mit Rudolf Augstein hinzu, der manchmal Skandalöses geschrieben hatte.

Wer kann sagen, was die Identität einer Zeitung ist? In Deutschland bestehen noch zahlreiche Blätter, die in Familienbesitz sind und viel Information enthalten, während in Frankreich die meisten – auch größere Regionalzeitungen – völlig leer sind, sofern man politische und internationale Nachrichten und Kommentare erwartet. Das gilt auch für die

Fernsehnachrichten bei „TF1“ und „France2“ von 20.00 Uhr bis 20.30 Uhr. In Frankreich wie in Deutschland beherrschen wenige große Pressegruppen den Informationsmarkt, die nicht notwendigerweise den Zeitungen eine Linie auferlegen. In Deutschland scheint die Holtzbrinck-Gruppe (deren nationale und internationale Breite in Frankreich kein Ebenbild hat) den von ihr in Besitz genommenen Redaktionen viel Spielraum zu lassen. Dabei ist es gar nicht sicher, ob es in Zukunft noch gedruckte Zeitungen geben wird.

Das Schlimme bei Facebook, dieser wunderbaren Erfindung von Mark Zuckerberg, die ihn zum Milliardär gemacht hat, ist nicht die Art, wie meist eher junge Leute ihre Intimität preisgeben. Es ist die Leichtigkeit, mit der Mitmenschen diffamierend identifiziert werden können. Bevor jemand von seiner Diffamierung erfährt, haben schon Hunderttausende die „Nachricht“ erhalten, so dass ein Widerruf zwecklos ist, weil keiner kontrollieren kann, an wen sie gegangen ist. Die bekannte Arie in Rossinis „Barbier von Sevilla“ über die Verleumdung verblasst völlig vor der heutigen Zeit – in der die meisten Nutzer von Facebook über Rossini und seine Oper nichts wissen.

Seit 1984 weiß ich, was Kultur ist. Der „Stern“ veröffentlichte eine ausführliche Umfrage des Allensbacher Instituts. „Was gehört nach Ihrer Meinung unbedingt zur Kultur?“ – Goethe: 84,5 Prozent, Mozart: 80,2 Prozent, Fernsehen: 10,6 Prozent. „Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit? – Fernsehen: 66,9 Prozent.“ Goethe und Mozart tauchen da nicht mehr auf. Fazit: Die Kultur ist etwas, dessen Gebrauch man anderen überlässt! Eine ernstere, ungewöhnliche Definition von Kultur ist diese: 1967 war ich sehr beeindruckt von dem Buch „Les enfants de Barbiana. Lettre à une maîtresse d'école“ (dt. „Scuola di Barbiana. Die Schülerschule. Briefe an eine Lehrerin“, 1984). Der Text ist wirklich von

„Das Wissen um die Gesellschaft sollte zur Kultur gehören.“

ehemaligen Schülern dieser berühmt gewordenen Schule geschrieben worden. Sie stellen der Lehrerin die Frage: Pierino, der Sohn vom Doktor, hat Zeit, Fabeln zu lesen. Aber Gianni nicht. Mit 15 ist er aus Ihren Händen gegelitten. Jetzt ist er in der Fabrik. Er braucht nicht zu wissen, ob Jupiter Minerva geboren hat oder umgekehrt. Im Unterricht wäre der Arbeitsvertrag der Metallarbeiter besser am Platz gewesen. „Sie haben ihn nicht gelesen? Nun, Sie sollten sich schämen. Für eine halbe Million Familien bedeutet er das Leben schlechthin. Sie und Ihresgleichen sagen unter sich, dass sie gebildet sind. Sie haben alle die gleichen Bücher gelesen. Niemand verlangt je etwas anderes von Ihnen.“

Die Schüler haben Recht. Das Wissen um die Gesellschaft sollte zur Kultur gehören.

Nur, wo hört das auf? Von einem Physiker, der viel in Ausstellungen geht, sagt man, er sei kultiviert. Von einem Musiker, der keine Ahnung von Wissenschaft hat, sagt man nicht, er sei unkultiviert. Noch einmal anders: Wenn einer unserer beiden Enkelsöhne, die 22 und 23 alt sind, zu uns kommen und mitbekommen, dass wir gerade Mozart oder Bach hören, sagen sie: „Schon wieder eure Musik!“ (Die drei Enkelinnen sagen nicht alle dasselbe.) Einer der beiden hat Tolstois und Dostojewskis Werke komplett gelesen, aber seine literarische Kultur ist nicht seine musikalische. Der Nobelpreis für Bob Dylan hat ihn gefreut. Warum soll Bruce Springsteen, den ich auch sehr mag, nicht zur Kultur gehören? Für die Jüngeren ist dieser Sänger schon so etwas wie eine Antiquität!

Die ganz kleinen Kinder in beiden Ländern kommen in crèches oder Kitas unter –

oder auch nicht. In Paris sind die Plätze so spärlich, dass man die Kleinen eigentlich vor der Geburt einschreiben sollte. Auf die Überzeugung eines deutschen Gerichts, der Staat schulde den Familien, die keinen Platz gefunden haben, eine Entschädigung, ist in Frankreich bis jetzt niemand gekommen! Kann man Schüler von sechs oder sieben Jahren weltoffen machen? Die Antwort ist ja, wenn man so handelt wie die Gemeinden von Edingen-Neckarhausen, nahe Mannheim, und Plouguerneau bei Brest, am westlichen Ende Europas. Sie sind seit mehr als 50 Jahren als Partnerstädte verbunden. Jedes Jahr verbringen einige Hundert aus jeder Stadt Wochen oder Monate in der anderen. Und welche Freude, die kleinen Schüler von Plouguerneau deutsche Lieder singen zu hören! Der Nachwuchs der jumelage (Städtepartnerschaft) ist gesichert, und die Kleinen werden in jüngsten Jahren viel über Deutschland und auch über Europa erfahren.

Alfred Grosser ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Institut d'Etudes Politiques in Paris und Journalist, außerdem Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Träger des großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland, der Wilhelm-Leuschner-Medaille 2004 sowie vieler anderer Auszeichnungen und Preise. Er ist Autor zahlreicher Publikationen und Mittler zwischen Franzosen und Deutschen, Ungläubigen und Gläubigen, Europäern und Menschen anderer Kontinente. Dieser Text geht auf sein im Bonner Dietz Verlag erschienenen Buch „Le Mensch – Die Ethik der Identitäten“ zurück.





Unser globales Durcheinander Was tun gegen Populismus und Extremismus? Für den brasilianischen Wirtschaftswissenschaftler Ladislau Dowbor bedeutet Kultur mehr als nur Mozart zu genießen oder über Picasso zu staunen. Wenn es darum geht, eine zivilisierte Gesellschaft zu organisieren, spielt der Zugang zu Wissen die Hauptrolle. Ein Plädoyer für eine radikale Open-Access-Politik.

Von Ladislau Dowbor



Falls Sie es nicht bemerkt haben: Unsere Herausforderungen sind lächerlich einfach. Wir zerstören den einzigen Planeten, den wir haben, zum Wohle einiger weniger Glücklicher und die Ressourcen, um etwas dagegen zu tun, verweilen in Steueroasen und anderen spekulativen Abzweigungen. Es sind nicht nur der Klimawandel und die Dramen, die er hervorruft – ich denke mal, Sie haben den Stern-Bericht nicht gelesen – sondern die generelle Verschmutzung von Süßwasser, die Abholzung der Wälder, die Sterilisierung des Bodens durch Monokultur, übermäßige Bearbeitung des Bodens und Chemie, die Zerstörung der biologischen Vielfalt (zwischen 1970 und 2010 haben wir 52 Prozent der Wirbeltiere verloren), die Zerstreuung der Bienen und Insekten im Allgemeinen, das Drama der Überfischung, die Antibiotika in unserem Essen

und das Auftreten resistenter Bakterien und so weiter – all dies wird Ihre Phantasie anregen.

Als mein Vater im Jahr 1900 geboren wurde – ich spreche von meinem Vater, nicht von alter Geschichte – waren wir 1,5 Milliarden Menschen. Seitdem haben wir die 7,6 Milliarden erreicht und wachsen jedes Jahr um weitere 80 Millionen. In einigen Dingen sind wir tatsächlich gut. Aber wenn wir diese Bevölkerungsexplosion mit der Tatsache zusammenbringen, dass unser Ehrgeiz im Leben im Allgemeinen darin besteht, mehr Dinge zu kaufen, dann ist offensichtlich, dass wir bald an eine Wand fahren werden. Wir haben keine sanfte Landung vor uns, es ist eine Frage der Trägheit. Wie ein brillanter amerikanischer Gelehrter meinte, kann nur ein Idiot oder ein Ökonom denken, dass wir unseren Konsum auf einem begrenzten Planeten auf unbestimmte Zeit ausdehnen können. So weit zum Planeten.

Lassen Sie mich auf die wenigen Glücklichen kommen; hier ist die *Crédit Suisse* großzügig mit Zahlen über Ungleichheit und *Oxfam* damit, die Botschaft zu verbreiten. Der Elefant im Raum ist natürlich die Tatsache, dass ein Prozent der reichsten Familien mehr Reichtum haben als die verbleibenden 99 Prozent. Und 26 Familien haben mehr als die 3,8 Milliarden in der unteren Hälfte unserer Weltgesellschaft, wie in Davos vorgestellt wurde. Sie müssen immens produktiv sein, denn wir könnten uns nicht vorstellen, dass sie all diese Vermögen angehäuft haben, ohne sie verdient

zu haben. Haben Sie „Unjust Deserts: How the Rich Are Taking Our Common Inheritance“ von Gar Alperovitz und Lew Daly gelesen? Sehr anregend.

Und um es Ihnen zu ersparen, die 720 Seiten von Thomas Pikettys Studie über das Kapital in unserem Jahrhundert durchzugehen, komme ich gleich auf die grundlegende Tatsache: Das eigene Geld in Finanzpapieren anzulegen, zahlte sich mit ungefähr sieben bis neun Prozent in den letzten Jahrzehnten aus, während die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, wie in den weltweiten BIP-Zahlen berechnet, nur einen Fortschritt zwischen zwei und 2,5 Prozent zeigt. Und bedenken Sie freundlicherweise: Ein Milliardär, der seine Milliarde in Papieren anlegt, die lediglich fünf Prozent pro Jahr einbringen, verdient 137.000 Dollar pro Tag. Und am nächsten Tag wird er Zinsen für eine Milliarde plus 137.000 Dollar verdienen und so weiter. Im Finanzwesen nennt man das den „Schneeballeffekt“. Und der Typ muss nichts herstellen, sondern einfach nur hin und wieder den Hedgefonds oder die Leute in Panama anrufen, um zu hören, wie es läuft. Nun, dies ist eine freie und demokratische Welt und jeder kann teilnehmen, es sei denn, es fehlt das Geld dazu, was buchstäblich ziemlich ungünstig ist. Natürlich ist dies bei der großen Mehrheit der Fall.

Das sind also unsere Dramen: die Heraus-

„Das sind also unsere Dramen: die Herausforderung der Umwelt und die soziale Herausforderung. Wir müssen damit aufhören, unsere natürliche Welt zu zerstören und wir müssen die soziale und wirtschaftliche Einbindung der Milliarden von Abgehängten organisieren.“

forderung der Umwelt und die soziale Herausforderung. Wir müssen damit aufhören, unsere natürliche Welt zu zerstören und wir müssen die soziale und wirtschaftliche Einbindung der Milliarden von Abgehängten organisieren. Wir wissen, was wir tun sollten. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) haben dies in 17 und 169 Unterzielen sehr gut zusammengestellt. Die Gipfel in New York und Paris im Jahr 2015 waren ein Erfolg und sorgten für Begeisterung, bis der dritte Gipfel in Addis Ababa versuchte, die entsprechenden finanziellen Mittel aufzutreiben. Sie haben es erraten, es war ein Fiasko. Aber Paris konnte der Entscheidung zustimmen, jedes Jahr 100 Milliarden Dollar zu generieren, um sich dem Umweltdrama zu stellen. Ich erinnere mich, dass meine erste Reaktion war, dies für eine ziemliche Verpflichtung zu halten.

Aber dann verglich ich das mit den Zahlen der Steueroasen. Im Jahr 2012 haben wir laut dem Tax Justice Network zwischen 21 und 32 Billionen Dollar verschwinden lassen. Der „Economist“ hat es abgerundet auf 20 Billionen, aber dies ändert nichts an meinem Argument: 20 Billionen sind 200 Mal so viel wie die 100 Milliarden, die in Paris so ehrgeizig als Ziel postuliert worden sind. Das Geld in Steueroasen kommt im Wesentlichen aus Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Korruption und Spekulation. Die Verpflichtung, 100 Milliarden aufzubringen, erforderte die Teilnahme von Staatsoberhäuptern der ganzen Welt mit lobenswerten Zielen. 200 Mal so viel in Steueroasen zu stecken, dafür brauchte es lediglich Hinterzimmer in Banken, die man großzügig „Abteilungen für Steueroptimierung“ nennt. Direkt neben den Compliance-Abteilungen. Dies ist alles ein Witz. Ein schlechter. Wir wissen, was wir tun müssen, um die Umweltkatastrophe einzudämmen, wir wissen, was wir tun müssen, um Ungleichheit zu verringern, wir wissen, wo das Geld ist, und wir unterneh-

men kaum etwas in dieser Hinsicht. Ich nenne es das moderne Bermuda-Dreieck, und der Begriff ist hier durchaus angemessen. Unsere größte Herausforderung besteht nicht darin, herauszufinden, was zu tun ist, oder was wir tun sollten, sondern den Entscheidungsprozess in Gang zu setzen und die Zügel wieder in unsere Hände zu bekommen.

Ich stelle mir vor, wie die Titanic den Eisberg entdeckt. Sollen wir ihm links oder rechts ausweichen? Sollen wir den Kapitän wecken? Umkehren oder beschleunigen, um besser manövrieren zu können? Lasst uns darüber diskutieren. Fügen Sie Politiker und viele Anwälte hinzu, die verschiedene Sprachen sprechen und gegensätzliche Interessen vertreten und Sie haben unseren weltweiten Entscheidungsprozess. Wir befinden uns nicht nur in einem ökologischen, sozialen und finanziellen Schlamassel, wir erleben einen Missklang der Entscheidungsfindung. Wir haben nicht nur die Probleme, uns fehlen auch die Instrumente, um ihnen entgegenzutreten.

Lassen Sie mich das Beispiel Venezuelas anführen. Nach Ihrem sogenannten Bauchgefühl sind Sie entweder über die Maduro-Diktatur empört oder über eine weitere ölraubende amerikanische Initiative. Es gibt natürlich eine ganze Menge von beidem, aber machen Sie ein paar Schritte zurück. Warum tauchte Chávez überhaupt auf? Die venezolanische Elite hat nie einen Finger bewegt, um in die Wirtschaft ihres Landes oder in die Wohlfahrt ihrer Bevölkerung zu investieren. Sie lebten bequem von den Ölexportgebühren. Und „bequem“ ist natürlich eine Untertreibung. Sie hatten ihre politische Unterstützung in den USA, nicht in Venezuela. Als die Bevölkerung wuchs, verschlechterte sich die Regierungsführung. Die Wohlstandsblase platzte, Chávez übernahm und begann, die Ölressourcen zu nutzen, um Genossenschaften, Technologie und so weiter zu finanzieren. Aber in Lateinamerika kann

man die Eliten nicht einfach beiseiteschieben, insbesondere, wenn man riesige Ölreserven und strategische amerikanische Interessen nebenan hat. Die Eliten kämpften sich zurück, wie in Brasilien, in Argentinien und anderen Ländern. In gewisser Weise kannst du nicht mit ihnen regieren, weil sie sich selbst so weitgehend dienen, und du kannst nicht ohne sie regieren, weil sie starke Zähne haben, mit denen sie sich an ihren Privilegien festbeißen. Die grundlegende Frage ist also nicht, wen wir am meisten mögen, unabhängig von den ausgeklügelten politischen Argumenten, die wir erfinden, um unsere Bauchgefühle zu beruhigen. Das Problem ist, dass man ein Land mit einer schrecklichen Ungleichheit nicht regieren kann. Die Armen der Welt sind keine Masse uninformatierter Individuen mehr, und sie ärgern sich über die offensichtliche Absurdität, dass sie ihre Kinder nicht ernähren können oder keinen Zugang zu anständigen Gesundheitseinrichtungen oder zu angemessener Bildung und so weiter haben. Die Massen sind kein gefügiger, schlafender Pool mehr. Sie sind verrückt und stimmen für jeden, der verspricht, das System zu treffen, der sich als Politiker außerhalb der Politik präsentiert. Und die Reichen sind mächtig und so vernetzt, dass jeder Versuch der Wirtschaftsdemokratie sabotiert wird. Es ist eine Pattsituation.

Dieser Planet ist zu klein geworden, und die Reichen und Armen sind sich zu nahe, und die Informationen sind zu undicht, als dass wir uns vorstellen könnten, dass wir diese ungleiche Welt in Frieden halten können. Ihr, die ihr diese Arbeit lest und wahrscheinlich einen Universitätsabschluss habt, denkt bitte daran, dass jedes dunkle Kind in Soweto oder in der Rocinha Favela in Rio die gleiche Intelligenz hat wie ihr, aber nicht nur keine Chancen, sondern auch das Bewusstsein, dass sie ihm verweigert werden. Das funktioniert nicht. Nicht mit Billionen, die versuchen, ein

anständiges Leben zu führen, während Idioten in der Wall Street enthusiastisch singen „Gier ist gut“. Sie haben auch Universitätsabschlüsse und verschwenden Geld genau so, wie es Idioten tun sollten. Dies ist das Raumschiff Erde und die Förderung des Erfolgs als Fähigkeit zur Abzocke von Reichtümern anstatt Aktivitäten zu fördern, die zu unseren gemeinsamen Interessen beitragen, führt in eine Sackgasse. Man kann keine funktionierende Demokratie und freie Gesellschaften haben ohne inklusive Politik und nachhaltige Entwicklung.

Ungleichheit ist ein offensichtlicher ethischer Skandal. Es ist ein Skandal aus der Sicht der Armen der Welt, denn mit 850 Millionen, die Hunger leiden, 2,1 Milliarden mit schwer zugänglichem Zugang zu sauberem Trinkwasser, 4,5 Milliarden ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen, ganz zu schweigen von den etwa 20.000 Kindern, die jeden Tag an Hunger und damit verbundenen Ursachen sterben. Da kann einem einfach schlecht werden. Wir produzieren 80 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen pro Jahr in der Welt, was 3.500 Dollar pro Monat pro vierköpfiger Familie entspricht. Das mag den Kardashians lächerlich erscheinen, aber 59 Prozent der Weltbevölkerung, 4,3 Milliarden Menschen, leben von weniger als fünf Dollar pro Tag. Sie sind nicht für ihre Not verantwortlich. Auf der anderen Seite der ethischen Medaille ist die Tatsache, dass die meisten der riesigen Vermögen nicht durch einen Beitrag zum weltweiten Wohlstand verdient werden, sondern

„Aber in Lateinamerika kann man die Eliten nicht einfach beiseiteschieben, insbesondere, wenn man riesige Ölreserven und strategische amerikanische Interessen nebenan hat.“

im Grunde durch finanzielle Anhäufung von Reichtum. Parasitenkapitalismus nannte dies der Soziologe Zygmunt Bauman.

Es ist auch eine politische und soziale Absurdität. Wir haben das venezolanische Beispiel hervorgehoben, aber die Gilets Jaunes in Frankreich folgen der gleichen Grundlogik. Arm zu sein in einem reichen Land ist verheerend. In den USA hat sich das Einkommen der einfachen Arbeiter in zwei Jahrzehnten kaum verändert, und sie haben nicht gegen Clinton gestimmt, sondern gegen das System und für jemanden, der schrie, dass sie das Recht hätten, sauer zu sein. Der Brexit versprach den Briten, sie würden „die Kontrolle zurückgewinnen“, was auch immer das bedeutet. Den Polen wurde versprochen, dass sie Recht und Gerechtigkeit haben würden. Den Ungarn wurde Schutz vor den barbarischen Horden aus armen und umkämpften Ländern versprochen. So vielen muslimischen Bevölkerungen wurde die Herrschaft Gottes versprochen, und wer würde behaupten, dass dies schlimmer wäre als die Herrschaft ihrer korrupten Eliten? Auf den Philippinen mobilisierte Duterte Massen mit seinem Versprechen, die für ihre Probleme verantwortlichen Drogenhändler zu töten, die thailändischen Generäle versprechen Ordnung, wir können sogar gewählte Diktaturen haben. Die Liste kann so weitergehen. Der gemeinsame Nenner ist, dass die Eliten, anstatt auf die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu reagieren, gegen den Feind mobilisieren, der sichtbarer ist. Sündenböcke und nicht das Fehlen von Wirtschafts- und Sozialpolitik werden als Schuldige dargestellt. In Brasilien haben wir sogar Kommunisten neu erfunden. In der Politik scheint es, dass das Reiten auf der Welle von Hass und Ängsten viel produktiver ist, als für die notwendige Politik zu kämpfen. Nicht zuletzt ist die Aufrechterhaltung und Reproduktion von Ungleichheit wirtschaftlich dumm. Ex-Präsident Lula hat

eine Vielzahl interministerieller Strategien zur sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung ins Leben gerufen, die die Konsumkapazität am unteren Ende der sozialen Pyramide erweiterten. Zehn Millionen hatten zum ersten Mal drei Mahlzeiten am Tag. 20 Millionen formelle Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die Zerstörung des Amazonaswaldes fiel von 28.000 auf 4.000 Quadratkilometer pro Jahr, immer noch ein Skandal, aber eine Revolution nach brasilianischen Begriffen. Die Lebenserwartung schnellte in die Höhe, die Kindersterblichkeit ging radikal zurück. Und siehe da, die Konzentration der Wirtschaft auf das Wohlergehen der Familien und nicht der Banken funktionierte tatsächlich. Die effektiv produktiven Unternehmen florierten, die Nachfrage wuchs. Sie provozierte keine Inflation, weil die Unternehmen weit unter ihrer Kapazität gearbeitet hatten. Die Produzenten brauchen keine ideologischen Diskurse über „freie Märkte“, sie brauchen Nachfrage nach ihren Produkten und billige Kredite für ihre Investitionen.

Geld am unteren Ende der Pyramide erzeugt Nachfrage, welche die Produktion ankurbelt, was wiederum Arbeitsplätze schafft. Die Arbeitslosigkeit sank auf 4,3 Prozent. Die Weltbank nannte diesen Zeitraum von 2003 bis 2013 „das goldene Jahrzehnt Brasiliens“. Es zeigte sich kein Defizit, denn eine stärkere Nachfrage führte zu mehr Steuern auf den Konsum, während mehr Wirtschaftstätigkeit mehr Produktionssteuern erzeugte und der Abbau der Arbeitslosigkeit die Sozialausgaben verringerte. Die Politik war gut für die Bevölkerung, gut für die Wirtschaft und gut für die öffentlichen Finanzen. Nun, nicht gut genug für die Finanzeliten, die das System durch einen nur notdürftig getarnten Putsch zu Fall brachten. Sie behaupteten, sie hätten übernommen, um das Defizit zu beheben. Das ist jetzt vier Jahre her und das brasilianische

BIP ist wieder auf dem Niveau von 2010. Lulas einziges erwiesenes Verbrechen ist, dass er die Wahl 2018 gewann. So viel zur Demokratie. In anderen Zeiten brauchten wir Generäle, um eine Regierung zu stürzen. Mit der gegenwärtigen weitverbreiteten Erosion der Demokratie stellte sich ein Anführer dieser Aufgabe. Nun ja, Cambridge Analytica und Fake News im industriellen Maßstab haben geholfen. Wir haben derzeit technologiegestützte elegante Krawattendiktaturen.

Suchen Sie Schuldige? Wenn Sie ein strukturell dysfunktionales System haben, gibt es keine individuellen Schuldigen, der Schuldige ist genau das System. Sind die deutschen Manager bei Volkswagen Banditen oder Idioten? Oder bei der Deutschen Bank? Wells-Fargo? HSBC? British Petroleum? Billiton? Big Pharma? Facebook? Der gemeinsame Nenner ist hier ganz klar: Die effektiv funktionierende Philosophie in den großen Konzernen ist nicht die Zufriedenstellung des Kunden, sondern das Beste für die Finanzsysteme, die sie kontrollieren. Der amerikanische Ökonom Joseph Stiglitz hat es klar erfasst: Wir müssen die Regeln umschreiben. Marjory Kelly, stellvertretende Generaldirektorin von The Democracy Col-

„In anderen Zeiten brauchten wir Generäle, um eine Regierung zu stürzen. Mit der gegenwärtigen weitverbreiteten Erosion der Demokratie stellte sich ein Anführer dieser Aufgabe. Nun ja, Cambridge Analytica und Fake News im industriellen Maßstab haben geholfen. Wir haben derzeit technologiegestützte elegante Krawattendiktaturen.“

laborative (TDC), einer US-amerikanischen Non-Profit-Organisation, zeigt, dass es keine göttlichen Gesetze gibt, die Unternehmen daran hindern würden, sich um den dreifachen Gewinn herum zu organisieren, wirtschaftlich lebensfähig, aber auch ökologisch nachhaltig und sozial gerecht zu sein, und sich stattdessen nur auf die kurzfristige Maximierung der finanziellen Gewinne zu konzentrieren. Die amerikanische Zukunftsforscherin und Evolutionsökonomin Hazel Henderson zeigt sogar, dass wir einen ethischen Marktplatz haben könnten.

Was ist Kultur? Es bedeutet sicherlich nicht nur, Mozart zu genießen und über Picasso zu staunen. Meiner Meinung nach heißt es, im Grunde reiche, ausgewogene und unterstützende Beziehungen zu unseren Mitmenschen herzustellen. Wir sind sicherlich sehr gut darin, neue Technologien zu erfinden, aber äußerst begrenzt, wenn es darum geht, uns als zivilisierte Gesellschaft zu organisieren. Kein Fatalismus hier. Wir müssen uns diesem Strukturwandel stellen. Genauso tiefgreifend wie der Übergang von der ländlichen zu einer industriellen Gesellschaft ist der gegenwärtige Übergang zu einer Gesellschaft, in der Wissen zum Hauptfaktor der Produktion geworden ist. Branchenführer werden von Bankern und institutionellen Investoren kontrolliert, Fabriken und ihre Maschinen von den so genannten Plattformen, Schulden- und Finanzsysteme werden zum Hauptmechanismus für die Aneignung von Sozialüberschüssen. Und natürlich verwirren globale Ströme die nationalen wirtschaftlichen und kulturellen Grenzen. Die nationalen Regierungen sind teilweise hilflos, und das allgemeine Gefühl der Unsicherheit ist politisch sehr gefährlich. Manipulationen von Wahlen sind zur Routine geworden, Folter und Mord sind zurück – sie haben uns nie verlassen, aber wir haben sie nicht als Werte verkündet. Und doch haben wir mit so

viel Technologie und wissenschaftlichem Fortschritt und so viel angehäuften Reichtum einen weiten Horizont von Möglichkeiten. Wir müssen uns den Verzweifelten zuwenden. Die Sicherstellung des Grundeinkommens für alle ist nicht nur billig, sondern wenn das Geld die Armen erreicht, vervielfacht es sich, stimuliert die lokale und nationale Wirtschaft durch Nachfrage und generiert positive Renditen. Besser als Mauern zu bauen. Zweitens müssen wir den Zugang zum wichtigsten Produktionsfaktor, dem Wissen, durch allgemeine Open-Access-Politik erweitern. Das bringt auch keine zusätzlichen Kosten mit sich, wie der US-Soziologe Jeremy Rifkin so gut gezeigt hat. Patente, Urheberrechte und andere Formen von Paywalls sollten die Ausnahme und nicht die Regel sein. Und natürlich muss die Finanzkontrolle demokratisiert werden, damit das Geld, derzeit nur in Bits auf Computern, wieder in seine Grundfunktion zurückgebracht wird: das zu finanzieren, was notwendig ist. Träume ich? Sicherlich nicht, ich versuche, den Alptraum zu vermeiden. Und die Veränderungen sind zu tiefgreifend, die Herausforderungen zu dramatisch, als dass wir uns mit Kosmetik begnügen können.

Ladislau Dowbor ist Wirtschaftsprofessor an der Katholischen Universität von Sao Paulo und Berater zahlreicher Regierungen und der UNO. Seine Bücher und technischen Studien finden Sie unter <http://dowbor.org> als Creative-Commons- Beiträge. Die oben vorgestellten Ideen wurden in seinem letzten Buch „The Age of Unproductive Capital: New Architectures of Power“, Cambridge Scholars, 2019 ausführlich diskutiert.
Kontakt: ldowbor@gmail.com

Polarisierung, Identität und wie alles schiefging Wir stecken in unseren Weltanschauungsgemeinschaften fest und polarisieren durch immer radikalere Kampagnen. Die Sehnsucht nach den „guten alten Zeiten“ in Europa oder den Vereinigten Staaten übersieht, so der Autor, die negativen Seiten von Ausbeutung und Kolonialismus, die bis in unsere heutige Zeit nachwirken.

Von Bernd Reiter



Zwei amerikanische Akademiker und öffentliche Intellektuelle haben kürzlich Bücher zur zunehmenden Polarisierung vieler zeitgenössischer westlicher Gesellschaften veröffentlicht: Francis Fukuyama schrieb „Identität: Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet“ und Kwame Anthony Appiah veröffentlichte „Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit“. Beide Bücher erhielten breite Aufmerksamkeit und wurden in der „New York Times“ sowie in der „New York Review of Books“, Amerikas intellektuellen Spitzenmedien, rezensiert. Dadurch fanden sie ein großes Publikum und das Image beider Autoren als wichtige und einflussreiche Intellektuelle wurde gestärkt.

Appiah ist ein Philosoph und argumentiert in guter philosophischer Tradition, dass solche Etiketten wie Nation, Rasse, Religi-

on und Klasse genau das sind: Etiketten, die nicht der Realität entsprechen. In Wirklichkeit gibt es keine ordentlich zusammengehaltenen Nationen und Rassen. Die Zugehörigkeit zu einer Klasse ist so kurzlebig wie unwesentlich. Appiah, der in Ghana geboren wurde, aber in New York City lebt, plädiert für die Notwendigkeit, einen „kosmopolitischen Impuls“ aufzugreifen – ein Impuls, dem er sicherlich seit seinem Umzug nach New York gefolgt ist. Letztendlich stellt Appiah fest, dass das Festhalten an falschen und engen Identitäten unsere Fähigkeit untergräbt, als Menschen zusammenzuleben, die mehr miteinander gemeinsam haben, als zeitgenössische Identitätspolitik uns glauben machen will.

Appiahs Buch ist in der Tradition geschrieben, Unwahrheit und Lüge zu demontieren, damit wir endlich der Realität begegnen können, wie sie wirklich ist. Dieses Thema befasst sich mit der alten, europäischen Tradition der Aufklärung, die in Jürgen Habermas ihren neuesten und entschiedensten Verteidiger gefunden hat. Demnach werden sich Vernunft und Rationalität in menschlichen Angelegenheiten letztlich durchsetzen. Es ist die Aufgabe aufgeklärter Gelehrter, Mythen zu erkennen und zu demontieren, indem sie dem Licht wissenschaftlicher Vernunft ausgesetzt werden. Gleichzeitig ist es ein idealistischer, arroganter und naiver Ansatz, weil dabei davon ausgegangen wird, das Böse und

die Irrationalität könnten den starken Kräften der Vernunft (idealistisch) nicht standhalten, und die europäische, weiße männliche Dialogkultur enthalte das Heilmittel für die Welt (naiv und arrogant).

Es sollte nicht überraschen, dass ein kosmopolitischer Gelehrter wie Anthony Appiah ein solch eurozentrisches Verständnis von Geschichte annimmt, wenn man bedenkt, wie Philosophie an Hochschulen und Universitäten auf der ganzen Welt gelehrt wird: als ein hochgradig voreingenommener und eurozentrischer Zugang zur Produktion von Wissen. Dieser reduziert die Suche nach Weisheit auf eine sehr eng gefasste westliche Tradition, ohne zu hinterfragen, wie westlich diese Tradition wirklich ist und was andere nichtwestliche Traditionen zu der universellen Suche nach Wissen beizutragen haben.

Francis Fukuyama ist Politikwissenschaftler und nähert sich dem gleichen Thema nicht so sehr aus der Perspektive der Aufklärung, sondern eher in der Art, die an einen neokonservativen Theoretiker erinnert. Aus seiner Sicht hat die politische Linke ihre Aufmerksamkeit zu sehr auf Sonderrechte gerichtet und damit nicht nur die Rechte von Homosexuellen, sondern letztlich auch den weißen Nationalismus inspiriert. Damit, so Fukuyama, fühlen sich durchschnittliche weiße Amerikaner übergangen und das Gleiche gilt

„Ein Großteil der aktuellen rassistischen Reaktion in den Vereinigten Staaten war eine Reaktion auf einen schwarzen Präsidenten – so sehr, dass die Tea Party, einer der zentralen Auswüchse dieser Bewegung politischer Ressentiments, unter Trump nicht mehr existiert.“

seiner Meinung nach auch für durchschnittliche europäische Bürger.

Während Appiah genau tut, wofür er als Politikwissenschaftler ausgebildet wurde, indem er nach den letzten Ursachen und verborgenen Wahrheiten fragt, bietet Fukuyama eher amorphe schwer zu beweisende Themen wie das eines universellen „Thymos“ (griechisch für den menschlichen Wunsch nach Anerkennung), um so zu argumentieren, dass letztlich linke und multikulturelle soziale Bewegungen und Minderheiten die Schuld tragen an der Spaltung, die viele zeitgenössische Gesellschaften charakterisiert.

Falsche Etiketten

Wenngleich klar ist, dass Etiketten wie Rasse, ethnische Zugehörigkeit und Nation in dem Sinne falsch sind, wie es Appiah ausführt, beginnen die Probleme doch erst dort. Warum fallen so viele Menschen auf diese falschen Etiketten herein? Warum sind wir so gespalten? Zugegeben: Verwurzelte und wesentliche Identitäten sind in Appiahs Worten in der Tat ein Problem unserer heutigen europäischen und nordamerikanischen Realitäten – aber sind sie das Hauptproblem, das die gegenwärtige Polarisierung und Spaltung erklärt? Gegen Appiah und Fukuyama wage ich zu sagen: Nein.

Appiahs und Fukuyamas Ansätze sind meines Erachtens beide kurzfristig, da sie sich weigern, den größeren, historischen Moment zu betrachten, den Westeuropa und die Vereinigten Staaten erleben, und sich stattdessen dafür entscheiden, sich auf das zu konzentrieren, was unmittelbar vor ihnen liegt. Ich möchte zu bedenken geben, dass Identitätspolitik, Multikulturalismus, LGBT-Rechte und Bewegungen wie Black Lives Matter nicht die Ursache, sondern das

Ergebnis weiter zurückreichender Trends historischer gesellschaftlicher Veränderungen darstellen. Böser weißer Nationalismus in den USA, Neonazismus in Deutschland und die weit verbreiteten Ressentiments und Aktionen gegen Immigranten überall in Europa und in den USA sind meiner Meinung nach besser zu verstehen als politische Gegenreaktion auf die vielen Fortschritte, die Minderheiten und in der Geschichte benachteiligte Menschen und Gruppen im Laufe der letzten Jahre erzielt haben. Ein Großteil der aktuellen rassistischen Reaktionen in den Vereinigten Staaten war eine Reaktion auf einen schwarzen Präsidenten – so sehr, dass die Tea Party, einer der zentralen Auswüchse dieser Bewegung politischer Ressentiments, unter Trump nicht mehr existiert.

Merkels Asylpolitik

Insbesondere in Deutschland muss die sehr fortschrittliche Asylpolitik, die Angela Merkel als Reaktion auf die syrische Flüchtlingskrise durchgesetzt hat, als Ursache für die rassistischen Reaktionen gesehen werden, die wir derzeit in Chemnitz und an anderen, ähnlichen Orten erleben, in denen Neonazis von einem Comeback träumen.

Dass ein asiatisch-amerikanischer Intellektueller und ein in Ghana geborener Gelehrter die Idee unterstützen, dass gerade die Bewegungen, die für Gleichheit und Menschenrechte kämpfen, die Schuld an der aktuellen Polarisierung tragen, ist natürlich eine seltene Wundertat für die fremdenfeindliche, nationalistische, frauenfeindliche und rassistische Rechte, die Schwierigkeiten hat, ernsthafte Gelehrte für ihre Sache zu rekrutieren.

Die größeren Fragen zu aktuellen gesellschaftlichen Polarisierungen, die diese beiden Autoren offen lassen, erfordern eine stärker

historische Sichtweise – anders als die Art, die Fukuyama bietet, wenn er ein Thema von Erlebnis vs. Erfahrung (sic.) in Rousseau entdeckt und bei denen, die er beeinflusste.

Ich gebe zu bedenken, dass viele der bösarigen reaktionären Rassisten und Aktivisten gegen Immigranten alte Verlierer sind. Das heißt: Sie gehören zu einer Generation von Menschen, die die rasanten Fortschritte in der Technologie und bei den beruflichen Anforderungen in den letzten Jahrzehnten nicht mitvollziehen konnten. In der Tat haben sie einen großen Teil ihres sozialen Status und ihrer Wertschätzung verloren – sich selbst gegenüber und von außen.

Es ist auch erwähnenswert, dass der wirklich böse Charakter dieser Gruppe nicht so sehr in ihrer Anti-Einwanderungs-Rhetorik und -Aktion zum Tragen kommt als vielmehr in ihren Anti-Flüchtlings- und Anti-Asyl-Haltungen. Es ist eine Sache, über die Ansiedlung von bisher unbekanntem Anderen in einer Gemeinschaft zu diskutieren. Es ist aber eine ganz andere Haltung, Flüchtlingen des Bürgerkriegs in einer Zeit lebensbedrohlicher Krise eine sichere Unterkunft zu verweigern. Zu oft werden diese Themen – meist aus strategischen Gründen – von denselben Leuten in einen Topf geworfen, die sich für „Deutsche zuerst“, „Amerikaner zuerst“, „Ungarn zuerst“, „Polen zuerst“ usw. stark machen.

Die Umfragen zu den Brexit-Befürwortern zeigen diese demografische Fraktion klar als die reaktionärste und verbitterteste – und nicht ohne Grund, da eine schnelllebigere Welt, die alte Menschen und diejenigen, die nicht konkurrenzfähig sind, aussortiert, in der Tat respektierte ältere Menschen, die Erinnerungen haben und die Weisheit eines langen Lebens anbieten können, zu nutzlosem Überschuss macht, der unsere privaten und öffentlichen Särge überlastet. Können Minderheiten, Einwanderer und progressive so-

ziale Bewegungen dafür verantwortlich gemacht werden? Wohl kaum. Eher scheint der Kapitalismus hier der Hauptschuldige zu sein, wie der gute alte Karl Marx bereits 1848 erkannte: Unter dem Kapitalismus schmelze alles Feste in die Luft, alles, was heilig ist, werde entweiht.

Natürlich stehen „alte Verlierer“ vor anderen Herausforderungen. Weißen in den USA erzählen die Medien, dass sie bald eine Minderheit in den USA werden, was in vielen eine erhebliche Angst hervorzurufen scheint – eine Angst, die wahrscheinlich die Befürchtung widerspiegelt, dass jene Minderheiten, die systematisch von der weißen Mehrheit misshandelt worden sind, endlich die Chance erhalten könnten, es ihnen heimzuzahlen. Obschon es keine Beweise dafür gibt, dass Latinos und Schwarze in den Vereinigten Staaten so denken, sind sich die Weißen in den USA sehr wohl bewusst, dass Schwarze durch Weiße systematischem Völkermord ausgesetzt waren, Versklavung, Misshandlung, legaler und illegaler Segregation, Vergewaltigung und allen Arten vorstellbaren und unvorstellbaren Missbrauchs.

300 Jahre vermehrten Weiße ihren Reichtum auf den Schultern schwarzer Sklaven und diejenigen, die es wagten, einen Weißen auch nur anzuschauen, lynchten sie auf die abscheulichste Weise. Weiße Angst, zumindest in den Vereinigten Staaten, ist also eine historische Angst – eine, die diejenigen ergreift, die den Zug verpasst haben und befürchten, dass

„Diejenigen zu beschuldigen, die für ihre Gleichbehandlung für die gegenwärtige Polarisierung und Spaltung in vielen Gesellschaften eintreten, bedeutet, den Opfern die Schuld zu geben.“

400 Jahre systematischer Ungerechtigkeit sie bald einholen werden. Es ist auch die Qual eines Tieres, das bereits in den letzten Atemzügen liegt. Weiße werden in der Tat bald eine Minderheit werden, ähnlich wie andere Minderheiten in den Vereinigten Staaten, und ihr absoluter Einfluss auf die politische Macht stirbt mit ihnen.

Während die Urbanisierung und der Zugang zu Bildung sich stetig erweitert, befinden sich die sprichwörtlichen ländlichen „Bedauernswerten“, wie Hillary Clinton sie in ihrem erfolglosen Wahlkampf um die amerikanische Präsidentschaft charakterisiert hat, in der Tat auf der falschen Seite der Geschichte – und sie wissen es, oder zumindest fühlen sie es. Wir sollten uns nicht wundern, wenn diese Bevölkerungsgruppen, die nicht mithalten können, die von der Gesellschaft und anderen keine Anerkennung und Wertschätzung erhalten, sich zusammenschließen und eine Bewegung bilden. Sie als „bedauernswert“ zu bezeichnen, wird in dieser Situation nicht viel helfen. Natürlich gibt es auch junge Bedauernswerte, die sich gleichermaßen abgehängt fühlen und auf die Fortschritte der anderen eifersüchtig sind – vor allem, wenn diese anderen anders aussehen als sie selbst oder eine andere Sprache sprechen. Statistische Projektionen zeigen, soweit wir ihnen vertrauen können, dass Millennials in den Vereinigten Staaten Gefahr laufen, die erste Generation in der modernen US-Geschichte zu werden, die weniger verdient als ihre Eltern. Das ist für viele ziemlich furchteinflößend. Uns wird auch gesagt, dass US-Millennials eine durchschnittliche persönliche Verschuldung in Höhe von 33.000 US-Dollar haben, die hauptsächlich aus Studentenkrediten besteht. Viele von ihnen denken, und sie liegen damit wahrscheinlich richtig, dass sie nie in der Lage sein werden, ihre Schulden zu ihren Lebzeiten abzuzahlen.

Viele von ihnen neigen, ähnlich wie die alten Verlierer, dazu, andere für ihre Probleme verantwortlich zu machen – und noch einmal: vor allem dann, wenn diese anderen nicht weiß sind und/oder von woanders kommen. Warum? Ich fürchte, anstatt etwas so Mystisches wie Fukuyamas „Thymus“ zu beschwören, ist die Erklärung viel einfacher: Es ist schlichtweg einfacher, anderen die Schuld für das eigene Unglück zu geben. Dies bietet auch emotionale Erleichterung, da es Ressentiments von sich selbst zu einem anderen kanalisiert und so zum eigenen emotionalen Wohlbefinden beiträgt. Es ist auch „à la mode“ in Gesellschaften, die sich mehr und mehr als Gesellschaften von Rechten und Ansprüchen definieren – und immer weniger als Gesellschaften mit Verantwortung gegenüber anderen. Immer mehr Menschen in „fortgeschrittenen“ westlichen Gesellschaften, insbesondere in den jüngeren Generationen, haben das Gefühl, dass die Gesellschaft ihnen etwas schuldet; dass sie das Recht auf Glück und Erfüllung haben – ohne jemals zu fragen, was sie selbst dazu beitragen müssen, damit diese Rechte gewahrt und sichergestellt werden.

Lassen Sie es mich ganz klar sagen: In ehemaligen Sklavenhaltergesellschaften wie den Vereinigten Staaten von Amerika haben Weiße als Gruppe von über 300 Jahren exklusiver, rein weißer Affirmative-Action-Politik profitiert. Sie haben exklusiven Zugang zu Reichtum, Eigentum, Alphabetisierung und sozialem Ansehen in ihrer Gesellschaft genossen. Es ist höchste Zeit und ein absoluter moralischer Imperativ, dass all jene, die unter Versklavung, Diskriminierung, Verkeimen und systematischer Misshandlung gelitten haben, Gleichbehandlung, Respekt und Chancengleichheit erlangen – und manchmal gewinnen – in den sehr wettbewerbsorientierten Systemen, in denen sie sich heute be-

finden. Um heute Gerechtigkeit zu erlangen, bedarf es einer systematischen Aufhebung von Ungleichheiten der Vergangenheit, damit alle Menschen einander als Gleichberechtigte begegnen können. Diejenigen, die für ihre Gleichbehandlung einstehen, für die gegenwärtige Polarisierung und Spaltung in vielen Gesellschaften verantwortlich zu machen, bedeutet, den Opfern die Schuld zu geben.

Emotionale Erleichterung

Es ist eine unwürdige Angelegenheit – aber noch einmal: Wir sollten nicht überascht sein vom sauren und politisch sehr strategischen Nihilismus von Francis Fukuyama und seinen Anhängern, auch wenn er mit wissenschaftlichen Auszeichnungen daherkommt oder als abscheuliche Beleidigung und Angriff von alten Verlierern oder jungen Bedauernswerten.

Im europäischen Kontext beruhen die Ressentiments von heute natürlich nicht auf der Versklavung der Menschen, die den gleichen Lebensraum teilen, aber auf etwas sehr Ähnlichem: Die „guten alten Zeiten“ für Europa waren diejenigen, in denen „jeder wusste, wo er hingehörte“ und in denen soziale, kulturelle und wirtschaftliche Hierarchien unangefochten blieben. Auch hier profitierten die europäischen Kolonialmächte von einer internationalen Arbeitsteilung, die komplett auf der künstlichen Erfindung der „Rasse“ beruhte. Weiße Europäer waren die Kolonisatoren und Nutznießer und verschiedene Nichtweiße waren die Kolonisierten, die unter den Systemen leiden mussten, welche die europäischen Mächte eingeführt hatten, um sie zu unterdrücken. Die Kolonisierten arbeiteten umsonst oder später fast umsonst, um die Anhäufung von Reichtum im globalen Norden zu gewährleisten.

Der Kolonialismus endete nach den meisten Berichten in den 1990er Jahren, als die letzten Kolonien endlich die Unabhängigkeit erlangten (Hongkong und Macau), aber in vielerlei Hinsicht herrscht „Kolonialität“ bis heute. Nicht nur, dass einige ehemalige Kolonien niemals ihre Unabhängigkeit erlangt haben (man denke an die Azoren, die Kanarischen Inseln, Ceuta, Melilla, Gibraltar, Grönland, Färöer-Inseln, Französisch-Polynesien, Französisch-Guayana, Französisch-Martinique, Französisch-Guadeloupe, Niederländischer Sint Maartin, Niederländisch Aruba, Niederländisch Curacao, Niederländisch Bonaire und Sint Eustasius, die US-amerikanischen Virgin Islands und Puerto Rico, um nur diejenigen zu nennen, die mir in den Sinn kommen); die Länder, die ihre Unabhängigkeit erlangt haben, bleiben unter der Vormundschaft und indirekten Kontrolle entweder ihrer ehemaligen Kolonisatoren oder der von diesen kontrollierten Unternehmen.

Die kolonisierenden Nationen ließen es nicht zu, dass ihre Kolonien wuchsen und nationale Märkte entwickelten. Sobald die Marktkontrolle und -dominanz weltweit etabliert war, wurden dieselben ehemaligen Kolonien in einen umkämpften Weltmarkt gezwungen, auf dem sie keine Chance auf Erfolg haben, wodurch diese Situation der Situation ähnlich ist, die ehemalige Sklaven heute in ehemaligen Sklavenhaltergesellschaften erleben. In den „guten alten Tagen“ für die ärgerlichen Europäer kannten ehemalige Sklaven und Kolonialherren ihren Platz und blieben

„Die guten alten Zeiten sind vorbei. Machen Sie Ihren Frieden damit. Für die Mehrheit der Menschen waren sie nie gut.“

dort, wo die Europäer sie seit Jahrhunderten ausgebeutet haben. Nun, da einige von ihnen die Mittel gefunden haben, um zu den Orten zu kommen, die zu einem großen Teil für das Elend ihres eigenen Landes verantwortlich sind – sind die guten alten Zeiten vorbei. Die Europäer sind endlich mit den Arten von Ungerechtigkeiten und Elend konfrontiert, die sie in den letzten fünf Jahrhunderten in der Welt gepflanzt haben. Die meisten Einwanderer kommen einfach, um in einem System zu arbeiten, in dem Arbeit tatsächlich zu einem anständigen Leben führen kann, zu einem Leben in Würde, aber sie stehen denen gegenüber, die ihre eigenen Verdienste, ihre eigenen Beiträge und die Kehrseite ihres eigenen Wohlstands nie in Frage gestellt haben. Mögen die besten Frauen den Job bekommen – erzeugt jetzt die Angst, dass die traditionellen Gewinner ohne die unfairen Belastungen von Rassismus, Heteronormativität, Chauvinismus und Sexismus nicht mehr gewinnen könnten. Dass vielleicht diese anderen besser, besser ausgebildet, besser ausgestattet, williger und eifriger sind, um in genau den Systemen, die der globale Norden geschaffen hat, erfolgreich zu sein: wettbewerbsorientierte Marktsysteme. Dies ist die Art von Angst, die Ressentiments und konzentrierte Aktionen zur Verteidigung unverdienter Privilegien hervorruft.

Was sind mögliche Lösungen für die aktuellen Probleme der Polarisierung und Spaltung? Eine einfache Lösung, die der Argumentation hier folgt, wäre: Die guten alten Zeiten sind vorbei. Machen Sie Ihren Frieden damit. Für die Mehrheit der Menschen waren sie nie gut.

Es ist an der Zeit, dass diejenigen, die in den manipulierten Spielen der Sklaverei und des Kolonialismus immer gewonnen haben, endlich ab und zu verlieren. Die Gerechtigkeit würde eigentlich einen systematischen





Verlust für die nächsten 300 oder 400 Jahre erfordern, bis all die ungerechtfertigten und unverdienten Privilegien, die in der „guten alten Zeit“ eingerichtet wurden, rückgängig gemacht sind. Kommen Sie darüber hinweg.

Oder, konstruktiver: Bemühen wir uns alle darum, die vollen Konsequenzen von Sklaverei und Kolonialismus durch Bildungs- und Kulturprogramme in das Bewusstsein aller zu bringen, damit zumindest diejenigen, die jetzt ab und zu verlieren, verstehen, warum dies mit ihnen geschieht. Vielleicht können sie es dann besser akzeptieren. Tatsächlich bezweifle ich, dass Wissen dazu führt, dass man den Verlust unverdienter Privilegien akzeptiert, aber ich denke auch, es wäre einen Versuch wert.

Kein Nationalismus oder Patriotismus kann die in der Vergangenheit entstandenen Missstände und Nachteile rückgängig machen. Alles, was sie tun können, ist, diejenigen, die heute von den Missständen von gestern profitieren, weiter davon abzuschirmen, sich ihrer eigenen Verantwortung zu stellen.

Es ist jedoch notwendig, Verantwortung zu übernehmen, um den schweren Hinterlassenschaften der Vergangenheit zu begegnen. Dies ist eine politische Verantwortung und sie kann unter den meisten aktuellen politischen Systemen nicht gedeihen und sich entwickeln, in denen politische Verantwortung an gewählte Beamte und politische Eliten weitergegeben wird, die dann politische Verantwortung im Namen des Volkes ausüben – und nur insoweit, als es ihnen zur Wiederwahl verhilft –, während das Volk darauf besteht, Rechte und Ansprüche zu haben. Verantwortung erfordert, (wieder) politische Subjekte zu werden und Politik zu machen, anstatt sie den Politikern zu überlassen. Politische Verantwortung ist eine Verantwortung für andere und für die Gemeinschaft – keine egoistische Verteidigung unverdienter Privilegien,

die unsere gegenwärtigen Systeme politischer Repräsentation kennzeichnet. Politische Verantwortung hat auch legitime Grenzen – die Grenzen der Gemeinschaft, weil wir uns nur für eine begrenzte Anzahl von Menschen verantwortlich fühlen können.

Wenn wir also gegen die viel beklagte Polarisierung der heutigen entwickelten kapitalistischen Länder kämpfen wollen, schlage ich vor, sich in Richtung direkterer und stärker partizipatorischer politischer Systeme zu bewegen, in denen sich normale Bürger aktiv in die politische Entscheidungsfindung einbringen, Verantwortung für andere übernehmen und in der Lage sind, politische Entscheidungen für ihre eigenen Gemeinschaften zu treffen. Paradoxe Weise erfordert der Weg zu mehr Solidarität mit anderen mehr lokale Verortung.

Bernd Reiter ist Professor für Vergleichende Politik an der University of South Florida. Bevor er in die Wissenschaft kam, arbeitete er als Sozialarbeiter und Berater von NGO in Brasilien und Kolumbien. Er promovierte in Politikwissenschaft am Graduate Center der City University of New York und war Gastwissenschaftler in Deutschland, Kolumbien und Spanien. Seine Arbeit konzentriert sich auf Demokratie und Bürgerschaft. Zu seinen Veröffentlichungen zählen „The Dialectics of Citizenship“ (2013), „Bridging Scholarship and Activism“ (2014), „The Crisis of Liberal Democracy and the Path Ahead“ (2017) und „Constructing the Pluriverse“ (2018).

Die Maximierung des Misstrauens Im Zentrum der Vertrauenskrise der Politik, die nicht nur Europa und den Westen betrifft, steht das anhaltende Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der politischen Elite. Das proklamierte Interesse am Gemeinwohl wird als Heuchelei angesehen, solange Politiker zu sehr von persönlichen Interessen und Lobbyismus getrieben werden.

Von Branko Milanović



Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die westliche Welt eine ernste politische Krise durchmacht, die am besten als Vertrauenskrise in ihre politischen Institutionen und Regierungen beschrieben werden kann. Zwei Dinge scheinen jedoch oft übersehen zu werden. Erstens ist die Vertrauenskrise in Bezug auf die Institutionen nicht auf den Westen beschränkt – es gibt sie allgemein. Die Krise im Westen erhält einfach mehr Aufmerksamkeit, weil westliche Medien dominieren und weil man davon ausging, dass wirtschaftlich fortschrittlichere liberale Gesellschaften nicht unter einer solchen Trennung zwischen Regierenden und Regierten leiden sollten.

Zweitens gibt es die Krise seit Langem: Sie reicht weiter zurück als der Finanzcrash von 2008 und die durch die Globalisierung verur-

sachte Malaise. Ihre Quelle ist wohl der beeindruckende und etwas unerwartete Erfolg der Einführung kapitalistischer Beziehungen in alle Lebensbereiche, auch in unser Privatleben und, was wichtig ist, in die Politik.

Die neoliberalen Revolutionen der frühen 1980er Jahre, die mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in Verbindung gebracht werden – nicht zu vergessen der chinesische „überragende Führer“ Deng Xiaoping – wurden von Revolutionen im ökonomischen Denken begleitet, wie die Public-Choice-Theorie und der Libertarismus, die explizit damit begannen, den politischen Raum als eine Erweiterung der Alltagsökonomie zu behandeln. Politiker wurden einfach nur als eine weitere Gruppe von Unternehmern angesehen, die, statt ihre Fähigkeiten und Risikopräferenzen Banken oder Softwareentwicklung zu widmen, in die Politik einstiegen. Es wurde als normal angesehen, dass sich zielorientiertes, eigenütziges rationales Verhalten nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränken muss, sondern allgemeiner war und auch die Politik umfasste.

Dieser Blick auf die Welt wurde erstaunlicherweise bestätigt. Politiker verhielten sich nicht nur oft eigennützig (was sie vielleicht auch in der Vergangenheit oft getan hatten), sondern man begann, ein solches Verhalten von ihnen zu erwarten. Man billigte es nicht

unbedingt, aber erwartete es in dem Sinne, dass es nicht als seltsam oder ungewöhnlich angesehen wurde, dass Politiker in erster Linie an ihre eigenen finanziellen Interessen denken.

Sie konnten die Verbindung und Macht, die sie im Amt erworben hatten, für sich finanziell ausnutzen, indem sie lukrative Jobs im privaten Sektor fanden (José Manuel Barroso, Tony Blair, Jim Kim von der Weltbank). Sie könnten für mehrere Millionen Dollar Reden vor Unternehmensmagnaten halten (Barack Obama, Bill Clinton, Hillary Clinton). Sie konnten in einer Vielzahl von Firmenvorständen sitzen.

Oder einige, die aus dem Privatsektor kamen (Silvio Berlusconi oder der ehemalige thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinawatra), bewarben ihre politischen Parteien offen als lediglich klientelistische Organisationen: Wenn Sie ein Problem haben und wollen, dass es gelöst wird, werden Sie Mitglied der Partei. Ich erinnere mich, wie ich in den Straßen Mailands eine solche Werbung von Berlusconis Forza Italia gesehen habe – eine Bewegung, deren Mangel an einem Konzept, abgesehen von wirtschaftlichen Eigeninteressen, sich in ihrem banalen Namen widerspiegelte, geliehen von Fußballfans, die Italiens Nationalmannschaft unterstützen.

Die Liste der Politiker, die ihr eigenes Geldverdienen (und das ihrer Unterstützer) als normale Angelegenheit des Homo economicus ansehen, wenn er einmal ein Amt innehat, ist lang. Wir kennen einige der prominentesten Mitglieder darauf, oftmals aufgrund eines Misserfolgs – wenn ihre Aktivitäten etwas zu weit gingen oder wenn sie nicht in der Lage waren, diese vollständig zu verheimlichen. Wir kennen sie durch Finanzskandale und manchmal Gefängnisstrafen. So sitzen beispielsweise zwei der letzten drei brasilianischen Präsidenten wegen Beste-

chung im Gefängnis. Alle fünf ehemaligen peruanischen Präsidenten wurden wegen Korruption inhaftiert, es wird gegen sie ermittelt oder sie sind flüchtig. Die Tochter des verstorbenen usbekischen Präsidenten ist wegen milliardenschwerer Veruntreuung inhaftiert worden. Der Schatten der Strafverfolgung hängt über der Tochter des ehemaligen angolischen Präsidenten und Vorsitzenden der staatlichen Ölgesellschaft, der reichsten Frau Afrikas, sollte sie in das Land zurückkehren.

In Europa wurde gegen den ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im Zusammenhang mit einer Reihe von Finanzskandalen ermittelt, wobei der schwerwiegendste sich durch Berichte über eine illegale finanzielle Unterstützung seines Wahlkampfes 2007 durch den inzwischen toten libyschen Diktator Muammar Gaddafi ausgelöst wurde. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl musste im Jahr 2000 nach Enthüllungen über geheime Parteikonten, für die er zuständig war, als Ehrenvorsitzender der CDU zurücktreten.

Der US-Präsident Donald Trump hat sich geweigert, seine mehrjährigen Steuererklä-

„Man billigte es nicht unbedingt, aber erwartete es in dem Sinne, dass es nicht als seltsam oder ungewöhnlich angesehen wurde, dass Politiker in erster Linie an ihre eigenen finanziellen Interessen denken. Sie konnten die Verbindung und Macht, die sie im Amt erworben hatten, für sich finanziell ausnutzen, indem sie lukrative Jobs im privaten Sektor fanden.“

rungen offenzulegen, und es versäumt, seine Geschäftshandlungen in eine Treuhand zu übergeben, um sich vor externen Einflüssen abzuschirmen. Seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin ist es gelungen, politische Macht in Reichtum zu verwandeln – weit über sein Einkommen hinaus.

Politiker, Ost und West, Nord und Süd, haben damit den neoliberalen „Wirtschafts-imperialismus“ voll und ganz bestätigt, die Vorstellung, dass alle menschlichen Aktivitäten vom Wunsch nach materiellem Erfolg angetrieben werden, dass der Erfolg im Geldverdienen Indikator für unseren gesellschaftlichen Wert ist und Politik nur ein weiterer Geschäftszweig.

Das Problem bei diesem Ansatz, wenn er auf den politischen Raum angewendet wird, besteht darin, dass er in der Bevölkerung Zynismus hervorruft, weil sich der offizielle Sprachgebrauch von Politikern auf das öffentliche Interesse und den öffentlichen Dienst konzentrieren muss – und doch sind die Realität und die ideologische Rechtfertigung für diese Realität zwei unterschiedliche Dinge. Die Diskrepanz ist zudem leicht zu erkennen. Jeder Regierungsbeamte wird dann als Heuchler angesehen, der uns sagt, dass er ist, wo er ist, weil er sich für das Gemeinwohl interessiert, während klar ist, dass er in der Politik jetzt oder in Zukunft seine Taschen füllen will – oder, wenn er bereits reich ist, sicherstellen will, dass keine negativen politischen Entscheidungen gegen sein „Imperium“ getroffen werden.

Ist es da seltsam, dass es kein Vertrauen gibt in die Worte von Politikern? Ist es seltsam, dass jede ihrer Handlungen betrachtet wird als von persönlichen Interessen motiviert oder von Lobbyisten diktiert? Tatsächlich sagen uns sowohl die Marktrevolution der 1980er Jahre als auch das vorherrschende ökonomische Paradigma, dass es genau so sein

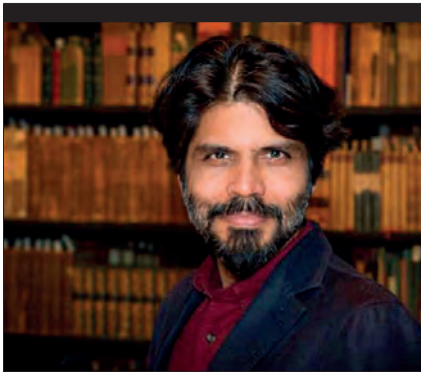
sollte. Und dass es besser so ist. Das Misstrauen der herrschenden Eliten ist also zurückzuführen auf die äußerst erfolgreiche Projektion der kapitalistischen Verhaltens- und Arbeitsweise in alle Bereiche menschlichen Handelns, einschließlich der Politik.

Doch wenn man dies tut, kann man nicht mehr erwarten, dass die Menschen glauben werden, Politik sei angetrieben vom Ideal des öffentlichen Dienstes. Für dieses Problem gibt es keine einfache Lösung. Um das Vertrauen zurückzugewinnen, muss die Politik von den Bereichen abgezogen werden, in denen normale kapitalistische Regeln gelten. Dazu müssen die Politiker jedoch die im kapitalistischen System impliziten Standardwerte ablehnen – die Maximierung finanzieller Interessen. Wie und wo sollen wir solche Menschen finden? Sollten wir wie die Tibeter nach den neuen Führern an weit entfernten Orten suchen, die von der Hyperkommerzialisierung unberührt sind? Da dies absolut unwahrscheinlich ist, denke ich, dass wir uns an die Idee des anhaltenden Misstrauens und einer großen Kluft zwischen der politischen Elite und einem Großteil der Bevölkerung anpassen müssen. Das könnte die Politik für eine lange Zeit sehr holprig werden lassen. Es ist der Höhepunkt des Kapitalismus, der verantwortlich ist für die Holprigkeit und für unsere unvermeidliche politische Malaise.

Branko Milanović ist ein serbisch-amerikanischer Ökonom. Als Spezialist für Entwicklung und Ungleichheit ist er Gastprofessor am Graduate Center der City University of New York (CUNY) und ein angeschlossener Senior Scholar der Luxembourg Income Study (LIS). Zuvor war er leitender Ökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank. Dieser Artikel entstand in Kooperation mit den Websites „Social Europe Journal“ und „International Politics and Society“.

Die vielen Ideen Europas Kein Kontinent oder Land kann der alleinige Motor der Weltgeschichte sein, meint der indische Schriftsteller und Essayist Pankaj Mishra. Das Selbstbild Europas als Hort der Vernunft und Garant der Freiheit gehört in die Mottenkiste. Solche schmeichelhaften Selbstbilder sind blutgetränkt und die Ansprüche auf die moralische und politische Überlegenheit sind, so Mishra, bestenfalls provinziell.

Von Pankaj Mishra



Mein Buch „Aus den Ruinen des Empires“ handelt von Indien, China, Ägypten, dem Iran, der Türkei und anderen Ländern, die im 19. Jahrhundert von europäischen Mächten unterjocht wurden. Die Hauptfiguren des Buchs sind asiatische Intellektuelle, Schriftsteller und Aktivisten. Man könnte daher die Frage stellen: Inwiefern sollte es das Selbstverständnis Europas befördern, wenn man etwas über diese Leute erfährt? Eine mögliche Antwort lautet, dass Europa immer schon in meinem Selbstverständnis – und in dem von hunderten Millionen Asiaten – präsent war.

Auch wenn ich in Indien geboren wurde und in meiner Familie kein Englisch gesprochen wurde, prägten doch europäische Bücher meinen Wunsch, Schriftsteller zu werden. Einige davon waren in englischer

Sprache geschrieben, viele waren englische Übersetzungen deutscher Schriftsteller wie Thomas Mann und Hermann Hesse, später dann Robert Musil und Hermann Broch. Die traumatischen Erfahrungen Deutschlands als später Modernisierer – und die soziologischen Erkenntnisse im Werk Max Webers, Georg Simmels und der Frankfurter Schule – waren und sind von wesentlicher Bedeutung für das Verständnis vieler sozialer und politischer Aspekte des indischen Nationalstaats: seiner zahlreichen Wirtschaftskrisen, der politischen Instabilität und der verbreiteten Sehnsucht des Bürgertums und der Wirtschaft nach einem autoritären Führer.

Vor einem Jahrzehnt begann ich die Arbeit an einem Buch über den Buddha. Die Erinnerung an den Mann und seine Ideen war in Indien geschwunden, obwohl die Empfänglichkeit für seine Lehren in anderen Teilen Asiens zugenommen hatte. Anfangs waren meine geistigen Führer Schopenhauer und Nietzsche, die viel und meist zustimmend über den Buddhismus geschrieben haben. Ich wusste, dass diese Männer große europäische Philosophen waren.

Ihr hohes Ansehen stärkte und vertiefte mein Interesse an einer indischen Philosophie, die in Indien selbst weitgehend in Vergessenheit geraten war. Von großem Nutzen war mir außerdem die wissenschaftliche Arbeit deutscher Indologen wie Max Müller, Hermann Oldenburg und Paul Deussen.

Es mag seltsam anmuten, dass im späten 20. Jahrhundert ein indischer Schriftsteller bei der Erkundung seiner eigenen historischen und geistigen Tradition auf die Hilfe deutscher Denker des 19. Jahrhunderts angewiesen sein sollte.

Aber bei meiner Arbeit an einem Buch über den Buddhismus stieß ich auf eine weitere Bemühung um ein besseres Selbstverständnis, das gleichfalls auf der Philosophie und Literatur in einem anderen Teil der Welt basierte. Ich meine natürlich die im frühen 19. Jahrhundert in Deutschland aufkommende Faszination für Indien, die in einem tiefen Zusammenhang mit dem Projekt nationaler deutscher Selbstbestimmung stand. Viele der größten Denker dieser Zeit, von Herder bis Friedrich Schlegel, versuchten, eine von griechisch-römischen und christlich-jüdischen Traditionen unabhängige deutsche Identität zu begründen. Sie hofften, Deutschland werde sich selbst und das übrige Europa erneuern, und diese Bemühungen brachten zahlreiche Denkströmungen zusammen – Romantik, Nationalismus und Indologie. Die pantheistisch geprägten indischen Religionen wirkten anziehend auf Deutsche, die die spirituelle Einheit der Welt postulierten und die vorherrschende französische Kultur

„Die Idee Europas als Verkörperung von Vernunft und Freiheit – ein ideologischer Gedanke, der sich während der langen Pattsituation zwischen der sogenannten ‚freien‘ Welt und dem totalitären Kommunismus verfestigte – wurde von Asiaten niemals uneingeschränkt geteilt und kann auch nicht von ihnen geteilt werden.“

der Aufklärung zu kritisieren versuchten. Diese Denker suchten in indischen Schriften nach Erklärungen für die Wanderungsbewegungen germanischer Stämme. Sie verknüpften den deutschen Idealismus mit der hinduistischen Philosophie und fanden in der Sanskritliteratur poetische Inspiration für ihre romantischen Ergüsse. Die Reaktion auf den französischen Klassizismus verleitete Friedrich Schlegel, den Vater der Indologie, sogar zu der Behauptung, alles, wirklich alles habe seinen Ursprung in Indien. Trotz solcher Übertreibungen trugen deutsche Übersetzungen und Interpretationen indischer Philosophie dazu bei, dass diese Philosophie zum Bestandteil des umfassenden Wissensbestands der Menschheit im 19. Jahrhundert wurde. Sie hatten großen Einfluss auf die amerikanischen Transzendentalisten Ralph Waldo Emerson und Henry David Thoreau, die eine neue Sicht der Neuen Welt zu entwickeln versuchten.

Romantische Ergüsse

Nicht alle Versuche, über das Studium fremder Traditionen ein eigenes Selbstverständnis zu entwickeln, waren harmlos. Wie wir wissen, wurde die deutsche Indologie mit ihrer obsessiven Fixierung auf rassistische Ursprünge zur Komplizin des verbrecherischen Projekts des Nationalsozialismus. Kaum Aufmerksamkeit haben wir dagegen einem weitaus einflussreicheren Selbstverständnis geschenkt, in dem die Europäer als Herrenrasse erscheinen, deren Aufgabe es sei, den Rest der Welt zu zivilisieren – eine Sicht, die sich der Herabsetzung der übrigen Gesellschaften verdankte, aber bis heute ein erstaunliches Maß an Legitimation genießt. Ich meine natürlich das fortbestehende Bild von Ländern wie Indien und China, das Friedrich Hegel in seinem dialektischen System vorstellte, dem ersten am-

bitionierten Versuch einer Beschreibung der gesamten Weltgeschichte, in dem Asien rasch auf die Stellung des hoffnungslos rückständigen verwiesen wurde.

Hegels Sicht, wonach die Europäer die moderne Welt schufen und die Modalitäten wie auch den Maßstab des Fortschritts bestimmten, machte Schule. Verachtung für Religion und Kultur Asiens wurden in der auf Globalisierung drängenden europäischen Elite zum Gemeinplatz und traten an die Stelle des früheren orientalistischen Interesses daran. Selbst für den namhaften Liberalen John Stuart Mill war Indien eine rückständige, zur Selbstregierung unfähige Gesellschaft, die eine Phase europäischer Herrschaft benötigte.

Schmeichelhafte Selbstbilder

Die rasche Ausdehnung der britischen, französischen und holländischen Kolonialreiche in Asien, Afrika und Lateinamerika schien europäische Ansprüche auf moralische, geistige und politische Überlegenheit zu bestätigen. Solche schmeichelhaften Selbstbilder hätten die blutigen brudermörderischen Konflikte des frühen 20. Jahrhunderts eigentlich nicht überleben sollen. Dennoch erleben wir in den letzten Jahren ein neues populäres Selbstverständnis, in dem Europa und die Vereinigten Staaten als ständige Garanten der individuellen Freiheit und als Horte der Vernunft, der Freiheit und der Demokratie erscheinen. Viele dieser wirren Selbstbilder haben ihren Ursprung in dem uralten gefährlichen Verlangen, sich selbst zu definieren, indem man „den Anderen“ – Juden, Kommunisten oder Muslime – marginalisiert oder dämonisiert.

Im frühen 20. Jahrhundert tilgte ein Teil Europas, der entschlossen war, sich als christlich zu definieren, die langen Jahrhunderte des Islam aus seiner Geschichte. Die größten mo-

dernen Denker Spaniens, José Ortega y Gasset und Miguel de Unamuno, stellten den Islam als unglückseligen Einbruch in die Geschichte Europas dar und bestritten entschieden jeden arabischen Einfluss auf die europäische Kultur. Dieser Drang hat sich im Zeitalter der Masseneinwanderung aus muslimischen Ländern noch verstärkt. In dem Wunsch, die Muslime als die nicht assimilierbaren „Anderen“ Europas abzustempeln, erklärte der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, Frankreichs Wurzeln seien „im Wesen christlich“ – eine denkbar blasphemische These in einem Land, das von sich behauptet, das Produkt der säkularen Aufklärung zu sein.

Die Idee Europas als Verkörperung von Vernunft und Freiheit – ein ideologischer Gedanke, der sich während der langen Pattsituation zwischen der sogenannten „freien“ Welt und dem totalitären Kommunismus verfestigte – wurde von Asiaten niemals uneingeschränkt geteilt und kann auch nicht von ihnen geteilt werden.

Für sie gibt es keine „Idee“ Europas. Es gibt viele „Ideen Europas“, darunter zumindest in asiatischen Augen der Imperialismus ebenso wie die liberale Demokratie, rassische und religiöse Intoleranz ebenso wie individuelle Freiheit und den Kampf für Gerechtigkeit. In Süd- oder Ostasien, wo die hasserfüllten Gefühle des Zweiten Weltkriegs gefährlich zu neuem Leben erwacht sind, können viele nur staunen über den Frieden, den Deutschland und Frankreich nach Jahrhunderten blutiger Konflikte miteinander geschlossen haben.

Aber wir können unsere Augen nicht vor der alten politischen und moralischen Herausforderung des Kontinents verschließen: dem Umgang mit sozialen und kulturellen Unterschieden. Schon vor den Grausamkeiten des frühen 20. Jahrhunderts war die Bilanz Europas auf diesem Gebiet entmutigend. Wie mein Buch zeigt, sahen die eifrigsten Nach-

ahmer in Asien – anglophile Inder und frankophile Vietnamesen – sich schon bald mit rassistischen und religiösen Barrieren konfrontiert. Dauerhafte Unterlegenheit schien selbst das Schicksal der Japaner zu sein, die von allen Asiaten noch am schnellsten und eifrigsten die scheinbar überlegenen rationalen Rechtssysteme und Institutionen der europäischen Zivilisation übernahmen. Erst in jüngster Zeit haben die Türken die bittere Erfahrung eines gescheiterten Versuchs gemacht, in den rassistisch-exklusiven Klub Europas aufgenommen zu werden. Der gegenwärtige Aufstieg rechtsextremer Parteien zeigt, dass Europa heute erneut um den Umgang mit seinen Minderheiten kämpft, die vielfach als billige Arbeitskräfte aus ehemals beherrschten Ländern geholt wurden. Es ist nicht nur verblüffend, sondern auch entmutigend, wenn man sieht, dass nicht nur Rechtsextreme, sondern auch viele liberale Politiker und Intellektuelle in Europa mit einem Mehrheitsnationalismus flirten, als Reaktion auf eine zumindest nach asiatischen Maßstäben äußerst begrenzte Erfahrung mit sozialer Vielfalt und politischem Extremismus.

Wir beobachten heute eine seltsam paradoxe Entwicklung. Die Auswirkungen und Folgen der Globalisierung, der ökonomischen

„Wir beobachten heute eine seltsam paradoxe Entwicklung. Die Auswirkungen und Folgen der Globalisierung, der ökonomischen und geistigen Vereinigung der Welt, treten klarer zutage als jemals zuvor, aber das hat eher zu intellektueller Verblüffung und Arroganz als zu Klarheit, Bescheidenheit und Einsicht geführt.“

und geistigen Vereinigung der Welt, treten klarer zutage als jemals zuvor, aber das hat eher zu intellektueller Verblüffung und Arroganz als zu Klarheit, Bescheidenheit und Einsicht geführt.

Großbritannien, das einen unwiderruflichen Niedergang erlebt und sich absondert, ist immer noch in steriler Weise besessen von seinen großen Siegen über Deutschland in den beiden Weltkriegen. Inzwischen bringt ein im Aufstieg begriffenes Asien seine eigenen Teilnarrative hervor. Die Führer des aufsteigenden China verweisen auf ein „Jahrhundert der Demütigung“ durch westliche Mächte und betonen zugleich ihre lokale und internationale Macht. Die politische Selbstbehauptung der islamischen Länder und der Aufstieg des chinesischen Nationalismus führen uns die vernetzte, aber äußerst ungleiche Welt vor Augen, die der europäische Imperialismus geschaffen hat. Versuche, das europäische Selbst durch die gewaltsame Abgrenzung gegenüber dem Anderen und durch Gegensätze – zivilisiert und rückständig, Kolonisator und Kolonisierter – zu definieren, können keinen Erfolg haben in einem Zeitalter, in dem der Andere ebenfalls die Macht hat, Geschichte zu schreiben und zu machen. Der Boden ist bereitet für komplexere Formen des Selbstverständnisses, frei von Selbstgefälligkeit, nationalistischer Mythenbildung und Rassendünkel.

Ich möchte den großen europäischen Denker Paul Valéry zu Wort kommen lassen, der schon früh im 20. Jahrhundert spürte, dass anders, als Hegel glaubte, kein Kontinent oder Land der alleinige Motor der Weltgeschichte sein kann: „Da sich das Ursachensystem“, schrieb er, „das die Geschicke eines jeden von uns bestimmt, nunmehr über den gesamten Erdball erstreckt, wird dieser auch bei jeder Erschütterung als ganzer in Mitleidenschaft gezogen; Fragen, die umgrenzt blieben, weil sie auf einen Punkt begrenzt waren, gibt es nicht

mehr.“ Wenn wir Valéry's Erkenntnis akzeptieren, muss unser Selbstverständnis all jene Gesellschaften und Völker einbeziehen, die so fern und losgelöst von uns erscheinen: vor-moderne ebenso wie moderne, asiatische und afrikanische ebenso wie europäische. Mit seiner Darstellung gemeinsamer Erfahrungen, Dilemmata und Gespräche über politische und geographische Grenzen hinweg soll mein Buch „Aus den Ruinen des Empires“ eine bescheidene Einladung an Asiaten wie Europäer sein, über die Gettos nationalistischer und imperialer Geschichte hinaus zu denken, in denen die meisten von uns gefangen sind. Für mich ist es eine Tatsache, dass unser Selbstverständnis in einer so komplex vernetzten Welt – ob wir nun in Europa, Asien oder Lateinamerika leben – unbedingt weniger provinziell und viel kosmopolitischer werden muss. Es muss mit unseren Identitäten Schritt halten, die sich in einer ständigen Entwicklung mit unbestimmtem Ausgang befinden.

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Bischoff

Pankaj Mishra ist ein indischer Essayist, Literaturkritiker und Schriftsteller. International bekannt wurde er mit seinem Sachbuch „Butter Chicken in Ludhiana“, einer soziologischen Studie des kleinstädtischen Indiens, und als Essayist für „The New York Review of Books“. 2017 erschien sein Buch „Zeitalter des Zorns – Eine Geschichte der Gegenwart“. Für sein 2014 publiziertes Buch „Aus den Ruinen des Empires“ erhielt er den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung.

Der Wandel der Witzfigur zum Autokraten Der hip klingende Name, den die Mainstreamintelligenz der Retro-lust an der Totalität schließlich verpasste, lautet „Populismus“. Der Begriff, so die türkische Autorin, verschleiert die rechten ideologischen Inhalte der betreffenden Bewegungen und umgeht zugleich die beunruhigende Frage nach der dubiosen Sehnsucht des Ich, zu einem Wir zu verschmelzen. „Populismus“ zeichnet ein Porträt der Verrückten, die als Zerrbilder charismatischer Führerfiguren die Massen mobilisieren. *Von Ece Temelkuran*



Selbst wenn Trump oder Erdoğan morgen gestürzt würden oder Nigel Farage nie zum Meinungsführer aufgestiegen wäre, gäbe es die Millionen aufgehetzter Menschen weiterhin, und sie wären auch weiterhin bereit, den Befehlen ähnlicher Gestalten Folge zu leisten. Wir Türken haben die schreckliche Erfahrung gemacht, dass man den Anhängern solcher Leute auch im Privatleben nicht einmal dann entkommt, wenn man sich bewusst aus allem Politischen heraushält. Mit ihren eigenen Werten bewaffnet warten sie nur darauf, jeden zur Strecke zu bringen, der anders ist als sie. Man sollte besser früher als später akzeptieren, dass es sich dabei nicht nur um etwas handelt, was der Gesellschaft von den oft absurd anmutenden politischen Führerfiguren oder den digitalen Geheimoperationen des Kreml aufgezwungen wird,

sondern dass das Ganze auch aus der Basis erwächst und sich die derzeitige Malaise nicht auf die Führungsetagen der Macht in Washington oder Westminster beschränken wird. Die haarsträubenden moralischen Vorstellungen der hohen Politik sickern bis ins kleinste Dorf und sogar bis in die bewachten Wohnsiedlungen hinein. So entsteht ein neuer Zeitgeist, ein historischer Trend, der die Banalität des Bösen in das Böse der Banalität verwandelt. Mag das Phänomen in jedem Land eine andere Gestalt annehmen – seine Auswirkungen betreffen uns alle.

„Wie können wir Ihnen helfen?“ Die Frau im Publikum faltet emphatisch die Hände, während sie mir die Frage stellt. Ihre ratlose Miene signalisiert eine Mischung aus Mitleid und echter Sorge. Nur zwei Monate nach dem fehlgeschlagenen Putsch sitze ich im September 2016 anlässlich einer Lesung aus meinem Buch „Euphorie und Wehmut – Die Türkei auf der Suche nach sich selbst“ in London auf einem hell erleuchteten Podium und versuche insgeheim herauszufinden, was alles in der Frage steckt. Offensichtlich bin ich in den Augen dieser Frau ein bedürftiges Opfer, und offensichtlich hat sie großes Vertrauen in die Immunität ihres Landes gegen die politische Misere, die mein Land ruiniert hat. Vor allem aber ist sie trotz des Brexit-Votums fest davon überzeugt, Großbritannien könnte noch immer irgendwem helfen. Ihre fehlende Einsicht in die Tatsache, dass wir alle im gleichen po-

litischen Irrsinn versinken, provoziert mich. Erst nach mehreren Sekunden gelingt es mir, alle diese Gedanken in eine nicht übermäßig aggressive Antwort zu packen. „Jetzt fühle ich mich wie ein Pandababy, das auf einen Internetpaten wartet.“

Weil zu diesem Zeitpunkt noch viele glauben, Donald Trump könne die Präsidentenwahl unmöglich gewinnen, weil so mancher noch allen Ernstes hofft, das Brexit-Referendum werde schon nicht zu einem tatsächlichen EU-Austritt führen, und weil die Mehrheit der Europäer die neuen Wortführer des Hasses als eine vorübergehende Erscheinung betrachtet, entlockt mein zynischer Scherz den Zuschauern nicht einmal ein Lächeln. Nachdem der Rubikon überschritten ist, wage ich mich noch ein Stück weiter vor und sage: „Ob Sie es glauben oder nicht – das, was in der Türkei passiert ist, blüht Ihnen erst noch. Dieser politische Irrsinn ist ein globales Phänomen. Und deshalb gebe ich die Frage an Sie zurück: Wie kann ich Ihnen helfen?“

Damals beschloss ich, die politischen und sozialen Ähnlichkeiten diverser Länder zusammenzufassen, um das allen gemeinsame Muster des erstarkenden Rechtspopulismus sichtbar zu machen, und zwar mit Hilfe von Geschichten. Denn durch Geschichten lassen sich meiner Ansicht nach nicht nur menschliche Erfahrungen am besten vermitteln, sondern auch Krankheiten der menschlichen Seele am besten bekämpfen. Die Verwandlung des Populisten-Führers von einer Witzfigur in einen furchteinflößenden Autokraten vollzieht sich meiner Erkenntnis nach in Schritten, mit denen er die gesamte Gesellschaft seines Landes von Grund auf korrumpiert. Diese Schritte sind für jeden Möchtegern-Diktator leicht durchzuführen und werden aus diesem Grund von den Andersdenkenden ebenso leicht übersehen, wenn sie die Anzeichen nicht zu erkennen lernen. Die

Beschäftigung mit den spezifischen Umständen der einzelnen Länder würde mehr Zeit erfordern, als wir uns leisten können; es gilt ein auf alle zutreffendes Muster zu beschreiben und herauszufinden, wie es gemeinsam zu durchbrechen wäre. Das gelingt nur, indem man die Erfahrungen der Länder, die dem Irrsinn bereits ausgesetzt sind, mit den Erfahrungen westlicher Länder verbindet, die ihm derzeit noch widerstehen. Jetzt ist Zusammenarbeit gefragt – und damit ein weltumspannendes Gespräch.

Es ist Mai 2017. Erst in London, dann in Warschau spreche ich über mein Buch „Euphorie und Wehmut“ und berichte einer sehr heterogenen Zuhörerschaft, wie das wahre Volk von meinem Land Besitz ergriffen und den Rest, das angeblich nicht wahre Volk, in den politischen und sozialen Würgegriff genommen hat. Die Leute nicken besorgt und immer lautet ihre erste Frage: „Woher kommt eigentlich dieses wahre Volk?“ Sie kennen den Begriff, weil das politisierte und mobilisierte Ressentiment der Provinz seinen großen Auftritt auf der Weltbühne in unterschiedlichen Ländern mit der im Grunde immer gleichen Behauptung eingeläutet hat: „Wir sind eine Bewegung, eine neue Bewegung des wahren Volkes jenseits von und über allen politischen Lagern.“ Jetzt möchten viele wissen, wer dieses wahre Volk ist und warum es diese Bewegung in die hohe Politik geschafft hat.

„Vor allem aber ist sie trotz des Brexit-Votums fest davon überzeugt, Großbritannien könnte noch immer irgendwem helfen. Ihre fehlende Einsicht in die Tatsache, dass wir alle im gleichen politischen Irrsinn versinken, provoziert mich.“

Sie sprechen darüber wie von einer Naturkatastrophe, die ja auch erst nach ihrem plötzlichen Ausbruch berechenbar wird. Damit erinnern sie mich an die Leute, die sich jeden Sommer aufs Neue über die Hitzewelle in Skandinavien wundern und erst dann wieder an die im Winter zuvor gelesenen Berichte über den Klimawandel denken. Ich erkläre ihnen, dass uns dieses „neue“ Phänomen schon seit geraumer Zeit begleitet.

Im Juli 2017 brach ein gigantischer Eisbrocken von der Antarktis ab. Tagelang zeigten die Nachrichtensender das träge dahintreibende schneeweiße Ungetüm, majestätisches Flaggschiff unseres Zeitalters, das uns in seiner knarrenden Eissprache aus den Bildschirmen der Welt entgegenraunte: „Die Zeit der Spaltung ist gekommen. Alles Festgefügte bricht weg, alles zerfällt.“ Die Geschichte unserer Gegenwart wurde damals nicht von einem Gespenst, sondern von einem massiven Monstrum erzählt, und sie handelte davon, dass auf dem gesamten Planeten vom Größten bis zum Kleinsten nichts so bleiben würde, wie es war. Die Vereinten Nationen, diese riesige machtlose Institution zur Erhaltung des Weltfriedens, bröckelten bereits, und die kleinste Einheit, die menschliche Seele, durchläuft einen beispiellosen Zersetzungsprozess. Ein und dieselbe Sekunde birgt ganze Jahrhunderte in sich: Die wenigen Reichen schaffen sich unverseuchte Lebensräume, um ihr Dasein zu verlängern, während gleichzeitig in Jemen zehntausende Kinder an Cholera sterben, einer Krankheit aus der Zeit vor dem 20. Jahrhundert.

Leise schrie der Eisberg: „Die Mitte hält nicht stand.“ Die an den unterschiedlichsten Orten entstandenen fortschrittlichen Bewegungen – von den Protesten anlässlich der WTO-Konferenz in Seattle 1999 bis hin zu den Unruhen auf dem Tahrir-Platz in Kairo 2011 – waren eine Reaktion auf die gegenwärtige

Zeit der Zersplitterung. In einer Welt, in der immer mehr Menschen reden, aber immer weniger gehört werden, wollten sie der restlichen Menschheit mit körperlichem Einsatz beweisen, dass wir uns ungeachtet aller Differenzen zusammenschließen können und müssen, um dem Zerfallsprozess gemeinsam entgegenzutreten und zu verhindern, dass alles auseinanderbricht. Sie klagten Würde und Gerechtigkeit ein und forderten die Welt auf, sich bewusst zu machen, dass der globale Lauf der Dinge nur durch eine Gegenbewegung umgekehrt werden kann. Sie zeigten, dass Rückzug nicht die einzige mögliche Reaktion auf den globalen Hoffnungsverlust ist. Angesichts der Spaltungstendenzen schufen sie neue, mutmachende Modelle eines zeitlich begrenzten, losen Zusammenschlusses von Menschen auf öffentlichen Plätzen nach dem Motto „Vereint halten wir die Mitte!“

Leise schrie der Eisberg

Nach und nach wurden jedoch viele dieser Bewegungen niedergeschlagen, marginalisiert oder vom bestehenden politischen System geschluckt und konnten ihre Ziele aus diversen, durchaus verständlichen Gründen nicht erreichen – noch nicht. Doch immerhin wurden sie deutlich gehört, als sie der Welt verkündeten, dass sich die repräsentative Demokratie (von den Finanzinstitutionen missbraucht und sozialer Gerechtigkeit beraubt) in ihrer größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg befinde. Heute erleben wir die Reaktion vieler ganz anderer Menschen auf ganz ähnliche Ängste. Diese Menschen haben einen begrenzteren Wortschatz, kleinere Träume für die Welt und weniger Zutrauen in das gemeinsame Überleben aller. Auch sie behaupten, den Status quo verändern zu wollen – allerdings in Richtung einer Welt,

in der sie zu den wenigen Glücklichen gehören werden, die sich unter der Führung eines starken Mannes behaupten. Nicht zufällig ist „Mauer“, ob im wörtlichen oder übertragenen Sinn, zum Schlagwort erstarkender rechtspopulistischer Bewegungen geworden. „Ja, die Welt spaltet sich“, heißt es, „und wir, das Volk, werden uns einen Platz auf der Sonnenseite der Trennmauer verschaffen.“ Es geht ihnen nicht darum, danebenzustehen und zuzusehen, wie Babys im Mittelmeer sterben, sondern sie selbst wollen nicht ebenfalls sterben. Der Schrei, der aus der Provinz in die Großstädte hallt, ist der Hilferuf von Menschen, die aus Angst, im stetig ansteigenden Meer des Zerfalls zu ertrinken, ihr Interesse am Überleben anderer hintanstellen und sich lieber rücksichtslos bewegen.

Im Gegensatz zu politischen Parteien, die innerhalb der Wirklichkeit agieren und das Spiel spielen, ohne sich zu bewegen, verheißen politische Bewegungen immer eine Veränderung vom Realen zum Möglichen. In Ländern von der Türkei bis zu den USA, darunter hoch entwickelte Staaten mit scheinbar starken demokratischen Institutionen wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland, scharen sich Menschen hinter dreisten, skrupellosen Populisten, um sich gemeinsam zu bewegen und die von ihnen als Establishment bezeichnete Wirklichkeit, also das Spiel selbst, anzugreifen, das sie als dysfunktional und korrupt empfinden. Die Volksbewegung verkörpert den neuen Zeitgeist; sie verspricht, den mit Brackwasser gefüllten Sumpf auszutrocknen, zu dem die Politik angeblich verkommen ist, und den Menschen auf diese Weise ihre Würde zurückzugeben. Mit anderen Worten: Les invisibles, die Massen, denen lange unterstellt wurde, sie interessierten sich nicht für Politik und Weltgeschehen, entziehen dem derzeitigen repräsentativen System weltweit ihr vermeintliches Einverständnis. Und das klingt

so, als würde ein Eisbrocken von der Antarktis abbrechen. Weil das fragile Ich natürlich überfordert ist, wenn es den Lauf der Ereignisse ändern soll, erlebt das Wir ein Comeback in Politik und Ethik. Dieses Comeback ist der Kern des globalen Phänomens, das wir gerade erleben. Das Wir will das Festland der politischen Sprache verlassen, will sie demonstrieren und eine neue Sprache für das Volk erschaffen. Wer wissen möchte, wer das Volk ist, muss nach dem Wir fragen. Warum will ich nicht mehr ich, sondern nur noch wir sein?

Schon in seinem Erstlingswerk „So werden Sie erfolgreich“ erwähnt Donald Trump die „wahrheitsgemäße Übertreibung“, die ihn später ins Weiße Haus bringen sollte. Bestimmt war er stolz darauf, gezeigt zu haben, dass man amerikanischer Präsident werden kann, ohne ein einziges anderes Buch als das eigene gelesen zu haben. Trump kannte eben eine einfache Wahrheit über den Menschen, die von den meisten ignoriert wird: Trotz des seit Jahrzehnten gepriesenen Individualismus braucht der Durchschnittsmensch auch heute noch einen Hirten, der ihn zur Größe führt. Trump wusste, wie demütigend und enttäuschend das Gefühl ist, nur Mittelmaß zu sein

„Weil das fragile Ich natürlich überfordert ist, wenn es den Lauf der Ereignisse ändern soll, erlebt das Wir ein Comeback in Politik und Ethik. Dieses Comeback ist der Kern des globalen Phänomens, das wir gerade erleben. Das Wir will das Festland der politischen Sprache verlassen, will sie demonstrieren und eine neue Sprache für das Volk erschaffen.“

in einer Welt, in der man angeblich sein kann, was immer man sein will.

Außerdem war ihm klar, dass der Aufruf zum Zerreißen der imaginären Ketten, die das Volk angeblich am Erreichen seiner wahren Größe hindern, bei seinen Unterstützern in jedem Fall Anklang finden würde, ganz egal, wie absurd er sich für die anhören mochte, die tatsächlich werden können, was sie wollen. „Es liegt nicht an euch“, erklärte er. „Sie hindern uns daran, groß zu sein.“ Er gab den Leuten ein ordentliches Hassobjekt, und sie gaben ihm ihre Stimmen. Und sobald er im Namen des Wir sprach – was im Lauf der Geschichte schon oft geschah –, war man bereit, sich für ihn aufzuopfern. Die Amerikaner wissen ja, dass sich mit den Worten „Wir, das Volk“, wie sie in ihrer Verfassung stehen, ein neues Land aufbauen und ganze Imperien in die Knie zwingen lassen. Und nicht einmal die auf ihre Gefühlsarmut so stolzen Briten sind immun gegen den Reiz des Wir.

„Wir haben gegen die multinationalen Konzerne, die großen Handelsbanken, die große Politik, haben gegen Lügen, Korruption und Betrug gekämpft ... [Dies ist] ein Sieg des Volkes, ein Sieg der ganz normalen Leute, ein Sieg der Anständigen.“ Das Zitat klingt zwar wie ein Ausschnitt aus der Antrittsrede, die Salvador Allende, der marxistische Präsident Chiles, nach seinem Wahlsieg 1970 hielt, stammt jedoch von Nigel Farage, dem früheren UKIP-Vorsitzenden (UK Independence Party, dt. Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs), und, nebenbei bemerkt, selbst ehemaligen Banker, der diese Worte im Juni 2016 nach dem Brexit-Referendum äußerte und dabei ebenfalls den uralten Trick anwendete, in „Volkes“ Namen zu sprechen.

Allerdings fragten sich am selben Tag viele weltoffene Londoner, die Frage aus seinem flammenden Narrativ stillschweigend aus-

geschlossen hatte, wer denn dieses Volk sei und warum es einen solchen Groll gegen die Großstädte und die Gebildeten hege.

Die Älteren unter ihnen hörten da bereits ein erstes Echo aus früheren Jahrzehnten. Nach der fürchterlichen Erfahrung des Zweiten Weltkriegs rechnete kaum noch jemand damit, dass es die Massen je wieder danach gelüsten würde, zu einer Einheit zu verschmelzen. Nur allzu gern glaubte man, mit der Freiheit zu kaufen, zu lieben und zu glauben, wen oder was man will, wären sie vollauf zufrieden. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang wurde das Wort Ich sowohl von der dauergrinsenden Marktwirtschaft und ihren Anhängern als auch vom herrschenden politischen Diskurs und der Mainstreamkultur propagiert.

Jetzt aber ist das Wir zurückgekehrt, der eigentliche Kern der Bewegung, der ihr den revolutionären Anstrich verleiht, und auf dieses plötzliche Wiedererwachen waren viele nicht vorbereitet. Die Stimme des Wir erhob sich so unerwartet und laut, dass besorgte Kritiker nur mit Mühe zeitgemäße politische Begriffe fanden, mit denen sich das Phänomen beschreiben oder bekämpfen lässt.

Hektisch sammelte der kritische Mainstream historische Munition, die jedoch ungünstigerweise größtenteils aus der Nazizeit stammte. „Faschismus“ klang überholt und sogar kindisch, und „Autoritarismus“ oder „Totalitarismus“ waren zu mausgrau für dieses Technicolormonster in einer neoliberalen Welt. Dafür wurden in den letzten Jahren hastig Selbsthilfebücher mit Orwell-Zitaten verfasst, und Hannah Arendts Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ steht nach 68-jähriger Pause plötzlich wieder auf den Bestsellerlisten. Der hip klingende Name, den die Mainstreamintelligenz der Retrolust an der Totalität schließlich verpasste, lautet „Populismus“.





Der Begriff „Populismus“ passt gut zur heutigen Zeit. Er verschleiert die rechten ideologischen Inhalte der betreffenden Bewegungen und umgeht zugleich die beunruhigende Frage nach der dubiosen Sehnsucht des Ich, zu einem Wir zu verschmelzen, zeichnet ein meisterhaftes Porträt der Verrückten, die als Zerrbilder charismatischer Führerfiguren die Massen mobilisieren, und disqualifiziert die Massen selbstbewusst als getäuschte, ungebildete Menschen.

Seltsame Frucht

Außerdem ignoriert er die Vorgeschichte, die verraten könnte, wie es zu dem Schlamassel kam. Ganz zu schweigen von dem Problem, dass sich die Populisten selbst nicht als solche bezeichnen. In einer angeblich postideologischen Welt erheben sie den Anspruch, jenseits von Politik und über allen politischen Institutionen zu stehen. Auch die politische Theorie ist für den neuen Kampf noch nicht gerüstet.

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass die Kritiker des Phänomens im „Populismus“ die seltsame Frucht der aktuellen demokratischen Praxis erkannten. Bei näherer Betrachtung stellte sich nämlich schnell heraus, dass diese Wunde nicht urplötzlich am Staatskörper aufgetaucht war, sondern dass es sich dabei um das mutierte Kind einer verkrüppelten repräsentativen Demokratie handelte. Obendrein entstand dank rechter Spindoctors ein neues ontologisches Problem. Akademiker, Journalisten und Bildungsbürger fanden sich im Lager der Feinde des Volkes und als Teil des korrupten Establishments wieder und erlebten, dass ihre Kritik an diesem politischen Phänomen und sogar ihre sorgsam formulierten Kommentare darüber vom Volk und den Strategen der Bewegung

als repressiv bezeichnet wurden. Der Umgang mit ihrem neuen Status als „repressive Elite“, wenn nicht gar als „Faschisten“, fiel ihnen schwer – hatte doch mancher von ihnen sein Leben der Emanzipation eben dieser Menschen gewidmet, die jetzt nur mehr Verachtung für sie empfanden. Zu ihnen zählte auch meine Großmutter.

„Bezeichnen die mich jetzt als Faschistin, Ece?“ Das fragte mich meine Großmutter, Angehörige der ersten Lehrergeneration in der jungen türkischen Republik, eine überzeugte Säkulare, die viele Jahre lang Kindern auf dem Land Lesen und Schreiben beigebracht hatte, als wir eines Abends im Jahr 2005 eine Fernsehdebatte mit AKP-Strategen verfolgten. „Die haben doch gerade etwas von Faschisten gesagt, oder?“

Noch ehe ich ihr die Besonderheiten der neuen politischen Narrative erklären konnte, rief sie: „Was soll das heißen, repressive Elite? Ich bin nicht elitär. Ich habe gehungert und gelitten als Dorflehrerin in den fünfziger Jahren!“ Sie hatte die eben noch abwehrend vor der Brust verschränkte Arme in die Luft gereckt und verkündete mit erhobenem Zeigefinger, fast, als stünde sie vor einer Schulklasse: „Gleich morgen gehe ich in die nächste Geschäftsstelle der Partei und sage denen, dass ich genauso zum Volk gehöre wie sie.“ Was sie auch wirklich tat – nur um fassungslos zurückzukehren und sich auf ihren müden 80-jährigen Beinen zum Bett zu schleppen, weil sie so fertig war, dass sie sich zum ersten Mal in ihrem Leben mitten am Tag hinlegen musste. „Die sind so anders, Ece. Die sind so ...“, war das Einzige, was ich ihr entlocken konnte. Trotz ihrer großen Eloquenz fiel ihr kein treffendes Adjektiv ein.

Die Szene kam mir wieder in den Sinn, als ich 2017 in Harvard einen Vortrag hielt und mich hinterher eine Amerikanerin, schätzungsweise Mitte 70, zögernd ansprach. Da

sie offenbar zu den Menschen gehörte, die andere nur sehr ungern mit ihren persönlichen Angelegenheiten behelligen, erzählte sie mir eine Kurzversion ihrer Lebensgeschichte. Sie hatte in den 1960er Jahren als Angehörige des Peace Corps den Kindern eines abgelegenen türkischen Dorfs Englisch beigebracht, war danach eine sehr engagierte Hochschullehrerin in den USA gewesen und absolvierte nun im Ruhestand ein Seniorenstudium in Harvard. Dass sie – in ihrem Fall von Trump-Wählern – als Angehörige der „repressiven Elite“ bezeichnet wurde, machte sie ebenso fassungslos wie Jahre zuvor meine Großmutter. „Ich versuche Respekt zu haben“, sagte sie und beklagte, dass Respekt in Europa „Mangelware“ sei. Sie behauptete, nur Respekt könne Europa retten.

Erdoğan wiederum überschüttete die türkische Politik mit Unmengen von „Respekt“, nachdem er 2002 an die Macht gelangt war, und demonstrierte den Türken wiederholt, dass Respekt nicht mehr verdient werden musste, sondern uneingeschränkt eingefordert werden konnte. Kam der Verdacht von Wahlfälschung auf, mahnte er ebenso Respekt für „mein Volk und seinen Willen“ an, wie er ihn für Gerichtsurteile beanspruchte, die seine Gegner ins Gefängnis brachten. Als das Verfassungsgericht entschied, inhaftierte Journalisten freizulassen, die ihn kritisiert hatten, hieß es dagegen: „Ich respektiere dieses Urteil nicht und werde mich nicht daran

„Kam der Verdacht von Wahlfälschung auf, mahnte Erdoğan ebenso Respekt für ‚mein Volk und seinen Willen‘ an, wie er ihn für Gerichtsurteile beanspruchte, die seine Gegner ins Gefängnis brachten.“

halten.“ Wie für Orbán ist Respekt auch für Erdoğan eine Einbahnstraße; er wird nur entgegengenommen, nie entgegengebracht.

„Im Grunde will Putin Respekt“, schrieb die Russlandexpertin Fiona Hill, heute nationale Sicherheitsbeauftragte der US-Regierung, in einem Beitrag, der Februar 2015 auf der Website der Brookings Institution erschien. „Und zwar Respekt im altmodischen, knallharten Sinn.“

„Du kommst zu mir und sagst: ‚Verschaff mir Gerechtigkeit!‘ Aber du zeigst mir keinen Respekt.“ Dieses Zitat stammt nicht von einem weiteren respektbesessenen Politiker, sondern von Don Corleone in der Eingangsszene des Films „Der Pate“. Man kommt da leicht durcheinander, denn der globale Kreislauf gegenseitiger Respektbekundungen (Geert Wilders respektiert Farage, Farage respektiert Trump, Trump respektiert Putin, und dann geht alles von vorn los – so ähnlich, wie sich einst Hitler und Stalin ihres jeweiligen Respekts versicherten) gleicht heutzutage einem nationenübergreifenden Gespräch zwischen Mafiosi.

Bei den Ausmaßen, die das aus Respekt gewobene Netz zwischen autoritären Anführern mittlerweile angenommen hat, könnte man glatt vergessen, wie klein die ganze Farce begann, nämlich mit einer scheinbar harmlosen Bitte. Die „gewöhnlichen“ Leute verwandelten sich in das Volk, indem sie um ein bisschen Political Correctness ersuchten: „Haben wir keinen Respekt verdient?“

Doch wenn Respekt zur politischen Ware wird, hat das weitreichende Folgen. Sobald das Volk eine politische Bewegung bildet, lautet die anfängliche – rhetorische – Frage: „Zählen denn unsere Überzeugungen, unsere Lebensweise, unsere Entscheidungen gar nicht?“ Da die Antwort keinesfalls Nein lauten darf, können die Anführer der Bewegung als respektable, gleichwertige Teilnehmer am

politischen Diskurs in die Öffentlichkeit und auf die politische Bühne treten. Als nächstes Schlagwort folgt Toleranz – Toleranz gegenüber Unterschieden. Dann werfen die Meinungsmacher, nachdem sie bemerkt haben, dass die öffentliche Polarisierung zu sozialen Spannungen führt, den Begriff sozialer Frieden in die Debatte – einen Begriff, der so vernünftig und beruhigend klingt, dass sich niemand dagegen aussprechen will. Mit zunehmendem Erfolg der Bewegung gehen Respekt und Toleranz in den Besitz ihrer Mitglieder über, sodass nur noch sie anderen beides zugestehen können. Gleichzeitig reizt der Anführer die Waffenruhe des „sozialen Friedens“ voll aus, indem er bei jedem neuen von ihm (oder ihr) provozierten Streit Toleranz und Respekt einfordert.

Allerdings wird der Respekt irgendwann zur Mangelware. In der Türkei erfolgte der unmerkliche Umschwung in der Wahlnacht 2007, als die AKP-Regierung bestätigt worden war. Damals sagte Erdoğan noch: „Auch wer uns nicht gewählt hat, gehört zur Türkei“, was für viele politische Journalisten klang, als wollte ein mitfühlender Vater alle unter seine Fittiche nehmen, um den sozialen Frieden zu wahren. Dann begann Erdoğan allerdings, wie ein Mafiaboss zu reden. Er stellte die Forderung nach Respekt ein und legte die Messlatte höher, indem er von europäischen Spitzenpolitikern bis hin zu Kleinstadthonoratioren so ziemlich alle ermahnte, jeder müsse wissen, „wo sein Platz ist“.

Als diese Warnung nicht mehr genügte, kamen die Drohungen. Während einer diplomatischen Auseinandersetzung mit Deutschland und den Niederlanden, in der es um das Verbot von Auftritten türkischer Politiker ging, die für das Verfassungsreferendum und damit für erweiterte Machtbefugnisse des türkischen Präsidenten werben wollten, sagte Erdoğan am 11. März 2017: „Wenn Eu-

ropa so weitermacht, wird sich bald kein einziger Europäer mehr in irgendeinem Land der Welt sicher auf der Straße bewegen können.“ Mit seiner gegen einen ganzen Kontinent gerichteten Drohung war er zum grausamen Michael Corleone aus dem Film „Der Pate II“ geworden.

Selbst in Ländern, die erst seit Kurzem ähnliche soziale und politische Prozesse erleben, wird der geschilderte Ereignisablauf bereits als stereotyp empfunden. Die Erkenntnis, dass die Logik der gegenwärtigen Identitätspolitik diese Prozesse fördert, ist jedoch relativ neu und wird kaum erörtert. Im 21. Jahrhundert ist es für rechtspopulistische Formationen sehr viel leichter geworden, Respekt einzufordern, weil sie sich in die schussichere politische Membran einer kulturellen und politischen Identität hüllen und von einer politischen Korrektheit profitieren, die kritische Kommentatoren entwapfnet.

Außerdem lässt sich mit einem unangreifbaren Identitätsnarrativ der Spieß wunderbar umdrehen, denn nun ist die Lampe des Vernehmers auf die Kritiker der Bewegung gerichtet statt auf die Bewegung selbst, und die Kritiker fragen sich: „Bringen wir ihnen womöglich nicht genug Respekt entgegen und sind sie deshalb so wütend?“ Während die Opposition um einen Ausgleich bemüht ist, beginnt die Bewegung bohrende Fragen zu stellen: „Seid ihr sicher, dass ihr uns nicht aus schierer Arroganz einschüchtern? Seid ihr

„Mit einem unangreifbaren Identitätsnarrativ lässt sich der Spieß wunderbar umdrehen, denn nun ist die Lampe des Vernehmers auf die Kritiker der Bewegung gerichtet statt auf die Bewegung selbst.“

sicher, dass das keine Diskriminierung ist?“

Wir wissen alle, was passiert, wenn selbstzweifelnder Intellekt auf rücksichtslose, offenen zugabe liegende Ignoranz trifft. Wer an das Offensichtliche glaubt, für den ist das Grundbedürfnis des Hinterfragens nichts anderes als das Fehlen einer Antwort, und peinliches Schweigen angesichts dreister Schamlosigkeit versteht er als stumme Bewunderung. Dann setzt sich die politisierte Dummheit stolz an den Tisch zu den Mitgliedern des gesamten politischen Spektrums, versucht, die anderen unter ausgiebigem Ellenbogeneinsatz zu dominieren, und fragt immer wieder: „War dein Arm wirklich da, wo er hingehört?“ Und die Opposition muss sich bis zur Unkenntlichkeit verbiegen, um die neuen Regeln zu befolgen und am Tisch sitzen bleiben zu dürfen.

„Wir empfinden wachsendes Unbehagen, wenn Menschen unsere Freiheit missbrauchen, um hier alles kaputtzumachen.“ Das sind die Worte eines niederländischen Politikers, aber nicht die des berüchtigten Ausländerhassers Geert Wilders. Das Zitat stammt von seinem politischen Gegner Mark Rutte, dem Ministerpräsidenten der Niederlande und Vorsitzenden der mitte-rechts angesiedelten liberalen Partei VVD, und ist seinem am 23. Januar 2017 veröffentlichten Brief „An alle Niederländer“ entnommen. Obwohl sich der Aufruf scheinbar an alle richtete, die „unsere Freiheit missbrauchen“, zielte er in Wahrheit auf die Einwanderer. Rutes Widerstand gegen den Rechtspopulismus wurde völlig verdreht, weil er sich gezwungen sah, die Sorgen des Volkes, der ganz normalen, anständigen Leute demonstrativ zu teilen. Offenbar hatte er das Gefühl, Entgegenkommen zeigen zu müssen, um weiterhin am Kopf der politischen Tafel sitzen zu dürfen. Demselben Mann jubelten zwei Monate später die niederländischen Liberalen zu, weil er Wilders in der Wahl geschlagen hatte. Wenn auch wi-

derwillig, akzeptierten viele niederländische Wähler die neue Realität, in der das geringste Übel die einzige Wahl ist, die man noch hat. Das künstlich erzeugte Wir ist mittlerweile stark genug, um nicht nur die Anhänger der Bewegung zu mobilisieren und zu beflügeln, indem es ihnen das Gefühl gibt, endlich wieder Teil eines großen Ganzen zu sein, sondern auch um den übrigen Politikbetrieb zu beeinflussen, indem es so lange an der Opposition herumzerrt, bis sie sich unwiderruflich verändert hat. Das Wir erschafft eine neue Normalität, die alle dem Irrsinn näherbringt.

Normale, anständige Leute

„Wir sind auch Muslime!“ So lauteten die üblichen Eingangsworte sozialdemokratischer Teilnehmer an Fernsehdebatten in den ersten Jahren nach der Regierungsübernahme der AKP in der Türkei. So, wie man zum Wir gehörte – zum Volk, zu den „normalen, anständigen Leuten“ – , wenn man in Großbritannien den Brexit befürwortete oder in den Niederlanden ein bisschen Rassismus akzeptierte, galt man in der Türkei als zugehörig, wenn man ein konservativer sunnitischer Muslim aus der Provinz war. Kaum hatten die ursprünglichen Besitzer des Wir die Parameter festgelegt, beteuerte jeder, ebenfalls zu beten – wenn auch im Privaten, ganz für sich. Schon bald kursierten in der öffentlichen Debatte für die meisten bis dato völlig unbekannt arabischen Wörter, und Sozialdemokraten konkurrierten trotz ihres begrenzten religiösen Wissens mit den „wahren Muslimen“. Die AKP-Strategen setzten eiligst neue religiöse Konzepte in Umlauf und brachten ihre Kritiker ständig mit unvermuteten Fragen nach irgendwelchen alten Schriften in Bedrängnis.

Fragt sich, was passiert, wenn man alle die-

se Tests besteht und sich als ebenso „wahr“ erweist wie die Fragesteller. Ich selbst durfte das einmal erleben. Nachdem ich mich 2013 während der Arbeit an meinem Roman „Was nützt mir die Revolution, wenn ich nicht tanzen kann“ mehr als ein Jahr lang mit dem Koran beschäftigt hatte, war ich auf alle Fragen vorbereitet. Als der Roman erschien, wurde ich zu einer Talkshow mit einer Parteistrategin der AKP als weiterem Gast eingeladen, einer Dame mit Kopftuch – die klassische Fernsehfarce, bei der es möglichst zum Zickenkrieg zwischen einer säkularen und einer religiösen Frau kommen soll.

Nachdem ich die Sure, aus der der Titel meines Romans stammte, auf Arabisch zitiert hatte und auf die Fragen eingegangen war, die mir die Frau über den Koran stellte, sagte sie mit gönnerhaftem Lächeln: „Gut gemacht!“ und wies mich damit höflich darauf hin, dass ich in der Kunst, die sie meisterhaft beherrschte und gewissermaßen als ihr Eigentum betrachtete, bestenfalls als Lehrling gelten konnte. Leute wie ich, daran ließ sie keinen Zweifel, waren höchstens am äußersten Rand des Volkes anzusiedeln. Wir würden immer der verachteten Elite angehören – und wenn wir uns auf den Kopf stellten.

Jeder Aufenthalt in einem der vom Volk frequentierten Pubs des Nigel Farage, jede Teilnahme an einer Grillparty von Trump-Anhängern würde unweigerlich mit einem ähnlich gönnerhaften Lächeln und zusätzlich vielleicht mit einem demütigenden Klaps auf die Schulter enden: „Wird schon noch, Kleine!“

Es ist ein interessanter, aber nur selten erwähnter Aspekt dieses Prozesses, dass die enttäuschten, zynisch gewordenen Bürger, die der Bewegung eigentlich kritisch gegenüberstehen, angesichts der durcheinandergeratene Sitzordnung klammheimliche Freude empfinden und sich über die schockierten

Mienen des Establishments amüsieren. Sie wissen, dass die starke Unzufriedenheit der vernachlässigten Massen irgendwann zu einer ebenso starken politischen Reaktion führen wird, und trauen es der Bewegung zu, eines Tages als das lang ersehnte Korrektiv der herrschenden Ungerechtigkeit zu wirken – bis ihnen ihr Irrtum klar wird. „[...] daß der Liquidator nicht ganz im Unrecht sei, [dies] ist der geheime Glaube der Epoche Kafkas und Hitlers [...]“ schrieb der Germanist J. P. Stern vor vielen Jahrzehnten.

Das grenzenlose Selbstbewusstsein der Bewegung ist demnach nicht ausschließlich eigenes Verdienst; auch die Unschlüssigen und so mancher Gegner steigern deren Selbstvertrauen durch die eigenen Bedenken. Was, bitte schön, ist falsch daran, auf die Korruption des Establishments hinzuweisen? Indem sie ihre ideologischen Ziele vage formuliert und den Ton moderat hält, verführt die Bewegung mit der Möglichkeit, die diversen Ideale oder Enttäuschungen bei ihr unterzubringen. Was, bitte schön, ist falsch daran, ein anständiger Mensch zu sein und zum Volk zu gehören?

Das unscharfe Narrativ und das allumfassende Wir ermöglichen es dem Anführer der Bewegung, zuvor undenkbar widersprüchliche Allianzen mit rechten wie mit linken politischen Kräften zu schmieden.

Aufgrund der ideologischen Formlosigkeit der Bewegung erhält er außerdem finanzielle Mittel aus den extremen Bereichen des sozialen Spektrums, also von den Ärmsten wie von den Reichsten. Am allerwichtigsten aber ist: Weil der Anführer von Ausbeutung, Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Bewusstsein spricht und sich damit hinsichtlich Wortwahl und Referenz sowohl bei rechter als auch linker Politik bedient, sagen sich immer mehr verbitterte, von Selbstzweifeln geplagte Menschen, aber auch der eine oder andere prominente Meinungsmacher: „Ei-

„Das unscharfe Narrativ und das allumfassende Wir ermöglichen es dem Anführer der Bewegung, zuvor undenkbbare widersprüchliche Allianzen mit rechten wie mit linken politischen Kräften zu schmieden.“

gentlich ganz vernünftig, das alles!“ Oder lässt sich etwa leugnen, dass große Teile der Gesellschaft vergessen und abgehängt sind?

„Ich verstehe nicht, warum die gewonnen haben. Glauben Sie mir, kein einziger Fahrgast hat gesagt, dass er sie wählen wird. Aber wer hat sie dann gewählt?“ Diese Sätze zielen nach dem zweiten Wahlsieg der AKP in jedem Gespräch mit einem Taxifahrer. „Wer hat sie eigentlich gewählt?“, lautete daraufhin der Anfangssatz mancher Zeitungskolumne. Weder die Taxifahrer noch die meisten Kolumnisten konnten sich erklären, warum der Erfolg der Bewegung trotz wachsender Bedenken anhielt. Nachdem ich die Frage mehrmals gehört hatte, antwortete ich einem Taxifahrer mit einem Satz, den ich kurz darauf an den Anfang meiner eigenen Kolumne stellte: „Die fahren offenbar alle mit dem Bus.“

In London werden sich viele Leute nach dem Brexit-Referendum dasselbe gefragt haben. Wäre ich eine britische Kolumnistin, hätte ich meinem Kommentar die Überschrift „Der wütende Kabeljau besiegt die europäischen Ideale“ gegeben. Zu den Leave-Wählern gehörten nämlich auch schottische Fischer, die schon seit Jahren sauer sind, weil auch ihre Kollegen aus anderen europäischen Ländern in schottischen Gewässern fischen dürfen, und die sich zusätzlich über europäische Angelegenheiten aufregen, von denen Schottland so gut wie gar nicht betroffen ist.

In Ungarn und Polen, wo der Rechtspopulismus den politischen Diskurs bestimmt, gab es analog dazu seit jeher die „arrogante Brüsseler Elite“ beziehungsweise „die verdammten Deutschen“, die sowohl ein besseres Leben für die „normalen“ Leute verhindern, als auch der wahren „Größe“ der Nation im Weg stehen.

Ich weiß, diese Bemerkungen haben etwas von der Herablassung eines kosmopolitischen, nicht wahren Menschen; ebenso klar ist mir, dass hinter den neuen Bewegungen das reale, starke Gefühl steht, Opfer zu sein. Viele ihrer Anhänger müssen ja wirklich mit dem Bus fahren und mitansetzen, wie ihr Fish 'n' Chips immer teurer wird, weshalb es dem griechischen Wirtschaftswissenschaftler und ehemaligen Finanzminister Yanis Varoufakis zufolge müßige Gehirnakrobatik für Intellektuelle wäre, würde man diese Bewegungen nur „psychoanalytisch, kulturell, ethnologisch, ästhetisch und natürlich in ihrem Bezug zur Identitätspolitik“ analysieren. Ich stimme ihm zu, wenn er schreibt, dass „der permanente Klassenkampf, der seit Ende der 1970er Jahre gegen die Armen geführt wird“, bewusst aus dem Narrativ entfernt und aus der globalen Mainstreamdebatte herausgehalten wurde.

Erfundene Opferrollen

Man kann die rechtspopulistischen Bewegungen auch als neu entwickelte temporeiche Vehikel für die Reichen betrachten, als ein Mittel, das es der herrschenden Klasse ermöglicht, die Regulierungen der freien Marktwirtschaft loszuwerden, indem es die gesamte Politik über den Haufen wirft. Schließlich stehen hinter diesen Bewegungen wahre Opfer und echtes Leid. Aber sie gründen eben nicht ausschließlich auf echtem Leid, sondern auch auf frei erfundenen Opferrollen, die der

Bewegung die meiste Energie verschaffen und ihr Alleinstellungsmerkmal ausmachen. In der Türkei beruhte die erfundene Opferrolle auf der Behauptung, religiöse Menschen würden von der säkularen Elite des Establishments unterdrückt und gedemütigt. In den Augen der Brexiteers besteht sie darin, dass man ihnen die Größe des Vereinigten Königreichs geraubt hat, in den Augen der Trump-Wähler darin, dass ihnen die Mexikaner die Jobs wegnehmen.

Die polnischen Rechtspopulisten fühlen sich als Opfer, weil die Nazis ihrer Ansicht nach ohne jegliches polnische Zutun auf polnischem Boden Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen und die Welt die tapferere Gegenwehr des Landes nach dem Überfall der Deutschen 1939 nicht genug würdigt, während in Deutschland für die AfD feststeht, dass die „faulen Griechen“ die hart arbeitenden wahren Europäer ausnutzen. Eigentlich ist der Inhalt aber egal, weil er sich später ohnehin ständig verändert und je nach Bedarf und Ziel der Bewegung ausgetauscht wird, wobei sich die Masse jedem neuen Narrativ auch dann anpasst, wenn es in Widerspruch zu den Anfängen der Bewegung steht.

In der Türkei war die Gülen-Bewegung, ein überstaatliches religiöses Netzwerk unter der Führung eines Imams, der zurzeit in Pennsylvania lebt, integraler Bestandteil von Erdoğan's Bewegung, bis sie über Nacht für terroristisch erklärt wurde. Dieselben AKP-Minister und Parteimitglieder, die dem Imam Fetullah Gülen kniend die Hand geküsst hatten, konnten ihn 24 Stunden später gar nicht genug verteufeln, und kein einziger Erdoğan-Anhänger stellte den plötzlichen Sinneswandel infrage. Ebenso wenig fanden es die Trump-Wähler seltsam, als das FBI, während der Untersuchung des Skandals um Hillary Clintons E-Mails noch Trumps bester Freund, plötzlich als „infam“ galt, weil es die

Frage aufwarf, ob sich Trumps Wahlkampfteam mit der russischen Regierung abgesprochen hatte. Fox News bezeichnete das FBI plötzlich als „kriminelle Clique“ und sprach von einem möglichen Staatsstreich.

Dabei konnte getrost davon ausgegangen werden, dass die Trump-Unterstützer der neuen Linie folgen würden, fühlten sie sich doch vom respektlosen Establishment genauso schikaniert wie ihr Idol. Sobald die Identifikation der Massen und der Bewegung mit dem Anführer einsetzt, spielt es keine Rolle mehr, dass sich die erfundene Opferrolle inhaltlich ständig ändert. Und wenn sich der Anführer als Meister der „harmlosen Übertreibung“ erweist, wird der Inhalt vollends unwichtig.

Doch warum, könnte man fragen, gingen die Massen unter Ausblendung der gesamten Weltgeschichte gegen ihre eigenen Interessen und gegen offensichtlich völlig falsche Ziele vor – gegen die armen Mexikaner statt gegen die großen Billiglohn-Unternehmen, gegen die französischen Fischer statt gegen die Härten der freien Marktwirtschaft, gegen die Medien statt gegen die Armutsursachen? Warum wollten sie sich an so abwegigen Gruppen rächen? Wieso forderten sie den Respekt der Bildungselite, nicht aber den der Besitzer multinationaler Konzerne? Und warum glaubten sie dabei an einen Mann, nur weil er scheinbar „einer von ihnen“ war? Irgendwie kindisch, könnte man meinen. Und das stimmt. Deshalb müssen solche Anführer die Menschen unbedingt infantilisieren. Die Infantilisierung der Massen durch Infantilisierung der politischen Sprache ist enorm wichtig. Man kann die Leute mittels Infantilisierung des gemeinsamen politischen Narrativs leichter mobilisieren und ihnen dann alles Mögliche versprechen.

„... und dann scharte Chávez auf einem Berggipfel seine treuen Freunde unter einem

„Die Hilflosigkeit von Vernunft und Sprache angesichts der verqueren Logik des Populismus hat bereits zu einer beträchtlichen Nachfrage auf dem politischen Markt geführt, sodass inzwischen diverse Kampfkunsttechniken gelehrt werden, mit denen man sich dagegen zur Wehr setzen kann.“

Feigenbaum um sich, und alle schworen auf die Bibel. So begann die Revolution.“ Der venezolanische Botschafter in der Türkei unterstrich seine Schlussworte mit einer eingeübten Handbewegung Richtung Himmel, von wo die unumstößliche Wahrheit offenbar gekommen war. Einige Sekunden lang blieb sein Finger theatralisch zur Decke der Juristischen Fakultät der Universität Ankara gereckt. Nach dem Ende seines Vortrags war es nun an mir, meinen Diskussionspartner zu fragen, wie es die Venezolaner geschafft hatten, eine Revolution auf die Beine zu stellen.

In den Barrios von Caracas

Das war 2007, ein Jahr nach der Veröffentlichung von „We are Making a Revolution Here, Señorita!“, mehreren Interviews, die ich in den Barrios von Caracas geführt hatte, um zu recherchieren, wie sich die Basisbewegung lange vor Hugo Chávez' Präsidentschaft in den Kommunen organisiert hatte. Deshalb war ich mir sehr sicher, dass mythische Elemente wie Himmelsbotschaften und Feigenbäume auf einem Berggipfel dabei in Wahrheit keine Rolle gespielt hatten. Überzeugt, Seine neben mir sitzende Exzellenz würde gleich Vernunft walten lassen, erwiderte ich

nichts, sondern lächelte den Mann nur fragend an, spürte aber schon bald, dass sich mein Gesicht zur verzweifelten Grimasse eines rationalen Menschen verzog, der sich einem wahrhaft Gläubigen gegenübersieht.

Weil es bereits zu spät war, um sein Märchen als Unfug abzutun, sagte ich nur: „So war es aber nicht.“ Angespannt schweigend fixierten wir uns – ich ihn mit großen, er mich mit glasigen Augen –, bis ich ihn, nun nicht mehr sarkastisch, sondern ehrlich neugierig fragte: „Und das wissen Sie auch, oder?“ Als seine Miene starr blieb, wurde mir mit einem zwischen Mitleid und Furcht schwankenden Gefühl bewusst, dass dieser hochgebildete Diplomat das Märchen nicht freiwillig erzählte. Der Name Hugo Chávez hatte damals bereits Eingang in die „Hall of Fame der großen Populisten“ gefunden. Der Mann kriminalisierte jede kritische Stimme als Feind des Volkes und behauptete nicht nur, der einzige Repräsentant des Staates zu sein, sondern der Staat selbst. Er setzte zweckdienliche Geschichten in die Welt, die er zu Bestandteilen der offiziellen Historie erklärte, infantilisierte ein ganzes Land und erklärte die menschliche Intelligenz zum Verbrechen gegen den „Proceso“, den umfassenden Umwandlungsprozess, der das Land in den sogenannten Sozialismus beziehungsweise in dessen von ihm, Chávez, maßgeschneiderte Version überführen sollte. Der Botschafter wirkte wie ein müder kleiner Junge, der das Ende des Märchens herbeisehnt, um endlich schlafen gehen zu können. Ich ahnte damals nicht, dass wir uns in der Türkei schon wenig später täglich mit Märchen herumschlagen und die Realität von Ereignissen würden beweisen müssen, die jeder mit eigenen Augen gesehen hatte.

„Amerika wurde angeblich 1492 von Columbus entdeckt. In Wahrheit erreichten muslimische Seefahrer den Kontinent bereits

1178, also 314 Jahre zuvor. In seinem Schiffs-tagebuch erwähnt Columbus eine Moschee auf einem Berg an der kubanischen Küste.“ Diese Geschichte erzählte Präsident Erdoğan am 15. November 2014 bei einem Treffen mit einflussreichen lateinamerikanischen Muslimen. Am nächsten Tag berichteten die Medien weltweit über den grandiosen Beitrag zur Geschichte, den der türkische Präsident da geleistet hatte, wobei die Journalisten ihre Belustigung hinter höflichen Formulierungen mit einem gewissen Augenzwinkern verbargen, das besagte: „Natürlich stimmt das Ganze nicht, aber das wissen Sie ja.“ Weil das noch vor dem Brexit-Referendum und vor Trump geschah, ahnten die westlichen Journalisten nicht, dass sie bald nichts mehr zu schmunzeln hätten, weil sich die Vernunft dann nicht mehr nur gegenüber dem Unsinn eines einzelnen Mannes, sondern auch gegenüber den gebannten Blicken von Millionen, die den Unsinn glaubten, völlig hilflos zeigen würde.

Auf Anfrage hätten die Venezolaner oder die Türken diesen Journalisten alles über den Leidensweg erzählen können, der von einer Moschee auf einem kubanischen Berg zu einem Berg in Ankara führt, von einem Weg, auf dem Unsinn zur offiziellen Geschichte wird und eine ganze Nation erschöpft niedersinkt. Und sie hätten ihnen erzählen können, dass die populistische Maschinerie, die die politische Sprache infantilisieren und die Vernunft zerstören soll, mit den dröhnenden Worten einsetzt: „Wir wissen ganz genau, wer Sokrates ist! Über diesen üblen Kerl lassen wir uns keine Lügen mehr auf-tischen!“ Und dass man daraufhin erwidert: „Moment mal – von Sokrates war doch gar nicht die Rede!“

„Populismus ist in ganz Europa auf dem Vormarsch. Immer häufiger gilt es, sich im gesellschaftlichen Diskurs gegen populistische Standpunkte zu behaupten. Im Seminar lernen die Teilnehmenden anhand praktischer

Übungen, besser auf populistische Argumente und Stimmungsmache zu reagieren. Das Seminar gibt den Teilnehmenden konkrete Techniken an die Hand, die dabei helfen, populistische Argumente besser zu verstehen, ihre Stärken und Schwächen schnell zu erkennen, eigene Argumente präzise auf den Punkt zu bringen und Menschen mit populistischem Gedankengut souverän und konstruktiv zu begegnen.“ Das Zitat stammt von der Website des deutschen Thinktanks Institut für Argumentationskompetenz. Das dort angebotene Seminar nennt sich „Mit Logik gegen Populismus“. Offensichtlich hat die Hilflosigkeit von Vernunft und Sprache angesichts der verqueren Logik des Populismus bereits zu einer beträchtlichen Nachfrage auf dem politischen Markt geführt, sodass inzwischen diverse Kampfkunsttechniken gelehrt werden, mit denen man sich dagegen zur Wehr setzen kann. Das Seminar besteht aus einem zweitägigen Workshop, in dem die Teilnehmer von ihren garantiert sehr aufreißenden persönlichen Erfahrungen berichten dürfen.

Würde ich mit meinen im Lauf von 16 Jahren in der Türkei gemachten Erfahrungen dieses Seminar besuchen, würde ich selbst auf die Gefahr hin, dass sich Aristoteles im Grab umdreht, in aller Bescheidenheit vorschlagen, an den Beginn des Anfängerkurses in Sachen populistischer Argumentation den berühmten Syllogismus des Aristoteles zu setzen, der da lautet: „Alle Menschen sind sterblich. Sokrates ist ein Mensch. Also ist Sokrates sterblich.“

Obwohl die logischen Fehlschlüsse ziemlich massiv sind, erschienen sie der Hälfte der britischen Bevölkerung überhaupt nicht kindisch, als Boris Johnson und seine Leute in der Konservativen Partei sie während der Leave-Kampagne großzügig einsetzten. Am 16. Oktober 2016 schrieb Zoe Williams im

Guardian: „Man erwartet Konsistenz und Kohärenz und erlebt stattdessen das bizarre Spektakel einer Partei, die behauptet, schon immer gegen den europäischen Binnenmarkt gewesen zu sein, weil Michael Gove das irgendwann einmal gesagt hat.“

Mit anderen Worten: Argumentum ad ignorantiam. Michael Gove hatte, ganz im Stil des Populisten, der Aristoteles in den Wahnsinn treibt, Folgendes erklärt: „Die Menschen in diesem Land haben die Schnauze voll von Experten!“ Aufgrund solcher Äußerungen gelangte die andere Hälfte der Briten zu der Überzeugung, die Pro-Brexit-Argumente wären einfach zu albern, um sie ernst zu nehmen, und nur Kinder würden auf sie hereinfallen. Wie Millionen anderer Europäer dachten sie, man müsste die populistischen Anführer nur immer wieder als infantil darstellen, dann würden sie von niemandem ernst genommen und nie an die Macht gelangen.

„Jeder, wirklich jeder [im Weißen Haus] bezeichnet ihn als kleines Kind.“ Knapp ein Jahr nach dem Brexit-Referendum griffen auf der anderen Seite des Atlantiks die Amerikaner zur gleichen „Erwachsenen-Strategie“. Nachdem „Feuer und Zorn: Im Weißen Haus von Donald Trump“ im Januar 2018 auf dem amerikanischen Buchmarkt erschienen war, wiederholte der Autor Michael Wolf oben stehenden Satz in mehreren Fernsehinterviews. Das Kopfschütteln der betroffenen, aber gefasst wirkenden Moderatoren in Verbindung mit Wolfs Miene eines Lehrers, der schlechte

„Weil ihn sein Vater an den Füßen aufgehängt hat, um ihm das Fluchen auszutreiben, muss jetzt ein ganzes Land unter seinen heftigen Stimmungsschwankungen leiden.“

Neuigkeiten überbringt, erinnerte an Elternabende, bei denen über einen problematischen Schüler diskutiert wird. Weil in jedem Interview Trumps kindliches Verhalten hervorgehoben wurde, begannen die beunruhigten „erwachsenen“ Amerikaner, das Ganze zu unterschätzen, und lehnten sich zurück, denn so schlimm war es ja wohl nicht. Er ist nur ein launisches Kind. Wir, die Erwachsenen, wissen es besser. In jedem Land, das den Aufstieg des Populismus erlebt, wird der jeweilige Anführer als kindlich bezeichnet. Es hat etwas Beruhigendes, ein politisches Problem auf die Ebene des Umgangs mit einem unartigen Bengel zu verlagern. Ein großes Problem wird damit wohltuend verniedlicht.

Populistenchefs als kindliche Menschen zu charakterisieren, ist nicht die einzige Falle, in die man leicht tappt. Eine andere weitverbreitete Masche, mit der Kritiker ihre politischen Bedenken beiseiteschieben, besteht darin, die Kindheit populistischer Anführer nach den traumatischen Ereignissen abzusuchen, die so skrupellose Erwachsene aus ihnen gemacht haben, die politische Realität also gewissermaßen in ein medizinisches Mitleid zu packen, um das die Leute selbst gar nicht geben haben. Sowohl der frühere polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński als auch Erdoğan wurden solchen in absentia erfolgten Untersuchungen durch prominente Psychiater unterzogen und als gebrochene Kinder diagnostiziert.

Die angesehene polnische Sozialwissenschaftlerin und Psychologin Elżbieta Sołtys attestierte Kaczyński eine traumatisierende Kindheit, erklärte seine schwach ausgeprägte emotionale Intelligenz in einem Interview mit seiner lieblosen, strengen Erziehung und bezeichnete seinen heutigen Fanatismus als einen Ausbruch nach jahrelanger Unterdrückung. Erdoğan erhielt eine ähnliche Diagnose. Weil ihn sein Vater an den Füßen aufge-





hängt hat, um ihm das Fluchen auszutreiben, muss jetzt ein ganzes Land unter seinen heftigen Stimmungsschwankungen leiden.

Kritiker, die populistische Anführer infantilisieren und ihre Skrupellosigkeit psychologisieren, tun dies vor allem deshalb, weil sie sich dadurch erwachsener und psychisch gesund fühlen können. Sie schreiben infantile Politik damit ausschließlich dem populistischen Anführer und seinen Anhängern zu, als wären alle anderen (inklusive der Verfasserin und den Leserinnen und Lesern dieses Buchs) völlig immun gegen eine kindliche Weltsicht. So ist es aber nicht, und das wissen Sie auch, oder?

„Ich fahre einen alten VW, der genügt mir vollauf.“ Im November 2015 sitzt der ehemalige Präsident von Uruguay, José Mujica, auf der Bühne und spricht. Ich moderiere eine Diskussion, die fast legendär werden wird. Die mehr als 5.000 Zuschauer befinden sich größtenteils nicht im Kongressgebäude in Izmir selbst, sondern sehen sich die Veranstaltung auf einem riesigen Bildschirm im Freien an. Uruguay braucht Zerlegemaschinen, erklärt Mujica (weil das Land sein Exportfleisch gemäß den Vorschriften anderer Länder zerteilen muss), doch dem Publikum sind die menschenlichen Themen lieber (sein schnuckeliger alter Käfer, sein bescheidenes Häuschen).

Am nächsten Tag wird Mujica in allen Zeitungen gleich dargestellt: „Ein ganz bescheidener Präsident, der einen VW Käfer fährt und in einem kleinen Haus auf dem Land wohnt ...“ Dass er Sozialist ist, wird nicht erwähnt – das ganze ideologische Blabla, die langweiligen „erwachsenen“ Inhalte kommen nicht vor. Ich fühle mich an Bernie Sanders erinnert, der im Vorwahlkampf der Demokraten als kluger, cooler alter Mann porträtiert wurde, oder an Jeremy Corbyn, dessen rotes Fahrrad und selbst gemachte Marme-

„Die infantile politische Sprache von heute, die zu einer Regression des gesamten politischen Spektrums von rechts bis links führt, ist in Wahrheit keine gegen das Establishment gerichtete Reaktion, sondern Folge der ideologischen Sünden des in den 1980er Jahren entstandenen Establishments.“

lade mehr Aufmerksamkeit erregten als seine politischen Vorstellungen. Die Derwische unserer Zeit werden auf das Maß von netten alten Märchenonkeln gestutzt und ziehen mit ihren Geschichten die Menschen an, die sich für die Erwachsenen halten und über die „infantilen“ Anhänger populistischer Führerfiguren spotten.

Die meisten Bücher über Populismus und Totalitarismus interpretieren das Narrativ vom infantilen Populisten und seinen „getäuschten“ Anhängern, die seine Märchensprache gedanklich übernehmen, als eine für diese Leute typische politische Reaktion. Dabei handelt es sich weder um eine Reaktion noch um etwas Typisches, sondern vielmehr um eine logische Konsequenz der Zeiten, in denen wir leben, und um etwas, das uns alle inszeniert. Auch wenn man den Eindruck gewinnt, die derzeit aktiven Rechtspopulisten würden Menschen, die einmal rational und erwachsen waren, mit Hilfe eines Zauberkriticks massenweise in ihren Bann ziehen und in Kinder verwandeln, liegt die Verantwortung für die Infantilisierung der politischen Sprache nicht bei ihnen. Diese Entwicklung setzte lange zuvor ein, nämlich 1979, als eine berühmte Handtasche auf der politischen Bühne erschien und alles veränderte. Da-

mals schlug eine Frau einer ganzen Nation mit der Behauptung „Das ist alternativlos!“ ihre schwarze Asprey-Tasche um die Ohren. Als Margaret Thatcher Großbritanniens von der Bürde der Suche nach Alternativen „befreite“, fand dies auf der anderen Seite des Atlantiks begeisterte Zustimmung bei einem Mann, der sein präsidiales Grinsen in Cowboyfilmen perfektioniert hatte.

Während des zehn Jahre anhaltenden Fests der Alternativlosigkeit, das schließlich in einen triumphalen neoliberalen Discotanz auf den Überresten der Berliner Mauer mündete, trennte sich das politische Vokabular des Mainstreams nach und nach von spröden Erwachsenen-Begriffen wie „Solidarität“, „Gleichheit“, „soziale Gerechtigkeit“ und verwandelte sich in eine Spiegelkugel aus Wörtern wie „Vision“, „Innovation“, „Flexibilität“ und „Motivation“, denn: „So ist die Welt nun mal“.

Zur gleichen Zeit verbannte man in der Türkei nach dem Militärputsch von 1980 die erstgenannten Begriffe zusammen mit hundert weiteren „linker Wörter“ offiziell aus dem Vokabularium des Staats und verbot sie im staatlichen Fernsehen. Der Mainstreamwortschatz, in dem, ganz gleich in welcher Sprache, global über die Welt und unsere Stellung darin nachgedacht wird, wurde gewaltsam oder mittels neoliberaler Überredung in einen Sandkasten umgebaut, in dem wir sicher spielen können, weil er zum einen durch das politisch Udenkbare, den Sozialismus und dessen Gegenüber, den Faschismus, zum anderen durch das moralisch Vernachlässigbare, die Religion und ihr Gegenüber, die Philosophie, abgegrenzt ist.

Die Politik wurde auf reine Verwaltung reduziert, und von nun an kümmerten sich Leute um uns, die alles über Zahlen und Derivate wussten. Sie verwandelte sich in den bitteren Saft, vor dem es Kindern graut; wer

aber unbedingt davon kosten wollte, dem schenkte man eimerweise Zahlen ein, um ihm eine Lektion zu erteilen. Kein Wunder, dass Nigel Farage einmal erklärte: „Ich bin der einzige Politiker, der die Flamme des Thatcherismus am Brennen hält.“ Und obwohl sich viele empörten, als der Thatcher-Biograf Jonathan Aitken sagte: „Ich glaube, sie hätte [Farage] insgeheim applaudiert“ – und zwar wegen dessen flüchtlingsfeindlicher Politik. Das kann man sich un schwer vorstellen ganz im Sinne ihres Spitznamens aus den 1970er Jahren (Eiserne Lady) und nach dem Motto „Jeder muss sich erst mal um sich selbst kümmern“.

Ähnlich verhielt sich Ronald Reagan, als er im Wahlkampf 1980 den Slogan „Make America great again“ erfand. Die infantile politische Sprache von heute, die zu einer Regression des gesamten politischen Spektrums von rechts bis links führt, ist in Wahrheit keine gegen das Establishment gerichtete Reaktion, sondern Folge der ideologischen Sünden des in den 1980er Jahren entstandenen Establishments. Sieht man von der wirtschaftlichen Scheinblüte ab, die die Wegbereiter besser dastehen lässt, als sie tatsächlich waren, und von den Flüchtlingen, deretwegen die derzeitigen Politiker noch unangenehmer wirken, als sie tatsächlich sind, besteht der einzige wichtige Unterschied zwischen den „Pionieren“ und ihren Nachfolgern darin, dass die Stimme der infantilen populistischen Politik heute durch die sozialen Medien verstärkt wird, sodass die Märchen wesentlich größere Verbreitung finden und die Uninformierten behaupten können, auf Augenhöhe mit den Informierten zu sein. Das eröffnet die Möglichkeit eines unbegrenzten Angriffs auf unser politisches Denken und Argumentieren. Und dass die heutigen Politiker wesentlich weniger Wert auf gute Manieren legen, wissen wir auch.

„Die rüde Sprache signalisiert, dass er auf einer Wellenlänge mit den kleinen Leuten liegt, und mit seiner Schonungslosigkeit, die oft die Grenzen überschreitet und in die Beleidigung abrutscht, betont er, wie wichtig ihm die Distanz zum politischen Establishment ist.“ Man denkt bei diesem Zitat an Trump, Erdoğan, Geert Wilders oder einen beliebigen anderen Populistenchef, doch die beiden italienischen Politikwissenschaftler Fabio Bordinon und Luigi Ceccarini beschreiben hier das Vorgehen von Beppe Grillo, den früheren Komiker und Anführer der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung. Er ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Populisten die sogenannte Alltagssprache politisieren, um mit dem Volk direkt kommunizieren zu können.

Sobald diese Verbindung besteht, kann der Anführer förmlich abheben und nicht nur gewissermaßen über der Politik schweben, sondern so hoch fliegen, wie er will – nach oben sind keine Grenzen gesetzt. Die vermeintliche Ehrlichkeit oder Unverfälschtheit der direkten Kommunikation mit den Menschen und das Image des Anführers als desjenigen, der mit ihnen verschmilzt, bilden das typische politische Ritual des Populismus, das Chávez allwöchentlich in seiner Fernsehsendung „Alo Presidente!“ vollführte, Erdoğan mit Hilfe eigener Medien, Grillo auf seiner Website und das Trump mittels seiner berühmten Tweets zelebriert, um den jeweiligen Anhängern ohne den Umweg über die Medienelite ganz nah zu sein.

Der entscheidende Trick besteht darin, den Anhängern zu suggerieren, man würde die elitären Snobs und ihre Medien ablehnen. Dies gelingt, indem man die Medien in die eigene Definition von „politischer Elite“ aufnimmt und als Gegner darstellt, obwohl die Verbindung zu den Massen überhaupt erst mit Hilfe der Medien zustande kommt.

Die wenigsten Journalisten sind auf dieses

neue politische Spiel vorbereitet. Putin und Trump haben besagten politischen Trick bereits mehrfach angewendet. Am 7. Juli 2017 beugte sich Putin während des Fototermins vor dem gemeinsamen Vier-Augen-Gespräch im Rahmen des Hamburger G20-Gipfels zu Trump hinüber, deutete auf die Journalisten im Raum und fragte: „Sind das die, von denen Sie ständig beleidigt werden?“ Trump antwortete wie aus der Pistole geschossen: „Ja, genau, das sind sie.“ Plötzlich sah es so aus, als würden der Rüpel und der schon etwas länger am Ruder sitzende Rüpel den schwächeren Kindern auf dem Spielplatz im nächsten Moment eine Abreibung verpassen. Die anwesenden Journalisten zeigten sich über den unerwarteten, da beispiellosen Rollentausch schockiert. Nicht nur waren in diesem Moment sie die Nachricht, sondern sie sahen sich obendrein als Gegner auf der politischen Bühne dargestellt. Putins und Trumps Anhänger, für die dieser Augenblick ein Highlight gewesen sein muss, freuten sich wahrscheinlich schon auf einen guten Ringkampf – ob nun im amerikanischen oder im russischen Stil.

Für die Ausführungen des thailändischen Premierministers Prayuth Chan-o-cha anlässlich einer Pressekonferenz am 9. Januar 2018 hätten sich die internationalen Medien wohl kaum interessiert, hätte er damals nicht eine lebensgroße, ihn selbst darstellende Pappfigur vor ein Mikrofon postiert und die anwesenden Journalisten aufgefordert, doch am besten „den da“ zu fragen.

Dann verschwand er lässigen Schrittes – ganz der vergnügte Populistenchef, der schon vor dem Mittagessen Enormes geleistet hat. Die zurückgelassenen Journalisten grinsten so betreten, als hätte ein Kind etwas Haarsträubendes angestellt, das die anwesenden Erwachsenen nur verlegen weglächeln können. Das Gleiche ist in der Aufnahme einer Pressekonferenz zu sehen, bei der Trump ei-

nen BBC-Reporter mit den Worten „Ach, noch so ein Schätzchen!“ unterbricht, woraufhin die anderen Journalisten und Journalistinnen pikiert dreinschauen und wie eingeschüchterte Erwachsene auf dem Schulhof grinsen.

Bei Erdoğan bekommt dieses Verhalten einen nahöstlichen Machotouch, wenn er hin und wieder Mitarbeiter seiner eigenen Medien während einer Liveübertragung abkanzelt und scherzhaft wie kleine Rabauken behandelt, aber eben wie seine kleinen Rabauken, woraufhin sie dann immer brav lachen. Nach Ansicht vieler Kritiker und Analysten zielen populistische Anführer mit dieser Rüpelhaftigkeit auf die Rolle der Medien als integralem Bestandteil der Demokratie. Der Blick auf diverse Beispiele weltweit zeigt jedoch, dass offenbar nur mit solchen gezielten Affronts eine direkte Kommunikation zwischen dem Anführer und seinen Anhängern herzustellen ist und es sich dabei im Übrigen keineswegs um eine Absage an die Medien handelt, sondern um Maßnahmen zu ihrer Vereinnahmung und Nutzung.

Journalisten dienen hier als Prügelknabe, der immer dann verdroschen werden muss, wenn es den Grundsatz „Das hier sind meine

„Der Blick auf diverse Beispiele weltweit zeigt jedoch, dass offenbar nur mit solchen gezielten Affronts eine direkte Kommunikation zwischen dem Anführer und seinen Anhängern herzustellen ist und es sich dabei im Übrigen keineswegs um eine Absage an die Medien handelt, sondern um Maßnahmen zu ihrer Vereinnahmung und Nutzung.“

Leute, und mir ist scheißegal, was das Establishment über uns schreibt“ zu verdeutlichen gilt. Der Anführer muss gar nicht erklären, warum der Loser Sokrates in seinen Augen furchtbar ist; es genügt, den repressiven Aristoteles abzuqualifizieren.

Je stärker sich die Bedeutung progressiven Denkens nach und nach darauf reduziert, in den sozialen Medien oder im Fernsehen gegen den Gegner zu punkten, umso problematischer wird für Populismuskritiker die Frage der Seriosität. Während die populistische Bewegung an Macht gewinnt, steigt die Zahl der Intellektuellen, die sich zu den Populistenchefs gesellen – nicht weil es inzwischen weniger peinlich wäre, sie zu unterstützen, sondern weil es normal geworden ist. Deshalb erhielt Trump für seine im Januar 2018 gehaltene Rede zur Lage der Nation Standing Ovations im Kongress, was nur ein Jahr zuvor nach seinem Einzug ins Weiße Haus für viele Abgeordnete und Senatoren unvorstellbar gewesen war. Die Macht der auf Quantität beruhenden Normalität führt zum weiteren Rückzug von der Vernunft und erweitert die Grenzen der Vulgarität, bis sie schließlich die gesamte Öffentlichkeit umfassen. Wie fürchterlich die Meinungs- und Redefreiheit darunter leidet, wird einem erst voll und ganz bewusst, wenn man beispielsweise eine wichtige Petition gegen den Populistenanführer startet, kaum prominente Leute findet, die nicht durch den Käfigkampf beschädigt oder von dem ganzen Chaos halb wahnsinnig geworden sind, und am Ende keinen einzigen Namen aufgetrieben hat. Das kritische Wort verwaist in der Öffentlichkeit, und die vielen Andersdenkenden treiben ohne ihre Meinungsführer hilflos dahin wie ein Schiff ohne Leuchtturm. Mit wachsender Verzweiflung wird ihnen klar, dass die Zentrifuge des herrschenden Narrativs diejenigen in sich hineingesogen hat, die sie für klüger gehalten hatten.

Gleichzeitig wird der populistische Diskurs in den Medien so sehr verstärkt und so oft wiederholt, dass sogar Andersdenkende den Überblick über die an der Vernunft verübten Serienverbrechen verlieren, und irgendwann ist man selbst viel zu erschöpft, um noch „So war es nicht, und das wissen Sie auch“ sagen zu können.

Weil kein Gesetz verhindert, dass die politische Sprache der Populisten in die Öffentlichkeit eindringt und sie zerstört, bleibt den kritischen Stimmen zuletzt nur eines, wenn die Wut sie fast erstickt, wenn die unaufhörlichen Attacken der Parteiapparatschiks sie ausgelaugt und die Wendigkeit des sich ständig verändernden populistischen Diskurses sie halb wahnsinnig gemacht haben: Sie können dann nur noch um grundlegendste ethische Verhaltensweisen betteln und auf der Straße oder in den sozialen Medien „Zeigt doch wenigstens ein bisschen Anstand!“ rufen.

Es gab einmal eine Zeit, in der das tatsächlich funktioniert hat. „Haben Sie denn keinen Funken Anstand mehr im Leib?“, fragte am 9. Januar 1954 der amerikanische Anwalt Joseph Welch, Chefverteidiger der US Army, gegen die damals vor einem Senatsausschuss wegen kommunistischer Aktivitäten in ihren Reihen ermittelt wurde. In einer der vom Fernsehen übertragenen Sitzungen griff Senator Joseph McCarthy einen jungen Kollegen aus Welchs Bostoner Kanzlei an, und Welch konterte vor den Augen des verblühten TV-Publikums mit dem denkwürdigen Satz, der letztlich das Ende von McCarthys Karriere bedeutete: „Senator, mir wird erst jetzt klar, wie skrupellos und grausam Sie sind.“ Als McCarthy mit seinen Angriffen fortfuhr, fiel ihm Welch wütend ins Wort. „Hören Sie endlich auf, den jungen Kerl fertigzumachen, Senator! Es reicht.“ Nach vierjähriger Kommunistenhatz brachte Welchs Frage McCarthys

Beliebtheit über Nacht zum Verschwinden.

Seit Joseph Welch den Lauf der amerikanischen Geschichte mit einer simplen Frage beeinflusste, hat sich die Welt verändert. Die Adern der Vernünftigen sind seit Jahrzehnten zorngeschwellt angesichts der vielen vergeblichen Aufforderungen, Scham zu zeigen, während der Populist nur noch breiter grinst und stolz seinen Sieg feiert. Wir haben verloren, was Camus als „das ewige Vertrauen des Menschen“ beschrieb, „das ihn immer glauben ließ, man könne bei einem andern Menschen menschliche Reaktionen hervorrufen, wenn man mit ihm in der Sprache der Menschlichkeit rede“. Kein Wunder, dass mehr und mehr Menschen der Müdigkeit des Kindes nachgeben, das endlich ans Ende des Märchens kommen und schlafen will.

Ece Temelkuran, geboren 1973 in Izmir, ist Juristin, Schriftstellerin und Journalistin. Aufgrund ihrer oppositionellen Haltung und Kritik an der Regierungspartei verlor sie ihre Stelle bei einer der großen türkischen Tageszeitungen. Ihr Roman „Was nützt mir die Revolution, wenn ich nicht tanzen kann“ (2014) wurde in 22 Sprachen übersetzt. 2015 erschien das Sachbuch „Euphorie und Wehmut. Die Türkei auf der Suche nach sich selbst“ und 2017 der Roman „Stumme Schwäne“. Dieser Text geht auf ihr Buch „Wenn dein Land nicht mehr dein Land ist oder Sieben Schritte in die Diktatur“ zurück, das auf Deutsch 2019 bei Hoffmann & Campe erschienen ist.

Zentrum und Peripherie Mit der Drei-Meere-Initiative verfolgt Polen ein Konzept, das sich einem Europa der zwei Geschwindigkeiten widersetzt, so der Warschauer Politologe Adam Balcer. Das Land sei nicht an einem Modell interessiert, bei dem die EU in zwei Zonen aufgeteilt wird: ein wohlhabendes, aber von der Integration gelangweiltes Zentrum, und eine arme, auf die Rolle passiver Zuschauer reduzierte Peripherie. Weniger politisch korrekt ausgedrückt: in Metropole und Kolonien. *Von Adam Balcer*



Die Idee einer Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die zwischen der Adria, der Ostsee und dem Schwarzen Meer liegen, gibt es nicht erst seit gestern und sie ist keine exzentrische Wunschvorstellung der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Vielmehr ist sie in der polnischen Geschichte und dem polnischen geopolitischen Denken tief verankert. Paradoxerweise steht jedoch die PiS selbst dieser Idee im Wege – obwohl sie für diese am stärksten wirbt – da die Partei ein ernstes Problem mit der Europäischen Union hat, in deren strukturellen Rahmen die Idee eingebunden werden müsste, falls sie erfolgreich umgesetzt werden soll.

Anfang Juli 2017 fand in Warschau der zweite Drei-Meere-Gipfel statt, auf dem Vertreter aus zwölf Ländern der Region zu-

sammenkamen (aus Österreich, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Estland, Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn). Die Bedeutung des Gipfels 2017 wurde von der Tatsache aufgewertet, dass der US-Präsident Donald Trump daran teilnahm. Dass Außenminister Heiko Maas zum Trimarium-Gipfel im September 2018 nach Bukarest fuhr, belegt die deutsche Bereitschaft, mit der Region zusammenzuarbeiten. Im Februar 2020 kündigte US-Außenminister Mike Pompeo auf der Münchener Sicherheitskonferenz eine Zahlung von einer Milliarde US-Dollar an die Drei-Meere-Initiative an. Auf diese Weise wurde die Trimarium-Initiative, deren Kerngedanke eine Zusammenarbeit der zwischen Adria, Ostsee und Schwarzem Meer gelegenen Länder ist, zum wichtigsten Fundament (neben der Beziehungen zu den USA) der Außenpolitik der PiS-Regierung.

Die Opposition wirft der PiS wiederum vor, die Trimarium-Idee sei ein absolutes Hirngespinnst, realitätsfern und schade den polnischen Interessen. Die Wahrheit sieht, wie immer, etwas komplizierter aus. Polen unter der PiS-Regierung hat seine Aktivität im Rahmen des Trimariums entschieden verstärkt, aber die Region selbst stellt für Warschau keine Tabula rasa dar. Viele Initiativen sind bereits unter der Vorgänger-Regierung oder noch davor entstanden. Dies geht auf die Tatsache zurück, dass die Trima-

rium-Idee in der polnischen Geschichte und im geopolitischen Denken tief verankert ist.

Die Trimarium-Region ist sehr heterogen. Die Hälfte der dazugehörigen Länder ist in der Eurozone (Österreich, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland), die übrigen haben zwar ihre eigene Währung (Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Polen, Rumänien, Ungarn), unterscheiden sich aber grundsätzlich in ihrer Haltung gegenüber der Einführung des Euros. Tschechien, Polen und Ungarn stehen einem Beitritt zur Eurozone skeptisch gegenüber – im Gegensatz zu Bulgarien, Kroatien und Rumänien. Manche Länder des Trimariums gehören nicht zum Schengen-Raum (Bulgarien, Kroatien, Rumänien). Bis auf Österreich gehören alle Trimarium-Länder zur NATO. Aber ihre Verteidigungshaushalte sind, der Stärke ihrer Wirtschaften entsprechend, extrem unterschiedlich. Auf der einen Seite sind Polen und Estland (zwei Prozent des BIP), auf der anderen Österreich, Slowenien und Ungarn (0,7 bis 0,8 Prozent des BIP).

Dieses mosaikartige Gebilde hat zur Folge, dass man es in den entscheidenden Fragen mit einem breiten Spektrum an Meinungen zu tun hat: sei es in Bezug auf die Haltung gegenüber Russland oder auf die Form der europäischen Integration.

„Taschenanwalt“ Russlands

Präsident Trump ging bei dem Gipfel in Warschau kaum auf das Thema militärische Sicherheit ein. Stattdessen konzentrierte er sich auf die Energie-Fragen, hauptsächlich auf deren ökonomischen Aspekt. Die polnische Seite unterstrich, die Schlüsselbedeutung für diese Region habe die Diversifikation von Gaslieferungen (die Einschränkung der russischen Beteiligung) durch den Kauf

von amerikanischem Flüssigerdgas und dessen Transport zu den (bereits existierenden oder geplanten) Flüssiggas-Terminals, von wo aus es an die anderen Länder in der Region geliefert werden solle. Nur knapp vor dem Trimarium-Gipfel in Warschau unterzeichnete jedoch Ungarn einen Vertrag mit dem russischen Konzern Gazprom hinsichtlich seiner Beteiligung am Projekt Turkish Stream, zu dem Bulgarien bereits gehört. Auch Österreich und die Slowakei signalisierten Interesse, sich dem Vorhaben anzuschließen.

Ziel des Projektes Turkish Stream ist es, die russischen Gaslieferungen nach Mitteleuropa zu erhöhen – an der Ukraine vorbei. Zurzeit gehört Ungarn zu den EU-Ländern mit den intensivsten Beziehungen zu Russland und kann als „Taschenanwalt“ Russlands in der EU bezeichnet werden. Eine ähnliche, konziliante Russland-Politik betreiben u. a. die Slowakei, Österreich und Bulgarien. Den Gegenpol dazu bilden Rumänien, Polen, die baltischen Staaten, die gegenüber der neoimperialen Kreml-Politik eine grundsätzlich ablehnende Haltung an den Tag legen.

Trotz der unterschiedlichen Tendenzen ist unter den Trimarium-Ländern leicht eine Mehrheit feststellbar, die sich bei den wichtigsten Fragen auf eine gemeinsame Haltung einigen kann. Ein Beispiel: Selbst die prorusischen Trimarium-Staaten sind nicht bereit, gegen die Russland-Sanktionen der Europäischen Union ein Veto einzulegen.

Die innere Heterogenität des Trimariums ist auf eine fehlende gemeinsame Staats-tradition zurückzuführen, welche die Länder in dieser Region verbinden könnte. Das gemeinsame Erbe eines Imperiums oder einer Staaten-Union ist nicht zu finden. Einer Vereinigung des gesamten Trimarium-Gebiets kam die Jagiellonen-Dynastie am Nächsten, deren Vertreter über die ent-

„Dieses mosaikartige Gebilde hat zur Folge, dass man es in den entscheidenden Fragen mit einem breiten Spektrum an Meinungen zu tun hat: sei es in Bezug auf die Haltung gegenüber Russland oder auf die Form der europäischen Integration.“

schiedene Mehrheit der Länder in der Region herrschten (um 1500 erstreckte sich deren Großreich vom deutschen Sachsen bis zum Schwarzen Meer).

Auch die in Warschau regierende Wasa-Dynastie träumte von einer großen Reconquista des osmanischen Balkans. Das Leitmotiv der Politik von Fürst Adam Czartoryski im 19. Jahrhundert, des Anführers der polnischen politischen Emigration, bildete die Idee einer Wiederherstellung – mit britischer, französischer und türkischer Unterstützung – einer Polnischen Republik in einer Föderation mit Tschechien, Rumänien, der Slowakei, Ungarn und den Südslawen. Die Konzeption des Internariums nahm Polen nach der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit 1918 wieder auf. Es war ein Versuch, ein Gegengewicht zu Moskau und Berlin zu schaffen. Während des Zweiten Weltkrieges versuchte die polnische Exilregierung, die Staaten in der Region davon zu überzeugen, ein föderales Bündnis zu gründen, zu dem Polen, die Tschechoslowakei, Litauen, Ungarn und eventuell auch Rumänien gehören würden. Dieses Bündnis sollte mit einer griechisch-jugoslawischen Föderation eng zusammenarbeiten. 1942 wurde sogar von den Regierungsvertretern der Tschechoslowakei, Polens, Griechenlands und Jugoslawiens eine Deklaration zur

Bildung eines Planungsrats für Mittel- und Osteuropa unterzeichnet. Alle diese Versuche endeten in einem Fiasko. Sie scheiterten an den unterschiedlichen Haltungen der einzelnen Länder gegenüber Deutschland und der Sowjetunion, an nicht ausreichenden ökonomischen Verbindungen, am Druck von Großmächten oder bilateralen Problemen. Und dann kam die Konferenz von Jalta.

Nach 1989 kam die Trimarium-Initiative also nicht aus dem Nichts. Müsste ich ihre Ergebnisse zusammenfassen, würde ich in allererster Linie auf die Frage der Sicherheitspolitik hinweisen. An dieser Stelle soll nur an die wichtigste Initiative der letzten Jahre auf diesem Gebiet erinnert werden. Im November 2015 fand, auf eine Initiative Polens und Rumäniens hin, ein informeller Gipfel der an der NATO-Ostflanke gelegenen Staaten in Bukarest statt, an dem die Staatspräsidenten Estlands, Litauens, Lettlands, Polens, Rumäniens, Bulgariens, der Slowakei, Ungarns und der Vorsitzende des tschechischen Parlaments teilnahmen sowie der stellvertretende NATO-Generalsekretär. Bei diesem Treffen wurde eine gemeinsame Position vor dem NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 ausgearbeitet.

Im September 2015, bei der UNO-Pleinarsitzung, kamen die Vertreter des sogenannten Adria-Ostsee-Schwarzmeer-Formats zusammen. Ein Jahr später, nach den Gesprächen zwischen Polen und Kroatien, den größten Befürwortern einer Zusammenarbeit in diesem Format, einigte man sich auf den Namen „Trimarium“. Ende August 2016 fand das erste Forum unter diesem Namen in Dubrovnik statt. Und in den letzten Jahren konnte man beobachten, dass die Zusammenarbeit auf der Nord-Süd-Achse sich auf verschiedenen Ebenen entwickelte. Die Staaten des Trimariums im engeren Sinne

(die nach 2004 der EU beigetreten sind) verbinden zum Beispiel gemeinsame Interessen im Rahmen der EU (wie der EU-Haushalt, die EU-Infrastruktur- und Energie-Projekte, das EU-Klimapaket), sodass sie als Visegrád-Gruppe innerhalb der EU zusammen agieren können. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Gruppe der V4 Plus-Mechanismus eingeführt, der an die Nachbarn im Süden und Norden gerichtet ist.

Die Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Nord-Süd-Achse findet ihre Begründung auch in der wirtschaftlichen Dynamik der entlang der Achse gelegenen Länder. Ihre Mehrheit gehört zu den sich am schnellsten entwickelnden Wirtschaften innerhalb der EU. Das wichtigste Verkehrsinfrastruktur-Projekt im Rahmen des Trimariums ist für die polnische Regierung die Via Carpathia: die Schaffung eines Transportkorridors durch einen Ausbau von Verkehrswegen (Schnellstraßen und Autobahnen), der es ermöglicht, das litauische Klaipėda mit den Häfen am Mittelmeer (Saloniki in Griechenland), am Schwarzen Meer (Constanța in Rumänien) und dem an der bulgarisch-türkischen Grenze liegenden Svilengrad zu verbinden. Die Route soll über Litauen, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland führen. Vorgesehen ist ebenfalls der Bau von Abzweigungen in die Ukraine, in die Türkei und nach Weißrussland sowie in Richtung der Häfen in Gdingen und Danzig. Ein wichtiger Test für das Trimarium-Konzept wird auch die Fähigkeit der mitteleuropäischen Länder zur Mitfinanzierung eines Großprojekts sein: des Baus eines Kanals, der die Donau, die Oder und die Elbe miteinander verbinden soll. Es wäre ein sehr wichtiger Verkehrsweg zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Nordsee. Nach langjährigen Gesprächen soll dieses Jahr eine Machbar-

keitsstudie durchgeführt werden. Die Höhe der Investition würde mehr als zehn Milliarden Euro betragen. Es wird nicht ohne eine Finanzierung von außen gehen (durch die EU und ausländische Banken), die Voraussetzung dafür ist aber, dass die Mitglieder der Visegrád-Gruppe selbst tief in ihre Taschen greifen und entsprechende Geldbeträge auslegen. Wichtig ist auch eine gemeinsame Lobbyarbeit für die Investition, darunter eine Erweiterung der Koalition durch die Zusammenarbeit mit Deutschland, Österreich oder Rumänien.

Die Trimarium-Konzeption hängt mit der innenpolitischen Situation in Polen zusammen. Die PiS-Regierung nimmt sich das von Viktor Orbán regierte Ungarn regelrecht zum Vorbild, um eine illiberale Demokratie aufzubauen, eine Art national-populistische Demokratie, ein Hybridsystem mit autoritären Elementen, das sich auf den vermeintlichen Willen einer ethnisch definierten Nation stützt. Einer Einschätzung von Freedom House zufolge, einer renommierten Organisation, die politische Systeme weltweit beurteilt, befindet sich Ungarn an der Grenze zum Abstieg in die Kategorie der nur eingeschränkt freien Staaten – in der Geschichte der EU wäre das ein erster Fall dieser Art. Laut Freedom House schlägt Polen unter der PiS-Regierung ganz eindeutig den gleichen Weg ein. Der Widerstand der EU-Institutionen (unterstützt von der entschiedenen Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten) gegenüber dieser Art von Politik führte dazu, dass die PiS begann, die Idee des Trimariums als ein potenzielles Werkzeug zu betrachten, um dem Druck seitens der EU, und insbesondere Deutschlands, entgegenzuwirken, den Status einer regionalen Macht zu erlangen und die Position Polens zu stärken, die nun in Brüssel schwächer wurde aufgrund der Spannungen zwi-

schen Warschau und den größten EU-Mitgliedsstaaten. Die PiS-Politiker schwören natürlich, die Trimarium-Idee habe keine geopolitischen Konnotationen und sei gegen niemanden gerichtet. Angeblich per definitionem solle sie in das Projekt der Europäischen Union eingebunden werden. Aber mit der PiS kam eine enorme Ideologisierung der Außenpolitik (Polen sei eine Insel der Freiheit, umgeben von der Diktatur der politischen Korrektheit). Deshalb sollte es auch nicht verwundern, dass Jarosław Kaczyński während einer Debatte mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán bei dem jüngsten Wirtschaftsforum in Krynica die regionale Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa der deutschen Vorherrschaft in der EU entgegengesetzte. Die beiden Politiker forderten die Region zu einer zivilisatorischen Reconquista der EU auf, „zur kulturellen Gegenrevolution“. In etwas abgeschwächter Form stellte auch Präsident Andrzej Duda bei dem ersten Gipfel der Trimarium-Staaten in Dubrovnik seine Überzeugung dar, die Trimarium-Region müsse ihren eigenen Weg finden: „Es ist nötig, das Beziehungssystem zwischen dem ‚Zentrum‘ und der von ihm definierten ‚Peripherie‘ zu nuancieren, das auf einem einseitigen Transfer von politischen, ökonomischen und kulturellen Lösungen basiert. Dieses System ignoriert häu-

„Während des Zweiten Weltkrieges versuchte die polnische Exilregierung, die Staaten in der Region davon zu überzeugen, ein föderales Bündnis zu gründen, zu dem Polen, die Tschechoslowakei, Litauen, Ungarn und eventuell auch Rumänien gehören würden.“

fig die nationale Sensibilität und den lokalen Kontext, der auf eine andere Geschichte und Tradition zurückgeht.“ Sławomir Dębski, Chef des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, das dem Polnischen Außenministerium unterliegt, sagte, das Trimarium sei ein Konzept, das sich einem Europa der zwei Geschwindigkeiten widersetze. Und weiter: „Ein Europa, das sich auf eine Logik von Spaltungen, auf die Diktatur der Stärkeren, auf ein Modell Zentrum-Peripherie stützt, zu dem die Idee einer ‚Union der zwei Geschwindigkeiten‘ führt, hat keine Zukunft. Dieses Europa wird keine Anziehungskraft für die eigenen Gesellschaften und auch nicht für seine Nachbarn haben. Eine auf solchem Modell basierende Integration wird zusammenbrechen. Alle Länder, die im Rahmen der Trimarium-Initiative zusammenarbeiten, sind mit Sicherheit nicht an einem Modell interessiert, bei dem die EU in zwei Zonen aufgeteilt wird: ein wohlhabendes, aber von der Integration gelangweiltes Zentrum, und eine arme, auf die Rolle passiver Zuschauer reduzierte Peripherie, und weniger politisch korrekt ausgedrückt, in eine Metropole und Kolonien. Um das zu vermeiden, wollen die Trimarium-Staaten eng zusammenarbeiten.“

Im Endeffekt ermöglichte die Trimarium-Initiative der polnischen Regierung, den Vorwurf der Selbstisolation zu schwächen und sich als ein Partner zu präsentieren, der es schafft, eine breite Koalition auf der internationalen politischen Bühne zustande zu kriegen. Nun, die Teilnahme des US-Präsidenten am Trimarium-Gipfel sollte das große Potenzial einer ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Region und den Vereinigten Staaten belegen. Es reicht jedoch, sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und den USA genauer anzusehen, um feststellen, dass diese sehr begrenzt

sind. Ähnliches trifft auf die übrigen Trimarium-Staaten zu. Eine grundsätzliche Veränderung dieser Situation ist kaum vorstellbar, zumal die Region mit der Wirtschaft der Eurozone und insbesondere jener Deutschlands, stark verbunden ist. Der polnische Export in die USA gleicht fast dem nach Ungarn (ca. 2,5 Prozent des gesamten Exports) und ist zehnmal kleiner als der Export nach Deutschland. Auch die direkten Investitionen der USA in Polen sind sechsmal niedriger als die der Deutschen. Es sei auch daran erinnert, dass die EU die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur zwischen den Trimarium-Ländern im Rahmen der europäischen Verkehrskorridore (TEN-T) unterstützen will; nun geht es dabei nicht um das einfache Prinzip Norden-Süden von der Ostsee bis zur Adria und dem Schwarzen Meer. Unter den fünf Hauptkorridoren (TEN-T) ist nur der Verkehrskorridor Ostsee-Adria, der die an den beiden Meeren gelegenen Häfen miteinander verbindet, der einzige, der auf der Nord-Süd-Achse fast ausschließlich über die Trimarium-Länder verläuft.

Darüber hinaus wäre es eine gefährliche Illusion, auch nur irgendeine Trimarium-Vision als eine Alternative oder in Opposition zur EU oder Deutschland zu denken. Im Rahmen des Trimariums ist es wichtig, auf dem Boden zu bleiben, große geopolitische oder zivilisatorische Visionen zu meiden und sich auf konkrete Projekte zu konzentrieren. Die große Heterogenität der Region erfordert diplomatische Virtuosität und die Fähigkeit, große Koalitionen zu bilden, sowie das Vermögen, die Trimarium-Zusammenarbeit in den größeren europäischen, eurasiatischen oder gar globalen Kontext zu setzen. Erfüllt Polen diese Voraussetzungen? Das sieht eher schlecht aus. Das immer weniger demokratische Land kann auf die Unterstützung der Trimari-

um-Staaten nicht zählen. An dieser Stelle soll nur an zwei Abstimmungen im Europäischen Parlament erinnert werden, in denen die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten der wichtigsten Regierungsparteien der Trimarium-Länder (außer der Partei Viktor Orbáns) für Beschlüsse stimmte, die die Innenpolitik der PiS-Partei verurteilten. Polen, das den Abbau der europäischen Integration entschieden fordert, dessen Beziehungen zu Deutschland schlechter werden und die zu Frankreich bereits schlecht sind, das anti-liberale Änderungen im Land durchführt, die auf Kritik seitens der EU stoßen – dieses Polen wird ein ernsthaftes Problem damit haben, seine schicksalhafte Bestimmung, zwischen der Adria, der Ostsee und dem Schwarzen Meer zu verwirklichen.

*Aus dem Polnischen von
Monika Satizabal Niemeyer*

Adam Balcer Politologe, Programmleiter in der Warschauer Denkfabrik WiseEuropa, lehrt am Institut für Osteuropastudien der Universität Warschau. Dieser Text entstand in Kooperation mit der Website „Dialog Forum“, einem Onlineportal, das sich publizistisch mit Fragen zur politischen und kulturellen Dimension Europas auseinandersetzt.

Heimweh nach Zukunft Niemand hat gezählt, wie viele Menschen aus den osteuropäischen Diktaturen geflohen sind, Tag für Tag. Als dann auch noch die sowjetischen Panzer 1956 nach Budapest kamen und 1968 nach Prag, flohen weit mehr als 200.000 Ungarn und 400.000 Tschechen in den Westen. Deshalb ärgert es die Schriftstellerin Herta Müller, dass die osteuropäischen Länder heute so tun, als gehöre Flucht nicht zu ihrer Geschichte.

Von Herta Müller



Jahrzehntlang gab es in Osteuropa außer den gemeinsamen repressiven Regimen einen sichtbaren, gemeinsamen Überdruß an der Repression und Bevormundung durch Diktatur. Und es gab einen gemeinsamen versteckten Wunsch – das war der Wunsch zu fliehen. Ich kenne Menschen, die haben ihr Leben jahrelang auf eine Fluchtmöglichkeit projiziert. Die haben täglich an Flucht gedacht und ihr Leben darauf ausgerichtet. Zum Beispiel jahrelang an der Universität Orientalistik studiert, um später irgendwann vielleicht einmal eine Dienstreise nach Japan zu beantragen – und dann, wenn dieses Glück vielleicht eintritt, beim ersten Umsteigen am ersten Flughafen im Westen die Reise abubrechen und Asyl zu beantragen.

Andere wurden Technische Zeichner, weil Geländevermessung zu diesem Beruf gehörte. Es sprach sich herum, dass manchmal in der

Nähe der Grenze Gelände vermessen wird. So wählte manch einer die eventuelle Fluchtgelegenheit zum Beruf – und der Beruf blieb an ihm hängen und passte nie zu ihm und er fühlte sich ein halbes Leben lang genarrt von seiner eigenen Illusion, weil die Aussicht auf eine Flucht nie kam. Man kann sagen, tausende Leute verbrachten ihr halbes Leben im Konjunktiv der Flucht. In diesem ganzen Rundumelend war der versteckte Fluchtgedanke ein Gemisch aus Verzweiflung und Hoffnung.

Aus dieser Zeit weiß ich, es gibt kollektive und einzelne Fluchtgründe, also allgemeine und persönliche. Und diese sind gleichstark. Aber die allgemeinen Ursachen brauchen gar keine Verstärkung durch die persönlichen, um die Flucht wahrzumachen, wenn es endlich einmal möglich wird. Die allgemeine, immer vorhandene Ursache reicht, die kollektive Aussichtslosigkeit und Verbitterung. Sie ist allen in den Kopf gewachsen. Und sie ist eine Obsession, eine Sowieso-Ursache, denn sie besagt: An jedem anderen Ort ist es sowieso besser als hier.

Dieses Fazit war über die Jahrzehnte in Osteuropa selbstverständlich geworden. Es war allgegenwärtig. Mit diesem Fazit machen sich auch heute wieder Menschen auf die Flucht. In diesem Fazit sitzt die totale Resignation. Deshalb ist es so abstrus, wenn die Flüchtenden, die heute zu uns ins Land kommen, als Invasion oder Lawine bezeichnet werden. Flucht hat nichts mit Aggression zu tun. Flucht ist in jeder Einzelheit, aus der sie besteht, defensiv.

Es war mir immer ein Rätsel, wann der allgemein vorhandene, stille, brave Fluchtgedanke zum wild riskanten und hochgradig politischen Fluchtversuch wird. Denn es gab einen springenden Punkt, an dem die ganz gewöhnlichen, duldsamen, unauffälligen, resignierten, politisch passiven Menschen ihre ganze Existenz aufs Spiel setzten und um jeden Preis flohen. Denn die rumänischen Grenzen waren zu, sie waren Todesgebiete. An der Grenze zu Ungarn schießende Soldaten, dressierte Hunde, die Flüchtende zerrissen. Und an der Grenze zu Jugoslawien waren in der Donau Schiffe, die schwimmende Flüchtlinge jagten und mit den Schiffschrauben in Stücke rissen. Die Überlebenschancen waren nicht einmal halbe-halbe, das Ende jeder Flucht war todesoffen.

Und dennoch flohen im Laufe der Jahre hunderttausende im Geheimen, oft mutterseelenallein. Die Kugeln, die Hunde, die Schiffschrauben schreckten niemanden ab.

Ich arbeitete in einer Maschinenbau-Fabrik und immer wieder kam ein sonst pünktlicher, zuverlässiger Arbeiter eines Morgens nicht mehr zur Arbeit – und er kam dann nie wieder. Nach ein paar Tagen hörte man, er sei geflohen. Ziemlich selten hörte man ein paar Monate später hinter vorgehaltener Hand, er habe sich aus München, Paris oder Toronto gemeldet. Sehr oft war und blieb er jedoch für immer vom Erdboden verschwunden. Er war nirgends angekommen. Obwohl keiner von uns ihm die Fluchtabsicht angesehen hatte, wunderte sich niemand, wenn sein Arbeitskollege eines Tages auf die Flucht ging.

Und niemand erschrak, wenn er umkam. Ein kleines geflüstertes Mitleid reichte den Kollegen. In diesem Mitleid hing sogar ein Tropfen Neid, obwohl der Geflohene tot war. Bitterer Neid, der einem selbst weh tat. Es war keineswegs Schadenfreude, sondern so eine Art von Bewunderung. So wie eine Trauermedaille für das Wagnis der Flucht. Danach

wurde er nie mehr erwähnt. Es wäre frivol gewesen, sich im Gespräch an seinen Tod zu erinnern. Es wäre halber Selbstverrat gewesen, weil man selber auch Fluchtgedanken hatte. Man musste die Ruhe im Kopf bewahren, die Flucht im Konjunktiv, die Hoffnung auf die bessere, eigene Gelegenheit. Und das ging am besten durchs Schweigen. Was machten Leute vor der Flucht? Manche gingen zur Wahrsagerin. Sie wollten ihre Chancen ausloten durchs Kartlegen oder Lesen im Kaffeesatz. Sie wollten den Zufall voraussehen, vielleicht sogar das Schicksal gnädig stimmen.

Ich hatte eine Freundin, sie war Schneiderin und Wahrsagerin. Ich ließ mir von ihr Kleider nähen. Aber ein Mal war ich zufällig bei der Anprobe, als ein Kunde zum Wahrsagen kam. Sie vertraute mir, wir kannten uns ewig lange. Sie versteckte mich im Zimmer und bat ihn an den Küchentisch. Die Zimmertür war nur angelehnt – ich durfte mithören. Ja, es ging um Flucht. Wahrsagerei muss ja glaubhaft sein, die Hauptsache war der Text der Wahrsagerin, der Kaffeesatz allein tat es nicht. Und der Text war Poesie. Er lautete ungefähr so: „Hier seh ich zwei Füße, das bist du. Und da wo du bist, ist etwas Grünes. Es fängt nicht hier an und hört auch nicht hier auf. Es ist groß. Schau, jetzt seh ich ganz klein deinen Rücken, es wächst dir in den Rücken hinein. Geh nicht dorthin. Geh nicht ins Maisfeld, ins Tabak- oder Rübenfeld. Geh auch nicht übers Gras, lauf nicht ins Grüne. Hier seh ich einen langen Hals, es ist ein Schwan und du kommst an einen glitzernden Fluss.“

Erfunden, aber nicht gelogen

Die Schneiderin hielt inne, seufzte und fragte: „Kannst du schwimmen? Das ist die Donau.“ Seine Stimme war zu leise, ich verstand seine Antwort nicht. Ich dachte beim

Zuhören, wie schön diese surrealen Bilder sind. Sprachschönheit bleibt an jedem hängen – umso mehr hängen, umso weniger die Person mit Sprache zu tun hat. Ohne jede Gewöhnung an Sprachschönheit ist ihre Wirkung am größten. Aber wie kann Lügen so schön sein? fragte ich mich. Doch das war zu einfach, denn die Schneiderin malte die Bilder mit den Augen in den Kaffeesatz, entzifferte sie und glaubte selbst an das, was sie da erzählte.

Es war erfunden, aber nicht gelogen. Und diese Sprachschönheit wurde zu einer Dimension, die den Fluchttort bestimmte. Die Andeutungen wurden im Kopf zu konkreten Anweisungen, Landkarten der Flucht, Plänen mit Methoden, Uhrzeiten und geographischen Daten. Sprachschönheit wurde in die Tat umgesetzt. Selbstverständlich habe ich die Schneiderin ein paar Wochen später gefragt, ob sie etwas weiß über den Mann, ob ihm die Flucht gelungen ist. Sie sagte er hatte Glück, er sei jetzt in Kanada.

Heinrich Böll spricht in seinen Frankfurter Vorlesungen einmal ganz kurz von „der Suche nach einer bewohnbaren Sprache“. Nach dem Krieg, in einem Land, wo nicht nur die Häuser zerbombt waren, steckt für Böll in diesem Ausdruck wahrscheinlich etwas ganz Konkretes. Aber er erklärt uns mit keinem zusätzlichen Wort, was es ist. Es bleibt in der Schwebelage und das Kryptische macht diesen Ausdruck so metaphorisch und stark. So überzeugend und

„Es ist es so abstrus, wenn die Flüchtenden, die heute zu uns ins Land kommen, als Invasion oder Lawine bezeichnet werden. Flucht hat nichts mit Aggression zu tun. Flucht ist in jeder Einzelheit, aus der sie besteht, defensiv.“

paradigmatisch. Man kann ihn gebrauchen, wie man möchte. Die Sprachschönheit in die Tat umzusetzen kann, „bewohnbare Sprache“ sein, gerade beim Fliehen. Man vertraut sich der Sprache an, um von Zuhause weg, irgendwohin ins Fremde zu kommen, wo es sowieso nur besser sein kann als daheim. Und mit Böll ist man dann schnell bei Jorge Semprun, der sagt, nicht die Sprache als solche ist Heimat, sondern das, was gesprochen wird. Also der Inhalt des Gesprochenen kann „bewohnbare Sprache“ sein.

Ich bringe „bewohnbare Sprache“ mit Flucht in Verbindung, weil Böll die jungen Studenten auch fragt, ob sie das Land, das sie von der Kriegsgeneration geschunden übernehmen, jemals zu einem „Staat machen können, nach dem man Heimweh haben wird“. Für Böll war das eine Utopie. Denn er zweifelte daran. Weil „zwischen 1933 und 1939, all das, was man bis dahin noch in irgendeiner Form Deutschland nennen konnte, starb, oder ins Ausland gezwungen wurde.“

Noch immer gibt es keinen Ort in der deutschen Erinnerungslandschaft, der diese erste Vertreibung von hunderttausenden Menschen aus Nazi-Deutschland hinaus zum Thema macht. Der das große Unglück von Flucht und Exil zeigt. Die endlosen Wege bis nach Mexiko, Shanghai, Neuseeland oder Argentinien. Die Verzweiflung an den Grenzen, die guten und bösen Zufälle, die Trostlosigkeit der für alle Zeit kaputten Nerven. Die Emigranten wussten nie, ob sie sich ihr Heimweh leisten können, sowohl aus politischen als auch aus psychologischen Gründen. Zurückgerufen hat sie niemand. Dabei hätte Nachkriegsdeutschland ihre Erfahrung und persönliche Integrität dringend nötig gehabt.

Aber vielleicht ist das heutige Deutschland trotzdem eine Heimweh-Heimat geworden. Nicht nur für uns, die wir hier leben. Auch für Menschen, die aus Diktatur und Krieg fliehen

müssen. Die haben Heimweh nach Frieden und Sicherheit. Und weil Deutschland ihnen das bieten kann, haben sie Heimweh nach Deutschland. Zu Tausenden haben sie dasselbe Heimweh, das Osteuropäer in meinem Alter sogar ohne Krieg noch gut kennen – Heimweh nach Zukunft. Wenn ich mit dem Zug von Temeswar nach Bukarest fuhr, liefen die Schienen eine Weile ganz nah an der Donau entlang. Man sah hinüber nach Jugoslawien. Und wenn dieser Wegabschnitt anfang, standen in jedem Abteil alle allmählich auf. Ohne Grund, ohne ein Wort standen alle, absolut alle auf, gingen auf den Gang und schauten über die Grenze hinüber nach Jugoslawien. Junge und Alte, und zwischen ihnen standen sogar Polizisten und Soldaten in Uniform. Es war eine Stille wie eine Hypnose.

Wie eine Offenbarung wusste jeder vom anderen, woran er jetzt denkt. Schweigen und Schauen, Augen wie schräge Spiegel. Die Möwe oder Schwalbe in der Luft, sie flog einem durch den Hals. Und wenn sich der Zug von der Donau entfernte, gingen alle wieder ohne ein Wort in ihr Abteil zurück. Alle setzten sich wieder hin, redeten wieder über irgendein Thema von vorher – so als hätte es die Unterbrechung durchs Glitzern der Donau nicht gegeben.

Ich war von dieser Hypnose auf dem Gang immer ein bisschen benommen, hatte ein mulmiges Gefühl, wenn ich mir vorstellte, wie das wäre, wenn alle aus dem Zug unerwartet fliehen könnten. Die Massenflucht gab es all die Jahre, aber im Geheimen, unabhängig voneinander in einzelnen versteckten Aktionen. Und so war das nicht nur in Rumänien. Niemand hat gezählt, wie viele Menschen aus den osteuropäischen Diktaturen geflohen sind,

Tag für Tag. Als dann auch noch die sowjetischen Panzer 1956 nach Budapest kamen und 1968 nach Prag, flohen weit mehr als 200.000 Ungarn und 400.000 Tschechen in den Westen. Deshalb ärgert es mich maßlos, dass die osteuropäischen Länder heute so tun, als gehörte Flucht nicht zu ihrer Geschichte.

Gerade die „Spaziergänger“, die sich in Dresden nicht genieren, nach Putin zu rufen, müssten das wissen. Mit dem Mauerbau hat die DDR der Flucht doch ein zynisches Denkmal gesetzt. Ich glaube, wenn der Sog der totalen Verzweiflung ein Land erfasst, entsteht die Massenpsychose der Flucht. In Syrien und Eritrea ist es so. Und der Sog hört nur auf, wenn die Verzweiflung abnimmt, das Morden des Diktators, des Kriegs und die Apokalypse des islamistischen Terrors. Krieg ist ein politischer Feind und Kriegsflüchtlinge sind politisch verfolgt und jeder Einzelne braucht Schutz. Dieser Schutz kann nicht begrenzt werden, nur weil ihn so viele brauchen.

Vor der Flucht sind die Erwartungen an die Zukunft nicht konkret. Und sie bleiben auch nach der Flucht variabel. Sowieso wird die Ankunft als Rettung empfunden. Rettung

„Man sah hinüber nach Jugoslawien. Und wenn dieser Wegabschnitt anfang, standen in jedem Abteil alle allmählich auf. Ohne Grund, ohne ein Wort standen alle, absolut alle auf, gingen auf den Gang und schauten über die Grenze hinüber nach Jugoslawien. Junge und Alte, und zwischen ihnen standen sogar Polizisten und Soldaten in Uniform. Es war eine Stille wie eine Hypnose.“

ist ein müdes Wort. Aber alles daran ist besser als das Leben zu Hause mit den Fassbomben in den Straßen. Bisher gab es das Heimweh nach Zukunft, doch nach der Ankunft sitzt einem die Zukunft auf der Haut. Zukunft klingt wie Zuflucht, aber das täuscht. Denn Zukunft ist abstrakt und Zuflucht konkret. Zuflucht ist unter den Fußsohlen ein wirklicher Ort. Aber Zukunft eine unwirkliche Zeit, die sich selbst nicht kennt. Die Gegenwart hört ja nie auf, die Vergangenheit schleppt man mit sich. Wer weiß, vielleicht fängt die Zukunft an, wenn die erste Ruhe nach der Flucht eintritt.

Herta Müller wurde 1953 in Nitzkydorf in Rumänien geboren. 1973-76 studierte sie deutsche und rumänische Philologie in Temeswar. Nach dem Studium arbeitete sie als Übersetzerin in einer Maschinenfabrik. Sie wurde entlassen, weil sie sich weigerte, für den rumänischen Geheimdienst Securitate zu arbeiten. Ihr erstes Buch „Niederungen“ lag danach vier Jahre beim Verlag und wurde 1982 nur zensiert veröffentlicht. 1984 erschien es in der Originalfassung in Deutschland. Herta Müller konnte danach in Rumänien nicht mehr veröffentlichen und war immer wieder Verhören, Hausdurchsuchungen und Bedrohungen durch die Securitate ausgesetzt. 1987 kam Herta Müller nach Deutschland. 1989-2001 hatte sie Gastprofessuren an Universitäten in England, Amerika, Deutschland und der Schweiz, seit 1995 ist sie Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt. Zu ihren bekanntesten Werken gehören „Herztier“ 1994, „Im Haarknoten wohnt eine Dame“ 2000, „Der König verneigt sich und tötet“ 2003, „Die blassen Herren mit den Mokkatassen“ 2005, „Immer derselbe Schnee und derselbe Onkel“ 2011, „Hunger und Seide“ 2015. Herta Müller wurde 2009 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet, 2015 mit dem Heinrich-Böll-Preis.



Kapitel 2: Reset Europa - Die Krise als Chance

Braucht Europa einen Neustart?

Was es im Moment vor allem braucht, ist Orientierung. Demokratiekrise, Klima- und Strukturwandel oder gesellschaftlicher Hass: Die Menschen in Europa benötigen neue Perspektiven für die Lösung drängender Probleme. Kann Kultur dabei helfen das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen und eine europäische Öffentlichkeit herzustellen? Kann sie für mehr Einigung sorgen und Europas existenzielle Werte verteidigen - das Eintreten für Menschenrechte, Multilateralismus sowie Meinungs- und Pressefreiheit? Kann Kultur für mehr Toleranz sorgen? Nicht wenige sehen sie hier in der Pflicht: nicht als nationaler Rückzugsort, sondern als Ausdruck von Weltoffenheit und Vernetzung.

Vier Gebote zum Handeln Das Europa der Cafés, der Debatten, der Universitäten, der gedanklichen Auseinandersetzungen lehnt die Gewalt des Staates und die Gewalt auf der Straße ab. Stattdessen setzt es auf die Wahrheit und den demokratischen Wettstreit der Ideen. Es lohnt sich, für eine europäische Kulturakademie zu kämpfen, für europäische Universitäten, das Übersetzungswesen, die Verbreitung von Kunstwerken, welche die ästhetisch-kritisch-intellektuelle Diskussion in Europa jedes Mal neu befeuern.

Von Emmanuel Macron



Um darzulegen, was das europäische Aufbauwerk uns seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gebracht hat, sagen wir gewöhnlich, es habe uns 70 Jahre lang Frieden beschert. Und das ist richtig. Europa hat ein historisches Wunder erlebt. 70 Jahre Frieden zwischen den Erbfeinden von gestern.

Dieser Schatz, der keinen Preis hat, ist auf unserem Kontinent in den vergangenen Jahrhunderten nie dagewesen. Wenn ich an Polen denke zum Beispiel, an die Völker der ehemaligen Tschechoslowakei, an Portugal, Spanien, an das ehemalige Ostdeutschland, die baltischen Staaten, an Bulgarien, an all diese Brüdervölker, kann ich da sagen, man habe dort 70 Jahre lang Frieden gehabt? Kann man das wirklich ganz gelassen aussprechen? Frieden, Freiheit und Wohlstand? Kann man

sagen, die Völker des ehemaligen Jugoslawien hätten 70 Jahre Frieden erlebt? Während einige Nationen in Europa den Weg der Freundschaft und der Zusammenarbeit eingeschlagen haben, haben andere noch in jüngster Zeit das Brandmal des Totalitarismus, des Nationalismus oder gar der Völkermordes, des Bürgerkrieges und der militärischen oder politischen Unterwerfung erleben müssen.

70 Jahre Frieden, dieser Mythos setzt ein perfektes Europa voraus, und wir bräuchten dann nur dieses Erbe zu pflegen. Aber an diesen Mythos glaube ich nicht, denn Europa ist und bleibt gezeichnet durch seine Geschichte und durch die Tragik seiner Geschichte. Dem können wir nicht Verwaltungsroutine entgegensetzen, sondern wir müssen immer in Bewegung bleiben; jede neue Generation muss ihre Kräfte in die Waagschale werfen und immer wieder Hoffnung erzeugen.

Dieser Traum von der Einheit Europas ist heute mit Zweifeln behaftet. An uns ist es nun, zu entscheiden, ob wir ihn mit Leben erfüllen oder sterben lassen wollen. Ich habe schon mehrfach gesagt – auf der Akropolis, an der Sorbonne wie im Europäischen Parlament – was Frankreich vorschlägt. Ich möchte an dieser Stelle ganz einfach vier Überzeugungen vortragen, vier Gebote, wenn ich das so sagen darf, oder vier kategorische Imperative, Aufrufe zum Handeln, entsprechend der Tradition unseres Europas, zu dem wir uns bekennen.

Der erste Imperativ ist ganz einfach: Seien wir nicht schwach! Erdulden wir die Dinge nicht einfach! Wir stehen vor großen Bedrohungen, großen Ungleichgewichten, die unsere Völker ins Wanken bringen und jeden Tag weitere Unsicherheiten schüren. Die Frage, die sich jedem von ihnen stellt, lautet: Wollen wir die Dinge einfach erdulden? Wollen wir die Regeln der Anderen und die Tyrannei der Ereignisse hinnehmen? Oder wollen wir für uns selbst eintreten? Für unsere tiefstzende Eigenständigkeit. Für eine europäische Souveränität? Wer wird für unsere Mitbürger die Regeln festsetzen, die ihre Privatsphäre schützen? Wer soll denn das wirtschaftliche Gleichgewicht erklären, in dem unsere Unternehmen überleben müssen? Ausländische Regierungen vielleicht, die ihre Propaganda betreiben und ihre eigenen Regeln haben? Internationale Akteure, die Trittbrettfahrer eines Systems sind, das sie selbst bestimmen, weil sie es selbst organisieren? Oder sagen wir: Hier muss die europäische Souveränität greifen?

Das Europäische Parlament hat mit der Unterstützung der Kommission und der Mitgliedstaaten mutig eine allgemeine Regelung für personenbezogene Daten beschlossen. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Und ich glaube wirklich, dass wir uns eine digi-

„Europa ist und bleibt gezeichnet durch die Tragik seiner Geschichte. Dem können wir nicht Verwaltungsroutine entgegensetzen, sondern wir müssen immer in Bewegung bleiben; jede neue Generation muss ihre Kräfte in die Waagschale werfen und immer wieder Hoffnung erzeugen.“

tale Souveränität erarbeiten müssen, um all diese Akteure besser zu regulieren, um unsere Mitbürger zu schützen, um all jene gerechter zu besteuern, die überhaupt keine Steuern bezahlen in einem Wirtschafts- und Rechtsraum, in dem sie jedoch tiefgreifende Umwälzungen bewirken und täglich die Interessen der einen bedrohen, während sie anderen Chancen bieten.

Wie wollen wir denn künftig mit dem Klima umgehen? Das sind doch demokratische Grundsatzentscheidungen; und wir hören ihren Widerhall von draußen, jenseits dieser Fenster. Wer wird denn entscheiden müssen? Auch hier ausländische Mächte oder wir selbst? Diese Entscheidungen brauchen Zeit, das wissen wir, in Energiefragen, in Klimafragen.

Wahrer von Multilateralismus

Aber eine nachhaltige Lösung kann nur zustande kommen, wenn wir es verstehen, uns auf europäischer Ebene zu organisieren; auf einen Mindestpreis für Kohlenstoff hinzuarbeiten; eine Abgabe an der Grenze einzuführen, uns dabei nicht zu faulen Entscheidungen hinreißen lassen und nicht denjenigen Akteuren den Vorzug geben, die am wenigsten mit uns zusammenarbeiten wollen. Wir brauchen eine ehrgeizige Politik zur Speicherung von erneuerbaren Energien, denn nur so können wir ein neues Kapitel schreiben in unserem energiepolitischen Abenteuer und unseren Klimaverpflichtungen gerecht werden.

Wer soll denn unsere handelspolitischen Entscheidungen treffen? Wer? Die, die uns bedrohen, die uns erpressen, indem sie uns sagen, die internationalen Regeln, die sie mitgeschaffen haben, seien jetzt nicht mehr gültig, weil sie nicht mehr zu ihrem Vorteil gereichen? Wir Europäer, wir sind die Bewah-

rer eines in meinen Augen starken internationalen Multilateralismus. Und uns obliegt es, diesen Multilateralismus im Sinne unserer eigenen Souveränität zu verteidigen, in nichts nachzugeben und dabei weder naiv zu sein angesichts unlauteren Wettbewerbs und auch nicht schwach angesichts der Bedrohungen vonseiten derer, die manchmal sogar mit uns gemeinsam diese Regeln verfasst haben.

Wer soll letztlich entscheiden über den Frieden, über die großen geopolitischen Gleichgewichte, in denen wir leben wollen? Gemeinsam haben wir Staats- und Regierungschefs beschlossen, Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu schaffen. Dem haben wir uns souverän gestellt. Das haben wir kollektiv mitgetragen. Andere, ebenso souveräne Mächte haben entschieden, nicht Wort zu halten. Sollen wir jetzt auch von unseren Entscheidungen abrücken? Sollen wir der Politik des Schlechteren nachgeben? Wir müssen Entscheidungen treffen, etwas aufbauen, mit allen reden, damit es uns gelingt, unsere eigene Souveränität zu errichten, die in dieser Region Stabilität gewährleisten kann.

Wir mussten die großen Erschütterungen durch die zeitgenössischen Migrationen erleben: politisch, wirtschaftlich, klimatechnisch. Können wir da auch nur einen Augenblick daran denken, die Hände in den Schoß zu legen oder auch da uns zurückzuziehen auf das rein nationalistische Credo? Die Antwort ist europäisch. In ihrem tiefsten Wesen ist sie europäisch. Wir können uns diesen Herausforderungen nur mit einer ehrgeizigen, konzertierten, volleuropäischen Afrikapolitik stellen, für den Kontinent jenseits des Mittelmeers, eine Politik der Stabilität und Sicherheit, mit der wir bereits begonnen haben, aber wir müssen dort einen viel größeren Ehrgeiz entwickeln mit einer gemeinsamen Politik zur Sicherung unserer Grenzen, zur

Harmonisierung unseres Rechts, und auch dort mit einer souveränen Politik der Sicherheit, der Entwicklung und des Schutzes.

Dieser erste Imperativ, an den ich glaube – seien wir nicht schwach, erdulden wir die Dinge nicht – ist der Imperativ der europäischen Souveränität, die uns dazu bringen soll, aus Europa eine geopolitisch, handelspolitisch, wirtschaftlich, klimatechnisch, nahrungsmitteltechnisch, diplomatisch eigene Größe zu machen.

Darüber werden wir sicher diskutieren und jeder hat vielleicht ein eigenes Verständnis der Wirklichkeit, die hinter diesen Worten steht. Aber die Bedingung der Möglichkeit ist doch, dass wir es ablehnen, dass andere für uns entscheiden. Wenn wir sagen, ein großer Player im Digitalen darf bei uns über das Steuergeheimnis oder die Steuerregeln bestimmen, dann sind wir nicht mehr souverän, dann brauchen wir nicht mehr zu reden. Wenn wir sagen, dieser oder jener große internationale Energiekonzern entscheidet über unsere Klimapolitik, dann sind wir nicht mehr in der Lage zu entscheiden, dann gibt es keine demokratischen Diskussionen mehr.

Und wenn wir es hinnehmen, dass andere Großmächte, auch Verbündete, auch Freunde aus den härtesten Stunden unserer Geschichte, nun für uns entscheiden wollen, über unsere Diplomatie, unsere Sicherheit, und uns dabei manchmal in die größten Risiken stürzen, dann sind wir nicht mehr souverän, dann können wir unserer Öffentlichkeit, unserem Volk nicht mehr glaubwürdig entgegentreten und sagen: Wir werden für euch entscheiden, jetzt geht mal an die Wahlurnen und macht euer Kreuzchen.

Unser zweiter Imperativ lautet: Lassen wir uns nicht spalten! Die Versuchung ist groß, in diesen schwierigen Zeiten, sich einzuigeln, sich auf den Nationalismus zurückzuziehen, zu denken, auf der Ebene der Nation kriegten

wir das besser hin, da kriegen wir einen Teil dieser Souveränität zurück, die manchmal noch zu flüchtig ist oder auf europäischer Ebene erst in statu nascendi vorhanden ist. Der Brexit war ein erstes Warnsignal – ein Warnsignal, das auch von den Wahlen in Italien bis nach Ungarn und Polen ausgeht. Überall in Europa erklingen wieder die Töne des Nationalismus und erwächst neue Faszination dafür. Aber die Gefahr für Europa ist die einer extremen Spaltung. Es wird versucht, die meisten Diskussionen auf eine Überlagerung von Nationalismen zu reduzieren, um so diejenigen zu überzeugen, die unentschlossen sind, ob sie die Freiheiten, die um den Preis von tausendfachem Leid errungen wurden, wieder aufzugeben bereit sind.

Viele wünschen sich vielleicht eine Neuauflage der Geschichte und würden dabei gern unseren Völkern weismachen, dass wir dieses Mal erfolgreicher sein werden. In Anbetracht all der Gefahren, die ich angesprochen habe, wäre die Spaltung tödlich, sie würde unsere wahre Souveränität nur noch weiter abbauen. Es würde überall in Europa wieder Stacheldraht zu sehen sein, auch in den Köpfen.

Schauen wir doch klug und weitsichtig die letzten zehn Jahre an. Es wurde viel er-

reicht. Und wir danken vieles denen, die die Ehre hatten, unsere Länder zu führen und es vermocht haben, sich den Krisen zu stellen und auch in den extremsten Situationen schwierigste Entscheidungen zu treffen. Aber dies geschah um den Preis einer Spaltung zwischen Nord und Süd zu Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise; und später geschah es um den Preis einer Spaltung zwischen Ost und West, als es um die Migrationskrise ging. Und wie ein Leprageschwür greift diese Diskussion in Europa weiter um sich, und verankert den Gedanken, dass sich wieder Lager gebildet hätten und Einheit nicht mehr möglich sei.

Dabei ist die einzige Lösung, die wir haben, die Einheit. Spaltung führt zum Wegsterben jedweden Handelns. Spaltung führt zum Stellungskrieg. Europa hat dadurch eines seiner schlimmsten Martyrien erlebt, vor genau einem Jahrhundert.

Ich weiß zu gut um all die kollektiven Vorstellungen, die uns dazu anhalten, zu verharren, auch zwischen unseren beiden Ländern. Ich kenne all diejenigen in Frankreich, die mir sagen: Los, auf in die Konfrontation mit Deutschland, die Lösung liegt in der Krise mit Deutschland. Deutschland ist egoistisch, alternd, will Europa nicht reformieren, es sei denn, es gereiche zu seinem Vorteil. Ich weiß, dass das nicht stimmt, und dieser Versuchung werden wir nicht nachgeben. Denn ich habe ein Deutschland gesehen, das in den letzten Jahren verantwortungsvolle und mutige Entscheidungen getroffen hat, das vor der Finanzkrise tiefgreifende Reformen geschaffen hat, von denen wir gedacht haben, wir könnten damit noch warten. Und noch in den letzten Tagen sehe ich ein ehrgeiziges Deutschland, das Europa liebt, Europa will, eine deutsche Jugend, die von Europa alles erwartet, weil sie sich der Geschichte entsinnt.

Und auf der anderen Seite höre ich auch

„Dieser erste Imperativ, an den ich glaube – seien wir nicht schwach, erdulden wir die Dinge nicht – ist der Imperativ der europäischen Souveränität, die uns dazu bringen soll, aus Europa eine geopolitisch, handelspolitisch, wirtschaftlich, klimatechnisch, nahrungsmitteltechnisch, diplomatisch eigene Größe zu machen.“

die anderen Stimmen derer, die in Deutschland sagen: Geben wir den Klängen der Sirenen dieses Frankreichs nicht nach, das wir nur allzu gut kennen. Die sind nicht seriös, die haben keine Reformen gemacht, Frankreich will ein Europa, das ihm aus der Hand frisst, ein Europa für sich, das seine Defizite ausgleicht, ein Europa, das die Reformen durchführt, die es selbst nicht schafft.

Aber Moment mal, aufgewacht! Frankreich hat sich geändert, Frankreich ist nicht mehr das alte. Und ich bin nicht mehr und nicht weniger als der Bewahrer dieser Entscheidung. Frankreich hat die langerwarteten Reformen durchgeführt und wird damit auch weitermachen. Frankreich steht wieder, es ist da, Frankreich hat seinen Preis aus den Krisenzeiten bezahlt, ebenso wie Deutschland, und Frankreich will ein Europa für Europa, nicht für sich. Also auf beiden Seiten werden wir auch hier in der Lage sein müssen, das Einigeln, die Melodien der Rattenfänger zu überwinden und uns über Eines im Klaren sein: Die Einheit zwischen Deutschland und Frankreich ist die Bedingung der Möglichkeit einer europäischen Einheit, die allein uns handlungsfähig macht!

Und machen wir uns nichts vor! Unser Traum ist bereits mehr als der Traum der Karolinger. Seit Jahrhunderten und Aberjahrhunderten hat es in Europa Verschiebungen von Machtgefügen gegeben, wobei es immer darum ging, die Vorherrschaft über die anderen zu erlangen. Und jedes Mal hat uns das zu schlechten Entscheidungen verleitet. Frankreich selbst, zu Beginn dieses Jahrhunderts, obwohl es ihm gut ging, dachte, es brauche sich nicht zu reformieren, es müsse nicht den europäischen Vorschlägen und Angeboten Deutschlands folgen. Denn dieses Europa passte uns, nutzte uns. Aber das war eben ein Irrtum.

Unser Europa heute funktioniert nicht

mehr nach dem Muster aufeinanderfolgender Vormachtstellungen. Das geht auch gar nicht mehr so. Europa kann nur auf beständiger Solidarität aufbauen. Da ist die unverzichtbare Verantwortung, die wir vor der Krise mitunter aus den Augen verloren hatten, die wir wieder aufgebaut haben; jeder Staat muss seine eigenen Reformen durchführen, seinen Teil der Verantwortung übernehmen, seine eigenen Entscheidungen fällen; aber wir haben doch auch eine Solidarität untereinander. Im Augenblick der Wiedervereinigung hat Deutschland von dieser Solidarität profitiert, und es war die Pflicht Europas, damit Deutschland diesen Schritt machen kann, stark werden kann, seine heutige Rolle spielen kann; diese Solidarität, die wir heute haben müssen, in Migrationsfragen in Europa, in Finanzfragen in Europa, Ländern gegenüber, die noch heute eine Jugend haben, die zu 30, 40, 50 Prozent arbeitslos ist. Genau diese Solidarität gilt es wieder zu errichten!

Haben wir keine Angst

Ansonsten würden wir jedes Mal Gefahr laufen, den Lockrufen derer zu erliegen, die schon vergessen haben, wie prekär es zur Zeit der Hegemonien in Europa war. Und deswegen glaube ich an einen sehr viel ehrgeizigeren europäischen Haushalt, zu dem auch Frankreich seinen Beitrag leisten wird; der stark genug ist, die bestehenden Politiken zu stemmen und gleichzeitig die Chancen neuer politischer Maßnahmen zu tragen, ein Haushalt, der den Rechtsstaat verteidigt, das wirtschaftliche, steuerliche, soziale Zusammengehen fördert und eine kohärente Vision von unserem Europa, das dem entspricht, was die Gründungsväter wollten, und denen, die die Einheitliche Europäische Akte geschaffen haben. Deswegen glaube ich an die stärkere, in-

tegriertere Eurozone mit eigenem Haushalt, der Investitionen und Konvergenz ermöglicht, denn das ist das einzige Mittel, um allen Staaten, die voranschreiten wollen, eben auch die Mittel dazu an die Hand zu geben.

Der dritte Imperativ, den wir haben, lautet: Haben wir keine Angst, keine Angst vor der Welt, in der wir leben; keine Angst vor unseren Grundsätzen, nicht vor dem, was wir sind, und verraten wir das nicht. Wir sind heute, angesichts all dieser Wut, dieser Ungewissheiten, konfrontiert mit den schlimmsten Versuchungen. Die Versuchung, die Fundamente unserer Demokratien und unserer Rechtsstaaten aufzugeben. Geben wir den Versuchungen in nichts nach!

Es stimmt nicht, dass man einem schlechten Wind gut entgegentritt, indem man denjenigen mit Gefälligkeit begegnet, die uns schon in der Vergangenheit durch Schwäche oder auch durch Stillschweigen dazu veranlassen haben, uns selbst zu verraten. Geben wir nicht nach – weder in der Europäischen Union noch im Europarat – halten wir fest am Rechtsstaat und an all diesen Regeln. Halten wir fest an der Lebendigkeit unserer Demokratien und unserer demokratischen Debatten, an den Auseinandersetzungen, die unsere Demokratie nähren, an ihrer Kraft und der

„Halten wir fest am Rechtsstaat und an all diesen Regeln. Halten wir fest an der Lebendigkeit unserer Demokratien und unserer demokratischen Debatten, an den Auseinandersetzungen, die unsere Demokratie nähren, an ihrer Kraft und der Zivilisiertheit dessen, was Europa ausmacht.“

Zivilisiertheit dessen, was Europa ausmacht. Diese Zivilisiertheit – das Europa der Cafés, der Debatten, der Universitäten, der gedanklichen Auseinandersetzungen und Konflikte – lehnt die Gewalt des Staates und die Gewalt auf der Straße ab; stattdessen setzt sie auf die Wahrheit und die Kraft der demokratischen Gegenüberstellung von Ideen.

Deswegen glaube ich auch an den Willen zur Klugheit, den Willen zur Kultur, denn ja, es geht hier um Willen. Es gibt immer noch dieses Dilemma, es ist immer noch da, unter unseren Füßen, und wir brauchen diesen Willen zur Klugheit, zum Schönen und zur Kultur, nicht um vergessen zu machen, sondern um Breschen zu schlagen, diese Bresche, in der wir nun seit 70 Jahren leben. Das ist nichts Selbstverständliches, das ist nicht der normale Zustand der Menschheit in Europa, das ist eine Ausnahme, die wir unserer Willensstärke zu verdanken haben. Für eine europäische Kulturakademie zu kämpfen, für europäische Universitäten, das Übersetzungswesen, die Verbreitung von Kunstwerken, diese ästhetisch-kritisch-intellektuelle Diskussion in Europa jedes Mal neu zu befeuern, das sind keine schönen Gedanken, die nur dem engsten Kreise von Intellektuellen vorbehalten sind, das sind ganz wesentliche Gedanken für unsere Gesellschaften, für unsere Jugend, denn es ist die Willensstärke dieser Bresche, die vor 70 Jahren geschlagen wurde, und für die wir heute mehr als jemals zuvor kämpfen müssen.

Wenn der Nahe und Mittlere Osten und Afrika auf uns schauen, dann schauen sie auf diesen Weg, aber auch auf die Fähigkeit, keine Angst zu haben, nicht vor den anderen, und das hochzuhalten, was immer im Kern unserer Aufgabe gestanden hat, ein Teil des Universellen. Die Welt ist immer über Europa gedacht worden. Die Fähigkeit, keine Angst zu haben, die Fähigkeit zum Gedankenaustausch, zur Auseinandersetzung. Ich fühle

mich nicht naiv, wenn ich an diese Zeiten erinnere; wir haben uns seitdem verändert, aber das ist Europa, diese Fähigkeit, sich jedes Mal erneut in einen Dialog des Universellen einzubringen, das Universelle zu vermitteln.

Und in dem Augenblick, da wir miteinander reden, da Europa lebt und existiert, geht es nicht nur um die Souveränität, die ich angesprochen habe, sondern auch darum, keine Angst zu haben, weiterhin diesen starken Multilateralismus zu nähren, an den ich glaube, das heißt die Fähigkeit Europas, für Regeln einzustehen, die auf die ganze Welt übertragbar sind, weil es die Fähigkeit und die Pflicht Europas ist, eine Vision von der Welt in sich zu tragen und auch den Anspruch, der mit dieser Vision einhergeht.

Haben wir keine Angst, auch nicht vor uns selbst, und machen wir uns frei von unseren Tabus: Haben wir keine Angst untereinander, keine Angst voreinander; keine Angst davor, manchmal auch über den eigenen Schatten zu springen. In Frankreich heißt es: Bloß nichts an den Verträgen ändern. Bloß nicht die öffentlichen Ausgaben kürzen. Aber wir müssen bereit sein, über unseren Schatten zu springen, und dürfen keine Angst davor haben, zu sagen: Ja! Um Europa voranzubringen, müssen wir irgendwann bereit sein, die Verträge zu ändern und dieses demokratische Risiko einzugehen. Ja, ich bin bereit zu sagen: Wir müssen tiefgreifende Reformen und Veränderungen schaffen, um die öffentlichen Ausgaben zu senken. Nur so können wir in Europa voranschreiten und die Regeln verstärkt achten, diese gemeinsamen Regeln aufstellen; aber analog dazu darf es in Deutschland auch keinen ewigen Fetisch für den Haushalts- und Handelsüberschuss geben, denn das geht immer auch zu Lasten anderer. Haben wir also keine Angst, jetzt und hier unsere eigenen Tabus aufzubrechen, unsere Gewohnheiten hinter uns zu lassen; weil wir

für etwas kämpfen müssen, das größer ist als wir selbst! Wir müssen kämpfen, nicht für die Interessen unseres Landes, nicht für die Wahrung eines punktuellen Zustands Europas. Nein. Wir müssen kämpfen, um ein neues, stärkeres Europa zu schmieden, mit dem wir diesen Teil des Universellen weitertragen, den wir heute in unseren Händen halten.

Ich komme zu meinem vierten und letzten Imperativ: Warten wir nicht! Es geht ums Jetzt! Zu lange haben wir aufeinander gewartet. Bisweilen haben wir uns vielleicht sogar verpasst. Nicht wahr, lieber Joschka? Viele tragen ihren Anteil daran. Aber heute haben wir nicht mehr das Recht dazu, wir dürfen nicht mehr damit warten, auf Europa zu setzen. Denn mit der Entscheidung für Europa – das sehen wir und daran hat jeder von uns erinnert – entscheiden wir uns auch für den Westen. Und damit auch für die Fähigkeit, eindeutige Entscheidungen zu treffen, den Weg hin zu Europa einzuschlagen, zunächst vielleicht für einige wenige, vielleicht dann für einen erweiterten Kreis, denn so ist Europa immer vorangeschritten; es ist eine offene Tür. Ich glaube nicht an ein verschlossenes Europa, einen im Vorfeld festgelegten Club von einigen wenigen, aber ebenso wenig

„Denn mit der Entscheidung für Europa – das sehen wir und daran hat jeder von uns erinnert – entscheiden wir uns auch für den Westen. Und damit auch für die Fähigkeit, eindeutige Entscheidungen zu treffen, den Weg hin zu Europa einzuschlagen, zunächst vielleicht für einige wenige, vielleicht dann für einen erweiterten Kreis.“

glaube ich an ein Europa, das ständig darauf warten kann, bis sich gestern 28, morgen 27 und übermorgen wer weiß wie viele über alles bis ins letzte Detail einig sind.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, denn so sind wir immer vorangekommen, dass einige die Willensstärke, den Charakter und die Entschlossenheit haben, nach vorne zu springen, wenn die Absprachen klar sind: Die Türen stehen offen, sodass jeder auf den Zug aufspringen kann, wenn er für sich den richtigen Zeitpunkt sieht. Aber wir dürfen nicht glauben, die Entscheidung für Europa sei immer die Entscheidung für den kleinsten gemeinsamen Nenner, für das geringste Risiko, für den kleinsten Schritt in letzter Minute. Nein! Wir müssen eine ehrgeizige Option schaffen, in der wir unseren Mitbürgern eine Vision für die nächsten 30 Jahre eröffnen, die dann auch die besagten kleinen Schritte und Fortschritte ermöglicht, denn sie brauchen einen Kurs. Die Nationalisten äußern sich klar. Die Demagogen äußern sich klar. Die Ängste sind klar. Die, die Europa wollen, müssen genauso eindeutig sein, kraftvoll und ehrgeizig!

Engagieren wir uns also gemeinsam in einem Europa, das Schutz bietet und diesen Ehrgeiz trägt; ein digitales Europa, ein Europa der Energie- und Klimawende, der Stärkung der Eurozone, einer Handelspolitik, die mehr Schutz bietet und mit unseren Gesundheits- und Umweltzielen in Einklang steht, einer geeinteren Migrationspolitik, einer sozialen, steuerlichen, demokratischen Konvergenz, einer Politik der Intelligenz, der Forschung und Innovation mit einer neuen Methode, die Wille heißt und – was damit einhergeht – eine gewisse Bereitschaft zum Risiko.

Seien wir nicht schwach! Treffen wir eine Wahl! Lassen wir uns nicht spalten! Sondern schließen wir uns zusammen! Seien wir nicht furchtsam! Sondern trauen wir uns! Und wer-

den wir unserer Geschichte gerecht! Warten wir nicht! Handeln wir jetzt!

Als der Schweizer Philosoph und Vorkämpfer der europäischen Integration Denis de Rougemont vor 70 Jahren mit einer Rechtecharta einen gewaltigen Schritt nach vorn wagte, sagte man: „Das ist ein Intellektueller. Ein Schreiberling. So etwas wird es nicht geben.“ Und wir haben es gemacht. Vielleicht musste man ein Schriftsteller oder Künstler sein, um so etwas zu wagen. Die Utopisten sind Pragmatiker und Realisten.

Versuchen wir also, diese vier Imperative hochzuhalten und die vor uns liegenden 30 Jahre Europa gemeinsam zu entwerfen. Und tun wir es jetzt und verlieren dabei niemals aus den Augen, dass wir seit 70 Jahren – einige von uns, andere etwas weniger – eine Art Ausnahme der Geschichte erleben. Verlieren wir nicht aus den Augen, dass das Europa, von dem wir sprechen, alles andere ist als eine Selbstverständlichkeit. Es ist sicherlich eines der zerbrechlichsten Dinge, und vergessen wir nie, dass Trägheit, Egoismus und Gewohnheit zu seinen schlimmsten Bedrohungen gehören.

Übersetzung ins Deutsche durch die Französische Botschaft, Berlin

Emmanuel Macron ist seit dem 14. Mai 2017 Staatspräsident von Frankreich. Der französische Politiker war von 2006 bis 2009 Mitglied der Sozialistischen Partei und von August 2014 bis August 2016 Wirtschaftsminister im Kabinett Valls II unter Staatspräsident François Hollande. Dieser Text geht auf seine Dankesrede zur Verleihung des Aachener Karlspreises zurück.





Dana und Petko Mitrović

Das schon ältere Paar hütete gerade ihr Vieh auf verlassenem Acker in der Nähe des Dorfes. Sie haben zwei Töchter und zwei Söhne. Eine Tochter ist in Amerika, die andere in Prnjavor und die Söhne sind in Belgrad und Banja Luka. Alleine die Tochter in Amerika hat einen Job, alle anderen sind arbeitslos. Sie leben in einem Dorf, das eine Bevölkerung von sechs Personen hat. In diesem Dorf sind sie die Einzigen, die Vieh halten, um ihren Lebensunterhalt damit zu bestreiten. Während des Krieges flohen sie nach Prnjavor, wo sie fünf Jahre lang lebten. Als sie in das Dorf zurückkehrten, fanden sie nur verbrannte und zerstörte Häuser vor. Mit Hilfe von kleinen Zuschüssen gelang es ihnen irgendwie, ihr Haus wieder herzustellen. Als sie zurückkehrten, hatten sie kein Einkommen, nichts mehr, und jetzt erhalten sie pro Monat 100,00 KM, etwa 50 Euro. Im Moment fürchten sie am meisten die Angriffe von wilden Tieren. In der Tat sind sie in ihren Häusern nicht sicher, weil Bären und Wildschweine das Vieh oft angreifen und Bienenstöcke ausrauben. Gerade lief ihr Hund in etwa 200 Metern Entfernung den Spuren von zwei Wölfen nach, so fühlen sie sich auch hier nie ganz sicher. Aber in der Regel sind sie sehr zufrieden und glücklich, trotz der Situation, in der sie sich befinden. Dana sagt, sie sage manchmal zu sich selbst: „Okay, was solls, wir sind nicht hungrig. Beklage dich nicht. Es gibt Milch, Sahne, Käse. Und um ehrlich zu sein, die Rinder halten uns auf Trab, denn ohne etwas zu tun zu haben, würden wir hier verrückt werden.“

Lebensrettende Medizin für die Welt Europa muss sich seines kollektiven Potenzials bewusst sein und es nutzen. „Wir leben nicht in Zeiten, in denen wir es uns leisten könnten, irgendetwas von dem Positiven, das wir aufbauen können, zu verlieren“, meint die ehemalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini. Der Kontinent habe eine gemeinsame Verantwortung, gegenüber sich selbst und dem Rest der Welt.

Von Federica Mogherini



Während der letzten fünf intensiven Jahre als Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik hatte ich das Privileg, Europa mit den Augen unserer Partner zu sehen. Und ja, ich habe Widersprüche und Defizite gesehen. Aber vor allem habe ich durch die Augen der restlichen Welt gesehen, was wir Europäer heutzutage leicht vergessen, als selbstverständlich nehmen: Dass wir selbst mit all unseren Problemen und Begrenzungen, mit allen Dingen, die wir verändern und verbessern müssen, immer noch „der angesagteste Ort“ sind. Unsere Europäische Union ist heute weltweit der beste Ort zum Leben.

Ja, ich glaube, dass Europäer sehr gut aufgestellt sind, um sich für Frieden und Verständigung einzusetzen. Denn unsere Geschichte lehrt uns, dass dies einfach klüger ist. Und

auch, dass es – immer – vorteilhafter ist, Frieden zu schließen als Krieg zu führen. Daran ist nichts Idealistisches, wir sind pragmatische Menschen. Wir wissen einfach aus eigener Erfahrung, dass Frieden besser ist als Krieg.

Gesunder Menschenverstand, so würde man das nennen. Und doch ist die Friedensarbeit heute eine der schwierigsten und herausforderndsten Aufgaben, die man sich vorstellen kann. Der Wind weht in die umgekehrte Richtung. Man muss sich dafür einsetzen. Man muss das „Warum“ der Dinge erklären, die man für selbstverständlich halten würde. Dinge, die Kinder unmittelbar verstehen, Erwachsene weniger. Sie können sich nicht vorstellen, wie nützlich es für mich in diesen Jahren gewesen ist, mit meinen Töchtern am Küchentisch über Weltpolitik und globale Themen zu diskutieren.

Es ist notwendig, in diese junge Generation zu investieren, in ihre Weisheit und in ihre Energie. Notwendig, in diejenigen zu investieren, die jeden Tag daran arbeiten, Respekt, Dialog, Verständigung und Frieden zu fördern – geduldig, hartnäckig, ohne sich zu sehr um die Sichtbarkeit zu kümmern, aber mit einem Fokus auf das Wesentliche, auf das wahre Leben, auf echten Wandel.

Der wahre Friedensprozess passiert vor Ort – mit Frauen und Männern, mit Communitys, die ihre Hand ausstrecken, das Misstrauen überwinden und damit anfangen, sich von

Hass hin zu gegenseitigem Respekt zu bewegen. Frieden muss aufgebaut werden, selbst wenn es keinen Krieg gibt. Und das ist wahrscheinlich unsere schwierigste und wichtigste Herausforderung. Hier denke ich an die Bedeutung von Kultur für die Friedensarbeit.

Wenn man „Kultur“ sagt, denkt man oft an Museen und klassische Musik – und das zu Recht, insbesondere in Deutschland oder in Italien. Aber unsere Kultur ist viel mehr als das. Sie ist, wer wir sind, sie ist unsere Identität. Unsere Traditionen, unsere Überzeugungen, unsere Sprache, unser Essen. Die Art, wie wir unsere Hände bewegen und wie wir uns kleiden. Die Schlaflieder, die unsere Großeltern für uns sangen, als wir Kinder waren, und die wir unseren eigenen Kindern vorsingen. Die Street-Art unserer Teenager. Die Romane, die wir lesen und die wir noch schreiben möchten. Die Filme, die wir mögen und sogar unsere Lieblingsserie im Fernsehen. Unsere Kultur ist, wer wir sind, individuell und kollektiv.

Umso stärker sie ist, desto weniger fürchten wir, sie zu verlieren, desto weniger fühlen wir uns bedroht durch Vielfalt, umso offener sind wir für Dialog, Respekt und Verständigung. All jene, die in multikulturellen offenen Gesellschaften eine Gefahr sehen, sagen, dass sie glauben, ihre Kultur, ihre Identität sei nicht stark genug, um der anderen zu begegnen, ohne sich dabei zu verlieren. Deshalb glaube ich, dass eine Investition in Kultur, in alle ihre Aspekte, das stärkste Gegengift für Hass und Konflikt darstellt. Kultur bildet die Bausteine, mit de-

„Ich glaube, dass eine Investition in Kultur, in alle ihre Aspekte, das stärkste Gegengift für Hass und Konflikt darstellt. Kultur bildet die Bausteine, mit denen Frieden geschaffen werden kann.“

nen Frieden geschaffen werden kann. Nicht nur, weil Kultur das stärkste Medium für Emotionen und Gefühle sein kann – was den einfachsten Weg darstellt, um zu verstehen, dass dein „Feind“ ein Mensch ist. Sondern auch, weil jene mit einer starken selbstbewussten kulturellen Identität den anderen nicht fürchten und dazu bereit sind, zuzuhören und zu verstehen, ohne dabei riskieren zu müssen, in der Übersetzung falsch herüberzukommen.

Deshalb habe ich während dieser fünf Jahre im Amt unter den außen- und sicherheitspolitischen Tools der EU die Kulturdiplomatie eingeführt. Für mich war das einfach das Offensichtlichste. Zunächst waren aber viele skeptisch. Dann, glaube ich, hat jeder verstanden, dass Kultur eines der mächtigsten Güter ist, die wir haben – insbesondere als Europäer – um den Frieden zu fördern.

Dialog, Respekt, Verständigung

Zunächst einmal deshalb, weil Kultur ein sehr effektiver Brückenbauer ist. Sie gelangt dorthin, wohin man sich das mit anderen Tools nicht einmal vorzustellen wagen würde – zu Gefühlen. Man kann zu einer Musik tanzen, die von jemandem komponiert wurde, der in einem Land lebt, das mit dem eigenen Krieg führt. Man kann das gleiche Essen zu sich nehmen wie der Feind. Das ist ein mächtiger Türöffner – oder kann es sein, ein Eingangstor, um jenseits der Definition des Feindes den Menschen zu sehen. Und das ist, wie ich glaube, der erste wesentliche Schritt, um Frieden zu schaffen. Aber die Kultur ist auch ein unglaublicher Motor für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und kann als solche eine wesentliche Rolle bei der Prävention von Konflikten spielen, bei der Schaffung von Jobs und Möglichkeiten für viele Menschen und bei der Versöhnung nach Konflikten, für die Phasen

der Erholung und des Wiederaufbaus. Es mutet surreal an, dass ein Kontinent wie unserer, der das wirtschaftliche Potenzial von Kultur so gut kennt, dieses mächtige Werkzeug in seiner Außen- und Sicherheitspolitik zuvor nicht eingesetzt hat.

Brauchen wir einen Neustart?

Es macht mich stolz, dass wir nun mit der Europäischen Kulturdiplomatie sowohl die wirtschaftliche Entwicklung kultureller Aktivitäten weltweit begleiten – sie sind auch eine beeindruckende Ressource für die Stärkung von Frauen und Mädchen – als auch den Einsatz der Kultur als Mittel der Friedensbildung und Versöhnung. Ganz zu schweigen von der außergewöhnlichen Arbeit, die wir mit der Unesco angefangen haben, um das Kulturerbe in Konfliktregionen zu erhalten und zu schützen – eine Initiative, die gleichermaßen für die wirtschaftliche und die friedensbildende Seite relevant ist.

Brauchen wir einen Neustart für Europa? Ich habe unsere Union von innen gesehen und von außen, durch die Augen unserer Partner. Ich habe in verschiedenen Funktionen gearbeitet, in allen Institutionen – der Kommission, dem Rat, der Verteidigungsagentur, mit dem Parlament. Ich habe Dinge gesehen und gehört, die ich lieber nicht gesehen und gehört hätte, und einige sehr frustrierende Momente erlebt. An jedem einzelnen Tag gab es Schwierigkeiten und Probleme, mit denen man sich beschäftigen und die man lösen musste. Innen und außen. Nicht einfach. Aber ich habe jeden einzelnen Moment dieser fünf Jahre geliebt, und ich bin stolz darauf, wie wir es geschafft haben, durch diese schwierigen Zeiten zu steuern. Wir haben immer versucht, auf der richtigen Seite der Geschichte zu sein – ein ziemlich einsamer Ort in diesen Tagen, und die Tatsache, dass

wir dort waren, machte es weniger einsam für andere, die es sich niemals hätten leisten können, ohne uns auf dieser richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Wir haben unsere Kämpfe immer ausgesucht und dabei nicht nur auf jene geschaut, die wir gewinnen konnten, sondern vor allem auf jene, die es wert waren, dass man sie kämpft. Ohne uns, ohne die Europäische Union, wäre diese verrückte Welt, in der wir leben, ein noch gefährlicherer, noch ungleicher, noch konfliktträchtigerer Ort.

Es gibt Dinge, auf die wir nicht wirklich stolz sein können, und ich glaube, wir müssen wirklich versuchen, diese zu ändern, angefangen mit unserer eigenen Politik. Aber täuschen wir uns nicht. Wir haben das Potenzial einer lebensrettenden Medizin für die Welt. Und wenn man einmal dieses Potenzial hat, wird es zu einer Verantwortung – insbesondere, wenn der Zustand der Welt nicht wirklich perfekt ist. Wir leben nicht in Zeiten, in denen wir es uns leisten könnten, irgendetwas von dem Positiven, das wir aufbauen können, zu verlieren. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, gegenüber uns und dem Rest der Welt.

Federica Mogherini ist eine italienische Politikerin und war vom 1. November 2014 bis zum 30. November 2019 Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Vom 22. Februar bis zum 31. Oktober 2014 war sie Außenministerin Italiens. Dieser Text geht auf ihre Rede zurück, die sie am 18.12.2019 bei der Verleihung des Theodor-Wanner-Preises des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) in Berlin hielt. Die vollständige Rede von Federica Mogherini finden Sie im dem Porträtband „Federica Mogherini. Mein Leben für Europa. Gespräche“, der 2020 im Steidl-Verlag erscheinen wird. In diesem Band findet sich ebenfalls die vollständige Laudatio von Außenminister Heiko Maas als Einleitungssatz zur Würdigung der Leistungen und Verdienste von Federica Mogherini.

Was uns verbindet Der liberale Westen ist durch nationale Egoismen, den Aufstieg der Populisten und die Legitimationskrise der EU auf eine harte Probe gestellt. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Die Zeit seit den Revolutionen 1776 und 1789 mit ihren Ideen von Freiheit und Gleichheit – die nichts weniger sind als die Fundamente des Westens – war eine Geschichte schwerer Verstöße gegen die damals proklamierten Werte. Letztendlich war sie aber eine Epoche von produktiver Selbstkritik und Selbstkorrekturen, also von Lernprozessen. *Von Heinrich August Winkler*



In den beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der amerikanischen Revolution von 1776 und der französischen von 1789, wurde der Maßstab formuliert, an dem sich westliche Demokratien seitdem messen lassen müssen. Die Geschichte des alten europäischen und des neuen nordamerikanischen Okzidents war fortan zu großen Teilen eine Geschichte von Kämpfen um die Aneignung oder Verwerfung der Ideen von 1776 und 1789. Sie war auch eine Geschichte anhaltender schwerer Verstöße gegen die damals proklamierten Werte, und sie war schließlich eine Geschichte von produktiver Selbstkritik und Selbstkorrekturen, also von Lernprozessen.

Die friedlichen Revolutionen von 1989 öffneten auch jenem Teil des europäischen Okzidents, der 1945 durch die Beschlüsse

von Jalta der sowjetischen Interessensphäre zugefallen war; die Möglichkeit, die Rechte und Freiheiten zu verwirklichen, die die Vollversammlung der Vereinten Nationen der ganzen Welt durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom Dezember 1948 versprochen hatte. Die Gegenwart zeigt uns, dass die Kämpfe um die Ideen des späten 18. Jahrhunderts auch im alten europäischen Okzident noch nicht abgeschlossen sind. Wenn die Europäische Kommission Anlass sieht, einen Mitgliedstaat zur Einhaltung der Kopenhagener Beitrittskriterien von 1993 und des Lissabonner Vertrags von 2009 anzuhalten, tut sie nur ihre Pflicht. Nachhaltigen Erfolg werden solche Ermahnungen aber nur haben, wenn auch die Zivilgesellschaft des betroffenen Landes den Kampf um bedrohte Freiheiten und Institutionen zu ihrer Sache macht. In Polen geschieht das, und das sollte für uns ein Grund sein, den Glauben an die Zukunft von Rechtsstaat und Demokratie in unserem Nachbarland nicht aufzugeben.

Um Anspruch und Wirklichkeit der westlichen Werte geht es auch in der Asyl- und Flüchtlingsfrage. Keine der westlichen Demokratien in Europa, Nordamerika, Australien oder Neuseeland kann die Probleme der Länder, aus denen Menschen in hellen Scharen flüchten, auf ihrem Territorium lösen. Die westlichen Demokratien können die legale Einwanderung erleichtern und die Entwicklungshilfe anders, sowohl großzügiger

als auch effektiver, gestalten. Die Europäische Union muss gezielt jenen Ländern des Nahen Ostens helfen, die bei der Unterbringung und Versorgung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien die Hauptlast tragen, und alles tun, was in ihren Kräften steht, um den Friedensgesprächen über Syrien zum Erfolg zu verhelfen.

Die deutsche Forderung nach einer europäischen Lösung des Flüchtlingsproblems, nach gemeinsamen Anstrengungen bei der Sicherung der Außengrenzen und einer gerechten Verteilung der Schutzsuchenden, ist wohlbegründet. Sie darf aber nicht in einer Form vorgetragen werden, die von unseren Nachbarn als selbstgerecht und anmaßend empfunden wird – als ein Versuch, zumindest auf dem Gebiet der Asylpolitik ein „deutsches Europa“ zu schaffen. Deutschland hat sich erst sehr spät, nach dem katastrophalen Scheitern der nationalsozialistischen Diktatur, der politischen Kultur des Westens geöffnet.

Es hat versucht, aus dem Fehlschlag seiner Auflehnung gegen die politischen Konsequenzen der Aufklärung in Gestalt der Ideen von 1776 und 1789 zu lernen, und dort, wo es die Möglichkeit dazu besaß, also zunächst nur im Westen des geteilten Landes, eine funktionsstüchtige, pluralistische Demokratie westlicher Prägung errichtet. Zur Selbstgerechtigkeit aber besteht kein Anlass. Das gilt auch für die Asyl- und Flüchtlingsfrage.

Deutscher Sonderweg

Es gab gute Gründe, nach den Erfahrungen der Unrechtsherrschaft der Jahre nach 1933 in das Bonner Grundgesetz von 1949 den Satz aufzunehmen: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Das war insofern ein Sonderweg, als fast alle anderen westlichen Demokratien das Asylrecht nicht als individuelles Grundrecht, sondern als ein vom Staat

zu gewährendes Recht kennen. Die Frage, ob die Bundesrepublik damit mehr versprochen hat, als sie halten kann, wird seitdem immer wieder, auch in Deutschland selbst, gestellt.

Sie lässt sich ebenso wenig pauschal abweisen wie eine andere, ebenfalls selbstkritische Frage: Haben wir bei der Reform des Asylrechtsartikels im Jahr 1993 das Prinzip von 1949 nicht nur zum Schein, nämlich auf Kosten Dritter, der sogenannten sicheren Drittländer, bewahrt? Wäre es nicht ehrlicher gewesen, sich zu dem Prinzip zu bekennen: Politisch Verfolgte gewährt die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe ihrer Aufnahme- und Integrationsfähigkeit Asylrecht? Das Prinzip, nach Maßgabe der eigenen Leistungsfähigkeit politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlingen zu helfen, wäre eine gute Devise für alle Mitgliedstaaten der EU. Dass sie von allen befolgt wird, ist leider auf abschbare Zeit nicht zu erwarten.

Es sind keineswegs nur die neuen, seit 2004 in die Gemeinschaft aufgenommenen Mitgliedstaaten in Ostmittel- und Südosteuropa, die sich diese Maxime nicht zu eigen machen, sondern auch Staaten, in denen Migranten einen hohen Anteil an der Bevölkerung ausmachen, wie die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich. Das wirtschaftlich starke Deutschland aber sollte auch dann Flüchtlingen nach besten Kräften helfen, wenn es damit in der Europäischen Union in der Minderheit bleibt.

Nach besten Kräften: Das heißt auch, dass eine humanitäre Asylpolitik, die nachhaltig sein will, darauf achten muss, dass die Bedingungen ihrer Möglichkeit auch morgen und übermorgen noch gesichert sind. Zu diesen Bedingungen gehört nicht nur die Beachtung der Grenzen der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit, sondern auch der politische Rückhalt in der Bevölkerung, auf den Regierungen und Parlamente in demokratischen

Staaten geradezu existenziell angewiesen sind. In seinem berühmten Vortrag „Politik als Beruf“ hat Max Weber 1919 die verantwortungsethische Position (im Unterschied zur gesinnungsethischen) als die Einsicht beschrieben, „dass man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat“. Eine nachhaltige, ihrer möglichen innenpolitischen Folgen bewusste Asylpolitik muss also alles tun, damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleibt.

Europa ist nicht nur auf dem Gebiet der Asyl- und Flüchtlingspolitik, sondern auch auf vielen anderen Gebieten und nicht zuletzt in der Frage der „Finalität“, der Zielrichtung seines Einigungsprozesses, uneins. Es befindet sich nicht, wie viele in Deutschland lange geglaubt haben und zum Teil noch glauben, im postnationalen Stadium seiner Geschichte. Die Europäische Union besteht vielmehr aus postklassischen Nationalstaaten, die einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben und andere auf supranationale Einrichtungen übertragen haben. Europa kann nicht gegen die Nationen, sondern nur mit ihnen und durch sie geeinigt werden. Der Staatenverbund der EU will die Nationen überwölben, aber nicht überwinden.

Eine bestimmte Idee von Europa zu lieben, ist leicht. Sehr viel schwerer ist es, sich der hässlichen Realität nationaler Egoismen zu stellen, den Ausgleich von Gegensätzen zu suchen und weiter darauf hinzuarbeiten, dass Europa in wichtigen Fragen, vor allem denen der Außen- und Sicherheitspolitik, mit einer Stimme zu sprechen vermag. Die Vielfalt der Sprachen und kulturellen Besonderheiten steht dem nicht entgegen. Sie bleiben ein Reichtum und ein Wesensmerkmal Europas. Doch es gibt auch die Gemeinsamkeiten, deren Pflege in erster Linie eine Sache der Zivilgesellschaften sein sollte. Eine und letzte

lich die wichtigste dieser Gemeinsamkeiten sind die Werte, die wir so gern die europäischen nennen, die historisch gesehen aber transatlantische oder westliche Werte und ihrem normativen Anspruch nach universal sind. Wenn der Westen sich selbst an seine Normen hält und selbstkritisch mit seinen Abweichungen davon ins Gericht geht, dann und nur dann werden die Ideen von 1776 und 1789 ihre Leuchtkraft weltweit behalten.

Heinrich August Winkler, geboren 1938 in Königsberg, ist ein deutscher Historiker. Umfangreiche Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik, zu Deutschlands „langem Weg nach Westen“ und zur „Geschichte des Westens“ seit den antiken Anfängen. Zuletzt erschienen „Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika“, C.H. Beck Verlag 2017. Im Jahr 2016 erhielt Heinrich August Winkler den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung.





Ljilja und Željka

Sie waren gerade auf dem Weg zu Freunden, die am anderen Ende des Dorfes wohnen. Ljilja hat ihr ganzes Leben lang im Dorf als Lehrerin gearbeitet. Dadurch hat sie eine kleine Rente und zusammen mit ein wenig Viehhaltung gelingt es ihr, zu überleben. Sie war sehr nervös und verschlossen und wollte am liebsten gar nichts über sich erzählen. Željka, ihre Tochter, mit der sie alleine lebt, hat eine körperliche und geistige Behinderung. Nach dem Fotografieren, als wir uns verabschiedeten, sagte Ljilja ganz traurig: „Jetzt sind wir wie ein Wunder, das der Welt gezeigt wird.“

Von der Nutzgemeinschaft zur Schutzgemeinschaft Dieses Europa der Europäischen Union ist das Beste, was Europa in seiner langen Geschichte passiert ist. Heute gibt es das Europäische Parlament; es ist die weltweit einzige direkt gewählte supranationale Institution. Die demokratische Versammlung der Europäer ist ein Weltwunder – und verliert unablässig an Zustimmung. Damit die feierlichen Anpreisungen Europas nicht zum bloßen Wortgeklingel werden, plädiert der Autor für eine handfeste europäische Sozialpolitik. *Von Heribert Prantl*



Wir haben es uns angewöhnt, über Europa zu mäkeln, wie es Schüler über die Schule tun. Wir haben es uns angewöhnt, über die Bürokratie von Brüssel zu klagen, über die Demokratie-defizite, über die Kosten, über den Wirrwarr der Richtlinien, über den Euro und die Rettungsschirme. Die Klagen sind berechtigt. Aber: Wir haben verlernt, das Wunder zu sehen. Europa ist ein Wunder.

Es ist dies ein europäisches Paradoxon: Je wichtiger dieses Parlament geworden ist, und es ist wirklich wichtiger geworden (wenn auch noch immer nicht wichtig genug) –umso weniger wird es von Europäern wichtig genommen. Derweil die Ukrainer für Europa auf die Straße gingen, die Letten den Euro eingeführt haben, Georgien und Moldawien Assoziierungsabkommen

mit der EU paraphieren, nimmt in der Europäischen Union die Euroskepsis zu. Gewiss: Die meisten Menschen wollen Europa, aber sie wollen es anders. Wie eine andere, eine bürgernahe EU aussehen könnte, das müsste das Thema für den Kontinent sein.

Europa braucht nicht nur Verträge und Rettungsschirme, es braucht das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn die Wahlbeteiligung zu den Europawahlen 2019 erstmals seit 20 Jahren wieder stieg, haben sich viele Jahre Desinteresse und Misstrauen in Wahlverweigerung geäußert. Das Misstrauen zog mit großer Stärke und europafeindlichem Trara ins Parlament ein. Nationalismus und Nationalismen gewannen im Europaparlament an Raum, so dass europakritische und europafeindliche Parteien ins Parlament gewählt wurden und Europa so zurückgeschoben wurde in eine ungute Vergangenheit, in eine Viel- und Kleinstaaterei, in ein Nebeneinander und Gegeneinander.

Deshalb ist die Mobilisierung von Vertrauen in eine bessere, in eine geläuterte EU so wichtig: Europa muss sozial, bürgernah, menschlich werden. Europa muss Heimat werden für die Menschen. Europa darf nicht nur Wirtschaftsgemeinschaft sein, es muss Bürgergemeinschaft sein. Es darf nicht nur Nutzgemeinschaft für Industrie und Banken sein, es muss Schutzgemeinschaft für die Menschen werden. Das geht nicht mit Geschwurbel, das geht nur mit handfester

sozialer Politik. Eine solche handfeste soziale Politik brauchen wir.

In den Ferien machen viele Familien, die sich so etwas noch leisten können, Urlaub. Wir fahren nach Florenz oder Nizza, nach Versailles oder Venedig, nach Paris, Rom, Prag oder Athen, nach Köln oder Kopenhagen, nach Brügge und Gent, wir laufen durch die großen Museen, durch die alten Burgen, Klöster, Schlösser und Gärten, Dome und Tempel, wir sind vergnügt, wir schauen mit großen Augen – und sehen trotzdem eines nicht: dass die Europäische Union all das, all diese Geschichte, diese Tradition, dass die Europäische Union all dies in sich birgt und darauf aufbaut.

Der Herzenseuropäer

Der Schriftsteller Joseph Roth, ein wahrer Herzenseuropäer, geboren 1894 im galizischen Schtetl Brody, das damals zu Österreich-Ungarn gehörte, gestorben 1939 in Paris, hat 1932 im Vorwort zu seinem großen Roman „Radetzkymarsch“ bittere Klage geführt über den Untergang des alten Europa: „Ein grausamer Wille der Geschichte hat mein altes Vaterland“, schrieb er, „die österreichisch-ungarische Monarchie, zertrümmert. Ich habe es geliebt, dieses Vaterland, das mir erlaubte, ein Patriot und ein Weltbürger zugleich zu sein, ein Österreicher und ein Deutscher unter allen österreichischen Völkern. Ich habe die Tugenden und die Vorzüge dieses Vaterlands geliebt und ich liebe heute, da es verstorben und verloren ist, auch noch seine Fehler und Schwächen“. Mein Gott, wie frohgemut, wie euphorisch würde dieser Joseph Roth heute durch das neue, durch unser Europa gehen. Aus Trauer über den Untergang des alten Europa hat er sich damals in den Alkohol geflüchtet. Heute

würde er jubilieren, er würde tanzen in seinem Pariser Stammcafe, dem Cafe Tournon; er würde schreiben und schreiben, er würde mehr vom guten Europa herbeischreiben, er würde die europäische Geschichte vor Freude tanzen lassen und es wäre ihm schwindlig vor Glück, weil sein altes Europa ganz neu wieder auferstanden ist, größer, friedlicher und einiger denn je. Nie konnten sich die Menschen dieses Kontinents so frei bewegen wie heute, nie gab es so wenig Schranken, Grenzen, Hemmnisse. Millionen von Urlaubern erfahren und erleben dies in ihren Ferien. Mehr denn je können die Menschen in diesem Europa das sein, was Joseph Roth sein wollte: Patriot und Weltbürger.

Wie kann Europa seine Kraft aktivieren, wie muss Europa sein und werden, dass die Menschen es wertschätzen und lieben? Es ist wirklich so, wie ich es schon im Vorspann geschrieben habe: Europa ist das Beste, was den Deutschen, Franzosen und Italienern, den Tschechen und Dänen, den Polen und Spaniern, den Flamen und Wallonen, den Niederländern und Griechen, Bayern, den Basken und Balten in ihrer Geschichte passiert ist. Europa ist die Verwirklichung so vieler alter Friedensschlüsse, die den Frieden dann doch nicht gebracht haben. Die Europäische Union ist das Ende eines fast tausendjährigen Krieges, den fast alle gegen fast alle geführt haben. Sie ist ein unverdientes Paradies für die Menschen eines ganzen Kontinents.

EU ist das Kürzel für das goldene Zeitalter der europäischen Historie. Man schreibt das hin, man sagt das so, und man erschrickt dann fast, weil das nicht zur allgemeinen Stimmung passt, weil immer weniger Leute daran glauben, weil also die europäische Emphase im Alltag zerrieben und überlagert wird von den wirtschaftlichen Sorgen und den sozialen Ängsten der Bürger. Die

Menschen haben Angst; und auf die Angst antworten viele Europapolitiker mit obigem Lobpreis: Europa sei das Beste, was den Deutschen, Franzosen und so weiter und so weiter in ihrer langen Geschichte passiert sei.

Das stimmt ganz sicher – und doch werden solch feierliche Sätze zu bloßem Wortgeklingel, wenn und solange die Menschen diese EU nur als Nutzgemeinschaft für die Wirtschaft und für die Finanzindustrie, aber nicht als Schutzgemeinschaft für die Bürger erleben. Sozialpolitik ist nicht Annex des Ökonomischen, sie darf es nicht sein. Sozialpolitik ist eine Politik, die Heimat schafft; erst kluge Sozialpolitik macht aus einem europäischen Staatsgebilde, aus der etwas sperrigen EU, die immer noch zu sehr Wirtschaftsgemeinschaft ist, eine Heimat für die Menschen, die darin leben: Wer seinen Nationalstaat als Heimat erlebt hat, will daraus nicht vertrieben werden. Er will, wenn die Heimat Nationalstaat zu schwach wird, Europa als zweite Heimat. Wenn also in europaweiten Protesten Demonstranten immer wieder von ihren Regierungen fordern, in einer globalisierten Welt für ein gewisses Maß an ökonomischem Anstand zu sorgen, dann ist das nicht unbillig.

Regeln für ein sozialverträgliches Wirtschaften gehören zum inneren Frieden. Es wächst die Furcht, dass im Wirtschafts- und Euro-Europa die soziale Basis immer mehr unter die Räder gerät. Wenn es dieses Gefühl gibt, und es gibt dieses Gefühl, dann reicht es nicht, von den Bürgern Dankbarkeit zu verlangen dafür, dass die Europäische Union existiert. Europa braucht nicht nur Verträge und eine einheitliche Währung, es braucht auch das Vertrauen seiner Bürger. Die Bürger wissen derzeit nicht mehr so recht, warum sie Europa wollen sollen. Man sagt ihnen, dass allein Europa ein potenter Spieler auf der Weltbühne sein könne, aber sie spüren

diese Potenz nicht. Die europäischen Nationalstaaten verlieren ihre Fassung, aber die EU gewinnt sie nicht. Sie gewann an Größe, nicht an Stärke. Das muss sich ändern.

Früher befragten die Griechen das Orakel von Delphi. Heute befragt Europa die Finanzmärkte. Man kann streiten, was besser ist. Die Kommunikation mit dem Orakel war jedenfalls einfacher. Es hatte einen einzigen Ort und eine einzige Person, die es verkörperte. Der Ort lag an den Hängen des Parnass und die Person hieß Pythia. Das Orakel war also greifbar. Und als es sich spreizte, zog Alexander der Große es an den Haaren in den Tempel. An dessen Eingang befand sich eine Inschrift; sie war der Schlüssel für alle Fragen: „Erkenne dich selbst!“. Möglichkeiten zur Selbsterkenntnis hat Europa in der Griechenland-, Italien-, Portugal- und Zypernkrise wie nie zuvor (vom Brexit ganz zu Schweigen): Diese Krisen waren und sind nicht nur Währungs- und Finanzkrisen, sie offenbaren auch eine Institutionenkrise, eine Krise der Demokratie. Angeblich geht und ging es ja nicht anders in der Euro-Krise: Es musste einfach durchregiert werden; die Märkte warten nicht, heißt und hieß es. Es musste und muss alles schnell gehen; die Exekutive muss effektiv handeln; Entschlossenheit ist Trumpf.

An den Hängen des Parnass

Das erste Gebot der EU-Krisenpolitik heißt daher: Keine Zeit, keine Zeit. Das zweite: Noch schneller noch mehr Milliarden ausgeben. Das dritte: Keine Rücksicht nehmen auf die Parlamente. Das vierte: Erst kommt der Markt, dann kommt der Mensch. Das fünfte: Die alten demokratischen Regeln sind untauglich für das neue Europa. „Die Demokratie ist zu langsam“, hat Manu-

el Barroso, der Präsident der EU-Kommission, im September 2011 erklärt. Nein, Herr Barroso, da sind Sie zu schnell mit ihrer Kritik an der Demokratie; da liegen Sie grundfalsch. Der Vorwurf, dass die Demokratie zu langsam arbeitet, ist „ein alter Topos aus dem Arsenal antidemokratischen Denkens“, so die deutsche Soziologin Karin Priester. Der Euro ist gewiss wichtig. Aber die Demokratie, der Rechtsstaat und der Sozialstaat sind noch viel wichtiger. Die Krise sei nun einmal, so heißt und hieß es zur Begründung der exekutiven Hektik in der Euro-Krise, die Stunde der Exekutive. Das mag so sein. Das Problem dabei ist aber: Die Euro-Krise dauert nicht nur eine Stunde, sondern schon Jahre. Dutzende EU-Gipfeltreffen, allesamt sogenannte Krisengipfel, haben die Parlamente an den Rand gedrängt. Die Demokratie ist ver-rückt geworden.

Der Einfluss der Parlamente, der zentralen Orte der Demokratie, hat in unglaublicher Weise abgenommen. Die parlamentarische Demokratie im Krisen-Europa ist notleidend. Die Souveränität der Parlamente und die Souveränität des Volkes dürfen nicht durch die Souveränität echter oder angeblicher europäischer Experten ersetzt werden. Demokratie ohne Demos ist ein Widerspruch in sich. Am EU-Parlament gingen alle Euro-Rettungsmaßnahmen komplett vorbei; die europäischen Volksvertreter sind nur Zuschauer. Den nationalen Parlamen-

ten geht es ein wenig besser; die dortigen Volksvertreter dürfen immerhin genehmigen, was ihre Regierungen beschlossen haben. Der Bundestag in Deutschland durfte jeweils „passt schon“ sagen zu dem, was eigentlich nicht passt: zur Entparlamentarisierung der Politik, die im Lauf der Euro-Krise vom schleichenden ins galoppierende Stadium übergegangen ist. Die Parlamente sind aber nicht die Bettler unter dem europäischen Tisch, die darauf warten müssen, dass Krümel vom Tisch des Rates herunterfallen; sie dürfen von der EU-Politik nicht in diese Rolle gedrängt werden.

Es geht um das Vertrauen in den demokratischen Prozess: Die Wertschöpfungsanlagen für dieses Vertrauen sind die Parlamente. Die Parlamente werden in der medialen Öffentlichkeit allzu oft als Ort des Streits diskreditiert. Wo sonst aber soll über Europa gestritten werden? In der Krise gibt es einerseits die berechtigte Klage über eine kastrierte Demokratie, andererseits eine besondere Lust auf Alexander-Politik. Das passt nicht zusammen: Die Sehnsucht nach Regierungshelden, die den gordischen Knoten mit einem Schlag zerhauen, ist undemokratisch.

Am autokratischen Wesen von zwei oder drei EU-Regierungschefs wird Europa nicht genesen. Wer ständig eine Ruck-Zuck-Politik fordert, darf sich nicht wundern, wenn ruck, zuck die Demokratie verdirbt. Die Europäische Bürgerinitiative, eingeführt vom Lissabon Vertrag, kann Hoffnung wecken auf einen neuen demokratischen Aufbruch in Europa. Die institutionellen Hürden sind hoch, eine Million aller Bürgerinnen und Bürger in einem Viertel aller Mitgliedsländer müssen der Initiative zustimmen. Richtig zufrieden kann man mit der Europäischen Bürgerinitiative noch nicht sein – ihre Reichweite ist begrenzt auf die Fragen,

„Die Europäische Union ist das Ende eines fast tausendjährigen Krieges, den fast alle gegen fast alle geführt haben. Sie ist ein unverdientes Paradies für die Menschen eines ganzen Kontinents.“

für die die EU-Kommission zuständig ist. Und diese Kommission, die einen demokratischen Legitimationstest kaum bestehen würde, entscheidet über die Zulässigkeit einer Bürger-Gesetzesinitiative.

Da können zwei Millionen Bürger – wie bei der Initiative „Wasser ist Menschenrecht“ – gegen die Privatisierung der Wasserversorgung antreten; und dann kann die Kommission diese Initiative trotzdem einfach wegwischen. Das ist nicht gut, das ist nicht recht, das ist ein schwerer Fehler, das ist antidemokratisch. Wir reden so gern vom Haus Europa. Europäische Häuser gab es schon einmal, Häuser ganz besonderer Art, heilige Häuser: Die Dome und Kathedralen waren einst die Häuser, die trigonometrischen Punkte Europas. Alle Kunst des Kontinents fand dort ihre Form, ihre Gestalt und ihre Heimat –in Brüssel und Barcelona, in Antwerpen und Straßburg, in Wien und in London, in Magdeburg und in Uppsala, in Aachen, Kuttenberg, Burgos und Klausenburg. Aus dem Namen der Baumeisterfamilie Parler, welche die Dome und Münster zwischen Freiburg und Prag gebaut hat, soll sich das Wort „Polier“ entwickelt haben –so nennt man heute den Leiter einer Baustelle.

Man wünscht sich, dass es Poliere ihres Geistes und ihrer Kunstfertigkeit auch beim Bau des Hauses Europa gibt. Ich wünsche mir, dass die Gewerkschaften in Europa zu diesen Bauleuten und zu diesen Polieren gehören, ich wünsche mir, dass sie den Weiterbau des Hauses Europa mitorganisieren. Ich wünsche mir, dass die Gewerkschaften der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und den EU-Politikern klarmachen, dass nicht sie die Bauherren des Hauses Europa sind. Bauherr sind die Völker, Bauherr ist das Volk; Bauherren sind die Menschen, die in diesem Haus leben sollen.

Die Rettungsschirme für den Euro waren

„In der Krise gibt es einerseits die berechtigte Klage über eine kastrierte Demokratie, andererseits eine besondere Lust auf Alexander-Politik. Das passt nicht zusammen: Die Sehnsucht nach Regierungshelden, die den gordischen Knoten mit einem Schlag zerhauen, ist undemokratisch.“

und sind unvorstellbare Milliardensummen groß. Aber die Größe allein bringt es nicht. In Europa wohnen ja nicht Euronen, sondern Menschen, Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische Union braucht das Vertrauen ihrer Bürger, und dieses Vertrauen tropft nicht einfach von den Rettungsschirmen herunter. Ohne dieses Vertrauen bleibt jeder Schutzschirm instabil; er flattert, reißt alles mit oder geht kaputt. Wie sehr das Vertrauen bereits geschädigt ist, konnte und kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab und gibt es wilden Beifall, wenn einer dann nur „500 Milliarden“ sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur ein paar Knöpfe Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen.“

Geld ist wichtig in Europa. Mit Geld kann man Europa gestalten, man kann es auch verunstalten und zerstören. Es gibt ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Hektik der Spardiktate, die über die Südländer der EU verhängt werden und der Apathie, wenn es um die Zähmung des Finanzkapitalismus geht. Europa erleidet die Folgen der

Alters- und Anti-Aging-Exzesse des Kapitalismus. Die Bankenkrise wurde bewältigt und gelöst, indem sie zu einer „Staatsschuldenkrise“ umdefiniert wurde: 90 Prozent der griechischen Schuldtitel lagen vor 2010 bei Banken, Hedgefonds und anderen privaten Gläubigern. Ab 2010 bekam Griechenland Hilfskredite in Höhe von 188 Milliarden Euro vom EU-Rettungsschirm und dem Internationalen Währungsfonds ausgezahlt. Und währenddessen kam es im Jahr 2012 zu einer großen Umwandlung: Es befinden sich nur noch zehn Prozent der Gesamtschulden in den Händen von privaten Gläubigern. Für 90 Prozent der ehemals privaten Schuldtitel garantieren oder haften jetzt – direkt oder indirekt – die europäischen Steuerzahler. Europa wurde offensichtlich missbraucht, um die Finanzkapitalisten zu bedienen. Die Griechen als Schuldner. Shakespeare hat in seinem „Kaufmann von Venedig“ die archaische Vorstellung aufgegriffen, dass man Schulden auch mit einem Teil seines Körpers begleichen könne. Generationen von Interpreten, auch aus der Juristerei, haben sich mit dem Fall befasst. Der Geldverleiher Shylock besteht auf seinem ihm vertraglich eingeräumten Recht, aus seinem säumigen Schuldner, dem Kaufmann Antonio, ein Pfund Fleisch herauszuschneiden. Die Zunft der Juristen, hat viele Jahrzehnte über die Wirksamkeit des Geschäfts und den Urteilspruch gestritten.

Poliere ihres Geistes

Rudolf von Ihering, der große deutsche Rechtsgelehrte, vertrat in seiner berühmten Schrift „Der Kampf ums Recht“ im Jahr 1868 die Auffassung, dass der Anspruch des Shylock wegen Sittenwidrigkeit nicht bestünde. Über die genaue Begründung hat man jahr-

zehntelang diskutiert. Es wurde und wird aber allgemein als intolerabel beschrieben, dass Schulden mit „Fleisch“ bezahlt werden. Wenn es also archaisch und sittenwidrig ist, dass Schulden mit Fleisch bezahlt werden – was ist dann von den Lasten, den Einschnitten und den scharfen Sparmaßnahmen zu halten, die Griechenland und den anderen EU-Südländern auferlegt worden sind? Die massiven Sparmaßnahmen hatten und haben besorgniserregende Folgen für die Gesundheit. Viele Menschen können nicht mehr ordentlich medizinisch versorgt werden, die Selbstmordraten steigen.

Ist das eine Art neues Fleischpfand, das für die Schulden bezahlt werden muss? Die EU-Troika hat bestimmt, dass öffentliche Ausgaben für Gesundheit nicht mehr als sechs Prozent des Bruttosozialprodukts betragen sollen – mit der Folge, dass die Ausgaben für Medikamente und Gesundheitsleistungen um 25 Prozent zurückgefahren wurden. Die Zahl der Krankenhausbetten wurde reduziert. Es wurden keine neuen Ärzte mehr eingestellt. Krankheiten breiten sich wieder stärker aus. In Griechenland kam es zu besorgniserregenden Anstiegen von HIV-Neuinfektionen, Tuberkulose und Malaria. Die Säuglingssterblichkeit nahm um 43 Prozent zu. Die Versorgung von Patienten, die nach einem Unfall oder einer Operation auf Blutkonserven angewiesen sind, war in Griechenland ohnehin seit Jahren schwierig; nun ist sie desaströs. Die Bevölkerung büßte für die Schulden des griechischen Staates – mit Fleisch und Blut. Wo bleibt da der „Sieg des geläuterten Rechtsbewusstseins“?

Kaum ein Krankenhaus in Griechenland kann die europäischen Mindeststandards einhalten. Regelmäßig zeigt das griechische Fernsehen Bilder bettelnder und flehender alter Menschen vor Kliniken oder Apothe-

ken in Athen oder Thessaloniki. Das waren und sind Warnbilder. Die Botschaft: Wehe dem, der in Griechenland ernsthaft krank wird. Wo bleibt da der weise Daniel, wo bleibt die Portia, die hier, wie in Shakespeares Stück, eingreift und das Schlimme verhindert? Jeder, der den „Kaufmann von Venedig“ sieht, sagt, es sei intolerabel, dass Schulden mit Fleisch bezahlt werden. Wo bleibt dieses Rechtsbewusstsein, wenn es um die Euro-Schulden geht? Sollen sie mit Leben und Gesundheit bezahlt werden? Schutzschirme sind für Banken und Euro aufgespannt worden. Aber: Gerettet wurden und werden nicht Menschen. Gerettet werden Schuldverhältnisse, Finanzbeziehungen, Machtgefüge, Wirtschaftssysteme; sie sollen überleben. Ist es nur sekundär, ob und wie Menschen dabei überleben?

Viele Bürgerinnen und Bürger haben das beklemmende Gefühl, dass die EU zwar für die klassische äußere und innere Sicherheit steht, dass sie für Handel und Wandel von Vorteil ist, dass jedoch die sozialen Belange bei ihr nicht gut aufgehoben sind.

Ja, es besteht die Furcht, dass im grenzüberschreitenden freien Wettbewerb, den die EU propagiert, das Soziale immer mehr unter die Räder gerät, weil das unterschiedliche Sozialniveau in den einzelnen Mitgliedsstaaten bei offenen Grenzen erstens zum Sozialdumping einlädt und zweitens zur Nivellierung der nationalen sozialen Absicherung (Tendenz nach unten) führt. Wenn es dieses Gefühl gibt, und es gibt dieses Gefühl, dann reicht es nicht, von den Bürgern Dankbarkeit zu verlangen dafür, dass es die Europäische Union gibt. Europa braucht nicht nur Verträge, es braucht auch das Vertrauen seiner Bürger. Zu diesem Vertrauen kann und muss aber auch die Änderung von Verträgen beitragen – vor allem die Änderung des Lissaboner Vertrages, der dem

Wettbewerbsprinzip quasi Verfassungsrang verleiht und die Konkurrenz unter den Mitgliedsstaaten festschreibt.

Die sozialstaatlichen Ordnungen bröckeln und brechen, und die EU tut viel zu wenig, um sie zu stabilisieren. Die EU gründet, allem anderen Gerede zum Trotz, nicht auf drei starken Säulen, sondern nur auf einer einzigen: der Wirtschafts- und Währungsunion. Wäre die Union ein Staat, sie wäre nach der Bevölkerungszahl der drittgrößte Staat der Welt – 500 Millionen Menschen. Die meisten Menschen in Europa spüren die potenzielle Stärke dieses großen Europa nicht: Sie wollen eine Union, die ihnen hilft, die ihnen die Angst vor Arbeitslosigkeit und vor Billigkonkurrenz nimmt. Sie wollen eine Union, die eine Schutzgemeinschaft ist.

Auf solche Forderungen wird in der politischen Diskussion üblicherweise so geantwortet: Die EU sei für Freiheit und Wettbewerb da, die Nationalstaaten hätten für das Soziale zu sorgen. Die Sozialpolitik, so heißt es, gehöre nun einmal im Lichte des Subsidiaritätsgrundsatzes auf die mitgliedstaatliche Ebene. Dafür spricht in der Tat einiges. Aber eine solche Aufgabenteilung kann nicht funktionieren, wenn die EU vor allem die Vorfahrt für die Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit propagiert. Dann wird nämlich die Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten, dann werden die nationalen Sozi-

„Die massiven Sparmaßnahmen hatten und haben besorgniserregende Folgen für die Gesundheit. Viele Menschen können nicht mehr ordentlich medizinisch versorgt werden, die Selbstmordraten steigen.“

alpolitiken als Hindernisse betrachtet, die beiseite geräumt werden müssen nach dem Motto: freie Bahn der Freizügigkeit, freie Bahn der Dienstleistungsfreiheit, freie Bahn dem Waren- und Kapitalverkehr und weg mit allem, was dabei stört.

Auf dem Papier zumindest ist die EU schon ein wenig sozial geworden: Im Artikel 3 des Lissabon-Vertrages ist nicht mehr nur von einem Europa die Rede, das auf ausgewogenes Wirtschaftswachstum und auf Preisstabilität setzt; in diesem Artikel 3 des Lissabon-Vertrages heißt es auch, dass auf eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft hingewirkt werden soll, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. In der Grundrechte-Charta der EU sind ja sogar soziale Grundrechte aufgeführt, die im Grundgesetz nicht genannt werden. Es reicht nicht, dass sie dort aufgeführt sind. Die Politik muss die Europäischen Verträge entsprechend anreichern; und der Europäische Gerichtshof muss seine Wirtschaftsausgerichtetheit ablegen und sich als Hüter der europäischen Verfassung mit allen in ihr enthaltenen Rechten verstehen, insbesondere auch der sozialen.

Man weiß noch nicht so recht, ob man dem sozialen Bekenntnis trauen kann. Man kann einige Anhaltspunkte finden, die ein soziales Bekenntnis bekräftigen – aber auch viele Anhaltspunkte, die es entkräften. Der Lissabon-Vertrag schreibt einerseits von Vollbeschäftigung und vom sozialen Fortschritt; an anderer Stelle aber hat er wieder blinde Flecken, etwa dort, wo von den Werten der EU die Rede ist; da werden zwar unter anderem die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit genannt – aber die Sozialstaatlichkeit und die soziale Gerechtigkeit sucht man vergebens. Wie kriegt Europa Kraft? Die sozialen Grundrechte brauchen einen Hüter. Das höchste EU-Gericht muss

ein solcher Hüter sein oder besser – werden. Es muss der juristische Olymp einer Union der Bürgerinnen und Bürger sein, es darf sich nicht als der juristische Olymp der weiland EWG, einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betrachten. Die Europäische Union und ihr Gerichtshof in Luxemburg dürfen aus Europa keine Europäische Unsozial-Union machen. Das wäre fatal, das wäre zerstörerisch.

Privatisierung sozialer Verantwortung

Warum? Weil der Sozialstaat, weil die Sozialstaaten in Europa eine Erfolgsgeschichte hinter sich haben. Diese Erfolgsgeschichte hat in den verschiedenen EU-Staaten verschiedene Wegmarken. In Deutschland hat der Sozialstaat zunächst dafür gesorgt, dass Kriegsinvalide und Flüchtlinge einigermaßen leben konnten. Dann hat er dafür gesorgt, dass auch ein Kind aus kärglichen Verhältnissen studieren konnte und später sogar Bundeskanzler werden konnte. Ohne den Sozialstaat hätte es nicht nur einmal gekracht in dieser Republik; der Sozialstaat hat soziale Gegensätze entschärft. Ohne ihn hätte es wohl auch keine deutsche Einheit gegeben. Und ohne eine gute Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte wird es keine europäische Einheit geben.

Es geht darum, die Essentialia dessen zu bestimmen, was der „soziale Fortschritt“, wie er im Lissabon-Vertrag beschrieben wird, umfassen soll. Die Menschen in Europa wollen spüren, dass diese Europäische Union für sie da ist und nicht vor allem für Banken und den internationalen Handel. Sie wollen unter Sicherheit nicht nur die innere, sondern auch die soziale Sicherheit verstehen. Dann kriegt Europa neue Kraft. Die Privati-

sierung von sozialer Verantwortung ist kein guter Weg für Europa. Diesen Weg sollte die EU so nicht weitergehen. Sie sieht noch immer viel zu viel durch die Brille der Wettbewerbsfreiheit. Deshalb kommen soziale Belange, deshalb kommt das Gemeinwohl zu kurz. Deshalb gingen die Anstöße für eine Privatisierung der Post, der Telekommunikation und der Bahn von Brüssel aus. Deshalb ist Brüssel stolz auf diese Privatisierungen, nicht aber der Verbraucher. Deshalb betrachtet die EU die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder auch die Krankenversicherungssysteme mit Skepsis, der Bürger aber mit Wohlgefallen. Wenn der Staat seine Aufgaben abwirft wie der Baum die Blätter im Herbst, wenn sich der Staat immer kleiner macht, dann wird auch der Bereich, den die Wähler mitbestimmen können, immer kleiner. Zu viel Entstaatlichung wird so zur Gefahr für die Demokratie. In dem Maß zum Beispiel, in dem kommunale Versorgungsbetriebe entkommunalisiert werden, verliert die Kommune die Funktion, die sie hatte: Sie ist dann nicht mehr Schule der Demokratie, sondern Zwergschule. Gott sei Dank ist in vielen Kommunen die Zeit der Privatisierung der Daseinsvorsorge wieder vorbei. Europa freilich muss noch lernen, dass nicht alle öffentlichen Güter dem privaten Wettbewerb zum Fraß vorgeworfen werden dürfen. Und die Rechtsangleichung in Europa darf nicht unter das Motto gestellt werden, wie der Mensch noch fungibler für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit wird. Der Mensch ist nicht nur ein Homo oeconomicus, auch der Europäer nicht.

Zu den merkwürdigsten Abschnitten meines Lebens gehört der, den ich in Alfred Wunsiedels Fabrik zubrachte. Ich hatte mich der Arbeitsvermittlung anvertraut und wurde mit sieben anderen Leidens-

genossen in Wunsiedels Fabrik geschickt, wo wir einer Eignungsprüfung unterzogen werden sollten. Ich wurde als Erster in den Prüfungsraum geschickt, wo auf reizenden Tischen die Fragebögen bereitlagen. Erste Frage: „Halten Sie es für richtig, dass der Mensch nur zwei Arme, zwei Beine, Augen und Ohren hat?“ Hier ertete ich erstmals die Früchte meiner mir eigenen Nachdenklichkeit und ich schrieb ohne zu Zögern hin: „Selbst vier Arme, Beine und Ohren würden meinem Tatendrang nicht genügen. Die Ausstattung des Menschen ist kümmerlich.“ Zweite Frage: „Wie viele Telefone können Sie gleichzeitig bedienen?“ Auch hier war die Antwort so leicht wie die Lösung einer Gleichung ersten Grades: „Wenn es nur sieben Telefone sind“, schrieb ich, „werde ich ungeduldig, erst bei neun fühle ich mich völlig ausgelastet.“ Dritte Frage: „Was machen Sie nach Feierabend?“ Meine Antwort: „Ich kenne das Wort Feierabend nicht mehr – in meinem 15. Lebensjahr strich ich es aus meinem Vokabular, denn am Anfang war die Tat!“ Ich bekam die Stelle.

Es handelt sich um eine Geschichte, die Heinrich Böll schon vor Jahrzehnten geschrieben hat. Verlangt wird der grenzenlose flexible, unbeschränkt belastbare Arbeitnehmer, unglaublich gesund, unglaublich robust und unglaublich leistungsfähig.

Die Frage: Wollen wir eine solche Gesellschaft? Wollen wir ein Europa, in dem es überall so zugehen soll wie in Wunsiedels Fabrik – ein Europa, in dem die unbegrenzte Leistungsfähigkeit zählt und sonst nichts, in dem es nur um den Marktwert geht, in dem der Wert des Menschen und der Nationen nur am Lineal der Ökonomie gemessen wird? Das Menschenbild der modernen Ökonomie ist der Homo faber mobilis. Der bloße Homo faber ist Vergangenheit. Er war der Mensch der Moderne. In der Postmoder-

„Es besteht die Furcht, dass im grenzüberschreitenden freien Wettbewerb, den die EU propagiert, das Soziale immer mehr unter die Räder gerät, weil das unterschiedliche Sozialniveau in den einzelnen Mitgliedsstaaten bei offenen Grenzen erstens zum Sozialdumping einlädt und zweitens zur Nivellierung der nationalen sozialen Absicherung (Tendenz nach unten) führt.“

ne reicht es angeblich nicht mehr, wenn der schaffende Mensch einfach arbeitet. Er muss ein Homo faber mobilis sein, in höchstem Maß flexibel, mobil und anpassungsfähig. An der Arbeitslosigkeit ist danach angeblich nicht zuletzt derjenige selbst schuld, der keine Arbeit hat – wäre er genügend mobil, flexibel und anpassungsfähig, wäre er also nicht zu bequem, dann hätte er ja Arbeit. Viele Wirtschaftsinstitute und Politiker verlangen daher bereits nach einem neuen Menschen, dem Homo faber novus mobilis, dem Menschen also, der über seine Grenzen und Beschränkungen hinauswächst. Verlangt wird der perfekte Mensch.

Die Realität, im Nationalstaat wie in Europa, kennt da freilich gewisse Grenzen: Im Gegensatz zu den Schnecken trägt der Mensch seine Behausung nicht mit sich herum. Und er hat, auch deshalb, weil er im Gegensatz zu den Schalenweichtieren kein Zwitter ist, andere soziale Bedürfnisse, die sich unter anderem darin äußern, dass er einen Lebenspartner sucht, eine Familie gründet, im Sport- oder Gesangsverein aktiv ist, dass seine Kinder zur Schule gehen und Freunde haben. Das setzt der ganz

großen und unentwegten Mobilität, das setzt der unbegrenzten Verfügbarkeit gewisse Schranken. Der „Wunsiedel-Mensch“ ist offenbar anders: Er ist ein Mensch ohne Kinder, ohne Familie und ohne soziale Beziehungen. Der Idealtypus des europäischen Bürgers ist das gewiss nicht, er darf es nicht sein – und auch die EU darf nicht von so einem Menschenbild ausgehen. Was würde aus der europäischen Gesellschaft, wenn der Homo faber novus mobilis das gesellschaftliche Leitbild wäre? Ein europäisches Sozialmodell mit einem solchen Menschenbild wäre ein Unsozialmodell.

Europäisches Sozialmodell: das heißt nicht, dass es europaweit gleich hohe Mindestlöhne geben soll oder europaweit das gleiche Arbeitslosengeld oder die gleichen Renten oder die gleichen Schulsysteme. Europäisches Sozialmodell: Das heißt auch nicht, dass das Gesundheitswesen in ganz Europa auf die gleiche Art und Weise finanziert sein muss. Ein gesamteuropäischer, glattgehobelt dünner Sozialstaat mit stromlinienförmigen Vorgaben aus Brüssel – das ist kein europäisches Sozialmodell, sondern eher eine Horrorvorstellung. Europäisches Sozialmodell: das ist etwas ganz anderes. Das ist die gemeinsame Vorstellung davon, dass soziale Ungleichheit nicht gottgegeben ist. Europäisches Sozialmodell: Das ist guter Schutz und kluge Hilfe bei den großen Lebensrisiken, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit. Diese großen Lebensrisiken können nur wenige allein meistern, ohne in Not zu fallen. Europäisches Sozialmodell: Das ist ein gemeinsames Koordinatensystem, in dem die Achsen Solidarität und Gerechtigkeit heißen –und in dem dann die einzelnen Staaten ihre jeweiligen Koordinaten finden und von Brüssel, Straßburg und Luxemburg dabei nicht behindert, sondern unterstützt werden. Ein solches Ko-

ordinatensystem braucht Europa. Es ist das System für neue europäische Kraft.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wird wachsen mit der rechtlichen und der sozialen Sicherheit, die Europa den Bürgerinnen und Bürgern gibt. Es wäre also auch nicht schlecht, wenn die Europäer einen Gerichtshof hätten, dem sie so vertrauen können, wie die Deutschen dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vertrauen. Europa ist sehr viel mehr als der Euro. Die EU nennt sich den Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit. Die Menschen spüren, wenn das eine bloße Behauptung, wenn das ein Schwafelwort, wenn das eine Lüge ist. Europa muss ein anderes Wort sein für Demokratie. Gewiss: Der Euro ist wichtig. Aber noch viel wichtiger als der Euro sind Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Nur so und nur damit wird Europa zur Heimat der Menschen. Also: Woher kann Europas neue Kraft kommen? Die neue Kraft kommt aus den Grundrechten, die auch in Europa Geltung erhalten. Die neue Kraft kommt aus einer sozialen Politik, die den Menschen Heimat gibt. Die neue Kraft kommt aus der Stärkung des Europäischen Parlaments – als dem demokratischen Repräsentanten der Europäer.

Dieses Parlament muss die Kompetenz haben, Europa ein soziales Gesicht zu geben. Auf so ein Europa freuen wir uns. Das Fundament dieses Europäischen Hauses

steht nicht auf den Trümmern der Nationalstaaten. Wer die einzelnen Staaten zertrümmern will, um darauf Europa zu bauen; wer die Verfassungen und Grundsätze zerreißen will, um an deren Stelle eine neue gemeinsame Verfassung zu schreiben – der hat von Europa wenig verstanden. Europa zerschlägt nichts, Europa zerreißt nichts; Europa fügt zusammen. Verfassungen sind nicht dafür da, die Verfassung der Menschen zu ruinieren; sie sollen Vertrauen schaffen.

Europa ist eine neue *concordantia discordantium*, ein Werk, das ganz Verschiedenes, ja Widersprüchliches zur Übereinstimmung bringt. Europa ist ein demokratisches Projekt. Um es zu vollenden, braucht man keine Nacht- und Nebelaktionen, keine Notverordnungen an Parlament und Bürger vorbei. Man braucht dazu die Menschen.

Das Europäische Haus ist ein großes Haus mit vielen Räumen, vielen Türen, vielen Kulturen und vielen Arten von Menschen. Dieses Haus bewahrt die europäische Vielfalt und den Reichtum, der sich aus dieser Vielfalt ergibt. Dieses Haus ist die Heimat Europa. Ein Europa ohne Europäer wäre zum Scheitern verdammt. Also müssen wir streiten für ein soziales und gerechtes Europa. Nur ein soziales und gerechtes Europa ist auch ein demokratisches Europa. Ein demokratisches Europa ist ein Europa, das den Interessen aller seiner Bürger verpflichtet ist, denen der armen und reichen Staaten,

„In der Postmoderne reicht es angeblich nicht mehr, wenn der schaffende Mensch einfach arbeitet. Er muss ein Homo faber mobilis sein, in höchstem Maß flexibel, mobil und anpassungsfähig.“

denen der starken und schwachen Bürger. In der Präambel der Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft aus dem Jahr 1999 steht der Satz: „...im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen, gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen“. Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Das ist eine gute, eine wichtige, eine zukunftsweisende Devise. Sie gilt nicht nur für die Schweiz.

Auch die Stärke Europas misst sich am Wohl der Schwachen, der schwachen Staaten und der schwachen Menschen – und am Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in dieses Europa setzen.

Heribert Prantl ist ein deutscher Jurist, Journalist und Autor. Er leitet seit Januar 2018 das Meinungsressort bei der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) in München und ist seit Januar 2011 Mitglied der Chefredaktion. Heute ist er ständiger Kolumnist und Autor der SZ.





Nemanja

Die zweite Person, die wir auf dem Traktor getroffen haben, war die einzige junge Person im Dorf: Nemanja. Der 19-jährige ist der Nachbar von Rajko und arbeitet mit ihm zusammen als Holzsammler im Wald, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Während des Krieges wurde er in der Wiege liegend aus dem Haus gebracht; er ist ins Dorf wegen seiner Eltern zurückgekehrt, die hier leben. Seine Mutter ist Hausfrau, sein Vater sammelt ebenfalls Holz. Wie lebst du? „Gar nicht, ich komme einen Monat hierher, um mit Holzfällen Geld zu verdienen und die Eltern hier zu besuchen. Dann gehe ich wieder nach Prijedor denn hier gibt es keine jungen Leute, außer ein einziges Mädchen 20 Kilometer von hier. Im Dorf gibt es jetzt 12 Bewohner in sechs Häusern.“ Was willst du vom Leben? „Eine Familie und ich würde gerne irgendwo außerhalb Bosniens und Herzegowinas arbeiten, weil hier alles im Eimer ist.“ Welcher Linie folgst du im Leben? „Der des Geldes.“ Was sind deine Ängste? „Ich fürchte mich vor nichts.“ Wie siehst du die Zukunft dieser Dörfer? „Hier gibt es keine Zukunft. Ich habe nicht vor, hier zu bleiben, hier zu leben, das würde nur ein Verrückter tun. Es gibt eine renovierte Schule im Nachbardorf, aber keine Schüler. Interessant, dass sich Edgar Zippel an uns erinnert hat, denn alle haben uns vergessen. Wir haben Fernsehteams und Journalisten eingeladen, damit sie das hier filmen, aber niemand hat geantwortet.“

Mehr Politik wagen Wer dieser Tage in Europa mit Bürgern diskutiert, von Flensburg bis Freiburg, von Prag bis Rom, von Budapest bis Warschau, hört zweierlei: großen Unmut über die EU und eine große Sehnsucht nach Europa. Die zunehmend sozial verunsicherten Mittelschichten werden jetzt in Finnland wie in Deutschland, in den Niederlanden und in Frankreich zur leichten Beute für die Sirenen rassistischer Parolen. Wenn morsche Systeme zusammenbrechen, geht dies meist schneller als man denkt, warnt die Autorin Richtung EU. *Von Ulrike Guérot*



Die Mehrzahl aller EU-Bürger, rund Zwei Drittel, steht noch immer hinter der europäischen Idee. Diese Menschen möchten Europa nicht verlieren. Viele Bürger haben gerade jetzt Sorge, dass das europäische Projekt scheitern könnte. Mehr noch: Angst. Aber der EU vertrauen sie nicht mehr. Dieser Vertrauensschwund lag in den vergangenen Jahren im europäischen Durchschnitt bei rund 20 Prozentpunkten. Die EU hat bei den meisten Bürgern verspielt. Nur noch etwa 30 Prozent der Deutschen, Franzosen und Briten, also der Menschen in den drei größten EU-Mitgliedsstaaten, befürworten das Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“. Europa ja, EU nein. Das ist die Stimmung. Die Sehnsucht ruft nach einem anderen Europa. Aber dieses andere Europa ist nicht da, es muss erst noch erfunden

werden: ein demokratisches und soziales Europa. Ein Europa der Bürger, nicht der Banken. Ein Europa der Arbeitnehmer, nicht der Industrie. Ein Europa, das gemeinsam in der Welt agiert. Ein humanes Europa und nicht eins, das sich abschottet. Ein Europa, das seine Werte verteidigt und nicht mit Füßen tritt. Dieses Europa gibt es nicht. Fast physisch schmerzt der Verrat der europäischen Idee durch die Nationalstaaten. Verraten die Menschenrechte, die erst im Mittelmeer ertränkt, dann im Schlamm der Balkanroute zertreten wurden.

Verraten die Idee der Grenzenlosigkeit, die jetzt an Zäunen endet. Verraten die Idee der Überwindung von Nationalismus und Populismus, die gerade wieder fröhliche Urstände feiern. Verraten der Traum von einem sozialen Europa, einem Europa der wirtschaftlichen Konvergenz, so wie es im Vertrag von Maastricht noch stand, das aber von einem neoliberalen Binnenmarkt gegenstandslos gemacht wurde. Verraten die nächste und die übernächste Generation, der man durch die Sozialisierung der Bankschulden die Kosten für eine schamlose Finanzmarktparty aufgebürdet hat. Verraten die Sparer, denen man jetzt durch Niedrigzinsen die Spareinlagen und Lebensversicherungen wegfrisst. Die EU hat viele Verlierer produziert in den vergangenen Jahren und nur wenige, aber große Gewinner. Nichts ist darum so brüchig wie die europäische Erzählung dieser Tage. 50 Jah-

re EU-Integration erscheinen einem wie ein dünner Vorhang, der gerade im Handumdrehen weggerissen wird, um einen historischen Abgrund freizugeben, der Europa erneut zu verschlingen droht. Eine reformunfähige, fast apathische EU produziert derzeit nur immer mehr Krise.

Augenscheinlich hat sich die EU mit ihren vielfältigen Integrationsprojekten verlaufen: erst das Projekt des Binnenmarktes, dann das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion. Auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sucht man derzeit vergeblich. Und offenbar ist der EU gerade dasjenige abhandengekommen, was nötig ist, um die Menschen für ein gemeinsames Europa zu begeistern: das Politische schlechthin.

Dieser Verlust des politischen Europas lässt sich in wenigen Sätzen skizzieren. Die Maastrichter Idee einer immer engeren Union war schon Ende der 1990er Jahre zerstoßen. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hat nicht funktioniert. Die Emanzipation Europas von den USA ist nicht gelungen. Was davon übrig blieb, ist in den Wirren des amerikanischen Irak-Krieges 2003 begraben worden, wo ein „United we stand“ die Osteuropäer gegen das deutsch-französische Tandem in Stellung brachte.

Ein tiefer Riss spaltete fortan die EU. Erweiterung und Vertiefung liefen nicht, wie vielfach in den 1990er Jahren beschworen, parallel. Maastricht und Amsterdam, Nizza oder Laeken sind alles europäische Vertragsnamen und Orte, die heute kaum noch ein Studierender kennt: Die EU arbeitete sich an einer immer komplexeren Reformagenda ab, bei der am Ende immer weniger politische Union herauskam und man schon die Einrichtung eines Ombudsmanns im Europäischen Parlaments als Sieg der europäischen Demokratie feierte. Das größte Problem ist vielleicht indes nicht einmal, dass die EU eine

„Despotie“ ist. Das größte Problem der EU ist, dass sie das im politischen Diskurs nicht einmal zugeben kann. Denn was dann? Es gibt nur dieses Europa, also muss es verteidigt werden. Darin ist der europapolitische Diskurs gefangen. Krise heißt auf Griechisch „Entscheidung“. Die EU ist längst aus einem zwischenstaatlichen Zustand herausgewachsen, aber sie kann sich nicht entscheiden, eins zu werden. Sie kann sich nicht entscheiden, politisch und mithin demokratisch zu werden. Wer sich nicht entscheidet zu leben, stirbt. Das ist die Natur der Krise.

Verletzung demokratischer Gebote

Infolge der kolossalen Verletzungen demokratischer Gebote sowie der Entkopplung von wirtschaftlichem und politischem Raum sprießen heute überall in Europa von Finnland bis Griechenland Populismen wie Pilze aus dem Boden, rechte wie linke. Die sogenannten Populisten opponieren gegen die EU. Sie brechen klassische Parteiensysteme auf und sorgen so für die Erosion der nationalen Demokratien. Der Populismus wird gemeinhin als Bedrohung für die liberalen demokratischen Gesellschaften gebrandmarkt. Europa hat aber nur in zweiter Linie ein Populismusproblem.

Sein größtes Problem ist die politische Mitte! Denn die politische Mitte ist nicht in der Lage oder willens, die EU als eine Vergewaltigung der Demokratie anzuprangern. Auch fühlt sie sich nicht bemüßigt, die EU in Richtung auf eine echte transnationale Demokratie hin weiterzuentwickeln und dabei besonders die positive politische und soziale Integration in Europa in den Mittelpunkt zu stellen. Die EU ist nicht in der Lage, aus ihrer politischen Selbstverleugnung herauszutreten.

Das ist das eigentliche Problem in Europa! Der europäische Populismus kommt immer mit zwei Gesichtern daher. Das eine ist ein Anti-Euro-Gesicht, das andere Gesicht wendet sich gegen Migration und Überfremdung. Beide Gesichter verbindet Marine Le Pen mit Viktor Orbán, die „Wahren Finnen“ mit der FPÖ oder die schwedischen Demokraten mit Geert Wilders. Die deutsche AfD glaubte unter Bernd Lucke noch, sie könne das hässliche zweite Gesicht hinter ihrem professoralen Anti-Euro-Gesicht verstecken, bevor AfD-Politiker wie Björn Höcke die xenophobe Fratze der Partei auch öffentlich zeigten. Die Anti-Migration-Fratze der europäischen Populisten macht es der politischen Mitte leicht, sich in moralische Überheblichkeit zu flüchten.

Diese Überheblichkeit versperrt den Blick darauf, dass die Populisten mit ihrer Euro-Kritik einen sehr wunden Punkt des Euro-Governance-Systems treffen: Der Euro kann zwar funktionieren, ist aber nicht demokratisch. Was Marine Le Pen und ihre Fellows kritisieren, nämlich die europäische Postdemokratie, ist nicht sonderlich originell und findet sich als Tatbestand und Kritik in so ziemlich jeder wissenschaftlichen Analyse angesehener Politik- und Sozialwissenschaftler.

Ganze Bibliotheken lehren uns, dass der Euro nicht ausreichend legitimiert und der europäische Parlamentarismus brüchig ist. Der Euro kann die soziale Kohäsion in Europa nicht gewährleisten. Nur wollten wir dieses Wissen jahrzehntlang nicht in die europäischen Parlamente transportieren. Wenn das jemand im politischen Raum laut sagt, kann er schnell in die Gefahr geraten, als Populist zu gelten.

Der gemeine Pegida-Spruch „Wir sind das Volk“ spiegelt für alle auf unangenehme Weise die Tatsache wider, dass Bürger und nicht Staaten souverän sind – nicht im

plebiszitären Sinn, aber sie legitimieren als souveränes Kollektiv die parlamentarische Repräsentation. Folgt man dem Versuch einer Theorie des Populismus des in Princeton lehrenden deutschen Politikwissenschaftlers Jan-Werner Müller, dann ist jemand noch lange kein Populist, nur weil er der Herrschaftsmeinung von nationalen oder europäischen Eliten widerspricht. Marine Le Pen wäre mithin noch keine Populistin oder gar pathologisch, nur weil sie berechtigte Kritik an der derzeitigen Europolitik in Frankreich geltend macht.

Anstatt die Ursachen des populistischen Votums ernst zu nehmen und anzuerkennen, dass es dafür reale Gründe eines Systemversagens gibt, welches soziale und kulturelle Exklusion produziert, reagiert die politische Klasse oft selbstgefällig moralisch: Das eigene Argument wird ethisch überhöht, Rechtspopulisten gelten als nicht integer, irrational, böswillig oder gefährlich, wobei die identitären Bedürfnisse der Globalisierungsverlierer als konkurrierende Werteordnung oder als einfach andere politische Meinung nicht anerkannt werden. Das geflügelte Wort dafür ist heute polarisieren: Wer der Mitte nicht beipflichtet, der polarisiert.

Dadurch werden die Argumente der Anderen nicht pariert, sondern nur politisch entwertet, und dem demokratischen Diskurs wird mithin selbst die Grundlage entzogen: Er muss zwangsläufig erodieren, wenn die politischen Argumente a priori nicht gleichwertig sind und Konsens über Dissens gestellt wird. Mit der Ausgrenzung der Populisten beginnt also der Verfall der Demokratie. Dies ist nun wahrlich nicht zur Verteidigung, gar zur Entschuldigung von Einlassungen von AfD-Stimmungsmachern à la Andreas Poggendorf oder Björn Höcke gemeint.

Das sachlich Richtige darf nicht benannt werden und wird in die populistische Ecke

gerückt. Im alltäglichen Klein-Klein scheiterte daran sogar jüngst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Europäischen Parlament zur Juncker-Steueraffäre, den die Linke und die Grünen nicht zusammen mit den Rechtspopulisten einsetzen wollten. Das ästhetische Prinzip von *form follows function* wird hier durchbrochen: Die Form, nicht die Funktion bestimmt die Politik in der EU. Die Wiedererlangung der politischen Ästhetik in Europa müsste hier ansetzen.

So sind wir in Europa längst in einer Art vorrevolutionärem Zustand angekommen – und haben es nicht gemerkt. Die Galgenplakate in Dresden bei Pegida sind ein Symbol dafür. Vorrevolutionär heißt, dass sich Menschen gegen das System stellen, weil sie die vermeintliche Alternativlosigkeit von Politik – oder ihre kaschierte Korruption und Rechtsbrüchigkeit – nicht akzeptieren. Genau das passiert derzeit allenthalben in Europa. Der Zulauf für populistische Parteien liegt europaweit – je nach Land schwankend – inzwischen bei 30 Prozent. Wo die EU faktisch keine Opposition und keine Reversibilität von Entscheidungen erlaubt, bleibt – rechts wie links – nur die Flucht in die Systemkritik und in neue Parteien. Das ist genau das, was der berühmte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Albert O. Hirschman schon 1970 auf die Formel *exit, voice, loyalty* gebracht hat. Wenn man einem System gegenüber nicht mehr loyal sein kann (*loyalty*) und die eigenen Stimme nicht mehr gehört wird (*voice*), muss man das System verlassen (*exit*).

„Die Anti-Migration-Fratze der europäischen Populisten macht es der politischen Mitte leicht, sich in moralische Überheblichkeit zu flüchten.“

Wer gegen die augenblickliche EU-Politik ist, muss gegen das EU-System sein. Und das sind derzeit immer mehr. Nicht der Populismus bedroht also die EU, sondern die EU produziert den europäischen Populismus. Wo EU-Politik als alternativlos gilt, provoziert sie Systemgegnerschaft. Der postdemokratische Zustand der EU bietet zwar ein formales, aber wirkungsloses Demokratieangebot durch die Wahlen zum Europäischen Parlament. Doch die EU hält das funktionale Versprechen einer Demokratie nicht ein, die immer auch andere Politik hervorbringen können muss. Mehr noch. Gleichzeitig zerstört die EU die funktionalen Demokratien auf nationaler Ebene, indem sie den Staaten zum Beispiel über das sogenannte Europäische Semester und die Haushaltskontrolle zentrale soziale Steuerungsmechanismen entzieht. Merke: Im Niemandsland zwischen europäischer Postdemokratie und nationaler Formaldemokratie von meist großen Koalitionen der politischen Mitte gedeiht der europäische Populismus heute und künftig prächtig.

Der europäische Populismus hat also eine reelle Grundlage, die die politische Mitte nicht zu akzeptieren, geschweige denn systemisch zu korrigieren bereit ist. Der größte Nährboden für die augenblickliche Fremdenfeindlichkeit, die derzeit durch das europäische Flüchtlingsdrama befördert wird, ist – abgesehen von unverbesserlichen Neonazis und Xenophoben – ein anhaltendes, postdemokratisches Euromismanagement, das eine soziale Krise ungekannten Ausmaßes und kolossale Politikverdrossenheit produziert hat. Der deutsche Theologe, Bürgerrechtler und parteilose Politiker Frank Richter spricht in diesem Zusammenhang von einem „Gefühlstau“ und betont, dass Ausgrenzung oder gar Herablassung keine Lösung ist. Überraschenderweise haben kürzlich auch „linke Konservative“ in ähnlicher Weise argumentiert

und das rechtspopulistische Aufbegehren als Symptom für realpolitisches Politikversagen genommen.

Die zunehmend sozial verunsicherten Mittelschichten werden jetzt in Finnland wie in Deutschland, in den Niederlanden wie in Frankreich zur leichten Beute für die Sirenen rassistischer Parolen, weil ihre eigenen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte zuvor mit Füßen getreten wurden. Wenn morsche Systeme zusammenbrechen, geht das meistens schneller, als man denkt. Und immer wird unterschätzt, wie mitleidlos diejenigen, die vom System nie profitieren konnten, es zum Einsturz bringen. Dass der EU viele Tränen nachgeweint werden, dürfte eine Fehlannahme sein – und wenn, dann werden es bestenfalls Krokodilstränen sein.

Empirische Studien belegen inzwischen eine eindeutige Korrelation zwischen Armut und Wahlbeteiligung: Arm wählt nicht. Wahlen bieten keine reale Politikalternative mehr und damit keine Hoffnung auf eine mögliche Verbesserung des eigenen Lebens, weswegen vor allem sozial Deklassierte erst gar nicht mehr wählen gehen. In seinem Buch „The society of equals“ bringt der französische Soziologe Pierre Rosanvallon diese Sache auf den Punkt, wenn er schreibt, dass es bei Demokratie, mehr als um formale Partizipation, um soziale Gleichheit geht und dabei an den Grundsatz der Französischen Revolution erinnert: *liberté, égalité, fraternité*.

Freiheit ist nur mit Gleichheit zusammen denkbar. Wo formale Demokratie angeboten, die soziale Frage aber nicht gelöst beziehungsweise das Gleichheitsversprechen der Gesellschaft nicht eingelöst wird – wenigstens bis zu einem gewissen Grad –, da hat das demokratische System versagt, weil es seine Funktion nicht mehr erfüllt. Dass die Einkommensschere, vor allem die Spreizung der Vermögensverhältnisse in ganz Europa heute

„Und immer wird unterschätzt, wie mitleidlos diejenigen, die vom System nie profitieren konnten, es zum Einsturz bringen. Dass der EU viele Tränen nachgeweint werden, dürfte eine Fehlannahme sein – und wenn, dann werden es bestenfalls Krokodilstränen sein.“

immer weiter auseinandergeht, ist inzwischen umfassend dokumentiert. Es pfeifen schon die Spatzen von den Dächern. Mehr als um Partizipation geht es bei der Demokratie um die Erhaltung sozialer Körper. Europa darf nicht bloße Marktintegration sein.

Die Lösung dieses Problems liegt darum also nicht in erster Linie in der Verunglimpfung von Pegida-Demonstranten, FPÖ- oder Front-National-Wählern, sondern in der Gestaltung demokratischer europäischer Verhältnisse und einer sozialverträglichen Politik in Europa. Und zwar in der Fläche. Die EU vermag diese Lösung nicht hervorzubringen, denn sie kann weder Sozial- noch wirkliche Strukturpolitik machen. Ihre Aufgabe ist weitgehend reduziert auf die Verwirklichung eines Binnenmarktes. Darum kommt die EU an das Vokabular und an den Instrumentenkasten sozialverträglicher Politik gar nicht erst heran. Mit einem Budget von rund 100 Milliarden Euro, derzeit rund 0,9 Prozent des europäischen BIP, einem lächerlichen Bruchteil, hat sie auch gar nicht die Mittel dazu.

Durch eine Binnenmarktpolitik, die maßgeblich mit den Begriffen Strukturreform, Effizienz, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit verhandelt wird und bei der Vergabe von Strukturfonds-Mitteln eine Pro-Kopf-Koppelung hat, fallen vor allem die ländlichen Regionen in ganz Europa aus der Wertschöp-

fungskette heraus. Sie werden mit wenigen Ausnahmen zu Almosenempfängern. Das soziale Problem Europas ist heute im Wesentlichen ein Stadt-Land- und ein Zentrum-Peripherie-Problem. In den verödeten und zersiedelten ländlichen Regionen wählen besonders viele Menschen die Rechtspopulisten – von UKIP über die FPÖ bis hin zum Front National. UKIP floriert im deindustrialisierten Norden Englands, der Front National in den sogenannten centres péri-urbains, den strukturschwachen Regionen Frankreichs und die FPÖ in der Steiermark oder in Niederösterreich. Die einseitige Binnenmarktphilosophie, auf der die heutige EU beruht, treibt diese meist ländlichen Globalisierungsverlierer geradezu in den Populismus.

Unter dem Druck der Rechtspopulisten flüchten die betroffenen Länder ins Nationale, wie es in Ungarn, Frankreich und Polen – aber nicht nur da – schon lange zu beobachten ist. Wo die nationalen politischen Systeme der populistischen Herausforderungen nicht mehr Herr werden und wo außerdem die nationale Politik vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Soziales von der EU eingeeignet ist, da rücken ganze Systeme nach rechts, da erliegen ganze Staaten der Versuchung einfacher Lösungen, nationaler Fantasien oder jahrelanger großer Koalitionen. Nicolas Sarkozy versuchte schon bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2012, Marine Le Pen rechts zu überholen. Die große Koalition in Deutschland ist der Rettungsanker der politischen Mitte in den Ländern, die im Euro sind und die der Europolitik mithin nicht entkommen können. Für die anderen wird die komplette nationale Abschottung zur Option (Ungarn, Polen und ein Großteil der osteuropäischen Staaten) oder der Austritt (Großbritannien). Wo die europäische Demokratie nicht im politischen Angebot ist, bleibt die Fiktion des Nationalen besser alleine. Ohne-

hin ist uns die konzeptionelle Klarheit über Demokratie abhandengekommen. Begriffe wie „autoritär“ oder „legitim“ sind relativ und es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie ein dauerhafter europäischer Ausweg aus dieser systemischen EU-Politikkrise erreicht werden kann. Es ist Zeit, auf die strukturellen Mangelerscheinungen des EU-Wirtschaftsmodells und seine geringe demokratische Verfasstheit zu verweisen. Und es ist Zeit, beides ernst zu nehmen. „If you don't let the system go, you get a revolution“, so jüngst ein amerikanischer Politologe.

Der europäische Populismus ist möglicherweise der Vorbote einer solchen europäischen Revolution, die politisch zu kanalisieren immer schwieriger werden dürfte. Zeit also, Europa radikal neu zu denken. Ist die EU bereit, einen gemeinsamen Ausweg durch die Ausgestaltung einer transnationalen europäischen Demokratie anzustreben, die notwendigerweise eine gerechtere Verteilung zur Grundlage haben muss? Ist die EU bereit anzuerkennen, dass ihre monetäre neoliberale Verfasstheit Teil des Problems ist? Kurz: Ist die EU bereit anzuerkennen, dass auch die derzeitige Wirtschaftsordnung und ihre politische Verankerung im EU-Vertragswerk fundamental neu überdacht werden müssen, wenn die politische Einheit des Kontinents angestrebt werden soll? Oder bleibt nur die Flucht ins Nationale, weil die EU diese Antwort nicht geben will?

Was waren das noch für Zeiten, als die Gurkenkrümmungsrichtlinie uns als das Größte aller europäischen Übel vorkam und der Moloch einer EU-Bürokratie mit einem Bürokratieabbaubeauftragten – einem ansonsten in europäischen Fragen nicht sehr kenntnisreichen Ex-Ministerpräsidenten aus Bayern – bekämpft werden sollte. Wer würde diese Zeiten nicht wieder herbeiwünschen? Gurkenkrümmung statt Flüchtlinge,

Ölkännchen statt Grexit, Glühlampenverbot statt Brexit. Wie hat man sich darüber das politische Maul zerrissen, wie sehr waren die Gurke oder wahlweise die EU-Frauenquote im Munde der kollektiven Stammtescherregung vor allem (älterer) Männer: Um „Frauen“ habe sich Brüssel ja bitteschön gar nicht zu kümmern, das sei wirklich „nationale Angelegenheit“ – Autsch!

Wie sehr haben wir damals schon die politische Ästhetik verraten, das politische Europa nicht ernst genommen und uns konsequenterweise auch nicht darum gekümmert. „Il faut cultiver son jardin“, man muss seinen Garten pflegen, schrieb Voltaire einst im „Candide“. Wir haben das nicht gemacht. Nur 20 Prozent der Deutschen wissen, was die EU-Kommission ist und was sie macht. Kaum ein Jugendlicher kann die Mitgliedsstaaten der EU aufzählen oder nur die Anzahl benennen. Selbst Studierende im ersten Semester einer renommierten Law School kennen Jacques Delors oder den Maastrichter Vertrag nicht. In anderen Ländern dürfte dies ähnlich, wenn nicht schlimmer aussehen.

Längst weiß die große Mehrheit gar nicht mehr, mit welchem Ziel wir 1992 angetreten sind – und warum wir uns wann wie im politischen Projekt Europa so verfranzt haben, dass es jetzt ein wirres Wollknäuel ist, bei dem wir den Faden nicht mehr finden. Der Faden zum politischen Europa aber ist längst abgeschnitten. Die EU findet nicht mehr zu ihrer Ursprungsidee im öffentlichen Diskurs zurück – und sie hat keine neue Idee. Wir sind europäisch gar nicht sprachfähig, wir sind gar nicht in der Lage, politisch über Europa zu diskutieren oder über ein politisches Europa zu diskutieren.

Heute zahlen wir den Preis dafür, und er ist hoch. Im allgemeinen europäischen Kauderwelsch ist keine klare Idee von Europa mehr zu erkennen, weil wir sie nicht mehr in

Worte fassen können. Die Verwahrlosung von Sprache und Diskurs in europapolitischen Debatten – und die damit einhergehende Irreführung von ganzen Wählerschaften – mag man als eine Nebensächlichlichkeit abtun. Doch sie ist wichtig: „Tout est langue“, alles ist Sprache, sagte einst die bedeutende französische Psychoanalytikerin Françoise Dolto. Wir haben Europa politisch längst kleingeredet, lange bevor es, wie jetzt, nur noch kauern am Boden liegt. Die politische Sprache über Europa – und mit ihr die Emotionen – haben sich längst die Populisten geschnappt. Kaum ein nationaler Politiker oder eine nationale Politikerin, die noch in wenigen, flammenden, gar überzeugenden Worten ein glaubhaftes, knappes Argument anbringen könnte, warum die europäische Einigung notwendig ist und wie wir sie bewerkstelligen.

Mit unserer Sprache stellen wir die Ehrlichkeit des politischen Projektes Europa unter Beweis. Ein unehrliches Projekt aber trägt nicht. Selbst ohne demokratiethoretische Kenntnisse fühlen das die Bürger allenthalben. Mit der europäischen Sprachlosigkeit kam die politische Orientierungslosigkeit Europas. In den 1990er Jahren gab es wenigstens noch den Traum einer finalité – eines Ziels. Doch selbst der wurde inzwischen begraben. Solange die politischen Eliten der jeweiligen Länder noch Hoffnungen mit Europa verbanden – Hoffnung auf wirtschaftliche Prosperität

„Das soziale Problem Europas ist heute im Wesentlichen ein Stadt-Land- und ein Zentrum-Peripherie-Problem. In den verödeten und zersiedelten ländlichen Regionen wählen besonders viele Menschen die Rechtspopulisten.“

tät, Hoffnung auf einen EU-Beitritt in Osteuropa, Hoffnung auf Sicherheit, Hoffnung sogar in Frankreich, oh ja, auf den Euro, um die Dominanz der D-Mark im europäischen Währungssystem zu brechen – solange Europa also Hoffnungsträger war, gab es eine riesige europäische Diskurskoalition aus nationalen politischen Eliten, die das politische Projekt Europas beschworen haben.

Spiegelkabinett von Erzählungen

Es waren zwar nur Sonntagsreden, aber sie zeigten, dass politische Erzählungen wichtig sind. Nur müssen sie stimmig sein. Und genau das war die Erzählung von EU-Europa nicht. Als den nationalen Eliten das politische Projekt Europa unter den vielschichtigen Herausforderungen und Veränderungen der letzten zwei Dekaden, vor allem der Eurokrise, in den Fingern zerbröselte, brach die europäische Diskurskoalition zusammen. Europa hatte keinen Anwalt mehr. Es hatte auf einmal viele verschiedene Erzählungen – eine deutsche und eine griechische, eine französische und eine ungarische, eine polnische und eine finnische und viele andere mehr – über die Krisenursachen und Krisenkosten, Erzählungen, die auch noch über die verschiedenen Generationen gebrochen sind und die alle in eine Frage münden: Wer ist schuld?

Dieses Spiegelkabinett von verschiedenen Erzählungen ergibt indes nur noch ein Zerrbild, dem niemand eine Träne nachweint. Es ist wichtig zu verstehen, dass sich die nationalen Eliten schon von Europa verabschiedet hatten, bevor die Bürger es richtig merkten. Die Eliten haben Reißaus genommen, als es schwierig wurde mit Europa, auch in Deutschland. Ob „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, ob „Wirtschaftswoche“ oder „Bild-Zeitung“, ob ordoliberalen Ökonomen oder

konservative Juristen, die „Staat“ noch in den Kriterien der Staatsrechtslehre von 1912 definierten: Alle haben munter die europäische Demontage betrieben, hier wie woanders, ein Prozess kommunizierender Röhren. (Die deutsche Eurokrisendiskurskoalition bestand übrigens hauptsächlich aus Männern, meistens Professoren und älter als 60 Jahre. Und warum das selbst ein Teil des Problems war, darauf gehen wir in Teil III ein.)

Wo Deutschland sich vom europäischen Ethos verabschiedet hat, sind die anderen Länder regelrecht geflohen – zugegebenermaßen die Franzosen zuerst, die schon seit jenem Non des Verfassungsreferendums von 2005 ihre europäische Sprachlosigkeit pflegen. Das Wegbrechen einer europäischen Grundierung im deutschen Diskurs schlug zurück auf die europäischen Erzählungen in den anderen Ländern. Als es um die – notwendige – Fiskalunion ging (vulgo: Transferunion) als Preis für eine einheitliche Währung, antwortete man in Deutschland mit einem schmetternden „Nein, danke – so haben wir Europa nicht gewollt!“ und verschanzte sich rechtlich hinter einer von Anfang an haltlosen No-bail-out-Klausel. Vorwiegend deutsche Ökonomen schürten im Frühstücksfernsehen Inflationsängste, anstatt von defizitärer europäischer Demokratie zu sprechen. Mag man es in Deutschland auch ungern hören: In anderen Ländern und Staaten – von Österreich über Italien bis Großbritannien – wird schon lange und aus prominenten Mündern bemerkt, dass Populismus und Nationalismus in Europa eben auch eine Reaktionen darauf sind, dass in Deutschland langsam aber sicher die europäische Erzählung umgeschrieben wurde, und zwar in eine Erzählung „deutscher nationaler Normalität“, in der man sich spätestens seit dem Fußballsommermärchen von 2006 eitel sonnte, weich gebettet auf Exporterfolge, die der Euroeinführung geschul-

det waren, aber als nationale Leistung verkauft wurden, und deren Früchte man nicht mit dem Rest Europas teilen wollte.

Obendrein baute man noch die Nord-Stream-Gasleitung von Russland direkt an die deutsche Ostsee, in eleganter Umgehung Polens, was die antideutschen Ressentiments des grausigen Jaroslaw Kaczynski und „seiner“ Regierung vielleicht erklärt. Renommiertere britische und amerikanische Historiker formulieren schon längst Dinge, bei denen man sich in Deutschland lieber verstoßen wegduckt, nämlich dass die Austeritätspolitik der Eurokrise eine „europäische Depression“ ungeahnten Ausmaßes geschaffen hat, wie damals in den 1930er Jahren die Brüning'sche Deflationpolitik. Nur eben dieses Mal nicht in Deutschland, weswegen wir den Populismus (zumindest bislang) exportiert haben.

Die EU hat in Deutschland wie in den Nachbarstaaten heute jeden Fluchtpunkt für ein politisches Projekt, für eine sinnstiftende Erzählung des großen Ganzen verloren, in die das Unbehagen an den vielfältigen europäischen Krisen, die die EU heute heimgesucht haben, eingeordnet werden könnte. Jetzt bleiben die europäischen Bürger alleine mit ihren Sorgen, ihrer Angst und der großen Frage: Europa wozu? Solidarität für wen? Für die Griechen? Die Flüchtlinge? Die Briten gar? Oder warum jetzt mit den Franzosen im Krieg gegen den Terror? Und bis wohin?

Wenn in ein paar tausend Jahren – oder vorher – intelligente Wesen auf die Erde kommen und unsere Reden und Europadebatten lesen, was werden die wohl sagen? Wahrscheinlich, dass wir nicht mehr ganz bei Trost waren. Jedenfalls werden sie sich ernsthafte Gedanken über unsere Intelligenz machen. Tatsächlich bleibt ja die Frage: Was haben wir uns dabei eigentlich gedacht? Nicht viel. Zumindest waren wir unehrlich. Sehr unehrlich. Ein kleiner Blick in das fiktive Lexikon

typischer EU-Begrifflichkeiten und Diskurse verdeutlicht dies. Schon erwähnt wurde, dass wir uns mit dem Begriff *sui generis* ein perfektes Feigenblatt dafür geschaffen haben, nichts erklären oder rechtfertigen zu müssen, was an systemischen Absurditäten innerhalb der EU errichtet wurde – allen voran ein Markt ohne Staat und eine Währung ohne Demokratie. Jahrzehntelang übten die Juristen den Drahtseilakt zwischen europäischem Staatenbund und europäischem Bundesstaat und kamen achselzuckend zu dem Schluss: weder noch. Längst monieren Staatsrechtler, dass der einst klare „Dualismus“ zwischen Staats- und Völkerrecht in der EU aufgekündigt und stattdessen ein „permanentener Zustand der Überlappung“ eingetreten sei, laut Dieter Grimm eine „unübersichtliche Gemengelage“.

Der Begriff des europäischen Föderalismus stand jahrzehntelang im Raum, doch schon im französischen und im deutschen Sprachgebrauch sind damit ziemlich unterschiedliche Dinge gemeint: in Deutschland verweist er meist auf die föderale Struktur von Bund, Ländern und Gemeinden; in Frankreich hingegen erinnert föderal an die *Fête de la Fédération* von 1790, mit der de facto die französische Zentralisierung gegen die französischen Regionen begann. Vom ame-

„Die EU findet nicht mehr zu ihrer Ursprungsidee im öffentlichen Diskurs zurück – und sie hat keine neue Idee. Wir sind europäisch gar nicht sprachfähig, wir sind gar nicht in der Lage, politisch über Europa zu diskutieren oder über ein politisches Europa zu diskutieren.“

rikanischen Föderalismus ganz zu schweigen. Begriffsverwirrung, wohin man blickt. Konzeptionelle Unklarheit und politisch-rechtliche Misere als Folge.

Ganze Bibliotheken wurden gefüllt mit teilweise absurden Abhandlungen über „the nature of the beast“, ohne je zu fragen: Wollen wir mit einem Biest leben? Was, wenn es uns frisst? Die Juristen machten sich auf die Suche nach dem locus der Souveränität im EU-Institutionengefüge – und fanden ihn nicht. Oder mal da und mal dort. Kollektiv verdrängt wurde, was es für Folgen hat, wenn Souveränität im Kern das Recht auf „Nicht-Einmischung“ bedeutet. Wer also entscheidet? Die EU ist souverän, die Mitgliedstaaten auch. Und die Bürger? Die doch auch! Aber wo bleiben die? Folgerichtig bekamen alle je nach politischer Konjunktur mal mehr, mal weniger Souveränität zugesprochen: Mal wurde das Europäische Parlament aufgewertet, mal bekamen die Bürger einen Ombudsmann, dann wieder die nationalen Parlamente mehr Rechte, wie der Bundestag 2009 durch das Integrationsverantwortungsgesetz im Rahmen der Ratifizierung des Lisboner Vertrags.

Aber auch der EU-Rat kam nicht zu kurz bei der Ausrufung der sogenannten Unionsmethode 2010. Die Kommission wurde großzügig bedient mit der Kontrolle über das sogenannte „Europäische Semester“ und ist damit diejenige, die tatsächlich über die nationalen Haushalte bestimmt. Mal verteidigte Karlsruhe das europäische Projekt – oder ließ es zumindest nicht fallen – wie bei der (späten) Entscheidung über die Rettungsschirme im März 2015. Mal sprach es dem Europäischen Parlament die Legitimität und mithin seine demokratische Struktur ab, mal bekamen die Bürger eine „Bürgerinitiative“; seither dürfen sie Unterschriften (gegen oder für etwas) sammeln, was die EU-Kommission ernst nehmen

sollte, aber in Wirklichkeit nicht tut. Beliebt noch die Phrase nationaler Politiker, man würde ja gerne mehr Europa machen, aber die Nationalstaaten seien eben nicht bereit, Souveränität abzugeben – eine Souveränität, die sie eigentlich gar nicht besitzen, denn souverän sind nur die Bürger. Oder auch diese leere Worthülse, man müsse „die Bürger mitnehmen“ – in ein europäisches „wohin“, das man selber nicht kennt oder definieren kann. Die Souveränität in Europa ist eine Amöbe – kleinteilig, veränderbar, anpassungsfähig.

Lobbyisten jeglicher Coleur

Die Politikwissenschaft hat das sportlich genommen: Flugs hat sie den Begriff „Mehrebenensystem“ geprägt, multi-level governance, was im Grunde nichts anderes heißt, als dass viele bei europäischen Entscheidungen mitreden dürfen, aber keiner die Verantwortung trägt. Zumindest bleibt die Verantwortlichkeit diffus, und jene Akteure, die teilverantwortlich sind, können kaum zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist sehr praktisch, man hat sich daran gewöhnt. Dann wurde die europäische Zivilgesellschaft geboren, die durch NGOs seit Jahren bei zahlreichen EU-Richtlinien (von Chemikalienrichtlinie bis TTIP) gleichsam einen regulativen Stellungskrieg gegen die EU-Komitologie führt.

Sie kann durchaus manchen großen politischen Schaden begrenzen und Erfolge verbuchen, zum Beispiel die Verhinderung der europäischen Wasserrichtlinie, die die Privatisierung der Wasserbetriebe vorgesehen hatte. Aber wollen wir so einen Stellungskrieg? Oder wollen wir ein gut funktionierendes politisches System? Wo die europäische Demokratie nicht greifbar ist, flüchten wir in die Partizipation und die Scheindemokratisie-





Slavica;

Jovo Ivetić Slavica und Ivetić Jovo, die Schwiegertochter und der Schwiegervater, leben zusammen in einem Dorf in der Nähe von Livno. Jovo, 92 Jahre alt, war Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges. Er kämpfte an der Seite der Partisanen und Titos. Während des Krieges wurde er verwundet. Sein Sohn Slavicin Bozidar Bosko starb im vergangenen Jahr. Eines Morgens trank er Schnaps, bekam einen Herzinfarkt und starb. Slavica erzählt über Bosko immer nur Geschichten der Superlative. Sie erzählt, dass über ihren Bosko der populäre Sänger Mali Knindža ein Lied aufgenommen hat, das er mal in einer Kneipe sang und in dem es 18 Minuten lang nur um Bosko geht. Ganz Banja Luka wollte die CD mit dem Lied über Bosko kaufen. So war Bosko auch der einzige Mann, dem es je gelang von Goli Otok (die Nackte Insel) zu entkommen. (Goli Otok war die berüchtigte jugoslawische Gefängnisinsel zur Tito-Zeit) „Er war genau 12 Jahre, 12 Tage, 12 Stunden und 12 Minuten auf dieser Insel, dann floh er, zum Glück wurde er nicht von den Haien gefressen.“ Sie fährt fort, seine kämpferischen Qualitäten im Bürgerkrieg zu loben und erzählt von Vukovar, Knin und Bi-hac, wo er verwundet wurde. Slavica kritisiert den Staat Serbien, der Bosko nichts zurückgegeben hat. Als Kriegsheld sollte er doch irgendeine Art von Einkommen haben, aber er hat gar nichts bekommen. Neben Bosko hat Jovo noch zwei Söhne, Luku und Momčila, die in Belgrad leben und Tochter Dana, die in Krusevac lebt. Luku ging am Tag vor unserem Besuch zurück, nachdem er erfolgreich Schnaps in der Nachbarschaft gebrannt hatte. Außer den Gastgebern Slavica und Jovo, hielt sich im Zimmer neben dem Ofen noch Kuma auf. Sie ist eigentlich Boskos Patin. Sie lebt allein in der Nachbarschaft und ist 83 Jahre alt. Kuma hat drei Söhne, einen in Serbien, einen in Banja Luka und einen in Amerika. Vor geraumer Zeit starb ihr Mann, sie war ihr ganzes Leben lang Hausfrau. Sie boten uns Soda, Kaffee, Apfelsaft und Schnaps an. Wir tranken ein Soda in dem kleinen überhitzten Raum am Ofen. Der schwach und abwesend wirkende Großvater streichelte die ganze Zeit die Katze mit dem Fuß unter dem Bauch. Slavica über Bosko: „Er war ein Kämpfer, einfach so. Serbisch, fuck, und ich bin kroatisch.“

rung, ersetzen mit leichter Hand Demokratie durch Deliberation, obwohl alle empirischen Studien uns sagen, dass gerade das Regieren im Netzwerk, dass die Komplexität und Vielfalt der Arenen eine natürliche Barriere darstellt, um die Interessen von schwach organisierten, schlecht vernetzten und finanziell unterlegenen Bürgern zur Geltung zu bringen und zu schützen. Das sind im Grunde wir alle.

Stattdessen bevölkern Lobbyisten jeglicher Couleur die Flure von Europäischem Parlament und Kommission. Stakeholder ersetzen quasi parlamentarische Gremien. EU-Politik wurde als Systemsteuerung funktionalistisch verengt. Output-Legitimität ersetzte die Input-Legitimität, und erst, als es nicht mehr genug Output in Form von Wachstum und Prosperität für alle gab, erkannte man hier plötzlich ein Problem. Die zentralen Begriffe des Politischen wie „Regierung“, „Exekutive“, „Legislative“, „Gewaltenteilung“, „Rechenschaft“ – sie wurden von der EU nie besetzt. Lange fiel das nicht auf, weil es nicht wichtig war. Jetzt holt es uns ein.

Woher soll das Politische in Europa kommen, wenn die EU nur *governance*, aber kein *government* hat? Die EU bietet nur technokratische *governance*. Die Populisten wollen aber *government* – und darin haben sie Recht! Wer politisch über Europa reden will, muss das politische Europa möglich machen. Die Gefahr ist, dass wir den Moment des politischen Europas zu lange verschleppt haben. Würden wir es jetzt zur Wahl stellen, käme als Antwort wahrscheinlich nur noch nationaler Furor heraus. Die Falle, in der wir stecken, heißt deshalb: nationale Alpträume versus europäische Governance-Technokratie. Europäische Demokratie? Fehlanzeige. Die diffusen Begriffe belasten die öffentliche Diskussion über Europa. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung sind rund zwei Drittel aller Europäer für einen europäischen Präsi-

denten. Allerdings wollen sie nicht, dass er „alleine regiert und zu viel Macht hat“. So oder so ähnlich steht es auch in vielen Parteiprogrammen: Ein europäischer Präsident ist immer gut, selbst wenn man nicht genau weiß, was er soll und darf. Bei so viel programmatischer Beliebigkeit darf man sich nicht über die vielen beliebten, aber fruchtlosen Diskussionen in Talkshows wundern, in denen gefragt wird: „Mehr oder weniger Europa?“

Mehr Europa von was denn? Von der EU, die wir haben? Einen Präsidenten für was? In der Quintessenz ist es immer das gleiche: Wir nehmen Europa als politisches Projekt nicht ernst. Wir denken uns nicht einmal konsequent hinein und sind dann ganz verwundert, dass das politische Europa nicht da ist, wenn wir es brauchen. So wie jetzt.

Jetzt rufen alle nach europäischer Solidarität – noch so ein Begriff der politischen Unehrllichkeit und Beliebigkeit. Solidarität ist kein rechtliches Konzept, und damit taugt sie politisch nichts, weil sie weder einklagbar noch verlässlich ist. Mangelnde Solidarität kann man nicht sanktionieren. Rechtsansprüche kann man hingegen geltend machen. Erst war Deutschland während der Eurokrise nicht mit dem europäischen Süden solidarisch. Jetzt lässt der europäische Osten Deutschland mit den Flüchtlingen im Stich. Früher bestand auch die Bundesregierung jahrelang felsenfest auf dem Dublin II-Abkommen, wonach Flüchtlinge dort registriert werden und zu bleiben haben, wo sie EU-Gebiet erstmals betreten. Für ein Land ohne EU-Außengrenze ist das eine praktische Position. Ob Italien oder Griechenland damit Probleme hatten, war Deutschland lange egal. Italien hat 2012 händeringend Unterstützung für seine Rettungsaktionen „Mare Nostrum“ auf dem Mittelmeer gesucht und 90 Millionen Euro in die Hand genommen – niemand in der EU war damals solidarisch. Frankreich

„Begriffsverwirrung, wohin man blickt. Konzeptionelle Unklarheit und politisch-rechtliche Misere als Folge.“

erbittet Solidarität für seine Militäraktion im Kampf gegen IS-Terror, vermied aber, den für „Terrorangriffe gegen ein Mitgliedsland der EU“ vorgesehenen Artikel 222 im EU-Vertrag anzuwenden, denn es wollte die EU-Gemeinschaftsinstitutionen umgehen, die dann involviert gewesen wären.

Längst ist der Begriff der Solidarität zu einer Art nationalem Hilferuf verkommen, mit dem jedes Land um praktisch alles bitten kann: die Griechen um Geld, die Ungarn um Zäune. Weil wir bei Europa nicht denk- und sprachfähig sind und gleichsam zum politischen Maschinenraum des europäischen Projektes nicht mehr vordringen, führen wir nur noch sprachliche Rückzugseffekte. Wir konzipieren keine transnationale Demokratie, sondern organisieren nationale Schutzräume.

Wo die europäische Demokratie nicht funktioniert, erschallt oft der Ruf nach Subsidiarität, ein weiteres geflügeltes Wort, mit dem man sich gegen den Kompetenzklau und die Einmischung der EU in „nationale Angelegenheiten“ wehren will. Dann entstehen meist sogenannte „Kompetenzkataloge“, mit denen der gemeinsame europäische Rechtsraum vollends verlassen wird. Selten ist in Europa mit einem Begriff so viel Schindluder getrieben worden wie mit dem der Subsidiarität, den im Übrigen außer den Deutschen sowieso kein Mensch versteht. Meistens geht es dabei dann um normannische Äpfel oder niederländische Milch, Produkte, an denen die vermeintlich strategischen Interessen des jeweiligen Landes festgemacht werden.

Wir merken dabei nicht einmal, dass wir den Diskurs der Populisten – fadenscheinig – bedienen. Während der Eurokrise wurde das europapolitische Vokabular nachgerade schrill: Ob Rettungsfonds oder Stabilitätsmechanismus, Wachstumsstrategie oder Schuldenbremse, die europäischen Bürger wurden erschlagen mit Bürokratenkauderwelsch. Diese politischste aller europäischen Krisen überließ man im öffentlichen Raum ausgerechnet den Ökonomen, die bar jedes kulturellen, historischen oder politischen Gespürs für Europa nur mit Zahlen operierten. Als ob ein politisches Gemeinwesen damit zu erfassen wäre!

Gerade die Eurokrise hat die europäische Idee sprichwörtlich zugemüllt mit Begriffen wie Strukturreformen, Wettbewerbsfähigkeit oder Rettungspaketen. Keiner dieser Begriffe ist klar, keiner dieser Begriffe ist warm. Alle Begriffe verweisen auf den Markt, aber keiner dieser Begriffe verweist auf Demokratie, Verantwortung, Ziele, Bürgerinteressen oder Gemeinwohl in Europa. Keines dieser Wörter reflektiert Werte oder hat eine normative Bindung. Keines dieser Wörter bezieht sich auf ein allgemeines öffentliches Gut. Es sind alles formale Organisationsprinzipien, und sie sind alle kalt. Von keinem dieser Wörter kann man sich ein Bild machen. „In einen Binnenmarkt kann man sich nicht verlieben“, sagte der ehemalige Kommissionsvorsitzende Jacques Delors. Die europäische Sprache muss vom Geröll dieser Begriffe freigeschaufelt werden, damit wir überhaupt wieder erkennen können, was das gemeinsame Projekt auf diesem Kontinent ist. Jahrzehntlang feilschten vor allem Frankreich und Deutschland über eine europäische Wirtschaftsregierung. Es war letztlich nicht mehr als ein Wortgeplänkel. Denn welches Regieren ist kostenfrei? Welches Politik braucht kein Budget? Welches Ministerium hat keinen Etat? Wie will man eine

„Wirtschaftsregierung“ von einer Regierung trennen? Sind Bildung und Verteidigung auch Teil einer Wirtschaftsregierung?

Es gibt also kein Regieren, das nicht ein „Wirtschaftsregieren“ wäre. Der Begriff selbst ist Ausdruck politischer Unehrllichkeit.

Die EU ist eine inszenierte *contradictio in adjecto*. Hinter den konzipierten Politiken stehen nationale Interessen, und davor steht der Schutzwall der Souveränität. „Nationale Interessen sind Interessen von nationalen Politikern und Wirtschaftstreibenden, für die die Interessen der Bürger nur Abschreibungsmasse darstellen“, hat einst Jean Monnet gesagt. Wir sollten uns als europäische Bürger fragen, wie lange wir uns das gefallen lassen! Die europäische Misere wird durch nationale Bürokratien, an die sich nationale Industrien wie Blutegel heften, faktisch institutionalisiert. Nationale Beamte und Bürokratien und ihr sowohl staatliches als auch industrielles Umfeld bedienen dabei im Wesentlichen die eigenen Interessen: Also Kompetenzen und Macht für sich selbst. Das Interesse der europäischen Bürger, nämlich eine für alle funktionierende und gute gemeinsame Politik von Lappland bis zum Peloponnes zu bekommen, steht hinten. Bei den Verwerfungen des Binnenmarktes und den sogenannten „gemeinsamen Politiken“ (Digitalunion, Energieunion, Kapitalunion) gilt: Die EU kehrt nur *ex post* nach, um die *ex ante* selbst geschaffene Misere zu beseitigen. Das Gros der makro-ökonomischen EU-Koordinierungspolitiken könnte eingestampft werden, wenn die EU Infrastruktur, also öffentliche Güter für Transport, Energie und Verkehr für den gesamten europäischen Raum bereitstellen könnte und sich mithin einem europäischen Gemeinwesen verpflichtet fühlen würde. Aber sie kann es nicht. Ein Binnenmarkt braucht sich um das Gemeinwohl eben nicht zu kümmern. Wo der nationale Gestaltungs-

raum bei der Energie-, Digital- oder Kapitalunion noch gerne genutzt wird, wird er jetzt in der Flüchtlingskrise beklagt. Das lässt darauf schließen, dass nationale Spielräume immer dann ausgeschöpft werden, wenn es um nationale Pfründe geht, und die EU immer willkommen ist, wenn man Kosten auf sie abwälzen kann. Lapidar ließe sich feststellen, dass da, wo die EU im Kleinen nicht übt, sie im Großen versagt. Selbst bei der derzeit viel diskutierten Sicherung der EU-Außengrenzen wird noch nicht konkret thematisiert, ob und wie demnächst deutsche oder dänische Grenzschützer in Griechenland oder niederländische Beamte an der rumänischen Grenze patrouillieren werden, wie unlängst sogar der Vizepräsident der deutschen Polizeigewerkschaft forderte. Ein Praktiker, den einfach interessiert, was denn eine gemeinsame Sicherung der Außengrenzen für die Polizeiausbildung und das Beamtentum bedeutet. In welcher Sprache wird zum Beispiel geschult und gearbeitet? Wo der Praktiker eine europäische Lösung sucht, machen die nationalen Politiker derzeit die Binnengrenzen zu, und Schengen wird sang- und klanglos außer Kraft gesetzt. Die Bürger scheinen bereit zu sein, Europa aus der Abstraktionsebene zu heben und das nationale Brennglas beim europäischen Politikdesign zu zerschlagen – die nationalen Politiker hingegen nicht. Die

„Diese politischste aller europäischen Krisen überließ man im öffentlichen Raum ausgerechnet den Ökonomen, die bar jedes kulturellen, historischen oder politischen Gespürs für Europa nur mit Zahlen operierten.“

Bürger wollen effiziente Politik – die Politiker nationale Kompetenz. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Auch die angestrebten institutionellen Lösungen wie die für die politische „Eurozonen-Integration“ gehen zwar grundsätzlich immer wieder in die richtige Richtung, verlieren aber in den multiplen Krisen zunehmend ihre Verve. Seit Jahren verhandelt man in der Eurozone über ihr politisches Fortkommen. Politische Vorstöße noch und nöcher, gute Strategiepapiere en masse: Alles ist auf dem Tisch oder besser in den Schubladen. Emmanuel Macrons immer gleiche Forderung nach fiskalischer und sozialer Harmonisierung, nach einem EU-Budget und einem Eurozonen-Finanzminister liefen ins Leere. Da hatte Deutschland schon die Flüchtlinge, und Eurokrise war gestern. „Wir wissen, was zu tun ist, aber wir können es nicht machen“, hat Jean-Claude Juncker angeblich gesagt.

Der in der Flüchtlingskrise zunehmend sichtbare Bruch zwischen Ost- und Westeuropa verstärkt gerade aktuell die Debatte über die Notwendigkeit von „Kerneuropa“. In Vergessenheit gerät darüber nicht nur, dass es vor der Eurokrise angedacht war, die osteuropäischen EU-Staaten so schnell wie möglich in den Euro aufzunehmen (Ungarn zum Beispiel hatte damals das zeitliche Ziel von 2008; Polen von 2011); sondern vor allem, dass mit jedem Jahr die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West weiter divergieren und inzwischen systemisch petrifiziert werden.

Wie der europäische Kontinent angesichts dieses ökonomischen Bruchs politisch weiter zusammenwachsen soll, erscheint schleierhaft. Nachdem die baltischen Staaten – weniger aus intrinsisch ökonomischen Gründen, sondern wohl eher unter sicherheitspolitischen Aspekten und der Angst vor Russland – in den letzten Jahren noch schnell

zum Euro zugestoßen sind, ist jede Debatte hüben wie drüben inzwischen darüber verstummt, wie der osteuropäische Raum noch in den Euro integriert werden kann, ja, dass er überhaupt zeitnah integriert werden sollte.

Damit aber ist bei den ganzen Eurozonen-Integrations-Debatten beziehungsweise den gerade wieder emporkommenden Diskussionen über „Kerneuropa“ zu fragen, ob wir wirklich wieder nur den halben Kontinent einigen und die Eurozone (samt Baltikum) vom europäischen Osten abspalten wollen – und mithin politisch und vor allem ökonomisch genau jenen Riss in Europa wieder vergrößern wollen, den wir 1989 noch stolz überwunden zu haben glaubten. Längst ist – nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand – eine Debatte darüber entfacht, ob es gar ein Fehler war, die Osteuropäer 2004 in die EU aufzunehmen.

Ja, die Eurozone braucht dringend einen politischen Vorstoß zu ihrer weiteren Integration, bei dem die Frage – oder besser Aufgabe – staatlicher Souveränität vor allem im haushaltspolitischen Bereich – dringend gestellt und in ganz neuer Form auf den Tisch muss. Aber dabei sollte mitgedacht werden, wie wir Osteuropa schleunigst – auch aus strategischen Gründen, denn Währung und Strategie gehören zusammen – in die Eurozone holen. Wahrscheinlich ist es aber jetzt zu spät, nicht nur, um Osteuropa in den Euro zu holen, sondern auch, um den Euro systemisch so zu korrigieren, dass er sozial verträglich und demokratisch wird. Im Rückblick wird man wahrscheinlich sagen können, dass das „Wendejahr“ für die Eurozonenintegration, das Jahr also, in dem die politischen Ambitionen aufgegeben wurden, 2012 war, nachdem die Franzosen unter dem im April neu gewählten Präsidenten Hollande früher als erwartet einknickten und die vor den Wahlen geäußerten Hoffnungen und Ambitionen auf eine politische Reform des Euros in den

Wirren der Eurokrise enttäuscht wurden. Euroland bräuchte, das war schon damals klar, neben fiskalischer und sozialer Konvergenz ein Eurozonenparlament, und dieses Parlament müsste volles legislatives Initiativrecht haben und für das Budget der Eurozone, also einen „Eurozonenhaushalt“, verantwortlich sein, wobei dann auch der „Budget-Zyklus“, von Euroland mit dem „Legislativ-Zyklus“ dieses Eurozonenparlamentes synchronisiert werden müsste. Haftung und Rechenschaftspflicht wären dann wieder auf der gleichen legitimatorischen Ebene. Die Eurozone kann das in ihrer bestehenden Form nicht bewerkstelligen. 2012 gab es indes wenigstens noch politische Hoffnung.

Ein neues Europa fängt mit neuem Denken an, wohl wissend, dass die Schaffung eines anderen Europa unter den gegebenen Bedingungen weder politisch noch juristisch mandatierbar ist – das ist das Wesen einer Utopie. Europa muss von Grund auf neu gedacht werden, um „zu vollenden, was uns vor-enthalten worden ist.“ Diese schönen Worte stammen von Walter Benjamin, der sich in seinen geschichtsphilosophischen Thesen gegen die Utopie als einen Endzustand in einem linear verstandenen Geschichtsbild wendet, und dagegen geltend macht, dass der „heilige Funke“ des Eingedenkens, um zu retten, was gescheitert ist, in jeder Sekunde der Gegenwart zugänglich ist. Dem Gedanken eines linearen historischen Fortschrittes setzt Benjamin eine nichtlineare, diskontinuierliche Zeit entgegen. In ihren Sprüngen, Rissen, in den geschichtlichen Brüchen und Abweichungen ist wie in einem „Brennpunkt“ Utopisches verborgen. Diesen Gedanken leihen wir uns in dieser historischen Sekunde für Europa: Die Utopie ist greifbar! Jetzt, da wir tief in die politische malaise geschaut haben, jetzt, wo wir den Zustand der Postdemokratie verstanden haben und auch, warum die EU uns nicht

„Wo der nationale Gestaltungsraum bei der Energie-, Digital- oder Kapitalunion noch gerne genutzt wird, wird er jetzt in der Flüchtlingskrise beklagt. Das lässt darauf schließen, dass nationale Spielräume immer dann ausgeschöpft werden, wenn es um nationale Pfründe geht, und die EU immer willkommen ist, wenn man Kosten auf sie abwälzen kann.“

aus ihm wird herausführen können, jetzt, da wir gesehen haben, dass uns dies unweigerlich und gleichsam mechanisch in immer mehr Populismus und immer mehr Nationalismus führen wird, jetzt, da wir auch verstanden haben, dass wir selber durch unsere Sprache die politische Ästhetik Europas zerstört und das politische Projekt verraten haben, jetzt, wo wir begriffen haben, dass uns die europäischen Nationalstaaten immer weiter zu immer falscheren Lösungen führen werden, die für viele nicht gut sind, jetzt, wo klar ist, dass wir europäische Bürger durch die EU gegeneinandergestellt und in unseren gemeinsamen demokratischen, sozialen und nachhaltigen Interessen betrogen werden, weil wir nicht nur der europäischen Postdemokratie, sondern auch einem Binnenmarkt ausgeliefert sind, die beide unsere nationalen Demokratien zerstören – jetzt sind wir bereit für die Europäische Republik.

Das einzige, was wir dafür tun müssen, ist, uns vom Nationalstaat als einziger politischer Form für die Demokratie zu verabschieden. Genau das bietet der Begriff der Europäischen Republik!

Die Republik ist von jeher die historische

Fassung für den Zusammenschluss von souveränen Bürgern – warum dann nicht auch in einer transnationalen Demokratie, die in ein Gesellschaftskonzept eingebettet ist? Die Republik ist mithin die Formel für einen europäischen Verfassungspatriotismus jenseits von Nationalstaaten und jenseits von politischen Ideologien. Die Republik ist nicht rechts und nicht links. Sie ist ein transnationaler Rechtsrahmen, dessen entscheidender Punkt die politische Gleichheit aller Bürger ist, die sich in ihr zusammenschließen. Erst das macht sie zu einer wahrhaftigen politischen Einheit, zu einer Union der europäischen Bürger. Das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“, einer Föderation von Nationalstaaten, ist hingegen, wie wir gesehen haben, ein Oxymoron, ein nicht auflösbares Gegensatzpaar. Wenn wir aus diesem Oxymoron heraustreten, ist der Weg frei für ein anderes Europa. Die EU und die Nationalstaaten können einfach nicht beide souverän sein – und souverän sind sowieso nur die Bürger.

EU und Nationalstaat passen nicht zusammen. Europa und Republik passen zusammen. Die Ausgestaltung von Europa als Republik wird uns viel Kraft kosten. Wir müssen die EU und die Nationalstaaten beide ziehen lassen. Die EU – nicht Europa! Die Nationalstaaten – nicht unsere Identität! Wohlgemerkt. Der gedankliche Sprung, den wir dazu vollziehen müssen, ist wirklich zu begreifen, dass wir als europäische Bürger der mittelbare Souverän sind und die Nationalstaaten nur Treuhänder unserer Souveränität. Die Staaten haben die Souveränität von uns nur geliehen. Wir holen sie uns jetzt zurück und bauen die erste transnationale europäische Demokratie: dezentral, regional, postnational, sozial und demokratisch. Das „Netzwerk Europa 21“ ist ein Netzwerk aus europäischen Regionen und Städten, über die das schützende Dach einer Europäischen Re-

publik gespannt wird, unter dem alle europäischen Bürger in ihren bürgerlichen und politischen Rechten gleichgestellt sind. In dem Moment, wo dieses neue Europa von unten gewachsen und eine neue postnationale Demokratie entstanden ist, kann die EU wie ein Kartenhaus in sich zusammensacken. Niemand wird die Brüsseler Technokratie vermissen. Willkommen in der Europäischen Republik!

Ulrike Guérot ist eine deutsche Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Sie ist Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, Gründerin des European Democracy Lab (EDL) in Berlin und beschäftigt sich mit der Zukunft des europäischen Integrationsprozesses. 2016 erschien im Bonner Dietz Verlag ihr Buch „Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie“, auf das dieser Text zurückgeht.

Europa endlich verstehbar machen Die Alternative zur EU lautet: Renationalisierung. Deshalb stehen die EU-Mitgliedsländer vor der Frage: Wollen sie jedes für sich allein gestellt oder wollen sie gemeinsam unser Gesellschaftsmodell und unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung verteidigen? Der Autor ist überzeugt: Wenn Europa sich in seine Einzelteile zerlegt, dann versinkt es in der Bedeutungslosigkeit. Zusammen aber sind die Europäer eine starke Gemeinschaft von Staaten und Völkern, die ihren Bürgern Rechte garantieren *Von Martin Schulz*



Als Bürger einer Grenzregion ist man so etwas wie ein Instinkteuropäer. Für uns alle, die wir nach dem Krieg in diesem deutsch-niederländisch-belgischen Dreiländereck aufgewachsen sind, in diesem europäischen Mikrokosmos, war die Erfahrung mit Grenzen prägend. Für uns alle war es eine alltägliche Erfahrung, in engen, durch hölzerne Schlagbäume markierten Grenzen zu leben. Grenzen, an denen sich lange Schlangen bildeten, wenn man am Wochenende zum Einkaufen oder zum Verwandtenbesuch rüberfuhr. Grenzen, die wegen eines Fußballspiels auch mal ganz geschlossen wurden. Wir alle haben erlebt, wie einengend Grenzen sind und wie befreiend es ist, sie zu öffnen. Kaum etwas verkörpert für mich so sehr die Errungenschaften der europäischen Einigung wie

die offenen Grenzen. Dabei war die Öffnung der Grenzen doch nur der Schlusspunkt der langandauernden Überwindung von anderen Grenzen – kulturellen, wirtschaftlichen und sprachlichen. Wir überwinden das Trennende, um das Einende zu schaffen. Das ist die Botschaft Europas: das Trennende zu überwinden, um das Einende zu schaffen. Deshalb stelle ich mich auch jedem energisch in den Weg, der uns diese Freiheit nehmen will! Wer Grenzen wieder einführen will, der will uns erneut trennen! Viele Jahre war ich Bürgermeister der Aachener Nachbarstadt Würselen und hatte so das große Privileg, Europa im Alltag kennenzulernen. Damals ist in mir die feste Überzeugung gereift, dass politische Entscheidungen immer so nah an den Menschen wie möglich getroffen werden müssen, dass Politik ein menschliches Gesicht braucht, dass Politik greifbar und begreifbar sein muss. Als Europapolitiker habe ich dann oft erlebt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Europäische Union nicht verstehen. „Die EU“ – für sie sind das abstrakte Institutionen, ganz weit weg von ihrem Alltagsleben, für sie ist die EU das Brüsseler Raumschiff, das Bürokratiemonster. Es besorgt mich, dass die Menschen sich immer mehr von Europa entfremden, sich abwenden und sich in dem Haus Europa nicht mehr wohlfühlen. Dabei ist die Idee Europa – das Trennende durch die Zusammenarbeit von Staaten und Völkern über Grenzen hinweg zu überwinden – un-

bestritten. Aber immer weniger Menschen verbinden sie mit „der EU“. Die Frage ist jetzt: Geben wir deshalb die Idee auf oder machen wir die EU verständlicher und leistungsfähiger? Ich bin dafür, die EU verständlicher und leistungsfähiger zu machen, um diese großartige Idee voranzubringen.

Deshalb bin ich 2012 als Präsident des Europarlamentes angetreten, um die Türen und Fenster des Hauses Europa zu öffnen. Damit die Menschen hineinschauen können, und verstehen, was drinnen passiert – wer was, wann, wo und warum macht. Nur so kann das verloren gegangene Vertrauen wiedergewonnen werden. Mit den Präsidenten des Europäischen Rates und der Kommission, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker, hatte ich gemeinsam dieses Ziel. Denn Misstrauen schafft Missgunst. Vertrauen aber schafft Zukunft. Doch in den letzten Jahren ist das Misstrauen gewachsen und hat Kräfte freigesetzt, die Europa zurückentwickeln wollen, die der Renationalisierung das Wort reden, die unsere Demokratie in Frage stellen, ja, die bereit sind, die EU zu zerstören.

Keine Ewigkeitsgarantie

Es gibt keine Ewigkeitsgarantie für die Art wie wir leben. Deshalb ist es gefährlich, die EU als alternativlos zu betrachten. Natürlich gibt es Alternativen zur EU und wir müssen diese Alternativen benennen. Die Alternative zur EU lautet: Renationalisierung. Deshalb stehen wir vor der Frage: Wollen wir jeder für sich allein gestellt oder wollen wir gemeinsam unser Gesellschaftsmodell und unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung verteidigen?

Der nationale Tunnelblick propagiert den Rückzug in die nationalstaatliche Idylle als Insel der Glückseligen und suggeriert

mit simplen Antworten, wie „die Grenzen schließen“ oder „den Euro abschaffen“, könne man die hochkomplexen Probleme der Welt im 21. Jahrhundert lösen. Doch wenn die Probleme sich europäisiert haben, die Lösungsansätze und Instrumente aber national bleiben – dann muss das schiefgehen. Ich bin überzeugt: Wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen, dann versinkt Europa in der Bedeutungslosigkeit. Zusammen aber sind wir Europäer eine starke Gemeinschaft von Staaten und Völkern, die ihren Bürgern Rechte garantieren; Rechte für die in anderen Teilen der Welt Menschen auf die Straße gehen, ja, ihr Leben aufs Spiel setzen.

Denn in anderen Teilen dieser Welt gibt es Kinderarbeit, es wird gefoltert, die Todesstrafe vollzogen, auf Streikende geschossen und das Internet abgeschaltet, wenn die Meinung der Menschen der Staatsmacht missfällt. Wenn diese Staaten aber wettbewerbsfähiger werden als wir Europäer es sind, eben weil sie Grundrechte nicht beachten, dann stehen wir vor der Wahl, so zu werden, wie sie es sind, oder mutig zu sagen: Wer auf unseren reichsten Markt der Welt will, wer mit uns Handel und Wandel betreiben will, der muss unsere Rechte und unsere Standards respektieren. Unsere Wirtschaftskraft entsteht aus dem Binnenmarkt, aus dem Zusammenschluss von Ökonomien, die gerade durch ihre Verbundenheit stark sind. Genau durch diese Stärke können wir unsere Werte, die unser Fundament sind, verteidigen.

Das ist der Auftrag Europas, nach innen geeint und dadurch nach außen gestärkt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu sichern. Wer Hand an dieses Projekt legt, versündigt sich an der Zukunft der nachfolgenden Generationen. Jede Generation ist Erbennehmer und Erblasser zugleich. Meine Generation hat das Haus Eur-

opa von den mutigen Männern und Frauen der Gründergeneration geerbt. Sie haben als Konsequenz unserer tragischen Geschichte entschieden, unsere Interessen so untrennbar miteinander zu verknüpfen, dass Krieg unmöglich wurde und wir gemeinsam Herausforderungen begegnen können. Dass wir Europäer das getan haben, ist, in meinen Augen, seit der Aufklärung die größte zivilisatorische Errungenschaft unseres Kontinents. Diese mutige Entscheidung hat uns seit 70 Jahren Frieden und Demokratie geschenkt, und dies seit dem Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren auch endlich in ganz Europa.

Meine Generation hat nun Sorge dafür zu tragen, dass wir dieses großartige Haus unseren Kindern nicht als Ruine Europa hinterlassen. Um die europäische Einigung für unsere Kinder zu sichern, müssen wir das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen, Europa endlich verstehbar machen, Europa ein vertrautes Gesicht geben. Ein Schritt in diese Richtung war der sogenannte Spitzenkandidatenprozess. Ein deutsches Wort, das zu Recht Eingang in viele andere Sprachen gefunden hat. Zum ersten Mal zogen Personen mit Programmen vor der Europawahl 2014 in den Wettbewerb um Stimmen. Zum ersten Mal war der Kommissionspräsident das Ergebnis einer demokratischen Wahl.

Auf nationaler Ebene ist das ein normaler Vorgang – in Europa ein Aufreger. Das Europäische Parlament wird sich dieses hart erstrittene Recht von niemandem wieder nehmen lassen! Vielleicht haben durch die Spitzenkandidaten einige an Macht verloren – aber die Wählerinnen und Wähler haben an Einfluss gewonnen. Trotzdem möchte ich einen Appell an die Regierungschefs richten: Hört auf damit, alle Misserfolge und ungelösten Probleme Brüssel in die Schuhe zu schieben, die Erfolge aber auf die eigene nationale Fahne zu schreiben! Genau das trägt

zur Entfremdung der Menschen von der EU bei. Ich verstehe, dass es nicht leicht ist, einzugestehen: Als Nationalstaat schaffen wir es im globalisierten 21. Jahrhundert nicht mehr auf uns gestellt in der ersten Liga zu spielen, den Kampf gegen den Klimawandel, unsere Handelsbeziehungen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und unser wertgeleitetes Gesellschaftsmodell im globalen Zeitalter zu behaupten, all das kriegen wir nur mehr im Schulterschluss mit unseren europäischen Partnern und den Gemeinschaftsinstitutionen hin. Ein solches Bekenntnis zur EU, das weiß ich, ist sicherlich kein Programm zur Popularitätssteigerung.

Aber wie viel leichter müsste uns das heute fallen, als es der Gründergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg fiel! Die Versöhnung mit den deutschen Nachbarn, die ungekannte Verwüstungen und Verheerungen über Europa gebracht hatten, das erforderte Mut und Weitsicht. Hätten Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi, Jean Monnet, Robert Schuman und Paul-Henri Spaak in den 1950er Jahren bereits so auf die letzten Meinungsumfragen und die nächsten Wahlen geschaut, wie es meine Politikergeneration tut, dann hätte die europäische Einigung niemals das Licht der Welt erblickt.

Europa braucht endlich wieder Mut und Weitsicht, eine auf Langfristigkeit angelegte Politik! Anstelle des Krisenmanagements der letzten Jahre mit seiner Fokussierung auf

„Hört auf damit, alle Misserfolge und ungelösten Probleme Brüssel in die Schuhe zu schieben, die Erfolge aber auf die eigene nationale Fahne zu schreiben! Genau das trägt zur Entfremdung der Menschen von der EU bei.“

Kurzfristiges, dieses auf Sicht fahren, dieses sich von Krisengipfel zu Krisengipfel hangeln, ist es höchste Zeit, dass wir die Probleme ehrlich benennen, sie wirklich anpacken und nachhaltig lösen.

Vergessen wir nicht: Viele der großen politischen Projekte wurden von der Zeitgenossen zunächst kritisch gesehen. Auch Konrad Adenauers Westbindung und Willy Brandts Ostpolitik waren ebenso umstritten wie weit-sichtig und langfristig erfolgreich. Die Addition von nationalen Interessen ergibt nicht den europäischen Mehrwert. Aber es gibt sehr wohl ein europäisches Gemeinwohl und das gilt es zu maximieren. Deshalb: Wir müssen in Europa enger zusammenrücken. Wenn wir als Europäer zusammenhalten, dann können wir so viel erreichen.

In den letzten Jahren hat angesichts der Krise in der Ukraine, dieses Krieges in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, eine nie zuvor gekannte Solidarisierung in der Außenpolitik stattgefunden. Nationale Regierungen haben ihre Einzelinteressen, Egoismen und Eitelkeiten überwunden, und sich auf eine gemeinsame europäische Linie verständigt. Bislang haben wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Das ist ein Erfolg an sich. Denn wenn jeder für sich spielt, sind wir schwach, nur vereint sind wir stark.

Je weiter man sich von Europa entfernt, desto mehr spürt man die Strahlkraft, die von der europäischen Idee ausgeht, desto mehr sind die Menschen begeistert von der europäischen Einigung. Auf dem Maidan schwenkten sie unsere europäische Fahne. Für Menschen auf der ganzen Welt steht Europa für die Verteidigung der Menschenwürde. Europa, das ist die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Hören wir endlich auf, die Europäische Union schlechtzureden. Wir haben gemeinsam so viel erreicht, gerade wir Deutsche sollten uns das vergegenwärtigen:

Feinde wurden zu Freunden, Diktaturen zu Demokratien, Grenzen wurden geöffnet, der größte und reichste Binnenmarkt der Welt geschaffen. Wir haben Menschenrechte und Pressefreiheit, aber keine Todesstrafe oder Kinderarbeit. Warum sind wir darauf nicht stolz? In unserem europäischen Haus leben viele verschiedene Familien, auch einige neue Familien sind eingezogen. Es geht turbulent zu, manchmal auch laut, aber immer friedlich. Wir haben dieses großartige Haus von unseren Eltern geerbt. Es ist ein wenig in die Jahre gekommen. Deshalb: Lasst es uns erneuern, damit es in seinem Glanz erstrahlt. Mir geht es so: Ich bin dankbar, ein Bewohner dieses Hauses sein zu dürfen.

Martin Schulz ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 1987 bis 1998 war er Bürgermeister von Würselen. Von 1994 bis 2017 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und von 2012 bis 2017 dessen Präsident. Im Jahr 2015 erhielt er den Aachener Karlspreis.

Es riecht nach Revolution Das Gespenst der Nationalismen geht um in Europa. Gerade jetzt sollte der Kontinent Einigkeit beweisen. Doch wer Europa und die EU retten will, muss auf die Interessen des frustrierten Volks Rücksicht nehmen, um den Populisten nicht das Feld zu überlassen. Das lässt sich aber nicht ohne strukturelle Veränderungen anstellen, ohne neue Verfahren, neue Weltanschauungen, Konzeptionen und Ideen. *Von Bogdan Góralczyk*



Europa ist faszinierend, wenn auch unberechenbar, bedrohlich oder gefährlich – je nachdem wie man es sehen mag. Vor noch nicht so langer Zeit wollte es scheinen, dass der Kontinent mit der übernationalen Europäischen Union identifiziert werden würde, mit der mit Leben erfüllten Formel der „immer engeren Union“, die geschickt den Zielpunkt mit einschließt: die vollständige Föderation. Heute ist absehbar, dass daraus nichts wird. Wir haben keine gemeinsame europäische Identität entwickelt, die auf den erhabenen Prinzipien von Gleichheit und Solidarität beruht. Ganz im Gegenteil sind überall neue Risse und Divergenzen zu sehen – in Ost und West im Hinblick auf die Migranten und im reichen Norden und ärmeren Süden wegen der Einkommensunterschiede (nicht nur im Umgang mit den Maastricht-Krite-

rien). Es knirscht auch überaus vernehmlich in den transatlantischen Beziehungen. Noch schlimmer, es gibt innerhalb der EU-Staaten Konflikte, bei denen Euroskeptiker mit den immer selteneren Föderalisten im Streit liegen, Liberale von illiberalen Bewegungen umzingelt sind, die sich nicht sonderlich von Autoritarismus unterscheiden, und Befürworter der offenen Gesellschaft in Meinungsumfragen von radikalen Nationalisten an den Rand gedrängt werden. Anstelle der erhofften Einheit haben wir es mit Polarisierung und neuen Differenzen zu tun, die an die Stelle der bisher gültigen Aufteilung in Rechts und Links treten.

Die bisherigen liberalen Eliten sind umzingelt und auf dem Rückzug; sie sprechen von einer Welle des Populismus, sogar einer Konterrevolution, während die Fahnenträger der neuen Ordnung nicht allein das gemeine Volk hätscheln, sondern die Gelegenheit nutzen, um zum Widerstand gegen die Privilegierten und Starken aufzurufen, ob diese nun in Brüssel oder Berlin sitzen. Noch beflissener rufen sie zum Kreuzzug gegen die, die nicht in die Landschaft passen – seien das nun Flüchtlinge oder Migranten, sei es das mit transnationalen Unternehmen verbundene fremde Kapital oder auch mit der „volksfernen“ Brüsseler Bürokratie, die dem allgemeinen Empfinden nach an einer chronischen Krankheit namens „Demokratiedefizit“ leidet. Den aufmüppigen Massen gefallen weder die bisherigen Privilegien noch die damit bedachten Eliten, die mal Liberale,

mal Technokraten heißen und wohl überall als abgehoben und fern der Sorgen und Nöte der einfachen Menschen gelten.

Es riecht also allenthalben nach Revolution und so nimmt es nicht Wunder, dass wie stets an historischen Wegscheidungen Führergestalten auftauchen, die sich an die Spitze der Unzufriedenen und Aufmüpfigen stellen. Manchmal sind das Politneulinge, wie etwa in Italien, manchmal aber auch altgediente Politiker, die sich mittels populistischem Programm eine Verjüngungskur verpasst haben, wie der einstige Liberale Viktor Orbán oder auch Jarosław Kaczyński, und die sich auf das Motto berufen: *vox populi vox Dei*. Mit anderen Worten: Einmal mehr gilt das Motto: „Allein Gott ist zu fürchten.“ Das trifft auch für die unverhohlenen Versuche zu, die Leute konservativ umzuerziehen und eine christliche Demokratie aufzubauen, traditionelle Familienwerte wiederzubeleben und der Kirche nicht nur in der Religion, sondern generell in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert zuzugestehen.

All dies in Abwehr von Multikulturalismus, offenen Grenzen, einer radikal marktorientierten Wirtschaft und Freiheit in Öffentlichkeit und Moralanschauungen, wie es sehr anschaulich Viktor Orbán im vergangenen Juli beim Jahrestreffen mit der Szekler-Jugend formulierte (die Szekler sind eine ungarische Volksgruppe, die in den rumänischen Karpaten beheimatet ist). Orbán proklamierte das Ende der „Generation der 68er“, die er mit haltlosen Hippies und Blumenkindern identifizierte. Mit der geradewegs entgegengesetzten Agenda werde jetzt „unsere Generation“ Einzug in die europäischen Salons halten. Ende der Lässigkeit, Zeit für Disziplin, und das gilt auch für Moral und Sitten!

Der ungarische Staatschef steht nicht alleine da. Als er 2010 unerwartet an die Macht kam und seine antiliberalen Positionen zu verkünden begann, sah es noch so aus, als sei er

völlig isoliert. Das gilt heute nicht mehr, denn 2015 schlug Warschau eine ähnliche Richtung ein und in jüngster Zeit sind weitere Hauptstädte gefolgt: Wien, Ljubljana, sogar Rom. Es zeichnet sich also eine ganze Bewegung ab, ein Phänomen, das kein ungarischer Sonderfall mehr ist. Zumal die nationalen Kräfte, was auch immer wir darunter verstehen wollen, zusätzlichen Wind in die Segel bekommen haben durch das britische Volksbegehren für den Brexit; auch machen sie die in der Gesellschaft verbreiteten Ängste für ihre Zwecke dienlich. Zur Angst vor einem übermächtigen Markt und weiterem gesellschaftlichen Zerfall gesellte sich nach 2015 die Angst vor dem „Fremden“ hinzu, sei dieser nun Migrant, Flüchtling, Moslem oder Terrorist. Orbán, die Leitfigur der Bewegung, sah in Mauern und Stacheldrahtverhauen an der Grenze die Lösung, was die Liberalen fassungslos machte, dagegen in der Gesellschaft viel Applaus bekam.

Zu den existentiellen Ängsten trat noch eine andere Angst: die um die eigene Sicherheit. Die alte Parole aus dem Clinton-Wahlkampf „It’s the Economy, Stupid“ wurde gedrängt von „Sicherheit, Dummkopf“, aus der die dem eigenen Anspruch nach neuen Eliten, die Antiliberalen, mit beiden Händen Munition schöpfen.

Die EU steht vor der harten Prüfung, den Austritt des Vereinigten Königreiches in die Praxis umzusetzen. Auch wenn Matteo Salvini in Italien erst einmal in den Hintergrund gestellt wurde, auf dem Abstellgleis befinden sich die nach Buchstaben und Geist antiliberalen Populisten noch lange nicht. Der eigens zu den Europawahlen 2019 angereiste Steve Bannon leistete Wahlkampfhilfe durch die Ausrufung einer „nationalen Internationale“. All das, während Matteo Salvini zum „neuen Kreuzzug“ aufrief gegen die, die zu Fuß oder doch eher auf dem Seeweg zu uns kommen und unsere liebe Ruhe stören. Die ganze, von den

Gründervätern, beginnend mit Jean Monnet und Robert Schuman, erdachte Logik der Integration zielte in eine einzige Richtung: Föderation als Krönung des europäischen Projekts. Wie sollte sie jedoch heute noch durchgesetzt werden, bei den allgemein feststellbaren Stimmungen in den Mitgliedsländern? Das ist geradewegs Stoff für das Drehbuch einer Katastrophe.

Allein, indem wir die lose Zusammenarbeit von Nationalstaaten propagieren, also eine Konföderation gemäß den Ideen von Charles de Gaulle (oder genauer gesagt von Christian Fouchet), wäre das, in Anbetracht des bereits erreichten Grades an Integration, Zusammenarbeit und offenen Grenzen nach dem Schengener Abkommen, nicht nur eine rückwärtsgewandte oder zumindest anachronistische Konzeption, es wäre im Grunde genommen auch kontraproduktiv. Damit würde nämlich die Rückkehr zu den Nationalstaaten drohen und diese würden sich früher oder später im Kampf um Souveränität und „patriotisch“ untermauerte Partikularinteressen in die Haare geraten. Da lauert eine Falle, vielleicht eine Sackgasse, in die wir hineinrennen: Offenkundig hat niemand ein Patentrezept für alle Probleme, die Europa derzeit plagen. Wir haben lediglich ein Prophylaktikum, das zu großzügig ausgegeben wird und vielleicht schon wirkungslos ist – ob sich dahinter die allzu große Marktgläubigkeit („Marktfundamentalismus“) oder auch die Rosskur per Gürtel-enger-schnallen verbirgt, wie sie den Griechen verordnet wurde; auf der anderen Seite haben wir die Quacksalber, Magier und Wunderheiler mit ihren einfachen und eingängigen Lösungen im Schnellverfahren, die der Gesellschaft Disziplin und eine von Kasernenhofmentalität nicht mehr unterscheidbare Ordnung überstülpen wollen. Soll ein Übermaß an Liberalität ersetzt werden durch epidemischen Nationalismus und Wagenburgmen-

talität? Wie auch immer das klingen mag, ohne Willen und Wollen Deutschlands wird niemand diesen gordischen Knoten durchschlagen können. Nachdem London aus dem Spiel ist, gewinnt die Keimzelle des europäischen Projekts, die Achse Berlin-Paris, wieder an Bedeutung. Doch Emmanuel Macrons beharrlich wiederholter Vorschlag, „konzentrische Kreise“ zu schaffen, klingt vielleicht in Paris und Westeuropa gut, aber im Osten kann dieser nicht gefallen, wo die Länder Gefahr laufen, automatisch zu Staaten zweiter oder dritter Kategorie herabgestuft zu werden.

Bleibt also die alte, noch aus Willy Brandts Zeiten stammende deutsche Konzeption eines „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, für die sich auch Angela Merkel wiederholt ausgesprochen hat. Wird sie dieser Auffassung treu bleiben oder wird sie unter dem Druck aus Bayern und seitens der illiberalen Strömung Macron nachgeben und sich auf seine Formel des „harten Kerns“ einlassen? Oder hat zufällig doch der in Polen geborene Oxford-Politologe Jan Zielonka recht, der in seinem neusten Buch mit dem bezeichnenden Titel „Konterrevolution“ vorhersagt: „Ich denke nicht, dass Bundeskanzlerin Merkel oder Präsident Macron auf sich allein gestellt den Kontinent aus seiner jetzigen Krise führen können.“ Eins ist jedoch nahezu sicher: Deutschland spielt nolens volens die Rolle des Hegemon und die innereuropäischen Vorgänge der letzten Zeit haben die Rolle der Hauptstädte der Mitgliedsländer wieder gestärkt – auf Kosten der geschwächten, dem Prinzip nach übernationalen EU-Institutionen. Bereits vor einigen Jahren sah der aus Ungarn gebürtige George Soros im Gespräch mit dem Journalisten Gregor P. Schmitz die Sache auf Messers Schneide: Entweder werde Deutschland zu einem „großzügigen Anteilseigner“ und nehme die Verantwortung für Europas Geschicke auf sich oder es trete als zu starker

Organismus aus der Eurozone aus, um die anderen nicht völlig zu dominieren. Der Brexit und das Phänomen Trump verleihen den Überlegungen von Soros noch ganz andere Bedeutungen: Ohne deutsches Engagement lässt sich die EU nicht retten; wenn aber aus Berlin zu viel Druck kommt oder gar zu große Zugeständnisse an die wenn auch territorial begrenzten, von Paris forcierten Föderalisierungsvorschläge gemacht werden, kann das zu weiteren Differenzen und Rissen in Europa führen. Das dürfte wahrscheinlich den Kreml freuen, dagegen nicht so sehr Peking, das einen Partner sucht, um sich besser gegen die USA in Stellung zu bringen.

Es liegt auf der Hand, dass an die Stelle der alten Ideale, Normen und abgestimmten Diplomatie reine Machtpolitik getreten ist. Der seinem eigenen Anspruch nach von unternehmerischer Mentalität geprägte Donald Trump stachelt diese Entwicklung noch weiter an, aber auch für die Zeit nach ihm lässt sich keine einfache Rückkehr zum Status quo ante erwarten. Anstelle des berühmt-berüchtigten „Endes der Geschichte“, wie es der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündete, und des Triumphes westlicher Liberalität haben wir eine Rückkehr der Geschichte mit all ihren Dämonen, einem Rückzug des Westens und einer starken illiberalen oder einfach, gemessen an Botschaft und Agenda, autoritären Strömung.

Anstelle der „immer engeren“, immer homogeneren und kohärenteren Union Europas geistert einstweilen das Gespenst einer immer loseren Union umher, einer schlaffen, von Streitigkeiten und inneren Widersprüchen zerrissenen Union, wie es sich auf dem Kontinent insgesamt zeigt, aber auch in den von Zwistigkeiten und inneren Konflikten gebeutelten Mitgliedsstaaten. Wer kann das wieder zusammenfügen? Wer wird das europäische Projekt und seinen größten, einzigartigen Er-

folgretten – nämlich mehr als 70 Jahre Frieden auf dem Kontinent?

Die Vorschläge, die aus Budapest, Warschau, Rom oder München kommen, sind zwar in ihren Motiven irgendwie nachvollziehbar, doch wecken sie nicht die allerbesten Assoziationen. Sie beschwören anscheinend schon lange begrabene Dämonen herauf: einen Kontinent unzufriedener, zerstrittener, von Nationalismen aufgehetzter und den eigenen Regierungen misstrauenden Bevölkerungen, an deren Spitze sich – auf natürlichste Art – neue Führer stellen, die sich bei den frustrierten Massen anbiedern.

Werden Berlin, Brüssel und Paris (denn London kommt nicht mehr in Frage) in der Lage sein, diese der Form nach neue, doch aus der Geschichte gut bekannte und in schlechter Erinnerung befindliche Bewegung einzudämmen? Eins ist gewiss: Wer Europa und die EU retten will, muss auf die Interessen des frustrierten Volks Rücksicht nehmen, um den Populisten nicht das Feld zu überlassen. Das lässt sich aber nicht ohne strukturelle Veränderungen anstellen, ohne neue Verfahrensweisen, neue Weltanschauungen, Konzeptionen und Ideen. So wie sie zu ihrer Zeit Monnet und Schuman hatten. Wer bringt sie mit in Zeiten von Trumps Isolationismus? Wer erklärt uns, was für ein System die EU heute ist und in Zukunft sein wird? Und was hat Deutschland dazu zu sagen?

*Aus dem Polnischen
von Andreas R. Hofmann*

Bogdan Góralczyk ist Direktor und Professor des Europäischen Zentrums der Universität Warschau. Dieser Text entstand in Kooperation mit der Website „Dialog Forum“, einem Onlineportal, das sich publizistisch mit Fragen zur politischen und kulturellen Dimension Europas auseinandersetzt.





Milan und Srdan

Milan hat zwei Häuser in dem verwüsteten Dorf. Das eine davon ist renoviert und wird von ihm bewohnt. Das andere ist verbrannt und unter den Häusern, die abgerissen werden sollen. Srdan, sein Cousin, hat hier im Dorf ein Haus in der gleichen Reihe, ein Haus seiner Großeltern. Srdan lebt nicht hier, er lebt in einem anderen Dorf in der Nähe von Pea. Milan hat zum Überleben ein paar Rinder, zwei Kühe. Er hat kein Einkommen, weder eine Rente noch eine andere Hilfe. Beide genießen heute am Samstag den Alkohol und der füllt ihnen auch, wie es scheint, hier die Tage in der Wildnis. Als sie unser Auto mit dem deutschen Nummernschild sahen, fuhren sie uns hinterher, weil sie dachten, dass entfernte Verwandte aus Deutschland gekommen waren. Srdan war schon ziemlich angetrunken und forderte gleich von Anfang an Geld fürs Fotografieren, um Bier zu kaufen. Außer von seinen Ansichten bezüglich des Krieges hier wollte er nichts von sich erzählen und beschuldigte die USA, die Nato und Deutschland als Ganzes der Zerstörung und Bombardierung der Dörfer. Es wurde ziemlich anstrengend mit ihm, seine Forderungen nach Geld wurden intensiver. Zum Schluss erzählte er doch noch, dass sein Vater 30 Jahre in Bregenz gearbeitet hätte, dass er versuchen will, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten oder für die richtigen Papiere heiraten wolle.

Aufstoßen von Denkräumen Demokratische Gesellschaften geben meist weniger als zwei Prozent ihres BIP für Kultur aus. Doch sie sollten sich mehr von dieser Kultur leisten, meint die Publizistin Jagoda Marinić, sie müssen sie mit derselben Vehemenz schützen und fördern, wie sie sich vor die Künste, Künstler und Journalisten stellen, wenn sie in Diktaturen angegriffen werden. Die Solidarität der Kulturschaffenden mit ihren Kollegen innerhalb und außerhalb ihres Landes ist eine Brücke über die Länder Europas hinweg. *Von Jagoda Marinić*



Kommen wir einmal zu „den Hoffnungsvollen“, die nach der Wahl von Donald Trump zu hoffen wagten, Europa könnte das abschreckende Beispiel auch dabei helfen, ein hellerer Kontinent zu werden. Es könnte sein, dass sich eine neue politische Kultur entwickelt, eine Kultur jenseits des Lagerdenkens der alten Parteien. Eine politische Kultur, in der ein Sieger demütig das Siegerpodest betritt und den Louvre, ein Kunstmuseum, zum Feiern wählt, weil es weder von den Rechten noch von den Linken je bespielt wurde. Diese Wahl des Ortes zeigt auch den Stellenwert der Kultur für die Politik heute. Nur, wenn wir unser kulturelles Erbe zu bewahren wissen, werden wir Europa, wie wir es schätzen, in die Zukunft retten.

Was kann die Kultur hier leisten? Was die Kulturschaffenden? Zum einen – und das

ist auch ein Vorsatz, die Welt nicht dunkler zu schreiben als sie ist! Schon jetzt schreiben die ersten: Ja, er mag zwar gewonnen haben, aber...!“ Wir schreiben jedes „ABER“ in Großbuchstaben und lassen wenig Gelingen zu, wenig, dass Menschen Kraft geben könnte, sich für ein besseres Morgen einzusetzen. Kritisches Denken ist nicht Schwarzmalen nach Zahlen. Kritisches Denken bedeutet nicht, die Menschen in Angst zu versetzen, bis sie lethargisch werden. Kritisches Denken, im Gegenteil, beruht auf der Ruhe, die durch Übersicht entsteht. Es ist nicht jener Denker der tiefste, intellektuellste, begabteste, der die Zustände am hoffnungslosesten und zynischsten zeichnet. Kritik kann immer der Anfang für neue Antworten sein, auch wenn die Antworten dann von einem anderen als dem Kritiker gegeben werden. Der Intellekt ist nicht dafür da, die Menschen mit den größten Schreckensszenarien zu erschlagen. „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“, sagte Ingeborg Bachmann, womit sie recht hatte. Die Wahrheit ist jedoch immer auch die Möglichkeit auf ein neues Morgen.

Wir kommen aus einer Phase, in der sich die Kulturschaffenden hatten zurückziehen wollen: Wer wollte schon die Rolle von Günter Grass einnehmen? Kunst und Kultur sollte sauber entpolitisiert sein, nur die Erzählung, eine Gegenwelt bieten, sich mit den Niederungen des normalen Lebens oder gar des schmutzigen Politikbetriebs nicht zu sehr be-

fassen. Sie dürfe nicht Partei ergreifen, sonst sei sie keine gute Kunst. Die letzten Jahre haben gezeigt: Die Kultur kann zwar Gegenwelt sein, aber nur in dieser Welt. Oder um es mit Woody Allen zu sagen: „Ich hasse die Wirklichkeit, aber sie ist der einzige Ort, wo man ein gutes Steak bekommt!“

Die Kulturschaffenden sind zurück, ihren Platz in der Gesellschaft zu verteidigen. Denn eines machen autoritäre Herrscher deutlich: Kultur und Kunst, wie wir sie verstehen und schaffen, sind ohne Freiheit und die universellen Rechte des Individuums nicht möglich. Die Kultur ist keine Schutzzone, in der Kulturschaffende vor der Welt um sie herum verschont werden könnten. Wenn weltweit Autoren, Künstler und Journalisten für ihre Arbeit mit ihrer Freiheit bezahlen müssen, dann wird klar: Eine unfreie Gesellschaft wird kein freies Theater dulden. Sie wird keinen „unsittlichen“ Roman dulden.

Eine unfreie Gesellschaft wird keine freie Meinungsäußerung dulden. Und es wird bei der Einschränkung der Freiheit nicht nur um Meinungsäußerungen gehen, es wird um die Freiheit gehen, sich auszudrücken. Was denken Sie, welchem Bereich die meistverfolgten Künstler weltweit zugehören? Der Musik. In Berlin konnte 2017 der Weltpianist Igor Levit in Berlin bei der Bewegung #PulseofEurope die Europahymne spielen. In anderen Ländern könnte er für diese Einmischung mit seiner Freiheit bezahlen. Autoritäre Herrscher meinen, es sei nicht Aufgabe der Kunst, Hoffnung auf Gleichheit zu schenken, Zusammenhalt zu ermöglichen, indem man Menschen dazu

„Der Intellekt ist nicht dafür da, die Menschen mit den größten Schreckensszenarien zu erschlagen.“

bringt, gemeinsam die Europahymne zu genießen oder gar mitzusingen. Mit seinem Auftritt verteidigt Levit nicht nur Europa, er verteidigt die Freiheit der Kulturschaffenden, für jene Welt zu kämpfen, die Grundlage des künstlerischen Schaffens ist.

Die Ereignisse der letzten Jahre, die Idee, dass dieses Europa zerbrechlich ist, hat viele Kulturschaffende daran erinnert, dass sie nicht in einem Schutzraum leben, sondern dass sie mit der Gesellschaft um sich herum verbunden sind, dass ihre Leben nicht im Konzert- oder Literaturhaus endet. Diese neue Verwundbarkeit der europäischen Grundwerte hat viele Kulturschaffenden wieder an ihr Bürgersein erinnert. Kulturschaffende sind wieder verstärkt Bürgerinnen und Bürger. Ein Satz schreibt sich anders, wenn man weiß, dass in einem anderen Land, nicht weit entfernt, eine Autorin wie zum Beispiel Asli Erdoğan für denselben Vorgang mit ihrer Freiheit bezahlt. Es ist etwas anderes, zu bloggen, wenn man weiß, dass in einem anderen Land ein Blogger wie Raif Badawi für seine Meinungsäußerung mit hundert Schlägen bestraft wird und seine Frau Ensaf Haidar von Kanada aus die Öffentlichkeit um Hilfe bittet, damit er diese Folter überlebt. Liberale Werte stehen weltweit unter Beschuss und Kulturschaffende von heute werden daran erinnert, dass es Zeiten gab, in denen Bücher verbrannt wurden, Filme verboten wurden und gerade die Künstler ins Exil mussten, wenn sie überleben wollten.

Die Kultur wird in friedlichen Zeiten oft als Zierde einer Gesellschaft beschrieben – dabei ist sie ihre Substanz, ihr Rückenmark. Diktatoren wissen das und knüpfen sich eben diesen freien Bereich einer Gesellschaft als Erstes vor: Wenn ich die Meinungsstarken, die Begabten, die Prominenten klein und ruhig kriege, habe ich alle zum Schweigen gebracht, meinen sie. Demokratische Gesellschaften geben meist weniger als zwei Prozent ihres BIP für Kul-

tur aus. Doch sie müssen sich mehr von dieser Kultur leisten, sie müssen sie mit derselben Vehemenz schützen und fördern, wie sie sich vor die Künste, Künstler und Journalisten stellen, wenn sie in Diktaturen angegriffen werden. Die Solidarität der Kulturschaffenden mit ihren Kollegen in- und außerhalb ihres Landes ist eine Brücke über die Länder Europas hinweg.

Wer Freiheit als Wert verteidigt, der verteidigt Europa

Kultur hält Europa zusammen. Wer in Europa die Freiheit als Wert verteidigt, der verteidigt Europa. Und gleichzeitig, weil die Zeiten so dringlich sind, müssen wir achtgeben, dass die Kultur nicht zur Geisel wird, nicht in Haft genommen wird, das zu leisten, was politische Debatten zu leisten haben, doch mit künstlerischen Mitteln. Kunst muss frei bleiben von einem Auftrag. Nur in dieser Freiheit kann sie ein Kind der Hoffnung bleiben. Freiheit – das kann auch der Atemzug sein, den ein Gedicht auslöst, weil es in einem einzigen Vers unserer Verletzbarkeit ein Zuhause bietet. Ein Wortzuhause jenseits der Staatsbürgerschaft. Die Meinungsfreiheit sowie die Freiheit sich künstlerisch auszudrücken, sind Grundsäulen der demokratischen Grundordnung.

Der Kulturschaffende ist Bürger. Er mag in seinem Verständnis auch Weltbürger sein, doch dieses großartige Konzept ist eine Utopie, sie ist vielleicht eine Chance für morgen. Heute hingegen sehen wir: Wer den falschen Pass hat, kann im Kopf Weltbürger sein, doch er wird mit diesem Kopf auf den Schultern ins Gefängnis gesteckt, wie es etwa dem deutsch-türkischen Journalist Deniz Yücel widerfahren ist. Die Idee der „Weltbürger“ darf die Einschränkungen der vielen zugunsten der Privilegien der wenigen nicht beschönigen. Einer, der sich Weltbürger nennt, heute schon, darf

seine Privilegien nicht verschweigen. Wer Freiheit als solche erfahren hat, der wird auch die Verantwortung spüren, diese zu verteidigen. In den heutigen Zeiten leben viele im Dilemma, dass diese Freiheit genutzt wird, um antidemokratische Thesen zu verfechten.

Ein Kampf gegen Minderheiten statt ein Kampf um Minderheitenrechte, wie sie unser Grundgesetz vorsieht. Auch diese Meinungen werden von Bürgern vorgetragen. Um Voltaire zu zitieren: „Das Recht zu sagen und zu drucken, was wir denken, ist eines jeden freien Menschen Recht, welches man ihm nicht nehmen könnte, ohne die widerwärtigste Tyrannei auszuüben. Dieses Vorrecht kommt uns von Grund auf zu; und es wäre abscheulich, dass jene, bei denen die Souveränität liegt, ihre Meinung nicht schriftlich sagen dürften.“ Das gilt auch für jene, deren Meinung derzeit als europafeindlich oder nationalistisch gesehen wird. Es ist an uns, diese Meinung anzuhören, ihr Platz zu geben, doch für jenes Europa zu kämpfen, das Vielfalt in Einheit leben kann. Es ist an uns, für Bedingungen des Zusammenlebens zu sorgen, die unsere Argumente überzeugend machen. Ein abschottender Elitismus ist ebenso wenig die Antwort auf diese Fragen wie die Elitenfeindlichkeit, die um sich greift.

Die Hoffnung, die Europa geben kann, ist seine historische Erfahrung. Der wertvolle Schatz an historischem Wissen, Scheitern und Gelingen – all das hat die europäische

„Wenn die Kulturschaffenden etwas tun können, dann sicher auch, dieses Wissen wieder lebendig zu machen: Was hat es bedeutet, in Unfrieden zu leben? Wie viele Kriege gab es und wie wurden sie geführt?“

Geschichte zu bieten. Es ist diese Geschichte, die uns zusammenhält. Es muss ein für alle abrufbares Narrativ geben, das uns von dieser europäischen Identität erzählt, das jedem Einzelnen dieses Wissen zugänglich macht. Ich möchte Ihnen hier ein wichtiges Buch ans Herz legen: „Europe – The Struggle for Sumpremacy“ von dem irischen Historiker Brendan Simms, der an der Universität Cambridge lehrt. Ein Buch, das die Geschichte Europas von 1453 bis heute erzählt. Es ist eine Geschichte jahrhundertelanger Kämpfe um Vormacht. Zahllose Flottenkriege, Königreiche, Glaubenskriege, Fürstentümer, eine Geschichte der Allianzen und Bündnisse. Alle diese Jahrhunderte sind kollektive Erfahrung – doch leider nicht immer kollektives Wissen. Wenn die Kulturschaffenden etwas tun können, dann sicher auch, dieses Wissen wieder lebendig zu machen: Was hat es bedeutet, in Unfrieden zu leben? Wie viele Kriege gab es und wie wurden sie geführt? Wenn Politiker nun meinen, es wachse eine Generation nach, die sich mehr für freie Roaming-Gebühren interessiert als für das europäische Friedensprojekt, dann kann man nicht als Antwort die Gebührenfreiheit propagieren, sondern muss bei der Bildung ansetzen.

In Europa wurde nach 1500 das Konzept einer Weltordnung definiert, beschlossen und umgesetzt. Eine Weltordnung, die es den Europäern möglich machte, die Welt zu erobern und auszubeuten. Es gehört auch zur Kultur Europas, sich des eigenen Hochmuts bewusst zu sein, den wir Europäer über Jahrhunderte an den Tag gelegt haben. Es gehört zur europäischen Identität, zu wissen, welche Kulturen, Ethnien und Gebiete Herrscher und welche Diener waren. Ab dem 15. Jahrhundert dominierte Europa die Welt. Europa war der Gravitationschwerpunkt der Kolonialisierung. Und schon damals war Europa kreativ, sich moralisch freizukaufen. In Valladolid trafen sich 1550 bis 1551 Theolo-

gen, die Karl der V. zusammengerufen hatte, zum Disput von Valladolid. Schon damals ging es darum, wer die Barbaren seien, und wer das überlegene Volk. Theologisch argumentierte Grundlagen für die Sklaverei und Ausbeutung der amerikanischen Ureinwohner. Historische Verantwortung ist ein Wert, den Europa groß zu schreiben hat – schon lange vor den letzten Weltkriegen.

Auch Bildung und Demokratisierung sind europäische Werte. Wenn wir heute von Europa und Kultur reden, dann darf die Erfindung des modernen Buchdrucks nicht fehlen. Es ist Teil der europäischen Kultur, dass der Zugang zu Bildung demokratisiert wurde. Das Heraustreten aus dem Mittelalter hatte zu tun mit dem Heraustreten aus einem elitären Kreis von Klerikern und Herrschern, die Wissen für sich behielten. Die Entdeckungen der Weltreisenden wurden durch den Buchdruck immer mehr Menschen zugänglich gemacht. Man entdeckte die Antike neu, die eigenen Wurzeln, und räumte plötzlich der Vernunft mehr Platz ein, stellte die althergebrachten Institutionen infrage. Martin Luther schlug schließlich seine 95 Thesen nicht nur an die Tür des Schlosskirche Wittenberg, er schlug damit für ganz Europa die Tür zu neuen Denkräumen auf. Mit diesem neuen Denken erhielt das Individuum einen neuen Ort in der Weltordnung: Der Mensch konnte direkt mit Gott sprechen. Die Aufwertung des Einzelnen gegenüber der Institution – und das Gewissen des Einzelnen standen plötzlich im Mittelpunkt. Auch dies ist die Arbeit von Kulturschaffenden: neue Denkräume eröffnen.

Was auf Luthers Thesen jedoch folgte, waren Kriege. Auch das ist europäische Kultur. Neue Ordnungen gehen mit Kriegen einher. Nur wer sich diese Verläufe und immer wiederkehrenden Phänomene der Geschichte vergegenwärtigt, wird den Wert einer Europäischen Union als Friedensprojekt zu würdigen wissen.

Ich habe vor Kurzem mehrere zentrale Orte Europas besucht, die auf ihre Weise von der Vielfalt dieses Kontinents erzählen. Das Burgenland in Österreich zum Beispiel: eine europäische Region, in der Minderheiten besondere Rechte zustanden. Ihre Sprachen und Kulturen wurden geschützt, Autonomie wurde ihnen in allen kulturellen Bereichen zugesichert. Trotz allem sterben inzwischen die kulturellen Identitäten aus. Barcelona, die Hafenstadt Kataloniens, in der man die Rolle des Mittelmeers für Europa studieren kann. Im dortigen Maritim Museum am Hafen, nahe der Kolumbus-Säule, hat die Stadt die Geschichte der Schifffahrt neu aufgearbeitet: Ich betrat das Museum und befand mich nur wenige Schritte später im Bauch eines Schiffes. In diesem kleinen Holzschiff finden sich Videoanimationen über den Schiffsbau von damals. Wie haben die Menschen so ein Schiff gebaut? Was brauchten sie und wo konnten sie die Rohstoffe finden? Warum waren Schiffe und das Mittelmeer überhaupt von solcher Bedeutung in jener Zeit? Ich sah Kinder über die großen Displays gebeugt, wie sie nach Rohstoffen suchten, um ein Flottenschiff zu bauen. Alles, was man brauchte, war in der kleinen Region unterhalb der Pyrenäen zu finden, – so wird in diesem kleinen Holzschiff und wenigen Quadratmetern Museum der Stolz einer europäischen Region wie Katalonien nachvollziehbar. Eine Region, die nach Unabhängigkeit strebt und Autonomie, danach, die eigene Sprache nicht ausgelöscht zu sehen, an der die eigene Kultur hängt, die eigene Erinnerung. Kinder in diesem Museum stehen vor der riesigen Galeere, mit der die christlichen Mittelmeermächte bei der Seeschlacht von Lepanto 1571 die Osmanen besiegten. Sie sehen, wie Europa Menschen zu Sklaven gemacht hat, weil es keine Maschinen gab, die Schiffe vorangetrieben hätten. Es gab fast 40.000 Tote am Ende dieser Schlacht auf dem Mittelmeer.

Die Geschichte Europas ist der Kampf um den Fortschritt, die Brillanz, mit der er verfolgt wurde und es sind die Schattenseiten. Diese Erfahrungen zu bergen, sie an die nächsten Generationen von Europäern weiterzugeben, als kritisch durchdachte und nicht als Mythen beschwörende Inhalte, das ist eine Chance der Kulturschaffenden und ihrer Institutionen.

Dieses Europa ist ein Mosaik, ein Puzzle aus autonomen Provinzen, Unabhängigkeitsbestrebungen und immer wechselnden Bündnissen. Nur wer diese Vielfalt versteht, kann Europa verstehen. Diese Vielfalt war immer Herausforderung, doch sie war auch der Grund für die rasante Entwicklung dieses Kontinents. Europa ist eine Aneinanderreihung außergewöhnlicher Politikentwürfe, die stets auf Balance ausgerichtet waren; eine Aneinanderreihung von gescheiterten Reichen, von denen das für unsere heutige Gesellschaftsordnung entscheidende der Zweite Weltkrieg und die Folgen des Dritten Reiches sind. Die gesellschaftliche Grundlage, der Artikel eins des deutschen Grundgesetzes, ist entstanden, weil wir uns einer Sache nicht mehr sicher sein konnten: Die Würde des Menschen sei unantastbar. Wir leben auf dieser schriftlich fixierten Grundlage, weil wir uns dessen bewusst sind, dass Humanität verloren gehen kann. Und erkämpft werden muss.

Wenn man Historiker und Diplomaten erzählen hört, wird schnell deutlich, dass Europa innerhalb seiner Reiche immer zahlreiche Prinzen, Machttäger und unterschiedliche Provinzen unter einem Hut versammeln musste und es in allen Zeiten ungewöhnliche Versuche gab, Zustimmung und Mehrheiten zu suchen. Der diskursive Charakter Europas ist alt. Während die chinesischen Imperatoren beispielsweise einen absoluten Anspruch über ihre Herrschaftsgebiete hatten, mussten die europäischen immer mit der Idee der balancierten Herrschaft führen. Man war zwar Herrscher,

aber die einzelnen Provinzen mussten ins Boot geholt werden, wie das heute genannt wird. Auch daran erinnern wir zu wenig, dass dieses Europa immer – mit den brutalen oder weniger brutalen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen – ein Europa des Aushandelns war. Das letzte Mal, dass Europa nicht diesen Weg gegangen ist, ein totalitärer Herrscher es mit Krieg überzog, legte den Kontinent in Schutt und Asche. Nach dem Zweiten Weltkrieg, unter anderem durch den Schrecken des Holocaust, wurde ein Friedensprojekt ins Leben gerufen, das für dieses Aushandeln diplomatische und bürokratische Wege sucht.

Dieses Friedensprojekt sollte Europa im Rahmen der Europäischen Union ein Format für dieses Aushandeln bieten – zunächst auf wirtschaftlicher Ebene. Dieses Format hat sich leider deformiert: Statt mit den Jahren mehr kulturellen Zusammenhalt zu fördern, hat es sich weiterhin auf mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit verlassen. Bürger und Experten sehen ein Demokratiedefizit in dieser Europäischen Union, Misstrauen ist entstanden, vor allem im Hinblick darauf, wer die Nutznießer dieses Projekts sind. Diese Europäische Union, wie sie jetzt funktioniert, wird als ein Grund

„Die Geschichte Europas ist der Kampf um den Fortschritt, die Brillanz, mit der er verfolgt wurde und es sind die Schattenseiten. Diese Erfahrungen zu bergen, sie an die nächsten Generationen von Europäern weiterzugeben, als kritisch durchdachte und nicht als Mythen beschwörende Inhalte, das ist eine Chance der Kulturschaffenden und ihrer Institutionen.“

dafür gesehen, weshalb die europäische Einheit und Verständigung in Gefahr ist.

Es ist die Aufgabe der Bürger Europas, daran zu erinnern, dass die Europäische Union dem Frieden auf diesem Kontinent zu dienen hat und nicht Partikularinteressen. Die Europäische Union darf nicht den Eindruck erwecken, ein Selbstbedienungsladen für bürokratische und neo-liberale Kräfte zu sein; sie darf nicht das Sprungbrett für die Rechtspopulisten sein, sie ist auch nicht die Festungsbeauftragte Europas, die Minderheitenrechte für die Nationalstaaten aushebelt. Im Gegenteil: sie müsste die Plattform sein, die es den einzelnen Ländern ermöglicht, die Werte Europas gemeinsam umzusetzen und zu verteidigen.

Ein existenzieller Wert für Europa ist auch die Kraft der Ideen, die Kraft der Worte, die Kraft der Aufklärung. Ein beispielhafter Wert Europa ist das Erinnern und Aufarbeiten von Fehlern aus der Vergangenheit. Die Werte Europas sind die Summe des Gelernten aus den historischen Fehlern, die dieses Europa gemacht hat. Wer diese Lektionen nicht lernen will, der bringt Europa zurück und nicht nach vorne. Es liegt an uns, ob wir, wie es heißt, die Geschichte wiederholen, oder, ob wir sie nutzen, um aus ihr zu lernen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – das sind Ideen, die Kulturschaffende in die Gesellschaft getragen haben. Es sind Ideen, die den Menschen an einen neuen Platz in der Weltordnung gesetzt haben, den Bürger zum Souverän machten. Wir sind wieder in einer Zeit angekommen, in der Kultur sich nicht verstecken kann – denn sie wird gefunden und böse erwachen, wenn sie zu lange schläft.

Es wird viel darüber diskutiert, was Politik kann, was die Medien können. Doch was können die Kulturschaffenden? Ich möchte diese Frage insofern erweitern, als ich zurückfrage, wer Kulturschaffende sind. Kulturschaffende sind Bürger – und Bürger sind Kulturschaf-

fende. Wir alle schaffen Kultur. Es gibt niemanden, der mit seinem alltäglichen, privaten Tun oder Wirken im öffentlichen Raum nicht auch ein Kulturschaffender wäre. Eltern schaffen Kultur, wenn sie ihren Kindern Werte vorleben oder nahebringen. Ein Politiker oder eine Politikerin prägt mit seiner Sprache und Agenda die politische Kultur. Medien schaffen mit ihrer Berichterstattung eine Debattenkultur. Medien formen jedoch auch eine Aufmerksamkeitskultur, das heißt, sie sind maßgeblich an der Frage beteiligt, was Bürgerinnen und Bürger beschäftigt, was sie für relevant halten und was nicht. Ich würde sogar so weit gehen, zu behaupten, dass sie daran beteiligt sind, was Bürgerinnen und Bürger für die Welt halten – dabei zeigen sie immer einen Ausschnitt. Medienkultur, das ist immer auch das Auswählen und Präsentieren von Wirklichkeit – also geht es auch um die Kultur der Verantwortung. Die Verantwortung ist ein Wert, der es schwer hat in Zeiten von Quoten und Zahlen, die dem Profit dienen sollen. In einer Welt der ökonomischen Superlative, in der vermeintlich nur das Maximale gewinnt. Wenn Medien und Politik sich addieren und Polarisierung zum Gegenstand ihrer Kultur machen, dann schwappt diese Polarisierung auf die Bevölkerung über. Medien bilden nicht nur ab, sie sind Akteure. Es war Donald Trump, der sagte, er hätte diese Wahl ohne die US-Medien nie gewonnen, weil ihm die Mittel gefehlt hätten, so viel Werbung für seine Agenda zu machen, wie ihm durch die Aufmerksamkeit der Medien einfach zuteilwurde. Er hat trotz seiner frauen- und menschenverachtenden Rhetorik gewonnen, weil Aufmerksamkeit ein Wert an sich geworden ist.

Wer so viele Blicke und Klicks auf sich ziehen kann, der gewinnt. Des Kaisers neue Kleider ist ein Märchen, das in der heutigen Zeit so nicht mehr funktionieren würde. Wenn heute ein Kaiser nackt durch die Stra-

ße ginge und das Kind sagte: Der Kaiser ist ja nackt – würde man sagen: Na und, es ist der Kaiser, schließlich sehen ja alle hin. Kultur und kulturelle Bildung kann gegen diese billige Aufmerksamkeitsökonomie angehen. Diese grelle Aufmerksamkeitsmaschine ist auch das Werkzeug der rechten Kräfte. Der rasante Aufstieg der AfD ist nur aufgrund der Überaufmerksamkeit erklärbar, die ihr zuteilwurde. Die Kultur hat auch hier den passenden Satz hervorgebracht: „Die Geister die ich rief, werd' ich nicht los!“

Wenn die Kultur im klassischen Sinn, die Kulturschaffenden also, etwas Wertvolles einbringen können, dann die Erinnerung an eine Gesellschaft, in der das Ringen um die Aufmerksamkeit und die Gewinnermittlung nicht der Mittelpunkt des Gemeinwesens waren. Wenn die Kultur etwas kann, dann die Idee Europa plastisch zu machen, die Ideen am Leben zu halten. Doch Kultur wäre nicht Kultur, wenn sie nur konservieren würde. Kultur ist auch das Wagnis, die Suche nach dem Unbekannten, das Riskieren.

Ideen, das ist Kultur. Worte, Bilder, die Fähigkeit zu begreifen, jenseits der Fakten. Nun leben wir in einer Zeit, in der plötzlich wieder die Gefühle eine Gefahr für die Fakten geworden sind. „Fakten statt Gefühle“ ist ein beliebter Slogan, der sich gegen die Ängste stellen möchte. Doch Kultur braucht auch das Gefühl, der Mensch ist ohne das Gefühl nichts weiter als eine zu kalkulierende Variable. Es ist die Kultur, die genau diese Entmenschlichung des Menschen nicht mittragen kann. Es ist die Kultur, die das wahre Gefühl vor dem manipulierten Gefühl retten kann. Denn der Gegner der faktenbasierten Argumentation ist nicht das Gefühl, es ist das manipulierte Gefühl.

Nach dem Dunkel des 20. Jahrhunderts hat dieser Kontinent nach neuen Mitteln der Politik gesucht. Man wollte die Kriege hinter sich lassen, die Kämpfe. Gleichwohl ist der

Mythos des Kampfes um Bürgerrechte und Demokratisierung ein zentraler Bestandteil der Geschichte Europas. Diesen Mythos haben viele den rechten Kräften überlassen – die europäische Geschichte darf man jedoch nicht jenen überlassen, die in einem schein-demokratischen trojanischen Pferd in die Parlamente einziehen und von dort aus die Säulen dieser Demokratie einreißen möchten.

Wir müssen klarstellen, dass wir alle als Kulturschaffende um das kulturelle Europa kämpfen, dass wir heute jedoch klüger kämpfen, dass man nicht dabei zusehen wird, wie Europa zurück ins Mittelalter katapultiert wird; das dunkelste Kapitel unserer Geschichte wollen wir hinter und nicht vor uns wissen. Demokratiefreunde lassen sich auf die alten Mittel nicht ein, weil sie bessere gefunden haben. Man operiert sanfter. Was die Geschichte Europas lehrt: Demokratie muss Wohlstand in die Breite ermöglichen, ansonsten ist Demokratie gefährdet. Wenn der Wohlfahrtsstaat gefährdet ist und Menschen verarmen, dann darf man nicht so lange schweigen, bis in die Räume dieser Armut ausgrenzende und menschenverachtende Parolen gedrungen und die demokratische Gesellschaft durch wirtschaftliche Ausgrenzung gefährdet wird. Europa, das war auch der Kontinent der sozialen Marktwirtschaft, der Krankenversicherungen, der Bildung für alle, der Kultur für alle. Europa wird nur zu retten sein, wenn es jene, die es lieben, verteidigen und die Plattform, die für Europas Frieden geschaffen wurde, die Europäische Union, als Plattform für die Menschen und nicht als Plattform für undemokratische Eliten gesehen wird, die sich selbst bedienen und den Bürger als billige Arbeitskraft ausbeuten. Die Würdigung der Lebenszeit als Arbeitszeit muss ein Thema sein, das wir mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes angehen. Was ist würdevolles Arbeiten – und wie leben jene in Würde, die keine Arbeit haben? In Frank-

reich, sind rund ein Viertel aller Jugendlichen arbeitslos. Wir müssen in diese Fragen Werte wie Würde und Verantwortung einbringen und nicht nur Industrialisierung und De-Industrialisierung. Die gemeinsame vielfältige Kultur dieses Kontinents, das Ausbalancieren der verschiedenen Interessen, das Verteidigen der Humanität, all das ist Europa, wie wir es nicht vergessen dürfen.

Europa ist die Wiege der Demokratie und die Demokratie das Schutzschild des Individuums und seiner Freiheiten. Eine Demokratie ist nur so stark wie sie ihre Schwächsten zu schützen vermag. Das gilt für den Umgang mit Einzelnen, für den Umgang mit den europäischen Nationen und für das Auftreten Europas in der Welt. Demokratie ist dann am stärksten, wenn dieses Rechtsbewusstsein ins Gefühl der Demokraten übergegangen ist, wenn es von so vielen Menschen wie möglich verinnerlicht wird – und nicht nur zitiert. Verinnerlicht wird es durch die kulturelle Erfahrung, die das Zusammenleben bietet. Der aufgeklärte Humanismus ist das kulturelle Erbe Europas, aufgeklärt gerade über die eigenen Schatten, um zu lernen, wie sich auch aus der Dunkelheit Licht in die Welt tragen lässt.

Jagoda Marinić: ist eine deutsch-kroatische Schriftstellerin, Theaterautorin und Journalistin. Sie ist Kolumnistin bei der „Süddeutschen Zeitung“, der „taz“ und bei der „Deutschen Welle“, sowie der „New York Times“. Sie veröffentlichte zuletzt den Roman „Restaurant Dalmatia“. 2016 erschien ihr Debatten-Band „Made in Germany. Was ist deutsch in Deutschland?“, 2019 „Sheroes. Neue Held*innen braucht das Land“. Jagoda Marinić ist Gründungsdirektorin des Interkulturellen Zentrums Heidelberg und hat gemeinsam mit weiteren Aktivisten die Initiative „Demokratie Plus“ 2015 ins Leben gerufen. Diese kämpft gegen das wachsende Misstrauen der Bürger in die Parteien und will zum Einmischen ermutigen.

Mostar

117 km

Posušje

68 km

Tomislavgrad

38 km

POŠUŠJE

POSUŠJE

ŽARNAK

TRAVNO



Kapitel 3:

Die Fragmentierung der Öffentlichkeit - Der Kampf um Deutungshoheit

Fake News, Filterblasen,
Künstliche Intelligenz und Wählermanipulation á la Cambridge Analytica:
Wie können die liberalen Demokratien den Herausforderungen des neuen Medienzeitalters begegnen?
Was ist Wahrheit?
Vertrauen benötigt Transparenz und Demokratie eine solide Faktenbasis, um vernünftige Entscheidungen treffen zu können.

Eine kurze Geschichte über Kontrolle Durch A/B-Tests stellte sich zur britischen „Vote-Leave“-Kampagne heraus, dass die Gewinnerbotschaft lautete: „Die Kontrolle zurückgewinnen“. Untersuchungen legten nahe, dass die Einbeziehung des Wortes „zurück“ die Wut der Wähler und Missfallen auslöste, Dinge zu verlieren, die sie ihrem Empfinden nach einmal hatten – insbesondere Kontrolle. Die Kontrolle zu verlieren, ist ein verbreitetes Gefühl in westlichen liberalen Gesellschaften. Wie kann wieder Vertrauen geschaffen werden? *Von Anatol Itten*



Eines der beliebtesten Konzepte, die derzeit auf demokratischen Marktplätzen verkauft werden, ist das Konzept der Retrotopie. Wir glauben, dass es kein Glück in der Zukunft gibt, also müssen wir uns in die Vergangenheit zurückziehen. Wie wurden wir so besessen von Nostalgie, trotz schwindender existenzieller Zwänge und wachsender Freiheit, Vielfalt und Kreativität?

Wir haben sie verloren, die Kontrolle über die Sicherheit unseres Arbeitsplatzes, über unsere Kultur, über die Höflichkeit in der Politik, über das Klima, über was auch immer. Wir hoffen immer noch, sie zurückzuerlangen, die Kontrolle, aber in Wirklichkeit übergeben wir sie an andere. Der Verlust der Kontrolle kann beängstigend sein und ist selten freiwillig. Dieser Artikel erklärt, wie Störungen zunächst Unsicherheit auf den Märkten verursachten,

sich aber schnell auch auf die Gesellschaft und Demokratie auswirkten, und wie dies zu den Herausforderungen geführt hat, vor denen wir heute stehen.

Mitte der 1990er Jahre, als die Aussichten in den westlichen Gesellschaften noch rosig schienen, erfand Clayton Christensen, Professor an der Harvard Business School, den Begriff „disruptive Innovation“ als eine Theorie, um zu beschreiben, warum Unternehmen scheitern. Die Theorie geht so: Etablierte Unternehmen konzentrieren sich auf hochpreisige Produkte für ihre bestehenden Kunden, während Disruptoren ihre innovativen Produkte einem neuen Publikum vorstellen, neue Werte schaffen und schließlich Marktführer verdrängen. Christensen erkannte, dass nur wenige Technologien an sich disruptiv oder nachhaltig sind; vielmehr erzeugt das sie umgebende Geschäftsmodell die störende Wirkung.

Zunächst lieferte Christensens Konzept die argumentative Basis für viele Dotcom-Startups. Etablierte Regeln wurden plötzlich „was immer du willst, was sie sein sollen“. Den Mitarbeitern wurde gesagt, sie sollten ihre Verpflichtungen, ihr Gewissen, ihre Loyalität, die Sicht auf das Gemeinwohl vergessen. Es galt entweder zu stören oder selbst gestört zu werden. Alte Zusicherungen zum Arbeitsplatz, aber auch Teile der Gesellschaft verwandelten sich praktisch in Bits und Atome.

„Innovation und Disruption sind Ideen, die ihren Ursprung in der Geschäftswelt ha-

ben, seitdem aber auf Arenen angewendet wurden, deren Werte und Ziele weit von den Werten und Zielen der Wirtschaft entfernt sind“, schreibt die Harvard-Geschichtspräsidentin Jill Lepore in ihrem Artikel „The Disruption Machine“ (Die Disruptionsmaschine) für den „New Yorker“. Zugegebenermaßen verlor das Wort Disruption seine Bedeutung durch Überbeanspruchung. Doch trotz oder gerade deshalb haben wir ihre umfassenderen Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht vollständig begriffen. Dazu hilft es, ein paar Jahre zurückzugehen, bevor der Begriff „disruptive Innovationen“ entstand.

Laut Louis Hyman, Wirtschaftshistoriker an der Cornell University, hatten Disruptionen in der Gesellschaft, die sich durch Technologie beschleunigten, ihren Nährboden in der Praxis des Downsizing, des Outsourcing und des Subunternehmertums in den späten 1960er Jahren, während einer Zeit stagnierender Gewinne. Kosten zu senken war einfacher als die Umsätze zu steigern. Das Outsourcing von Arbeitsschritten an Zeitarbeiter oder Leiharbeiter ist heute gang und gäbe, aber damals war es schon seltsam genug, dass es gelernt werden musste. Jahrzehnte später „kann Uber flexibel bleiben, weil die Arbeitnehmer

nur wenige Möglichkeiten haben“, sagt Hyman. „Disruptive Innovationen haben die prekäre Wirtschaft nicht verursacht. Über war möglich, weil Schichtarbeit so schlecht ist“, fährt er fort. Auf der Grundlage, dass Arbeitnehmer als unabhängige Auftragnehmer behandelt werden, haben viele so genannte Plattform-Startups des letzten Jahrzehnts die Kosten für die Zahlung von Arbeitnehmeransprüchen wie Jahresurlaub, Krankengeld und Alterszulagen vermieden. Die Unternehmen werden sogar dazu veranlasst, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Kosten von Arbeitsverhältnissen zu vermeiden. Die neue „Aufladeökonomie“ von elektronischen Rollern ist in dieser Hinsicht eines der undurchsichtigsten Beispiele. Die Aufgabe besteht in der Regel darin, Roller mit erschöpften Batterien in einer App zu lokalisieren, sie in ein Auto oder einen LKW zu stapeln und sie fürs Aufladen über Nacht mit nach Hause zu nehmen. Auflader haben praktisch keine Verbindung zu den Unternehmen, aber sie müssen Netzteile und Adapter kaufen, um die Aufgabe zu erfüllen. Die Bezahlung ist minimal, die Roller sind manchmal schwer zu finden, und Freiberufler beschwerten sich oft über unsichere Bedingungen wegen krimineller Aktivitäten. Aufgrund einer einfachen Registrierung und mit Hilfe intelligenter Gamification sind Tausende von Menschen seltsamerweise bereit, die Ladung von Rollern mit ihrem eigenen Strom zu subventionieren.

Daher versucht Hyman zu sagen, dass die Technologie um soziale Zerrüttungen herum aufgebaut wurde, um die Flexibilität der Arbeit zu vereinfachen und zu erhöhen, um den Wettlauf um monopolistische Marktpositionen zu gewinnen. Leider betreffen die meisten unserer Kenntnisse die Folgen von Störungen in Bezug auf Marktplätze und Marktteilnehmer, beziehungsweise ihre sichtbarsten Auswirkungen, nämlich jene auf unsere Arbeitsplätze und So-

„Den Mitarbeitern wurde gesagt, sie sollten ihre Verpflichtungen, ihr Gewissen, ihre Loyalität, die Sicht auf das Gemeinwohl vergessen. Es galt entweder zu stören oder gestört zu werden. Alte Zusicherungen des Arbeitsplatzes, aber auch Teile der Gesellschaft verwandelten sich praktisch in Bits und Atome.“

zialversicherungssysteme. Aber wir müssen auf dem Laufenden sein. Geschäftsmodelle in der digitalen Welt sind so erfolgreich geworden, dass Tech-Unternehmen versuchen, „die digitale Erfahrung im physischen Raum zu wiederholen“. Ein leitender Manager bei Google Maps erklärte dies 2012 klar: „Wenn man sich die Offline-Welt anschaut, die reale Welt, in der wir leben, sind diese Informationen nicht vollständig online. Wir versuchen, diese Kluft zwischen dem, was in der realen Welt und was in der Online-Welt gesehen wird, zu überbrücken. Alles, was sichtbar ist, wird Teil von Googles Index der physischen Welt werden.“

Soziale Störungen

Nach der Eroberung unserer Straßen und der öffentlichen Räume sind unsere Viertel und Häuser an der Reihe. „Sidewalk Toronto soll das erste vollständig vernetzte Viertel auf dem Planeten werden. Die Nutzung dieser Vernetzung zur Verbesserung des Lebens der Bürger wird der Schlüssel zu einer erfolgreichen Disruption der Viertel sein“. Dies ist eine von mehreren provozierenden Aussagen von Dan Doctoroff, CEO der Google-Firma Sidewalk Labs, ehemaliger Bloomberg-Manager und stellvertretender Bürgermeister von New York. Laut Doctoroff wollen sie „die Stadtplanung vom Internet her denken“, damit „Regierung und Sozialpolitik von Daten angetrieben werden können“. Auch wenn das vielleicht etwas weit hergeholt klingen mag, zeigt ihr erstes Testviertel Waterfront Toronto, dass sie nicht allzu weit davon entfernt sind, diese Vorstellung zu realisieren.

Wie machen sie das genau? Durch die Generierung tausender städtebaulicher Szenarien, das Testen von Kombinationen von Design-Inputs wie der Art des Straßenrasters, Bevölkerung, Gebäudehöhen, Menge an Grünflächen

und wie diese Inputs verteilt sind. Diese Szenarien werden dann nach verschiedenen Kriterien wie Outdoor-Komfort, Energieeffizienz, Aussichten, Tageslicht und Annehmlichkeiten für Fußgänger bewertet. Durch weitere Inputs wie öffentliche oder private Ziele (z.B. CO₂-Emissionen, Gewerbegebiete) und Einschränkungen (z.B. verfügbares Budget, bestehende Vorschriften, nutzbare Flächen) erkundet die Software alle möglichen Permutationen einer Lösung und erzeugt Gestaltungsalternativen. Das Programm testet und lernt bei jedem neuen Durchlauf, was funktioniert und was nicht. Man braucht dazu lediglich KI-Algorithmen und unbegrenzte Cloud-Computing-Kapazitäten.

Ziel ist es, öffentliche Planungen und Projekte überflüssig zu machen. Eine Unterfirma von Sidewalk Labs erzählt ihre Geschichte über ihr Lieblingsbeispiel: Eine neugierige Bewohnerin begann, ein zukünftiges Viertel auf ihrer Pilot-Design-Schnittstelle mit der niedrigsten Bevölkerung und der grünsten Fläche zu entwerfen. Wie das Unternehmen sagt, „wollte sie einen eigenen Hinterhof“. Das Programm signalisierte ihr, dass ihre gewählten Vorlieben zu niedrigen Punktzahlen für Outdoor-Komfort und Energieeffizienz führen würden. Zwei Dinge, die sie offenbar schätzte. Dies veranlasste sie zu einigen Anpassungen, die zu einer Kompromissoption führten, die bei diesen beiden Prioritäten gut abschnitt. Laut Unternehmen die Art von Lösung, „welche die Leistung der Vororte erheblich verbessern würde“.

Die entscheidende Frage hinter diesem neuen Ansatz der Stadtplanung lautet: Wer ist für die Auswahl und Bewertung der Leistungskriterien, der Ziele und Zwänge zuständig?

Wer entscheidet, wie die Design-Inputs konditioniert und präsentiert werden? Auf welcher Grundlage verbindet der Algorithmus „viel Grünfläche“ mit „niedrigem Outdoor-

Komfort“ und „niedriger Energieeffizienz“? Bisher gibt es in Politik und Gesellschaft keine vernünftige Überlegung zu all diesen Fragen. Es ist keine Hexerei, für das oben erwähnte generative Design, Dinge zu konditionieren, die eine Person mit voreingestellten bevorzugten Ergebnissen schätzt. Es ist eine gespiegelte Übung. Je mehr Teilnehmer mit den Inputs für die Gestaltung der städtischen Infrastruktur und Sozialpolitik spielen, bis sie eine Lösung finden, die ihren Vorlieben entspricht, umso besser wird ein KI-Algorithmus in der Lage sein, machbare Kompromisse zu berechnen und zu präsentieren. Es wird natürlich die eine Lösung sein, welche die größte Anzahl individueller Präferenzen integrieren kann. Es könnte ein perfektes Märchen für eine produktionsbasierte Demokratie sein. Doch wie sehr können Sie eine akribisch konstruierte, algorithmisch abgestimmte und mastergeplante Umgebung wirklich mitgestalten?

Wie Shoshana Zuboff in ihrer monumentalen Studie über den Überwachungskapitalismus warnt, wirken verhaltensbezogene Veränderungen in dieser Vorlage sozialer Beziehungen über die Schwelle des menschlichen Bewusstseins hinaus, um Verhalten anzuregen, zu belohnen, zu bestrafen und zu verstärken, das mit „richtiger Politik“ vereinbar ist. (Die Bewohner sollten Lösungen wählen, die die Leistung der Stadtteile unterstützen. Aber wessen Leistung?). Die Parameter, die eine solche „richtige Politik“ darstellen, werden nicht dis-

„Die entscheidende Frage hinter diesem neuen Ansatz der Stadtplanung lautet: Wer ist für die Auswahl und Bewertung der Leistungskriterien, der Ziele und Zwänge zuständig?“

kutiert oder verhandelt, sondern leiten sich hauptsächlich aus Unternehmenszielen ab, die die Politik definieren.

Als Nextdoor, das größte soziale Netzwerk im Viertel, auf Racial Profiling in seiner Anwendung stieß, demotivierte es die Benutzer durch intelligentes Produktdesign, Berichte einzureichen, die auf rassistisch motivierten Vorurteilen basierten. Am Ende hat das Unternehmen einfach die Schritte zur Meldung verdächtiger Aktivitäten und Verbrechen erweitert. Wenn Benutzer die angeforderten Felder nicht ausfüllen, können sie nichts posten.

Der Ansatz der Big Tech reduziert die Bürger auf Verhaltensautomaten, die in einer anomaliefreien Gesellschaft leben, die von den gewünschten Ergebnissen geprägt ist. Dies steht jedoch im Widerspruch zu der Vorstellung, dass Bürger nicht nur als passive Subjekte behandelt werden sollten, die gesteuert oder manipuliert werden, sondern als willkommene Teilnehmer, die an der demokratischen Regierungsführung ihrer eigenen Gesellschaft teilnehmen. Erst jetzt, ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise, schreibt Nitasha Tiku in ihrem Artikel „An Alternative History of Silicon Valley Disruption“, scheint die Öffentlichkeit zu verstehen, dass das, was wir für Disruption hielten, mehr wie Extraktion wirkte – unserer Daten, unserer Aufmerksamkeit, unserer Zeit, unserer Kreativität, unseres Contents, unserer DNA, unserer Häuser, unserer Städte, unserer Beziehungen.

Wenn etablierte Unternehmen auf Störungen und Unsicherheit stoßen, versuchen sie in der Regel, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, indem sie sich an Veränderungen anpassen, Übergangslösungen verbessern und negative Auswirkungen minimieren. Doch Zerrüttungen in Gesellschaften folgen einer anderen Logik als in Märkten oder Technologien; und die Folgen werden unterschiedlich kompensiert. Menschen sind keine Festplat-

tenlaufwerke, warnt Harvard-Professorin Jill Lepore. Es ist eine banale Aussage, gleichwohl mit wichtigen Implikationen. Obwohl öffentliche Schulen, Museen oder Krankenhäuser Einnahmen, Ausgaben und Infrastrukturen haben, sind sie keine Industrien wie Hersteller von Festplattenlaufwerken oder Motoren oder Videos Industrien sind. Ärzte haben Verpflichtungen gegenüber ihren Patienten, Lehrern gegenüber ihren Schülern und Kuratoren gegenüber der Öffentlichkeit – Verpflichtungen, die jenseits des Einkommens liegen und sich grundlegend von den Pflichten unterscheiden, die ein Geschäftsführer gegenüber Mitarbeitern, Partnern und Investoren hat. Das Gleiche gilt für die Orte, die wir unsere Straßen und Häuser nennen.

Disruptionen über Gesellschaften hinweg haben letztlich die Art und Weise in Frage gestellt, wie wir unser „Zusammenleben“ organisieren, also unsere demokratischen Prozesse. Demokratische Prozesse enthalten das Kernversprechen, dass Politik von, für und manchmal zusammen mit den Menschen gemacht wird. Doch demokratische Prozesse sind immer weniger in der Lage, eine Antwort auf die zunehmende Unsicherheit zu geben, mit der die Gesellschaften konfrontiert sind. Wenige sind so geschickt darin, diese „politische Impotenz“ zu erklären wie der Philosoph Zygmunt Bauman. Er meint, dass die Fähigkeit zu entscheiden, was getan werden muss, sobald sie mit dem territorial souveränen Staat zusammenhängt, abnimmt oder sich auf eine globalere Ebene verlagert. Dies hat dazu geführt, dass Nationalstaaten nicht in der Lage waren, ihre Versprechen einzulösen, was zu einer weit verbreiteten Ernüchterung führte in Bezug auf die Vorstellung, die Zukunft werde die Lage des Menschen verbessern.

Viele europäische Bürger haben ihr Vertrauen in die Fähigkeit der Nationalstaaten verloren, für eine glänzende Zukunft zu sor-

„Demokratische Prozesse enthalten das Kernversprechen, dass Politik von, für und manchmal zusammen mit den Menschen gemacht wird. Doch demokratische Prozesse sind immer weniger in der Lage, eine Antwort auf die zunehmende Unsicherheit zu geben, mit der die Gesellschaften konfrontiert sind.“

gen, und sind unzufrieden damit, wie die Demokratie vonstatten geht. Wissenschaftler glaubten, dass die Bürger, wenn sie ihr Vertrauen in die Nationalstaaten verlieren, aktuelle soziale, wirtschaftliche oder ökologische Probleme zu lösen, ihre Hoffnung auf supranationale Institutionen oder den Multilateralismus setzen, um das Versagen der nationalen Regierung zu korrigieren. Wir sehen jedoch, dass dieses „Entweder-oder“-Denken nicht funktioniert. Eine Umfrage des Rats für Auswärtige Angelegenheiten/YouGov hat kürzlich ergeben, dass 38 Prozent der europäischen Wähler ihre Hoffnung sowohl in ihre nationalen politischen Systeme als auch in die EU aufgegeben haben, weil sie der Meinung sind, dass alle politischen Systeme beschädigt sind und sie nicht sehen, wie etwas Positives von ihnen ausgehen könnte.

Die höchsten Zahlen und die Mehrheit der Befragten, die so denken, finden sich in Frankreich (69 Prozent) in Griechenland (61 Prozent) und in Italien (49 Prozent). Italiener sorgen sich wie die Griechen derzeit mehr um Auswanderung als um Einwanderung. In beiden Ländern sehen die Bürger Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem des Landes.

Die Abwanderung von Fachkräften ist in

Italien ein besonders heikles Thema, da jedes Jahr rund 280.000 junge, gebildete Menschen das Land verlassen. Dies ist ein beträchtlicher Verlust für Italiens intellektuelles und wirtschaftliches Leben. In Frankreich sind die Lebenshaltungskosten das wichtigste Problem, mit dem das Land konfrontiert ist. Daher kreisen die allgemeinen Ängste und Befürchtungen in vielen westlichen Gesellschaften um die zunehmende Knappheit an Arbeitsplätzen, sinkende Einkommen und eine damit größere Fragilität gesellschaftlicher Positionen. Zwei Dekaden von Disruptionen des Marktes haben zu dem beigetragen, was Bauman „eine zunehmende Frustration nennt, die durch den Abbau der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen und Fähigkeiten und die Bedeutsamkeit der Herausforderungen, vor denen wir stehen, genährt wird.“

Sehnsucht nach Kontrolle

Allein mit Blick auf die Wahlen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 sind in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten 31 neue politische Parteien in die nationalen Parlamente eingezogen. Einige dieser politischen Parteien haben das etablierte politische System aufgewühlt, wie die italienische Fünf-Sterne-Bewegung, die spanischen Ciudadanos und Podemos, die Alternative für Deutschland, das niederländische Forum voor Democratie, die griechischen Parteien To Potami oder Syriza sowie La République en Marche in Frankreich. Sie haben nicht nur die Kategorisierung auf der Links-Rechts-Achse verändert, sondern auch Vorstellungen über Parteiorganisation, Finanzierung oder Herangehensweisen im Wahlkampf. In der politischen Arena scheint ein ähnliches Paradigma wie in der Unternehmenswelt die Oberhand zu gewinnen: Um erfolgreich zu sein, muss man die Demokratie

stören und sie zu dem machen, was immer man will, dass sie sein soll.

Dominic Cummings, der Wahlkampfleiter der Vote-Leave-Kampagne des Brexit, hat auf erschreckende Weise Details erläutert, wie sie maschinelles Lernen nutzten, um Umfragen grundlegend zu verändern, indem sie eine viel größere Stichprobe verwendeten, als sie in Wahlumfragen traditionell verwendet wurde. Die Kampagne „Vote Leave“ nutzte dann eine Unterstichprobe ihrer Umfragestichprobe, um Daten direkt in Facebook zu nutzen und bestimmte Personen anzusprechen, um wiederum die Wirkung von Nachrichten auf verschiedene mikrodemografische Gruppen zu testen. Durch A/B-Tests fand die britische Vote-Leave-Kampagne heraus, dass die Gewinnerbotschaft lautete: „Die Kontrolle zurückgewinnen“. Untersuchungen legten nahe, dass die Einbeziehung des Wortes „zurück“ Wut und Missfallen der Wähler auslöste angesichts der Befürchtung, Dinge zu verlieren, die sie einst hatten – insbesondere Kontrolle.

Die disruptive Dynamik des kreativen Abbaus sozialer Strukturen hat letztlich dem Erfolg von Kampagnen den Weg gebnet, die Wut anstacheln. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht schrieb der „New Yorker“, die große Einsicht von Fox News bestehe nicht unbedingt darin, dass es eine große Sehnsucht nach einem konservativen Standpunkt gebe. Sie entdeckten vielmehr die Anziehungskraft von Angst und auf Wut basierender Politik. Der Bericht zitiert einen ehemaligen Gastgeber mit den Worten: „Ich habe nie gehört, dass sich irgendjemand Sorgen darüber gemacht hätte, wie er oder sie an eine zweite Quelle kommt. Der einzige Satz, den ich immer wieder hörte, lautete: ‚Das wird das Publikum empören!‘ Du stachelst die Zuschauer an, damit sich niemand abwendet.“ Daher lernen politische Parteien jetzt, sich direkt an den Teil unserer Persönlichkeit zu wenden, der eher emotional

als rational ist und immer war. Anfang dieses Jahres berichteten Nathan Kalmoe und Lilliana Mason von Erkenntnissen, dass ein Sieg in extrem polarisierten Kampagnen die Gewalt gegen die Opposition erhöht. Dies galt für den Brexit, der den höchsten Anstieg an Hassverbrechen in Großbritannien mit sich brachte, den es je gab.

Was tun wir mit den beabsichtigten oder unbeabsichtigten negativen Folgen für den sozialen Zusammenhalt und die demokratischen Grundsätze, wenn Gesellschaft und Demokratie ständig gestört werden? Vor allem, wenn die Mehrheit der jüngeren Generationen in ihrem Leben noch nie wirklich effektive politische Institutionen erlebt hat?

Akteure des Wandels

Es ist immer schwierig, die Geschichte zu befragen, um die Zukunft vorherzusagen. Historisch gesehen haben sich Viertel in geschlossene oder engstirnige Gemeinschaften verwandelt, wenn der Staat radikal offen und durchlässig war. Gemeinschaften begannen, ihre Kultur gegen Außenstehende zu verteidigen. In den kosmopolitischen Städten multinationaler Imperien wie im alten Alexandria bauten Gruppen unterschiedlicher kultureller Herkunft ihre eigenen institutionellen Strukturen auf und setzten sie parallel zu jenen der Staatsbeamten durch. Oder im New York des frühen 20. Jahrhunderts, einem Zentrum der Masseneinwanderung, als das Land offen war, aber die Stadt zu einem Ort voller fragmentierter ethnischer, kultureller und religiöser Gruppen wurde, von denen jeder die Lebensweise der jeweils anderen fremd war. Dies führte dazu, dass lokale ethnische Banden ihre Viertel kontrollierten und Jungen verprügelten, die buchstäblich die Grenze übertraten. So beobachten wir in Zeiten sozi-

aler Disruptionen und fehlender politischer Reaktionsfähigkeit, dass sich viele Bürger zurückziehen und sich auf die Stärke ihrer Gruppen verlassen.

Im Gegensatz zu früher können wir uns heute jedoch der Technologie zuwenden, um soziale Probleme zu lösen. Aber dabei bitten wir einen Dieb, einen Dieb zu fangen. Vertrauen Sie nicht der Regierung, vertrauen Sie uns, signalisiert die große Technologie. In ihrer Welt wird es keinen Platz für engstirnige Gemeinschaften oder ethnische Banden geben. Das Beispiel Nextdoor zeigt, dass das Ziel, Racial Profiling in Vierteln zu stoppen, durch intelligentes Design und nicht durch intelligente Diskussion der Bewohner gelöst wurde. Die Motivation dafür beruhte auf Unternehmenszielen. Es wurde als Gefahr für die Wirtschaft angesehen, nicht als eine für die Gesellschaft selbst. Anstatt die Kontrolle zurückzugewinnen, geben wir also die Kontrolle ab.

Haben wir Störungen in unserem Leben nur akzeptiert, weil sie vorgegeben oder unvermeidlich waren, weil sich niemand die Mühe machte, zu fragen, ob es auch andere

„Die entscheidende Frage lautet: Wen machen Gesellschaften zu Akteuren des Wandels? Regierungen, Bürger oder große Technologie? Regierungen mögen vielleicht neunmal langsamer laufen, aber die Menschen tun es nicht. Daher muss es eine Möglichkeit für Bürger geben, die den Instrumenten ausgesetzt sind, die ihr Leben stören, sie zu überwachen und zur Rechenschaft zu ziehen.“

Möglichkeiten gibt? Die Antwort findet sich an einem anderen Ort. Disruptoren arbeiten ständig mit einem Gefühl der Dringlichkeit und versuchen, alles zu verhindern, was sie bremsen könnte.

Der ehemalige CEO von Intel, Andy Grove, sprach aus, was viele seiner Kollegen denken: „Hightech läuft dreimal schneller als normale Unternehmen. Und die Regierung läuft dreimal langsamer als normale Unternehmen. Wir haben also eine neunfache Lücke.“ „Funktioniert für mich“, sagt Eric Schmidt von Google. „Man will also“, sagt er weiter, „dass die Regierung nicht in die Quere kommt und die Dinge verlangsamt... Die Regierung könnte tatsächlich ein Gesetz verabschieden, das dumm ist, das tatsächlich etwas Falsches bewirken und nicht funktionieren würde.“

Die entscheidende Frage, die Gesellschaften daher beantworten müssen, lautet: Wen machen sie zu Akteuren des Wandels? Regierungen, Bürger oder große Technologie? Regierungen mögen vielleicht neunmal langsamer laufen, aber die Menschen tun es nicht. Daher muss es eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger geben, die den Instrumenten ausgesetzt sind, die ihr Leben stören, sie zu überwachen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Die meisten großen Tech-Unternehmen verdienen ihr Geld mit den von Usern abgegebenen Daten, entweder durch Werbung oder durch den Verkauf unserer Verhaltensmuster an andere Unternehmen. Wenn Googles Ziel darin besteht, die Infrastruktur und Dienstleistungen für selbst fahrende Autos und Busse, intelligente Straßen, Häuser und Spielplätze zu besitzen, müssen sie Lösungen in einer Weise präsentieren, die mit den Werten jedes einzelnen Bewohners in Einklang ist, und Lösungen, die besser sind als die derzeitige Regierung oder die EU bereitstellen können. Wie am Beispiel Sidewalk dargestellt, wissen sie bereits, was uns dazu anregt, etwas anzu-

nehmen. Das Wissen der Big Tech durch die Kartierung unseres Verhaltens seit fast zwei Jahrzehnten wird ihr Schlüssel sein, um Städte vom Internet her wieder aufzubauen. Das ist eine einfache Schlussfolgerung. Seit den frühen 2000er Jahren bietet Google den besten Service und die fortschrittlichste Infrastruktur im digitalen Raum. Heute sind sie der größte Torhüter des digitalen Raums und der wohl mächtigste Konzern der Welt. Wenn sie bessere Technologie und bessere Dienstleistungen in der Stadt anbieten, wenn sie bessere Busfahrer, Klempner und Vizebürgermeister werden, wenn sie ein neues soziales Sicherheitsnetz schaffen und Anreize für „richtige“ und gut funktionierende Politik schaffen können, werden sie schließlich auch zum größten Torhüter des physischen Raums.

Anatol Itten ist Mitbegründer des Disrupted Societies Institute in Amsterdam und Autor von „Overcoming Social Division“, Routledge, New York 2018“.

Behauptung der Wahrheit Die technischen Möglichkeiten zur Manipulation von Bildern, Filmen oder Tonaufnahmen werden immer raffinierter. Was ist Wahrheit, was ist Manipulation? Eine Antwort hierauf wird schwieriger. Was passiert mit dem kulturellen Gedächtnis? Was mit dem gedruckten Buch? Menschen sind für ihr friedliches Zusammenleben auf Prinzipien wie Wahrheit, Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit angewiesen, betonen die beiden Autoren. *Von Aleida und Jan Assmann*



Res publica litteraria, das Heimatland, das keine nationalen Grenzen kennt. Dieses Land wurde von Dichtern und Humanisten, Verlegern und Buchhändlern an der Schwelle des Druckzeitalters gegründet. Sie haben zwischen den alten und den neuen Sprachen vermittelt und damit die Grundlagen für europäische Vielfalt gelegt. Dabei haben sie die Bibliothek als ihren Kommunikationsraum erfunden und ein Geistesgespräch in Gang gesetzt, das sich über Landesgrenzen und über Jahrhunderte hinweg entwickelte. In dem Begriff „Res publica litteraria“ ist ja das kleine Wörtchen „öffentlich“ enthalten. Bücher öffnen Denkräume des Geistes; die Bibliothek ist ein riesiges Archiv der Informationen und ein Universum der Phantasie und Vorstellungskraft, aber: Produzieren sie deshalb auch schon Öffentlichkeit?

Lektüre zerstreut und vereinzelt, Öffentlichkeit zieht zusammen und geht alle an. Der unbestechliche Philosoph und Dissident Karl Jaspers, so Hannah Arendt über ihren Lehrer, sei während der Zeit des Dritten Reichs zwar isoliert und auf sich gestellt, aber nie vereinsamt gewesen, denn seine geistige Heimat war das „Reich der Humanitas, zu dem ein jeder kommen kann aus dem ihm eigenen Ursprung“. „Öffentlich“ – das wissen wir alle – ist das Gegenteil von „privat“. „Öffentlich“ ist aber auch das Gegenteil eines repressiven Schweigens, das immer wieder gebrochen werden muss, zuletzt im Umgang mit Opfern sexueller Gewalt. Auch Jaspers verstand Öffentlichkeit als eine Kampfzone, in der sich die Wahrheit unablässig gegen die Unwahrheit behaupten muss. In der Unwahrheit sah er „das eigentlich Böse, jeden Frieden Vernichtende“. Sie hat für Jaspers viele Gestalten: „von der Verschleierung bis zur blinden Lässigkeit, von der Lüge bis zur inneren Verlogenheit, von der Gedankenlosigkeit bis zum doktrinären Wahrheitsfanatismus, von der Unwahrfähigkeit des Einzelnen bis zur Unwahrfähigkeit des öffentlichen Zustandes.“ Seit Jaspers’ Zeiten ist das Universum der Kommunikation unendlich reicher, flexibler und vielstimmiger, aber eben auch wesentlich unübersichtlicher und vor allem unsicherer geworden.

Wenn wir hier von Öffentlichkeit sprechen, müssen wir auch von Medien sprechen, müssen wir unterscheiden zwischen den Organen der

Öffentlichkeit einerseits, wie Zeitungen, Fernsehen oder Rundfunk, und der technischen Infrastruktur andererseits. Die technischen Voraussetzungen stellen nämlich Öffentlichkeit jeweils anders her. Während das Druckzeitalter und die analoge Photographie noch auf Werte wie Wahrheit, Überprüfbarkeit und Evidenz geeicht waren, ist im digitalen Zeitalter der Datenmanipulation Tür und Tor geöffnet. Bilder können längst beliebig umgepixelt werden.

In Deutschland und in den USA ist inzwischen durch junge IT-Techniker eine sehr beunruhigende Erfindung entstanden. Diese erlaubt es, abgebildete Gesichter mit Tondaten so zu verbinden, dass es aussieht, als würde die betreffende Person die Tonspur gerade eben produzieren. Im April dieses Jahres zeigte ein Google-Mitarbeiter ein Video, auf dem Obama etwas sagt, was er nie gesagt hat, aber täuschend echt hervorbringt, angeglichen an dessen lebendige Mimik. Bald wird man buchstäblich jedem alles in den Mund legen können, und keiner kann mehr beurteilen, wer der Urheber eines Ausspruchs oder einer Meinung in Wirklichkeit ist. Es gibt aber nicht nur Vernebelung

„Es gibt aber nicht nur Vernebelung durch Fake News und neueste Technologien. Es gibt auch den alten, handfesten Betrug etwa der Autoindustrie bei der Manipulation von Abgaswerten. Vor diesem Hintergrund wird erst deutlich, wie dringend Menschen für ihr friedliches Zusammenleben auf Errungenschaften wie Wahrheit, Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit angewiesen sind.“

durch Fake News und neueste Technologien. Es gibt auch den alten, handfesten Betrug etwa der Autoindustrie bei der Manipulation von Abgaswerten. Vor diesem Hintergrund wird erst deutlich, wie dringend Menschen für ihr friedliches Zusammenleben auf Errungenschaften wie Wahrheit, Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit angewiesen sind.

In der Demokratie kann man das Denken nicht delegieren und den Experten, Performern oder Demagogen überlassen. „Empört Euch!“, hat uns der 93-jährige Stéphane Hessel zugerufen. Sein Manifest wurde millionenfach verkauft. Das war vor acht Jahren. Inzwischen hat die Empörung die Seiten gewechselt, und das auf der ganzen Welt. Es stimmt, dass Demokratien durch Streit und Debatten gestärkt werden, aber auch in ihnen steht nicht alles zur Disposition. Es muss unstrittige Überzeugungen und einen Grundkonsens geben wie die Verfassung, die Menschenrechte und die Gewaltenteilung mit der Unabhängigkeit des Rechts und der Medien. Denn nicht jede Gegenstimme verdient Respekt. Sie verliert diesen Respekt, wenn sie darauf zielt, die Grundlagen für Meinungsvielfalt zu untergraben. Demokratie lebt nicht vom Streit, sondern vom Argument. Pöbeleien oder gar eine Eskalation polarisierender Symbole wie in Chemnitz führen in einen Zustand allgemeiner Verwirrung, legen die Demokratie lahm und machen sie betriebsunfähig für ihre wichtigen Aufgaben.

Jaspers gehörte zu denen, die nach zwei katastrophischen Weltkriegen die Vision eines neuen Europa entwickelten. Dazu gehörte für ihn an erster Stelle die Überwindung europäischer Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern und Kulturen. Bereits ein Jahr nach Kriegsende erklärte er: „Vorbei ist der europäische Hochmut, ist die Selbstsicherheit, aus der einst die Geschichte des Abendlandes die Weltgeschichte hieß.“ Er wollte die exklusive und destruktive Vormachtstellung Europas

in der Welt beenden und hat Europa in eine globale Vision von Menschheit eingebunden, die als Ganze um 500 v. Chr. „einen Sprung gemacht hat“. Das ist der Kern seiner Idee der „Achszeit“, einer neuen Geschichtsdeutung, die Europa auf Augenhöhe mit anderen Hochkulturen bringen sollte.

Damals traten in vielen Kulturen Geistesgrößen auf, deren Worte und Gedanken die Nachwelt bis heute prägen. In Griechenland waren es Dichter und Denker wie Homer und Platon, in Israel die Propheten, in Persien Zarathustra, in Indien Buddha und in China Laotse und Konfuzius. Mit ihren Texten haben sie „ein Geisterreich“ gegründet, in welchem sie, um es mit Hannah Arendt zu sagen, „noch einmal als Sprechende – aus dem Totenreich her Sprechende – Personen auftreten, die, weil sie dem Zeitlichen entronnen sind, zu immerwährenden Raumgenossen im Geistigen werden“ konnten. Jaspers' Friedensprogramm setzte auf einer kulturellen Ebene an. Davon fühlen wir uns als Kulturwissenschaftler angesprochen, aber auch herausgefordert. Auch unsere Forschungen gehen von der Beobachtung aus, dass einige sogenannte Hochkulturen mithilfe der Schrift und anderer Überlieferungsformen Traditionen gebildet haben, die über Jahrtausende reichen. Diese Zeitgenossenschaft mit großen Denkern, Dichtern und Gründern, diese durch Traditionen gehaltene Verbindung und Verständlichkeit zwischen ihrer und unserer Zeit ist genau das, was wir ein „kulturelles Gedächtnis“ nennen. Anders als Jaspers und Arendt jedoch, die das Geisterreich als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt haben, haben wir die Frage nach der Traditionsbildung zu unserem Forschungsgegenstand gemacht.

Denn ein kulturelles Gedächtnis, so unsere These, ist das Ergebnis unablässiger kultureller Arbeit. Welche ungeheuren Aufwendungen hat zum Beispiel die altägyptische Kultur investiert, um sich durch die Jahrtausende wie-

dererkennbar zu erhalten, sodass Inschriften noch nach zweieinhalb Jahrtausenden gelesen und die Formensprache von Kunst und Architektur weiter praktiziert wurden. Das war kein „dumpfes Beharren“, wie etwa Max Weber meinte, sondern das Ergebnis intensiver Arbeit am kulturellen Gedächtnis.

Zweitens braucht ein kulturelles Gedächtnis Dialog und lebendige Auseinandersetzung mit der jeweiligen Gegenwart. Nah sind uns die, die wir immer wieder auslegen und in die wir unsere eigenen Gedanken hineinlegen können. Was uns fremd wird, verschwindet in einem Archiv, aus dem es später aber noch einmal wiederentdeckt werden kann. Jaspers hat sich das „Reich der Humanitas“ als eine Sphäre „grenzenloser Kommunikation“ vorgestellt. So weit gehen wir nicht. Unsere Theorie beruht deshalb drittens auf der Anerkennung von Grenzen und Unterschieden im Reich der Humanitas. Die Menschheit gibt es im Singular, aber Kulturen, Sprachen, Religionen nur im Plural. Wir reden deshalb auch nicht von „Wissen“, sondern von „Gedächtnis“, das immer schon an Identitäten, Perspektiven und eben auch an Interessen gebunden ist. Die Gesellschaft braucht ein Gedächtnis, wie der Einzelne eins braucht: um zu wissen, wer wir sind und was wir erwarten können, um uns zu orientieren und zu entwickeln.

Kultur, so hat es die amerikanische Politikwissenschaftlerin Seyla Benhabib ausgedrückt, „ist dieses vielstimmige Gespräch über Generationen hinweg, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft durch widerstreitende Erzählungen verbindet“. Sich wiedererkennbar zu halten ist die Aufgabe eines kulturellen wie eines nationalen Gedächtnisses. Auf diesem Gebiet hat sich in den letzten Jahren aber einiges verändert. Wir können nicht mehr nahtlos an alte Fantasien von Stolz und Größe der Nation anknüpfen. Das nationale Gedächtnis, das lange Zeit ein Sockel für Ehre, Stolz und

Heldentum war, ist inzwischen komplexer, inklusiver und selbstkritischer geworden.

Es ist eben nicht nur ein Sockel, der die Nation größer und mächtiger macht, sondern auch ein Spiegel der Selbsterkenntnis, der Reue und Veränderung. Die Nation ist kein heiliger Gral, der vor Befleckung und Entweiung zu retten ist, sondern ein Verbund von Menschen, die sich auch an beschämende Episoden ihrer Geschichte erinnern und Verantwortung übernehmen für die ungeheuren Verbrechen, die in ihrem Namen begangen wurden. Hier ist ein wichtiger Unterschied zu beachten: Beschämend ist allein diese Geschichte, nicht aber die befreiende Erinnerung an sie, die wir mit den Opfern teilen. Deshalb entsteht Identität auch nicht durch Leugnen, Ignorieren oder Vergessen, sondern braucht ein Erinnern, das Zurechnungsfähigkeit und Verantwortung ermöglicht und einen Wandel der Werte und des nationalen Selbstbildes stützt.

Was uns verbindet – wie zum Beispiel Herkunft, Religion, Überzeugungen oder Projekte –, ist zugleich auch das, was uns trennt. Eine Schlüsselfrage ist deshalb: Wie exklusiv oder inklusiv ist dieses nationale Wir, das durch Identität und Identifikation entsteht? Und hier gehen wir von Fragen des kulturellen Gedächtnisses zu Fragen der sozialen und politischen Solidarität über und möchten dafür an die Forschungen eines weiteren Paares in der Reihe unserer Vorgänger anknüpfen. Die schwedischen Soziologen Alva und Gunnar

„Die Verengung der öffentlichen Debatten auf wenige Themen trägt viel zur Aufheizung von Stimmungen, aber wenig zur Klärung und Bearbeitung anstehender Probleme bei.“

Myrdal setzten sich zur Zeit des Kalten Krieges energisch für atomare Abrüstung ein. Sie sahen den Weltfrieden aber auch auf anderen Ebenen gefährdet.

Ihre Themen waren Chancengleichheit und Integration sowie die Erosion von Solidarität durch Rassendiskriminierung oder das Abhängen ganzer Bevölkerungsgruppen durch zunehmende ökonomische Ungleichheit. Gunnar Myrdal nahm bereits die Erfahrung der Globalisierung vorweg, als er feststellte, dass „die Staaten infolge der revolutionären technischen und politischen Veränderungen unvermeidlich in immer stärkerem Maße voneinander abhängig werden“. Und er betonte, „dass die vorherrschenden Freihandelstheorien und ihre Anwendung die bestehende Ungleichheit auf Kosten der armen Länder vertiefen“. Myrdals Gedanken sind heute von höchster Aktualität. Sein Modell war der schwedische Wohlfahrtsstaat. Seine Utopie ging aber noch weiter und zielte darauf, das Prinzip des Wohlfahrtsstaats auf die „Wohlfahrtswelt“ zu übertragen. Myrdal machte sich allerdings auch keine Illusionen über die Widerstände, die der Bereitschaft zur globalen Solidarisierung überall im Wege stehen. Man solidarisiert sich gern mit Menschen, die dieselben Haltungen haben oder dieselben Ziele verfolgen. Wir kennen alle die Solidarität in Form eines „Kollektivegoismus“ der Nation, Modell „America First!“. Inzwischen haben wir auch Bekanntschaft mit dem transnationalen Kollektivegoismus populistischer Parteien gemacht, Modell „Festung Europa“. Diese Formen der Solidarität sind exklusiv und zielen auf Ausgrenzung. Integration dagegen erfordert eine inklusive Solidarität auch mit Menschen, die anders sind als wir selbst, mit denen wir aber eine gemeinsame Zukunft aufbauen wollen. Geld und Gier neutralisieren kulturelle Fremdheit, aber auch sie spalten die Welt – in Arme und Reiche. Die nationa-





listische Politik versteht es gut, in vielen Bereichen Entsolidarisierung zu befördern, indem sie den Hass auf Schwächere und Fremde schürt. Das führt zu einer „Milieuvergiftung“, um noch einmal einen Begriff von Gunnar Myrdal aufzunehmen, den er in Parallele zur „Umweltvergiftung“ gebildet hat.

Auf dem Weg in eine Wohlfahrtswelt, wie er sie sich vorstellte, muss Solidarität deshalb auf allen Ebenen trainiert werden: als soziale Solidarität auf der Ebene der Gesellschaft, als transnationale Solidarität auf der Ebene der EU und vor allem als globale Solidarität im Umgang mit ökonomischen und natürlichen Ressourcen, damit es eine Zukunft nachfolgender Generationen überhaupt noch geben kann. Hinzu kommt nun die Solidarisierung mit Geflüchteten, deren Zukunft durch Kriege, Not, Gewalt und Raub zerstört wurde. Es kann nicht angehen, dass es eine neoliberale Freiheit für die Bewegung von Kapital, Gütern und Rohstoffen gibt, während Migranten im Mittelmeer ertrinken, an Grenzen festhängen und wir die Menschen, ihr Schicksal, ihr Leid und ihre Zukunft vergessen.

Die zentrale Frage ist ja nicht mehr, ob wir die Integration schaffen, sondern wie wir sie schaffen. Im Moment sieht es fast so aus, als ginge die Entwicklung rückwärts. Die Verengung der öffentlichen Debatten auf wenige Themen trägt viel zur Aufheizung von Stimmungen, aber wenig zur Klärung und Bearbeitung anstehender Probleme bei.

Eine Sozialpädagogin, die seit 15 Jahren in Dresden lebt und dort Ausländerarbeit macht, sagte mir neulich in makellosem Deutsch: „Wenn ich den Mund aufmache und man hört meinen russischen Akzent, bin ich plötzlich wieder und nur noch Migrantin.“ Und andere, die schon dreimal so lange hier sind, packt plötzlich wieder die nackte Angst. Können wir zur Abwechslung bitte auch mal hören, wo etwas gelingt? Olga, die wir eben zitiert

„Durch Kontakt mit anderen Kulturen verwandeln sie sich, gehen ineinander über, inspirieren und modifizieren sich gegenseitig. Sie lassen sich weder stillstellen noch in nationale Grenzen einsperren. Zum kulturellen Gedächtnis gehören aber nicht nur Bücher und heilige Texte, sondern auch Denkmäler, Landschaften und Orte.“

haben, gehört zur Gruppe russischsprachiger Eltern, die hier Ende der 1990er Jahre ihre neue Heimat gefunden haben. Ihnen ist ganz und gar nicht egal, was aus diesem Land und seiner Demokratie wird, deshalb haben sie einen Verein namens „Phoenix“ gegründet. Sie sind die neuen Patrioten, die als Integrierte am besten wissen, wie Integration geht. Deshalb setzen sie ihre Erfahrung und ihr Engagement zwischen deutschen Behörden und Zuwanderern in der Arbeitsvermittlung ein. Das tun sie übrigens im Wettlauf mit der AfD, die hier inzwischen äußerst clever und effektiv unterwegs ist, um Neuankömmlinge politisch zu vereinnahmen.

Shared heritage? Die Grenzen von Kulturen – das möchten wir hier noch einmal betonen – sind durchlässig. Die Dolmetscher gehören zu den ältesten Berufen der Welt, sie haben die Händler auf ihren Routen begleitet. Kulturen überschreiten Grenzen durch den Import und Export von Büchern, durch Übersetzungen, Aneignungen und Umdeutungen. Durch Kontakt mit anderen Kulturen verwandeln sie sich, gehen ineinander über, inspirieren und modifizieren sich gegenseitig. Sie lassen sich weder stillstellen noch in nationale Grenzen einsperren. Zum kulturellen Gedächtnis gehören aber nicht nur Bücher und

heilige Texte, sondern auch Denkmäler, Landschaften und Orte. Ein Beispiel ist Hebron, die größte Stadt im Westjordanland, das von Israel besetzt ist. Vor einem Jahr hat die Stadt einen Antrag auf Anerkennung der Altstadt als Weltkulturerbe gestellt, der von der UNESCO angenommen wurde. Ein solcher Antrag dient generell der Würdigung und Erhaltung alter Bausubstanz, der touristischen Vermarktung und auch dem Nationalstolz. Dieser Antrag ist aber zudem ein Politikum, weil er nur sehr selektiv auf die Geschichte des Ortes Bezug nimmt. Er bezieht sich auf Bauten aus der spätmittelalterlichen Mamelukenzeit, schließt aber auch die Ibrahimi-Moschee im Zentrum der Stadt mit ein.

Diesen gigantischen Bau hatte bereits Herodes vor 2.000 Jahren über der Machpela – der Grabstätte der Erzväter Abraham, Isaak und Jakob – errichten lassen. Mit der Islamisierung im 7. Jahrhundert wurde der Bau zur Moschee. Im 12. Jahrhundert diente er den christlichen Kreuzfahrern als Kathedrale, bis er nach der Rückeroberung durch Saladin wieder zur Moschee wurde. Die Bautätigkeit der Mameluken im 15. Jahrhundert bildet also erst die fünfte historische Schicht dieser einmalig komplexen multireligiösen Geschichte. Von den vier früheren historischen Schichten ist im Antrag nicht die Rede. Die scharfe Reaktion Israels und der USA blieb nicht aus: Beide haben im Protest beschlossen, aus der UNESCO auszutreten.

Die Altstadt von Hebron hat eine jüdische, christliche und islamische Geschichte, die im kulturellen Gedächtnis der drei Monotheismen gleichermaßen präsent, heilig und lebendig ist, weil sich alle auf Abraham als ihren Stammvater beziehen. In diesem Anstoß für den Konflikt könnte aber genauso gut auch eine Lösung liegen, wenn die verschiedenen Schichten der Geschichte wieder zusammengefügt und als ein „gemeinsames Erbe“ ange-

nommen würden. 2018 wurde von der EU ja zum „Jahr des gemeinsamen Erbes“ deklariert. Ein von Israel und den Palästinensern gemeinsam eingereichter Antrag hätte die ganze Geschichte des Ortes anerkennen können und wäre damit zugleich sein bester Schutz. Als palästinensisch-israelisches Weltkulturerbe könnte sich die Altstadt von Hebron von einem Ort der Gewalt und des Terrors in einen der Annäherung, der Kooperation und des Friedens verwandeln.

Hier kommt uns auch noch der Ortsname zu Hilfe. „Hebron“ heißt auf Hebräisch „Chevron“, das kommt von Chaver, Freund, und bezieht sich auf Abraham als Freund Gottes. Der arabische Name „Al-Chalil“ heißt ebenfalls Freund (und bezieht sich auf Abraham). Hebron heißt also nichts anderes als „Stadt des Freundes“. In der Stadt des Freundes hat man sich aber leider bislang taub gestellt gegenüber dem Friedenspotenzial, das die alten Texte ja auch enthalten. Was hier trennt, ist der ausschließliche Anspruch auf Wahrheit. Eine Perspektive des Friedens dagegen kann uns ein ganz einfaches Kriterium eröffnen, das wir auch bei Karl Jaspers gefunden haben: „Wahr ist, was uns verbindet!“

Jan Assmann (geboren 1938) ist ein Ägyptologe, Religionswissenschaftler, Kulturwissenschaftler und Emeritus der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Assmann beschäftigt sich insbesondere mit Erinnerungskulturen.

Aleida Assmann ist Anglistin, Ägyptologin und Literatur- und Kulturwissenschaftlerin. Seit den 1990er Jahren ist ihr Forschungsschwerpunkt die Kulturanthropologie, insbesondere die Themen kulturelles Gedächtnis, Erinnerung und Vergessen. Aleida Assmann forscht und publiziert auch gemeinsam mit ihrem Mann Jan Assmann. Das Forscherpaar erhielt 2018 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Der Verlust der Öffentlichkeit Die Digitalisierung hat die alte Öffentlichkeit, wie wir sie kannten, abgeschafft. Abgeschottet voneinander graben wir unsere Tunnel: blind, empfindlich für kleinste Erschütterungen, erschreckt von lauten Geräuschen, die wir nicht genau orten können. Wir haben keinen Überblick mehr, kein Licht und keine Luft. Keinen Abstand mehr, weder zu unseren eigenen Emotionen noch zu unserer unmittelbaren Gegenwart. Die Schriftstellerin Eva Menasse fragt sich: Ist es für Pessimismus zu spät? *Von Eva Menasse*



Vor einiger Zeit las ich ein Interview mit einem Klimaforscher, das den Titel trug: „Für Pessimismus ist es zu spät“. Sprachlich betrachtet ist das ein großartiger Satz, weil darin noch viel mehr steckt als in anderen guten Sätzen. „Pessimismus“ ist hier das einzige scharfkonturierte Wort, während die anderen fünf nur Stammzellen der Sprache sind, kleine Wörter mit Dutzenden Einsatzmöglichkeiten. Aber in dieser Kombination drücken sie so vieles gleichzeitig aus: den Ernst der Lage wie die Notwendigkeit, ja Dringlichkeit des Handelns. Und sie transportieren, das ist vielleicht das Wichtigste, sogar ein Gran Humor. Denn den Pessimismus muss man sich auch leisten können. Wem das Dach über dem Kopf brennt, der sitzt üblicherweise nicht auf dem weichen Sofa und jammert. Tut er es doch, wird er zur ko-

mischen Figur, aber im dramatisch-existenziellen Sinn: der Jammerlappen im Inferno.

Gernot Wagner, ein Österreicher, der in Harvard forscht, nannte den Klimawandel das „perfekte Problem“. Selbst wenn wir Menschen es schaffen würden, unsere Emissionen von einem Tag auf den anderen abzdrehen wie einen Lichtschalter, dann würden die Temperaturen erst recht und mit katastrophalen Folgen hochschnellen. Warum? Weil wir nicht nur das klimaschädliche CO₂ in die Atmosphäre blasen, sondern auch das luftverschmutzende SO₂, das in den erdnahen Schichten hängen bleibt und damit die Sonneneinstrahlung abmildert. Es wirkt für die malträtierte Erde wie ein Sonnenschirm. Die Luftverschmutzung mindert also die schlimmsten Folgen unserer Emissionen, auch wenn sie im Jahr drei bis sechs Millionen Menschen tötet.

Das perfekte Problem ist eine Formulierung, die mir seither nicht mehr aus dem Kopf geht. Sie scheint der perfekte Ausdruck für unsere Lage. Gernot Wagner ist sich keineswegs sicher, ob die Wissenschaft in der Lage sein wird, eine Lösung für die Klimakrise zu finden. Aber selbst wenn, wäre sie politisch nicht durchsetzbar. Unsere Anstrengungen waren schon bisher eher erbärmlich. Stichwort Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die ich meinen Kindern noch vor Kurzem als Beweis dafür aufgetischt habe, dass es die Weltgemeinschaft schon einmal geschafft habe, in Sachen Klima zusammenzuarbeiten: Jeder Kühlschranks, je-

des Deo trug eine Zeitlang den jubelnden Aufkleber „FCKW-frei“. Eitel dachten wir, wir hätten die Welt gerettet.

Nur leider wurden diese schädlichen Stoffe durch noch viel schädlichere Stoffe ersetzt, wodurch sich die Krise enorm beschleunigte. Das wusste man damals aber noch nicht. Wie so oft in der Geschichte tun wir etwas, ohne zu ahnen, was herauskommt. Nur sind unsere Taten heute ungleich machtvoller als früher. Wir sind den Göttern, die wir einst angebetet haben, schon ziemlich ähnlich geworden, leider ohne ihren göttlichen Plan. Die Aussichten sind apokalyptischer denn je. Und trotzdem, oder gerade deshalb sagt dieser Klimaforscher voller vibrierender Energie: Für Pessimismus ist es zu spät.

Das Licht kultureller Errungenschaft

Vor 200 Jahren haben aufgeklärte Publizisten wie in Deutschland Ludwig Börne das Licht einer kulturellen Errungenschaft angezündet, das wir gerade ausblasen. Denn der Wettbewerb mit Worten, der Austausch der Argumente an einem überschaubaren und wieder auffindbaren Ort – das ist an sein Ende gekommen. Man kann deswegen aufgebracht oder verzweifelt sein, aber es ist so wahr und überprüfbar wie die Tatsache, dass gerade die Korallen und die Amphibien aussterben, und

„Dramatisch ist jedoch, dass sich eine zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeit zum Staat und seinen Organen gerade komplett auflöst. Ihre Bestandteile sind zwar noch da, aber so fragmentiert wie das Mikroplastik in den Ozeanen.“

die Insekten sind dann auch bald so weit. Das Ende ist nicht etwa deshalb gekommen, weil das Personal nicht mehr taugt. Gerade angesichts von Phänomenen wie Klima- und Finanzkrise, Trump und globaler Migration, arbeitet das intellektuelle, wissenschaftliche und journalistische Personal weltweit genauso tieferschürfend, fleißig und auch so angriffslustig wie zuvor. Das Ende ist auch kein bloßes Abgelöstwerden, wie es früher den Melkern, den Setzern, den Schneidern und Kürschnern widerfahren ist. Das wäre traurig, aber nicht dramatisch. Dramatisch ist jedoch, dass sich die Öffentlichkeit als solche, die sich zu Börsen Zeiten erst gebildet hat als eine zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeit zum Staat und seinen Organen, gerade komplett auflöst. Ihre Bestandteile sind zwar noch da, aber so fragmentiert wie das Mikroplastik in den Ozeanen. Wen wollen wir denn heute noch erreichen, wenn wir in seriösen Zeitungen schreiben?

Im vergangenen Sommer führte ich ein zufälliges Gespräch mit einem sehr erfreulichen jungen Mann, gerade 30, rhetorisch gewandt, intelligent, reflexiv. Wie sich herausstellte, war er an Politik nicht nur interessiert, sondern damit beruflich beschäftigt. Denn er berät Politiker, Parteien, manchmal sogar Ministerien, in Deutschland und in Österreich. Mit hochgezogenen Augenbrauen erzählte er, welchen Nachhilfeunterricht er täglich zu leisten habe. Manche seiner Kunden würden nämlich gesteigerten Wert auf die Anerkennung der deutschen Feuilletonleser legen. Aber diese Gruppe sei völlig bedeutungslos für seine Arbeit. Sie zählten einfach nicht, diese paar hunderttausend Menschen.

Die deutschen Medien als Gesamtes hätten übrigens die Erfordernisse der Digitalisierung bis heute nicht begriffen, außer der „New York Times“ falle ihm auch kein anderes altes Medium ein. Ich fühlte mich mit einem Schlag

wie 120. In dieser Situation wären viele Fragen möglich gewesen, ich stellte aber, fast atemlos, nur zwei. Ich fragte als erstes, ob es ihm nicht leid täte um die enorme Verschwendung von Wissen und Erfahrung, denn diese Menschen, die noch immer diese komischen alten Zeitungen machten, würden doch über einen großen Schatz an, ja, ich sagte wohl wirklich, Content, verfügen, der vielleicht für das eine oder andere noch zu gebrauchen sei... Er zuckte die Schultern. Er habe das alles schon so lange nicht mehr gelesen, sagte er, ihm habe aber auch nichts gefehlt.

Als zweites fragte ich drängend, wo sich seine Generation und die noch Jüngeren, die vielzitierten digital natives, denn in Zukunft verständigen würden über ihre Anliegen, ihre Prioritäten, über das, was als Nächstes zu tun sei, also über ihre Erwartungen an die Politik. Wo ist eure Öffentlichkeit, fragte ich, wenn ihr unsere nicht mehr nutzt, was ich ja sogar verstehen will. Wo sind die digitalen Wasserstellen, die ihr aufsucht, wenn ihr reden, streiten, verhandeln müsst? Er zuckte wieder die Schultern und sagte, das würde sich wohl erst mit der Zeit herausstellen. Er war dabei so gelassen wie die Zehnjährigen, die jedes elektronische Gerät erst einmal in Betrieb nehmen, auch wenn sie gar nicht wissen, was es ist.

Partizipation ohne Repräsentation

Die Techno-Soziologin Zeynep Tufekci und der Politologe Ivan Krastev forschen dazu, zur Politik im digitalen Raum. Ihre Untersuchungen von Protestbewegungen wie etwa Occupy haben ergeben, dass ihnen eine langfristige Wirkung bisher versagt blieb. Für kurze Zeit machen sie eine Menge Wirbel, aber dann verpuffen sie. Menschen lassen sich so zwar effizient verknüpfen, aber schon bald laufen sie etwas anderem hinterher. Krastev schreibt,

Protestbewegungen im Netz seien bisher eine Form der Partizipation ohne Repräsentation. Und dieser Befund gilt wohl auch für das Verschwommene, das unsere alte Öffentlichkeit ersetzt hat: massenhafte Teilhabe, aber die Fragmentierung jeder Wirkung und die Aufhebung aller Regeln. Reichlich vorhanden für alle sind nur Verunsicherung und Wut.

Natürlich gab oder gibt es nicht die eine Öffentlichkeit. Es gab immer viele davon. Als große und kleinere verschiedenfarbige Kreise lagen sie übereinander wie ein Schaubild aus der Mengenlehre: politische, wissenschaftliche, künstlerische Öffentlichkeit und diverse Untergruppen. Die politische Öffentlichkeit war lange ungerecht und beschränkt, wenn etwa in der Antike nur männliche Patrizier auf das Forum oder die Agora durften, die Fremden, die Frauen, die Sklaven aber natürlich nicht. Dank Gutenberg und seinen beweglichen Lettern bekamen aber immer mehr Menschen Zugang zu etwas, das man auch eine Plattform der Selbstvergewisserung nennen könnte.

Zu Börnes Zeiten, dank unerbittlichen Streitern wie ihm, erhob sie sich machtvoll. Als Gegengewicht zum Staat bildete sich die Zivilgesellschaft heraus. Als drittes neben der episodischen Öffentlichkeit (auf der Straße, in der Kneipe), die es immer geben wird, und der sogenannten veranstalteten Präsenzöffentlichkeit definierte Habermas schließlich die abstrakte Öffentlichkeit, die über Massenmedien hergestellt wurde. Als sie entstand, war sie verdächtig, weil sie einem Niveauverlust Vorschub zu leisten schien.

Da hatten wir noch Sorgen, könnte man inzwischen sagen. Denn möglicherweise war diese sogenannte abstrakte, massenmediale Öffentlichkeit das Beste, was in einer zusammenwachsenden Welt zu bekommen war, einen historischen Moment lang, in jenem Wimpernschlag, bevor die Digitalisierung alles

durchdrang. Das Beste im Sinne von: größte Verbreitung bei niederschwelligem Zugang. Tagesschau, Bildzeitung, die Samstagabendshow und der „Tatort“, dazu die Feuilletons und die Radios. Wir hatten etwas gemeinsam, zumindest in diesem Land, zumindest in diesem Sprachraum, wir wussten so ungefähr voneinander, und wie es uns ging. Zwar interessierten sich viele nur für den „Musikantenstadel“ oder „Deutschland sucht den Superstar“, aber zumindest das Feuilleton blieb tapfer dabei, alles, was größeren Anklang fand, zu analysieren und zu reflektieren. Man konnte daran glauben, dass es Orte gab, an dem die Zeitphänomene diskursiv aufbewahrt wurden. Man konnte davon ausgehen, dass diese gedachten Zwischenlager von den Entscheidern, den Vordenkern, den Oppositionellen und all denen, die einfach nur verstehen und sich verständigen wollten, regelmäßig aufgesucht wurden.

Dem Historiker Per Leo verdanke ich den berechtigten Einwand, dass die Öffentlichkeit historisch gesehen niemals Mehrheitsmeinungen abgebildet hat. Dass Mehrheit und öffentliche Meinung unterschiedliche Phänomene sind, deren Kongruenz sich nicht von selbst versteht. Trotzdem, möchte ich beharren, gab es doch einmal diese halbwegs verlässliche Plattform, auf der, und sei es noch so grob und ungefähr, erfasst werden konnte, was uns bewegte und zusammenhielt. Diese

„Möglicherweise war diese sogenannte abstrakte, massenmediale Öffentlichkeit das Beste, was in einer zusammenwachsenden Welt zu bekommen war, einen historischen Moment lang, in jenem Wimpernschlag, bevor die Digitalisierung alles durchdrang.“

Plattform denke ich mir als Fläche, als riesigen Platz, eben als Forum. Dieser Platz hatte zu allen Zeiten seltsame Ränder und die eine oder andere dunkle Ecke. Aber weil dieser Platz offen und grundsätzlich einsehbar war, galt hier der Rechtsstaat.

Heute haben wir etwas anderes, etwas, das in die Tiefe geht, aber nicht in die sinnbildlich wertvolle: ein Bergwerk, in dem sich jeder sein eigenes Tunnelsystem graben kann, weitläufig und verzweigt, aber wo es dennoch möglich ist, niemals auf Widerspruch zu treffen. Zumindest kann man den Sammelplätzen und großen Kreuzungen ohne Weiteres entgehen, womit diese ihre Bedeutung verlieren. Und es ist möglich, dort ungestraft alles zu tun, was an der hellen Oberfläche verboten ist.

In diesem Sinne meine ich: Die alte Öffentlichkeit ist vorbei. Sie wird nicht irgendwann vorbei sein, sie ist es schon. Die Digitalisierung, die wunderbare Effekte auf viele Lebensbereiche hat, hat auf ihrem Urgrund, der menschlichen Kommunikation, eine alles zerstörende Explosion verursacht. Für die Öffentlichkeit, die, mit all ihren Fehlern und Schwächen, einmal die informelle Macht der Demokratie war, hat es den Effekt, den es auf die Wirtschaft hätte, wenn jeder sich zu Hause sein eigenes Geld drucken könnte. Eine Zersplitterung in Millionen inkonvertibler Einzelmeinungen, eine Hyperinflation von Information.

Abgeschottet voneinander graben wir unsere Tunnel: blind, empfindlich für kleinste Erschütterungen, erschreckt von lauten Geräuschen, die wir nicht genau orten können. Wir haben keinen Überblick mehr, kein Licht und keine Luft. Keinen Abstand mehr, weder zu unseren eigenen Emotionen noch zu unserer unmittelbaren Gegenwart. Großbritannien, ein sogenanntes Mutterland der Demokratie, gibt mit seinem unlösbaren Brexit-Drama gerade eine gruselige Vorstellung davon; in ihrer selbstmörderischen Kompromissun-

fähigkeit verkörpern die Parlamentarier ganz präzise ihre Wähler. Täuschen wir uns nicht, das könnte überall passieren, wir haben den monatelangen Krampf der letzten deutschen Regierungsbildung nur wieder verdrängt. Im schlimmsten Fall sind wir bald gar keine Gesellschaft mehr, sondern nur ein loser Verbund hochaggressiver Interessensgruppen, gerade noch mühsam zusammengehalten durch den relativen Reichtum des Erdteils, in den wir zufällig hineingeboren wurden.

Shit-Stürme und politische Erdbeben

Die gleißende Wut allerorten, die diskursive Erderwärmung gibt Zeugnis davon. Und die sinnbildliche Nähe all dieser Phänomene zum Klimawandel ist verblüffend: Shit-Stürme und politische Erdbeben, das Abschmelzen der Polkappen von Vernunft und Benehmen, die Zerklüftung von Weltbildern und die Verwüstung von Freundeskreisen. Es wird massenhaft geflüchtet, in den Extremismus oder ins beleidigte Schweigen, Kriege um Meinungshoheit lodern auf, alles in einem Ausmaß, das wir nicht kommen sehen und nicht für möglich gehalten haben.

Alles geht in Trümmer. Ehemalige Großparteien zerfallen zugunsten von Clowns, Komikern oder zynischen Glücksrittern. Nein, es reicht nicht zu sagen, dass sie offenbar schlecht gearbeitet haben, dass sie nun eben durch etwas anderes ersetzt werden, naturwüchsig, sozusagen. Ihre Bedeutung als Hafen ist damit nicht gewürdigt, als erstes grobes Ordnungssystem in einer hochdifferenzierten Gesellschaft. Unsere deutschen Großparteien benahmen sich rührenderweise umso inklusiver und mittiger, je unversöhnlicher die Stimmung wurde. Das beschleunigt ihren Untergang. Sie bemerken nicht, dass das Wort vom Sammelbecken zu einer Beleidigung geworden ist. In ein solches

will niemand mehr steigen, es fühlt sich äußerst unhygienisch an. Die Gruppen, denen man noch vertraut, werden immer kleiner und exklusiver. Ein falscher Tweet, und man fliegt raus.

Es gibt nur ein Sammelbecken, das an Attraktion gewonnen hat: das der selbsternannten Totalopposition. Wer davon überzeugt ist, dass erst einmal alles zerschlagen werden muss, hat automatisch viel weniger Berührungängste. Das hält die extreme Rechte so fest zusammen: die Loyalität des Abrisskommandos. Mit ihrer radikalisierten, Tabus brechenden Sprache haben sie alle anderen angesteckt: Wir haben inzwischen solche Angst vor ihnen und ihren unleugbaren Destabilisierungskräften, dass wir auch einander nicht mehr über den Weg trauen.

Unsere Angst führt, im Gleichschritt mit dem Verlust der Öffentlichkeit, zum eigenen inneren Zerfall. Lieber exkommunizieren wir vormals geschätzte Gesprächspartner und diffamieren sie als neue Rechte, als dass wir uns auf das konzentrieren, was wir einmal viel besser gekonnt haben als die Rechten: Abwägen, analysieren und Widerspruch zulassen. Nicht den Kopf verlieren. Und sich den Humor bewahren. Einiges ist doch so absurd, dass lautes Lachen die beste Strategie wäre. Aber Lachen ist nur noch unter dem Label „Zynismus“ im Handel.

Beides, die Zersplitterung und die erbitterten Kämpfe sind die Zerfallsprodukte der Streitkultur. Zehn Jahre Internet für alle, mobil auf die Hand, haben genügt, um uns das, was Börne und Heine vor 200 Jahren begründet haben, verlernen zu lassen. Die vielgerühmte Freiheit, dass sich jeder zu allem äußern kann, schafft die gefährliche Illusion, dass das Aushalten anderer Meinungen nicht mehr nötig ist. Es war schon immer schwer, Kindern zu erklären, dass es keine garantierte Gerechtigkeit gibt, sondern dass man nur beständig

an ihr arbeiten kann. Heute ist es schwer, Erwachsenen zu erklären, was ein Kompromiss ist und wozu man ihn braucht. Andere Meinungen dienen nicht mehr dazu, unsere eigenen zu überprüfen – sondern den Gegner zu markieren.

Und so ist die alte Öffentlichkeit an ihr Ende gekommen. Sie ist fast komplett ins Private diffundiert. Es ist nicht mehr annähernd festzustellen, wie es dem eigenen Nachbarn geht, welcher Minderheit er anzugehören wünscht oder welchen Phantasmen er gerade aufsitzt. Jeder hat seine eigene winzige Öffentlichkeit, er hat sie sich nämlich „personalisiert“. Das aber ist, nach allem, was man bisher sehen kann, so gefährlich wie eine Autoimmunkrankheit.

Doch jedem Ende folgt ein neuer Anfang. Neben der Wut ist vielleicht die Verzweiflung die andere große Emotion, die die Fähigkeit hat, Menschen über alle Differenzen hinweg zusammenzubringen. Und da fielen sie mir wieder ein, die Bilder, die wir alle gesehen, über die wir alle gesprochen haben, egal, in welchen Echokammern wir uns sonst vergraben. Es waren die schulschwänzenden Klima-Kinder, in Marsch gesetzt und angeführt von dem kleinen Mädchen mit den komischen Haaren.

Ich weiß nicht, ob es sich nur um meine letzte Hoffnung handelt und ob auch sie dasselbe schnelle Ende nehmen werden wie die oben beschriebenen Internet-Protest-Phänomene. Doch bis jetzt erscheint mir die Verzweiflung dieser Kinder so groß, dass sie die Widersprüchlichkeit ihres eigenen Verhaltens machtvoll übertrumpft. Sie sind bislang die ersten, die der Zersplitterung ihres Themas in tausend feindselige Untergruppen widerstehen. Sie kümmern sich nicht um die erwachsenen Zyniker, die den Kult um die kleine Schwedin verhöhnen, und nicht um die Verständnis heuchelnden Paternalisten, die ihnen empfehlen, die Sache den Profis zu überlassen. Sie sind

zweifelloso intelligent genug um zu wissen, dass die Herausforderung vor ihnen selbst nicht haltmacht, dass auch ihre Eltern und sie selbst ihre Lebensweise massiv verändern müssen. Aber dass sie noch nicht perfekt sind, hindert sie nicht daran, aktiv zu werden. Das ist der Gegenentwurf zu den Verkrampfungen, die wir uns gerade leisten. Es ist fast ein perfektes Problem: Die Verzweiflung unserer Kinder ist die Hoffnung, die wir noch haben können. Ihre Streiks und Demonstrationen sind eine Wiederkehr alter, wirksamer, für alle sichtbarer Öffentlichkeit. Denn für uns alle gilt dieser eine Satz: Für Pessimismus ist es zu spät.

Eva Menasse, geboren 1970 in Wien, lebt seit 2003 als freie Schriftstellerin in Berlin. Mit ihrem Debütroman „Vienna“ sowie ihren folgenden Erzählungen und Essays schaffte sie ihren Durchbruch als Autorin. Für ihren Roman „Quasikristalle“ wurde sie mit dem Gerty-Spies-Literaturpreis, dem österreichischen Alpha-Literaturpreis sowie dem Heinrich-Böll-Preis der Stadt Köln ausgezeichnet. 2015 war sie Stipendiatin der Villa Massimo in Rom und erhielt für ihr bisheriges Werk den Jonathan-Swift-Preis für Satire und Humor. 2017 erschien ihr Erzählungsband „Tiere für Fortgeschrittene“. Im selben Jahr wurde sie mit dem Friedrich-Hölderlin-Preis der Stadt Bad Homburg ausgezeichnet. 2019 erhielt sie den Ludwig Börne Preis.

Schreiben in Zeiten von Katastrophen Wie schreibt man in Zeiten von Kriegen und Katastrophen? Wenn alle Fragen gestellt sind und die befragte Person nichts mehr zu sagen hat, geht der Nachrichtenreporter und schreibt seine Geschichte. Der Schriftsteller bleibt. Denn die wahre Geschichte beginnt, wenn die Person aufsteht und ihr Leben fortsetzt. Schriftstellersein heißt, die Antworten, das Schweigen, das Handeln in Worte zu fassen und zu Papier zu bringen. *Von Åsne Seierstad*



Autoren, Journalisten und Publizisten: Durch ihre Berichterstattung entdecken sie auch einige Wahrheiten über uns alle, darüber, was es bedeutet, Mensch zu sein. Um das zu erreichen, sprechen sie meist mit ganz normalen Leuten, mit gewöhnlichen Menschen, die vor schweren Aufgaben stehen, da sie in außergewöhnlichen Zeiten leben, in Zeiten von Kriegen und Katastrophen, Unterdrückung oder Revolution. Was ihre literarischen Sachbücher vom Nachrichtenstrom über dieselben Ereignisse unterscheidet, ist, dass ein Buch Raum für Tiefe und Details bietet; es kann origineller, experimenteller sein. Die Sprache der literarischen Berichterstattung ist von der großen Literatur inspiriert. Die von den großen Meistern entlehnte Kunst des Geschichtenerzählens wird mit der

Ethik des Journalismus vermischt. Diese Mischung schafft Raum für Verständnis. Eines der Dinge, die ich an der Berichterstattung liebe, ist, dass das Handwerk so einfach ist. Ein Reporter braucht anfangs kaum Werkzeug. Du hast eine Idee. Oder jemand bietet sie dir an, oft unbewusst. Du denkst darüber nach. Du grübelst. Die Schriftstellerin fragt sich: Was ist hier die Geschichte? Wie kann sie erzählt werden? Und: Bin ich die Richtige, um sie zu erzählen? Reporter sein heißt, Fragen stellen. Und die Antworten anhören, wieder und wieder. Es geht darum, die Geschichte zu erfahren, aber es geht auch um Geduld. Wenn alle Fragen gestellt sind und die befragte Person nichts mehr zu sagen hat, folgt Schweigen. Der Nachrichtenreporter geht und schreibt seine Geschichte. Der Schriftsteller bleibt. Denn die wahre Geschichte beginnt, wenn die Person aufsteht und ihr Leben fortsetzt. Schriftstellersein heißt, die Antworten, das Schweigen, das Handeln in Worte zu fassen und auf Papier zu bringen. Es ist wie eine Suche nach Bausteinen, nach Material, um die Geschichte zu formen und das, was die Leute dir sagen, in Szenen umzubauen und ein Buch daraus zu machen.

Wenn es kurz davor steht, dem Autor aus den Händen zu gleiten, schaltet sich ein anderes Team ein: der Lektor, der Faktenprüfer, der Rechtschreibprüfer, der Designer, der Übersetzer und der Drucker. Und

schließlich der Buchhändler oder der Bibliothekar.

Bei dem schwierigsten Buch, das ich je geschrieben habe, geht um ein Thema, das so schwer zu verstehen ist: einheimischer Terror; ein Mann, der auszieht zu töten, der bereit ist, das Leben anderer Menschen und ihrer Angehörigen zu zerstören. Am 22. Juli 2011 zündete der 32-jährige norwegische Staatsbürger Anders Behring Breivik eine 900 kg-Bombe im Regierungsviertel von Oslo, direkt vor dem Büro des Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg von der Arbeiterpartei. Die Bombe, die einen Teil des Gebäudes vollständig zerstörte, tötete acht Menschen. Die meisten von uns dachten, das war das Werk von Al-Qaida. Wer sollte es sonst sein?

Niemand dachte, dass ein blonder Mann in Polizeiuniform, der nach der Explosion auf die Insel Utøya fuhr, wo die Jugend der Arbeiterpartei ihr jährliches Sommercamp veranstaltete, der Täter war. Auf der Insel jagte und erschoss er 69 Menschen, die Hälfte von ihnen unter 18 Jahre alt. Er wurde festgenommen. Ins Gefängnis gesteckt. Verurteilt. Jetzt sitzt er seine Strafe ab. Er ist weggesperrt und wird nicht mehr töten. Aber was ist mit seinen Ideen? Sind sie auch begraben oder spuken sie noch herum? Haben sie jemanden begeistert? Haben sie mit ihm angefangen und aufgehört oder haben sie etwas mit uns zu tun? Ist er eine Anomalie oder ist er Teil eines Trends?

Das sind die Fragen, die sich die Norweger gestellt haben und die wir uns noch

„Als Schriftstellerin bemühe ich mich, meine Wut zu beherrschen. Mein Ideal ist es, nach Fakten, Zusammenhängen, Antworten zu suchen, nicht zu richten.“

immer stellen. Wenn wir heute auf Europa schauen, kann ein erschreckender Aspekt nicht geleugnet werden: die Zunahme des Rechtsextremismus. Er ist heute stärker als zur Zeit des Terrorakts von Breivik vor acht Jahren. Um ihn zu bekämpfen, müssen wir ihn entblößen. Um ihm entgegenzutreten, müssen wir ihn verstehen.

Kleinste Worte für das Schlimmste

In den norwegischen Märgen wandeln sich Trolle in Steine, wenn sie von den Strahlen der Sonne getroffen werden. Das müssen wir auch mit den Extremisten tun – sie herauslocken ans helle Tageslicht, sie unter die Lupe nehmen, sie entlarven. Denn ihre Ideen gedeihen im Dunkeln, in den geschlossenen Kreisen, in den Echokammern des Internets. Als Mensch empfand ich tiefe Trauer angesichts des Massakers an den jungen Politikern auf der Insel. Ich war wütend auf den Mörder. Ich nahm meine Kinder mit zu den Rosenmärschen. Und weinte. Als Schriftstellerin bemühe ich mich, meine Wut zu beherrschen. Mein Ideal ist es, nach Fakten, Zusammenhängen, Antworten zu suchen, nicht zu richten. Denn ein Buch kann nur einen Richter haben: den Leser. Wenn der Schriftsteller wütend ist, braucht der Leser nicht zornig zu werden. Wenn der Schriftsteller Verachtung zeigt, hat der Leser keine Chance, empört zu sein. Wenn der Schriftsteller alles erklärt, braucht der Leser nicht selbst zu denken. Die Reaktion sollte beim Leser liegen, nicht im Schreibprozess. Um das zu erreichen – die Beschreibung der schlimmsten Ereignisse, Tragödien, der größten Gefühle – brauchen wir die kleinsten Worte. Die einfachsten Worte. Nur dann, wenn die Worte keine Schatten auf uns werfen, können wir die Dimensionen

begreifen. Über den Terroristen zu urteilen, würde mich in dem Versuch behindern, herauszufinden, was ihn dazu brachte, sein Verbrechen zu begehen – den tödlichsten Terrorakt im modernen Europa, der von einem Individuum allein begangen wurde. War er allein? Er dachte, er war es nicht. Das heißt, er dachte, er hatte eine Bande, eine Clique, einen jubelnden Fanclub. Er hatte viele Stunden auf den dunklen Seiten des Hasses im Internet verbracht. Dort, auf den Neonazi-Seiten, den faschistischen Seiten, den einwanderungsfeindlichen Seiten, bestätigen sie sich, sind sie sich einig und feuern sie sich gegenseitig an.

Breivik dachte, dass andere es ihm gleich tun würden, wenn es ihm gelänge, sein Verbrechen zu begehen. Er dachte so, weil er keine Interaktion mit der realen Welt hatte. Seine Weltsicht wurde nur aus einer Quelle geformt: Rechtsextremismus. Heute haben wir zwei Radikalisierungsprozesse, die sich nebeneinander in Europa entwickeln: das Anwachsen des Rechtsextremismus und die Verbreitung des islamischen Fundamentalismus.

In meinem letzten Buch „Zwei Schwestern“ habe ich mitverfolgt, wie zwei Teenager in Syrien landeten. Diese Extremisten an ihren unterschiedlichen Enden des Spektrums sind füreinander perfekte Feinde. Sie nähren einander. Die Faschisten zeigen auf die extremen Islamisten und sagen: Sie repräsentieren den Islam. Die Islamisten zeigen auf die Faschisten und sagen: Seht, sie wollen den Islam verbieten, sie sind gegen uns, wir müssen uns wehren. Beide nehmen sie die Welt als schwarz und weiß wahr. Als Unterstützer oder Feinde. Wir müssen dafür kämpfen, den Bereich in der Mitte auszuweiten, wo die komplexen, komplizierten, verwundbaren Ideen von Toleranz und Verständnis wohnen.

„Was wir erleben, ist kein Kampf der Religionen, es ist ein Riss in unserer Gesellschaft. Es ist die Vorstellung eines ‚wir gegen sie‘.“

Hass, Wut, Opferhaltung, das Gefühl von Erniedrigung und Herabsetzung sind wichtiger Treibstoff in der Radikalisierung beider Seiten. Anders Behring Breivik schrieb in seinem Manifest und sagte vor Gericht, dass er sein Massaker begangen hat, um die europäische Kultur zu retten. Um die christliche Kultur zu retten, fügte er hinzu. Als er vom Richter gefragt wurde, ob er eigentlich die Bibel gelesen hat, antwortete er: in der Schule. Einige der Islamisten brachten eine Ausgabe von „Der Koran für Dummies“ mit in die Kriegszone (dessen Autor Sohaib N. Sultan ist der erste hauptberufliche Muslim Life Coordinator und Kaplan an der Princeton University).

Was wir erleben, ist kein Kampf der Religionen, es ist ein Riss in unserer Gesellschaft. Es ist die Vorstellung eines „wir gegen sie“. Der erste Schritt in Richtung Radikalisierung ist, sich selbst als anders als der Rest zu definieren. „Ich bin aus einer Gruppe, sie sind aus einer anderen“, schreibt der Aktivist des arabischen Frühlings Iyad al-Baghdadi in seinen „7 Schritten zur Radikalisierung“. Der zweite Schritt ist, sie als alle gleich zu definieren, sie zu entmenschlichen, ihnen ihre menschlichen Eigenschaften zu nehmen. Wenn das getan ist, musst du glauben oder andere glauben machen, dass sie uns unterdrücken. Sie alle sind schuldig, uns zu unterdrücken. Und hier kommt eine der Triebkräfte: Wir sind besser als sie. Wir verdienen besseres. Wir haben das Recht zu töten, andere aus Gründen der Rasse, Religion oder politischen Zugehörigkeit zu vernich-

ten. Kurz vor dem letzten Schritt beschließt der Radikalisierte, zurückzuschlagen. Beim siebten Schritt entscheidet er, dass Gewalt der einzige Weg ist. Das traf auf Breivik zu. Und das gilt auch für den Islamischen Staat. Es beginnt mit einem Gefühl der Entfremdung; es endet mit dem Tod.

Ich sehe keinen besseren Weg, sich in einen anderen Menschen hineinzuversetzen, als durch das Lesen von Büchern. Ein Buch ist nicht fertig, wenn der Text gedruckt ist; jedes Exemplar des Buches ist anders, denn ein Buch existiert nur in seiner Begegnung mit dem Leser. Und jeder Leser ist einzigartig. Einer von uns ist ein bedrückendes Buch. Manche haben es nach den ersten Seiten weggelegt. Es ist schwer, sich in die Gedanken eines Mörders einzuschleichen und seiner Banalität, seinen Überzeugungen und seinem Bösen ausgesetzt zu sein. Es ist schmerzvoll, Seite für Seite, die jungen Politiker kennenzulernen, die später abgeschlachtet werden. Es ist unerträglich, zu erkennen, dass das, wofür sie standen – Toleranz, Solidarität, Verständnis und Integration – genau die Ideen sind, die Anders Behring Breivik hasst. Er wollte nicht nur sie töten, sondern ihre gesamte Art zu denken. Ich möchte mit einem Bild eines Mädchens von der Insel schließen. Ein Mädchen mit langen Haaren und einem Overall. Als junge Aktivistin, als junge Politikerin, hatte sie gelernt, dass nur die besten Argumente den Gegner überzeugen. Sie hatte Rhetorikkurse besucht. Sie hatte gelernt, wie man überzeugt, wie man eine Diskussion gewinnt; wie man Logik gegen Verschwörung einsetzt. Ihre Werkzeuge waren Worte. Als sie sah, wie Breivik auf ihre Freunde zielte und sie tötete, sagte sie: Jemand muss ihn aufhalten. Jemand muss zu ihm gehen und mit ihm reden. Sie tat es. Sie ging zu ihm und sagte: Sie müssen aufhören zu schießen! Er hob

seine Waffe an ihren Kopf und schoss eine Kugel durch ihr Gehirn. Um das Andenken dieses Mädchens zu bewahren, dieses ungeheuer mutigen Mädchens, dürfen wir die Ideen, für die sie stand, nie aufgeben. Und unsere einzigen Werkzeuge sind dieselben, die sie wählte: Worte. Auf lange Sicht sind sie stärker.

Åsne Seierstad ist eine norwegische Schriftstellerin und Journalistin. Sie erhielt mehrere Journalistenpreise, so 2004 den britischen EMMA (Ethnic Multicultural Media Award) und den französischen Literaturpreis „Prix de Libraires“. Für ihr Buch über Islamistinnen, „Zwei Schwestern – im Bann des Dschihad“, erhielt sie den renommierten norwegischen Literaturpreis „Brageprisen“. 2018 wurde Seierstad mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung für „Einer von uns. Die Geschichte eines Massenmörders“ ausgezeichnet. Darin blickt sie auf die Hintergründe der 2011 von Anders Behring Breivik begangenen Anschläge in Norwegen mit 77 Toten.

Verteidigung des Gutmenschen Es ist leicht, als Zyniker durchs Leben zu gehen. Es ist kommod und bequem, alles zu akzeptieren, sich nicht zu wehren, sich abzukapseln, sich nicht ins Offene zu wagen, sich zu schützen, die Waffen zu strecken vor dem Erdrückenden, dem Überwältigenden. Daher der Hass auf die Gutmenschen. Sie stellen die gängige Selbstparalyse in Frage. Es ist so einfach und billig, alles mit einer Prise Lächerlichkeit zu bestäuben, die vergebliche Sehnsucht der Träumer und Utopisten zu verhöhnen. *Von Ilija Trojanow*



Ich habe mir sagen lassen, der Schriftsteller Heinrich Böll sei ein Gutmensch gewesen. Mir ist gelegentlich nachgesagt worden, ich sei ein Gutmensch. Für mich ist es an der Zeit, einige Gedanken über den Gutmenschen an und für sich anzustellen. Gut-Menschen-Tum. Ein einziges Wort, das scheinbar ausreicht, alles Wesentliche auszudrücken. Ein typisch deutsches Kompositum, drei Teile, vier Silben: Gutmenschentum.

Fangen wir mit der ersten Silbe an, „gut“, ursprünglich das Gegenteil von schlecht und gemeinhin positiv konnotiert. Oft verwendet. Wie war das Essen? Gut! Wie war dein Tag? Gut! Wie läuft's in der Ehe? Gut! Was wollen Sie sein im Leben? Da antwortet allerdings kaum jemand mit „gut“. Erfolgreiche Menschen wollen vielmehr gut aufgestellt sein oder gut bezahlt werden.

Es gibt Familien im deutschen Sprachraum, die müssen schwer an dem Nachnamen „Gutmensch“ tragen. Merkwürdigerweise stammen viele Nomina propria dieser Art aus dem heutigen Tschechien. Herr Josef Gutmensch aus Mährisch-Neustadt zum Beispiel belegte am 22. August 1896 den 6. Platz beim Königsschießen in Littau. Der Friseur August Gutmensch ließ sich 1897 einen „Frissettenhalter“ – eine Art Lockenwickler – patentieren. Der Gemischtwarenhandel Rosin & Gutmensch in der Favoritenstraße 68 im Wiener 4. Bezirk musste 1915 Konkurs anmelden. Und dem Hauptmann des K.-u.-k. Heeres Karl Gutmensch wurde im Mai 1916 das Militärverdienstkreuz mit Kriegsdekoration für tapferes Verhalten vor dem Feind verliehen. Zwei Jahre später erhielt der Offizier Gutmensch die allerhöchste militärische Auszeichnung, kurz bevor ihn der heroische Kriegstod ereilte. Frei nach dem braven Soldaten Schwejk, dem Schutzheiligen aller Subversiven: „Die haben uns den Gutmensch umgebracht!“ „Welchen Gutmensch? Ich kenne zwei. Um beide ist es nicht schade.“

Manche Namensforscher leiten den „Gutmensch“ vom Heiligen Homobonus ab, dem Schutzpatron der Schneider. Andere hingegen behaupten, er stamme vom französischen Wort „bonhomme“ ab, einst die Bezeichnung für die Anhänger der mittelalterlichen häretischen Bewegungen der Katharer und Albigenser, die sich selbst „wahre Christen“

oder „Gottliebende“ nannten, eine wörtliche Übersetzung des südslawischen „bogomil“. Diese „Teufeldiener“ stammten ursprünglich aus dem heutigen Bulgarien und galten ihren Feinden als „Katzenküsser“, als Zoophile, weswegen das umgangssprachliche englische Wort „to bugger“, eine Ableitung des französischen „bougrir“, etymologisch nichts anderes bedeutet als „to make love like a Bulgarian“.

Jetzt sind wir dem Urgrund des Gutmenschen auf die Schliche gekommen. Die Bogomilen waren die erste religiöse sozialrevolutionäre Bewegung Europas.

In den Worten eines zeitgenössischen orthodoxen Priesters: „Sie lehren ihr eigenes Volk, ihren Herren nicht zu gehorchen, sie schmähen die Reichen, hassen den Zaren, lachen über die Älteren, verdammen die Bjaren {die Adligen}, betrachten als nichtswürdig vor den Augen Gottes jene, die dem Zaren dienen, und verbieten jedem Diener, für seinen Herrn zu arbeiten.“ Um Gottes willen. Menschen, die sich ein freies und würdevolles Leben auf Erden nicht nur vorstellen können, sondern es auch in die Tat umsetzen wollten. Gutmenschen halt. Pfui Teufel.

Übrigens wurde Bosnien ab 1199 bogomilisch und blieb es zwei Jahrhunderte lang, womit hinreichend bewiesen wäre, dass auch mein Kollege, der bosnische Schriftsteller Dzevad Karahasan, ein verkappter Gutmensch ist.

Der Vollständigkeit halber: Der Ausdruck „bonhomme“ bezeichnet im Allgemeinen

„Jetzt sind wir dem Urgrund des Gutmenschen auf die Schliche gekommen. Die Bogomilen waren die erste religiöse sozialrevolutionäre Bewegung Europas.“

eher einen „feinen Kerl“, einen „gentleman“, so ganz und gar spottfrei, könnte man meinen und sich kurz in ironiefreier Sicherheit wiegen, bis man erfährt, dass er auch als Synonym für Trottel benutzt wird. Was klar scheint, kann sich als trügerisch erweisen. Beim Gutmenschen ist die Semantik inzwischen auf den Kopf gestellt, ins Gegenteil verkehrt. Weswegen das Wort Schlechtmenschlichtweg nicht existieren kann, sondern nur der Nichtgutmensch. Verwirrend, ich weiß. Aber die Verwirrung ist in diesem Zusammenhang durchaus beabsichtigt.

Nicht nur im deutschen Sprachgebrauch. Auf Bosnisch sagt man als höchsten Ausdruck von Begeisterung „mrak“, wortwörtlich zu übersetzen mit „Dunkelheit, Finsternis“. Und im westafrikanischen Krio dient das Affix „bad bad wan“ zur Betonung einer Qualifizierung: „Di man fayn bad bad wan“, (für jene, die des Krio nicht mächtig sein sollten: „Der Mann gut schlecht schlecht“, oder aber auch „Di polis korupt bad bad wan“ („Die Polizei korrupt schlecht schlecht“).

Semantisches Schlachtfeld

Die englische Entsprechung lautet „do-gooder“, also jemand, der sich erfrecht, Gutes zu tun. Die Bedeutung hat sich innerhalb kurzer Zeit auf erstaunliche Weise verschoben. Der Gute, so lautet offenbar die nunmehr herrschende Unterstellung, ist naiv. Das hat schon Balzac skizziert: „In Paris kann man einen Mann erledigen, indem man von ihm sagt: Er hat ein gutes Herz. Dieser Satz besagt so viel wie: Der arme Kerl ist dumm, wie ein Rhinoceros.“

Der Nazi-Propagandist Julius Streicher war der Ansicht: „Es kennzeichnet den guten Menschen, dass er an das Vorhandensein des Schlechten erst dann glaubt, wenn er es mit

eigenen Augen sehen kann.“ Das semantische Schlachtfeld hat sich seitdem kaum geändert. Der Nichtgutmensch weiß à priori, dass das Schlechte nicht nur existiert, sondern alles beherrscht, insofern hängt er keinen Illusionen nach, sondern vertraut allein dem Schwert und dem Schild.

Kumpel der Macht

Der Nichtgutmensch ist folgerichtig ein Kumpel der Macht. Weil die Verbesserung der Welt seiner Meinung nach unweigerlich zu einer Verschlechterung des Existierenden führen muss, verteidigt der Nichtgutmensch den Status quo, beharrt auf die Kontinuität der herrschenden Verhältnisse. Auch wenn diese schnurstracks in die Apokalypse führen sollten. Kein Problem. Die Apokalypse ist der Massagestuhl des Nichtgutmenschen, in dem sich alle durch Konflikte und Krisen und Katastrophen verursachten Verspannungen lösen. Aus physiotherapeutischen Gründen leistet sich heutzutage jeder Verlag mindestens eine Apokalypse oder Dystopie im Programm – so wie einst ein jeder ein Tamagotchi Alltagsgassi führte – beglaubigt von der Einsicht, dass wir die Zerstörung der Erde inzwischen wissenschaftlich präzise beschreiben können.

Im Anthropozän benötigen wir keine Propherzeiungen mehr, es genügen physikalische Berechnungen. Der Gutmensch erschrickt, der Nichtgutmensch reibt sich die Hände, denn die olympische Leistung seines Zynismus besteht darin, nicht einmal die Apokalypse zu fürchten. Zumal der Nichtgutmensch für seinen Pragmatismus reich entlohnt wird – die Apokalypse ist ein großzügiger Arbeitgeber –, der Gutmensch hingegen für seine Bemühungen außer Spott meist weniger erntet.

Nun ist es keineswegs so, dass etwa in der deutschen Kulturtradition das Gute abschät-

zig beurteilt würde. Ein Mann namens Goethe, seines Zeichens oberster Weisheitsträger der Nation, schrieb einst: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. Denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen.“ Das Gutmenschliche wäre somit das einzige Merkmal, das den Homo sapiens von dem Theropithecus oder dem Rhinopithecus trennt.

Wir sind nunmehr beim mittleren Teil unseres Kompositums angelangt, beim „Menschen“, jenem Wesen, dass von Natur aus schlecht ist, zumindest wird diese Erkenntnis (mit Verlaub) stets jenen entgegeng gehalten, die etwas grundsätzlich und nachhaltig verbessern wollen. Sollte diese Unterstellung stimmen, sollte der Mensch so und nur so beschaffen sein, wieso wird dann bereitwillig akzeptiert, dass sich Macht (und/oder enormes Vermögen) in einzelnen Personen konzentriert?

Einem Gewalttätigen würde man die Waffe abnehmen, einem Vielfraß die Megapackung Gummibärchen entreißen. Eigentlich sollten Misanthropen entschieden für eine Verhinderung von Machtkonzentration kämpfen. Das Gegenteil ist der Fall. Seit Jahren suche ich eine Erklärung für diesen Widerspruch und habe keinen gefunden. Ich vermute, die Antwort lautet, der Mensch ist von Natur aus zwar nicht schlecht, aber von Haus aus dumm.

„Es ist leicht, Schwarzseher zu sein, man muss nur die Augen schließen. Die viel beschworene neue Unübersichtlichkeit sollte eher ‚neue Unsichtbarkeit‘ heißen. Die Opfer der globalen Dauerkrisen sind hierzulande selten zu sehen.“

Jene, die das Wort „Gutmensch“ verächtlich im Mund führen, nehmen für sich selbst durchaus in Anspruch, „gut“ zu sein, innerhalb eines als „realistisch“ bezeichneten Rahmens. Übertriebene Güte ist hingegen des Teufels. „Die Wirklichkeit des Teufels“, schrieb neulich ein Mann namens Norbert Bolz, ein deutscher Medienwissenschaftler, „gibt den Frommen die Gewissheit von der Wirklichkeit Christi.“

Nur ist der Teufel heute nicht so leicht zu erkennen. Er maskiert sich nämlich als Moralist und verführt uns mit seinem Kult des Gutmenschentums. Gerade deshalb ist man aber mit einer christlichen Moral auf einem gefährlichen Irrweg. Denn der Teufel selbst ist ja Moralist, und das gute Gewissen ist seine teuflischste Erfindung.“ Übersetzt ins Küchendeutsch: Süß-saures Essen ist bitter. Wer in solchen Gut-böse-Mustern denkt, muss die Ausweitung der Güte auf alle Menschen metaphysisch lächerlich finden und fest daran glauben, dass sein zynischer Scharfsinn moralisch adäquater ist als emphatischer Gemein-sinn. Allerdings stellt sich die Frage, ob der moderne Gutmensch Gott und Teufel und alle anderen Blitzableiter moralischer Verwirrung nicht längst hinter sich lassen und die Idee der Solidarität, das Ideal der Gerechtigkeit, als Gebote der Vernunft postulieren könnte.

Es ist leicht, Schwarzseher zu sein, man muss nur die Augen schließen. Die viel beschworene neue Unübersichtlichkeit sollte eher „neue Unsichtbarkeit“ heißen.

Die Opfer der globalen Dauerkrisen sind hierzulande selten zu sehen. Schon längst sind gewaltige Mauern der Wahrnehmung errichtet. Ein jeder, der mich in Bombay besuchte, wohin ich 1998 gezogen war (und es waren viele), fragte mich unweigerlich eines Tages: „Wie kannst du den Anblick dieses Elends ertragen?“ – „Existiert das Elend we-

niger, wenn ich wegschaue?“, fragte ich zurück. Es ist leicht, als Zyniker durchs Leben zu gehen. Es ist kommod und bequem, alles zu akzeptieren, sich nicht zu wehren, sich abzukapseln, sich nicht ins Offene zu wagen, sich zu schützen, die Waffen zu strecken vor dem Erdrückenden, dem Überwältigenden. Daher der Hass auf die Gutmenschen. Sie stellen die gängige Selbstparalyse in Frage. Es ist so einfach und billig, alles mit einer Pri-se Lächerlichkeit zu bestäuben, die vergebliche Sehnsucht der Träumer und Utopisten zu verhöhnen.

Als Ideologie diskreditiert

Und nun, zum krönenden Abschluss, dem scheinbar harmlosen, nachgereichten „tum.“ Dieses laut Wörterbuch zum Suffix erstarrte Substantiv ist hergeleitet aus dem Mittelhochdeutschen „tuom“, was Macht, Würde, Besitz bedeutet hat. Der Duden führt aus: 1. bezeichnet in Bildungen mit Substantiven einen Zustand, eine Beschaffenheit, Eigenschaft oder ein Verhalten von jemandem: Chaotentum, Erpressertum, Profitum. 2. bezeichnet in Bildungen mit Substantiven eine Personengruppe: Bürgertum. 3. bezeichnet in Bildungen mit Substantiven das Territorium von jemandem: Herzogtum, Scheichtum.

Ein grammatikalisch und semantisch richtiger Satz könnte demnach lauten: Gutmenschentum ist kein adäquater Ausdruck des Deutschtums. Durch das Suffix „tum“ werden persönliche Haltungen einem Territorium oder einer Klasse gleichgesetzt und dadurch als Dogma entlarvt. Empathie, eine natürliche menschliche Qualität, wird als Ideologie diskreditiert, mit fatalen Folgen, weil jene, deren Leid nicht das unsere ist, essentiell anders sein müssen, ergo schulden wir ihnen nichts, ergo haben sie nichts Besseres

verdient, ergo können sie bleiben, wo der Pfeffer wächst (bekanntlich ganz weit weg), ergo sind sie, wenn man es genau betrachtet und mal ehrlich zur Sprache bringt (woran uns noch die Gutmenschen hindern), was Sache ist: Bestien oder Barbaren. Der Rest ist wohlbekennte Geschichte.

In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt, denn „der Zyniker“ ist, in den Worten von F. C. Delius, „ein Stiefbruder des Ideologen, auch wenn er sich noch so unideologisch gibt.“ Übrigens werden Debatten dieser Art hierzulande durchwegs humorfrei geführt. Insofern könnte man „Gutmenschentum“ definieren als den Vorwurf humorloser Besserwisseri durch humorlose Besserwisser.

Auch dem literarischen Gutmenschen werden unlautere Motive unterstellt. Er missbrauche die Literatur für perfide oder profane Zwecke (z.B. die Menschen aufzustacheln, die Welt zu verändern). Da ihn seine Absicht entlarve, sei sein Text per se beschädigt. Es krächzen die Krähen von allen Dächern, der politische Schriftsteller ergreife Partei und schade damit der Literatur, die nach allen Seiten hin offen sein sollte. Das ist die typische Position apolitischer Menschen, die das Wesensmerkmal des Politischen nicht verstehen. Es geht nicht um Dogma, sondern um Haltung, und eine politische Haltung lässt sich hervorragend durch die pluralen Formen der Literatur zur Geltung bringen, durch Vielfältigkeit, multiperspektivisches Erzählen und Komplexität. Literarische Ambivalenz und politische Überzeugung schließen sich nicht aus.

Die Weltanschauung des Autors sagt wenig aus über die Qualität seiner ästhetischen Mittel. James Joyce wird von den feinsinnigsten Ästhetikpiktisten hoch geschätzt, und doch war er ein durch und durch politisch denkender Autor. Um das zu erken-

nen, muss man nicht einmal wissen, dass seine Bibliothek einige hundert anarchistische Bücher enthielt, die er aufmerksam studiert hat. „Ulysses“ ist ein literarischer Anschlag auf Heuchelei und Moral, auf Staat und katholische Kirche. Joyce musste jahrzehntelang im Exil leben, „Ulysses“ wurde verboten. Seine Bedeutung ist trotz der evidenten und radikalen politischen Haltung unbestritten. Ein Widerspruch? Nein. Denn der Glaube an den Wert der Literatur kann mit politischer Leidenschaft eine Einheit des höchsten Anspruchs bilden. Der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Fredric Jameson spricht in „The Political Unconscious“ sogar von einem „utopischen Impuls“, der das politische Unbewusste in den Texten bedeutender Literatur ausmache.

Sowohl die apolitische als auch die Politik-in-allen-Gassen-Haltung sind engstirnig. Literatur ist die Weite der Phantasie. Und somit ein Korrektiv zur Politik. Literatur ist die Vielfalt der Sprache. Und somit ein Korrektiv zur Politik. Literatur ist die Entfaltung eines eigenen Diskurses gegen die allgegenwärtigen Sonderangebote der Zeit. Ob Autoren die Absicht hegen, die Welt zu verbessern oder diesem unwürdigen Evolutionswitz namens Mensch einen Zerrspiegel vorzuhalten, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Der apolitische Zyniker kann genauso einer tonalen Armut anheimfallen wie einst die Befehlsempfänger kommunistischer Parteien. Wer aber aus der Freiheit heraus schreibt, sich weder Themen noch Formen vorschreiben lässt, eine schwer erfochtene und schwer zu verteidigende Freiheit, weil ein jeder von uns dem White Noise seiner Epoche gnaden- und erbarmungslos ausgesetzt ist, der hört Stimmen, die er oder sie zuvor nicht vernommen hat. Wer aus solcher Freiheit heraus beschließt, nicht nur über Liebe und Tod zu schreiben (angeblich die zwei

wichtigsten Themen der Literatur), sondern auch über Macht und Muskeln, über Verrat und Verwandlung, der wird sich beim Schreiben selbst überraschen. Nur darauf kommt es an, das ist der Lackmустest des real praktizierten Schreibens, die Selbstverblüffung. Wer diese beim Schreiben erfährt, der ist gefeit gegen die Verdienstlichung der Sprache. Daraus ergibt sich allerdings weder logisch noch empirisch, dass all jene, die apolitisch schreiben, also die eingefleischten Nichtgutmenschen, den veganisierten Gutmenschen ästhetisch überlegen sind. Im Gegenteil: Allen politischen Zusammenhängen auszuweichen, bedarf einer ähnlich starren und sturen Energie wie alle Realitäten auf das Politische zurückzuführen.

Ilija Trojanow ist Schriftsteller, Übersetzer und Verleger. 1965 in Sofia geboren, floh er mit seiner Familie 1971 über Jugoslawien und Italien nach Deutschland, wo sie politisches Asyl erhielt. 1972 zog die Familie weiter nach Kenia. Unterbrochen von einem vierjährigen Deutschlandaufenthalt lebte Ilija Trojanow bis 1984 in Nairobi. Danach folgte ein Aufenthalt in Paris. Von 1984 bis 1989 studierte Trojanow Rechtswissenschaften und Ethnologie in München. Dort gründete er den Kyrill & Method Verlag und den Marino Verlag. 1998 zog Trojanow nach Mumbai, 2003 nach Kapstadt, heute lebt er, wenn er nicht reist, in Wien. Seine bekannten Romane wie z.B. „Die Welt ist groß und Rettung lauert überall“, „Der Weltensammler“ und „Eistau“ sowie seine Reisereportagen wie „An den inneren Ufern Indiens“ sind gefeierte Bestseller und wurden mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Zuletzt erschienen bei S. Fischer sein großer Roman „Macht und Widerstand“, sein Sachbuch-Bestseller „Meine Olympiade: Ein Amateur, vier Jahre, 80 Disziplinen“ sowie der autobiographisch-politische Essay „Nach der Flucht“. Im Jahr 2017 erhielt er den Heinrich Böll Preis.

Die digitale Illusion Virtuelle Realität kann Spaß machen und den Alltag erleichtern. Ihre Algorithmen zwingen Gesellschaften aber dazu, Risiken zu übernehmen, von denen nur ein paar wenige profitieren, meint der US-amerikanische Informatiker und Unternehmer Jaron Lanier, der den Begriff Virtual Reality geprägt hat. Und ohne Not unterwerfen sich Menschen durch die Nutzung von Apps der billigen und beiläufigen Massenspionage und -manipulation. Bleibt die Optimierung der Gesellschaft durch die Digitalisierung eine Illusion? *Von Jaron Lanier*



Als Realist bin ich gezwungen, manchmal etwas dunkler zu werden. Wenn man dem Realismus genug Vertrauen schenkt, kann man sich durch die Ausläufer der Dunkelheit hindurchbrennen. Denn oft stellt sich heraus, dass auf der anderen Seite das Licht wartet. Wir leben in einer verwirrenden Zeit. In der entwickelten Welt haben wir so lange Überfluss genossen, dass wir ihn kaum noch zu schätzen wissen. Wir lieben besonders unsere Gadgets, denen wir immer noch Neues abgewinnen können, aber vieles deutet darauf hin, dass wir, wenn wir die Augen weiter öffnen würden, über den Rand eines Abgrunds blickten.

Es tut mir weh, die bekannte Liste der aktuellen Gefahren anzustimmen: zuallererst der Klimawandel; die Spiralen von Bevölkerungswachstum und Abwanderung, die unseren Ge-

sellschaften völlig entgegenlaufen; unsere Unfähigkeit, für die Neige der billigen fossilen Brennstoffe vorzusorgen; die scheinbar unausweichlichen Wellen von Sparmaßnahmen; die unhaltbaren Trends von Reichtumskonzentration; der Aufstieg gewalttätiger Extremisten in vielerlei Formen an vielerlei Orten... und natürlich sind all diese Prozesse miteinander verstrickt. Welche Rolle spielen Leute wie ich, die mit dem Aufstieg der digitalen Technologien assoziiert werden? Sind digitale Spielzeuge nicht mehr als der Schaum auf den großen dunklen Wellen? Digitale Errungenschaften haben auf jeden Fall geräuschvolle Veränderungen in Kultur und Politik gebracht.

Fangen wir mit den guten Nachrichten an. Wir haben einen ersten Blick darauf erhascht, was eine digital effiziente Gesellschaft sein könnte, und trotz der Absurdität der Überwachungsökonomie, für die wir uns scheinbar bisher entschieden haben, dürfen wir nicht vergessen, dass es auch viel Positives gibt. Wie sich zeigt, kann Abfall systematisch reduziert werden, genau in dem Moment, da wir den Klimawandel noch wirksamer bekämpfen müssen. Wir haben festgestellt, dass sich Sonnenenergie viel effektiver nutzen lässt, als viele für möglich gehalten hätten, indem sie an ein intelligentes Netz gekoppelt wird, um zuverlässig zur Verfügung zu stehen. Das ist genau die Art von positiven Optionen, die meine Kollegen und ich uns von einer digitalen Vernetzung erhofft hatten. Doch die praktischen

Hoffnungen für digitale Netzwerke werden von einem symbolischen, fast metaphysischen Projekt begleitet. Die digitale Technik wird in unserer Zeit als maßgeblicher Kanal des Optimismus überfrachtet.

Und das, nachdem vor ihr so viele Götter versagt haben. Was für ein sonderbares Schicksal für ein Phänomen, das als sterile Ecke der Mathematik begonnen hatte. Trotzdem ist digitaler Kulturoptimismus nicht verrückt. Wir haben neue Muster der Kreativität gesehen und sogar ein paar neue Fühler der Empathie gefunden, die sich über frühere Barrieren wie Entfernung und kulturelle Fremdheit hinaus strecken. Diese freudigen Ereignisse wurden inzwischen erschöpfend gefeiert, aber sie bleiben eine Tatsache. Um ein triviales persönliches Beispiel zu geben: Wie herrlich, dass ich heute mit Ud-Spielern auf der ganzen Welt in Verbindung stehe, mit denen ich über das Internet für Konzerte proben kann. Es macht einen Riesenspaß. Ich habe ein paar der guten Dinge erwähnt, doch wenn wir unser digitales Spielzeug verwenden, unterwerfen wir uns bekanntermaßen der billigen und beiläufigen Massenspionage und -manipulation. Damit haben wir eine neue Klasse ultra-elitärer, extrem reicher und unberührbarer Technologien erschaffen. Und allzu oft geben wir uns mit dem Rausch eines digital effizienten Hyper-Narzissmus zufrieden. Ich habe immer noch größere Freude an Technologie, als ich ausdrü-

„Die praktischen Hoffnungen für digitale Netzwerke werden von einem symbolischen, fast metaphysischen Projekt begleitet. Die digitale Technik wird in unserer Zeit als maßgeblicher Kanal des Optimismus überfrachtet.“

cken kann. Die virtuelle Realität kann Spaß machen und wunderschön sein. Trotzdem sehe ich sie kritisch. Denn Widersprüche und Mehrdeutigkeiten zu vermeiden heißt, die Realität zu vermeiden. Können wir zurücktreten und Bilanz ziehen? Gibt es derzeit mehr digitales Licht oder mehr Dunkelheit? Dies ist eine Frage, über die Online-Kommentatoren täglich viele tausend Mal nachdenken.

Eine Meinung über die Internet-Kultur abzugeben, ist wie ein Tropfen aus einer Pipette auf einen Bürgersteig bei Sturzregen. Jeder, der im Netz das Wort ergreift, weiß, wie es heutzutage ist. Entweder du schließt dich mit denen zusammen, die deine Meinung teilen, oder deine Meinung wird sofort von gewaltigen Klängen in den großen grauen Brei püriert. In der Online-Welt führen These und Antithese, eine Hand und die andere, nicht mehr zu einer höheren Synthese. Hegel wurde enthauptet. Stattdessen gibt es nur statistische Datenwellen, die unaufhörlich zu erstaunlichen Vermögen zusammengerührt werden von denen, die sie benutzen, um ihren wirtschaftlichen Vorteil auszurechnen. In der Ära der digitalen Übernahme müssen wir uns fragen: „Was ist ein Buch?“ Im Internet gibt es ebenso viele Kommentare über das Internet wie Pornographie und Katzenfotos, aber in Wirklichkeit können nur Medien außerhalb des Internets – insbesondere Bücher – Perspektiven und Synthesen aufzeigen. Das ist einer der Gründe, warum das Internet nicht zur einzigen Plattform der Kommunikation werden darf. Wir haben am meisten davon, wenn es nicht gleichzeitig Subjekt und Objekt ist.

Aus diesem Grund schreibt ein Geschöpf der digitalen Kultur wie ich Bücher, wenn es Zeit ist, einen Blick auf das große Ganze zu werfen. Denn es besteht die Chance, dass ein Leser ein ganzes Buch liest. Zumindest gibt es einen ausgedehnten Moment, den ich mit dem Leser teile. Wäre ein Buch nicht mehr als ein





Erzeugnis aus Papier, könnten wir es nur auf die Art feiern, wie wir Klarinetten oder Bier feiern. Wir lieben diese Dinge, aber es sind eben nur bestimmte Erfindungen, aus denen sich Produkte entwickelt haben, mit ihren jeweiligen Fachmessen und Subkulturen.

Bauwerk menschlicher Würde

Doch ein Buch greift viel tiefer. Es ist die Feststellung eines bestimmten Verhältnisses zwischen einem Individuum und der menschlichen Kontinuität. Jedes Buch hat einen Autor, eine Person, die ein Risiko auf sich genommen und eine Verpflichtung eingegangen ist, indem sie sagt: „Ich habe einen wesentlichen Teil meines kurzen Lebens damit verbracht, eine bestimmte Geschichte und einen bestimmten Standpunkt wiederzugeben, und ich bitte euch, dasselbe zu tun, indem ihr mein Buch lest: Darf ich so viel Engagement von euch verlangen?“ Ein Buch ist ein Bahnhof, nicht die Gleise. Bücher sind ein Spiel mit hohem Einsatz, vielleicht nicht in Bezug auf Geld (im Vergleich mit anderen Branchen), doch in Bezug auf Aufwand, Engagement, Aufmerksamkeit, der Bereitstellung unseres kurzen Menschenlebens und unseres Potenzials, positiven Einfluss auf die Zukunft zu nehmen.

Autor zu sein, zwingt uns zu einer vermenschlichenden Form der Verwundbarkeit. Das Buch ist ein Bauwerk menschlicher Würde. Das Wesen des Buchs ist Beweis dafür, dass individuelle Erfahrung existentiell für die Bedeutungsebene ist, denn jedes Buch ist anders. Bücher aus Papier sind naturgemäß nicht zu einem kollektiven universalen Buch verquirlt. Seltsamerweise ist für uns der Gedanke normal geworden, es gäbe nur einen Wikipedia-Eintrag für ein humanistisches Thema, für das es absolut nicht die eine optimierte Darstellung geben kann; die meisten Themen sind keine

mathematischen Sätze. Im Zeitalter des Buchdrucks gab es viele verschiedene Enzyklopädien, von denen jede einen Blickwinkel vertreten hat, und doch gibt es im digitalen Zeitalter nur eine. Wieso muss das so sein?

Es ist keine technische Zwangsläufigkeit, trotz „Netzwerkeffekten“. Es ist eine Entscheidung, die auf dem unbestrittenen, aber falschen Dogma beruht, Ideen selbst sollten mit Netzwerkeffekten gekoppelt werden. (Manche sagen, Wikipedia werde zum Gedächtnis einer globalen künstlichen Intelligenz.) Bücher verändern sich. Einige der Metamorphosen sind kreativ und faszinierend. Ich bin entzückt von der Vorstellung, eines Tages könnte es Bücher geben, die sich mit virtuellen Welten synchronisieren, und von anderen seltsamen Ideen. Aber zu viele der Metamorphosen sind unheimlich. Plötzlich müssen wir uns gefallen lassen, überwacht zu werden, um ein E-Book zu lesen! Auf was für einen eigentümlichen Handel haben wir uns da eingelassen!

In der Vergangenheit kämpften wir, um Bücher vor den Flammen zu retten, doch heute gehen Bücher mit der Pflicht einher, Zeugnis über unser Leseverhalten abzulegen, und zwar einem undurchsichtigen Netzwerk von Hightech-Büros, von denen wir analysiert und manipuliert werden.

Was ist besser für ein Buch: ein Spionagerät zu sein oder Asche? Bücher haben uns immer geholfen, die Probleme zu lösen, die wir uns aufgehalst haben. Jetzt müssen wir uns selbst retten, indem wir die Probleme erkennen, die wir den Büchern aufhalsen.

Doch wie schaffen wir eine friedliche Welt, wo neue Technologien Licht und Schatten werfen? Ganz sicher muss Frieden bedeuten, dass keine Gewalt und kein Terror benutzt werden, um Macht oder Einfluss zu gewinnen. Aber dem Frieden müssen außerdem schöpferische Eigenschaften innewohnen. Die meisten von uns wollen keine statische oder stumpfsinnige

Existenz akzeptieren, selbst wenn sie frei von jeder Gewalt wäre. Wir wollen nicht die friedliche Ordnung akzeptieren, die uns autoritäre oder aufgezwungene Lösungen vermeintlich bieten, seien sie digital oder altmodisch.

Genauso wenig dürfen wir erwarten, dass zukünftige Generationen für immer unsere Version einer nachhaltigen Gesellschaft akzeptieren, ganz gleich wie klug wir sind und wie gut unsere Intentionen. Frieden ist also ein Puzzle. Wie können wir frei sein, ohne die Freiheit zu missbrauchen? Wie kann Frieden gleichzeitig abwechslungsreich und stabil sein? Die Kompromisse zwischen Freiheit und Stabilität, die wir erlebt haben, neigen dazu, auf Bestechung zu beruhen – durch stetig wachsenden Konsum –, aber das scheint auch keine langfristige Lösung zu sein. Vielleicht ließe sich die Gesellschaft durch digitale Boni stabilisieren, das ist zumindest eine Idee, die man im Silicon Valley häufiger hört. Bringt die Leute dazu, ihren CO₂-Fußabdruck zu verringern, indem ihr sie mit virtuellen Vergütungen in Videospielen umgarnt.

Am Anfang mag es funktionieren, aber dieser Ansatz hat etwas Verlogenes, Gönnerhaftes an sich. Ich glaube, wir wissen heute einfach noch nicht genug, um Lösungen für das langfristige Puzzle Frieden zu finden. Das mag ne-

„In der Vergangenheit kämpften wir, um Bücher vor den Flammen zu retten, doch heute gehen Bücher mit der Pflicht einher, Zeugnis über unser Leseverhalten abzulegen, und zwar einem undurchsichtigen Netzwerk von Hightech-Büros, von denen wir analysiert und manipuliert werden.“

gativ klingen, aber es ist eine klar optimistische Aussage; denn ich glaube, dass wir immer mehr über den Frieden lernen. Die dunkelste meiner digitalen Ängste betrifft das, was ich den „Rudelschalter“ nenne. Es ist die These von einem hartnäckigen Zug des menschlichen Charakters, der sich dem Frieden widersetzt. Nach dieser Theorie sind die Menschen Wölfe; wir gehören zu einer Spezies, die als Individuum oder als Rudel funktionieren kann. In uns ist ein Schalter. Und wir neigen dazu, uns immer wieder plötzlich in Rudel zu verwandeln, ohne dass wir es selbst bemerken.

Wenn es eines gibt, das mich am Internet ängstigt, dann dies: Es ist ein Medium, das „Flashmobs“ auslösen kann und regelmäßig schlagartig „virale“ Trends schafft. Zwar haben diese Effekte bisher noch keinen größeren Schaden angerichtet, aber was haben wir im Gegenzug, um sie zu verhindern? Wenn Generationen heranwachsen, die sich größtenteils über globale korporative Cyber-Strukturen wie geschützte soziale Netzwerke organisieren und austauschen, woher wissen wir, wer die Kontrolle über diese Strukturen erbt? Die traditionelle Definition von „Frieden“ bezieht sich auf den Frieden zwischen Rudeln oder Clans, und so ist „Stammesgefühl“ vielleicht die gefährlichste unserer Sünden. Es zersetzt uns tief im Wesen. Trotzdem wird Schwarmidentität fast überall als Tugend angesehen. Das Buch der Sprüche im Alten Testament enthält eine Liste von Sünden, darunter Lügen, Mord, Hochmut, aber auch „Hader zwischen Brüdern säen“. Ähnliche Gebote gibt es in allen Kulturen, allen politischen Systemen, allen Religionen, die ich studiert habe.

Ich will damit nicht sagen, dass alle Kulturen und Glaubensbekenntnisse gleich sind, sondern dass es eine Gefahr gibt, die uns gemein ist, weil sie in unserer Natur liegt, und die wir abzuwehren lernen müssen. Die Loyalität gegenüber dem Rudel wird immer wieder

mit Tugend verwechselt, obwohl – besonders wenn! – Menschen sich selbst als Rebellen sehen. Es tritt immer Rudel gegen Rudel an. Dies gilt für die Anhänger bestimmter Pop-Richtungen oder Stile digitaler Politik wie für traditionelle Volkszugehörigkeiten, Nationalitäten und Religionen. In der digitalen Kultur zum Beispiel wird schnell diffamiert, wer sich nicht streng genug zum Dogma der „offenen“ Netzgemeinde bekennt. Immer wieder brechen krude „Sünden“ wie Habgier oder Rudel-Mentalität hässlich, aber verstoßen durch unsere sorgsam kultivierten Muster des perfekten Denkens – ausgerechnet dann, wenn wir uns einbilden, wir wären nahe an der technischen Perfektion. Die großartige Idee der Menschenrechte wird in unserer algorithmischen Ära durch Kumpanei zunichte gemacht. Nach Generationen von Denkern und Aktivisten, die für die Menschenrechte kämpften, was ist passiert?

Konzerne sind Personen geworden – das hat zumindest das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten entschieden! Ein Menschenrecht ist ein uneingeschränkter Vorteil, also verschwören sich gewiefte Spieler, um für sich und ihre Rudel-Kumpane das Vielfache dieses Vorteils zu errechnen. Was können wir in Amerika noch mit der Idee der Menschenrechte anfangen? Sie wurde ad absurdum geführt. Ein anderes Beispiel: Ausgerechnet wenn digitale Unternehmen glauben, sie täten das Bestmögliche, optimieren die Welt, stellen sie plötzlich fest, dass sie ein gewaltiges Imperium der Spionage und Verhaltensmanipulation leiten.

Man denke an Facebook, das erste große öffentliche Unternehmen dieser Art, das von einem einzigen sterblichen Individuum kontrolliert wird. Facebook steuert heute zum großen Teil die Muster sozialer Verbindungen in der ganzen Welt. Doch wer wird seine Macht erben? Steckt in diesem Dilemma

nicht eine neue Art von Gefahr? In Deutschland hat dieses Thema natürlich ein besonderes Echo. Gern würde ich etwas Tiefgründiges dazu sagen, aber offen gestanden verstehe ich einfach nicht, was passiert ist. Meine Mutter kam aus Wien, und viele ihrer Verwandten fielen dem Bösen und der hochglänzenden Megagewalt des Nazi-Regimes zum Opfer. Als junges Mädchen hat sie schreckliches Leid erlebt und wäre fast selbst gestorben. Wenn mir diese Ereignisse nicht so nahe wären, wenn ich ihre Wirkung gedämpfter zu spüren bekommen hätte, fiel es mir jetzt vielleicht leichter, so zu tun, als würde ich verstehen, was passiert ist, wie so viele Gelehrte behaupten. Auch wenn ich viel darüber gelesen habe, finde ich es immer noch unglaublich schwer, die Nazi-Zeit zu verstehen. Auf jeden Fall haben die Nazis bewiesen, dass eine moderne, hoch technisierte Sensibilität kein Schutz gegen das Böse ist. In dieser Hinsicht verstärkt die Nazi-Zeit meine Sorge, dass das Internet als überlegene Plattform für plötzliche Massengewaltausbrüche von Rudeln oder Clans dienen könnte.

Doch ich glaube auch nicht, dass die strikte Ablehnung von Rudel- oder Clan-Identitäten der beste Weg wäre, die damit verknüpfte Gewalt zu vermeiden. Anscheinend brauchen die Menschen sie. Länder wehren sich in den meisten Fällen dagegen, ihre Identität zugunsten größerer Konföderationen aufzugeben. Nur sehr wenige Menschen sind bereit, als Weltbürger zu leben, von jeder nationalen Bindung losgelöst. Es ist etwas Unwirkliches, Abstraktes an einem solchen Versuch, den menschlichen Charakter zu perfektionieren. Das Beste wäre vielleicht, wenn jedes Individuum vielen verschiedenen Gruppen angehörte, sodass kaum klare Clans erkennbar wären, die gegeneinander antreten könnten.

Während der digitalen Anfänge vor ein paar Jahrzehnten war genau das meine Hoffnung für digitale Netzwerke. Wenn sich in ei-

ner besser verbundenen Welt jeder Mensch zu einer verwirrenden Vielfalt von „Teams“ zugehörig fühlen würde, wären die Loyalitäten vielleicht zu komplex, als dass traditionelle Rivalitäten eskalieren könnten. Das ist auch der Grund, warum mir der Trend sozialer Netzwerke Sorgen bereitet, die Leute in Gruppen zusammenzutreiben, um sie zu besseren Zielscheiben für das zu machen, was sich heute Werbung nennt, in Wirklichkeit wohl eher das Mikromanagement der billigsten Option, die der Verlinkung. Die Welt kommt mir jedes Mal vor wie ein besserer Ort, wenn mir jemand begegnet, der sich mehreren Sportmannschaften verbunden fühlt und sich bei einem Spiel nicht entscheiden kann, zu wem er hält. Dieser Mensch ist begeistert, aber er ist auch verwirrt; plötzlich ist er ein Individuum und kein Teil eines Rudels mehr. Der Schalter wird zurückgesetzt.

Diese Art von Rücksetzung ist interessant, weil es die äußeren Umstände sind, nicht der Ausdruck von Ideen, die die Veränderung des Blicks bewirken, denn genau das passiert in der Technologie ständig. In der Vergangenheit konnte eine Idee in einem Buch überzeugend oder verführerisch sein oder sie konnte den Menschen mit Gewehren und Schwertern aufgezwungen werden. Heute aber sind die

„Während der digitalen Anfänge war genau das meine Hoffnung für digitale Netzwerke. Wenn sich in einer besser verbundenen Welt jeder Mensch zu einer verwirrenden Vielfalt von ‚Teams‘ zugehörig fühlen würde, wären die Loyalitäten vielleicht zu komplex, als dass traditionelle Rivalitäten eskalieren könnten.“

Ideen in dem Computercode versteckt, mit dem wir unser Leben führen. Datenschutz ist ein Beispiel dafür. Ganz gleich, was man über Datenschutz denkt, es ist der Code, der in fernem Cloud-Computern läuft, der bestimmt, welche Konzepte von Datenschutz gelten. Die Idee von Datenschutz hat viele Facetten, breit gefächert und stets schwer zu definieren, doch der Code, der Datenschutz schafft oder verhindert, ist auf banale Weise konkret und allgegenwärtig.

Datenschutz ist längst keine persönliche Entscheidung mehr, und damit nicht einmal mehr ein Thema, über das wir im alten Sinn nachdenken können. Nur fanatische Scholastiker verschwenden ihre Zeit mit irrelevanten Fragen. Das einzig sinnvolle Nachdenken über Datenschutz wäre ein Nachdenken, dass zu Veränderungen im Code führt. Doch wir haben unsere Politik zum großen Teil an ferne Konzerne „outgesourct“, womit es oft keinen klaren Kanal zwischen dem Denken und dem Kodieren gibt, also zwischen dem Denken und der gesellschaftlichen Realität. Programmierer haben eine Kultur geschaffen, in der sie den Regulatoren davonlaufen können. Wir verlangen von den Regierungen, sich mit größter Vorsicht in die bizarren Prozesse zu begeben, um zu regulieren, wie die Cloud-basierten Konzerne unsere Kommunikation und unsere koordinierten Interaktionen kanalisieren.

Doch manchmal unterwandern Programmierer das, wozu die Unternehmen gezwungen wurden, und führen die Regierungseingriffe ad absurdum. Dieses Muster hat sich beim Urheberrecht gezeigt und auf andere Art bei Themen wie dem Recht auf Vergessen und gewissen Bereichen des Datenschutzes, insbesondere der Privatsphäre von Frauen online (Die derzeitige Praxis privilegiert anonyme Schikaniierer gegenüber den Frauen, die schikaniert werden). In jedem Fall wollen viele der kreativsten und gutmütigsten Aktivisten

nicht, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich gegen die „Offenheit“ des Netzes zu wehren. Gleichzeitig aber haben viele digitale Aktivisten eine scheinbar unendliche Toleranz gegenüber der gigantischen Ungleichheit, wer von dem allsehenden Auge profitiert.

Big Data schürt die algorithmische Konzentration von Reichtum. Zuerst ist es in der Musik- und Finanzbranche passiert, doch der Trend greift auf jeden zweiten Schauplatz menschlicher Aktivität über. Algorithmen erzeugen keine Garantien, doch sie zwingen nach und nach die breite Gesellschaft dazu, Risiken zu übernehmen, von denen nur ein paar wenige profitieren. Dies wiederum führt zu Austerität, rigorosen Sparmaßnahmen seitens der Politik. Da Austerität mit einer Share Economy gekoppelt ist (denn Sharing liefert die Daten, mit denen die Maschine läuft), erlebt jeder Einzelne, bis auf die winzige Minderheit ganz oben auf den Rechnerwolken, einen graduellen Verlust von Sicherheit.

Diese Entwicklung ist in meinen Augen die bisher größte negative Konsequenz der Netzwerktechnologie. Womit ich ein anderes Problem nicht ignorieren will, das viel mehr Aufmerksamkeit erhalten hat, weil es spektakulärer ist. Denn eine der Nebenwirkungen der algorithmischen Überwachungswirtschaft ist das zwangsläufige Durchsickern der gesammelten Daten in die Computer nationaler Geheimdienste. Das meiste, das wir heute darüber wissen, verdanken wir Edward Snowdens Enthüllungen. Staatlicher Überwachung entgegenzuwirken ist grundlegend für die Zukunft der Demokratie, aber Aktivisten dürfen nicht vergessen, dass wir es im Moment mit einer Situation zu tun haben, in der durch Mechanismen von ungleicher Wohlstandsverteilung und Austerität die Regierungen zugunsten der Unternehmen geschwächt werden, die die Daten überhaupt einsammeln. Das gilt natürlich nur für Demokratien; nicht-demo-

„Algorithmen erzeugen keine Garantien, doch sie zwingen nach und nach die breite Gesellschaft dazu, Risiken zu übernehmen, von denen nur ein paar wenige profitieren.“

kratische Regimes übernehmen die Kontrolle über ihre eigenen Clouds, so wie wir es zum Beispiel in China sehen. Manchmal frage ich mich, ob wir unsere Demokratien an Technologie-Firmen outgesourct haben, damit wir nicht selbst zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir geben unsere Macht und unsere Verantwortung einfach ab.

Bevor es zu Missverständnissen kommt, möchte ich Folgendes klarstellen. Ich bin kein Gegner großer Konzerne. Ich mag große Konzerne, vor allem große Technologie-Konzerne. Meine Freunde und ich haben ein Start-up-Unternehmen an Google verkauft, und im Moment habe ich eine Forschungsstelle bei Microsoft. Wir dürfen einander keiner Reinheitsprüfung unterziehen, als wären wir Cloud-Algorithmen, die sich gegenseitig gezielte Werbung analysieren. Die verschiedenen Institutionen, die von Menschen erfunden werden, müssen sich nicht gegenseitig auslöschen, sondern können sich gegenseitig ins Gleichgewicht bringen. Wir können lernen, „loyale Opposition“ innerhalb der Institutionen zu sein, die wir unterstützen oder zumindest tolerieren, seien es Regierungen, Unternehmen, Religionen etc. Wir müssen nicht immer zerstören, um etwas zu erschaffen. Wir können und sollten in einem Knäuel von Loyalitäten leben. So könnten wir den Rudel-Schalter vermeiden.

Zu lernen, über den Standpunkt der Opposition hinauszudenken, kann Klarheit bringen. Ich widerspreche zum Beispiel sowohl denen, die für eine flache Verteilung wirtschaftlicher

Vorteile sind, als auch denen, die das Star-System mit dem Motto „The Winner takes it all“ favorisieren, das sich in der Hightech-Wirtschaft der letzten Jahre abzeichnet. Die Wirtschaft muss weder ein Turm sein, der über einem Meer törichter Anwärter aufragt, noch ein Salzsee, in dem alle von einer Kontrollinstanz zur Gleichheit gezwungen werden. Ich spreche mich für eine Wirtschaft mit einer breiten Mitte aus. Alles, was in der Wirklichkeit vermessen wird, sollte eine Glockenkurve ergeben. Lassen sich die Erträge einer Wirtschaft als Glockenkurve darstellen, ist diese Wirtschaft nicht nur ehrlich, sondern auch stabil und demokratisch, denn die Macht ist breit verteilt. Wer wirtschaftliche Gerechtigkeit zum Ziel hat, sollte nicht aus Prinzip die Reichen verdammen, sondern stattdessen die Delle in der Mitte der Verteilung. Der Konflikt zwischen der Linken und der Rechten ist schon so lange so akut, dass wir nicht einmal über ein ehrliches Vokabular verfügen, um die ehrliche Mathematik der Glockenkurve zu beschreiben. Wir können nicht von einer „Mittelklasse“ sprechen, denn der Begriff ist zu belastet.

Und doch ist diese schwer zu artikulierende Mitte das Herz der Mediation, wo wir den Frieden suchen müssen. So langweilig es zunächst klingen mag, tatsächlich ist die Mediation zwischen den Fronten sowohl der spannendste als auch der vielversprechendste Weg nach vorn. Ständig werden wir mit den Gegensätzen von Alt und Neu konfrontiert, ständig müssen wir uns entscheiden. Sollen wir altmodische Taxis mit ihren altmodischen Rechten für die Fahrer unterstützen oder neue Arten von Services wie Uber, die digitale Effizienz bieten? Doch diese Entscheidungen sind falsche Entscheidungen! Die einzig ethische Option ist die Synthese aus dem Besten der prä-digitalen und der digitalen Systeme. Eine Schwierigkeit dabei ist, dass wir Technologien oft in alten Fantasien des Übernatürlichen gefangen sind, die uns daran hin-

dern, ehrlich über unsere Arbeit zu reden. Einst träumten Wissenschaftler davon, Maschinen mit magischen Formeln zum Leben zu erwecken, sodass sie autark würden. Später sollten Algorithmen künstlicher Intelligenz Bücher schreiben, Treibstoffe abbauen, technische Geräte herstellen, Kranke pflegen und Lastwagen fahren. Auch wenn diese Entwicklung zu hoher Arbeitslosigkeit führen würde, würde sich die Gesellschaft allmählich anpassen, vielleicht mit einer Wende zum Sozialismus oder zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Aber der Plan hat nie funktioniert. Stattdessen wird, was wie Automatisierung aussieht, in Wirklichkeit von Big Data angetrieben. Die größten Computer der Welt ernten Daten von dem, was echte Menschen tun – Schriftsteller zum Beispiel –; sie verhalten sich wie die flächendeckendsten Spionagedienste der Weltgeschichte, und diese Daten werden dann aufbereitet, um die Maschinen zu betreiben. Wie sich zeigt, bedarf die „Automatisierung“ also immer noch riesiger Massen von Menschen! Doch dem Traum einer maschinenzentrierten Zukunft zuliebe müssen diese echten Menschen anonymisiert und vergessen werden. Dieser Trend lässt die Bedeutung von Urheberchaft schrumpfen, doch über kurz oder lang schrumpft auch die Wirtschaft im Ganzen, während die Entwicklung nur die reich macht, denen die größten Spionagecomputer gehören.

Um scheinbar automatische Übersetzungsprogramme zu erschaffen, muss täglich die Arbeit von Millionen von echten Übersetzern gescannt werden (um Aktualität zu gewährleisten). Und dieses Arrangement ist ein ganz typisches Beispiel. In der Regel verschleiert jede scheinbare Automatisierung die Entrechtung der Menschen, die hinter dem Vorhang die Arbeit leisten, was wiederum zu Austerität führt, die wiederum Sozialismus, Grundeinkommen und ähnliches als Kompensation für die bühlenwirksam simulierte Arbeitslosigkeit

keit ausschließt. Dieser Zyklus ist ein kolossales Beispiel dafür, wie sich schlaue Leute dumm verhalten. „Disrupt“ (Zerstörung) ist vielleicht das häufigste Wort in der digitalen Kultur und Geschäftswelt. Wir tun so, als wäre es schwer, „kreative Zerstörung“ – ein besonders beliebter Tropus in der modernen Wirtschaftsrhetorik – differenziert von reiner Zerstörung zu sehen. Aber so schwer ist es gar nicht. Sehen Sie sich um, ob Menschen nicht ihre Sicherheit und Sozialleistungen verlieren, obwohl das, was sie tun, immer noch gebraucht wird. Die Peitsche ist überflüssig geworden, doch die Dienstleistungen, die in jüngster Zeit durch digitale Services effizienter gemacht wurden, sind meistens nur umformatiert, nicht abgelöst worden. Jedes Mal, wenn jemand einen Cloud-Service einführt, um einen Aspekt des Lebens leichter zu machen – sei es der Zugang zu Musik, Mitfahrgelegenheiten, Verabredungen, Krediten etc. –, wird in Kauf genommen, dass die Menschen zuvor einen gewissen Schutz genossen hatten, der nun im Vergleich zu früheren Regelungen seinen Wert verliert.

Künstler, die vom Urheberrecht profitierten, werden im neuen System ihr Recht verlieren. Arbeiter, die in einer Gewerkschaft organisiert waren, werden es nicht mehr sein. Fahrer, die bestimmte Lizenzen und Verträge hatten, müssen ohne sie auskommen. Und auch ganz normale Bürger, die ein Recht auf Datenschutz hatten, müssen sich der neuen Ordnung anpassen. Der Anspruch, dass alte Vorrechte über Bord geworfen werden müssen – etwa Datenschutz oder die Errungenschaften der Arbeiterbewegung –, um neuer technologischer Effizienz Platz zu machen, ist grotesk. Technologie-Idealisten betonen häufig, dass die alten Vorrechte unvollkommen, unfair und korrupt waren – was in vielen Fällen stimmt –, aber sie geben selten zu, dass die neue Situation eklatant weniger Rechte und ein erheblich größeres Maß an Ungerechtig-

keit bietet. Allen Technologieschaffenden gebe ich zu bedenken: Wenn eine neue Effizienz von digitalem Networking auf der Zerstörung von Würde beruht, seid ihr nicht gut in eurem Fach. Ihr schummelt.

Gute technologische Neuerungen müssen sowohl die Leistung als auch die Würde der Erbringer verbessern. Wir Menschen sind Genies darin, uns durch den Gebrauch von Computern verwirren zu lassen. Das wichtigste Beispiel dafür ist, dass Computer so tun, als wäre Statistik eine adäquate Beschreibung der Realität. Dies mag klingen wie ein nebensächliches technisches Problem, aber in Wirklichkeit liegt genau hier der Kern der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit.

Es gibt eine exponentiell ansteigende Zahl von Hinweisen darauf, wie gigantisch „Big Data“ heutzutage ist; die Massen von Sensoren, die sich in unserer Umwelt verbergen, die immer größer werdenden Rechenzentren für Clouds an geheimen Orten, wo sie ihren Wärmeüberschuss verzweifelt an wilde Flüsse abgeben. Was passiert mit all diesen Daten? Sie werden von statistischen Algorithmen analysiert!

Wenn Sie im öffentlichen Raum die Finger spitze heben und langsam durch die Luft bewegen: Bei der Menge der Kameras, die es in der heutigen Welt gibt, ist wahrscheinlich irgend eine Kamera gerade auf Ihren Finger gerichtet, und wahrscheinlich sagt gerade irgendwo irgendein Algorithmus automatisch vorher, wo sich Ihr Finger im nächsten Augenblick befindet. Vielleicht wurde dieser Algorithmus von einer Geheimdienstorganisation, einer Bank, einer kriminellen Vereinigung oder einer Firma aus dem Silicon Valley entwickelt, wer weiß das schon? Die Entwicklung von Algorithmen wird immer billiger, und jeder, der kann, tut es auch. Und dieser Algorithmus wird wahrscheinlich für kurze Zeit recht behalten. Das ist so, weil Statistik ein gültiger Zweig der Ma-

thematik ist. Außerdem ist die spezielle Wirklichkeit, in der wir leben, statistikfreundlich angelegt. Das ist eine Facette unserer Realität.

Unsere Welt, jedenfalls auf der Ebene, auf der Menschen funktionieren, hat eine luftige, geräumige Eigenschaft. Das heißt, dass die meisten Dinge ausreichend Platz zur Verfügung haben, um weiter das zu tun, was sie gerade tun. Newtons Gesetze (ein Körper in Bewegung behält seine Bewegung bei) würden zum Beispiel nicht in einem gewöhnlichen Schiebepuzzle gelten, in dem jede Bewegung so beschränkt und verzwickelt ist. Doch trotz der scheinbaren Luftigkeit täglicher Ereignisse funktioniert unsere Welt im Grunde doch wie ein Schiebepuzzle.

Es ist eine Welt der Struktur, geregelt von Prinzipien der Konservierung und Ausschließung. Was das heißt, ist einfach: Mein Finger setzt wahrscheinlich seine Bewegung fort, aber nicht für immer, denn irgendwann ist er am Ende der Spannweite meines Arms oder er trifft auf eine Wand oder ein anderes Hindernis. Das ist das besondere, schmackhafte Wesen unserer Welt: Es gibt eine allgemeine statistische Vorhersehbarkeit, aber sie gilt nur für begrenzte Zeitabschnitte und ihre Beschränkungen lassen sich nicht universell vorhersagen. Cloud-basierte Statistiken funktionieren

„Vielleicht wurde dieser Algorithmus von einer Geheimdienstorganisation, einer Bank, einer kriminellen Vereinigung oder einer Firma aus dem Silicon Valley entwickelt, wer weiß das schon? Die Entwicklung von Algorithmen wird immer billiger, und jeder, der es kann, tut es auch.“

also oft am Anfang, und dann scheitern sie. Zuerst glauben wir, wir könnten mit unseren Computern in die Zukunft sehen, doch dann plötzlich versagen unsere Systeme. Gute Wissenschaftler, die mit Theorien arbeiten, nicht nur mit Statistiken, verstehen dieses Problem und bilden in ihren Modellen auch die Wand ab, die die Bewegung des Fingers stoppt. Doch so viel Mühe macht man sich im Cloud-Geschäft selten, da auch ohne sie Milliarden von Dollar gescheffelt werden können. Das ist ein allgemeines und verführerisches Muster des intellektuellen Scheiterns in unserer Zeit.

Warum lassen wir uns so leicht verführen? Es ist schwer zu beschreiben, wie intensiv die Verlockung ist, wenn man sie nicht selbst erlebt hat. Wenn zum Beispiel ein Kapitalgeber in der Cloud statistische Algorithmen laufen lässt, fühlt er sich zunächst wie König Midas. Er lehnt sich zurück und sieht zu, wie sein Vermögen wächst. Doch dann passiert etwas. Vielleicht gehen ihm die Leute aus, denen er hohle Kredite anbieten kann, oder die Konkurrenz beginnt, ähnliche Algorithmen einzusetzen, oder so etwas in der Art. Irgend eine strukturelle Grenze unterbricht den unglaublichen Lauf des vollkommenen Glücks, und jedes Mal bist du schockiert, schockiert, SCHOCKIERT, auch wenn es nicht das erste Mal ist, weil die verführerische Macht der frühen Phase einfach so unwiderstehlich ist. Eine Baseball-Mannschaft bei uns in Kalifornien war in dem Buch und dem Film „Moneyball“ gefeiert worden, weil sie dank Statistiken an die Spitze kam, und doch gehören sie heute wieder zu den Verlierern. Das ist absolut typisch.

Dahinter steckt auch ein gewaltiger Power-Trip. Denn man kann Muster in der Art, wie User sich ausdrücken oder handeln, nicht nur vorhersagen, man kann sie auch erzwingen. Es ist heute eine gängige Methode, dass digitale Firmen einige User zu einem Service überreden, der eine neue Effizienz durch Al-

gorithmen und Cloud-Konnektivität bietet. So werden Bücher auf Tablets vertrieben, Mitfahrgelegenheiten, Unterkünfte oder Kredite vermittelt, der Kontakt zu Familienmitgliedern und Freunden hergestellt oder Partner für Sex und Liebe verteilt. Egal worum es geht, bald tritt ein Phänomen namens „Netzwerkeffekt“ in Kraft, und schon leben die Nutzer nicht mehr in einer Welt der freien Entscheidung, sondern sehen sich zum großen Teil gezwungen, jeweils den Service zu benutzen, der die anderen übertrumpft. Eine neue Art von Monopol entsteht, häufig in Form einer in Kalifornien ansässigen Firma.

Typischerweise haben die Nutzer das Gefühl, sie machen ein unglaublich gutes Geschäft. Musik umsonst! Sie scheinen unfähig zu sein, die Verbindung zum Schrumpfen ihrer eigenen Möglichkeiten zu ziehen. Stattdessen sind sie dankbar. Wenn man ihnen durch die Anwendung von Algorithmen vorschreibt, mit wem sie ausgehen sollen oder wie sie sich ihrer Familie zeigen sollen, werden sie es tun. Wer immer eine dieser Operationen betreibt, die ich Sirenserverser nenne, kann die Normen der Gesellschaft festlegen, zum Beispiel beim Datenschutz. Es ist, als wäre er König.

Das ist ein grober ökonomischer Schnappschuss, der viele Aspekte unserer Gesellschaft in den letzten Jahren beschreibt. Vor einiger Zeit ging es um Musik. Bald wird es um Produktionsverfahren (mit 3D-Druckern und der Automatisierung in Fabriken), das Gesundheitswesen (mit Pflegerobotern) und jeden anderen Zweig der Wirtschaft gehen. Und natürlich hat diese Entwicklung in den USA längst die Idee der Wahlen erreicht, wo computerisierte Wahlkreisschiebungen und gezielte Werbung Wahlen zu Wettbewerben zwischen großen Computern gemacht haben anstatt zwischen Kandidaten. (Bitte lassen Sie nicht zu, dass so etwas auch in Europa passiert.) Es funktioniert immer wieder, doch es scheitert

auch immer wieder an anderer Stelle. Die Musikindustrie kollabiert, doch dasselbe Regelwerk wird auf Bücher angewandt. Mit jedem Zyklus werden von den größten Computern Milliarden gescheffelt. Die egoistische Illusion der Unfehlbarkeit taucht immer wieder auf – der größte Serienschwindler unserer Zeit – und macht die intelligentesten, wohlmeinendsten technologischen Köpfe zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung. Wir machen Milliarden, bevor wir den Karren an die Wand fahren. Wenn dieses Muster unabwendbar ist, spielt Politik keine Rolle. In diesem Fall könnte Politik höchstens für einen Aufschub vor der vorgezeichneten Auflösung sorgen.

Aber was ist, wenn Politik doch eine Rolle spielen könnte? In diesem Fall ist es traurig, dass die derzeitige digitale Politik oft so unsinnig ist. Der Mainstream der digitalen Politik, die immer noch als jung und „radikal“ angesehen wird, pflügt immer noch mit einer Reihe von Ideen über Offenheit voran, die über drei Jahrzehnte alt sind, selbst wenn die spezielle Formulierung offensichtlich gescheitert ist.

Als meine Freunde und ich die so genannte Twitter- oder Facebook-Revolution auf dem Tahrir-Platz beobachteten, von unserem bequemen Posten im Silicon Valley, habe ich gesagt: „Twitter wird diesen tapferen, klugen jungen Ägyptern keine Arbeit geben, also kann die Bewegung nicht glücken.“ Freiheit, losgelöst von Wirtschaft (im weitesten Sinn), ist bedeutungslos. Es ist schwer, darüber zu sprechen, weil man so viele Einwände einkalkulieren muss. So könnte man sagen, dass traditionelle gesellschaftliche Konstrukte wie „Jobs“ oder „Geld“ durch digitale Netzwerke überflüssig gemacht werden könnten und sollten, aber: Jede Erfindung, die sie ablösen sollte, müsste mindestens einige derselben Sicherheiten bieten, an die junge Leute häufig weniger gerne denken. Man kann sich nicht nur auf einen Teil des Kreislaufs des Lebens beziehen.

Dieses schwierige Thema verdient eine vorsichtige Erklärung. Die „Share Economy“ bietet nur die Echtzeit-Vorteile von informellen oder Schattenwirtschaften, wie man sie bisher nur in Entwicklungsländern, vor allem in Slums gefunden hat. Jetzt haben wir sie in die entwickelte Welt importiert, und junge Menschen lieben sie, weil das Gefühl des Teilens so sympathisch ist. Doch die Menschen bleiben nicht für immer jung. Manche werden krank oder sie müssen für ihre Kinder, Partner oder Eltern sorgen. Wir können nicht bei jeder Mahlzeit „für unser Essen singen“. Weil die Realität anders aussieht, muss die Share Economy letztendlich als Täuschungsritual der Todesverleugnung verstanden werden. Biologischer Realismus ist der Hauptgrund, aus dem regulierte Wirtschaften sich überhaupt herausgebildet haben. Wenn wir mit der Share Economy einerseits den Schutz, den Gewerkschaften bieten, aushebeln, und Regierungen in langfristige Muster von Austerität oder Sparpolitik und Schuldenkrisen zwingen, wer wird sich dann um die Bedürfnisse kümmern?

Manchmal frage ich mich, ob die jüngeren Leute in der entwickelten Welt angesichts des unvermeidlichen Ansturms der demographischen Alterung nicht die Verlagerung zur di-

gitalen Technologie unbewusst benutzen, um den erdrückenden Verpflichtungen gegenüber der wachsenden Zahl der Alten zu entkommen. Die meisten Länder der entwickelten Welt müssen sich in den kommenden Jahrzehnten mit diesem demografischen Wandel auseinandersetzen. Vielleicht haben die Jungen recht, wenn sie sich zu retten versuchen, aber es bleibt das Problem, dass auch sie eines Tages alt und bedürftig sein werden, denn so ist die *conditio humana*. Innerhalb der winzigen Elite der Milliardäre, die die Cloud-Computer betreiben, herrscht der laute, zuversichtliche Glaube, dass die Technologie sie eines Tages unsterblich machen wird. Google zum Beispiel finanziert eine große Organisation mit dem Ziel, „den Tod zu überwinden“. Und es gibt viele Beispiele mehr. Ich kenne einige der Hauptbeteiligten der Anti-Tod- oder posthumanen Bewegung, die im Herzen der Silicon-Valley-Kultur sitzt, und ich bin der Ansicht, die meisten von ihnen leben in einer Traumwelt, die weit weg von jeder rationalen Wissenschaft ist. Es sind auch ein paar gute Wissenschaftler dabei, einfach nur wegen der Finanzierung; Geld kommt in der Wissenschaft heute oft von merkwürdig motivierten Quellen, und ich würde es ihnen nie zum Vorwurf machen.

Die Arithmetik ist klar. Falls die Unsterblichkeits-Technologie, oder auch nur eine Technologie der drastischen Lebensverlängerung zu funktionieren beginnt, müsste sie entweder auf die kleinste Elite beschränkt bleiben oder wir müssten aufhören, Kinder in die Welt zu setzen, und in eine unendlich fade Gerontokratie übergehen. Dies sage ich, um hervorzuheben, dass in der digitalen Technologie häufig das, was radikal scheint – was auf den ersten Blick wie kreative Zerstörung wirkt –, sich in Wirklichkeit, wenn es tatsächlich umgesetzt würde, als hyperkonservativ und unendlich fade und langweilig herausstellt. Eine weitere populäre Idee ist, unser Gehirn in die virtuelle

„Mit jedem Zyklus werden von den größten Computern Milliarden geschneit. Die egoistische Illusion der Unfehlbarkeit taucht immer wieder auf – der größte Serienschwindler unserer Zeit – und macht die intelligentesten, wohlmeinendsten technologischen Köpfe zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung.“

Realität „upzuladen“, damit wir für immer in einer Software-Form weiterleben könnten. Und das trotz der Tatsache, dass wir noch nicht einmal wissen, wie das Gehirn funktioniert. Wir wissen nicht, wie Ideen durch Neuronen repräsentiert werden. Wir stellen Milliarden von Dollar bereit, um das Gehirn zu simulieren, dabei kennen wir jetzt noch nicht einmal die grundlegenden Prinzipien, nach denen es funktioniert. Wir behandeln Hoffnungen und Glaube, als wären sie etablierte Wissenschaft. Wir behandeln Computer wie religiöse Objekte.

Wir müssen uns überlegen, ob Fantasien von maschineller Gnade lohnenswert sind. Denn wenn wir den Fantasien von künstlicher Intelligenz widerstehen, können wir zur neuen Formulierung einer alten Idee kommen, die in der Vergangenheit viele Formen hatte: „Humanismus.“ Der neue Humanismus ist, wie früher, der Glaube an den Menschen, doch speziell in der Form einer Ablehnung von künstlicher Intelligenz. Das hieße nicht, irgendeinen Algorithmus oder roboterhaften Mechanismus zu verwerfen. Jeder einzelne vermeintlich künstlich intelligente Algorithmus kann genauso gut als nicht-autonome Funktion verstanden werden, die dem Menschen als Werkzeug dient. Diese Ablehnung gründet nicht auf dem irrelevanten Argument, das häufig vorgeschoben wird, nämlich den Grenzen der Möglichkeiten, sondern vielmehr darauf, dass es immer Menschen geben muss, um einen Computer wahrzunehmen, damit er überhaupt existiert. Ja, ein Algorithmus kann mit den Daten aus einer Cloud, die von Millionen und Abermillionen von Menschen erhoben wurden, eine Aufgabe verrichten. Man sieht die Flachheit von Computern auf praktischer Ebene an ihrer Abhängigkeit von einer verborgenen Masse anonymer Menschen, oder einer tieferen epistemologischen: Ohne Menschen sind Computer Raumwärmer, die Mu-

„Das Muster, das wir heute sehen, ist nicht das einzig mögliche Muster, es ist nicht unabwendbar. Unabwendbarkeit ist eine Täuschung, die die Freiheit aushöhlt. Je fortschrittlicher die Technologie ist, desto schwieriger wird es, zwischen Algorithmen und Konzernen zu unterscheiden.“

ster erzeugen. Wir müssen uns nicht darüber einigen, ob im Menschen ein göttliches Element vorhanden ist oder nicht, noch müssen wir entscheiden, ob gewisse „Grenzfälle“ wie die Bonobos als Menschen betrachtet werden sollten. Noch müssen wir absolute Urteile über die letztendliche Natur von Menschen oder Computern abgeben.

Doch wir müssen Computer zumindest so behandeln, als wären sie weniger als menschlich. Wenn man spezifische Auswege aus unseren dummen digitalen Wirtschaftsmustern anspricht, begibt man sich auf ein schwieriges Feld. Ich habe hauptsächlich einen Ansatz erforscht und vertreten, nämlich das ursprüngliche Konzept digitaler Medienarchitektur wiederzubeleben, das auf Ted Nelsons Arbeit in den 1960ern zurückgeht. Ted schlug ein universales Mikro-Zahlungssystem für digitale Beiträge von Menschen vor. Um es noch einmal zu betonen, dies war keine radikale Reaktion, sondern der historische Ausgangspunkt aller Überlegungen zu digitalen Medien. Ich habe versucht, Teds Idee auszuweiten auf die Art, wie das Leben der Menschen heute in riesige Big-Data-Sammlungen eingeleitet wird. Wie schon erwähnt stützen sich kostenfreie Übersetzungsprogramme zum Beispiel auf das Scannen der Arbeit von Millionen echter menschlicher Übersetzer am Tag. Warum kön-

nen wir diese Leute nicht bezahlen?

Das wäre nur ehrlich und fair. Wenn wir nur zugeben würden, dass immer noch Menschen gebraucht werden, um die BigData herzustellen, und wenn wir willens wären, unsere Fantasien von künstlicher Intelligenz zu zügeln, dann könnten wir vielleicht ein neues Wirtschaftsmuster erschaffen, in dem auch in den Ergebnissen der digitalen Wirtschaft die Glockenkurve statt des Starsystems auftaucht. Daraus könnten tragfähige Gesellschaften entstehen, die nicht der Austerität zum Opfer fallen, ganz gleich wie gut oder scheinbar „automatisiert“ die Technologie ist.

Diese Idee ist, um das mindeste zu sagen, kontrovers, und ich kann sie an dieser Stelle nicht vollständigerläutern. Es ist nur eine Idee, die wenigstens ausprobiert werden müsste, und die sich dann vielleicht als haltlos herausstellt. Doch der springende Punkt, die grundlegende Position, von der wir nicht abweichen dürfen, ist: Wir müssen anerkennen, dass es Raum für Alternativen gibt. Das Muster, das wir heute sehen, ist nicht das einzig mögliche Muster, es ist nicht unabwendbar. Unabwendbarkeit ist eine Täuschung, die die Freiheit aushöhlt. Je fortschrittlicher die Technologie ist, desto schwieriger wird es, zwischen Algorithmen und Konzernen zu unterscheiden.

Was ist Google heute oder Facebook? In diesen Fällen ist die Unterscheidung bereits esoterisch, und das ist sie bald auch für viele andere Konzerne. Wenn Algorithmen Personen sein können, dann sind es auch Konzerne, wie es in den USA schon jetzt der Fall ist. Was ich heute hier sage, ist, dass weder ein Algorithmus noch ein Konzern eine Person sein sollte! Der neue Humanismus behauptet, es sei richtig, zu glauben, dass Menschen etwas Besonderes sind, nämlich dass Menschen mehr sind als Maschinen und Algorithmen. Es ist eine Behauptung, die in Tech-Kreisen zu rüdem Spott führen kann, und es gibt auch

keinen Beweis, dass sie stimmt. Wir glauben an uns selbst und aneinander, aber es ist eben nur Glaube. Es ist ein pragmatischerer Glaube als der traditionelle Glaube an Gott. Er führt zum Beispiel zu einer faireren und nachhaltigeren Wirtschaft und zu besseren, zurechnungsfähigeren Technologien.

Für manche Techies mag der Glaube an die Besonderheit des Menschen sentimental oder religiös klingen, und so etwas können sie nicht leiden. Aber wenn wir nicht an die menschliche Besonderheit glauben würden, wie könnten wir dann nach einer humanistischen Gesellschaft streben? Darf ich vorschlagen, dass die Technologen wenigstens versuchen so zu tun, als würden sie an die menschliche Besonderheit glauben, nur um zu sehen, wie es sich anfühlt?

Tod und Verlust sind unabwendbar, ganz gleich, was meine Freunde mit ihren digitalen Überlegenheitsfantasien und Unsterblichkeitslaboratorien denken und gleichzeitig ihre Liebe zur kreativen Zerstörung bekunden. Ganz gleich, wie tief uns das Leid darüber schmerzt, am Ende sind Tod und Verlust langweilig, weil sie einfach unabwendbar sind. Es sind die Wunder, die wir errichten – die Freundschaften, die Familien, die Bedeutung haben –, die staunenswert, interessant, glorreich und berauschend sind.

*Aus dem Amerikanischen übersetzt
von Sophie Zeitz Ventura*

Jaron Lanier ist ein US-amerikanischer Informatiker, Künstler, Musiker, Komponist, Autor und Unternehmer. Er betrieb von 1984 bis 1990 mit VPL Research ein Unternehmen zur Entwicklung und Vermarktung von Virtual-Reality-Anwendungen. Seine Positionen gegen Wikipedia und die Open-Source-Bewegung wurden breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Im Jahr 2014 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.





Die zukünftigen Herrscher? Künstliche Intelligenz (KI) hat individuelle Vorteile, aber auch erhebliche, unkalkulierbare gesellschaftliche Nachteile. Für totalitäre politische Systeme ist KI das ideale Werkzeug für Machtausübung. In liberalen Demokratien kann KI den Vertrauensverlust in Politik und Institutionen vergrößern sowie zu mehr Polarisierung führen. Nicht ohne Grund hat der russische Präsident Vladimir Putin die Bedeutung von KI erkannt, als er sagte: „Wer in diesem Bereich führend ist, ist der Herrscher der Welt“. *Von Thorsten Jelinek*



Technologie ist schon immer für das Gute oder das Schädliche eingesetzt worden, und sie hat die menschlichen Beziehungen grundlegend verändert, indem sie sowohl Macht als auch Chancen erweitert oder einschränkt. Heute verstärkt der Diskurs über die weitverbreitete Digitalisierung und den Aufstieg der künstlichen Intelligenz (KI) diese beiden ethischen Dimensionen. Positiv betrachtet wird KI gefeiert als neue Quelle für Innovation, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie für Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen, die KI branchen- und sektorenübergreifend bietet. Intelligente Automatisierung verspricht auch, einige der drängendsten globalen Herausforderungen zu lösen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Der potenzielle wirtschaftliche und soziale

Nutzen von KI-Innovationen kann enorm sein. Eine Mehrheit erlebt den Aufstieg von KI bereits als Erleichterung im Alltag.

Andererseits ist vor dem raschen Fortschritt und allmächtigen Charakter der KIFähigkeiten gewarnt worden als einer noch nie dagewesenen Quelle beispielloser Sicherheits- und Datenschutzrisiken sowie auf lange Sicht als Ursache schwerwiegender sozialer, wirtschaftlicher, politischer und internationaler Ungleichgewichte und ist als solche verurteilt worden. In der Vergangenheit überwogen die Vorteile solcher Dual-Use- oder disruptiven Technologien letztlich ihren Schaden, aber dies geschah oft erst nach einer Zeit des Missbrauchs und der Unfälle, die Menschen und Regierungen dazu veranlassten, weitere Verbesserungen und Vorschriften zu fordern. Da KI nicht nur ein Ergebnis menschlicher Aktion sein wird, sondern sich selbst zunehmend zu einem unabhängigen Akteur mit autonomer Entscheidungsfindung entwickeln wird, können wir uns nicht ohne Weiteres auf die Erfahrungen der Vergangenheit verlassen.

In den nächsten Jahrzehnten besteht das Hauptrisiko jedoch nicht darin, dass die KI selbst unmittelbare Schäden und langfristige Ungleichgewichte verursacht, aber unsere menschlichen Beziehungen, Absichten und damit die Art und Weise, wie KI angewendet wird, bilden die Hauptursachen und Quellen von Störungen. KI wird nicht außerhalb der Geschichte existieren, sondern die aktu-

elle Entwicklung der Menschheit fortführen und wahrscheinlich beschleunigen. Und da die Geschichte in eine Abwärtsspirale eingetreten und fragmentierter und weniger nachhaltig geworden ist, ist das Risiko, mehr von der Kehrseite von KI zu erfahren, ziemlich wahrscheinlich.

Mit dem Aufstieg von KI und gepaart mit anderen disruptiven Technologien wie 5G, dem Internet der Dinge (IoT), Robotik, Quantencomputer und Biosynthetik, ist unsere imaginäre Distanz zwischen Science-Fiction und echter Wissenschaft erheblich geschrumpft. KI schlägt Menschen bereits in schwierigen Aufgaben wie Schachspiel, Go-Spiel, in komplexen Strategiespielen oder bei der Erstellung medizinischer und rechtlicher Diagnosen. Abgesehen von der intelligenten Automatisierung von Steuerungssystemen haben Computer Vision und Sprachverarbeitung in den letzten Jahren die meiste Aufmerksamkeit erhalten und übertreffen bei Weitem bestimmte Formen menschlicher Wahrnehmung und Ausdrucksweise.

Dennoch ist KI noch weit davon entfernt, Intelligenz auf menschlicher Ebene nachzuahmen oder sogar übermenschliche Intelligenz zu erreichen, und sie muss immer noch technische Engpässe im Zusammenhang mit kreativer und sozialer Intelligenz überwinden. Obwohl bestimmte Algorithmen schon rech-

„Die heutigen Algorithmen sind nicht in der Lage, von einer Situation zu abstrahieren und allgemeine Konzepte auf neue Kontexte und Aufgaben anzuwenden. Zudem können Algorithmen nicht automatisch die Methodik des Lernens selbst verändern.“

nergestütztes Selbstgefühl generieren können, ist KI heute nicht in der Lage, von einer Situation zu abstrahieren und allgemeine Konzepte auf neue Kontexte und Aufgaben anzuwenden. Zudem können Algorithmen nicht automatisch die Methodik des Lernens selbst verändern.

Während die Anwendung von KI-Systemen extrem effizient und skalierbar sein kann, nimmt die Schulung von KI-Systemen noch viel Zeit in Anspruch, ist extrem kostspielig und viel ineffizienter als die Art und Weise, wie Menschen lernen. Aus der Perspektive der kollektiven Intelligenz kann KI keine großen und komplexen sozialen Organisationen aufbauen oder mit ihnen konkurrieren, was die Menschheit wohl von der Natur unterscheidet. Kurz gesagt: Seit dem Aufstieg und der Sammlung von Massendaten hat sich die KI rasant weiterentwickelt, aber sie wird nicht schnell genug voranschreiten, um den entschuldigenden oder dystopischen Fantasien einer posthumanistischen und postevolutionistischen Ära in absehbarer Zeit gerecht zu werden. In der Zwischenzeit sind wir jedoch mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Wie Alan Turing, der Vater von KI einst sagte: „Wir können nur ein bisschen nach vorne sehen, aber wir können dort vieles sehen, was getan werden muss.“

Das der KI zugeschriebene Risikoniveau ist keine Frage von Optimismus oder Pessimismus, sondern eine Frage des Verständnisses, wie KI dem bestehenden menschlichen Verhalten dient und wie sie Machtverhältnisse verändern kann. Noch bevor KI Intelligenz auf menschlichem Niveau erreicht oder übertrifft, werden die Störungen der KI von zweierlei Natur sein; sie werden unmittelbar sowie direkt spürbar und sie werden strukturell sein und sich über einen längeren Zeitraum entfalten. Zum ersten Punkt beziehen sich die unmittelbaren Risiken von KI auf die bestehenden Cybersicherheitsbedrohungen, die

sich aufgrund der böswilligen Nutzung von KI enorm verändern werden. Die Zahlen der traditionellen Cybersicherheitsverletzungen und der Cyberkriminalität, die vor allem Einzelpersonen, Unternehmen und nationale Infrastrukturen bedrohen, hat stark zugenommen. Das Weltwirtschaftsforum zählt Cybersicherheitsrisiken zu den fünf wichtigsten Quellen für ernste globale Risiken. In der ersten Hälfte des Jahres 2018 gab es 4,5 Milliarden Vorfälle, beinahe doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2017. Diese Vorfälle werden von einzelnen Kriminellen, organisierten kriminellen Gruppen, Terroristen und Staaten oder staatlich geförderten Akteuren verursacht, und sie beinhalten in erster Linie die Störung digitaler und physischer Systeme, Diebstahl und Cyberspionage.

Cyberwarfare ist eine Kombination aus all diesen und beinhaltet auch Informationen und psychologische Operationen, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Aufgrund der Skalierbarkeit und Effizienz sowie der zunehmenden psychologischen Distanz zwischen dem Angreifer und dem Ziel wird die böswillige Nutzung von KI zu einer Ausweitung der bestehenden Cybersicherheitsbedrohungen führen, völlig neue Formen cyberphysischer Bedrohungen hervorbringen und Angriffe und Verbrechen ausführen, die viel gezielter sind, indem sie den Kompromiss zwischen Aufwand und Schaden oder Gewinn optimieren. Aufgrund einer sich so verändernden Landschaft unmittelbarer Bedrohungen und Risiken ist die Cybersicherheit (und in jüngerer Zeit KI) zu einer Frage der nationalen Sicherheit und eine Priorität im Militär geworden. Während die nächste Generation von Mobilfunknetzen oder 5G es ermöglichen, alles mit allem und mit jedem zu verbinden, zu Hause, im Büro, in Fabriken und in intelligenten Städten, bietet KI Automatisierung zum Zweck der Effizienz und Bequemlichkeit. Die Kom-

bination beider Technologien wird die Oberfläche für cyber-physische Bedrohungen und Unfälle enorm erweitern. Sie wird die Abschreckung und Zuordnung von Cyberangriffen oder anderen Hackerangriffen aufgrund der zunehmenden Komplexität und Vernetzung von Computernetzwerken komplizierter machen. Es wird nicht möglich sein, diese Bedrohungen zu verhindern, sondern es wird nur möglich sein, sie abzuschwächen. Für viele Regierungen ist die Frage nicht, ob es zu schweren Cybersicherheits-Vorfällen kommen wird, sondern wann. Das Risiko ist unabhängig von spezifischen Technologieanbietern.

Wirtschaftliche Ungleichgewichte

Zusätzlich zu diesen unmittelbaren Risiken gibt es längerfristige strukturelle Risiken im Zusammenhang mit KI, die schwieriger zu antizipieren sind, aber ihre Wirkung wird noch weiter und allgegenwärtig sein. Das liegt einfach daran, dass Technologie für uns nichts Externes ist und sich unabhängig von der Geschichte entwickelt. Stattdessen ist sie tief mit der Geschichte verwoben, und der gegenwärtige Weg der Menschheit zeigt wenig Anzeichen dafür, dass sie der heutigen Abwärtsspirale der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und internationalen Beziehungen entkommen kann. Wirtschaftlich betrachtet sind die massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften, Unterbeschäftigung und Deskillung wahrscheinlich die Ergebnisse intelligenter Automatisierung und Erweiterung. KI konkurriert direkt mit der menschlichen Intelligenz, die während früherer industrieller Revolutionen von der Automatisierung verschont blieb.

KI wird nicht nur auf Wissensarbeit abzielen, sondern weiter die körperliche Arbeit automatisieren, die früheren Rationalisie-

rungswellen entgangen ist. Deshalb müssen sich Regierungen auf tiefgreifende strukturelle Veränderungen vorbereiten. Die weitverbreitete Automatisierung und die alternden Gesellschaften werden die Zahl der Erwerbsarbeitskräfte verringern wie auch die Arbeit als wichtige Quelle von Steuereinnahmen. Zudem haben die Marktkräfte bereits eine Konzentration von Daten, KI-Technologien und menschlichen Talenten verursacht. Forschung und Entwicklung verlagern sich zunehmend von öffentlich finanzierten zu privaten Laboratorien großer KI-Plattformunternehmen, die weniger bereit sind, ihr geistiges Eigentum zum gesellschaftlichen Wohl zu teilen.

Während das Internet die Hürden für die Gründung von Unternehmen zunächst senkte, hebt KI die Messlatte wieder an, was zu digitalen Kleptokratien und KI-Merkantilismus führen kann, wenn die Null-Grenzkosten-Wirtschaft weiterhin nicht reguliert wird. Während reiche Länder in der Lage sein werden, sich ein universelles Grundeinkommen für diejenigen zu leisten, die nicht umschulen können, werden Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen nicht dasselbe tun können und riskieren, auf ihrem Entwicklungsstand stehen zu bleiben. KI in Verbindung mit Daten – dem „neuen Öl“, auf dem maschinelles Lernen gedeiht – wird die globale Arbeitsteilung stören.

Länder, welche bei der fortgeschrittenen Automatisierung nicht aufholen können, um

„Forschung und Entwicklung verlagern sich zunehmend von öffentlich finanzierten zu privaten Laboratorien großer KI-Plattformunternehmen, die weniger bereit sind, ihr geistiges Eigentum zum gesellschaftlichen Wohl zu teilen.“

ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, werden weiter zurückbleiben. Arbeit, und vor allem billige Arbeit, bietet in Zukunft keinen ausreichenden Vorteil, und dies wird frühere Entwicklungsmodelle obsolet machen. Die Einkommensungleichheit hat bereits alarmierende Ausmaße erreicht, nicht nur zwischen reichen und armen Ländern, sondern auch zwischen den reichen Ländern. Die Vereinigten Staaten haben die ungleichste Vermögensverteilung unter allen OECD-Ländern. Während eine kleine Gruppe von Transhumanisten sich bemühen und die Privilegien der digitalen Aufwertung genießen wird, nimmt die Zahl derer, die zurückgelassen werden, wahrscheinlich zu und vergrößert damit den Nährboden für soziale Unruhen, Populismus und Nationalismus. Bevor Gesellschaften in der Lage sind, die Bedeutung der Arbeit zu ändern und neue Quellen für eine bessere Gewährleistung der Menschenwürde zu finden, wird die Automatisierung Individualismus, Entfremdung und Einsamkeit verstärken und sowohl das körperliche als auch das psychische Wohlbefinden und den sozialen Zusammenhalt bedrohen.

Staatliche und politische Akteure werden die KI-Technologien stärker nutzen. Während Unternehmen KI einsetzen, um Menschen noch genauer als Verbraucher einzuordnen und um ihre Aufmerksamkeit zu konkurrieren, tun politische und staatliche Akteure dies, um die Bürger besser als überzeugbare Wähler, Anhänger oder potenzielle Sicherheitsbedrohungen zu verstehen. Dies kann dazu beitragen, Länder sicherer zu machen und den politischen Prozess effizienter, wenn KI verantwortungsbewusst eingesetzt wird und einen Ausgleich schafft zwischen Wirtschaftswachstum, sozialem Wohl und nationaler Sicherheit. KI erhöht jedoch das strukturelle Risiko, das Machtgleichgewicht zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

zu verschieben, indem sie den Raum für Autonomie begrenzt.

Durch KI-fähige Massenüberwachung, psychologische Operationen und die Umwandlung von Informationen zu einer Waffe könnten Staaten und politische Akteure versuchen, unverhältnismäßig viel Macht zu erlangen oder den Populismus zu verstärken. Die beiden Pole dieses politischen Risikoszenarios sind Totalitarismus und Tyrannei der Mehrheit. In beiden Fällen dominiert der Kampf um die Macht den Kampf um den Fortschritt und bedroht die Säulen moderner Staaten und Regierungen – Bürokratie, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht. Während autoritäre Staaten in totalitäre Regime ableiten könnten, indem sie eine allgegenwärtige staatliche Kontrolle ausüben und Unterschiede unterdrücken, könnten Demokratien die Erosion ihrer Institutionen, die Polarisierung ihrer gesamten Gesellschaften und den Zerfall ihrer „öffentlichen Moral“ und ihrer „Konsensfabrik“ erleben. Leider können wir bereits miterleben, wie die Welt in Richtung einer der beiden Pole politischer Ungleichgewichte abgleitet. Doch es ist wahrscheinlicher geworden, dass sich „liberaler Kapitalismus“ zu einem „politischen Kapitalismus“ entwickelt.

KI ist nicht die Ursache, aber sie ist ein zunehmend bewaffnetes Instrument, das sowohl innerhalb als auch außerhalb nationaler Grenzen eingesetzt wird, um den politischen Prozess der konkurrierenden Länder zu stören. Die Affären um Edward Snowden und Cambridge Analytica sind die bekanntesten und beunruhigendsten Fälle von weit verbreiteter Cyberspionage, Verletzung der Privatsphäre, Manipulation der öffentlichen Meinung und der Einmischung in den demokratischen Prozess innerhalb des Westens. Umgekehrt wirft der Westen Russland, China, Nordkorea, Iran und Syrien häufig staatliche oder staatlich geförderte Cyber-Einmischungen und -An-

griffe vor sowie allgegenwärtige Massenüberwachung. Ein harter globaler Wettbewerb um die KI-Vorherrschaft tobt bereits und droht, die bestehenden internationalen Beziehungen zu stören. Alle führenden Volkswirtschaften haben ihre nationalen KI-Strategien mit dem Ziel entwickelt oder aktualisiert, die Entwicklung von im Entstehen begriffenen KI-Fähigkeiten und Ökosystemen zu fördern und weltweit wettbewerbsfähig zu sein. Der russische Präsident Wladimir Putin hat 2017 am deutlichsten die strategische Bedeutung der KI zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Wer in diesem Bereich führen wird, wird der Herrscher der Welt.“ Russland führt das KI-Rennen nicht an. Derzeit sind die Vereinigten Staaten an der Spitze, dicht gefolgt von China. Die Vereinigten Staaten wollen ihre „Führungsrolle in der KI“ beibehalten, während China bis 2030 das „primäre Zentrum für KI-Innovationen“ werden will.

Europa strebt auch danach, die „weltweit führende Region für Spitzen-KI“ zu werden, aber es liegt hinter den Vereinigten Staaten und China in der Anzahl seiner KI-Talente und -Unternehmen, eingereichten Patente, veröffentlichten Forschungspapiere und Investitionen in die KI-Industrie für Forschung und Entwicklung. Alle Regierungen betonen KI als Quelle für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig wird KI als Dual-Use-Technologie eingestuft und unterliegt daher nationalen Sicherheits- und Exportkontrollen sowie FDI-Screening-Mechanismen. Regierungen haben hastig neue Vorschriften verabschiedet, um Cybersicherheitsrisiken zu mindern, den Schutz der Privatsphäre zu gewährleisten und die Strafverfolgung zu stärken. Die neuen Vorschriften schützen auch die heimischen Märkte unter dem Banner der digitalen Souveränität und Datensouveränität. Das Kopf-an-Kopf-Rennen hat sich auf nationale Verteidigungsbehörden ausgeweitet, die sich auf

einen „Hyperkrieg“ vorbereiten und „schlachtfeldreife KI“ zu einer Priorität machen. Am beunruhigendsten ist die Entwicklung tödlicher autonomer Waffen (LAW). Während die Europäische Union ein Verbot von „automatisierten Tötungsrobotern“ fordert, sind die Vereinigten Staaten, China, Russland und andere Länder dabei, LAW-Fähigkeiten weiter auszubauen und zu erwerben. Im Vergleich zu konventionellen Waffen sind Cyberwaffen kostengünstig und leichter zugänglich, was die Verbreitung von Cyberwarfare und LAW-Fähigkeiten beschleunigen wird.

Dies wird auch ansonsten schwächere Akteure stärken und damit das Risiko asymmetrischer Konflikte enorm erhöhen. Aufgrund der Verbreitung von Cyber-Technologien und der anhaltenden Eile vieler Staaten, offensive Cyber-Fähigkeiten für den potenziellen Einsatz in Konflikten zu erwerben, ist das tatsächliche Risiko internationaler Cyberkonflikte und Cyberwarfare deutlich erhöht. Nämlich, dass ein Land digitale Technologien nutzt, um zentrale digitale Systeme eines anderen Landes zu stören. Eine solche Verbreitung von Technologien birgt auch das Risiko von „freundlichem Feuer“ und „Folgen zweiter Ordnung“, da viele Cybernetzwerke auch auf die Infrastruktur des privaten Sektors angewiesen sind. Im Bereich der Verteidigung geht es bei KI

„Durch KI-fähige Massenüberwachung, psychologische Operationen und die Umwandlung von Informationen in eine Waffe könnten Staaten und politische Akteure versuchen, unverhältnismäßig viel Macht zu erlangen oder den Populismus zu verstärken.“

weder um Gutes oder Schädliches, sondern um Wettbewerb und Konflikt. Es gibt zahlreiche internationale Organisationen, die sich mit Cybersicherheit und Cyber-Kriminalität befassen, aber für den durch KI ermöglichten Cyber-Konflikt fehlen internationale Verträge und Versuche, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, vor allem zwischen rivalisierenden Mächten. Der Diskurs über Cybersicherheit und der Prävention von Cyberkriminalität ist global gespalten und konventionelle Verträge zur Rüstungskontrolle werden zerrissen oder in Frage gestellt. Zudem unternehmen die Vereinigten Staaten alles, um ihre Technologie und Forschung und Versorgungsketten von denen Chinas zu entkoppeln, und drängen Europa und andere Verbündete und Partner, dasselbe zu tun. Die Vereinigten Staaten tun dies, um Chinas Aufstieg auf der Grundlage nationaler Sicherheitsbedenken einzuschränken, aber sie haben es versäumt, Beweise für Fehlverhalten vorzulegen. Die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und China war am deutlichsten zum Thema 5G und hat sich zunehmend auf andere disruptive Technologien wie KI, IoT, Robotik, Quantumcomputing und Biosynthetik ausgeweitet.

Während wir das Ergebnis der digitalen und KI-Revolution nicht vorhersehen können, weil die Geschichte uns wenig bis gar keinen Hinweis auf die vielleicht letzte technologische Revolution gibt, haben solche ernüchternden Listen unmittelbarer Bedrohungen und längerfristiger struktureller Ungleichgewichte und Spannungen eine internationale Debatte über die Ethik und Governance von KI ausgelöst. In dieser Debatte wird der Begriff Ethik häufig verwendet, um diese berechtigten Bedenken über potenzielle Störungen der KI zusammenzufassen. Die Debatte über KI-Ethik und -Governance hat vor allem zur Definition zahlreicher KI-Prinzipienwerke weltweit geführt, die in erster Linie von großen Internet-

plattformen und multinationalen Konzernen vorgeschlagen wurden sowie von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie Regierungen.

Trotz subtiler, aber entscheidender Unterschiede bei der Auswahl und Hervorhebung bestimmter ethischer Grundsätze betonen die verschiedenen Rahmenwerke allgemein, dass die KI der Zukunft sicher, erklärbar, fair und zuverlässig sein sollte, und sie betonen auch, dass ihr Nutzen sich auf die gesamte Gesellschaft erstrecken sollte. Es scheint einen internationalen Konsens darüber zu geben, dass KI für das größere Wohl der Menschheit entwickelt und genutzt werden sollte. Sie sollte menschenorientiert, verantwortungsvoll und vertrauenswürdig sein und immer menschliche Entscheidungsfreiheit und menschliche Aufsicht ermöglichen.

Doch diese positive Rahmengestaltung bestätigt umgekehrt in erster Linie, dass die heutige Ethik und Governance schlecht ausgestattet sind, um die zerstörerischen Kräfte der KI zu verhindern oder ausreichend zu mildern, und dass diese potenziellen Kräfte eindeutig von globalem und historischem Ausmaß sind. Fast alle Rahmenwerke analysieren jedoch das Risiko von KI in einem engen Sinne: das heißt, ohne einen Zusammenhang zwischen dem Dual-Use-Charakter der Technologie und dem tatsächlichen Zustand sozialer, politischer, wirtschaftlicher und internationaler Angelegenheiten zu entwickeln. Diese Rahmenwerke ignorieren, wie KI höchstwahrscheinlich den aktuellen Verlauf der Geschichte verstärken wird, anstatt ihn zu verändern. KI wird zunehmend autonome Entscheidungen treffen, aber sie wird in absehbarer Zeit nicht völlig autonom von menschlichen Praktiken sein. Und wir können nicht erwarten, dass sie zu einem transzendenten, supernützlichen und auf Menschen ausgerichteten Kompass wird, der die Menschheit in Richtung universaler

Gleichheit und Würde führt. Während viele dieser KI-Prinzipien schnell definiert wurden, wird die Definition neuer Governance-Ansätze, die diese Prinzipien umsetzen sollen, angesichts des komplexen und unsicheren Risikoszenarios der KI schwieriger sein.

Governance ist die Möglichkeit der Zusammenarbeit, die sich an gemeinsamen Grundsätzen ausrichtet. Eine Zusammenarbeit ist notwendig, da jede Interessengruppe unterschiedliche Verantwortlichkeiten hat und kein Stakeholder allein KI-Risiken in ihrer Gesamtheit kontrollieren kann. Grundlegende politische und kulturelle Unterschiede insbesondere zwischen den großen Wirtschaftsböcken untergraben jedoch die internationale Zusammenarbeit.

Dennoch wird die Zusammenarbeit in Zukunft immer dringlicher werden, um mit den Risiken der KI wirksam umzugehen. Diese grundlegenden Unterschiede machen die sich abzeichnende Ethik- und Governance-Lücke scheinbar unüberwindbar. Dementsprechend sind die Vereinigten Staaten eine Marktwirtschaft und individualistische Gesellschaft, die dem Motiv des Profits und der Selbstverwirklichung folgt. Die Regierung sieht KI als Chance für Forschung und Entwicklung, für

„Europa strebt auch danach, die ‚weltweit führende Region für Spitzen-KI‘ zu werden, aber es liegt hinter den Vereinigten Staaten und China in der Anzahl seiner KI-Talente und -Unternehmen, eingereichten Patente, veröffentlichten Forschungspapiere und Investitionen in die KI-Industrie für Forschung und Entwicklung.“

Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Während Cybersicherheitsrisiken als Haftungsbehandlung werden, dient KI der kapitalistischen Ethik der selbstbezogenen Schaffung von Wohlstand. Im Gegensatz dazu betont Europa Solidarität und einen Menschenrechtsansatz gegenüber KI. Nach Ansicht der Europäischen Union sollte KI rechtmäßig, robust und ethisch sein. Die Minderung von KI-Risiken ist eine Frage der Regulierung.

In China werden Harmonie und Mitgefühl als grundlegende moralische Werte des Landes hervorgehoben. Für die chinesische Regierung sind Daten und KI Mittel, um Stabilität und Disziplin durch Überwachung und Kontrolle zu gewährleisten oder zu verbessern. Während die Chinesen die digitale Revolution weitgehend als Chance sehen, neigen westliche Menschen dazu, die Gefahren von weit verbreiteter Digitalisierung zu betonen.

Drängen auf Verantwortung

Zweifellos droht eine solche Polarisierung, über die vielen Unterschiede innerhalb der einzelnen Regionen und die Ähnlichkeiten zwischen allen Regionen hinwegzusehen. Die Menschen in Europa, in den Vereinigten Staaten und in China sind sich zunehmend der Datenschutz- und Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit der allgegenwärtigen Digitalisierung und KI bewusst geworden. Die Regierungen haben hastig versucht, ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Autonomie mit dem Ziel zu schaffen, die Vorteile zu nutzen und gleichzeitig die Risiken zu minimieren. Große Internet- und KI-Plattformen wurden dazu gedrängt, mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Großmächte stehen vor den gleichen Herausforderungen, aber sie nähern sich ihnen von verschiedenen Enden aus, was ebenfalls die Aussicht auf internationale

Zusammenarbeit und Governance auch im Bereich der KI untergräbt.

Ihre Unterschiede sind fest in ihrer Geschichte und Kultur der Regionen verwurzelt, werden aber in diesen Tagen verstärkt. Vor allem die Vereinigten Staaten und China haben die Geduld verloren, zu versuchen, einander nach einer langen Phase der Annäherung zu verstehen. Stattdessen artikulieren und verteidigen sie mit Nachdruck ihre Andersartigkeit. China nimmt die Welt als „Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Schicksal“ war, während die Vereinigten Staaten „konkurrierende Koexistenz“ als neue Grundlage ihrer Beziehung betonen. Ersteres klingt nach einer utopischen Harmonie, letzteres ist realistischer, aber es erzeugt Spannung und enthält kein Konzept für ein friedliches Miteinander.

Der heutige globale Kontext bringt uns deshalb gefährlich nahe an ein nie endendes Vorkriegsszenario zwischen China und den Vereinigten Staaten. Beide Mächte drängen auf die Thukydides-Falle. Der vergangene Globalismus der 1990er und 2000er Jahre droht sich in eine postglobale Realität zu verwandeln, in eine Realität der konkurrierenden nationalen Globalisten, die immer wieder daran scheitern, einen Konsens zu erzielen für die Entwicklung eines neuen Gleichgewichts und einer multilateralen Ordnung. Der Zerfall der Welthandelsorganisation und die Erosion der alten, von den Vereinigten Staaten angeführten Ordnung führen uns zurück in eine Zeit, in der Macht vor Recht geht. Es ist eine Ära der Loyalitäten und fragmentierten Bilateralismen. Es ist eine Ära hoher Unsicherheit und scheinbar unkontrollierbarer Risiken, in der viele das Vertrauen in Unternehmen, Technologie und lokale wie globale Institutionen verloren haben, sicherlich innerhalb des Westens. Europa ist „realer“ geworden.

Dennoch ist „Europas Aufwachen“ eine prekäre Angelegenheit, da die Region wei-

terhin zwischen einem Auseinanderbrechen, der verstärkten Fremdenfeindlichkeit, schleppendem Wachstum und dem Schutz der „europäischen Lebensweise“ balanciert, aber ohne die Fähigkeit zur globalen verantwortungsvollen Führung. Wie die Vereinigten Staaten hat Europa noch keinen Fluchtweg aus der wachsenden Kluft zwischen seiner „Brahmanenlinken“ und seiner „Handelsrechten“ gefunden. Wie die Vereinigten Staaten repräsentiert Europa nicht die Kämpfe und Ängste innerhalb seiner Gesellschaften. Europa bleibt zwischen den „protektionistischen“ Vereinigten Staaten, einem „aggressiven“ China und der Rivalität zwischen den beiden Ländern stecken. Während Europa größtenteils nicht mit Trumps Persönlichkeit und Herangehensweise einverstanden ist, teilt es die Klagen und Sorgen in Bezug auf Chinas wachsende Dominanz und der Tatsache, dass China nicht westlicher wird. Die Europäische Union hat auch damit begonnen, China als „strategischen Rivalen“ zu bezeichnen, aber ohne sich an dem einseitigen Handelskrieg der Vereinigten Staaten gegen China zu beteiligen.

Obwohl die Vereinigten Staaten ihre Zukunft am meisten zu fürchten scheinen, muss China auch mehr versuchen, einen Weg zu finden, diese Angst zu verringern. Vorerst wird weiterer Schaden nur verhindert, da jede der drei Mächte ein wichtiger Handelspartner der beiden anderen ist.

Vor solch einem überspitztem Hintergrund wird deutlich, dass KI hauptsächlich genutzt werden wird, um einen strategischen Vorteil gegenüber anderen Wettbewerbern und Rivalen zu erlangen. Wie der Kapitalismus ist auch KI disruptiv und verfügt nicht über die Ethik des sozialen Wohls. Deshalb liegt es an der menschlichen Handlungsfähigkeit und Zusammenarbeit, die aktuelle Abwärtsspirale zu durchbrechen und sicherzustellen, dass Technologie vor allem für das soziale und öko-

logische Wohl eingesetzt wird.

KI bringt seine eigenen Risiken mit sich. Doch KI ist nicht der hauptsächliche Grund dafür, Geschichte zu verändern, sondern eine Technologie mit einem hohen Risiko, die Symptome der Geschichte zu verstärken wie etwa die ungleiche Aufmerksamkeitsökonomie, der Überwachungsstaat und der stärkere Wettbewerb um Macht. Um die Abwärtsspirale zu durchbrechen und eine Ideologisierung der verschiedenen KI-Prinzipien zu verhindern, muss KI nicht einfach der Menschheit dienen; auch die Menschheit selbst muss sich ändern. Wenn es in der Geschichte der Menschen immer wieder zu Rückschlägen kommt, dann sollte KI nicht die menschlichen Werte und das menschliche Gehirn nachahmen, sondern von ihnen lernen und beides verbessern. Wenn wir annehmen, dass die Menschheit für das Leben auf der Erde eine Bedrohung darstellt und das Ziel darin besteht, diese Bedrohung rückgängig zu machen, dann wird KI die Chance haben, letzten Endes die menschlichen Beziehungen und unsere Beziehung mit der Natur zu verbessern.

Thorsten Jelinek ist Europa-Direktor des Taihe Institute, einem Public-Policy-Thinktank in Peking. Das Taihe Institute bietet wirkungsorientierte Forschung durch eine Fokussierung auf die drängendsten Themen mit Bezug zur wirtschaftlichen, zur gesellschaftlichen und zur politischen Entwicklung, zu Sicherheit, fortgeschrittenen Technologien, Nachhaltigkeit sowie Kultur und Bildung. Zuvor war er als stellvertretender Direktor beim Weltwirtschaftsforum verantwortlich für die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa. Thorsten Jelinek hat zudem weitreichende berufliche Erfahrungen durch die Arbeit mit kleinen und großen Unternehmen und er hat einen Doktor in politischer Ökonomie von der University of Cambridge und einen Master of Science in Sozialpsychologie von der London School of Economics.

Eine Plattform für Europa Ohne eine europäische Öffentlichkeit kann sich Europa nicht von seinen nationalen Filterblasen befreien. Eine Plattform Europa und ein europäischer Newsroom für paneuropäische Themen könnten der Startpunkt für ein zukünftiges Europa sein. Und sie könnten die Polarisierung der Populisten eindämmen: Diese profitieren besonders von den Algorithmen sozialer Medien, die keinem Gemeinwohl auftrag, sondern allein einem Aufmerksamkeitsauftrag der Digitalkonzerne folgen. *Von Johannes Hillje*



Wenn in diesen Jahren so eifrig über Wege aus Europas Dauerkrise gesprochen wird, dann bemühen die Redner gerne einen Satz, den sie dem französischen „Vater Europas“, Jean Monnet, zuschreiben: „Wenn ich nochmals mit dem Aufbau Europas beginnen könnte, dann würde ich mit der Kultur beginnen.“ Soll Monnet gesagt haben – hat er aber nicht. Es ist ein Fake-Zitat, das ihm nachträglich in den Mund gelegt wird. Die Jean-Monnet-Stiftung in Lausanne weiß, wie es dazu gekommen ist: Den Anstoß zu dieser Legende gab – in guter Absicht wohlgermerkt – der einstige französische Kulturminister Jack Lang. Er hatte gesagt: „Monnet hätte sagen können oder sollen, dass wenn er nochmals mit dem Aufbau Europas...“ und so weiter. Dass Monnet es hätte gesagt haben können,

ist eine recht zutreffende Metapher für den Zustand Europas. Die jüngste Geschichte der Europäischen Union ist ebenfalls eine, die in großen Teilen im Konjunktiv II geschrieben werden muss. Seit der Abstimmung über den Brexit war in der EU-Politik sehr viel hätte, können, sollen und sehr wenig machte, entschied, plante. Obwohl es zunächst den Anschein hatte, als würde Europa nach dem Super-GAU im Sommer 2016 die Flucht nach vorne ergreifen. In Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft oder Literatur keimte plötzlich eine europäische Aufbruchsstimmung auf. Emmanuel Macron entfesselte in seiner Rede an der Pariser Université de Sorbonne im September 2017 so etwas wie eine proeuropäische Emotion. Er forderte nichts weniger als die Neugründung Europas, schwärmte von europäischer Souveränität und präsentierte eine ganze Liste von konkreten Reformvorschlägen. Der „Pulse of Europe“ schlug über Monate auf den Straßen. Menschen malten sich ihre Gesichter blau an, wickelten sich in EU-Fahnen, für kurze Zeit war Europa ein bisschen cool.

Experten skizzierten Szenarien für die Vollendung der europäischen Demokratie, ganz vorne dabei die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot mit ihrem Entwurf einer europäischen Republik. Den Büchermarkt erfasste ebenfalls ein neuer proeuropäischer Zeitgeist. Titel wie „Trotz alledem! Europa muss man einfach lieben“ (Heribert Prantl)

oder „Wir sind Europa!“ (Evelyn Roll) dieser prominenten deutschen Journalisten ersetzen die zuvor allgegenwärtige europäische Abgesangsliteratur. Und auch wenn in Europa immer alles etwas länger dauert, war der Zeitpunkt noch günstig: Die Wahlen in Frankreich und Deutschland waren just passé, zwei Jahre noch bis zu den nächsten Europawahlen, endlich konnte mal in Ruhe gearbeitet werden.

Nichts da. Die deutsche Bundesregierung antwortete lange Zeit auf Macrons Vorschläge gar nicht, um sie nach mehr als einem Jahr „einhundertprozentig abzuwürgen“, wie Jürgen Habermas feststellte. Allenfalls reagierete Deutschland auf die ausgestreckte Hand Frankreichs nur mit dem kleinen Finger in Form von kleinteiligen Reformen in der Wirtschafts- und Währungspolitik. Ein großer Wurf gelang nicht. Der fehlende Mut der Einen kann im heutigen Europa nicht ohne den Übermut der Anderen verstanden werden.

Von den skandinavischen Ländern über Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien bis hin zu den Visegrád-Staaten: Populismus und Nationalismus sind fast an allen Ecken und Enden der Union auf dem Vormarsch. In Österreich, Italien, Tschechien oder Polen sind sie aus der Opposition mittlerweile in Regierungsverantwortung aufgestiegen. Die Hoffnung von der „Mäßigung an der Macht“ hat sich bei diesen Kräften größtenteils als naiv erwiesen. Zwar sind Parteien wie die FPÖ oder die Lega von „Exit“-Forderungen, aus dem Euro oder gleich der ganzen Union, abgerückt. Statt raus wollen sie heute vielmehr rein nach Europa – aber eben in ein Europa, das dem Geiste der europäischen Integration vollkommen entgegensteht. Der Konflikt zwischen ihnen und Politikern wie Macron dreht sich im Kern um den Ort von Souveränität. Es stehen sich Europa-Souverä-

„Menschen malten sich ihre Gesichter blau an, wickelten sich in EU-Fahnen, für kurze Zeit war Europa ein bisschen cool.“

nisten und Nation-Souveränisten gegenüber. Die eine Seite meint, dass die EU-Staaten in einer global verflochtenen Welt nur dann handlungsfähig und selbstbestimmt bleiben, wenn sie ihre Souveränität in europäischen Institutionen bündeln. Die andere Seite, deren Vertreter es rechts wie links gibt, pocht darauf, dass Souveränität fest an die Nation geknüpft sein muss, weil sie die einzige Quelle politischer Legitimität sein könne.

Streitigkeiten über die Verteilung von Geflüchteten, die mit Mehrheit gegen einzelne Regierungen durchgesetzt wurden, sind Ausdruck von diesem Grundkonflikt. Es geht dabei nur vordergründig um die Sachfrage selbst. Viel grundlegender ist, wer das letzte Wort hat, ob solche Entscheidungen wie derzeit vorgesehen tatsächlich nach dem Mehrheitsprinzip getroffen werden sollen und inwiefern der Europäische Gerichtshof die europäischen Rechtsprinzipien auch im Verfassungsrecht der Mitgliedsstaaten einfordern kann.

Wenn Macron die schillernde Figur im Lager der europäischen Souveränität ist, dann ist Viktor Orbán sein Pendant auf der Gegenseite. Seit 2010 baut Orbán sein Land in einen illiberalen Staat um und gerät dabei immer öfter mit den EU-Institutionen in Konflikt: Bei der Einschränkung der Wissenschaft, Unterdrückung der Zivilgesellschaft, Gleichschaltung der Medien oder Abschaffung der Gewaltenteilung. Orbán bezeichnet die Kritik aus Brüssel als Beleidigung des ungarischen Volkes, das doch nur sein Selbstbestimmungsrecht ausüben würde.

Und wenn die Selbstbestimmung des Volkes im Widerspruch zu den Prinzipien der Union steht, dann müsse die Nation das letzte Wort haben. Unabhängig von Sachfragen, denn bei der Flüchtlingsverteilung sind sich ein Viktor Orbán und ein Matteo Salvini ganz und gar nicht einig, ist diese Souveränitätslogik zum europäischen Zeitgeist eines erstarkten populistischen Nationalismus geworden. Selbstherrlich, aber nicht aus der Luft gegriffen, sagt Orbán: „Früher haben wir geglaubt, dass Europa unsere Zukunft ist. Heute spüren wir, dass wir die Zukunft Europas sind.“

Europa hätte die Trendwende hinlegen können, als es nach dem Brexit kurzzeitig zu dem beschriebenen europäischen Erwachen kam. Demoskopien maßen quer durch die Union Rekordwerte bei der Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes. Ein „window of opportunity“, das offen stand für Reformen, ja für eine sinnvolle Vertiefung der EU in ausgewählten Bereichen. Warum haben es die proeuropäischen Kräfte nicht genutzt, während EU-skeptische Kräfte ihre Agenda längst umsetzen? Es hat einerseits natürlich mit politischem Willen zu tun, allen voran dem der Bundesregierung. Auf der anderen Seite – und das ist ein zentrales Argument dieses Buches – haben Populisten und Nationalisten einen strukturellen Vorteil im politischen Wettbewerb der EU: Es ist die Dysfunktionalität der europäischen Öffentlichkeit. Heutzutage sind Öffentlichkeiten in Europa in erster Linie national und digital organisiert. Das mag zunächst wie ein Gegensatz klingen, zeichnet sich die Digitalisierung doch durch die Entgrenzung von Kommunikation aus. Technologisch und strukturell trifft das zu, diskursiv nicht. Gemessen an den Themen, Akteuren und Perspektiven sind öffentliche Debatten über europäische Politik einseitig national geprägt, egal ob sie auf analogen oder digitalen Kanälen stattfinden. Die

heutige Struktur der Öffentlichkeit spielt populistischen Nationalisten zweifach in die Hände: Zum einen brauchen sie ihre nationalistischen Positionen nicht gegenüber einem europäischen Gemeinwohl zu rechtfertigen, weil es dieses als Bewertungsmaßstab im Diskurs praktisch nicht gibt. Andererseits profitieren sie von den Algorithmen sozialer Medien, die keinem Gemeinwohlauftrag, sondern allein einem Aufmerksamkeitsauftrag der Digitalkonzerne folgen. Troll-Armeen, Fake News und Hass können in ihnen frei flutieren und Meinungsbildungsprozesse manipulieren. Dabei operiert die „digitale Rechte“ transnational, koordiniert globale Attacken etwa auf nationale Wahlen. Im schlechtesten Fall steht am Ende ein desinformierter Wählerwille wie beim Brexit-Votum, als einzelne Wählergruppen mit lügnerischen „Dark Ads“ auf Facebook bombardiert wurden. In jedem Fall sind die Öffentlichkeiten in Europa zu Resonanzräumen für Populismus und Nationalismus geworden, für die Legitimierung europäischer Politik bieten sie hingegen äußerst schlechte Umweltbedingungen.

Fenster der Gelegenheit

Helmut Kohl erklärte 1995, dass die europäische Integration „irreversibel“ sei. „Irreversibel heißt für mich“, präzisierte Kohl, „dass man später wohl über das Tempo der Integration in einzelnen Politikbereichen diskutieren kann, dass sich aber die Richtung nicht mehr verändern lässt.“ Das Votum für den Brexit ist nur der offenkundigste Beleg, dass Kohl sich geirrt hat. Im Jahr 2019 ist Desintegration in der EU ein politischer Fakt und erklärtes Ziel nicht weniger Regierungen. Und weitere Länder sagen: „Bis hierhin, aber nicht weiter.“ Dabei sind es keineswegs nur konservative oder rechtsgerichtete Kräfte, die dem





Voranschreiten der europäischen Integration offen entgegnetreten. Zweifel gibt es genauso auf linker Seite: Der französische Linkenführer Jean-Luc Mélenchon und Sahra Wagenknecht aus Deutschland sind führende Köpfe einer nationalorientierten Linken in Europa. Ihre Analyse lautet: Die EU tickt neoliberal, im Kampf zwischen Kapital und Arbeit steht sie systematisch auf der falschen Seite. Umverteilung, starker Arbeitnehmerschutz oder höhere Unternehmenssteuern seien mit ihr nicht umsetzbar.

Auch im Lager der Sozialdemokratie wird die Enttäuschung über Europa zunehmend größer. Dort besteht der Eindruck, dass man die sozialdemokratischen Trophäen des 20. Jahrhunderts nur dort verteidigen könne, wo man sie errungen hat, also im Nationalstaat. Statt mit Souveränität argumentieren solche Stimmen mit Solidarität: Die Nation sei die einzige Gemeinschaft, in der man bisher zuverlässig Solidarität im Sinne materieller Umverteilung habe organisieren können. Kurzum: Mit Europa sei kein Sozialstaat zu machen. Und es stimmt ja, die europäische Integration ist bisher eine liberale Erfolgsgeschichte, keine linke oder sozialdemokratische. In der EU sind ökonomische Freiheiten deutlich weiter entwickelt als soziale Sicherheiten. Aber der Rückgriff auf einstige „goldene Zeiten“ stößt bei der Formulierung von Politik für die Zukunft eben auch an seine Grenzen. So bleibt ein Widerspruch in den Apologien des Nationalstaats stets aufgelöst: Wie will man ein kapitalistisches System, das unabhängig von nationalen Grenzen operiert, in genau diesen einhegen? Muss demokratische Kontrolle nicht vielmehr auf der Ebene organisiert werden, wo die zu kontrollierenden Akteure handeln? Man muss die real existierende Europäische Union nicht mögen, aber man kann sie als Handlungsrahmen nicht ablehnen, wenn demokratische Souveräni-

tät und soziale Rechte in der Globalisierung verteidigt werden sollen. Man muss sie mit politischen Mehrheiten verändern.

Klar ist: EU-Kritik und Europafreundlichkeit sind keine Gegensätze. Im Gegenteil, wer die EU verteidigen will, muss sie kritisieren. Gerade jetzt in der Krise müsste Europa eigentlich heftig streiten. Aber bitte über das „Wie“ gemeinsamer europäischer Politik, nicht über das „Ob“. Der vor den Nazis geflüchtete Wirtschaftswissenschaftler Albert O. Hirschmann hat in seinem Grundlagenwerk „Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten“ (1974) drei Handlungsoptionen für Bürgerinnen und Bürger skizziert, deren Institutionen sich in einer existenziellen Krise befinden: Sie können kollektiv ihre Stimme erheben (Widerspruch), die Institution verlassen (Abwanderung) oder den Frust in sich hineinfressen und treu bleiben (Loyalität).

Den meisten Menschen in der EU bleibt heute nur die letzte Option, auch weil in vielen Ländern die zweite Option verfassungsbedingt gar nicht über ein Referendum erreichbar wäre. Sie müssten Regierungen wählen, die den Ausstieg irgendwie für sie durchsetzen. Viel sinnvoller wäre es jedoch, endlich die erste Option zu ermöglichen: den Widerspruch der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn wir die EU verändern wollen, sie etwa demokratischer, sozialer, nachhaltiger gestalten möchten, dann brauchen wir einen angemessenen Kommunikationsraum, in dem wir über den Weg dorthin diskutieren können. Meine Prognose lautet: Von hier an ist kein substanzieller europäischer Integrationsschritt mehr ohne eine europäische Öffentlichkeit möglich. Es muss eine europäische Öffentlichkeit geben oder es wird irgendwann die Europäische Union nicht mehr geben. Jeder noch so logische nächste

Schritt, wie etwa die Einrichtung eines Euro-Finanzministers, wird heute von einem aus Ängsten, Vorurteilen und Selbstbezug zusammengesetzten nationalen Filter aussortiert. Die große Mehrheit der Menschen in Europa fühlt sich als EU-Bürgerinnen und Bürger. An europäischer Identität mangelt es heute bei den Menschen nicht mehr unbedingt, aber keine Struktur bringt sie zusammen, um sich über ihre gemeinsamen bürgerschaftlichen Belange zu verständigen. Auf der anderen Seite treffen EU-Politikerinnen und -Politiker weitreichende Entscheidungen, für deren Legitimierung ihnen der öffentliche Raum fehlt. Mehr noch: Weil heute die legitimierte Entscheidungen europäischer Institutionen nahezu folgenlos von nationalen Regierungen ignoriert werden können, ist jeder weitere Integrationschritt zum Scheitern verurteilt, wenn er nicht mit der Schaffung einer Öffentlichkeit als essentiellen Reproduktionsmechanismus genau dieser demokratischen Legitimität einhergeht.

Die europäischen Krisendiskurse der letzten Jahre entpuppen sich als ein Teufelskreis aus Krise, News und Nationalismus: Europäische Politik ist vor allem dann für die Medien attraktiv, wenn sie als Krise erzählt werden kann. Hinter den Krisen stehen Konflikte zwischen den Mitgliedsländern, die medial nicht nur konfrontativ zugespitzt werden, sondern auch anhand von Auf- und Abwer-

tungen die Abgrenzungen zwischen den Nationen befördern. Diese Diskurse stärken das Nationalbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, die Unterstützung für gemeinsame Lösungen gerät dagegen ebenfalls in die Krise.

Was sind die Ursachen für diesen toxischen Europadiskurs? Es fehlt an einer europäischen Öffentlichkeit, die bis heute weder über die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten, noch eines europäischen Supermediums, noch mit Hilfe digitaler Kanäle geschaffen werden konnte. Die Mitgliedstaaten reden zwar über die EU und übereinander, aber nicht miteinander. Europa verhandelt europäische Themen in nationalen Filterblasen statt in einem europäischen Kommunikationsraum. Soll heißen: Die Bürgerinnen und Bürger bekommen Informationen über europäische Politik durch einen nationalen Filter serviert. Dieser Filter ist kein Algorithmus, sondern eine mediale Diskursordnung, die von einer einseitig nationalen Sicht auf europäische Belange geprägt ist. Sie legt den Fokus auf den nationalen Saldo statt auf die europäische Solidarität, sie konstruiert das europäische Kollektiv auf der Basis nationaler Narrative. Mit anderen Worten: In den Öffentlichkeiten gibt es ein Verständnis von und die Präferenz für ein „französisches Europa“, ein „deutsches Europa“ oder ein „ungarisches Europa“, aber eben nicht für ein europäisches Europa, das sich aus einem europäischen Frankreich, Deutschland und Ungarn zusammensetzt. Für einen Austausch sind die Wände der nationalen Blasen zu robust. Folglich fehlt es an einem Gefühl von Zusammengehörigkeit in Europa, weil das nicht allein durch die Summe nationaler Zugehörigkeitsgefühle zur EU entstehen kann. Dabei kommen einem einerseits die weithin unerschöpften digitalen Potenziale für eine europäische Öffentlichkeit in den Sinn.

„In jedem Fall sind die Öffentlichkeiten in Europa zu Resonanzräumen für Populismus und Nationalismus geworden, für die Legitimierung europäischer Politik bieten sie hingegen äußerst schlechte Umweltbedingungen.“

Andererseits die von privatwirtschaftlichen Interessen übertrumpften demokratischen Möglichkeiten der Digitalisierung. Soziale Netzwerke sind Resonanzräume für Populisten geworden, ihre Algorithmen unterscheiden nicht zwischen Fakten und Fakes, sie folgen einem Geschäftsmodell statt einer demokratischen Grundordnung.

Es sind Plattformen wie Facebook, Google oder YouTube, die den digitalen öffentlichen Raum privatisiert und oligopolisiert haben. An ihnen geht kaum ein Datenstrom im digitalen Ökosystem mehr vorbei. Unter ihrer Kontrolle ist die Relevanz, Sichtbarkeit, Verbreitung und Darstellungsform öffentlicher Belange. Sie haben die Hoheit über persönliche Daten, ja ihnen gehört die Infrastruktur, auf der sich demokratische Öffentlichkeit im Netz konstituiert. Man könnte sagen: Mit der Digitalisierung ist die Öffentlichkeit der Öffentlichkeit abhandengekommen. Davon ausgehend formuliere ich den Vorschlag für eine Plattform Europa in öffentlicher Hand. Diese Plattform verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: Erstens eine Demokratisierung des digitalen Raums in Europa, somit die Schaffung einer digitalen Öffentlichkeit nach europäischen Werten, die dem Gemeinwohl und der europäischen Demokratie dient. Eine solche Plattform in die öffentliche Hand zu geben, kann durchaus als ein Schritt zur Institutionalisierung des Internets verstanden werden – nachdem man feststellen muss, dass das uninstitutionalisierte Internet nach demokratischen Maßstäben gescheitert ist, wenn nicht gar zu einer Gefahr für die Demokratie geworden ist. Zweitens sollen die dezentralen, nationenunabhängigen Strukturen des Netzes endlich für die europäische Integration nutzbar gemacht werden.

In seinem vielbeachteten Buch „The People vs Tech“ argumentiert der britische Journalist Jamie Bartlett, dass die Demokra-

tie und das Internet in ihren Wesen unver- einbar miteinander seien. Ich argumentiere: Die Demokratie ist sehr wohl für die digitale Welt gemacht, aber die digitale Welt bisher nicht für die Demokratie. Weil die Digitalisierung bis heute von der Wirtschaft, nicht von der Demokratie gesteuert wird. Europa könnte das ändern. Muss es ändern. Denn im Grunde ist das Internet wie für die europäische Demokratie gemacht. Es kann geographische, sprachliche und kulturelle Grenzen besser überwinden als jedes andere Medium. Auf der Plattform Europa geht es deshalb darum, die Infrastruktur für einen europäischen Kommunikationsraum zu schaffen, der die zentralen Bedürfnisse einer europäischen Demokratie erfüllen kann. Auch wenn die konkreten Funktionen und Inhalte der Plattform Europa (im Gegensatz zur EU) unbedingt bottom-up statt top-down entwickelt werden sollten, möchte ich als „Basisausstattung“ vier Bereiche vorschlagen: Ein europäischer Newsroom für einen paneuropäischen Diskurs über europäische Themen; Unterhaltungs- und Kulturangebote zur Repräsentation eines European Way of Life; Instrumente der politischen Partizipation zum Abbau des Beteiligungsdefizit in der EU sowie Apps, die alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Mobilität von der europäischen Integration profitieren lassen. Sprachbarrieren lassen sich heute mit Hilfe Künstlicher Intelligenz überwinden – sogar in Echtzeit.

Postnationaler Kommunikationsraum

Ja, in Anbetracht der technologischen Entwicklungen kann man damit rechnen, dass die nächste digitale Entwicklungsstufe das „übersetzte Internet“ sein wird. Das ist ein Meilenstein für die europäische Öffentlichkeit.

„Die Bürger bekommen Informationen über europäische Politik durch einen nationalen Filter serviert. Dieser Filter ist kein Algorithmus, sondern eine mediale Diskursordnung, die von einer einseitig nationalen Sicht auf europäische Belange geprägt ist.“

Der Datenschutz wird sich auf der Plattform an den Interessen der Nutzer, nicht irgendeines Unternehmens orientieren. Die Algorithmen würden persönliche Vorlieben mit gesellschaftlicher Relevanz verbinden, aber nicht jene belohnen, die Hass oder Hetze verbreiten. Die Inhalte liefern Kooperationspartner wie Medienhäuser, Theater, Universitäten oder Museen, die heute ihrerseits nach attraktiveren Verbreitungswegen als YouTube und Co suchen. Und die Inhalte werden, dort wo europäische „Versorgungslücken“ existieren, selbst produziert oder in Auftrag gegeben (zum Beispiel europäische Serien). In diesem postnationalen Kommunikationsraum kann Europa seine demokratischen Werte gegenüber illiberalen Regierungen verteidigen, die in rasendem Tempo nationale Medien und Kulturinstitute zu Propagandaorganen umbauen. Laut Reporter ohne Grenzen hat sich 2017 der Zustand der Pressefreiheit in keiner Region der Welt so sehr verschlechtert wie in Europa. Mit der Plattform Europa würde die europäische Demokratie einen Wachhund bekommen, der gleichermaßen EU-Institutionen wie auch nationale Regierungen im Blick hat. Nicht zuletzt wäre die Plattform ein mächtiger europäischer Player in der heutigen Plattformgesellschaft, der, anders als seine zumeist amerikanischen Konkurrenten, zuallererst einem Gesellschaftsauftrag

statt einem Geschäftsmodell unterliegt. Populismus, Desinformation oder „Hate Speech“ fungieren dann nicht mehr als Quellen für Wertschöpfung, sondern sind zu sanktionierende Verstöße gegen den rechtlichen und normativen Rahmen, in dem die Europäische Union angelegt wurde.

Mir ist vollkommen klar, dass sich Europas Probleme nicht allein durch „Reden“ lösen, es braucht entschiedenes politisches Handeln. Auch institutionelle Veränderungen sind nötig, damit in der europäischen Politik eine Konfliktkultur entsteht, die für die Medien berichtenswert wäre. So bräuhete es im Europäischen Parlament den Streit zwischen „Regierungsmehrheit“ und „Opposition“, im europäischen Rat müssten sich viel mehr politische als nationale Lager gegenüberstehen. Doch die Dinge hängen zusammen.

Das politische Europa funktioniert nicht ohne ein ebenbürtiges öffentliches Europa. Im Herbst 2013 habe ich dazu eine Erfahrung gemacht: Damals arbeitete ich als Wahlkampfmanager der Europäischen Grünen Partei zu den Europawahlen 2014. Im Europäischen Parlament vertrat ich meine Spitzenkandidatin bei den Verhandlungen zwischen Parlament, Parteien und Medien über die Organisation der ersten europäischen TV-Debatte. Die europäischen Parteien hatten erstmals Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission nominiert. Es war ein demokratischer Fortschritt, dass zwischen dem Ausgang der Europawahl und der Besetzung des wichtigsten Postens in der EU nun ein engerer Zusammenhang geschaffen wurde. Von diesem Plus an Einfluss der Wählerinnen und Wähler sowie der Personalisierung versprachen wir uns in Brüssel eine höhere Attraktivität der Europawahlen und folglich eine stärkere Wahlbeteiligung. Doch es gelang uns nicht, die nationalen TV-Sender davon zu überzeugen, dieses Novum

der EU-Geschichte in das Hauptprogramm zu ziehen. Stattdessen strahlten Spartenkanäle wie Phoenix, BBC Parliamentary Channel oder France24 die Debatte aus. Das ernüchternde Ergebnis: Am Wahltag kannte kaum jemand die EU-Spitzenkandidaten, in Tschechien und Großbritannien waren es gerade einmal fünf Prozent der Wahlberechtigten. Noch schlimmer: Die Wenigsten wussten von dem gestiegenen Einfluss ihrer Wählerstimme auf die Besetzung des Chefpostens der EU-Kommission.

Dagegen konnte aber immerhin bei den wenigen Wählerinnen und Wählern, die davon wussten, ein „Mobilisierungseffekt“ nachgewiesen werden. Die Spitzenkandidaten waren ein Grund für sie, wählen zu gehen, wie eine Nachwahlbefragung ergab. Es war also mal wieder eine Sache von hätte, können, sollen. Die Zeit der verpassten Chancen, der nicht genutzten Gelegenheitsfenster muss nun vorbei sein – bevor es mit der EU vorbei ist. Die Binsen, dass in jeder Krise auch eine Chance liegt, kann man für das Europa der letzten Jahre streichen. Vielleicht hat Europa nur noch diese eine Chance: Dem Austausch, dem konstruktiven Streit, der Empathie, dem Gemeinsamen, den Vorteilen, aber auch der Kritik an der europäischen Einigung einen angemessenen Resonanzraum zu geben. Diese Chance ist die Plattform Europa.

Klar ist: Europas Bürgerinnen und Bürger sind heute auf zwei Feldern nicht souverän: dem politischen und dem digitalen. In einer Demokratie sind sie die Träger von Souveränität. Selbstbestimmte Entscheidungen sind aber an Voraussetzungen geknüpft. Nur wer ausreichend informiert ist, die relevanten Perspektiven auf ein Thema kennt, über politische Verantwortlichkeiten Bescheid weiß, Ross und Reiter zuordnen kann, ist in der Lage – etwa an der Wahlurne – selbstständig und unabhängig zu entscheiden. Diese

Voraussetzungen sind für die Willensbildung in der europäischen Politik nicht erfüllt. Das liegt weniger am Desinteresse der Menschen, sondern zuerst an der Abwesenheit eines europäischen Diskurses. In den nationalen Diskursen wird die europäische Ebene sprachlich vom „Wir“ entkoppelt. Europa ist nicht ein zur Heimat gewordener Teil von „uns“. Damit bleibt in den Debatten das nationale Interesse der zentrale, ja meist sogar einzige Bewertungsmaßstab für europäische Politik. Die europäische Pluralität der Stimmen und das europäische Gemeinwohl als Deutungsrahmen werden von den nationalen Filterblasen ausgeschlossen. Daraus folgt für die europäische Demokratie zum einen, dass es der Zivilgesellschaft an einer adäquaten öffentlichen Einflussosphäre auf die Politik der EU fehlt. Zum anderen fehlt den EU-Institutionen die Möglichkeit, Entscheidungen in einem öffentlichen Rahmen wieder an die Bevölkerung zu koppeln.

Stattdessen werden legitime Entscheidungen der EU-Institutionen in nationalen Öffentlichkeiten ignoriert oder delegitimiert. Die nationalen Filterblasen bilden den ersten strukturellen Vorteil, den nationalistische Populisten in den Öffentlichkeiten Europas gegenwärtig haben. Der zweite Vorteil für diese Kräfte hängt mit dem zweiten europä-

„Vielleicht hat Europa nur noch diese eine Chance: Dem Austausch, dem konstruktiven Streit, der Empathie, dem Gemeinsamen, den Vorteilen, aber auch der Kritik an der europäischen Einigung einen angemessenen Resonanzraum zu geben. Diese Chance ist die Plattform Europa.“

ischen Souveränitätsdefizit zusammen: Europa ist im Internet nicht souverän. Der digitale Raum wird von privaten amerikanischen Plattformen dominiert, deren Existenz auf der Sammlung und Monetarisierung persönlicher Daten basiert und deren Inhalte den nicht immer demokratiekompatiblen Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie unterworfen sind. Provokation führt zu Publizität. Nutzerinnen und Nutzer, die nicht mit persönlichen Daten bezahlen wollen, werden von zentralen Angeboten der Plattformökonomie ausgeschlossen. Anbieter, die sich nicht über Daten, sondern Gebühren finanzieren, die Sachlichkeit über Sensation stellen, haben es schwerer, sich durchzusetzen.

Unter diesen Bedingungen des digitalen Raums können weder Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt über ihre Daten verfügen, noch kann die europäische Demokratie einen demokratischen Diskurs organisieren. Nationalistische Populisten wissen die Herrschaft der Aufmerksamkeitsalgorithmen perfekt für sich zu nutzen: Ihre Botschaften erzeugen gerade wegen des Bruchs demokratischer Konventionen enorme Reichweiten, weil sie emotionale (sowohl positive als auch negative) Reaktionen provozieren und damit das zentrale Relevanzkriterium der Plattformalgorithmen erfüllen. Mit privaten Nutzerdaten personalisieren sie ihren als „kognitive Kriegsführung“ angelegten Wahlkampf, selbst wenn diese Daten auf illegalen Wegen von Unternehmen wie Cambridge Analytica beschafft wurden.

Die Ordnungskriterien des digitalen Raums, welche die ökonomisierte Aufmerksamkeit von der demokratischen Diskurskultur lösen, sind der zweite strukturelle Vorteil, den propagandistische Populisten und Nationalisten in der Öffentlichkeit heutzutage haben. Die Plattform Europa ist ein nach demokratischen und europäischen Maßstä-

ben organisierter und öffentlich finanzierter Kommunikationsraum. Sie kann ermöglichen, was eine lebendige europäische Demokratie überhaupt erst möglich macht: einen übernationalen Diskurs unter Europäerinnen und Europäern über gemeinsame Angelegenheiten. Sie ermöglicht Europas Bürgerinnen und Bürgern, sowohl politische als auch digitale Souveränität zu erlangen. In einer europäischen Öffentlichkeit können EU-Institutionen zur Rechenschaft gezogen werden und Stimmen aus der Zivilgesellschaft zur Geltung kommen. Ebenso würden Bürgerinnen und Bürger nicht mehr von nationaler Propaganda eingelullt, denn die nationalen Regierungen könnten nicht mehr ohne weiteres ihre politische Verantwortung für unbequeme Entscheidungen auf europäische Institutionen abwälzen.

Ein europäisches „Wir“

Die Menschen in den Mitgliedsstaaten könnten stereotype Fremd- und übersteigerte Selbstbilder revidieren und einen europäischen Pluralismus zur Grundlage ihrer Meinungsbildung machen. Sie würden sich als Teil eines europäischen „Wir“ durch die Präsentation eines gemeinsamen European Way of Life fühlen und eine vom nationalen Nutzen emanzipierte europäische Identität entwickeln. Nur mit einer solchen Arena, in der die Europäerinnen und Europäer ihre EU-Bürgerschaft tatsächlich demokratisch ausleben können, können sie auch souverän sein. Mit der Durchsetzung europäischer Werte in sämtlichen Bereichen dieser digitalen Infrastruktur kann die Plattform Europa den Menschen zu mehr digitaler Souveränität verhelfen. Es geht um nicht weniger als darum, einen europäischen Standard für die Organisation der digitalen Öffentlichkeit zu setzen.

Dieser müsste auf Seiten der Plattform unter anderem Transparenz über die Algorithmen, Kennzeichnung von Bots, datenschonende statt datensüchtige Funktionsweise, Haftbarkeit für Inhalte und Äußerungen, Werbeunabhängigkeit von Inhalten sowie höchsten Datenschutz und Privatsphäre beinhalten.

Die Nutzerinnen und Nutzer würde ihrerseits Selbstbestimmung über ihre Daten erlangen. Das kann heißen, dass die Plattform überhaupt keine Daten einer einzelnen Person erhält. Das kann aber auch heißen, dass jemand die Auswahl und Darstellung von Inhalten der Plattform für sich personalisieren lässt. Wichtig ist, dass diese Entscheidung in der Hand der Nutzerin und des Nutzers liegt, nicht im Geschäftsmodell des Plattformanbieters. Bei der Setzung eines europäischen Standards für den digitalen Raum hat Europa bereits viel Zeit verloren. Europa muss das Feld heute von hinten aufräumen. Vereinfacht kann man sagen, dass es ein amerikanisches und ein chinesisches Internet gibt – mit Einschränkungen auch ein russisches – aber eben kein europäisches. Das amerikanische und chinesische Internet zeichnen sich durch jeweils eigene Ökosysteme von Plattformen aus. Die chinesischen Pendant zu Facebook/WhatsApp, Amazon und Google heißen WeChat/Qzone, Alibaba und Baidu. Nun ist WeChat aber nicht einfach nur die chinesische Variante von Facebook, hinter dem amerikanischen und chinesischen Internet stehen jeweils zwei gänzlich unterschiedliche Wertesysteme: Hier stehen sich Datenkapitalismus und Datenautoritarismus gegenüber. Im amerikanischen Modell dienen die Daten in erster Linie der Steigerung von Unternehmensgewinnen, im chinesischen dem Ausbau des Überwachungsstaates. Zwar wird Facebook in manchen Ländern zur Überwachung eingesetzt, und chinesische Netzwerke werden auch von profitorientierten Konzernen

„Hier stehen sich Datenkapitalismus und Datenautoritarismus gegenüber. Im amerikanischen Modell dienen die Daten in erster Linie der Steigerung von Unternehmensgewinnen, im chinesischen dem Ausbau des Überwachungsstaates.“

betrieben. Aber die chinesischen Plattformen können nicht außerhalb der Überwachungs-maschinerie des Staates operieren. So steht in den Nutzungsbedingungen von WeChat, dass der Betreiber Tencent die Daten seiner Nutzerschaft schon im Falle einer einfachen „Anfrage einer Regierungsbehörde“ an den Staat weitergibt. Im Datenschutz-Test von Amnesty International erhält WeChat null von 100 Punkten.

Und Tencent expandiert: Seit November 2017 kann man in Geschäften am Flughafen München mit dem WeChat-Bezahlsystem seine Einkäufe begleichen. Wenn also Europäerinnen und Europäer mit dieser App bezahlen, könnte eine Kopie ihrer Einkaufsliste direkt an den chinesischen Staat wandern. Das bedeutet, dass die Expansion des chinesischen Internets auch eine Expansion der chinesischen Überwachungsnetze ist. Der globale Kampf von Wertesystemen ist auch ein Kampf um Kommunikationsräume. Schon seit Jahrzehnten konkurrieren internationale TV-Sender wie CNN, RT, CCTV oder Al Jazeera mit bestimmten Narrativen in einem globalen Wettbewerb um Deutungshoheit. Insbesondere bei den staatlich geförderten Kanälen liegt dabei die Erkenntnis zugrunde, dass Kommunikation nicht allein die Vermittlung von Politik ist, sondern Kommunikation selbst Politik ist. Das lässt sich

unter anderem anhand der Verbreitung von Desinformation nachvollziehen: Die fiktive Vergewaltigung der 13-jährigen Lisa durch Flüchtlinge in Deutschland wurde in russischen Staatsmedien als Fakt berichtet und löste Demonstrationen in der Bundesrepublik aus. Wenn Desinformation ein Mittel der Politik ist, dann sollte es Information umso mehr sein. Soll heißen: Europa muss sich im globalen Informationswettbewerb deutlich stärker aufstellen. Wenn das europäische Demokratiemodell überlebensfähig sein will, braucht es öffentliche Räume, die nach außen wie nach innen gegen antidemokratische Destabilisierungsversuche widerstandsfähig sind und einen Diskurs nach demokratischen Maßstäben sicherstellen. Europa muss sich diese Öffentlichkeiten schaffen.

Eine europäische Öffentlichkeit kann freilich nicht alle Defizite der europäischen Demokratie alleine lösen. Zwar bleibt mein Argument: Wenn es keine europäische Öffentlichkeit gibt, wird es eine erwachsene europäische Demokratie niemals geben. Dennoch müssen sich auch die politischen Entscheidungsprozesse in der EU derart verändern, dass sie zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen taugen. Dazu muss es eine stärkere Konfliktkultur geben, sowohl im Europäischen Rat als auch im Europäischen Parlament. Es muss auch endlich transparent werden, wie sich eine einzelne Regierung im Rat positioniert. Bisher bleibt das unprotokolliert, und somit kann man die Regierungen nur schwer zur Rechenschaft ziehen. Zudem weigert sich der Rat bei unbequemen Entscheidungen allzu gerne, überhaupt eine Entscheidung zu treffen, wonach rechtlich dann der EU-Kommission die Entscheidungslast zufällt. Über das Zuschieben des Schwarzen Peters hat sich Jean-Claude Juncker während seiner Amtszeit als EU-Kommissionspräsident zu Recht wiederholt

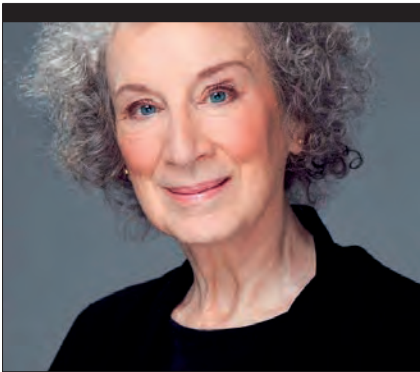
beschwert. Auch muss es wirksame Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger geben, um ihr Interesse an EU-Politik zu stärken. Diese Mängel lassen sich nicht durch die Schaffung eines Kommunikationsraumes heben, sondern müssen institutionell, notfalls durch Vertragsänderungen, bearbeitet werden. Europa hat hierfür noch einen weiten Weg zu gehen. Europa kann diesen Weg aber überhaupt nur gehen, wenn ihn die Menschen dieses Kontinents und dieser EU-Gemeinschaft zusammen bestreiten. Der Startpunkt heißt Plattform Europa.

Johannes Hillje (Jahrgang 1985) ist ein deutscher Politikberater und Autor. Er ist „Policy Fellow“ bei „Das Progressive Zentrum“, einem Berliner Thinktank. 2017 veröffentlichte Hillje das Buch „Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten Politik machen“. 2019 folgte sein zweites Buch „Plattform Europa – Warum wir schlecht über die EU reden und wie wir den Nationalismus mit einem neuen digitalen Netzwerk überwinden können“, auf den dieser Text zurückgeht. Beide Bücher erschienen im Bonner Dietz Verlag. 2018 veröffentlichte Hillje die Studie „Rückkehr zu den Politisch Verlassenen“ zusammen mit dem Progressiven Zentrum.





Den Stimmlosen eine Stimme Seitdem der Mensch erkennbar menschliche Züge trägt, hat er Kunst geschaffen – Musik, Bilder, Theater und Sprachkunst mitsamt dem Erzählen von Geschichten. Und natürlich soll der Autor vor den Mächtigen die Wahrheit aussprechen, die Geschichten erzählen, die verdrängt worden sind, den Stimmlosen eine Stimme geben. Gerade heute, meint die Schriftstellerin Margaret Atwood. Wie auch in vergangenen Zeiten. *Von Margaret Atwood*



Jeder Schriftsteller schreibt an den Leser, der die Flaschenpost mit der Botschaft findet, die man als Autor ins Meer der Wörter und Geschichten geworfen hat, und der sie öffnen, die Botschaft lesen und glauben wird, dass sie tatsächlich etwas bedeutet. Für eine Schriftstellerin aus einem Land wie Kanada, das vor Kurzem noch Kolonialland war – ein Land, wo das Schreiben und die Künste im Allgemeinen bis in die letzten Jahrzehnte hinein nicht ernst genommen wurden –, ist es nicht selbstverständlich, dass Literatur Bedeutung hat. Kanadier scheuen sich grundsätzlich, sich irgendetwas als persönlichen Verdienst anzurechnen. Wenn es heißt, wir hätten etwas gewonnen, werfen wir erst einmal einen Blick hinter uns, um zu sehen, wer tatsächlich gemeint war, da wir es unmöglich selbst sein können. Ebenso wenig

kann ich den Titel Aktivistin für mich in Anspruch nehmen, als die ich ja oft bezeichnet werde. Ich bin keine echte Aktivistin – eine echte Aktivistin würde ihr Schreiben als Vehikel für ihren Aktivismus sehen – für ihre wichtige Sache, welche auch immer –, und das war bei mir nie der Fall. Es stimmt zwar, dass man keine Romane schreiben kann, ohne die Welt zu betrachten, und dass man sich beim Betrachten der Welt natürlich fragt, was los ist und das dann zu beschreiben versucht; ich glaube, Schreiben ist zu einem Großteil der Versuch zu ergründen, warum Menschen tun, was sie tun. Menschliches Verhalten, tugendhaftes wie teuflisches, versetzt mich immer wieder in Erstaunen. Wer jedoch über menschliche Verhaltensweisen schreibt, erweckt vielleicht den Anschein von Aktivismus, da Sprache eine inhärente moralische Dimension hat, und Geschichten genauso.

Der Leser wird moralische Urteile fällen, selbst wenn der Schriftsteller behauptet, nur Zeugnis abzulegen. Was nach Aktivismus meinerseits aussieht, ist meist eine Art tollpatschiges Staunen. Warum hat denn der Kaiser nichts an, und warum wird es so oft als unhöflich empfunden, wenn man einfach damit herausplatzt?

Was ist das für ein seltsamer historischer Augenblick, den wir gerade durchleben? Es ist eine Zeit, wo der Boden – der vor Kurzem noch ziemlich stabil wirkte, wo Saatzeit auf Erntezeit folgte und ein Geburtstag auf den

nächsten und so weiter – wo dieser Boden unter unseren Füßen wankt, ein mächtiger Wind bläst und wir nicht mehr genau wissen, wo wir sind. Wir wissen auch nicht mehr genau, wer wir sind. Wem gehört das Gesicht da im Spiegel? Warum wachsen uns Fangzähne? Erst gestern noch waren wir von so viel gutem Willen und Hoffnung beseelt. Und jetzt?

Viel Heulen und Zähneklappern

Die Vereinigten Staaten erleben gerade einen solchen Augenblick. Nach der Wahl 2016 sagten junge Menschen dort zu mir: „Das hier ist das Allerschlimmste, was je passiert ist“, worauf ich sowohl erwiderte: „Nein, nein, es ist schon Schlimmeres passiert“, als auch: „Nein, das stimmt nicht; noch nicht.“ Großbritannien macht ebenfalls gerade schwierige Zeiten durch, mit viel Heulen und Zähneklappern. Und dasselbe gilt, wenn auch auf weniger drastische Weise, aber doch – in Anbetracht der jüngsten Wahlergebnisse – auch für Deutschland.

Diese Gruft hielt man bislang für verschlossen, doch irgendjemand besaß den Schlüssel und hat die verbotene Kammer geöffnet – was für ein Ungeheuer wird daraus geboren? Verzeihen Sie mir dieses schauerliche Szenario, doch an vielen Fronten besteht Anlass zur Sorge. Jedes Land hat, wie jeder Mensch, ein nobles Ich – das Ich, für das es sich gern halten würde

„Diese Gruft hielt man bislang für verschlossen, doch irgendjemand besaß den Schlüssel und hat die verbotene Kammer geöffnet – was für ein Ungeheuer wird daraus geboren?“

–, und es hat ein Alltags-Ich – das einigermaßen manierliche Ich, mit dem es durch die alltäglichen Wochen und Monate kommt, wenn alles läuft wie erwartet –, und dann hat es ein verborgenes, viel weniger tugendhaftes Ich, das in Augenblicken der Bedrohung und Wut hervorbrechen und unsägliche Dinge tun kann.

Was aber verursacht solche Zeiten von Bedrohung und Wut – oder was verursacht sie heute? Dazu werden Sie schon viele Theorien gehört haben, und es werden bestimmt nicht die letzten sein. Es ist der Klimawandel, sagen die einen: Flutkatastrophen, Dürren, Waldbrände und Wirbelstürme wirken sich auf die Wuchsbedingungen aus, und dann gibt es Nahrungsmittelknappheiten, und dann gibt es soziale Unruhen, und dann gibt es Kriege, und dann gibt es Flüchtlinge, und dann gibt es die Angst vor Flüchtlingen, denn wird es genug für alle geben? Es ist das wirtschaftliche Ungleichgewicht, werden andere sagen: Zu wenige Reiche kontrollieren zu viel vom Vermögen der Welt, und sie sitzen darauf wie Drachen und verursachen finanzielle Ungleichheit und Feindseligkeiten, und so entstehen soziale Unruhen und Kriege oder Revolutionen und so weiter.

Nein, sagen wieder andere: Es ist die moderne Welt: Es sind Automatisierung und Roboter, es ist die Technologie, es ist das Internet, es ist die Manipulation von Nachrichten und Meinungen durch ein paar Opportunisten zu ihren Gunsten: Das Heer von Internet-Trollen und Astroturfern beispielsweise, die sich so sehr bemüht haben, die deutschen Wahlen zu beeinflussen, aber auch, wie es scheint, die ähnlichen Anstrengungen der Russen in den Vereinigten Staaten über Facebook. Aber warum überrascht uns das? Das Internet ist ein menschliches Werkzeug wie alle anderen: Axt, Gewehr, Eisenbahn, Fahrrad, Auto, Telefon, Radio, Film, um nur ein paar zu nennen – und wie jedes menschliche Werkzeug hat es eine

gute Seite, eine schlechte Seite und eine dumme Seite, die Wirkungen zeitigt, die zunächst nicht vorherzusehen waren.

Unter diesen Werkzeugen ist womöglich das allererste, einzigartig menschliche Werkzeug: unsere Fähigkeit, dank differenzierter Grammatik zu erzählen. Was für einen Vorteil müssen Geschichten uns einst gebracht haben – die Möglichkeit, essentielles Wissen weiterzugeben, damit man nicht immer erst alles durch Ausprobieren selbst herausfinden musste. Wölfe kommunizieren, doch sie erzählen nicht die Geschichte vom Rotkäppchen. Auch Geschichten können eine gute Seite und eine schlechte Seite haben, und eine dritte Seite, die unvorhergesehene Wirkungen zeitigt.

Als Geschichtenschreiberin bin ich natürlich verpflichtet zu sagen, wie notwendig sie sind, wie sehr sie uns helfen, einander zu verstehen, wie sie Empathie schaffen und so weiter – und das ist wahr. Aber weil ich Geschichten schreibe, bin ich mir auch bewusst, dass sie Mehrdeutigkeiten und Gefahren bergen. Sagen wir einfach so: Geschichten haben es in sich. Sie können das Denken und Fühlen der Menschen verändern – zum Besseren oder zum Schlechteren. Wie laut also die Geschichte, die wir uns über unsere Gegenwart und ihre Beschwerden erzählen?

Was immer die Ursache unserer momentanen Veränderungen sein mag, es ist so ein Moment, in dem die Kaninchen auf dem Feld die Ohren spitzen, weil ein Jäger die Bühne betreten hat. Da kommt er also des Weges, ein Wolf im Schafspelz oder gar ein Wolf im Wolfspelz, und dieser Wolf wird sagen: Kaninchen, ihr braucht einen starken Anführer, und ich bin genau der Richtige für den Job. Ich werde wie von Zauberhand die perfekte Welt der Zukunft erscheinen lassen und Eiscreme wird auf Bäumen wachsen. Aber zunächst einmal müssen wir die Zivilgesellschaft abschaffen – sie ist zu weich, sie ist degeneriert –, und wir

werden die akzeptierten Verhaltensnormen aufgeben müssen, dank derer wir durch die Straßen gehen können, ohne uns andauernd gegenseitig ein Messer in den Rücken zu jagen.

Und dann werden wir diese Leute abschaffen müssen. Erst dann wird die perfekte Gesellschaft erscheinen! Diese Leute variieren von Ort zu Ort und von Epoche zu Epoche. Mal sind es Hexen oder Leprakranke, beiden gab man die Schuld für den Schwarzen Tod. Mal sind es die Hugenotten, im 18. Jahrhundert in Frankreich. Mal sind es die Mennoniten. (Aber wieso die Mennoniten?, fragte ich einen mennonitischen Freund. Ihr wirkt doch völlig harmlos! Wir sind Pazifisten, erwiderte er. Auf einem Kontinent, der Krieg führt, geben wir ein schlechtes Beispiel ab.)

Jedenfalls sagt der Wolf: Macht, was ich sage, und alles wird gut. Widersetzt ihr euch, werde ich knurren und die Zähne fletschen und euch Stück für Stück zermalmen. Die Kaninchen erstarren, weil sie verwirrt sind und Angst haben, und als sie endlich dahinterkommen, dass der Wolf es ganz und gar nicht gut mit ihnen meint, sondern alles nur zum Vorteil der Wölfe eingefädelt hat, ist es zu spät. Ja, wissen wir, werden Sie sagen. Wir haben die Märchen gelesen.

Wir haben Science-Fiction gelesen. Man hat uns gewarnt, schon oft. Aber irgendwie hilft das nicht unbedingt, zu verhindern, dass diese Geschichte sich in menschlichen Gesell-

„Die Kaninchen erstarren, weil sie verwirrt sind und Angst haben, und als sie endlich dahinterkommen, dass der Wolf es ganz und gar nicht gut mit ihnen meint, sondern alles nur zum Vorteil der Wölfe eingefädelt hat, ist es zu spät.“

schaften immer wieder von Neuem abspielt. An dieser Stelle muss ich mich bei den Wölfen entschuldigen. Euren Namen, liebe Wölfe, habe ich nur als Metapher benutzt.

Bitte fällt in den sozialen Medien nicht über mich her mit Botschaften wie: Du blöder privilegierter Mensch! Was weißt du denn schon vom Seelenleben der Wölfe, du anthropozentrischer Snob? Bist du schon mal mit der Pfote in eine Falle geraten? Ohne uns Wölfe könntet ihr euch kaum noch retten vor Rehen und Kaninchen, und dann? Schon klar. Und mir ist auch klar, dass ihr Wölfe im Grunde gut seid, zumindest zu anderen Wölfen, oder zumindest zu Wölfen aus eurem eigenen Rudel. Ich kenne eure polyphone Musik und finde sie betörend. Vielleicht hätte ich lieber Dinosaurier nehmen sollen; die wären aber weniger gut verstanden worden, und womöglich nicht so unterhaltsam. Und das muss man als Geschichtenerzähler immer in Betracht ziehen. Wir sind eine hinterhältige Bande, und wir neigen zu leichtfertigen Entscheidungen.

Diese kleine Fabel, die ich hier zusammenge-spannen habe, stammt aus meiner tiefen Vergangenheit – aus der Zeit, als ich ein Kind war und in der Wildnis im Norden Kanadas aufwuchs, fernab von den Dörfern und Ortschaften und Städten, aber ziemlich dicht dran an den Kaninchen und Wölfen. Wenn es dort oben regnete, gab es drei Formen der Beschäftigung: Schreiben, Zeichnen oder Lesen. Unter den Büchern, die ich las, waren die gesammelten Grimms Märchen – mitsamt ausgepickten Augen und rotglühenden Schuhen. Meine Eltern hatten das Buch mit der Post bestellt, und als sie sahen, was drin stand, befürchteten sie, es könne ihre Kinder verderben.

Was wohl bei mir der Fall war. Es muss mich in diejenige Richtung verdorben haben, Schriftstellerin zu werden, denn ohne Grimms Märchen – so clever, so fesselnd, so komplex, so gruselig, so vielschichtig, doch stets mit einer

Endnote der Hoffnung, die einem das Herz bricht, weil sie so unwahrscheinlich ist, wie hätte ich sonst jemals das Buch „Der Report der Magd“ schreiben können? Der Buchumschlag der ersten amerikanischen Ausgabe ist sehr suggestiv. Abgebildet sind zwei Mägde in ihren roten Gewändern, die mit Korb über dem Arm an zwei Rotkäppchen erinnern. Hinter ihnen steht eine hohe Steinmauer – ganz wie DIE Mauer, die berühmte Berliner Mauer. Die beiden Frauen werfen ihre Schatten gegen die Mauer –, und diese Schatten sind die Schatten zweier Wölfe. Den Roman begann ich in West-Berlin zu schreiben, im Jahr 1984 – ja, George Orwell sah mir dabei über die Schulter – auf einer gemieteten deutschen Schreibmaschine.

Ringsherum stand die Mauer. Jenseits der Mauer lagen Ost-Berlin, und die Tschechoslowakei, und auch Polen – Länder, die ich damals alle besuchte. Ich weiß noch, was die Leute damals zu mir sagten, und was sie nicht sagten. Ich erinnere mich an die vielsagenden Redepausen. Ich erinnere mich an das Gefühl, das ich selbst hatte, aufpassen zu müssen, was ich sage, denn ich könnte unwissentlich jemanden in Gefahr bringen.

Das alles fand Eingang in mein Buch. Das Buch erschien 1985 in Kanada und 1986 in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Obwohl meine Grundregel gewesen war, nichts darin vorkommen zu lassen, was Menschen nicht irgendwo, irgendwann schon mal getan hatten, wurde es von einigen Kritikern mit Skepsis aufgenommen. Ja, es sei zu feministisch mit all dem Gerede von wegen Kontrolle über Frauen und deren nicht enden wollende Körper, aber auch zu weit hergeholt. Dort – in den Vereinigten Staaten –, wäre so etwas undenkbar, denn galten die Vereinigten Staaten im Kalten Krieg nicht als Kraft für das Gute? Standen sie nicht für Demokratie und Freiheit – so unvollkommen dies am Boden auch durchgesetzt wurde? Gegenüber geschlos-

senen Systemen wie der Sowjetunion war Amerika offen. Gegenüber Gewaltherrschaft versprach Amerika unbegrenzte Möglichkeiten aufgrund von Leistung.

Auch wenn Amerika einige äußerst dunkle Kapitel seiner Geschichte zu bewältigen hatte – waren das nicht die Ideale? Doch. Das waren sie. Aber das war damals. Heute, gut 30 Jahre später, ist dieses Buch wieder aktuell, denn plötzlich wirkt es nicht mehr wie eine weit hergeholt, dystopische Fantasie. Es ist nur allzu wahr geworden. Dieser Tage tauchen rotgewandete Gestalten in den Parlamenten auf, um schweigend gegen die Gesetze zu protestieren, die dort hauptsächlich von Männern beschlossen werden, um Frauen zu kontrollieren. Deren Ziel ist es anscheinend, die Uhren zurückzudrehen, am liebsten ins 19. Jahrhundert. In was für einer Welt wollen diese Abgeordneten leben? In einer sehr ungleichen: So viel steht fest. In einer ungleichen Welt, in der sie selbst mehr Macht haben werden und andere Menschen weniger.

Blaue Murre im Weltall

Beauftragt man die Ameisen, das Picknick auszurichten, werden die Ameisen das Picknick nach ihrem Geschmack umgestalten: Es wird keine Menschen geben, nur Sandwiches und Kekse. Die Ameisen zumindest wissen, in was für einer Welt sie leben wollen, und sie machen keinen Hehl daraus. Ameisen sind keine Heuchler. Dieselbe Frage müssen sich die Bürger jedes Landes stellen: In was für einer Welt wollen sie leben? Ich mit meiner düsteren Weltsicht würde diesen Satz beschränken auf die Frage: Wollen sie leben? Denn wenn wir Abstand nehmen von unserem Menschenbild – so weit Abstand nehmen, bis die Grenzen zwischen den Ländern verschwinden und die Erde zu einer blauen Murre im Weltall wird,

mit viel mehr Wasser darauf als Land –, liegt es auf der Hand, dass unser Schicksal als Spezies daran geknüpft ist, ob wir die Meere zerstören oder nicht. Sterben die Meere, dann sterben auch wir – mindestens 60 Prozent unseres Sauerstoffs stammt von Meeresalgen.

Aber es gibt Hoffnung: Geniale Köpfe arbeiten bereits an Problemen wie diesem. Doch was soll man einstweilen als Künstler tun? Wozu überhaupt Kunst schaffen, in so verstörenden Zeiten? Was ist das überhaupt, Kunst? Warum sollten wir uns damit abgeben? Was macht man damit? Lernen, lehren, uns ausdrücken, die Realität beschreiben, uns unterhalten, die Wahrheit darstellen, feiern oder gar anklagen und verfluchen? Es gibt keine allgemeingültige Antwort. Seitdem der Mensch erkennbar menschliche Züge trägt, hat er Kunst geschaffen – Musik, Bilder, Theater – auch Rituale –, und Sprachkunst mitsamt dem Erzählen von Geschichten. Kinder reagieren auf Sprache und Musik, bevor sie selbst sprechen können: Die Fähigkeit scheint integriert zu sein.

Die Kunst, die wir schaffen, ist spezifisch für die zugrunde liegende Kultur – für deren Standort, deren treibendes Energiesystem, deren Klima und Nahrungsquellen, und für deren Glaubensvorstellungen, die wiederum mit allem verbunden sind. Aber noch nie haben wir keine Kunst geschaffen. Jahrhunderte lang entstand Kunst im Auftrag der Herrscher – Könige, Kaiser, Päpste, Herzoge und dergleichen. Doch seit romantischen und postromantischen Zeiten werden an den Künstler andere Erwartungen gestellt. Natürlich soll er oder sie vor den Mächtigen die Wahrheit aussprechen, die Geschichten erzählen, die verdrängt worden sind, den Stimmlosen eine Stimme geben. Und viele Schriftsteller haben das getan; oft haben sie sich Ärger eingehandelt, und manchmal hat es sie das Leben gekostet. Aber sie mussten gestalten. Sie haben

heimlich geschrieben, sie haben ihre Manuskripte aus der Gefahr herausgeschmuggelt und dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt.

Sie sind von weit hergekommen, erschöpft wie der Bote aus dem Buch Hiob, der die Worte spricht: „Und ich bin allein entkommen, um es dir zu melden.“ Um es dir zu melden. Um es dir, lieber Leser, Singular, zu melden. Ein Buch ist eine Stimme in deinem Ohr; die Botschaft ist – während du sie liest – für dich allein bestimmt. Ein Buch zu lesen ist sicherlich die denkbar intimste Erfahrung der Gedankenwelt eines anderen Menschen. Schriftsteller, Buch und Leser – in diesem Dreieck stellt das Buch den Boten dar. Und alle drei sind Teil eines Schöpfungsaktes, ähnlich wie Komponist, Orchestermitglied und Zuhörer am Schöpfungsakt teilnehmen. Der Leser ist der Musiker des Buches. Und was den Schriftsteller anbelangt, ist sein Part erledigt, sobald das Buch hinausgeht in die Welt; es ist das Buch, das dann leben oder sterben wird, und was mit dem Schriftsteller passiert, ist an diesem Punkt, aus Sicht des Buches, sekundär.

Jeder Gewinner eines Kunstpreises ist der vorübergehende Repräsentant aller Praktizierenden dieser Kunst sowie der Gemeinschaft, die die Existenz der Kunst ermöglicht – diejenigen, die uns vorangegangen sind, diejenigen, von denen wir selbst gelernt haben, diejenigen, die gestorben sind, bevor sie Anerkennung fanden, diejenigen, die gegen Rassendiskriminierung ankämpfen mussten, ehe sie ihre Stimme fanden, diejenigen, die für ihre politischen Ansichten getötet wurden und diejenigen, denen es gelang, Zeiten der Unterdrückung und Zensur zu überstehen.

Dann gibt es diejenigen, die nie Schriftsteller wurden, weil man ihnen keine Möglichkeit gab – wie die vielen nordamerikanischen, australischen und neuseeländischen Geschichtenüberbringer und oral poets aus indigenen Kulturen der Vergangenheit und sogar der

Gegenwart. Für solche Stimmen öffnen sich auf der ganzen Welt Türen; andere Türen aber werden geschlossen. Hier müssen wir wachsam bleiben. Lassen Sie uns keine Türen schließen und Stimmen zum Schweigen bringen. Eines Tages werde ich einen Strand entlangspazieren oder einen Buchladen betreten, und ich werde eine Flaschenpost finden oder ein Buch, und ich werde es öffnen und werde die Botschaft lesen, von dir an mich – ja, von dir da draußen, einem jungen Schriftsteller, und vielleicht ist es sein erstes Buch. Und ich werde sagen: Ja. Ich kann dich hören. Ich kann deine Geschichte hören. Ich kann deine Stimme hören.

*Aus dem kanadischen Englisch
übersetzt von Monika Baark.*

Margaret Atwood, geboren 1939 in Ottawa, gehört zu den bedeutendsten Erzählerinnen unserer Zeit. Ihr „Report der Magd“ wurde zum Kultbuch einer ganzen Generation. Bis heute stellt sie immer wieder ihr waches politisches Gespür unter Beweis, ihre Hellhörigkeit für gefährliche Entwicklungen und Strömungen. Sie wurde vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem renommierten Man Booker Prize, dem Nelly-Sachs-Preis, dem Pen-Pinter-Preis und dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Margaret Atwood lebt in Toronto.

Die Macht der Verschwörung Die Dolchstoßlegende, die jüdische Weltverschwörung oder ein Kinderpornoring, in den auch die Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton verwickelt sei (Pizzagate): Verschwörungstheorien haben eine lange Geschichte. Mit Fake News und Trollen finden sie im Internet einen besonderen Resonanzboden. Welchen öffentlichen Einfluss sie haben, hängt auch von der politischen Kultur eines Landes ab.

Von Michael Butter



Verschwörungstheorien. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass der Begriff in den Nachrichten fällt, und wer sich auf die Suche macht, findet schnell unzählige Bücher und Websites, die vermeintliche Komplotte aufdecken. Es stimmt: Verschwörungstheorien erleben eine Renaissance, was Verbreitung und Wirkung angeht.

Diese speist sich einerseits aus dem Aufkommen des Internets und andererseits aus dem Erstarken populistischer Bewegungen. Zwar sind Verschwörungstheorien in Europa und den USA noch lange nicht wieder so einflussreich, wie sie früher einmal waren, sie entfalten mittlerweile jedoch erneut eine mitunter hochproblematische politische Wirkung.

Der amerikanische Politikwissenschaftler und Verschwörungsexperte Michael Barkun definiert drei Charakteristika für Verschwö-

rungstheorien. Sie nehmen an, dass nichts durch Zufall geschieht, dass nichts so ist, wie es scheint, und dass alles miteinander verbunden ist. Verschwörungstheorien behaupten also, dass es eine im Geheimen operierende Gruppe gibt, die Verschwörer.

Diese verfolgen einen systematischen Plan, um die Kontrolle über eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu übernehmen, oder haben dies bereits in der Vergangenheit getan und wollen nun ihre Macht sichern und ausbauen. Verschwörungstheorien transportieren somit ein in der Gegenwart beinahe romantisch anmutendes Welt- und Menschenbild.

Sie gehen davon aus, dass Menschen ihre Absichten in kleinen Gruppen über Jahre, Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte hinweg – man denke an Verschwörungstheorien zu den Illuminaten – in die Tat umsetzen können. Da dies den Annahmen der modernen Sozialwissenschaften widerspricht, die Chaos, Kontingenz und strukturelle Faktoren betonen, bezeichnet Barkun Verschwörungstheorien als stigmatisiertes Wissen.

Sie mögen eine beträchtliche Anhängerchaft haben, werden aber vom wissenschaftlichen Diskurs und der Allgemeinheit aufgrund ihrer falschen Grundannahmen nicht ernst genommen. Wer sie formuliert, muss damit rechnen, aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft ausgeschlossen und eventuell sogar sozial geächtet zu werden.

Diese Diagnose trifft jedoch nur auf die letzten Jahrzehnte und die westliche Welt zu. Denn vom 18. bis weit ins 20. Jahrhundert hinein war der Glaube an Verschwörungstheorien in Europa und Nordamerika nicht nur ein Mainstream- sondern auch ein Elitenphänomen. Die wissenschaftlichen Diskussionen der Zeit machten dies unausweichlich, wie eine Reihe von Studien gezeigt hat.

So förderte das mechanistische Weltbild des 18. Jahrhunderts den Verschwörungsglauben ebenso wie die Überzeugung, dass die moralische Qualität einer Handlung immer derjenigen Intention entspreche, die diese Handlung motiviert habe. Entsprechend glaubten Intellektuelle und Politiker, dass großangelegte Komplote den Lauf der Geschichte bestimmten.

Erst in den späten 1950er Jahren verloren Verschwörungstheorien diesen Status. Verschwörungstheorien wurden zunehmend stigmatisiert und wanderten aus der Mitte der Gesellschaft an die Ränder. In der Begrifflichkeit der Wissenssoziologie wurden sie von orthodoxem zu heterodoxem Wissen und der Begriff „Verschwörungstheoretiker“ wurde zu einem Schimpfwort.

Allerdings beschränkte sich diese Delegitimierung auf die USA und Teile Europas. In der arabischen Welt, aber auch in Osteuropa, gehö-

„Verschwörungstheorien wurden zunehmend stigmatisiert und wanderten aus der Mitte der Gesellschaft an die Ränder. In der Begrifflichkeit der Wissenssoziologie wurden sie von orthodoxem zu heterodoxem Wissen und der Begriff ‚Verschwörungstheoretiker‘ wurde zu einem Schimpfwort.“

ren konspirationistische Ideen weiterhin zum Alltagsdiskurs. An jedem größeren arabischen Flughafen findet man in der Buchhandlung eine aktuelle Ausgabe der „Protokolle der Weisen von Zion“, des berühmtesten Verschwörungstheoretischen Texts aller Zeiten, und in Russland hat Wladimir Putins Chefideologe Alexander Dugin die „Konspirologie“ gar zur wissenschaftlichen Disziplin erhoben. Politiker in diesen Ländern bedienen sich daher solcher Denkmuster ebenso unkritisch und selbstverständlich wie die Medien, die über sie berichten.

Echokammern und Filterblasen

Betont werden muss allerdings, dass Verschwörungstheorien auch im Westen einigermaßen populär blieben. Sie verschwanden nur aus der Öffentlichkeit, wo sie nicht mehr akzeptiert wurden, und wanderten in Subkulturen ab. Verschwörungstheoretiker hatten es entsprechend schwer, ein breiteres Publikum zu erreichen.

Oft mussten sie ihre Bücher im Selbstverlag herausbringen oder gar Matrizen abziehen und verschicken. Ihre alternativen Erklärungen entfalteten daher keine große Wirkung. Und wer daran zweifelte, dass John F. Kennedy wirklich von einem Einzeltäter ermordet worden war oder die Amerikaner tatsächlich auf dem Mond gelandet waren, musste viel Zeit und Mühe investieren, um alternative Erklärungen für diese Ereignisse zu finden. Oft blieb es deshalb bei Zweifeln, die sich nicht zu Verschwörungstheorien verfestigten.

Mit dem Internet hat sich all dies grundlegend geändert. Für Verschwörungstheoretiker ist es nun sehr leicht, ihre Ideen an den Mann (und seltener auch an die Frau) zu bringen. Und wer einmal googelt: „Was passiert in der Ukraine?“ oder „Wer ist für die Flüchtlingskrise

verantwortlich?“ findet je nach individuellem Suchalgorithmus spätestens auf der zweiten Seite der Ergebnisliste Links zu konspirationistischen Seiten.

Das Internet erhöht somit zunächst einmal die Sichtbarkeit und Verfügbarkeit von Verschwörungstheorien. Hinzu kommt, dass Verschwörungstheoretiker über das Internet viel besser vernetzt sind als früher und sich so leichter in ihren Überzeugungen bestärken können. Das hat zur Folge, dass wieder mehr Menschen an Verschwörungstheorien glauben.

Wenn Studien zu dem Ergebnis gelangen, dass mehr als die Hälfte der Amerikaner an mindestens eine Verschwörungstheorie glaubt oder dass gängige Theorien in Deutschland bei einem Viertel bis zu einem Drittel der Bevölkerung auf Resonanz stoßen, dann sind das bestimmt mehr Menschen als vor 30 Jahren. Es sind aber sicherlich deutlich weniger als vor 100 oder 200 Jahren. Insofern erleben wir tatsächlich eine Renaissance des Konspirationismus, wir leben aber (noch) nicht wieder in einem Zeitalter der Verschwörungstheorien.

Dass die Situation dennoch eine grundlegend andere ist als noch vor zwei Jahrzehnten, liegt zum einen daran, dass das Internet die Fragmentierung der westlichen Gesellschaften signifikant beschleunigt und verstärkt hat. Aus einstigen Subkulturen am Rande der Gesellschaft sind virtuelle und reale Teil- und Gegenöffentlichkeiten geworden, die über eigene Mediensysteme verfügen und die ihre eigenen Wahrheiten generieren.

Wer in Deutschland all seine Informationen von „Russia Today“, „KenFm“ und aus dem „Compact-Magazin“ bezieht, lebt in einer völlig anderen Welt als jemand, der die renommierte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ liest und den öffentlich-rechtlichen Sender „ARD“ schaut. In manchen dieser so entstandenen Echokammern und Filterblasen sind Verschwörungstheorien wieder orthodoxes

Wissen; in anderen Teilen der Öffentlichkeit sind sie noch immer stigmatisiert. Pointiert gesagt fürchten sich also momentan die einen vor Verschwörungen und die anderen vor Verschwörungstheorien.

Populismus und Verschwörung

Zum anderen erfüllt die Präsenz von Verschwörungstheorien in den (rechts)populistischen Bewegungen, die seit einigen Jahren in den USA und Europa enormen Zulauf erhalten, viele Beobachter mit Sorge. Diese erklärt sich aus einer Reihe von Parallelen zwischen Populismus und Verschwörungstheorie: Beide sind konservativ in dem Sinne, dass es ihnen darum geht, eine bedrohte Ordnung zu bewahren oder eine verlorene Ordnung wiederherzustellen. Beide werden zumeist von Nostalgie getragen für eine Vergangenheit, die es so nie gegeben hat. Beide reduzieren die komplexe politische Arena, in der eine Vielzahl von Akteuren teils identische, teils divergente Ziele verfolgt, auf eine binäre Opposition: das Volk gegen die Eliten im Populismus und die Opfer der Verschwörung und die Verschwörer im Konspirationismus. Da Verschwörungstheorien seit ihrer Stigmatisierung vor allem Eliten des Komplotts bezichtigen, nehmen beide gemeinhin dieselbe Gruppe ins Visier.

Letztendlich liefern Verschwörungstheorien daher eine spezifische Erklärung dafür, warum die Elite angeblich gegen die Interessen des Volkes handelt. Die Elite ist nicht einfach abgehoben, ihre Mitglieder sind auch nicht einfach korrupt und wollen sich nur bereichern, wie nicht-konspirationistische populistische Erklärungen lauten würden. Vielmehr ist die Elite Teil eines Komplotts, dessen Interessen denjenigen des Volks diametral entgegenlaufen. Für die Praxis des gemeinsamen Protests macht es aber in der Regel keinen Un-

terschied, ob man der Elite eine Verschwörung unterstellt oder nicht. Man kann gemeinsam „Merkel muss weg“ skandieren, egal, ob man die Kanzlerin einfach für unfähig hält oder als Teil der Weltverschwörung sieht.

Schließlich sind Populismus und Verschwörungstheorie gleichermaßen stigmatisiert. Beide werden im alltäglichen Diskurs meist abwertend und oft sogar als explizite Beleidigung gebraucht. Es steht daher zu vermuten, dass Mitglieder populistischer Bewegungen, die Verschwörungstheorien ablehnen, deren Anhängern mitunter dennoch Sympathie entgegenbringen, weil die Eliten auf diese genauso herabschauen wie auf sie selbst.

Es liegen zwar noch wenig belastbare Daten dazu vor, wie viele Anhänger von populistischen Bewegungen auch an eine Verschwörung der Eliten glauben, aber erste Umfragen und Studien deuten darauf hin, dass es sich in der Regel zwar nicht um die Mehrheit, aber um einen signifikanten Anteil handelt.

Es überrascht daher nicht, dass populistische Führerfiguren solche Verschwörungsvorstellungen immer wieder gezielt bedienen. Hier werden Verschwörungstheorien mitunter zu Fake News. Denn während sie in der Regel von Menschen verbreitet werden, die genuin überzeugt sind, einer verborgenen Wahrheit

„In Ungarn, wo Verschwörungstheorien nie in demjenigen Maße delegitimiert wurden wie im Westen, kann Ministerpräsident Orbán den amerikanischen Philanthropen George Soros offen bezichtigen, einen Geheimplan zur Islamisierung Europas, den sogenannten ‚Großen Austausch‘, zu orchestrieren.“

auf die Spur gekommen zu sein, kann man davon ausgehen, dass nicht alle populistischen Führerfiguren wirklich an ihre Anschuldigungen glauben.

Es hängt allerdings von den Spezifika des nationalen Kontexts ab, insbesondere davon, ob Verschwörungstheorien als orthodoxes oder heterodoxes Wissen gelten, wie explizit populistische Führerfiguren solche Behauptungen artikulieren können. In Ungarn, wo Verschwörungstheorien nie in demjenigen Maße delegitimiert wurden wie im Westen, kann Ministerpräsident Orbán den amerikanischen Philanthropen George Soros offen bezichtigen, einen Geheimplan zur Islamisierung Europas, den sogenannten „Großen Austausch“, zu orchestrieren.

Punkten bei Nichtwählern

In den USA hat Donald Trump im Wahlkampf Verschwörungstheorien ebenfalls strategisch eingesetzt. Diese Strategie ging aus zwei Gründen auf. Zum einen sind Verschwörungstheorien in den USA noch verbreiteter als in Europa, weshalb Trump mit ihnen insbesondere bei früheren Nichtwählern punkten konnte. Zum anderen haben im extrem polarisierten politischen Klima der USA viele Wähler nicht wegen, sondern trotz seiner Verschwörungstheorien für ihn gestimmt, da er eben der Kandidat der Republikaner war.

In Deutschland wäre solch ein offener Konspirationismus derzeit noch kontraproduktiv. Verschwörungstheorien wie der „Große Austausch“ sind bei Pegida und an der Basis der AfD sehr populär, und Versatzstücke dieser Theorien haben Eingang in das Grundsatzprogramm der Partei gefunden. Die Spitzenpolitiker der AfD aber scheuen sich noch, konspirationistische Gedanken in der Öffentlichkeit explizit zu formulieren, da sie wissen, dass Ver-

schwörungstheorien in Deutschland noch immer stark stigmatisiert sind und sie daher Wähler abschrecken würden.

Sie belassen es daher (noch) bei Andeutungen, die von Eingeweihten verstanden werden, von der breiten Bevölkerung aber nicht. Allerdings hat die AfD den gesamtgesellschaftlichen Diskurs nicht nur, aber vor allem zum Thema Migration und Flucht nachhaltig beeinflusst. Führt man sich vor Augen, dass sich die Positionen der AfD hier wesentlich aus Verschwörungstheorien speisen, wird deutlich, dass solche Theorien auch in Deutschland politische Wirkung entfalten, wenn auch (noch) nicht wieder so direkt wie in anderen Ländern.

Michael Butter ist ein deutscher Amerikanist. Seit 2014 ist er Professor für amerikanische Literatur und Kulturgeschichte an der Universität Tübingen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Verschwörungstheorien, Film und Fernsehen sowie Kolonialzeit und die Frühe Republik. Zuletzt erschienen: „Nichts ist, wie es scheint: Über Verschwörungstheorien“, Edition Suhrkamp Berlin 2018. Dieser Text entstand in Kooperation mit „Forschung und Lehre“, die über Entwicklungen in Hochschulen und Wissenschaft informiert.

Pressefreiheit unter Druck Über viele Jahrzehnte waren die USA führend in den internationalen diplomatischen Bemühungen, die Pressefreiheit als einer der zentralen Säulen der Demokratie zu fördern. Während Präsident Trump Journalisten als „Feinde des Volkes“ beschimpft und in der Türkei mehr Journalisten inhaftiert sind als in allen Diktaturen zusammen, zeigt sich die EU zögerlich, das Vakuum im Kampf um Pressefreiheit zu füllen.
Von Frank Vogl



Drei kühne Zahlen sprangen mir in der halbseitigen Anzeige des Stockholm Center for Freedom in der Ausgabe der „New York Times“ vom 4. Mai 2019 ins Auge: „191 türkische Journalisten sind inhaftiert, 167 befinden sich im Exil und haben Haftbefehle und 34 ausländische Reporter werden ins Visier genommen.“ Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat mehr Reporter ins Gefängnis geworfen als alle anderen aktuellen Diktatoren zusammen. Zweifellos applaudiert ihm sein Freund im Weißen Haus, Präsident Donald Trump.

Da Erdoğan in der Türkei mit einem wachsenden politischen Widerstand konfrontiert ist, ist es wahrscheinlich, dass er noch weiter gehen wird, um die Medien mundtot zu machen. Erst vor Kurzem wurden sechs Journalisten, die im Berufungsverfahren freigelassen

worden waren, wegen Terrorismusvorwürfen erneut inhaftiert.

Präsident Trump bezeichnet Journalisten gerne als „Feinde des Volkes“. Sein unablässiger Krieg gegen den Mainstream-Journalismus ermutigt Diktatoren auf der ganzen Welt. Die Zahl der inhaftierten Journalisten weltweit liegt derzeit bei etwa 250. Die Weltkarte zur Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen jedes Jahr veröffentlicht, wird zunehmend dunkler – 2018 war die Zahl der Verstöße um elf Prozent höher als fünf Jahre zuvor.

Viele der heute inhaftierten und eingeschüchternen Journalisten von Aserbaidschan über Ägypten bis Venezuela hatten es gewagt, die Wahrheit über die massive Korruption in den Regierungen ihrer Länder zu berichten. Trump hat den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu einem Besuch im Weißen Haus eingeladen. Ich glaube nicht, dass das Thema der Unterdrückung der Medien – Orbán ist darin ein Großmeister – auf der Tagesordnung stehen wird. Vielleicht liege ich falsch – Trump wäre nichts lieber, als die „Fake-News-Presse“ zu treffen und dafür zu sorgen, dass Fox News, sein offizielles Propagandaorgan, mehr Einfluss gewinnt.

Über viele Jahrzehnte hinweg waren die Vereinigten Staaten führend in den internationalen diplomatischen Bemühungen, Pressefreiheit als zentrale Säule der Demokratie zu fördern. Trump und sein Außenministe-

rium sind dagegen scharfe und ständige Kritiker der Presse. Das Ergebnis ist ein akutes Führungsvakuum. Die europäische Führung sollte diesen Raum einnehmen, hat aber bislang erheblich gezögert, über vorsichtige diplomatische Kommentare hinauszugehen. Ja, Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte umgehend, dass Saudi-Arabien den Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi umfassend untersucht. Und selbstverständlich ist der Europarat eine wichtige offizielle Stimme des Protests angesichts der zunehmenden Anfeindungen gegenüber Reportern, doch detaillierte Berichte hatten keinen großen Einfluss auf die Kommission der Europäischen Union.

Christophe Deloire, Vorstandsvorsitzender der Reporter ohne Grenzen appellierte an das Europäische Parlament: Machen Sie die Pressefreiheit zu einem zentralen Wert der EU, indem sie in den Mittelpunkt ihrer Verträge und Institutionen und an die Spitze heutiger Kampagnen gestellt wird.

Tom Gibson vom Komitee zum Schutz von Journalisten geht noch weiter, indem er dafür plädiert, dass der Schutz von Journalisten eine Priorität für die Führung der nächsten EU-Kommission sein sollte. Ihre Aufgabe sei es dann, einen Aktionsplan zu entwickeln, um ein günstiges Umfeld für unabhängige und kritische Journalisten zu schaffen. Die Forderungen nach einer Führungsrolle der EU spiegeln zum Teil die Sorge wider, dass selbst dramatische Ereignisse innerhalb der EU zu keinen wirksamen und nachhaltigen Antworten der Kommission geführt haben.

So gibt es beispielsweise in Malta noch immer keine echten Ermittlungen zum Mord an der Journalistin Daphne Galizia im Oktober 2017, als sie die erhebliche Korruption in der maltesischen Regierung untersuchte. Ein Bericht des Europarats über Malta kam im Jahr

„Trumps unablässiger Krieg gegen den Mainstream-Journalismus ermutigt Diktatoren auf der ganzen Welt.“

2019 zu dem Schluss: Einige Institutionen wie die Kommission gegen Korruption haben in den 30 Jahren ihres Bestehens keine konkreten Ergebnisse erzielt.

Vielleicht kann die neue slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová auf die Staats- und Regierungschefs der EU Einfluss nehmen. Sie gewann überraschend die jüngsten Wahlen aufgrund einer Agenda zur Korruptionsbekämpfung und Pressefreiheit, die auf die größten öffentlichen Proteste in ihrem Land seit dem Ende des Kommunismus reagierte. Auslöser dieser Demonstrationen war die Ermordung des 27-jährigen investigativen Reporters Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirová. Kuciak untersuchte mutmaßliche korrupte Geschäfte, an denen einige der reichsten Geschäftsleute des Landes und der Regierung beteiligt waren. Die Ko-Vorsitzenden der Europäischen Grünen, Monica Frassoni und Reinhard Bütikofer, haben den Schutz der Presse zu einem Teil ihrer Kampagne für das Europäische Parlament gemacht und festgestellt: „Die Pressefreiheit ist unsere größte Garantie gegen Korruption und Missbrauch und muss um jeden Preis verteidigt werden, um die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte zu schützen.“ Unterdessen wird fast jeden Tag von einem weiteren Versuch einer Regierung berichtet, die Presse an die Kandare zu nehmen.

Ich höre ziemlich häufig vom aserbaidschanischen Journalisten Emin Huseynov, der nun im Exil in der Schweiz lebt. Lange Zeit bemühte er sich, öffentlichen Druck aufzubauen, um seinen Bruder Mehman

Huseynow – ebenfalls Journalist – aus dem Gefängnis in Baku zu holen. Schließlich wurde er im März nach zwei Jahren Gefängnis freigelassen, aber die Regierung hat ein strenges Reiseverbot gegen ihn und andere Reporter verhängt. Er könnte jederzeit wieder festgenommen werden. In Iran wurde Mohammad Reza Nassab Abdollahi, Chefredakteur der iranischen Nachrichten-Webseiten „Anar Press“ und „Aban Press“, 2018 für sechs Monate ins Gefängnis gesteckt, weil er angeblich „falsche Aussagen“ verbreitet habe. Kürzlich wurde er erneut verhaftet und seine Webseiten wurden geschlossen. Die iranische Regierung hat dazu keine Erklärung abgegeben.

Frank Vogl ist Mitgründer von Transparency International und Autor von „Waging War on Corruption: Inside the Movement Fighting the Abuse of Power“, Rowman & Littlefield Publishers, Washington D.C., USA 2016. Dieser Text entstand in Kooperation mit der Website „The Globalist“.







Kulturreport Fortschritt Europa 2020

Herausgeber: Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa)

Redaktion und Projektleitung: William Billows, Sebastian Körber

Mitarbeit: Carmen Eller (Lektorat)

Gestaltung: Eberhard Wolf

Übersetzung: William Billows, Carmen Eller

Adresse ifa: Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart

Die Beiträge geben die Meinungen der Autoren wieder.

Fotohinweise Bildstrecke:

Edgar Zippel, Berlin

Autorenfotos: Dorothee Piroelle (von Jagoda Marinić)

Erste Auflage 2020

© 2020 bei den Fotografien

© 2020 für die Texte bei den Autoren

© 2020 für diese Ausgabe: Steidl Verlag, Göttingen

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Scans: Steidl image department

Gesamtherstellung und Druck: Steidl, Göttingen

Steidl

Düstere Str. 4 / 37073 Göttingen

Tel. +49 551 49 60 60 / Fax +49 551 49 60 649

mail@steidl.de

steidl.de

ISBN 978-3-95829-671-8

Printed in Germany by Steidl

Steidl